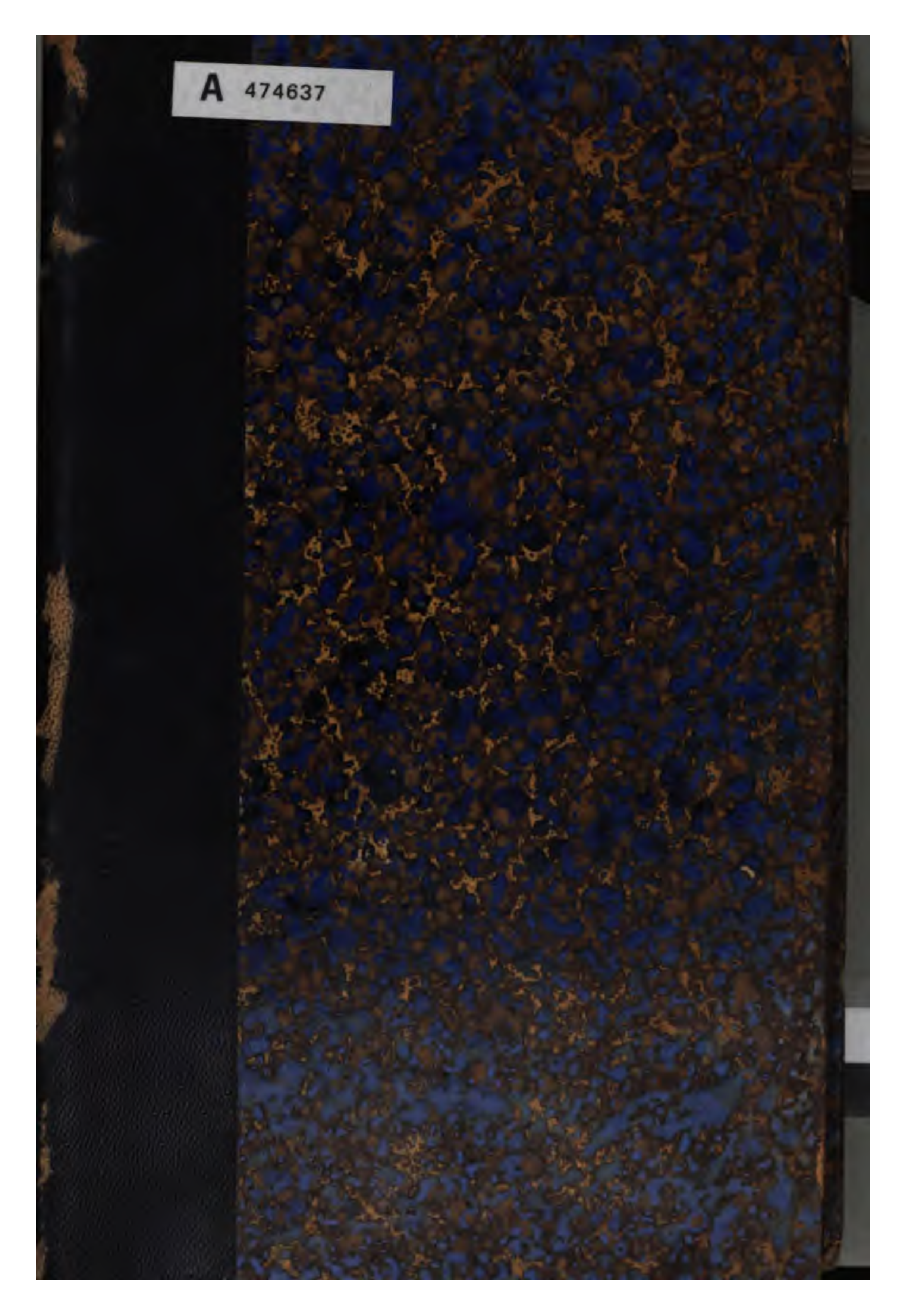
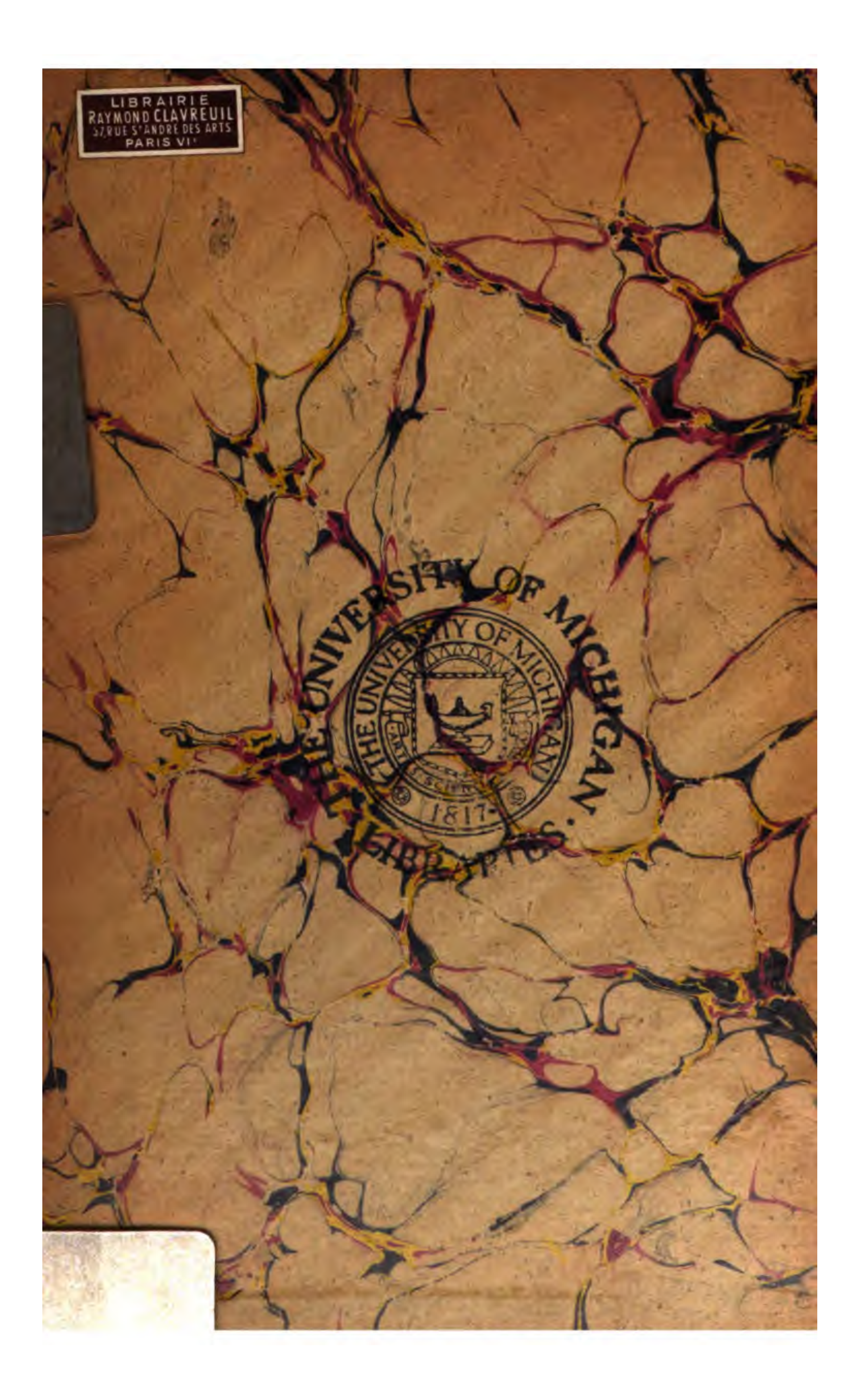
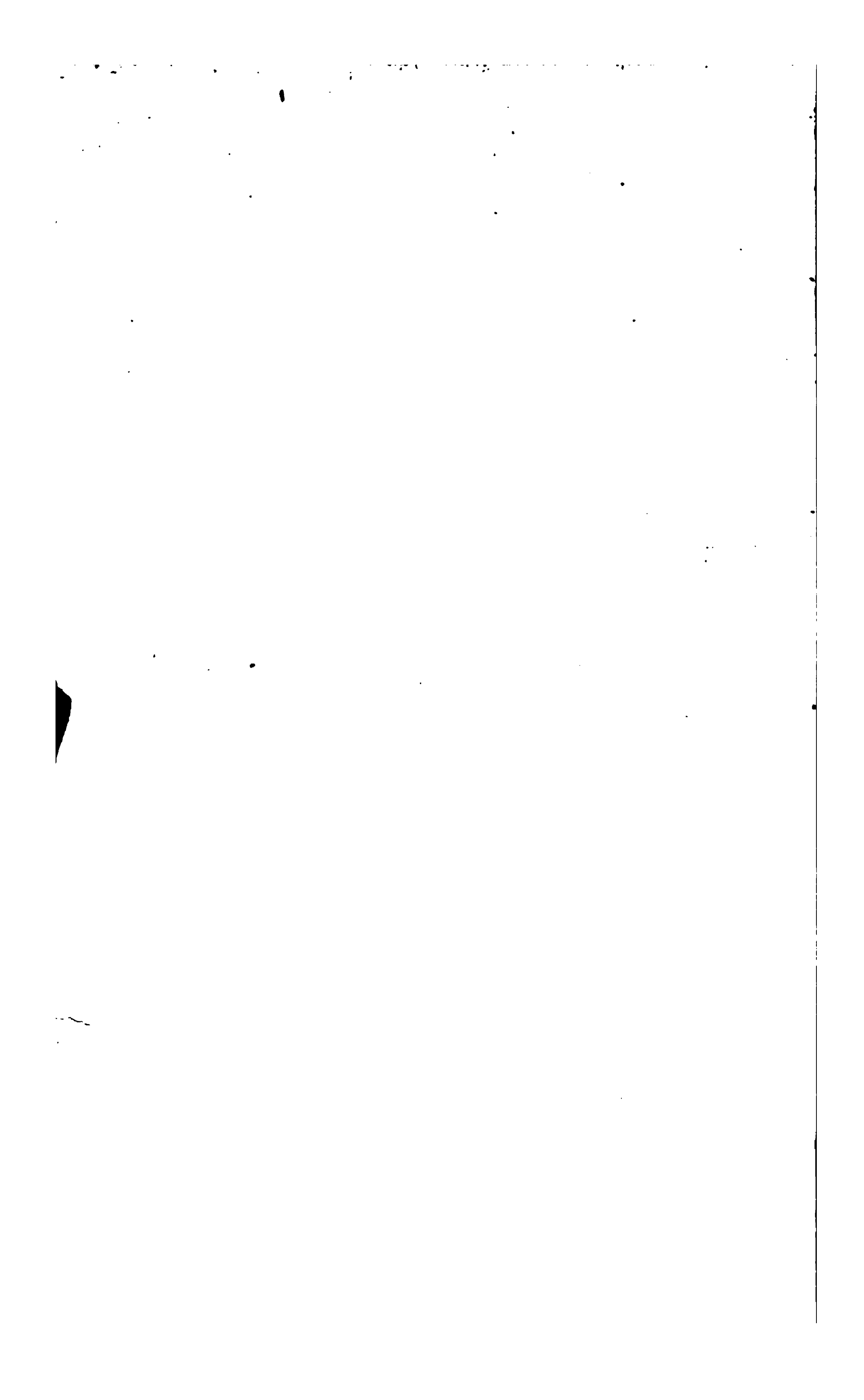
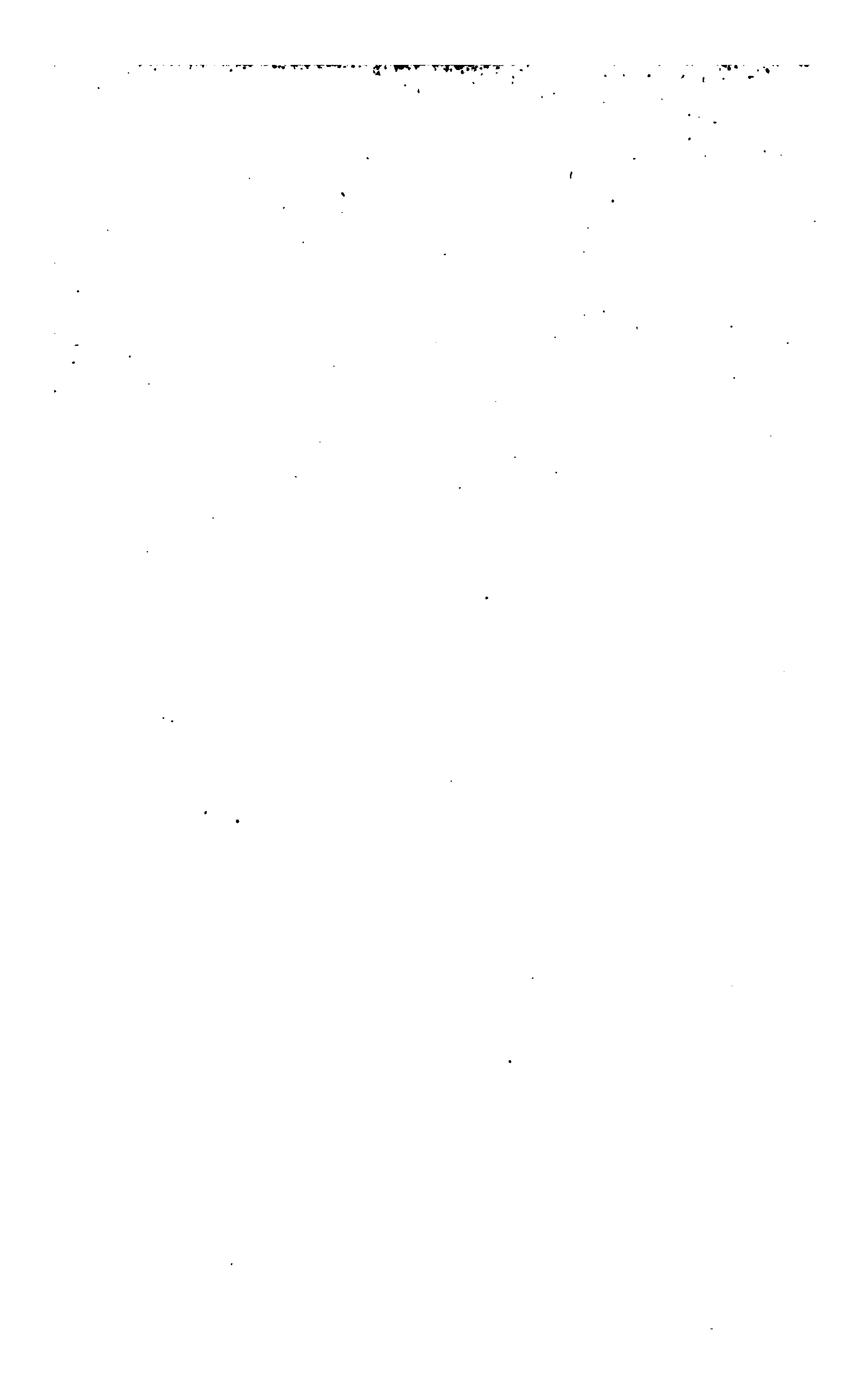



LIBRAIRIE
RAYMOND CLAVREUIL
37, RUE S^T ANDRÉ DES ARTS
PARIS VI^E
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
LIBRARIES
THE UNIVERSITY OF MICHIGAN
ARTES
SCIENTIA
1817









Ce livre m'a été donné
à Paris
le Vendredi 13 Décembre
[illegible]01
par S.A.R. [illegible] le Prince [illegible]
[illegible]
[illegible]

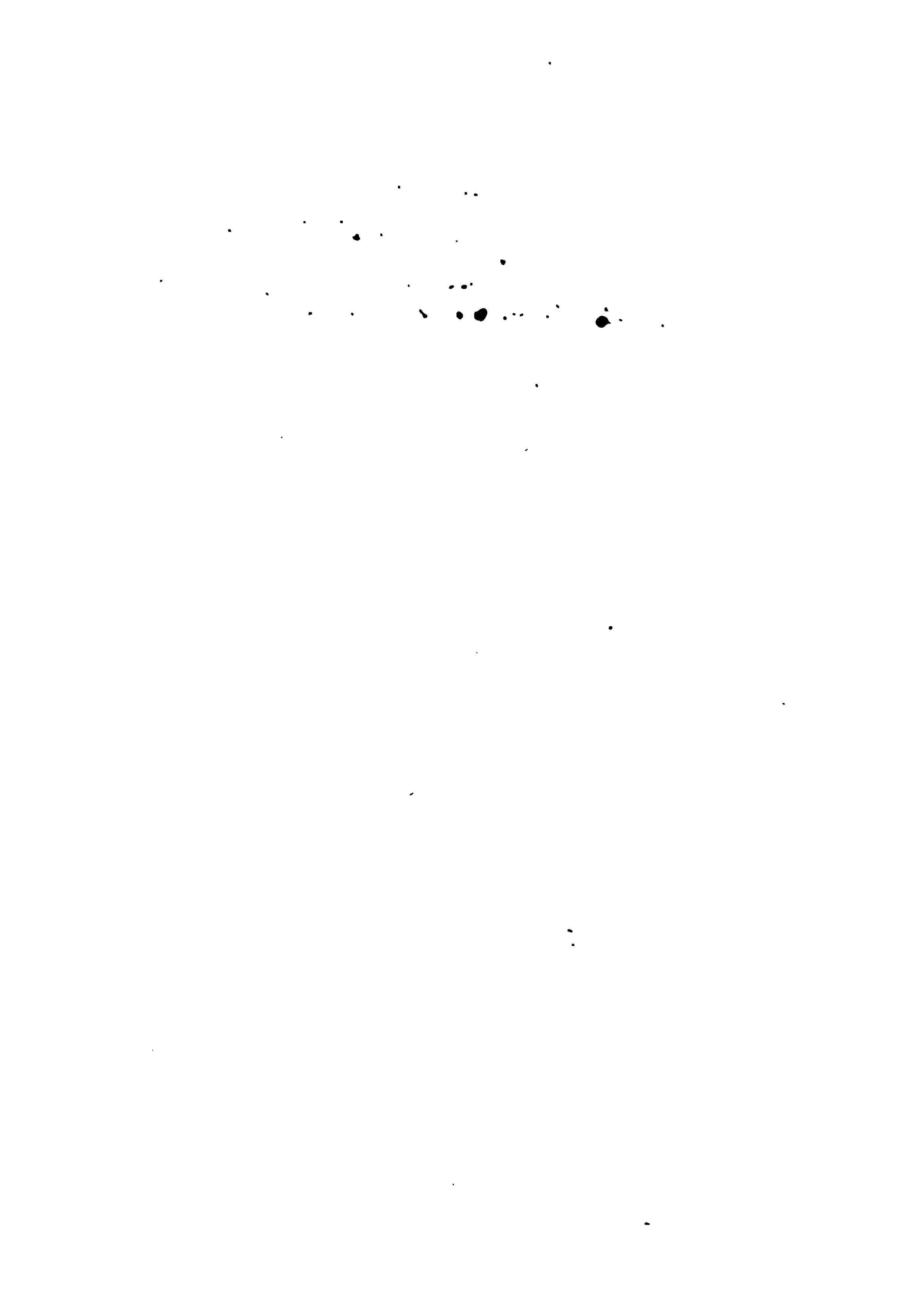
Denkwürdigkeiten

aus

den Papieren

des

# Freiherrn Christian Friedrich v. Stockmar.



# Denkwürdigkeiten

aus

den Papieren

des

# Freiherrn Christian Friedrich v. Stockmar.

---

Zusammengestellt

von

Ernst Freiherr v. Stockmar.

---

Braunschweig,

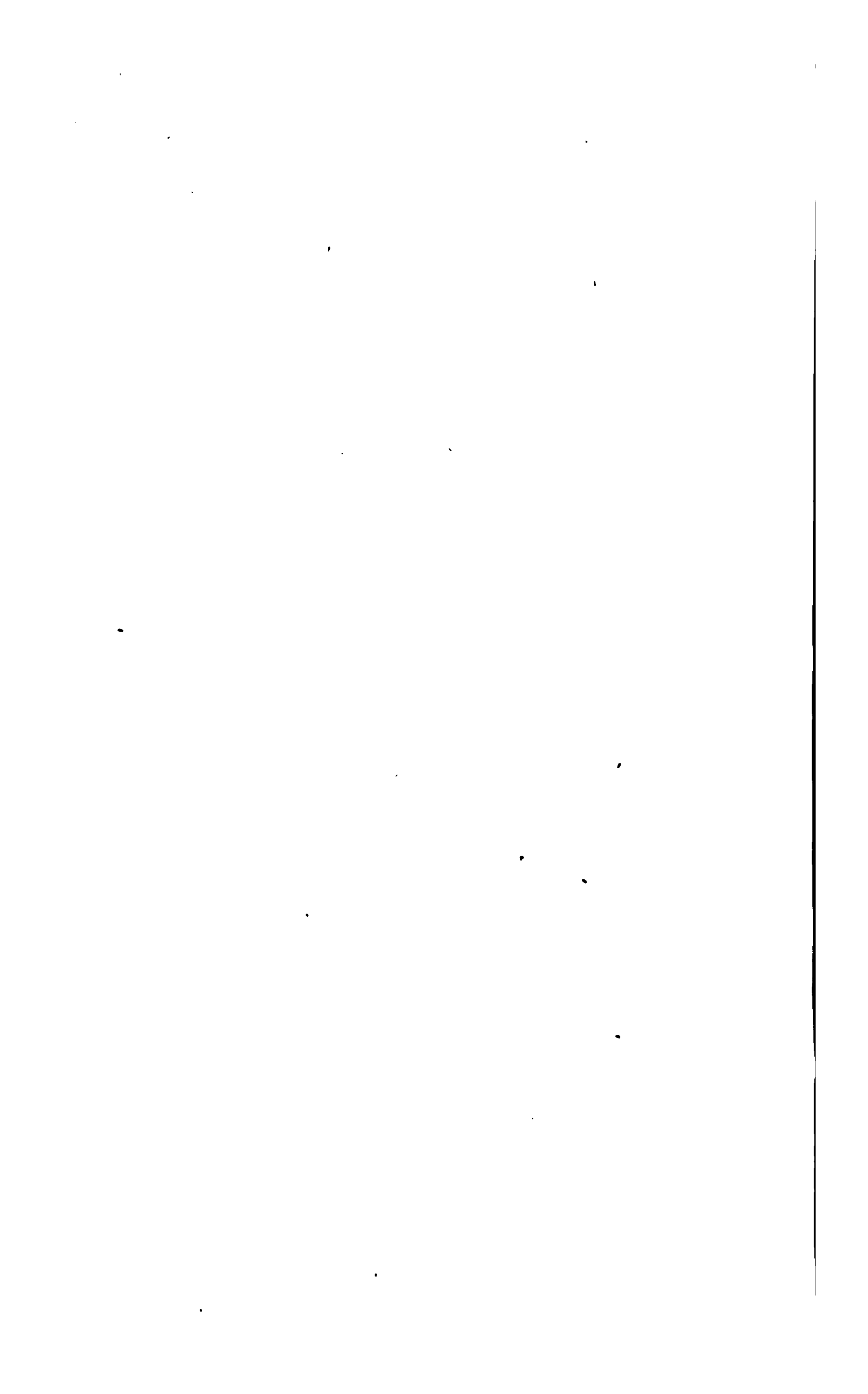
Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1872.

Seiner lieben Frau,

der treuen Mitarbeiterin,

der Verfasser.



# Vorrede.

Die nachstehenden Denkwürdigkeiten sind nur zu einem geringen Theil Aufzeichnungen meines Vaters, welche er zur Veröffentlichung bestimmt gehabt hatte. Das zu Grunde liegende Material besteht vielmehr hauptsächlich in Briefen von Stockmar und an ihn, Tagebüchern und sonstigen Niederschriften, die er rein für sich gemacht.

Dem Inhalt nach sind die Denkwürdigkeiten, abgesehen von den drei ersten Capiteln, welche zur Geschichte des königlich englischen und des Hof's von Claremont gehören, Beiträge zur politischen Zeitgeschichte. Die meisten Abschnitte beziehen sich auf Vorgänge, an denen mein Vater persönlich, sei es als Mithandelnder, sei es als günstig gestellter Zuschauer, betheiligt war. Thatsachen und Betrachtungen sind stets möglichst in seinen eigenen Worten gegeben. Einige Capitel liefern historisch interessante Mittheilungen nach den hinterlassenen Papieren über Gegenstände, zu denen Stockmar selbst außer Beziehung stand.

Das Ganze ist keine einheitliche Composition. Es ist eine Sammlung von Bruchstücken, hoffentlich einigermaßen faßlich und genießbar zusammengestellt, verbunden und erläutert. Für den größten Theil dieser Fragmente liegt aber ein inneres Band darin, daß die Dinge gegeben werden, wie sie sich in der Auffassung meines Vaters darstellten. Insofern werden die Denkwürdigkeiten zu einer Schilderung des Mannes.

Gleichwohl lassen sie manche Seite desselben nicht heraustreten, seine Persönlichkeit und sein äußeres Leben als Ganzes nicht zur Anschauung kommen. Deshalb habe ich eine biographische Skizze vorausgeschickt.

Im Mai 1872.

**E. Stockmar.**

# Inhalts-Uebersicht.

## Biographische Skizze.

## Erstes Capitel.

### Der Abbruch des Verlöbnisses der Prinzeß Charlotte mit dem Prinzen von Oranien 1814.

## Zweites Capitel.

## Am Hofe Leopold's von Coburg 1816 bis 1817.



## Drittes Capitel.

## Prinzeß Charlotten's Tod November 1817.



## Viertes Capitel.

## Fünftes Capitel.

### Die Candidatur Prinz Leopold's zum griechischen Thron.



## Sechstes Capitel.

### Wellington 1829 bis 1852.



## Siebentes Capitel.

### Polignac's Plan zur Umgestaltung der Karte Europa's 1829.



## Achtes Capitel.

### Die Belgische Sache bis zum Vertrag, vom 15. November 1831.

## Neuntes Capitel.

## Die Belgischen Festungen.



## Zehntes Capitel.

## Ratification des Vertrags vom 15. November 1831.

## Elftes Capitel.

## Ausführung des Vertrags vom 15. November 1831.

## Zwölftes Capitel.

## Regelung der Frage der Englischen Annuity Leopold's 1834.



## Dreizehntes Capitel.

## Englischer Ministerwechsel 1834.

## Vierzehntes Capitel.

### Denkschrift des Königs Wilhelm IV. von England über seine Politik 1830 bis 1834.



## Fünfzehntes Capitel.

### Das Lager von Kalisch, September 1835. — Die Vermählung der Donna Maria von Portugal 1835 bis 1836.



## Sechszehntes Capitel.

### Vorbereitungen auf die Thronbesteigung der Prinzeß Victoria — Plan der Vermählung mit Prinz Albert 1836.

## Siebenzehntes Capitel.

## Der Thronwechsel und das erste Jahr darnach 1837 bis 1838.



## Achtzehntes Capitel.

## Fortgang der Vermählungsangelegenheit bis zur Verlobung 1838 bis 1839.

## Neunzehntes Capitel.

### Die Vermählung der Königin — Die Stellung des Prinzen.



## Zwanzigstes Capitel.

### Aus den Jahren 1841 bis 1846.

## Siebenzehntes Capitel.

## Der Thronwechsel und das erste Jahr darnach 1837 bis 1838.



## Achtzehntes Capitel.

## Fortgang der Vermählungsangelegenheit bis zur Verlobung 1838 bis 1839.

## Neunzehntes Capitel.

### Die Vermählung der Königin — Die Stellung des Prinzen.



## Zwanzigstes Capitel.

### Aus den Jahren 1841 bis 1846.

## Einundzwanzigstes Capitel.

## Die Spanischen Heirathen 1840 bis 1847.

## Zweiundzwanzigstes Capitel.

## Die deutschen Angelegenheiten 1848.

## Dreiundzwanzigstes Capitel.

## Italiänische und deutsche Dinge 1848 bis 1849.

## Vierundzwanzigstes Capitel.

## Aus dem Jahre 1850.



## Fünfundzwanzigstes Capitel.

## Die Jahre 1851, 1852.

## Sechsundzwanzigstes Capitel.

## Die orientalische Verwicklung 1852 bis 1856, und die Prinz-Alberts-Frage 1854.

## Siebenundzwanzigstes Capitel.

## Die Jahre 1856 bis 1863.



## Achtundzwanzigstes Capitel.

## Anhang. Zwei politische Aufsätze Stockmar's.

# Berichtigungen und Zusätze.

Seite 3, Zeile 12 von oben: Caroline Opitz geb. Stockmar ist leider seitdem (Januar 1872) gestorben.

„ 128 zweite Anmerkung. Für „Shate Papers“ lies „State Papers.“

„ 160 Anmerkung, statt „In den Frieden“ lies „in dem Frieden.“

„ 162, Zeile 4 von oben statt „20. bis 27. Januar“ lies „20. resp. 27. Januar.“

„ 162, Zeile 5 von unten und Anmerkung statt „Geudebien“ lies „Gendebien.“

„ 163, Zeile 1 von oben ebenso.

„ 170 „ 9 „ „ statt „zuvor“ zu setzen „vor dieser.“

„ — „ 16 „ „ statt „ihnen“ lies „ihm.“

„ 182 letzte Zeile; statt „linken“ Maasufers lies „rechten.“

„ 194, Anmerkung Zeile 2 von unten statt „beliebt“ zu setzen „gefällt.“

„ 196, Zeile 10 von unten „derselbe“ zu streichen.

„ 208 „ 4 „ oben „allgemeine“ lies „allgemein.“

„ — „ 18 „ „ „Zweckmäßigste“ lies „zweckmäßigste.“

„ 206 „ 11 „ unten „eben“ zu streichen.

„ 207 „ 5 „ oben statt „Tornai“ lies „Tournai.“

„ 217 „ 6 „ unten statt „Warum“ lies „Worum.“

„ 221 „ 6 „ oben statt „sons“ lies „sous.“

„ 265 „ 8 „ unten vor „dem Minister“ einzuschieben „von.“

„ 278 „ 15 „ „ statt „Begründung“ lies „Begränzung.“

„ 280 „ 4 „ oben statt „Angemessenheit Sr. Majestät“ lies „Angemessenheit des Verfahrens Sr. Majestät.“

„ 284, Zeile 12 von unten statt „der König traute sich nicht . . . . auszusprechen“ lies „der König konnte sich nicht . . . . aussprechen.“

„ 294, Zeile 13 von oben statt „Se. Majestät“ lies „Sr. Majestät.“

„ 297 „ 13 „ unten statt „besorgenden“ lies „besorgende.“

„ 299 „ 6 „ „ statt „Nicolous“ lies „Nicolaus.“

„ 301 „ 10 „ „ statt „nicht“ lies „nichts.“

„ 333 „ 7 „ oben statt „in Verkehr“ lies „im Verkehr.“

„ 345 „ 16 „ „ statt „Russel“ lies „Russell.“

„ 380 „ 1 „ „ statt „erschöpst“ lies „erschöpft.“

# Biographische Skizze.

Der Name Stockmar ist in Deutschland ziemlich selten. Die freilich unverbürgte Ueberlieferung unserer Familie läßt einen Stockmar, von dem wir angeblich abstammen, mit Gustav Adolf aus Schweden nach Sachsen kommen, und dort zurückbleiben. Der König soll ihm viel Gunst und Vertrauen bewiesen, er soll gesagt haben: „Wenn ich mein Haupt in den Schooß eines Stockmar legen kann, so bin ich sicher." Wie dem auch sei, unsere nachweislichen Vorfahren finden wir im Sächsischen. Von Hans George Stockmar, Königl. Polnischem und Chursächsischem Oberförster in Riestädt bei Sangerhausen, in der jetzigen preußischen Provinz Sachsen, stammte Ernst Friedrich Stockmar, geb. 1722, † 1793, Landkammerrath in Coburg, ein wohlhabender Kaufmann und Fabrikant. Sein Sohn Johann Ernst Gotthelf Stockmar, geb. 1760, † 1825, ist der Vater des Mannes, von dessen Leben diese Blätter einen Abriß geben wollen. Johann Ernst Gotthelf war ein lebhafter, heiterer, humoristischer, gemüthlich wohlwollender Herr, gebildet, Bücherfreund, wissenschaftlicher Jurist*). Er besaß das Rittergut Obersiemau an der baierischen Grenze. Als er einmal von da zurückkehrte, so erzählen seine Kinder, ergab sich zwischen ihm und einem Bekannten, dem er begegnete, folgendes Gespräch: „Wo kommen Sie her?" Stockmar: „Ich war auf meinem Gut." — „Was haben Sie denn

*) Er hat Mehreres und Verschiedenartiges drucken lassen, z. B. eine italienische Uebersetzung der „Wilhelmine" von Thümmel und eine mit Anmerkungen versehene Ausgabe der Decisiones Rosleri über das Erbrecht.

dort gemacht?" — Stockmar: „Ich bin herumgegangen mit Gefühlen des Eigenthums." — „Was sind denn das für Gefühle?" — Stockmar: „Ich habe mich geärgert." — Johann Ernst Gotthelf Stockmar lebte die letzten Jahre seines Lebens als Justizamtmann in der kleinen Stadt Rodach zwischen Coburg und Hildburghausen, eng befreundet mit dem dortigen geistreichen Superintendenten Hohnbaum, den Friedrich Rückert in dem Gedicht „Rodach" gefeiert hat*).

Johann Ernst Gotthelf starb ziemlich früh. Im Nachbarhaus war Feuer ausgebrochen. Nachdem er mit Mühe und Anstrengung die Amtskasse in Sicherheit gebracht, ging er, sich nach seinen Büchern im Hinterhaus umzusehen. Da leuchtete ihm schon die Flamme entgegen. Der übrigens kerngesunde Mann, der wenige Stunden vorher mit seiner für eine Maskerade geputzten Tochter heiter um den Tisch getanzt hatte, stürzte vom Nervenschlag getroffen, todt nieder.

Seiner Frau, Johanne Christiane geb. Sommer aus Coburg, entriß der Brand somit an einem Tag das Heimwesen und den Mann. Sie lebt in unserer Erinnerung als eine kluge, launige Frau, Freundin der Poesie und der moralisirenden Betrachtung über menschliche Dinge. Sie liebte sprüchwörtliche Redensarten und eines ihrer Hauptsprüchwörter war: „Unser Herrgott sorgt, daß der Kuh der Schwanz nicht zu lang wachse," — was ungefähr so viel bedeuten sollte als das bekannte: „Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen."

Prinz Leopold von Coburg, der jenen Spruch oft zu seiner Erheiterung vernommen hatte, pflegte später in schwierigen Lagen, wenn feindliche Einflüsse übermächtig schienen, zu unserm Vater zu sagen: „Hier können wir uns nur mit dem Spruch Ihrer lieben Mutter vom Kuhschwanz trösten." — Stockmar hatte Zeitlebens einen hohen Begriff von dem Verstand seiner Mutter, und führte gern deren Redensarten an.

---

*) Ausführliche Nachricht über Hohnbaum in „Dichter, Ritter und Patriarch" von C. Kühner, Frankfurt a. M. 1869.

Als vierundsechzigjähriger Mann, mitten in einem ernsten, politischen Brief über die wirre Lage, die der Staatsstreich vom December 1851 Frankreich bereitet habe, ruft er aus: „Meine Mutter würde gesagt haben: „„Da mach' einmal daraus einen Vers, der sich reimt; wenn Du den Reim zu Stande bringst, so lasse ich Dir einen Kuchen von verrosteten Nägeln und Scheidewasser backen."" Es war eine gescheute, gute Frau — Gott habe sie selig — die mehr praktischen Verstand im kleinen Finger hatte, als Nikolaus, L. Napoleon, Schwarzenberg und Manteuffel zusammen in ihren Köpfen."

Die Kinder dieser Ehe waren:

1. Caroline. Sie verheirathete sich an Hrn. Opitz, der später Regierungspräsident in Coburg wurde, wo sie noch als vierundachtzigjährige Wittwe lebt.

2. Christian Friedrich, mit dem wir uns hier beschäftigen.

3. Friederike, die, vierundsiebzigjährig, unvermählt, mit der älteren Schwester zusammen wohnt.

4. Carl, geb. 1791 und 1854 zu München ohne Nachkommenschaft verstorben.

Die Versuchung, von meines Vaters Geschwistern hier ausführlich zu reden, wäre mir durch Anhänglichkeit und Dankbarkeit nahe gelegt. Aber ich schreibe keine Familiengeschichte. Ich will die Geschwister nur kurz charakterisiren, weil ich an jedem derselben besondere Züge erkenne, die ich dann wieder in dem Vater vereint erblicke, der gewissermaßen die Familieneigenthümlichkeit zum vollsten und reichsten Ausdruck brachte. —

Die Tante Caroline war stets durch große Herzensgüte, Verständigkeit, Zuverlässigkeit des Charakters, Gemessenheit des Benehmens ausgezeichnet.

Die Tante Friederike ist ganz Leichtblütigkeit, Lebhaftigkeit, Naivetät, spielender, sprudelnder Humor — jugendlich frischer im vierundsiebzigsten Jahre als die meisten jungen Mädchen.

Mit Entzücken lauschen wir ihren unnachahmlichen Erzählungen, in denen sie den Zuhörer alles unmittelbar mit durchleben läßt, und selbst alles Vergangene wieder, als sei es gegenwärtig, durchlebt. Es ist uns ein poetischer Genuß, wenn sie uns z. B., obschon ohne alle Schönrednerei, die Geschichte von dem großen Rodacher Brand erzählt, der dem Großvater den Tod brachte, und wir freuen uns alle auf den Moment, wo, mitten in der Verwirrung, Angst und Trauer der Lage, ein Ziegenbock von der Feuergluth aus einem benachbarten Stall vertrieben, die Hintertreppe herauf in das Zimmer der Tante kommt, und zweimal ernsthaft um den Tisch herumläuft. Die Leute sagten nachher, dies sei der Teufel gewesen.

Der jüngere Bruder Carl widmete sich dem Handlungsfach in Augsburg. Es fügte sich, daß er längere Zeit der dort lebenden Königin Hortense, der Mutter Louis Napoleons, ihre Geldgeschäfte besorgte. Er trat später in die Dienste des Königs der Belgier und verwaltete bis zuletzt dessen Capitalvermögen. Der Onkel Carl erschien für gewöhnlich von sehr gehaltenem, ja trockenem Wesen. Im vertrauten Verkehr konnte er heiter, liebenswürdig, für Scherz und Spaß empfänglich sein. Er war ein Mann von äußerster Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit, dabei aber von dem thätigsten, hülfbereitesten Wohlwollen beseelt.

Der ältere Bruder, unser Christian Friedrich Stockmar, war geboren zu Coburg am 22. August 1787. Vom Knaben sind manche Züge frohen, humoristischen Uebermuths und sanguinischen Wesens überliefert. Mit einiger Verwunderung hörte ihm die Mutter zu, als er beim Familientisch, auf das Geschirr deutend, einst ausrief: „Bei mir muß das Alles einmal von Silber sein," aber sie erwiderte ruhig: „Wenn Du's kannst, ist es mir recht." — Die Geschwister erzählen, daß er es besonders liebte, Menschen und Dingen komische Spitznamen beizulegen. — Der junge Christian trieb sich viel auf dem Gute des Vaters herum, Anführer der Bauerjungen bei manchen losen Streichen. Einer dieser Spielge-

sellen vom Dorf, später dessen Schulz und ein durchaus braver verständiger Mann, Namens Redwitz, blieb stets bei Stockmar sehr in Ehren, und es war eine Freude, die beiden Männer, die ein langes Leben äußerlich so weit auseinander geführt hatte, noch als Greise achtungsvoll mit einander verkehren zu sehen, jeder von seiner Seite der früheren Zeiten, sowie der gegenwärtigen Verhältnisse gebührend eingedenk.

Früh handhabte Christian die Flinte, und die Jagdpassion blieb ihm bis zu Anfang seiner sechziger Jahre, wo sie auf einmal abnahm und bald verlosch.

Nach dem Besuch des Coburger Gymnasiums bezog er 1805 achtzehnjährig die Universität und studirte bis 1810 Medizin in Würzburg, Erlangen und Jena. Sehr schön und richtig bezeichnen die Bedeutung, welche gerade dieses Studium für die sittlichen und politischen Anschauungen und die praktische Lebenskunst des Mannes hatte, zwei biographische Skizzen über Stockmar, die eine von Gustav Freitag (Christian Friedrich Baron von Stockmar, Grenzboten Nr. 31 von 1863), die andere von einem langjährigen Freund des Vaters, dem jetzigen Legationsrath Friedrich Carl Meyer in Berlin (Preuß. Jahrbücher 1863) und aus denen beiden ich, nach eingeholter Erlaubniß der Herren Verfasser, häufig Anlehen machen werde. Sie sagen manches besser als ich es vermöchte, beruhen dem Inhalt nach auf authentischen Nachrichten, und haben zum Theil noch besondern historischen Werth als Zeugnisse.

„Er erlernte so," sagt Meyer, „seine eigentliche Wissenschaft und Kunst, die, auch nachdem er sie praktisch aufgegeben, doch fortwährend die Grundlage seines wissenschaftlichen Denkens und kritischen Handelns gebildet hat. Auch Krisen des häuslichen und politischen Lebens faßte der spätere Staatsmann am liebsten von seinem ärztlichen Standpunkt auf, und zwar so, daß er, mit rascher Wegräumung eines jeden pathologischen Hindernisses, immer nur vorzugsweise auf das Freiwerden der heilenden, sittlichen Natur, auf

das herzustellende Wirken dieses oder jenes socialen oder anthropologischen Gesetzes hinzuwirken suchte. Und noch deutlicher vielleicht als in dieser Behandlungsweise verrieth er sein ärztliches Handwerk in der Weise, wie er solche gesellschaftlich pathologische Zustände und Ereignisse unmittelbar zu erkennen wußte; wie er es vermochte, aus einzelnen Aeußerungen und Handlungen mit einem Blick den ganzen Menschen oder die ganze Lage der Dinge zu durchdringen, und nach dieser Diagnose dann auch sogleich sein eignes Handeln und Benehmen festzustellen."

Und Gustav Freitag schreibt:

„Der prüfende Blick, mit welchem er alles Werdende objectiv zu betrachten wußte, die tiefe Ueberzeugung von dem gesetzmäßigen Verlauf aller Lebenserscheinungen und die unerschütterliche Ruhe, mit welcher sein lebhafter Geist diesen gesetzmäßigen Verlauf zu erwarten verstand, in Ergebung wie in Hoffnung, — alles das verdankte er nicht zum kleinsten Theil dem Beruf, den er als Jüngling erwählt hatte. Wenn er später das Leben eines werdenden Staates aus tödtlichen Gefahren retten half, kaltblütig und im entscheidenden Momente vom kühnsten Entschluß; oder wenn er lehrend und rathend die Fürsten, mit denen ihn sein Schicksal in Verbindung gebracht hatte, innerhalb ihrer Anlage und den Bedingungen ihres Lebens zu fördern wußte: immer blieb ihm etwas von der inneren Freiheit, der scharfen Beobachtung und dem überlegenen Urtheil eines menschenfreundlichen Arztes."

Stockmar selbst sagt über denselben Gegenstand mit besonderer Beziehung auf seinen späteren Beruf als Beichtvater, Vertrauter und Mentor hochgestellter Personen in einem Brief vom 5. März 1853: „Es war ein kluger Streich, ursprünglich Medizin studirt zu haben; ohne das dabei erlangte Wissen, die psychologischen und physiologischen Aufklärungen, die mir von da aus geworden, würde mein savoir faire oft betteln gehen müssen." —

In Würzburg, erzählt Meyer, lernte Stockmar zuerst seinen

nur um sieben Vierteljahr jüngeren, fränkischen Landsmann Friedrich Rückert kennen, den er später in Coburg wiederfinden und mit ihm Freundschaft für's Leben schließen sollte. Den Eindruck, den er damals auf Rückert machte, schildert dieser als den „eines ernsten, fleißigen, jungen Mannes, mit etwas zurückgezogener vornehmer Haltung."

Ich möchte daraus schließen, daß sich die beiden Jünglinge damals auf der Universität nicht besonders nahe rückten. Denn sonst wären gewiß auch die anderen Eigenthümlichkeiten Stockmar's, die wir mehr oder weniger stark entwickelt an seinen Geschwistern sahen, dem Blick Rückert's nicht verborgen geblieben.

Die Studienjahre Stockmar's fielen in die traurigste Zeit der Franzosenherrschaft. Tief empfand er die Schmach des Vaterlandes, die Jämmerlichkeit der deutschen Zustände. Der Haß und die Verachtung des Rheinbundwesens, der Kleinstaaterei, die Sehnsucht nach Einheit, Macht und Größe des Vaterlands erfüllten schon damals die Seele des Jünglings, wie sie nachmals den Greis bis zum letzten Hauch durchdrangen. Es war die Zeit, wo der aufgeregte Patriotismus der Jugend über Mordplänen gegen Napoleon brütete. Einst wurden solche Gedanken in Gegenwart von Stockmar unter den Studenten ausgesprochen. Da erhob sich ein alter preußischer Offizier, mit welchem Stockmar und seine Kameraden viel verkehrten und sagte ernsthaft: „So sprechen junge Leute; laßt das gut sein. Wer die Welt länger kennt, der weiß, daß die Franzosenherrschaft nicht mehr lange dauern kann; vertrauet auf den natürlichen Gang der Dinge." — Diese ruhige Zuversicht machte einen tiefen Eindruck auf Stockmar. Sie stärkte ihn in dem Glauben an das Walten einer sittlichen Macht als realen Größe im Geschick der Völker, an die Berechtigung der Nationalitäten, als nicht minder realer Factoren. Diesem Glauben blieb er fortan getreu, und im Lichte dieses Glaubens erkannte er die Hohlheit der Napoleonischen Herrschaft.

Ende 1810 kehrte Stockmar nach Coburg zurück und begann die medizinische Praxis unter der Leitung seines Oheims Dr. Sommer. Aus manchen Ueberlieferungen dürfen wir schließen, daß er sich in der Diagnose bedeutend erwies. Er war übrigens zu jung, um von seinem Beruf völlig absorbirt zu werden. In der Jugend ist ja der Mensch überhaupt universeller. Zudem befähigten ihn die Ruhe, der freie betrachtende Humor, mit denen er den Dingen gegenüberstand, seinen Erlebnissen als Arzt noch andere Seiten als die rein technischen abzugewinnen. Eine Scene, die er vierzig Jahre später seinem Freund Rückert erzählte, regte diesen so an, daß sie sich ihm zu folgendem Gedicht gestaltete.

Unglückselig ein Arzt! so hat, der einer gewesen,
Jüngst ein Freund mir erzählt, wie es einmal ihm erging.
„In des Berufes Geschäften war hin der Tag mir gegangen,
Doch ich hoffte dafür einen Ersatz in der Nacht.
Ball war's, und mit meiner Erkor'nen dacht ich zu tanzen.
Ihr zu Gefallen bereits hatt' ich mich festlich geschmückt.
Aber ein Kunde beschickte mich jetzt: „mein Weib ist am Sterben;"
Und ich dachte: Du mußt noch vor dem Balle dahin.
Seufzend ging ich, und fand den Feind des Lebens so weit schon
Siegreich, daß er verlacht' ärztliche, menschliche Kunst.
Aber ich that das Meine gewissenhaft. Höchstens ein Stündchen
Währt's noch, dacht ich dabei, immer noch kommst Du zum Ball.
Stund' um Stunde doch zog es sich hin, und mich hielt die Berufspflicht,
Und nicht minder zurück hielten mich Herr und Gesind.
Längst schon rollten die Kutschen, die glücklichen Gäste befördernd,
Und ich erkannte am Schall: das ist die Kutsche von ihr.
Und ich malte mir's aus: nun glänzend im Glanze der Lichter,
Suchen dich Blicke von ihr, oder sie suchen Dich nicht.
Doch hin zuckt in's Zimmer der Mann mit ängstlicher Frage; —
Selber des Trostes wie sehr dürftig, vertröstet ich ihn.
Seufzender Nachtwind brachte von wechselnden Weisen des Tanzes
Manchen verwehenden Klang, der wie ein Leben erlosch.
Drunten herauf von der Gasse zum einsam erleuchteten Fenster,
Witternd Leichengeruch, bellte vom Nachbar ein Hund.
So im Streit der Tön', im Widerstreit der Gefühle,
Zwischen Leben und Tod langsam verging mir die Nacht.
Rädergerassel nun machte der Aufbruch; und wie die letzte
Kutsche vom Ball nach Haus rollte, da starb mir das Weib. —

(14. Dezember 1855 nach einer Erzählung Stockmar's in seinem Haus beim Kaffee).

In die Zeit von 1810 bis 1815, die Stockmar (mit den durch die Kriegsereignisse von 1814 und 1815 bedingten Unterbrechungen) in Coburg verfloß, fällt sein vertrauter und reger Verkehr mit dem Dichter, der damals bei seinem Vater, dem Amtmann des baiischen Landstädtchens Ebern im Baunachgrund, wohnte. Rückert befand sich in der unbehaglichen Lage eines jungen Mannes, der die Universität absolvirt hat, ohne in das Fahrwasser eines bürgerlichen, die Existenz sichernden Berufs eingelaufen zu sein Die Väter pflegen mit Recht darauf zu dringen, daß die Söhne ihren Unterhalt verdienen, und nicht zufrieden zu sein, wenn die Söhne auf ihre Gedichte hinweisen. Die Muse hat daher in solchen Fällen Jahre der Prüfung zu überstehen, bis sie sich siegreich durchgerungen hat. Ueberdies fehlte es Rückert in Ebern durchaus an einem angemessenen, gleichaltrigen Umgang; er war sehr isolirt. Er bedurfte als Poet und Mensch des Vertrauten und Freundes, und es war ihm erwünscht, der lebhaften Theilnahme der früheren Universitätsgenossen zu begegnen, der den ungewöhnlichen Geist zu würdigen verstand. Zwischen Coburg und Ebern wurden Besuche und Briefe ausgetauscht. Manche der letzteren sind noch erhalten. Der Dichter theilt Stockmar seine neuesten Erzeugnisse mit; ihm schickt er die „drei Liedlein vom Glück“ (Ges. Werke II., 117), durch ihn befördert er die reizenden „fünf Märlein für mein Schwesterlein“ zum Druck, an ihn sendet er die patriotischen „geharnischten Sonette“; an ihn richtet er die schöne poetische Epistel:

„Leise gelullt vom Hauche des nie so lenzlichen Lenzes —“

(Auswahl der Gedichte S. 56), aus deren ursprünglichen Fassung wir einige Stellen mittheilen.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — Wenn ich selbst hier, im Schooße der ländlichen Stille mich wiegend,
Eingewiegt von dem Hauche des nie so lenzlichen Lenzes,
Dich auf ein Veilchen vergäße, mein Freund, den ich niemals vergesse,
Wär's zu entschuldigen nicht, es wäre von selber entschuldigt.
— — — — — — — — — — — — — — — — — —
Aber daß Du, der jeglichen Tag mit geschäftiger Feder
So viel Zettel und Zettelchen schreibst und verstreuest die Stadt durch,
Von den allen nicht eines vertrauest irgend dem Flügel
Eines wandernden West's, um als willkommener Bote
Mir's zu bringen — womit entschuldigen willst Du's und kannst Du's?
— — — — — — — — — — — — — — — — — —
Und ist's mehr werth, immer an siechen Leibern zu flicken,
Als auch einmal die Seele des lechzenden Freundes zu heilen
Durch ein freundliches Wort, anstatt durch köstlichen Balsam?
— — — — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — — —
Freund, dem die Schlangengewinde der Hypochondrie um die trüben
Augen so arg sich ziehn', daß Du schon träumest von Blindheit!
Komm', und sieh' nur wie herrlich auf meinen Fluren es maiet,
Komm', und heile Dich hier, und mich von meinem Verlangen.
Alles ist bei mir, was Sinne erfreu'n kann, alles in Fülle,
Wenn nur, das Herz zu erfreu'n, Du Dich noch bringst und die Freundschaft.
Alle Blumen sind da, das Aug' mit Farben zu laben,
Alle Lüfte sind reg', das Gefühl mit Berührung zu schmeicheln,
Alle Töne sind wach, das Ohr zu erquicken mit Wohllaut,
Weihrauch dampfend dem Sinn des Geruchs wetteifern die Düfte,
Und wenn noch dem Geschmack, dem ungestümen, der fein're
Lenz die Befriedigung weigert, so ist vom vorigen Herbst her
Auch für den derberen Gast gesorgt in Küch' und in Keller."

An Stockmar geht auch ein Exemplar des „Amaryllis." Er war der Vertraute des realen Dorfroman's gewesen, dessen Stoff in dieses Gedicht einging*). Rückert erwidert ihm auf seine Bemerkungen über Amaryllis: „Daß Du meine Amaryllis mir nicht ausführlicher lobst oder tadelst, würde mich verdrießen, wenn Du sie nicht mit wenigen Worten sehr scharf gefaßt hättest. Was Du komisch findest, ist die Wirkung von der Verschmelzung dreierlei Be-

*) Näheres hierüber in dem Kühner'schen Buch „Dichter, Ritter und Patriarch."

standtheile, deren ich mir sehr deutlich bewußt bin — petrarkischer Sentimentalismus — idyllische Idealität — und schroff aufgegriffene Wirklichkeit." — Stockmar's Kritiken wurden nicht immer sehr gnädig aufgenommen. In einem Brief vom 8. März 1813 heißt es: „Du verstehst den Teufel von meinen Sonetten." Und als hinwiederum Stockmar ein, wie es scheint, aus eigenem Erlebniß entstandenes Liebesgedicht an Rückert gelangen läßt, ermuthigt ihn dieser zwar ernstlich, sich „ordentlich zu verlieben um ihm (Rückert) herrlichen Sonettenstoff zu liefern", fügt aber hinzu: „von der deutschen Prosodie scheinst Du nichts zu verstehen." Dies wird ohne Zweifel wahr gewesen sein; denn Stockmar behielt zwar bis in sein hohes Alter regen Sinn und Liebe für die Poesie, aber das Handwerk des Dichters selbst zu verstehen oder üben hat er nie Anspruch erhoben. — Der ebene Lauf des Verkehrs der beiden Freunde wurde mitunter durch eine gewisse unmuthige Herbheit auf Seiten Rückerts gestört, die in dessen unfertiger, einsamer Lage ihre Erklärung findet. Aus dem schon angeführten Brief vom 8. März 1813 ergiebt sich, daß Stockmar Jenen „zusammengezogen, rauh und herb wie einen Gallapfel" genannt hatte. Rückert erwidert darauf: das seien „drei falsche Schönheiten in Einem wahren Bilde" — das Wort „wahren" hat er nachträglich ausgestrichen. Ein paar Stellen aus Rückerts Briefen bezeichnen dessen damalige Stimmung am besten.

„Du fragst mich was ich treibe? Nichts! Aber mich treibt die Poesie zu nichts als zur Poesie. Ich schwimme in Meeren von Entwürfen.

. . . . . . . . . . Ich zürne Dir, daß Du unter dem schwer klingenden Fußtritt des Verhängnisses so ruhig sein kannst. Ich sage mir oft, daß das Dichten mein einziges Handeln ist, und nicht das Handeln; und doch kann ich mir's nicht abwehren, daß manchmal ein in meine Verschlossenheit brechendes Waffengeräusch mich unter meinen Papierschnitzeln aufstört. Ich wollte, ich könnte die Poesie

von meinem Halse abschütteln, die schwerer daran hängt als ein Weib und zehn Kinder; so stände ich morgen unter den preußischen Freiwilligen. Aber daraus wird nichts, wenn nicht alle meine Entwürfe vorher verbrennen."

Dann wieder vier Wochen später:

„Ich bitte Dich tausendmal, schreibe mir etwas Gutes, wenn auch nur wenig. Ich bin in der größten Dumpfheit und Niedergeschlagenheit; wenn nicht bald jemand kommt, und nimmt mich mit auf Reisen oder in den Krieg (zu dem ich übrigens nichts tauge), so bin ich fertig.

Wir haben hier Alles voll Franzosen, und ich kann nichts arbeiten, aber auch nicht einmal müßig gehen kann ich mit Geschick und Lust. Du hast wahrlich Unrecht, mich so ganz und gar zu verlassen. Verlassen bin ich in Wahrheit, mir selbst überlassen!" —

Ein wundes junges Dichterherz spricht sich auch in folgendem Sonett aus:

An Ch. St. in K.
An der Herbst-Tag- und Nachtgleiche, zwischen
Buch und Kurzewind, auf dem Heimweg.

Geh' hin, Sonett, mein Sohn, und sprich zu einem,
Der mein vergisset in der Stadt Zerstreuung:
„Wenn Deinem Herzen nicht gebricht Erfreuung,
So denke doch, daß sie gebreche meinem."
Noch einmal bringet meine Brust mit reinem
Verlangen Dir des Freundesruf's Erneuung;
Folgst Du ihm nicht, so nehm ich mit Bereuung
Den Ruf zurück, und bring' ihn fürder keinem.
Wenn Du an ird'schen Reizes Angelsternen
An Sinnenzauber's falschen Sphärentönen
Vergessen kannst den Freund und sein Geschick;
So kann ich zu vergessen Dich auch lernen,
Am Busen meiner himmlisch wahren Schönen,
Von der ich hier das letzte Kind dir schicke."

F. R.

Einige Jahre darauf hatte der tiefe Denker und Dichter sich durch die ihn umringenden Schwierigkeiten durchgekämpft, eine äu-

ßere Stellung, die innere Sicherheit in seinem wissenschaftlichen und dichterischen Beruf, eine liebenswürdige Frau, ein ihn beglückendes Heimwesen gewonnen, und schrieb mit männlicher Zufriedenheit an Stockmar:

„Ich bin eben von einer kurzen Reise zu Weib und Kind zurückgekehrt, und fühle mich im Genuß meines beschränkten Glücks, lebhaft zu Dank gegen Gott und die Welt verpflichtet."

Wie indeß Stockmar's äußere Stellung und Wirksamkeit in den Jahren seit 1812 sich gestaltete, darüber haben wir von ihm selbst eine kurze Aufzeichnung:

„Im Jahr 1812 wurde ich Stadt- und Landphysikus, und als solcher richtete ich in jenem großen Kriegsjahre ein Militärlazareth (in Coburg) her, dem ich als dirigirender Arzt vorstand. Es füllte sich bald, erst mit französischen und alliirten, später mit russischen Kranken und Verwundeten. Der Lazarethtyphus, der den Heeren überall nachfolgte, setzte sich auch in diesem Spital fest*). Mehrere Todesfälle Solcher, die mit dem Lazareth in unmittelbare Berührung gekommen waren, verbreiteten unter den Aerzten solche Furcht, daß nur ein alter Chirurg und ich den Muth hatten, den Dienst zu versehen. Dieser dauerte meinerseits bis in den November 1813, wo ich denn, nachdem ich der Ansteckung über ein Jahr widerstanden, von dem Lazarethfieber in seiner gefährlichsten Form ergriffen wurde. Drei Wochen lag ich zwischen Leben und Sterben, genas aber, nachdem die eigentliche Krankheit vorüber war, wieder so rasch, daß ich schon im Januar 1814 als Oberarzt der Herzogl. Sächsischen Contingente mit nach dem Rhein ziehen konnte. Bei Mainz angelangt, wurde ich als Stabsarzt des fünften deutschen Armeecorps zu den Spitälern commandirt, die unter Stein's Verwaltung in Mainz, Oppenheim, Guntersblum und Worms errichtet wurden. Hier verblieb

*) Lange Zeit hatte ihm Stockmar dadurch Schranken gesetzt, daß er (was damals neu war) selbst in kalter Jahreszeit Thüren und Fenster öffnen ließ.

ich als einer der dirigirenden Aerzte bis zum Herbst 1814, worauf ich nach Coburg zurückging."

Stockmar traf in jener Zeit zum ersten Male mit Stein zusammen, nicht in freundlicher Weise. „Das Militärhospital zu Worms, erzählt Freitag S. 165, war längere Zeit nicht mit Kranken besetzt, und Stockmar that als Arzt seine Pflicht, indem er blessirte französische Gefangene aufnahm. Da strömten auf einmal die deutschen Verwundeten zu, aber das Hospital war gefüllt. Darüber brauste Stein in seiner starken Weise auf, und es gab einen heftigen Wortwechsel, wobei Stockmar ihm nichts schuldig blieb."

„Seine Bekanntschaft mit Stein hinterließ ihm doch den Eindruck einer großen Persönlichkeit. Viele Jahre später besuchte Stockmar von England aus auf der Reise den gewaltigen Mann, und hatte Anlaß zu erstaunen, wie genau er ihn in den englischen Dingen orientirt fand."

Im Jahr 1815 zog Stockmar nochmals mit dem Herzogl. Sächsischen Regiment als Regimentsarzt nach dem Elsaß, von wo er, nach der Uebergabe der Festungen, im December wieder in Coburg eintraf, und in sein Amt als Stadt- und Landphysikus zurücktrat.

Aber er sollte es nicht lange behalten. Prinz Leopold von Coburg hatte ihn während der Feldzüge kennen gelernt und Gefallen an ihm gefunden. Als seine Vermählung mit Princeß Charlotte von England entschieden war, bot er Stockmar die Stelle seines Leibarztes an.

Am 11. März 1816 erhielt Stockmar den definitiven Ruf des Prinzen, baldmöglichst zu ihm zu kommen, um seinen Posten anzutreten.

Am 29. landete er in Dover, am 30. ging er, um nicht zu tief in die Nacht hinein zu fahren, „der Straßenräuber wegen" nur bis Rochester, am 31. war er in London. „Die Gegend", berichtet das Tagebuch, „die Häuser, ihre Einrichtung, das Alles hatte mir, zumal in der Nähe von London, außerordentlich wohl gefallen

und mich wirklich so erheitert, daß ich mir oft sagte, hier muß es dir wohl gehen, hier kannst du gar nicht krank werden."

Diese bezeichnende Stelle giebt uns eine Anknüpfung, das Wesen des jungen Arztes zu betrachten, den wir so bis an die Schwelle einer unsicheren, unbekannten Zukunft begleitet haben.

Stockmar war eine merkwürdig gemischte Natur. Bei geradem, auf die Vereinfachung aller vorliegenden Fragen gerichteten Verstand, nüchterner Beobachtungsgabe, großer Objectivität der Auffassung, besaß er viel weiches Gefühl, Herzensgüte und Menschenfreundlichkeit. Er war zum Handeln mit keckem Trieb und Muth, mit Scharfblick, Divination und Erfindung ausgestattet, aber die allgemeine Betrachtung, die Zurückführung alles Einzelnen auf Grundsätze blieb ihm beständiges Bedürfniß. Bald setzte er den Beobachter durch sanguinisch-sprudelndes, herausforderndes, rückhaltloses, rasches, feuriges oder humoristisches, heiteres, selbst ausgelassen lustiges Wesen in Erstaunen, und erwärmte durch herzlich offenes Entgegenkommen, wo er sich angezogen und zum Vertrauen erweckt fühlte, — bald war er ganz Ernst, Ruhe, Gehaltenheit, kühle Besonnenheit, methodische Ueberlegtheit, Vorsicht, Kritik, ja Ironie und Skepsis.

Waren hierdurch schon genug der Contraste bedingt, so kam noch hinzu, daß ein schwächlicher, kränklicher Körper, dessen Gebrechen sich gerade in der Universitätszeit zuerst bedenklich geltend machten, den Aufschwung vielfach hemmte, die Spannkraft lähmte, und daß physisches Uebelbefinden nur zu häufig eine bei besserem Gesundheitszustand schlummernde Anlage zu tiefer Hypochondrie weckte, die dann den Geist zeitweise, und zwar schon in jungen Jahren niederdrückte.

Stockmar hat sein ganzes Leben hindurch mit Unterleibsbeschwerden und einen großen Theil desselben mit Augenleiden zu kämpfen gehabt. Wir sahen, wie ihn Rückert in der S. 56 der Auswahl seiner Gedichte abgedruckten poetischen Epistel so anredet:

„Freund, dem die Schlangengewinde der Hypochondrie um die trüben Augen so dicht sich zieh'n, daß Du gar träumest von Blindheit."

Wie alle hypochondrischen chronisch Leidenden, so hatte auch Stockmar stets nicht nur von seinen wirklichen Leiden und seinen hypochondrischen Vorstellungen darüber, sondern auch davon viel auszustehen, daß die meisten Freunde und Bekannte, weil sie ihn oft heiter und energisch thätig sahen und er doch eben fortlebte, ja alt wurde, und die Thatsache seine melancholischen Voraussagungen oft widerlegte, seine Leiden für bloße Einbildung, maladie imaginaire erklärten. Die wenigsten Menschen wissen die Unterscheidung zu machen, daß die chronischen Uebel, mit denen ein Anderer behaftet ist, doch traurige Realitäten bleiben, wenn sie dem Leidenden auch nicht alle Heiterkeit und Kraft entziehen, und wenn auch dessen Vorstellungen über die Natur und die Folgen seiner Beschwerden irrig oder übertrieben sind.

Die Schwankungen in Stockmar's Befinden führten zu neuen Contrasten in seiner Stimmung und Leistungsfähigkeit. Kehrte nach längerer Ebbe die Fluthwelle zurück, war der Druck auf das Nervensystem gehoben, so zeigte sich dann bei ihm, wie so oft bei reizbaren Naturen, und zwar auch noch in späteren Jahren, die Reaction in überraschender Lebendigkeit und überströmendem Humor. Sehr bezeichnend sagte zu ihm in einem solchen Falle einer seiner ältesten Freunde, der jetzige General von Alvensleben in Coburg (sie waren Beide schon hoch in den Sechszigen): „Es ist nur gut, daß Du so oft krank bist, sonst wäre es mit Deinem Uebermuth gar nicht auszuhalten."

Mit diesen Zügen ist aber das tiefste Wesen Stockmar's noch nicht bezeichnet. Ich finde es in folgenden Eigenschaften:

Der lautersten Liebe zur Wahrheit, dem Eifer sie zu erkennen und bekennen, von Andern erkannt, bekannt und nicht verdunkelt zu sehen,

der größten Unabhängigkeit der Gesinnung, und

dem freudigen Gehorsam und Dienst gegen das innere Gesetz, das die menschlichen Dinge beherrscht.

Den Ereignissen, Erscheinungen und Zuständen ihr inneres Gesetz abzulauschen — hatte er es erkannt, sich ihm ohne Sträuben zu fügen, wenn auch seine Wünsche im Gegensatz dazu standen — für die Verwirklichung des Gesetzes redlich und freudig zu arbeiten, das war seine Art.

Hieraus ergab sich seine Grundstellung zur Politik. Während die Staatsmänner Europa's seit 1815 vielfach willkührliche, aus beschränktem Egoismus oder Doctrinarismus hervorgegangene Ziele und Tendenzen verfolgten, gegen den natürlichen Trieb der politischen Zustände eigenmächtig ankämpften, den natürlichen Wuchs der Völker durch künstliche Veranstaltungen zu hemmen oder umzubilden strebten, so war er bis zum letzten Hauch mit ganzer Seele einer volksthümlichen liberalen Entwicklung zugethan und wirkte dafür nach Kräften.

Auf demselben Grund ruhte sein persönliches Verhalten zu andern Menschen. Er war nicht nur in hohem Grade uneigennützig für sich selbst, sondern er fand seine Befriedigung in der Förderung des Wohls der Anderen, die Erfüllung des Gesetzes auch in dieser Richtung war seine Freude*). Menschenfreundlichkeit, Wohlwollen, Liebe zu üben, hülfreich zu sein, das Gedeihen der Anderen zu pflegen, das war ihm denn auch fortan auf seinem Lebenswege in reichem Maaß beschieden.

Das Eigenthümliche desselben bestand darin, daß seine längste, ausgedehnteste, consequenteste und kräftigste Wirksamkeit in jenem Sinn Personen auf der höchsten irdischen Stufe, Fürsten, zugewendet blieb.

---

*) Er war sich dessen wohl bewußt. Schon im November 1817 schreibt er an seine Schwester Caroline: „Ich scheine mehr da zu sein, für Andere als für mich selbst zu sorgen und bin mit dieser Bestimmung gar wohl zufrieden.“

Der wahrheitliebende, unabhängig gesinnte, von freudigem Gehorsamseifer gegen die inwohnenden Gesetze menschlicher Dinge erfüllte Mann, wurde ein Freund, Vertrauter, Berather und Mentor von Fürsten, d. h. Personen, denen auf ihrer Höhe die Wahrheit, die unabhängige Gesinnung am wenigsten nahe tritt, die am meisten versucht sind, das innere Gesetz der Dinge zu mißachten.

Aber das Glück wollte es wiederum, daß Stockmar in den verschiedenen Stadien seines Lebens zu solchen Fürsten in Beziehung trat, die selbst dem Wahren und Rechten, nicht dem leeren Schein, nachstrebten, die den menschlichen Werth eines unabhängigen Mannes zu schätzen wußten, die sich selbst als Diener und Werkzeuge der höhern Ordnung, nicht als willkührliche Beherrscher der menschlichen Dinge betrachteten, die durch Geistes- und Charaktereigenschaften zur Erfüllung ihrer Aufgabe vorzüglich ausgestattet waren. Das Samenkorn, das Stockmar ausstreuen konnte, fiel nicht auf steinigten, unfruchtbaren Boden.

Freilich bei Stockmar's Ankunft in England war eine solche Aussicht dem Blick noch verhüllt; — Anlaß zur Bangigkeit war für jenen genug vorhanden. Denn er hatte eine gesicherte, verhältnißmäßig freie Stellung in den allerdings kleinen, aber bequemen und vertrauten Verhältnissen der Heimath aufgegeben, um eine unsichere Zukunft*), im persönlichen Dienst eines Herrn, in einem Lande, dessen Sprache und Sitten ihm unbekannt waren und das dem Fremden, auch unter den günstigsten Verhältnissen, große Schwierigkeiten darbietet. Aber ein freundliches Geschick fügte es so, daß er auf diesem Wege ein viel reicheres Loos fand, als er sonst je hätte hoffen dürfen, daß der Herr ein höchst liebenswürdiger und bedeutender Fürst war, zu dem der Diener in die Stellung eines Freundes und Vertrauten trat, daß Stockmar sich in England sehr gut

*) Es standen nicht einmal die nähern Bedingungen der Stellung im Voraus fest.

acclimatisirte und daß ihm sein dortiger Aufenthalt eine treffliche Bildungsschule wurde*).

„So gehörte", sagt F. K. Meyer, „Stockmar nun als Diener und Gehülfe dem glücklichen Gestirn an, das mit der Vermählung des Prinzen Leopold über das Coburger Haus aufging."

Zwar schien sich das Gestirn früh wieder zu verfinstern. Schon am 6. November 1817 starb die Prinzessin nach der Geburt eines todten Knaben**). Wie viel Folgen hingen an diesem traurigen Ereigniß! Hätte sie gelebt, der Prinz Leopold wäre nicht König der Belgier geworden, er hätte vielmehr in England die Stelle und den Beruf übernommen, die später seinem Neffen Albert zufielen. Aber das Geschick Belgiens würde wahrscheinlich eine andere Wendung genommen, der Herzog von Kent würde nicht die Schwester Leopold's, die verwittwete Fürstin von Leiningen, geheirathet, seine Tochter Victoria nicht den Thron bestiegen, Prinz Albert nicht seine segensreiche Wirksamkeit in England entfaltet, nicht dessen Tochter sich dem Preußischen Thronerben vermählt haben.

Soweit hatte Stockmar schon das Vertrauen und die Zuneigung seines Prinzen gewonnen, daß dieser ihm am Todtenbette der geliebten Gemahlin das Versprechen abnahm, ihn nicht mehr zu verlassen.

Die weitere Folge war, daß der Prinz bald einen andern Arzt nahm und Stockmar die Leitung seiner persönlichen Geschäfte und seiner Hofhaltung als Secretär, Schatzmeister und Comptroller of the Household übertrug, eine Stellung, in der er bis 1831 verblieb***).

---

*) Ueber das Leben am Hofe Leopold's 1816 bis 1817, verweise ich auf das zweite Capitel der Denkwürdigkeiten.

**) Von diesem Ereigniß handelt das dritte Capitel der Denkwürdigkeiten.

***) Zur Bezeichnung des persönlichen Verhältnisses Stockmar's seinem Herrn gegenüber, möge eine Stelle aus einem Briefe dieses letzteren vom 15. December 1824 dienen, wodurch er Stockmar bei einem Staatsmann mit den Worten einführt: „Mon secrétaire privé le Baron de Stockmar m'a été

Mit diesem Emporsteigen auf der socialen Leiter hing es zusammen, daß Stockmar auf den Betrieb seines Herrn 1821 in den sächsischen Adelstand und 1831 in den bairischen Freiherrnstand erhoben wurde, wozu sich in den vierziger Jahren der österreichische Freiherrntitel gesellte.

„Die kluge, heitere Freigebigkeit," sagt Meyer, „mit der Prinz Leopold fortan Haus hielt, der feine Takt, mit dem er außerhalb der Parteien seine Stellung nahm und behauptete, seine wohlgemessene Doppelhaltung, zugleich als deutscher Prinz und als reich ausgestatteter Wittwer der englischen Königstochter, würde ihm ohne den Rath und Beistand seines neuen Secretärs und Hofmarschalls schwerlich so gut gelungen sein." —

Für Stockmar's Bildung war diese Zeit, durch die Handhabung in die verschiedensten Gebiete reichender Geschäfte, durch den Einblick aus begünstigter Stellung in das großartige Getriebe des socialen und politischen Leben Englands, von entscheidender Bedeutung. Er lernte im Verkehr mit den männlichen, nüchtern-verständigen Engländern eine andere Art der Auffassung und Behandlung praktischer Dinge als die in Deutschland damals, namentlich in den Kleinstaaten, übliche, kindische, kleinlich engherzige und weitschweifige. „Dabei verlor er nicht", sagt Freitag, „von der Wärme, dem Wohlwollen und der Liebe, die ihm eigen waren, und nicht die deutsche Eigenschaft, sein Handeln nach den höchsten Gesichtspunkten einzurichten. Die hohe, ehrfurchtsvolle Auffassung von der Entwicklung des Staats aus dem Gemüth und den Bedürfnissen des Volks, seine Auffassung, daß das Leben einer Nation das Leben eines gewaltigen, individualisirten Organismus sei, befestigte sich ihm hier an

---

attaché de longues années; il a été témoin des jours de mon bonheur; plus tard, quand il plut à la Providence de m'accabler de malheurs que je n'avais presque pas la force de supporter, il a été mon fidèle soutien et ami. Il a refusé tout autre sort, toute carrière qui lui a été offerte à plusieurs reprises, pour se dévouer à mon service, et je ne nie point, qu'il est plutôt mon ami que mon serviteur."

den Fortschritten eines großen Volks innerhalb einer freien Verfassung. Er sah wie Neues wurde, wie in einem kräftig arbeitenden Staatskörper aus den egoistischen Zwecken der Parteien, aus persönlichen Intriguen, aus Einseitigkeit der Bildung sich das Zeitgemäße und Vernünftige durch die Anstrengungen Einzelner gehemmt, getrübt, gefördert, allmählig entwickelt; er erkannte den Werth eines gesetzlich festen Verfassungslebens für das Heraustreiben solcher Neubildungen, und gewann Einsicht in die Mittel und Wege, durch welche der leitende Staatsmann auf sein Volk einwirkt, und durch welche er selbst in seiner Arbeit beeinflußt wird." —

Der lange englische Aufenthalt wurde durch Reisen mit dem Prinzen nach Frankreich, Italien und Deutschland unterbrochen. Im August 1821, einige Monate vor der italienischen Reise (1821 bis 1822) verband sich Stockmar in Coburg mit seiner Cousine Fanny Sommer, und gründete dort Haus und Familie*), in deren Mitte er übrigens, während der nächsten 36 Jahre, durchschnittlich nur sechs Monate jährlich, von Belgien oder England aus kommend, wo der Schwerpunkt seines Wirkens lag, verleben sollte. Mitunter bekam er Frau und Kind mehrere Jahre hinter einander gar nicht zu sehen. Es war kein geringes Opfer, was der gemüthvolle, mit zärtlichem Familiensinn begabte Mann hiermit den Verhältnissen brachte. Denn er hatte so bis fast in sein siebenzigstes Jahr keine ganze und volle Heimath und es kam in seine gesammte Existenz etwas Getheiltes und Zwiespältiges.

Das Jahr 1829 brachte Stockmar die erste persönliche Berührung mit der großen Politik in Folge der Candidatur seines Herrn zum griechischen Königsthron. Für den Prinzen war dieser nicht wenig verlockend durch den Glanz, den die Erinnerungen der Vergangenheit, die Schwärmerei des Tages und ein romantischer

*) Die Kinder dieser Ehe sind: 1. Ernst, geb. 1823, der Verfasser dieses Buchs, 2. Marie, geb. 1827, welche, verheirathet an Professor Hettner in Dresden, 1856 starb, 3. Carl, geb. 1836.

Zug seines eigenen Herzens nach dem Süden über jenes Ziel verbreiteten. Leopold widerstand jedoch schließlich all' diesen Reizen und wurde bei seiner endlichen Ablehnung von nüchterner Erwägung der realen Verhältnisse bestimmt. Sie ergab, um mit C. F. Meyer S. 334 zu reden, „daß in der geographischen wie politischen Beschränkung, die dem neuen Königreich gezogen werden sollte, dasselbe schwerlich vermögen werde, sich der eignen innern Verworrenheit, noch weniger dem Gängelband der auswärtigen Intriguen zu entreißen, an dem es halb zufällig entstanden war.“ —

Der Ausgang dieser Angelegenheit, deren näheren Verlauf das fünfte Capitel der Denkwürdigkeiten giebt, entsprach den Vorhersagungen Stockmar's. Diesem fehlte hinsichts der Methode und Taktik des diplomatischen Verhandelns dazumal zwar noch praktische Erfahrung, aber nicht natürlicher Instinkt.

Von Anfang an hatte er bei seinem Herrn auf zwei Dinge gedrungen:

1. daß der Prinz nicht persönlich mit den Vertretern der Großmächte unterhandle,
2. daß er seine Annahme der griechischen Krone von vornherein von bestimmten Bedingungen abhängig mache.

Stockmar's Rath war nicht befolgt worden. Der Prinz hatte erst die ihm gebotene Krone angenommen, und dann versucht, die für die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit Griechenlands erforderlichen Zugeständnisse von den Mächten zu erlangen, deren Ministern und Gesandten gegenüber er in selbsteigner Person, ohne die Deckung verhandelte, welche die Dazwischenkunft eines Bevollmächtigten gewährt. Dadurch kam er schließlich in die Lage, die bereits angenommene Krone doch nachträglich aus sachlichen Gründen ablehnen zu müssen, nachdem er gefunden, daß die Bedingungen, die er verlangen mußte, die auch der Präsident Capodistrias für unerläßlich erklärte, nicht zu erreichen waren.

Noch war indeß seit dem Verschwinden der griechischen Aus-

sicht kein Jahr verflossen, als dem Prinzen schon wieder eine andere Krone, die belgische, angetragen wurde. Belgien, das sich gegen die holländische Herrschaft empört, verdankte seine Unabhängigkeit der Furcht der von heimlichen Begierden erfüllten Juliregierung vor den anderen Mächten, der Furcht der absoluten Höfe vor dem Juli-Frankreich und dem Wohlwollen des nach Wellington's Sturz November 1830 eingetretenen Whigministeriums. Leopold gelangte zum Thron, weil er, ohne einer der Mächte durch seine Abstammung anzugehören, bei England und Rußland in einiger Gunst stand und seine Geneigtheit, sich mit Frankreich durch eine Heirath freundlich zu stellen, früh zu erkennen gegeben hatte.

Stockmar's Einwirkung auf den Gang der Verhandlungen und auf die Entschließungen seines Herrn vor dessen Abreise aus England nach Brüssel war eine mehrfach eingreifende und wichtige.

Sie machte sich besonders geltend in Bezug auf das strenge Festhalten des Prinzen an dem correcten Standpunkt, daß er den Belgiern nur unter der Bedingung eine Zusage machte, wenn sie sich den von der Londoner Conferenz gebotenen achtzehn Artikeln unterwürfen (womit also der in der griechischen Sache begangene Hauptfehler vermieden war), — sodann hinsichts der Annahme, der in Brüssel beschlossenen Verfassung trotz ihres demokratischen Inhalts; — endlich bei dem Verzicht Leopold's auf sein ihm durch Parlamentsacte gesichertes englisches Jahrgeld von 50,000 Pfd. Strl., einem Entschlusse, mittels dessen der neue König nach allen Seiten hin die rechte unabhängige Stellung gewann.

Am 21. Juli 1831 zog Leopold in Brüssel ein. Stockmar hatte ihn begleitet, um das neue königliche Haus- und Hofwesen zu organisiren. Aber schon Anfang August brachen die Holländer über das unvorbereitete Belgien herein, das nur durch die Hülfe einer französischen Armee gerettet ward.

Auch für Stockmar persönlich waren die Franzosen als Retter erschienen. Am 12. August war er, unbekannt mit dem Stand der

Dinge bei Löwen, von Brüssel zu Wagen dahin gefahren, um den König nach dessen Hauptquartier wichtige aus England eingegangene Depeschen zu überbringen. Er stieß auf eine holländische Truppenabtheilung und ward als Gefangener nach einem Bauernhaus im nächsten Dorf geführt. Hier kam es ihm vor allen Dingen darauf an, die Depeschen, die er am Leibe verborgen trug, bei Seite zu bringen. Er erlangte unter einem Vorwand Erlaubniß, in den Stall zu treten und vergrub die Papiere hier unter der Streu. In die Bauernstube zurückgekehrt, zeigte er dem holländischen Offizier die aus Brüssel mitgebrachten Zeitungen, welche den Einmarsch der Franzosen als bereits erfolgt meldeten. Der Offizier wurde bedenklich; bald darauf sah er die ersten französischen Vorläufer durch ein Kornfeld kommen. Da zog er sich mit seiner Mannschaft rasch zurück und ließ den Gefangenen im Stich, der dadurch vielleicht der Gefahr entging, einige Jahre auf einer holländischen Festung zuzubringen.

Die Catastrophe vom August verschlechterte Belgiens Stellung vor der Londoner Conferenz bedeutend. Stockmar kehrte nach London zurück, um hier als vertrauter Agent des Königs neben den officiellen Vertretern Belgiens, aber im beständigen Einvernehmen mit denselben, die Interessen seines Herrn und Belgiens zu überwachen. Seine lange Kenntniß des Londoner Terrains, seine persönliche Bekanntschaft mit einigen der leitenden englischen Staatsmännern, namentlich Lord Grey und Palmerston, sein gutes Verhältniß zu dem preußischen Gesandten Herrn von Bülow, machten es ihm möglich, Dienste zu leisten, welche von einem officiellen Agenten unter den damaligen Umständen nicht zu erwarten waren, obschon Belgien durch ungewöhnlich fähige Männer, wie Van de Weyer und Goblet, vertreten war.

Mühsam wand sich die belgische Sache auf der Conferenz weiter.

Die Ungeduld der Belgier, ihre Constituirung zu vollenden, das

Wohlwollen Englands waren die unzweideutig vorwärts treibenden Kräfte. Die allgemeine Furcht vor einem Krieg begünstigte den Fortgang; sie siegte bei Frankreich über alle seine Hintergedanken, denen übrigens doch die Vermählung Leopold's, auf die Stockmar nicht aufhörte zu drängen, einen Zügel anlegte, bei den nordischen Mächten über ihre Antipathien gegen die revolutionäre belgische Neubildung und ihre Familiensympathien für die holländische Dynastie. Aber diese Hintergedanken, Anti- und Sympathien bildeten bedeutende retardirende Elemente. Daß aus diesem Hexenkessel, wenn auch langsam und unter tausend Schwierigkeiten die Unabhängigkeit Belgiens schließlich hervorgehen werde, diese Zuversicht verlor Stockmar nicht einen Augenblick, und aus dieser Zuversicht floß die consequente Ruhe, mit der er beständig den Belgiern rieth, sich an kleinen, allmähligen Fortschritten genügen zu lassen, nicht zu verzweifeln, nicht zu extremen Maaßregeln zu greifen, wenn man nicht sogleich alles erlangen konnte, was man wünschte.

Der erste Fortschritt war der Vertrag vom 15. Nov. 1831, worin die fünf Mächte Belgiens Unabhängigkeit und Neutralität garantirten und die territorialen und finanziellen Bedingungen der Trennung von Holland festsetzten. Diese Bedingungen waren weniger günstig als die frühern 18 Artikel. Stockmar rieth gleichwohl den Vertrag anzunehmen, weil er die fünf Mächte fester zu binden geeignet war, als das vorhergehende Verhältniß. Nun machten die nordischen Mächte Schwierigkeit in Betreff der Ratification des Vertrags. Sie ratificirten erst gar nicht, dann unter Clauseln und Vorbehalten.

Stockmar rieth, diese bedingte und verclausulirte Ratification anzunehmen, weil sie eben doch wieder die Sache um einen Schritt weiter brachte.

Nun handelte es sich darum, den Vertrag auszuführen. Er überließ verschiedene Punkte der Regelung durch directe Verhandlung zwischen Holland und Belgien. Aber Holland hatte den Vertrag

seinerseits nicht angenommen, es hielt noch verschiedene Theile des Gebiets (namentlich Antwerpen) besetzt, welche nach jenem Tractat Belgien zufallen sollten. So weigerte sich denn Belgien jeder fernern Verhandlung mit Holland vor der Räumung seines Gebiets.

Die ganze Angelegenheit stockte, während Holland in London den Mächten vorspiegelte, es sei zu Verhandlungen mit Belgien, zu einer billigen Auseinandersetzung bereit, und die Conferenzmächte deshalb die ohnehin schwierige Aufgabe, die Territorialbestimmungen des Vertrags auszuführen, gern auf die lange Bank schoben. Stockmar im Verein mit General Goblet und Van de Weyer wirkte dahin, daß in Brüssel die Ansicht durchdrang, man müsse die dort angenommene Haltung aufgeben. Belgien erklärte sich zu sofortigen directen Verhandlungen mit Holland bereit. Es zeigte sich bald, daß dieses zu keinem ernstlichen Eingehen auf die Grundlagen des Vertrags geneigt war. Und so erfolgte ein weiterer Fortschritt, indem Frankreich und England, unter passivem Zusehen der andern Mächte, die Räumung des Belgien überwiesenen Gebiets gegen Holland mit Gewalt erzwangen. Die Folge war ein Waffenstillstand zwischen Holland und Belgien und ein dem letzten günstiges Provisorium, das bis 1839 dauerte, wo endlich der definitive Vertrag mit Holland zu Stande kam.

Nach der zwangsweisen Ausführung des Novembertractats Seitens der Westmächte und der Anbahnung eines Provisoriums mit Holland, war die belgische Sache für's Erste ins Trock'ne gebracht. So konnte denn Stockmar im Frühjahr 1833 nach Deutschland zu seiner Familie zurückkehren, die er drei ganze Jahre nicht gesehen hatte.

Ihm stand der Glaube an die Haltbarkeit der belgischen Neuschöpfung fest, den, wie man in den Denkwürdigkeiten sehen wird, seine Briefe immer wieder aussprechen. Sein Argument war einfach, daß Belgien den äußern Gefahren gegenüber so viel Aussicht auf Bestand habe, wie jeder andere Staat dritten Ranges. Die Ereignisse von 1848, 1852 und 1870 haben ihm Recht gegeben.

Die mehrjährige Beschäftigung mit den belgischen Angelegenheiten hatte Stockmar die genaue Bekanntschaft der meisten belgischen Staatsmänner verschafft. Er war erstaunt, wie viel fähige Männer die bewegte Zeit in dem kleinen Land an die Oberfläche brachte.

Er behielt zu Lebeau, Devaux, Nothomb, Goblet, deren Tüchtigkeit er stets im höchsten Maaße anerkannte, freundliche Beziehungen, und zählte bis an sein Ende Van de Weyer, der nach dem Schluß der Londoner Conferenzen über dreißig Jahre Gesandter beim englischen Hofe, und Van Praet, der als Minister des königlichen Hauses der beständige Rathgeber Leopold's blieb, zu seinen treuen Freunden.

Mit den Staatsmännern von der katholischen Seite konnte er sich weniger befreunden. Viele Hochachtung hegte er für den originellen, charaktervollen Grafen Felix Mérode. Von ihm pflegte er gern zu erzählen, z. B. wie Mérode seine Mißstimmung über den englischen Nebel äußerte: „Partout le brouillard! Je découpe mon beefsteak: sort le brouillard.“ Mérode seinerseits wußte Stockmar zu schätzen. Er sagte von ihm: „c'est un original, mais quel honnête homme!“

In Stockmar's Leben war nun ein bedeutender Wendepunkt eingetreten. Seine bisherige englische Stellung im Dienste Leopold's mußte aufhören. Es blieben zwar noch die an den Verzicht auf die Annuität des Königs sich knüpfenden Angelegenheiten in England zu regeln. Nachdem aber diese im Laufe des Jahres 1834 ihr Ende erreicht, war für Stockmar zunächst in England keine weitere Wirksamkeit übrig. Eine officielle Stellung im belgischen Dienst hat ihm wohl öfter vorgeschwebt, allein er hat sich nie ernstlich darum bemüht. Zu seinem Glück! Schwerlich hätte sich, bei seiner für eine gewöhnliche officielle Routine nicht geeigneten Individualität, etwas ihm völlig Zusagendes gefunden. Das Mißtrauen und die Mißgunst, mit denen der Ausländer in Belgien betrachtet wird, wären auch ihm nicht erspart geblieben.

Stockmar trat also aus seiner eigentlichen dienstlichen Stellung aus, genoß vom König eine auf dessen englische Annuity angewiesene Pension und blieb fortan zu seinem früheren Herrn in einem freien Verhältniß fortwährenden vertrauten Verkehrs, häufig zu Rathe gezogen und zu vielen mehr oder minder erheblichen Geschäften, besonders in der Familienpolitik, verwendet.

Das erste der Art war der Abschluß des Heirathsvertrags für den Prinzen von Coburg mit Donna Maria von Portugal, zu Ende 1835.

Das Jahr 1836 eröffnete aber Stockmar ein neues, wichtiges Feld der Thätigkeit. Die herannahende Großjährigkeit und mögliche baldige Thronbesteigung der Prinzeß Victoria von England nahm die vorausschauende Fürsorge des Königs Leopold, ihres Oheims, in Anspruch. Zugleich faßte dieser jetzt die Vorbereitung zur Ausführung eines Wunsches bestimmt ins Auge, der in der Coburgischen Familie schon lange laut geworden war, daß nämlich die künftige Königin von England sich seinem Neffen, Prinzen Albert von Coburg, vermählen möge. Stockmar erhielt die Aufgabe, der jungen Prinzessin für den entscheidungsvollen Zeitpunkt ihrer Majorennität oder gar des Thronwechsels als vertrauter Helfer und Berather zur Seite zu stehen. Inzwischen erwog König Leopold mit ihm, wie Prinz Albert mit seiner Cousine bekannt zu machen und für seinen eventuellen künftigen Beruf vorzubereiten sei.

Man wird aus dem sechszehnten Capitel der Denkwürdigkeiten ersehen, daß der König und Stockmar die von ihnen gewünschte Zukunft des Prinzen nicht als eine solche blos äußerlichen Glanzes und Vortheils auffaßten, sondern mit ihr ernste, schwierige Anforderungen verknüpften und den Plan der Vorbereitung dazu von hohen Gesichtspunkten aus gründlich überdachten.

Am 24. Mai 1837 erlangte Prinzeß Victoria das Alter der Großjährigkeit, nachdem Künig Wilhelm IV. schon seit dem 20. Mai schwer erkrankt war; am 25. Mai kam Stockmar in England an;

am 20. Juni bestieg König Leopold's Nichte den Thron. Zwischen dem 20. Mai und 20. Juni war die junge Prinzessin von manchen Schwierigkeiten umringt, bei deren Ueberwindung ihr Stockmar's Rath und Hülfe zu Statten kamen.

Nach dem Thronwechsel setzte Stockmar noch über ein Jahr seine stille, geräuschlose Thätigkeit in England fort, ohne äußerlich definirte Stellung. Die Königin hatte keinen Privatsecretär, oder, Deutschen verständlicher zu reden, Cabinetsrath. Die Hülfe eines solchen für die Staatsangelegenheiten wurde zum Theil dadurch ersetzt, daß Lord Melbourne, mehr als sonst der Premierminister pflegt, persönlich mit der Königin verkehrte und sie berieth. Aber er konnte ihr doch nicht immer zur Hand sein, und die somit verbliebene Lücke wurde durch Stockmar ausgefüllt, der namentlich den mündlichen und schriftlichen Verkehr mit dem abwesenden Minister vermittelte. Es war für einen Deutschen in England eine höchst prekäre, bedenkliche Stellung. Daß Stockmar sie funfzehn Monate behauptete, war nur möglich, weil er alles Hervortreten vermied und weil seine Einsicht, Discretion, Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit den englischen Ministern alles Vertrauen einflößte.

Die Position war um so schwieriger, als er sich verpflichtet hielt im persönlichen Interesse der Königin oder in dem des Königthums, als solchen, den Ministern entgegen zu treten, wenn er diese zu sehr in Parteirücksichten befangen fand. Denn von vornherein erkannte er und verfolgte das Ziel, die Krone über die Parteien zu stellen. Es gelang freilich der jungen Königin bis zu ihrer Vermählung nicht ganz diese unpartheiische Haltung zu wahren.

Als Stockmar im Sommer 1838 England verließ, hatte die Königin ihm eine neue Aufgabe übertragen.

Das Verhältniß zwischen ihr und dem Prinzen Albert war ein schwebendes, unentschiedenes. Sie hatten einander gesehen, mit einander correspondirt, aber es war nichts Entscheidendes ausgesprochen worden. Die Königin hatte den Wunsch der Verbindung

gefaßt, aber dann wieder einen Aufschub von einigen Jahren begehrt. Daß sie jenen Gedanken nie völlig aufgegeben, dafür liegt der Beweis in dem Auftrag, den sie im Sommer 1838 Stockmar schriftlich ertheilte, den Prinzen auf einer Reise zu begleiten. Der Gedanke war, abgesehen von den in der Reise selbst liegenden Bildungsmitteln, den jungen Fürsten, der Stockmar bis dahin nur oberflächlich kannte, durch dessen Umgang und Einwirkung für die künftigen Verhältnisse vorzubereiten. Diese 1838 bis 1839 nach Italien unternommene Reise bewirkte natürlich die gegenseitige Annäherung. Die frische Sicherheit, die Erfahrung, das gemüthliche Wesen Stockmar's werden wohl ihren Eindruck auf den Prinzen nicht verfehlt haben. Stockmar seinerseits that einen Blick in die edle, hochbegabte Natur Alberts, aber ihm blieb der Zweifel, ob dieser Natur auch genügende Energie und Ausdauer innewohne. Den Prinzen hatten seine Verhältnisse bis dahin nicht gezwungen, dasjenige zu lernen, was den Mann zum Manne macht, die ernste, anstrengende Arbeit. Daß er sie später lernte, ein treuer, redlicher, rastloser Arbeiter für die höchsten Ziele ward, dahin wurden die in ihm liegenden herrlichen Keime, da er bewußt stets allem Idealen zugewendet war, durch die englischen Verhältnisse und, nicht zum geringsten, durch Stockmar's fortgesetzte Einwirkung entwickelt.

Aus Italien zurückgekehrt, begab sich der Prinz im October nach England und hier erfolgte sehr bald die Verlobung mit der Königin. Stockmar, der sich inzwischen zum Besuch beim König Leopold in Wiesbaden befand, wurde beauftragt, schon einige Zeit vor der auf den Februar angesetzten Vermählung in England einzutreffen, um dem jungen Prinzen beim Eintritt in die neue Laufbahn sogleich mit Rath und That zur Hand zu sein.

Bei seiner Ankunft in England, Januar 1840, fand er die Lage gegen den Sommer 1838 unerfreulich verändert. Die Parteinahme der Königin für die Whigs, ihre schroffe Stellung zu den Tories hatte sich im Mai 1839 auffällig gezeigt, wo die Bildung

eines Ministeriums Peel an ihrem Widerstand in der sogenannten Hofdamenfrage scheiterte, und im folgenden Sommer und Herbst hatte die traurige Catastrophe der Lady Flora Hastings der Erbitterung der Tories neue Nahrung gegeben. Das Whigministerium war aber äußerst schwach und siech, von einer schwankenden Majorität im Parlament getragen, dabei sorglos und ungeschickt in der Geschäftsbehandlung. Daher hing es in einem gewissen Grade von dem guten Willen seiner Gegner ab. Allein dieser fehlte gerade in Bezug auf alles was den Hof anging. Und so nahmen die sämmtlichen Fragen, welche die Regelung der Stellung des künftigen Gemahls der Königin betrafen, im Parlament einen ungünstigen Verlauf. Das Jahrgeld des Prinzen wurde beschnitten. Die Regierung mußte den Theil der Naturalisationsbill, welcher den Rang des Prinzen bestimmen sollte, zurückziehen, um nicht geschlagen zu werden. Vergeblich war Stockmar's Rath gewesen, daß das Ministerium versuchen möge, über diese Frage, die nicht als Parteifrage behandelt werden dürfe, da sie das allen Parteien angehörige Königthum berühre, sich mit den Häuptern der Opposition vertraulich ins Einvernehmen zu setzen. Auf eigene Hand solche Verhandlungen anzuknüpfen, hatte Stockmar nicht gewagt. Er that es aber bei dem nächsten gleichartigen Anlaß, als nämlich die bevorstehende Entbindung der Königin die Einsetzung einer Regentschaft für den Fall nöthig erscheinen ließ, daß die Monarchin mit Hinterlassung eines Minderjährigen verstürbe. Er leitete Verhandlungen mit Peel und Wellington ein, und das Resultat war das Durchgehen der Bill, die dem Prinzen die Regentschaft sicherte, fast ohne Widerspruch.

Ein Präcedenzfall, der von nun an, unter dem Einfluß des Prinzen-Gemahls, für die Behandlung aller die königliche Familie betreffenden Fragen maaßgebend wurde.

Bald nach der Annahme der Regentschaftsbill kehrte Stockmar nach Deutschland zurück, mit dem Gedanken, daß nunmehr seine Wirksamkeit in England vielleicht für immer geschlossen sein werde.

Dies war freilich ein Irrthum. Denn die nächsten siebzehn Jahre durch gestaltete sich sein Leben so, daß er fast jedes Jahr nach England reiste, wo er in der Regel Spätherbst, Winter und Frühjahr zubrachte.

Sein Verhältniß zum Prinzen wurde bald ein tiefes und inniges. Im November 1840 schreibt er: „ich liebe ihn wie einen Sohn." — Und der Prinz verdiente solche Liebe. Sein Geist entfaltete sich immer mehr. Ernstes Pflichtgefühl, beharrliches Streben und Arbeiten für alle edelsten menschlichen Ziele durchdrang und beherrschte sein ganzes Leben. Er wurde immer mehr zum willigen, eifrigen, freudigen Diener des göttlichen Gesetzes, an erhabener Stelle mit großem inneren Vermögen und äußerer Kraft wirkend. Es waren verwandte, echt deutsche Naturen. Sehr treffend und schön sagt Freitag a. a. O. S. 168:

„Wer Wesen und Bildung des Prinzgemahls, wie es in den „Speeches and Addresses" jetzt auch weiteren Kreisen vertraulich geworden ist, näher betrachtet, der wird mit starken Zügen dieselbe deutsche und freie Auffassung und dieselbe Methode politischer Bildung ausgeprägt finden, zu welcher Stockmar gekommen war. Jede Erscheinung zu verfolgen bis zu ihrem Ursprung, den Verlauf großer politischer Ereignisse mit dem gespannten Interesse eines Naturforschers zu betrachten, zur Grundlage der Beurtheilung aller irdischen Verhältnisse immer moralische und ethische Forderungen zu nehmen, einen festen Glauben an die Güte der menschlichen Natur zu bewahren, dem Perfectionstrieb der menschlichen Gesellschaft fest zu vertrauen, auch bei Verirrungen und Verbildungen der Individuen und Staaten nicht an der heilenden Kraft zu verzweifeln und die eigenen Hilfsmittel immer auf das Gute, nie auf das Schlechte im Menschen zu begründen, das wurde die letzte Grundlage für das Urtheil und Handeln des Prinzen wie seines Lehrers. Auch in der Unterhaltung konnte man eine ähnliche Methode der geistigen Arbeit beobachten, — beide liebten, sich und Anderen in deutscher

Weise das Einzelne durch allgemeine Gesichtspunkte zu befestigen, beide hatten große Freude an wohlgeordneter Erörterung, in beiden war dieselbe souveräne Verachtung gegen den Schein ohne entsprechenden Inhalt." — — Ja! es hatten beide ihren Antheil an der großen herrlichen Mitgift der deutschen Nation, die da heißt, „ehrliches Streben nach der Wahrheit und Wahrhaftigkeit." —

In dem Verhältniß zu Stockmar erscheint nun der Prinz ganz besonders liebenswerth. Denn wenn Stockmar im Umgang sehr anziehend war, so war er andererseits in der Form durchaus nicht höfisch, etiquettenmäßig, sehr geradezu, ein wenig tadelsüchtig, ein wenig schwarzsichtig, von rücksichts-, oft schonungsloser Offenheit gegen die Fürsten, deren Vertrauen er genoß fast noch mehr als gegen andere Menschen; sehr fest und entschieden in seinen Ansichten, von großer Selbständigkeit und eigener Initiative, sobald er einmal einen Auftrag in fremden Angelegenheiten übernommen hatte. Er war also für einen Fürsten kein bequemer Umgang, wenn dieser nicht eigenen Werth und Kraft genug fühlte, sich über die künstlichen Scheidewände und Formen hinwegzusetzen, die sich zwischen Fürsten und gewöhnliche Sterbliche stellen, und ganz frei als Mensch dem Menschen gegenüberzutreten, sich rein menschlich zu geben und das rein Menschliche zu suchen.

Die Güte, der Zartsinn, mit denen der Prinz dieses Verhältniß pflegte, waren das schönste Zeugniß für sein Herz wie seine Geistesfreiheit.

Dem echt und rein Menschlichen war aber in gleicher Weise wie der Prinz auch die Königin zugänglich. Die Biographie des Prinzen, das Tagebuch aus dem Hochland haben diese Seite der hohen Frau in der liebenswürdigsten Weise dem großen Publikum aufgeschlossen. — Und freilich, wer sich zu Stockmar so zu stellen wußte, der kam über die Unebenheiten leicht hinweg, die das „alte Original" (um einen Ausdruck Bunsen's aus späterer Zeit zu ge-

brauchen), im Verkehr oft darbot. Das liebevolle Gemüth schimmerte immer hindurch, und obschon er mit den Dingen nie spielte, so erleichterten seine mitten in ernsten Verhandlungen dazwischenplatzenden humoristischen Explosionen oft das Herz der Hörer. Bei einer in die persönlichen Verhältnisse tief eingreifenden, die Gemüther bewegenden Verhandlung mit zwei erlauchten Personen, über die gebotene Entfernung eines bis dahin wichtigen Mitgliedes ihrer Umgebung, brach er, nachdem er das Wie auseinander gesetzt, in die Worte des Mephistopheles aus: „Das ist die Art, mit Hexen umzugehen!" Die hohen Zuhörer konnten sich des herzlichsten Gelächters nicht enthalten. —

Stockmar war der Hausfreund und Vertraute des königlichen Ehepaares, das mit ihm Alles, das Kleine wie das Große, besprach, seinen Rath und Beistand für das eine wie das andere erforderte. „Alles was er," sagt Meyer S. 236, „an Geist, Kenntniß und Gesinnung ererbt und erworben, seine lange Vertrautheit und Verwachsenheit mit dem Coburger Hause, seine reiche ärztliche wie politische und gesellschaftliche Erfahrung, seine Länder-, Personen- und Sprachenkenntniß, sein nüchterner Verstand und besonnener Tact, seine joviale Laune und kecke Entschlossenheit, sein gerechtes Urtheil und warmes theilnehmendes Herz, — alle diese Eigenschaften dienten ihm jetzt und waren ihm unentbehrlich in einer Stellung, in der es ihm abwechselnd zufiel, bald am Krankenbette oder Schreibtisch, für die Wiege oder den Thron Rath zu ertheilen; bald eine häusliche oder politische Mißhelligkeit zu schlichten und Verstimmung aufzuheitern; bald eine Wohlthätigkeitsbitte zu befürworten oder Bettelei zurückweisen zu helfen; bald eine neue Lehrerin oder Gouvernante vorzuschlagen oder einen Kammerdiener in die Beichte zu nehmen; bald endlich im heitern anregenden Gespräch zuerst nur den Prinzen, allmählig auch schon die königlichen Kinder belehrend zu unterhalten und weiter zu bilden."

Zugleich war er die allgemeine Zuflucht aller Derer, die am Hofe oder an den Hof eine Klage oder einen Wunsch hatten*).

Die äußere Lebenseinrichtung der Königin und des Prinzen, die Gestaltung des Hofwesens, die Personalien der zum Hof Gehörigen, die Erziehung der königlichen Kinder, die Coburger Hausangelegenheiten, die matrimonialen Zukunftsprojecte, — an alledem nahm er beständigen Antheil und die Denkwürdigkeiten geben dafür mehrfache Belege.

Da der Prinz ein methodisches Studium der politischen Ereignisse und Discussion darüber ungemein liebte, so hatte Stockmar fortwährend Gelegenheit zu ebenso detaillirtem als umfassendem Einblick in die großen Welthändel. Im Ganzen verhielt er sich dazu nur beobachtend, betrachtend und durch das Aussprechen seiner Betrachtungen anregend. Das Gelüst, den Finger in der Pastete zu haben, wie der Engländer sagt, lag ihm fern. In den geordneten, fest geregelten, constitutionellen Zuständen Englands hätte er dadurch nur denen schaden können, deren Vertrauen er eine bevorzugte Stellung verdankte, und würde damit diese Stellung selbst nur gefährdet haben. Aus der Rolle des stillen Zuschauers herauszutreten in die des stillen Mitspielers fand er sich nur gedrungen, wo die persönlichen Interessen der königlichen Familien oder des Königthums in England oder Belgien, oder die Lebensinteressen Belgiens in Frage standen.

Daß er diesen seinen Platz hinter den Coulissen am englischen Hofe bis zuletzt ohne Anstoß behauptete, wurde möglich durch die Discretion, mit der er sich jeder Vordringlichkeit enthielt, durch seine anerkannte Uneigennützigkeit, seine innere und äußere Unabhängig-

*) Es fehlte auch nicht an Unverschämtheiten, deren er sich dabei zu erwehren hatte. Ein reicher Engländer, Schriftsteller und Parlamentsmitglied, kam eines Tages, ihm einen Besuch zu machen, und versprach ihm 10,000 Pfd. Strl., wenn er bei der Königin sein Gesuch um die Pairie befürworten wolle. Stockmar sagte: „Ich trete jetzt ins Nebenzimmer, Ihnen Zeit zu lassen. Wenn ich wiederkomme und Sie noch hier finde, so lasse ich Sie durch den Bedienten hinauswerfen.“

keit, vermöge deren er nicht als Parasit, sondern als Gast und Freund erschien. Dazu kam als wesentliches Moment sein persönlich gutes Verhältniß zu einigen der leitenden Staatsmänner, so erst zu Lord Grey, dann zu den Lords Melbourne und Palmerston, dann namentlich zu Peel und Lord Aberdeen. Die genaue Kenntniß seiner Person und Stellung am Hofe, die jene Männer von entscheidendem Gewicht besaßen, beugte den Mißverständnissen, die sonst möglich gewesen wären, am wirksamsten vor, d. h. Mißverständnissen in den Kreisen, wo sie schädlich werden konnten. Denn in den weiteren Kreisen der Halbwissenden oder Nichtwissenden blieben immer abentheuerliche Vorstellungen über Stockmar's Wirksamkeit. Sie drangen auch zum Theil in die Presse, namentlich die sehr ungebundene englische. Ende der Dreißiger und in den Vierziger Jahren erschienen dem Witz, dem Scandal und der persönlichen Rancune gewidmete Blätter, wie: „the Age“, in denen häufige Artikel „den Intriguanten Stockmar, den Agenten des jesuitischen Leopold“ bearbeiteten. Gegen solche Dinge hatte er eine wahre Rhinoceroshaut. Er wußte zwar, daß in der dunklen, dumpfen, unkritischen, großen Masse semper aliquid haeret. Aber ihm genügte die Anerkennung der Wenigen und über die thörichten Vorstellungen der Vielen rieb er sich die Hände. Es war das etwas mephistophelische Vergnügen, das dem Eingeweihten sein Besserwissen gegenüber dem Uneingeweihten gewährt, der sich mit seiner angeblichen Kenntniß der Dinge breit macht.

Stockmar's äußeres Leben in England war ziemlich einförmig und still. Vor der Vermählung der Königin hatte er der Regel nach nicht im Palast gewohnt. Nach jenem Zeitpunkt erhielt er seine bestimmten Zimmer im Buckingham Palace, Windsor Castle und Osborne (auf der Insel Wight) angewiesen und wanderte mit dem Hofe von dem einen zum andern Ort. Er hatte wenig Verkehr außer dem Hofkreise. Zu seinen persönlichen Freunden gehörten aus der ältern Zeit von Claremont her Sir Edward Cust

und der General Sir Robert Gardiner; aus der spätern Zeit Bunsen, der preußische Gesandte; Van de Weyer, der belgische; Sir James Clark, der kürzlich verstorbene Leibarzt der Königin; Sir George Couper, der Cavalier der Herzogin von Kent. Auch diese Freunde, sowie die zahlreicheren, so zu sagen politischen Freunde kamen häufiger zu Stockmar, als er zu ihnen. In dem Hofkreise selbst waren ihm der damalige Hofmarschall Sir Thomas Biddulph, Sir Charles Phipps, General Grey und die deutschen Secretäre des Prinzen Prätorius, dem Ende der vierziger Jahre Friedrich Carl Meyer (jetzt Legationsrath in Berlin) folgte, näher befreundet; Prätorius*), der im redlichsten Eifer das Gemüth des Prinzen in Stockmar's Sinn beständig stärkte und ihn auf die höchsten sittlichen Anforderungen hinwies — Meyer, dessen reicher schwungvoller Geist allseitige Anregung und Nahrung zuführte.

In den Verkehr mit der königlichen Familie, Ende der vierziger Jahre, läßt uns der angeführte Aufsatz des Letztgenannten, S. 334, einen Blick thun.

„Gewöhnlich gegen Abend, von dem Spazierritt oder von Geschäften zurückkehrend, die Arme voller Papiere und Despatch-Boxes**), kam der Pinz mit dem ihm eigenen heitern Ungestüm in das Zimmer des Barons gerannt***) und warf sich hier, berichtend, fragend, ausruhend auf das Sopha, während der alte Freund, erst klug zuhörend, bald selbst erzählend, im Zimmer auf und nieder

*) Prätorius war kein schöner Mann. Die Königin las einst mit ihrer Tochter, der kleinen Princeß Victoria, die Bibel. Sie kamen an die Stelle, wo es heißt: „Gott schuf den Menschen nach Seinem Bilde, nach Seinem Bilde schuf er ihn." Da rief die kleine, mit frühem Schönheitssinn begabte Prinzeß fragend aus: „Aber Mama, doch nicht den Dr. Prätorius?" —

**) Die mit Leder überzogenen Käſtchen, in denen die Correspondenz zwischen der Königin und den Ministern hin- und hergeht, und wozu beide Theile die Schlüssel haben, wodurch denn Couverts und Siegellack erspart sind.

***) Die Last der Geschäfte, die der Prinz allmählig auf sich genommen, war so groß, daß er sich in Allem, auch im Gang auf den langen Corridoren der Paläste, das raschefte Tempo angewöhnt hatte.

schritt, und meist aus dem eigenen Leben eine sprudelnde Fülle ineinander greifender Erfahrungen, Lehren, Anecdoten, Einfälle zum Besten gab. Von dem reichen Stoff, der den Geist und Sinn des Prinzen bildete, von den Formen, in denen, und den Grundsätzen, nach denen er dachte, — wie Vieles mag aus solchen Gesprächen in ihn übergegangen sein, — und lebt und denkt nun heute, bereits über zwei Gräbern, fort und fort im Geist der königlichen Kinder!"

Auch diese, namentlich die beiden ältesten, die Prinzeß Royal und der Prinz von Wales, liebten es, auf dem Zimmer „des Baron's," so hieß er schlechtweg am englischen Hofe, zu verkehren. Hier waren sie frei von der Aufsicht des Hofmeisters und der Gouvernante, und unterhielten sich zutraulich mit dem alten Freund, der seine Freude an dem raschen Geist des wunderbar klugen Prinzeßchens und der Fröhlichkeit ihres Bruders hatte.

Das Hofleben machte Stockmar sehr gemächlich mit. Seine bedeutendste Leistung in dieser Beziehung war, daß er, wenn die Königin Tafel hielt, daran Theil nahm. Und dabei wurde ihm, dem einzigen, noch das lange schwarze Beinkleid statt der vorschriftsmäßigen Tracht des pantalon collant oder des kurzen Beinkleides, nachgesehen, welche seinen dünnen Beinen, da Kränklichkeit ihn frostig machte, wenig behagte. Hatte die Königin sich vom Diner erhoben, und dann nach dem Cercle wieder zum Thee niedergelassen, so sah man gewöhnlich Stockmar quer durch den Saal nach seinem Zimmer schreiten, um dort seiner Bequemlichkeit zu pflegen. Daß er diese der Etiquette zum Opfer bringe, wurde von ihm, da er jährlich monatelang ständiger Gast war, nicht erwartet, und bei der anerkannt exceptionellen Stellung des Mannes erregten jene Abweichungen vom Herkömmlichen auch im Publikum keinen Anstoß.

War das Frühjahr gekommen, so war Stockmar oft plötzlich verschwunden. Er haßte das Abschiednehmen. Man fand an einem Morgen sein Zimmer leer, und es gingen nun schriftliche Klagen

über seine Untreue vom Hofe nach Coburg. Der Sommer aber brachte gewöhnlich Bitten, er möge bald wiederkommen.

Die Ereignisse von 1848 veranlaßten Stockmar, das Feld seiner Thätigkeit und Beobachtung von England längere Zeit mehr nach Deutschland zu verlegen. Auch hier blieb er indeß fast ganz hinter den Coulissen und beschränkte sich, von einigen Zeitungsartikeln, die er schrieb, abgesehen, auf vertrauliche Einwirkung in einem kleinen Kreise.

Schon im Jahre 1847 hatte er große Umwälzungen in Europa vorhergesehen. Der englisch-französische Streit über die spanischen Heirathen hatte nach seiner Meinung den Thron Louis Philippes erschüttert, indem er die ganze innere und äußere Politik des Julikönigs immer mehr in falsche Bahnen trieb oder in den bereits eingeschlagenen bestärkte. Auch die Berufung des vereinigten Landtags in Preußen schien Stockmar unaufhaltsam weiter führen zu müssen.

Als der Februar- und Märzsturm ausbrach, befand er sich in Deutschland. Auf die Gestaltung Deutschlands richtete sich nun sein ganzer Eifer. Das Elend und die Schmach der Getheiltheit des Vaterlandes standen ihm seit der Franzosen- und Rheinbundszeit stets lebhaft vor der Seele und, daß das Ziel die Einigung unter Preußen sein müsse, darüber war ihm kein Zweifel. Und diese letztere Ueberzeugung, müssen wir hervorheben, war rein aus seinem politischen Instinct und seiner politischen Einsicht geflossen. Denn sein Lebensweg hatte ihn, wie wir sehen, bis dahin kaum zur Berührung, geschweige denn zu genauer Bekanntschaft und persönlicher Verflechtung mit den preußischen Dingen geführt. Jene Einigung dachte er sich zunächst föderativ, aber in weiterer Entwicklung unitarisch.

Für ihn kam es also darauf an, einen Weg zu zeigen, der den Uebergang vom Bundes- in den Einheitsstaat leicht und bequem machte. Einen aus diesem Gesichtspunkt entworfenen Plan ließ er schon im Mai direct an den König von Preußen gelangen, welchem

er 1842, bei dem Besuch Friedrich Wilhelms in England zur Taufe des Prinzen von Wales, näher getreten war.

Der Plan ist noch heute interessant, als Versuch der Lösung des Problems, wie die Nachtheile eines Nebeneinanders von preußischen Kammern und einer Reichsversammlung, einer preußischen und einer Reichsadministration, zu vermeiden.

Der Kern des Vorschlags war die Unterscheidung von reichsunmittelbaren und mittelbaren Landen, die ersten ganz und in jeder Beziehung unter dem Reich, seinem Oberhaupt, seiner Volksvertretung und Verwaltung stehend, die zweiten nur in den Beziehungen, welche einer Bundescentralgewalt unterworfen sein müssen. Reichsunmittelbar sollte zunächst Preußen sein, also in das Reich aufgehen. Von den anderen Staaten hoffte Stockmar, daß sie dem Beispiele allmählig folgen würden.

Für die Verwirklichung seiner deutschen Ideen und Wünsche hatte er freilich, wie schon gesagt, keine andere Handhabe, als den persönlichen Einfluß auf einzelne hervorragende Männer und auf gesinnungsverwandte Kreise. Daß er mehrere Monate an dem verscheidenden Bundestag theilnahm, kam nicht in Betracht. Er unternahm zwei Reisen nach Berlin im Juni und September 1848, um den König und die Minister dazu zu bestimmen:

1. Die Ordnung in Berlin wieder herzustellen, die Zügel des Regiments wieder zu erfassen
2. Die Gestaltung der deutschen Dinge zu übernehmen.

Aber dort herrschte auf der einen Seite doctrinäres Bedenken, fehlte auf allen Seiten Thatkraft. Stockmar hatte Bunsen für seine Ideen gewonnen. Allein auch dieser vermochte beim König nichts auszurichten.

So war denn Stockmar's Herzenstheilnahme für die deutschen Dinge auf die Beobachtung des Verlaufs in Frankfurt (wo er sich nach der Auflösung des Bundestags noch monatelang aufhielt), auf den Gedankenaustausch mit einigen der dortigen hervorragenden

Männer angewiesen. Das persönliche Verhältniß, was er erst in der Bundestagsagonie mit Usedom, dann später mit den beiden Gagern, Simson, Beseler, Andrian, Lord Cowley, dem Vertreter Englands, und Anderen gewann, war das werthvollste Ergebniß der Frankfurter Zeit für ihn. —

Daß das Frankfurter Parlament nicht die Macht hatte, das neue Deutschland zu gründen, das war freilich Stockmar bald klar geworden. Aber nachdem diese Versammlung ausgespielt hatte, erwartete er auch nichts von dem preußischen Unionsversuch, obschon er an der Erfurter Versammlung pflichtmäßig Theil nahm. Er sah auf preußischer Seite nicht die einfachste Bedingung des Erfolges, den entschiedenen Willen, für den ausgesprochenen Zweck die geeigneten Mittel zu ergreifen. „Die eintretende Reaction," sagt Freitag a. a. O., S. 171, „vermochte keinen Augenblick das hoffnungsvolle Vertrauen zu erschüttern, mit welchem er in die deutsche Zukunft blickte. Immer wußte er Muth einzusprechen und von seiner festen Zuversicht auch in der trüben Zeit, welche jetzt folgte, Anderen mitzutheilen. „„Die Deutschen sind ein gutes Volk, leicht zu regieren, und die deutschen Fürsten, die das nicht verstehen, verdienen nicht über ein solches Volk zu herrschen. Laßt Euch nicht abschrecken; Ihr Jüngeren vermögt gar nicht zu übersehen, wie groß die Fortschritte sind, welche die Deutschen in diesem Jahrhundert zu staatlicher Einheit gemacht haben; ich habe es erfahren, ich kenne dies Volk, Ihr geht einer großen Zukunft entgegen, Ihr werdet es erleben, ich aber nicht; — dann denkt des Alten!""

Uebrigens hatten die Jahre 1849 und 1850 allmählig zwei Ueberzeugungen bei ihm zur Reife gebracht; erstens, daß man sich zuvörderst mit der Einigung Norddeutschlands unter Preußen begnügen müsse, und zweitens, daß die Neugestaltung Deutschlands auf friedlichem Wege keinen wesentlichen Schritt vorwärts thun werde.

Unter Friedrich Wilhelm IV. erwartete er nichts mehr von

Preußen für Deutschland. Inzwischen hatten sich seit Ende der vierziger Jahre für ihn Beziehungen zu dem Prinzen von Preußen und dessen Gemahlin gestaltet, die sich während des nächsten Jahrzehends fortsetzten. Die Ueberzeugung von dem lebhaften preußischen Ehrgefühl, dem unermüdlichen Streben für das Gute und Edle und der zeitgemäßen Einsicht, die sich in dem hohen Paar vereinten, eröffneten einen tröstlicheren Blick in die Zukunft. Stockmar blieb ein beflissener Pfleger des guten Verhältnisses dieser Fürsten zu dem englischen Königshause und er förderte, so weit es an ihm war, den Bund zwischen der Prinzeß Royal und dem Prinzen Friedrich Wilhelm.

Dieser Bund entsprach politisch seinen eifrigsten Wünschen und langjährigen Bestrebungen. Denn er war es besonders gewesen, der die Einladung des Königs Friedrich Wilhelm IV. zur Taufe des Prinzen von Wales 1841 und dadurch die Anbahnung näherer Beziehungen zwischen den beiden Königsfamilien betrieben hatte. Jene Verbindung befriedigte ihn auch in den persönlichen Gefühlen, die er für die beiden jungen Herrschaften hegte.

Dem Prinzen Friedrich Wilhelm war er erst in den letzten Jahren vor der Vermählung näher bekannt geworden. Der Prinz hatte gewiß in den Berliner conservativen Kreisen, denen ein von wunderlichen Mythen genährter Doctrinarismus den freien Blick trübte, manches über Stockmar, den „geheimen Maschinisten und revolutionären Maulwurf" gehört, was ihn etwas scheu machen konnte, diesem zu begegnen.

Aber am englischen Hofe, wo der junge Herr Stockmar's Bekanntschaft machte, lag dessen ganze Stellung und Wirksamkeit klar und einfach zu Tage. Vor dem nüchternen Gradsinn des Prinzen zerstreuten sich hier bald alle Besorgnisse, die er hatte haben können, und sein Gemüth faßte Vertrauen und Neigung zu dem alten Mann, den er fortan stets mit der gewinnendsten Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit behandelte.

Die Prinzeß Victoria war von jeher Stockmar's besonderer Liebling gewesen, wie sie auch ihm mit der ihr eigenen Herzlichkeit und Treue zugethan war und blieb, ja, ich darf es sagen, ihn gleich einem zweiten Vater ehrte. Er hatte die größte Meinung von ihr.

„Von Jugend auf habe ich sie lieb gehabt," schreibt er in einem Briefe vom 18. Februar 1858, „immer viel von ihr erwartet und mich bemüht ihr zu nützen. Ich halte sie für ungewöhnlich begabt, in manchen Dingen bis zur Inspiration . . . . . ."

Es war dies die letzte fürstliche Heirathsangelegenheit, bei der Stockmar während seines Aufenthalts in England, Herbst 1856 bis Frühjahr 1857, mitzuwirken berufen war.

Seines letzten Aufenthalts in England! Schon seit einigen Jahren mahnten ihn Alter, abnehmende Kraft, zunehmendes Körperleiden, daß es für ihn bald Zeit sein werde, von jenem Schauplatz seiner Thätigkeit Abschied zu nehmen. Mehr und mehr drängte sich ihm auch der Gedanke auf, daß er am englischen Hofe allgemach entbehrlich werde. Bereits am 1. November 1855 hatte er, gegenüber einer Aufforderung, nach England zu kommen, geschrieben:

„Was ich an Ermahnung, Rath und Beistand gewähren konnte, wurde in achtzehn langen Jahren geleistet; was davon nicht gefruchtet hat, wird schwerlich erst von jetzt an helfen. Die Natur bequemt sich nach der Erziehung bis zu einem gewissen Punkte; was über diesen hinausliegt, bleibt wie die Natur es gemacht hat. Zudem haben die Königin sowohl als der Prinz sechsunddreißig Jahre. Sie haben bereits viel gelernt und sich durchaus als verständig und redlich gesinnt bewährt. Sie sind der eigentlichen Führung entwachsen, — nur noch der Rath der Freundschaft wäre statthaft. Damit aber solcher Rath wirksam werden könne, muß er lebendig, kräftig vorgetragen werden; das ist mir nicht mehr möglich, und, statt des rechten Eindrucks, würde mein Rath oft nur den der Schwäche, übergroßer Vorsicht und nervöser Aengstlichkeit machen."—

In Berlin sagte zu der jetzt verstorbenen Gräfin Bl., die Stockmar's genaue Bekanntschaft gemacht hatte, ein sehr vornehmer Mann, der dies nicht wußte: Stockmar halte sich hier verborgen, um im Geheimen zu intriguiren — er habe ihn (Stockmar) nun schon in fünf verschiedenen Wohnungen verfolgt. Die Dame erwiderte: das sei doch nicht gut möglich, Stockmar wohne seit Wochen ganz offen in dem und dem Gasthof, sie selbst habe ihn da mehrmals besucht. —

Der Andere blieb aber bei seiner Behauptung.

Indeß entbehrte Stockmar in Berlin nicht des Umgangs Solcher, die ihn kannten und schätzten. Jüngerer Freunde zu geschweigen, waren es besonders Alexander Humboldt, Bunsen, Usedom, Heinrich von Arnim, Rudolph von Auerswald und der belgische Gesandte Baron Nothomb, den er fast täglich sah.

Humboldt war am englischen Hofe, wohin er im Gefolge Friedrich Wilhelms IV. zur Taufe des Prinzen von Wales kam, mit Stockmar bekannt geworden.

Dessen Frische, Ursprünglichkeit, geistige Lebendigkeit, seine Einfachheit, bei einer dort an Ort und Stelle unverkennbar einflußreichen, begünstigten Stellung, endlich seine liberale politische Richtung mögen vielleicht Humboldt Interesse und Achtung eingeflößt haben. Er zeigte sich fortan bei jeder Gelegenheit sehr freundlich. Daß Stockmar seinerseits von dem geistreichen und liebenswürdigen, dabei weltkundigen, berühmten Mann angezogen war, bedarf keiner Erklärung. Jetzt wurde die Bekanntschaft mit vielem Behagen von beiden Seiten erneuert*).

Den Inhalt ihrer Gespräche, die sich meist um die politische Situation des Tages, die Krankheit des Königs, die Frage der

---

*) Ein kleines Billet Humboldt's an Stockmar aus dieser Zeit (23. Oct. 1858) mag den von Ersterem angeschlagenen Ton charakterisiren:

„Hochverehrter, geistreicher, tief weltkundiger und doch so edel einfach gebliebener Mann! Mein Brief an den König (der Belgier) und meine kleine

Regentschaft des Prinzen von Preußen drehten, kennen wir zum Theil noch durch kurze Aufzeichnungen Stockmar's, aus denen wir hier Einzelnes folgen lassen.

16. September.

„Humboldt hat den König gesehen — fand ihn blasser, magerer, schläfriger — mehr Ausdruck von Stumpfheit. Humboldt will dem König beibringen, ich sei hier, nennt ihm den Namen. König: „Wer ist das? kenne ihn nicht. Habe ihn nie gesehen." Königin: „Es ist der Mann, den Du immer so gern gehabt, der in England so freundlich für Bunsen war." Name wird aufgeschrieben und buchstabirt. König: „Nein, ich kann mich nicht besinnen, ihn je gekannt zu haben. Ach wie ist doch mein Kopf! habe gar kein Gedächtniß mehr."

„Manteuffel gratulirt Humboldt zu seinem Geburtstag und unterschreibt sich: Ihr abgehetzter, nun bald auch abgesetzter."

„Humboldt meint, bei dem bevorstehenden Umschwung kämen doch die Literaten wieder zu Ehren. Raumer sei der allerschädlichste Minister, denn er verachte die Wissenschaft; Westphalen sei der gescheuteste und gefährlichste; Manteuffel könne wenigstens gut griechisch und lese die Classiker."

3. October.

„Humboldt erzählt von Sanssouci. Am letzten Montag erwachte der König mit Schwindel, Betäubung. Gräfin D. sagt, er sei eine zeitlang sprachlos gewesen. Ziemlich der Jahrestag der Krankheit. Der König klagte gegen Humboldt, er sei kränker als vorher, sein Kopf sei gar zu übel, doch gehe er spazieren, weil ihm dann der Kopf freier werde."

---

Bitte werden einen angenehmen Duft annehmen, wenn sie durch Ihren Einschluß an ihn gelangen. Ein Waldmensch vom Orinoco, halb an den Höfen gezähmt, hat auch List erlernt und schämt sich derselben nicht . . . . . . . .

Mit freundschaftlicher Verehrung

Ihr treuester
Alex. v. Humboldt."

In dieser Zeit der sich bildenden Regentschaft war Stockmar auch mit dem nachmaligen Ministerpräsidenten Rudolf von Auerswald in häufigen Verkehr getreten. Auerswald sprach wiederholt mit ihm über die Bildung des neuen Ministeriums. Stockmar rieth aufs Dringendste von der Aufnahme heterogener Elemente ab, namentlich die Justiz bedürfe einer entschieden liberalen, charakterfesten, schneidigen Persönlichkeit.

Von diesen Beziehungen Stockmar's zu Auerswald in der Entstehungszeit des Ministeriums der neuen Aera muß die Reactionspartei damals einigermaßen Wind erhalten haben. Denn als sie ein paar Jahre später wahrzunehmen glaubte, daß in dem Palais des Kronprinzen ein Geist sich geltend mache, der ihr nicht gefiel, erhob sie ein Geschrei über englischen Einfluß und bei dieser Gelegenheit kam in der feudalen Presse zum Vorschein: Stockmar (eine andere Version sagte, sein Sohn, der damalige Privatsecretär der Kronprinzessin) habe das Ministerium der neuen Aera „fertig in der Tasche mit aus England gebracht."

Nach dem Besuch in Potsdam und Berlin vom Herbst 1858 verließ Stockmar Coburg (abgesehen von mehrmaligem kurzen Aufenthalt auf seinem Gute Marisfeld bei Meiningen) nicht mehr. Er hatte der Welt Valet gesagt.

Die Beziehungen zu den Höfen von Belgien und England wurden zwar in einer, für die veränderten Verhältnisse noch immer ziemlich häufigen, Correspondenz fort erhalten. Der König der Belgier und Prinz Albert unterließen nicht „dem Alten" zu schreiben, weil sie wußten, daß ein solcher Brief für ihn ein Labsal war.

Noch einmal durfte er die Königin von England und ihren Gemahl vereint persönlich wiedersehen. Es war bei deren Besuch in Coburg im Jahre 1860. Während desselben geschah es, daß der Prinz, an dessen Wagen die Pferde durchgingen, in dringende Lebensgefahr gerieth. Stockmar sah damals, mit Anderen, in der Rettung aus dieser Gefahr gern eine Art von Lebensversicherung

auf lange Zeit. Im Jahre darauf raffte Krankheit den edlen Prinzen dahin.

Unter denen, die dieser Schlag am tiefsten im Herzen traf, war Stockmar, der den Prinzen politisch als seinen Zögling betrachten durfte und der ihn persönlich wahrhaft liebte. Er hatte die Empfindung dessen, dem eine Arbeit seines ganzen Lebens vernichtet ist.

„Ich fühle wohl", schreibt er (März 1862), „daß ich in Bezug auf diesen Gegenstand nicht ganz zurechnungsfähig bin, denn der Gedanke an die Bosheit meines persönlichen Geschicks, das mich so lange leben ließ, damit ich auch diese Qual noch ausstehen möge, macht mich bisweilen halb toll."

„Ein Gebäude, das, zur Erfüllung eines großen wichtigen Zweckes, in frommem Pflichtgefühl und zwanzigjähriger mühsamer Arbeit, gewissenhaft aufgerichtet wurde, ist in seinem Fundamente zusammengestürzt."

Noch einmal im folgenden Jahre, 1862, sah Stockmar die trostlose Königin in Coburg und weinte mit ihr um den Dahingegangenen.

Als sie ihm die auf ihrem Tisch befindlichen Bilder und Photographien des geliebten Prinzen zeigte, brach Stockmar, wie sie selbst in den „Early Years" berichtet, in die Worte aus: „Mein theurer guter Prinz! Wie glücklich werde ich sein ihn wiederzusehen! Es wird nicht lange dauern."

Bei Gelegenheit dieser Besuche der englischen Herrschaften hatte Stockmar auch die Freude, den Prinzen Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin nochmals zu erblicken.

„Wenn sie in Coburg verweilten", erzählt Freitag, „sah man oft Kronprinz und Kronprinzessin zu Fuß nach dem stillen Haus in der „Webergasse" wandern, um den greisen Freund zu besuchen. Das ruhige Selbstgefühl des Privatmanns, dem diese herzlichen

Huldigungen dargebracht wurden, und die zarte Aufmerksamkeit der vornehmen Gäste war der natürliche Ausdruck eines festen und innigen Verhältnisses zwischen guten und tüchtigen Menschen, dessen Werth nicht am wenigsten die fürstlichen Gäste empfanden."

Diese hohen Besuche waren aber nur kurze Unterbrechungen des stillen Lebens, das Stockmar seine letzten Jahre durch in Coburg führte. Der Zustand seiner Kräfte, wie seine Gemüthsstimmung machten ihm die Ruhe nothwendig.

Immer unablässiger bedrängte ihn körperliches Leiden. Stundenweise flammte wohl das alte Feuer des Geistes auf. „Dann sprach er gern", sagt Freitag, „und mit großer Offenheit über die Menschen und die Erfahrungen seines reichen Lebens. Und immer erfreute dann den Hörenden die heitere Festigkeit und Größe des Urtheils, der aufleuchtende Blick und die milde Lebendigkeit des Greises."

Wer ihn nur in solchen Momenten sah, konnte wohl seine Klagen über sein Befinden als bloße Hypochondrie belächeln. Aber jene Stunden wurden allmählig seltener und wer ihm den ganzen Tag nahe blieb, sah ihn auch nach dem Aufflackern erschöpft zusammensinken.

Der gesellige Verkehr, außer mit den genauesten Bekannten, wurde ihm zu schwer. Nur seine Schwestern besuchte er noch. Im Haus sah er einige wenige alte treue Freunde regelmäßig, so den General von Alvensleben, dessen Besuch ihm fast keinen Tag fehlte.

Selten kam Rückert von Neuses herein. Er hatte noch im Jahre 1855 zu Stockmar's Geburtstag mit Bezug auf dessen vermeintliche maladie imaginaire den scherzhaften Reim gesandt:

Acht und sechzig
Wie krächz' ich!
Doch die Leiter
Geht weiter:
Sechs und achtzig,
Es macht sich!

Allein es machte sich nicht mit dem Befinden.

Freudig wurden gelegentliche Besuche jüngerer Freunde von außerhalb aufgenommen. Männer wie Gustav Freitag, K. F. Meyer, Morier, Roggenbach, Sammer, konnten das alte Herz jugendlich heiter anregen. Den Fremden oder Fernerstehenden, auch wohl solchen, die eigens zugereist waren, selbst den Vornehmsten, blieb oft die Thür verschlossen.

Zu den körperlichen Einflüssen, die die Stimmung niederdrückten, waren so viele schmerzliche Erlebnisse der letzten Jahre gekommen. Im Jahre 1854 starb Stockmar's jüngerer Bruder Carl.

„Ich habe", schrieb er am 19. August, „meinen ältesten und liebsten Freund verloren. Wir waren von der Natur angewiesen uns zu lieben, gegenseitig zu unterstützen und zu ergänzen. Mit gleich starkem Triebe haben wir beide diesem inneren Befehle gewissenhaft bis an den Tag seines Todes gehorcht. Ich habe wenig Menschen von so aufrichtigem Wohlwollen für Andere gekannt."

Zwei Jahre darauf verlor Stockmar seine Tochter, Marie, verehelichte Professor Hettner in Dresden, die er zärtlich liebte. Das Jahr 1861 riß den Prinzen Albert dahin und 1863 trat das schwere, peinigende Leiden des Königs der Belgier hervor, dessen Mitempfinden für Stockmar, den ehemaligen Arzt und den Freund, zur wahren Qual wurde. Am 3. März 1863 schreibt er an den König:

„Der verständige brave Forkel*) geht nach Brüssel und hat hoffentlich das Glück, den guten, verehrten, schwergeprüften König zu sehen. Direct habe ich von dort lange nichts gehört, auch bin ich wirklich gefaßter und in der täglichen Bildung frommer Wünsche weniger gestört, wenn ich nichts höre, als wenn schlimme Nachrichten Glauben und Hoffnung verhöhnen. Ich gestehe, auf ein so trostloses Alter war ich nicht vorbereitet. Oft, sehr oft bin ich der Verzweiflung nahe. Die Räthsel dieses Lebens werden mir stündlich

*) Rechtsanwalt in Coburg, jetzt Mitglied des norddeutschen Reichstags.

schwerer. Und doch ist es klar, daß wir Seine Kinder sind und daß der Vater ein Herz für uns haben muß. So flehe ich denn abermals dieses Herz an, die Leiden des guten, geliebten Königs in Allmacht und Barmherzigkeit lindern zu wollen. Amen!"

Der König antwortete, Stockmar befinde sich im Irrthum, der König habe zuletzt geschrieben und Stockmar sei ihm einen Brief schuldig gewesen. Darauf antwortet Stockmar in einer Zuschrift vom 18. Mai, der letzten, die er überhaupt an seinen Herrn richtete:

„Der gütige König ist ganz im Recht. Er hatte mir zuletzt geschrieben, ich hatte nicht geantwortet. Aber das ist eben die Wirkung tiefen, anhaltenden Kummers, daß er, zumal alte, schwache Personen, unfähig macht. Verstand und Gemüth verwirren sich, wenn eine Art Melancholie der Grundcharakter ihrer Betrachtungen geworden ist."

„Der König klagt über die Medizin."

„Eine Apologie derselben kann ich schon deswegen nicht schreiben, weil ich die Grenzen ihrer Macht genau kennen gelernt. Die Aerzte selbst wissen in den meisten Fällen nicht, was sie wissen sollten, und in den allerwenigsten können sie, was der kranke Mensch braucht. Dann wird aus Absicht vertuscht oder auch gelogen. Nur im Verhüten von Krankheiten kann der gute und große Arzt wirklich nützen."

„Gott lindere die Schmerzen des guten Königs, stärke und erhalte ihn."

Philosophisch= religiöse Betrachtungen, Rückblick auf die eigene Vergangenheit nahmen naturgemäß in den Gedanken des leidenden Greises eine große Stelle ein. Die Melancholie über die Mängel des menschlichen Lebens drängt sich dem Alter auf. Doch Stockmar versank nur vorübergehend in diese Schwermuth, die doch nichts ist, als der Mangel an Ergebung in die Beschränktheit und Endlichkeit des Individuums. Die tiefinnerste Grundlage seines Denkens und Fühlens war vielmehr, wie ich schon sagte, die willige, freudige,

thätige Hingebung unter das Gesetz und die Sonne dieser Religion zerstreute immer wieder die trüben Nebel. „Ewige Gesetzlichkeit des Lebens," sagt Meyer, „Göttlichkeit des Gewissens und der Menschenliebe, Freiheit des Geistes, pantheistische Untrennbarkeit und doch zugleich theistische Selbständigkeit des höchsten Wesens, — das waren die religiösen Grundgedanken, in denen sein Geist sich sammelte. Als poetische Bekenntnisse dieses Inhalts waren ihm eine Anzahl Sprüche und Gedichte lieb geworden, die er oft laut zu wiederholen pflegte: namentlich Goethe's „Göttliches" (Edel sei der Mensch), „Eins und Alles" und „Vermächtniß" (Kein Wesen kann zu nichts zerfallen) und Rückert's „Um Mitternacht" *).

---

*) Wir führen einige der Lieblingsstellen Stockmar's aus jenen Gedichten an:

Edel sei der Mensch,
Hülfreich und gut!
Denn das allein
Unterscheidet ihn
Von allen Wesen,
Die wir kennen.

Nach ewigen, ehrnen
Großen Gesetzen
Müssen wir alle
Unseres Daseins
Kreise vollenden.

Nur allein der Mensch
Vermag das Unmögliche,
Er unterscheidet,
Wählet und richtet;
Er kann dem Augenblick
Dauer verleihen.

Goethe: Das Göttliche.

Was wär ein Gott, der nur von außen stieße,
Im Kreis das All am Finger laufen ließe!
Ihm ziemt's, die Welt im Innern zu bewegen,
Natur in Sich, Sich in Natur zu hegen,
So daß was in Ihm lebt und webt und ist,
Nie seine Kraft, nie Seinen Geist vermißt.

Goethe: Prooemion zu Gott und Welt.

Von der sceptischen Blasirtheit und Hoffnungslosigkeit, mit der oft das Alter geschlagen ist, blieb Stockmar frei.

„Fragte mich“, sagt er in einem Briefe der letzten Jahre, „jetzt der das Leben anfangende Jüngling, welches das höchste Gut sei, nach welchem der Mensch zu streben habe, ich wüßte nur zu sagen: Liebe und Freundschaft! Fragte er mich, welches das unschätzbarste Besitzthum des Einzelnen sei, ich müßte antworten: — Das Bewußtsein, die Wahrheit geliebt und gesucht, das Gute um des Guten willen gewollt zu haben! Alles übrige ist entweder leere Eitelkeit oder ein matter Traum!“

Und die Gefühle, die ihm bis zuletzt am lebhaftesten blieben, bezeichnet Meyer treffend mit den Worten: „Nie hat Stockmar das Zutrauen verloren zu der Liebe und Gerechtigkeit Gottes, der Güte des menschlichen Herzens, der Tüchtigkeit des deutschen Volks und der Größe unserer Zukunft.“

---

Das Ewige regt sich fort in allen,
Denn alles muß in Nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren will.
Goethe: Eins und Alles.

Kein Wesen kann zu nichts zerfallen!
Das Ewige regt sich fort in allen,
Am Sein erhalte dich beglückt!
Das Sein ist ewig, denn Gesetze
Bewahren die lebendigen Schätze,
Aus welchen sich das All geschmückt.
Goethe: Vermächtniß.

Um Mitternacht
Schlug ich die Schlacht
O Menschheit, deiner Leiden.
Nicht konnt' ich sie entscheiden.
Um Mitternacht
Hab' ich die Macht
In deine Hand gegeben
Herr über Tod und Leben!
Du hältst die Wacht
Um Mitternacht.
Rückert: Gedichte.

Die Rückblicke in das vergangene Leben führten zu theils niederschlagenden, theils frommen, demüthigen, theils belohnenden und aufrichtenden Gedanken.

„Seit Wochen", sagt Stockmar in einem Briefe, „auf die Stube beschränkt, habe ich angefangen, einige Ordnung in die Masse der Briefe zu bringen, die ich seit fünfzig Jahren von allen Orten und Enden her empfangen habe. Dieses Geschäft hat mich in eine große Gesellschaft abgeschiedener Geister eingeführt. Zuerst bemächtigte sich meiner ein noch nie gehabtes Erstaunen über die Schwäche des Gedächtnisses, die die meisten Menschen im höheren Alter befällt. Lägen die Beweise nicht vor mir, ich wäre versucht bona fide zu verneinen, daß ich mit vielen meiner Briefsteller je etwas zu thun gehabt hätte. Allein selbst die Schriftzüge sind nicht mehr hinreichend, mir die Gesichter, die Persönlichkeiten, die Verhältnisse, in denen ich zu vielen der Schreiber gestanden, wieder vorstellig zu machen. Nur zu viele Stellen meiner Vergangenheit bedecken sich mit Nebel für meine Sehkraft, wofür sich jedoch meine Gemüthskräfte durch Wehmuth und Demuth erhellen, in der ich mit Gewißheit zu erkennen vermag, wie ich meine moralischen Rechnungsbücher abzuschließen habe. Denn ebenso richtig und verbrieft wie die Schulden der Anderen gegen mich dastehen, ebenso deutlich kann ich auch die meinigen gegen Anderen erkennen, und ich umschreibe das Facit in das Gebet:

„Alles sei vergessen und vergeben, damit auch mir das Gleiche werden könne."

Derselbe Brief erzählt weiter:

„Ich hatte viele Briefe aus dem Jahre 1817 gelesen und mich über jene Zeit mit meiner siebenzigjährigen Schwester unterhalten. Diese brachte mir gestern einen von mir natürlich gänzlich vergessenen Brief, den ich ihr gleich nach dem Tode der Prinzeß Charlotte geschrieben. Die darin enthaltenen Worte: „Ich scheine mehr da zu sein für Andere als für mich selbst zu sorgen, und bin

mit dieser Bestimmung gar wohl zufrieden", waren für meine Zukunft prophetisch. Und vierzig lange Jahre konnten einer Gesinnung nichts anhaben, die das Unglück des Prinzen mich damals auszusprechen trieb."

So erkannte denn Stockmar, und dieses Bewußtsein konnte ihn aufrichten und belohnen, daß der eigentliche Kern seines Lebens das uneigennützige Wirken für Andere gewesen sei.

„Ich bin dabei," sagt ein anderer Brief aus den letzten Jahren, „nur dem Zug meines Herzens nachgegangen, und der Erfolg, den ich gehabt haben mag, war nur das Produkt dieses Herzenszuges. Wohl kann der Verstand unterscheiden, wählen und richten, allein schaffen, bauen kann nur das Herz."

Es ist dasselbe, was Freitag mit anderen Worten schön so ausdrückt:

„Das letzte Geheimniß seines Werthes und des Einflusses, den er auf Andere erlangte, lag nicht in der vortrefflichen Grundlage, auf welcher seine politische Praxis beruhte, nicht in der Feinheit und Schärfe seines Blickes, sondern in seinem Gemüth. Daß er ein guter Mensch war mit einem Herzen voll Liebe, dabei von einer fröhlichen Lebenskraft, welche Anderen sympathetisch von der eigenen Wärme mitzutheilen wußte, das machte ihn Allen unentbehrlich, mit denen er in nähere Verbindung gekommen war."

Neben der Contemplation war es die praktische Wohlthätigkeit, die Stockmar's letzte Lebenszeit erfüllte. „Die Armen von Coburg", sagt Freitag, „kannten vortrefflich die steinerne Schwelle, auf der sie mit bangem Herzen die Klingel gezogen, von der sie mit leichtem Gemüth wieder auf die Straße hinabgestiegen waren. Und seine Art wohlzuthun durfte das Verdienst beanspruchen, daß sie nicht nur in reichem Maaße und in der zweckmäßigsten Weise wirkte, auch mit einer Discretion, welche die linke Hand nicht wissen ließ, was die Rechte that."

Ein Gehirnschlag machte diesem Leben voll selbstlosen Wirkens für das Wohl Anderer in der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1863, im beinahe vollendeten sechsundsiebenzigsten Jahre, ein Ende.

Er wurde in der Familiengruft auf dem Coburger Friedhof beigesetzt. Sie war damals einfach ausgestattet. In den folgenden Jahren wurde deren Inneres nach einem von der Kronprinzessin von Preußen ausgegangenen sinnigen Entwurf künstlerisch reich geschmückt. Grauer Marmor ziert Wände und Gruftdeckel. Ein Altar in cararischem Marmor mit Engelsgestalten von Professor Hagen's Meißel steht an der Hinterwand. Das oberste Feld dieser nimmt ein Frescogemälde ein, die biblische Geschichte vom barmherzigen Samariter darstellend. Darunter eine Gedenktafel mit der Inschrift:

Dem Andenken des Freiherrn Christian Friedrich
von Stockmar, geboren 22. August 1787, gestorben
9. Juli 1863, gewidmet von seinen Freunden in
den regierenden Häusern von Belgien, Coburg,
England und Preußen.
Sprüche Salom. 18. V. 24
(„Ein treuer Freund liebet mehr und stehet vester bei
denn ein Bruder").

Die hohen Fürsten, die sich zur Stiftung dieses Denkmals vereinigten, konnten dem Mann, der ihnen ein treuer Diener und Freund gewesen war, kein würdigeres und zugleich für sie selbst ehrenvolleres Zeugniß ausstellen.

In diesem monumentalen Zeugniß liegt die Hauptsumme von Stockmar's Leben ausgesprochen. Ein Fürstendiener, Freund und Vertrauter von Fürsten, aber in großem, freiem, volksthümlichem Sinn, die Fürsten stärkend und fördernd zu ihrer Pflicht gegen die höchsten Interessen der Nationen! Und sein Glück wollte, daß er humanen, edlen, tüchtigen, nicht auf die todte Vergangenheit, sondern die werdende Zukunft gerichteten Fürsten begegnete.

Die nothwendige Beschränkung, die andererseits eine solche Lebensarbeit auferlegte, war Selbstverläugnung, Aufopferung der eigenen Individualität, die dazu verwendet wurde, andere Persönlichkeiten zu ergänzen. Und diese Selbstaufopferung war nicht nur für das Leben geboten, sondern in hohem Grade noch über das Grab hinaus.

„Vous avez mené une existence souterraine, anonyme“, sagte ein langjähriger Bekannter zu Stockmar, „was Sie eigentlich gewesen, wird bald niemand mehr wissen.“

Dies war freilich Stockmar selbst klar genug. Einer seiner Briefe sagt darüber:

„Die Sonderbarkeit meiner Lage verlangte mich stets ängstlich zu effaciren, das Beste, was ich beabsichtigte und oft ausführte, wie ein Verbrechen zu verbergen. Wie ein Dieb in der Nacht legte ich sehr häufig das Samenkorn in die Erde und wenn die Pflanze in die Höhe wuchs und nun auch von Anderen gesehen werden konnte, wußte ich das Verdienst Anderen zuzuschreiben und ich mußte es thun. Noch heute erzählen mir Viele von den oder jenen Dingen, und wie das oder jenes entstanden und gekommen sei, und haben, indem sie blos vom zweiten Stadium der Sache wissen und ausgehen, in ihrer Weise Recht. Allein den Guten fehlt die Kenntniß des ersten Stadiums.“

„Zum Wachsthum einer Pflanze gehört allerdings Luft, Licht, Wärme ꝛc. Und so mag es diesen verschiedenen Elementen vorkommen, als würde ohne die Macht eines jeden einzelnen von ihnen keine Pflanze gewachsen sein, woran sie denn alle beziehungsweise auch ganz Recht haben. Das erste und größere Verdienst gebührt aber offenbar dem, der aus eigenem Antriebe und blos zum dereinstigen Vortheil Anderer das Samenkorn zu rechter Zeit in den rechten Boden gelegt hat. Wenn sich nun Verhältnisse und Menschen gewöhnlich vereinigen, die besten meiner Einfälle, Ideen und darauf gegründeten Unternehmungen so mit Dunkel und

Nacht zu bedecken, daß eine bloße Ahnung der eigentlichen Urheberschaft unmöglich wird, so will mich das kaum verdrießen."

Er war es also zufrieden, der Nachwelt immer halb verhüllt zu bleiben. Auch dieses Buch, Stockmar's Sinn getreu, lüftet den Schleier nur ein wenig.

14. September 1870.

---

Erstes Capitel.

## Der Abbruch des Verlöbnisses der Prinzeß Charlotte mit dem Prinzen von Oranien.

## 1814.

---

Prinzeß Charlotte, die Tochter des Prinzen von Wales und der Prinzeß Caroline von Braunschweig, war geboren den 7. Januar 1796. Die traurige Geschichte der Ehe, oder vielmehr Nicht-Ehe, ihrer Eltern hier zu wiederholen ist überflüssig. Ueber deren Charakter sprach sich die Prinzeß gegen Stockmar kurz und bündig dahin aus: „meine Mutter war schlecht, aber sie wäre nicht so schlecht geworden, wenn mein Vater nicht noch viel schlechter gewesen wäre.“

Was Liebe und Fürsorge der Eltern, was Familienleben ist, hat das arme Kind eigentlich nie erfahren.

Schon im Jahre 1796 hörten Vater und Mutter auf zusammen zu wohnen. Der Vater war mit dem Großvater gespannt, die Großmutter und die Prinzeß von Wales konnten sich nicht leiden. Die kleine Prinzessin blieb zunächst der Mutter überlassen, welche der alte König Georg III. beständig gegen ihren Gemahl in Schutz nahm. Sie verlor diesen Schutz, nachdem ihr Schwiegervater 1810 unrettbar dem Irrsinn verfallen und der Prinz von Wales Regent geworden war. Schon vorher war ihr die Tochter weggenommen

und der Obhut der Großmutter, Königin Charlotte, in Windsor anvertraut worden, die leider ihrer Enkelin keineswegs gewogen war. Die Prinzeß von Wales durfte nun ihr Kind nicht öfter als wöchentlich einmal sehen. Im Jahre 1812 aber wurde der Tochter eine eigene Stadtwohnung, Warwick House, ganz in der Nähe des Palastes des Vaters, Carlton House, eingeräumt und der Aufenthalt wechselte von da an zwischen Warwick House und Windsor. Gleichzeitig wurden die Zusammenkünfte zwischen Mutter und Tochter auf je 14 Tage beschränkt.

So wuchs die Prinzessin heran, zunächst umgeben von Fremden, ihrer Gouvernante und ihrer Gesellschafterin Miß Cornelia Knight, in deren Selbstbiographie uns neuerdings eine zuverlässige Quelle über die Geschichte Charlotten's eröffnet ist.

Für ihren Vater war die oberste Rücksicht natürlich, daß die Tochter seine Bequemlichkeit möglichst wenig störe. Deshalb sollte sie möglichst lange als Kind behandelt werden. Mit 17 Jahren war sie noch nicht confirmirt, sollte sie noch nicht zur Cour am Hofe erscheinen. „Vergessen Sie nie“, sagte der Prinzregent zu Miß Knight (Autobiography I, 240), „daß Charlotte den thörichten Gedanken fahren lassen muß, als hätte sie einen eignen Willen; so lange ich lebe muß sie mir unterworfen sein wie jetzt, sei sie 30 oder 40 oder 45 Jahre alt.“

Dies war nun freilich wohl nur unter der Voraussetzung gesagt, daß die Prinzeß unvermählt blieb. Wenn aber schon in der Stellung der künftigen Thronerbin an sich die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Verheirathung begründet war, so mußten die besondern Verhältnisse jene Wahrscheinlichkeit noch verstärken. Für die arme Prinzeß war ja eine Vermählung das beste Mittel der Erlösung aus ihrer abhängigen und unbehaglichen Lage zwischen den ungeliebten, unter sich feindlichen Eltern. Und für den Regenten konnte es nur angenehm sein, sich der Tochter auf so gute Manier zu entledigen. Die Unvermählte legte ihm durch ihre bloße Existenz Pflich-

ten und Rücksichten auf, von denen sich der herzlose Egoist gern befreit sah und bildete zu gleicher Zeit, mehr als eine vermählte Tochter es konnte, ein ihm lästiges, engeres Band zu seiner verhaßten Gemahlin. Noch hatte die Prinzeß das achtzehnte Jahr nicht erreicht, als ein ernstliches Heirathsproject, das einer Verbindung mit dem Erbprinzen von Oranien, dem nachmaligen König Wilhelm II. der Niederlande, herantrat.

Wer den Gedanken dazu zuerst gefaßt, vermögen wir nicht zu sagen. Genug, Miß Knight berichtet, daß schon im October 1813 durch Sir Henry Halford, den gemeinsamen Arzt des Regenten und der Prinzeß, dieser Winke gegeben wurden, wie erwünscht jene Verbindung sein würde. Die alte Königin und die Prinzessinnen redeten zu, was auf die junge Dame anfangs eher die entgegengesetzte Wirkung hervorbrachte. Am Ende machten aber die von der königlichen Familie ausgehenden beharrlichen Einflüsterungen und kleinen Veranstaltungen in jener Richtung doch einigen Eindruck. Am 11. December 1813 langt der Erbprinz in London an. Er trifft mit der Prinzeß im engsten Kreise bei deren Vater zum ersten Male zusammen und schon am 12. erzählt die Prinzeß der Miß Knight, der Regent habe sie bei Seite genommen und gefragt: „Nun, es geht wohl nicht?“ sie habe geantwortet, „das will ich nicht sagen, sein Wesen gefällt mir recht gut“, jener darauf sogleich ihre Hände zusammengefügt und sie sei nun verlobt. Sie fügt hinzu: „er ist nicht so unangenehm wie ich erwartete“. Hier scheint also zu der ein wenig fatalistischen Heirathstendenz, wie sie oft bei jungen Mädchen und namentlich Prinzessinnen zu finden, noch etwas väterliche Ueberrumpelungskunst hinzugekommen zu sein.

Im Januar wurde die beabsichtigte Verbindung bereits anderen Souveränen vertraulich angezeigt (Castlereagh Letters and Correspondence IX, 211). Anfang des März hielten H. Fagel, der ordentliche niederländische Botschafter in London, und der Graf Van der Duyn de Maasdam, als außerordentlicher Botschafter, feierlich

und formell um die Hand der Prinzeß an, welche ihr Jawort gab. Nicht lange darauf kündigte der niederländische Souverän den Generalstaaten die bevorstehende Verbindung officiell an. Die beiderseitigen Bevollmächtigten entwarfen den Heirathsvertrag. Aber bereits im Juni ward das Verlöbniß abgebrochen.

Ueber die Geschichte dieses Bruches soll nachstehend aus den mündlichen Erzählungen Stockmar's und aus seinen Papieren einiges Authentische mitgetheilt werden. Es scheint dazu um so mehr Veranlassung, als in die Memoiren über jene Zeit und die Geschichtsbücher zum Theil entschiedene Irrthümer übergegangen sind.

Stockmar gab seine Stellung an dem Hofe von Claremont natürlich viel Gelegenheit, Zuverlässiges über jene Vorgänge zu erfahren, auch hat die Prinzeß selbst öfter mit ihm davon gesprochen. Besonders werthvolles Material enthielt aber ein von ihm hinterlassenes, in Leder gebundenes Manuscript in Quart, worin, zum größeren Theil von der Hand der Miß Cornelia Knight (mit öfteren Correcturen der Prinzeß Charlotte), zum Theil von der Hand der Prinzeß selbst, die Correspondenz über die Vorgänge, die zum Abbruch des Verhältnisses führten, nebst Angabe der dazwischenliegenden Thatsachen eingetragen war *).

Ehe wir diese Begebenheiten erzählen, überblicken wir die vorausgehend in den Verhältnissen gegebenen, dem Zustandekommen der Verbindung theils günstigen, theils ungünstigen Momente.

Die alte Popularität der Oranier und der holländischen Allianz in England kam dem Heirathsproject in der öffentlichen Meinung von vornherein zu Gunsten. Nach dem Siege der Alliirten über Napoleon legte England viel Interesse für die Herstellung der Oranier in Holland an den Tag und bemühte sich seitdem, in dem Gedanken, eine stärkere Vormauer gegen Frankreich zu schaffen, eifrig für die Gründung des Königreichs der vereinigten Niederlande. Und

*) Dieses Manuscript ist jetzt in den Besitz J. M. der Königin von England übergegangen.

so entsprach denn wiederum die beabsichtigte Verbindung dem Gange der nationalen Politik. Die Oranier, Vater und Sohn, waren in England bekannt und nicht unbeliebt. Der Vater, nachmals König Wilhelm I., hatte dort längere Zeit gelebt. Der Erbprinz, der spätere König Wilhelm II., war nach Erziehung und Lebensgewohnheiten ein halber Engländer, hatte mit Auszeichnung unter Wellington in Spanien gedient, war hierdurch und durch eine gewisse ungenirte Leutseligkeit und Jovialität, verbunden mit häufigem Händeschütteln, in der Armee und der Gesellschaft nicht unbeliebt.

Er flößte indessen, wie wir schon sahen, der Prinzessin keine besondere Neigung ein, ebensowenig wie sie ihm, der eines tieferen Gefühls überhaupt nicht fähig gewesen zu sein scheint. Hören wir über ihn zunächst das Urtheil eines keineswegs übelwollenden Beobachters, Fritz von Gagern (Leben des Generals von Gagern, Bd. II, S. 54 u. f.):

„Der Prinz von Oranien", sagt er, „hat schon früh einen gährenden und unstäten Charakter verrathen. Sitzende Arbeit scheute er und seine wissenschaftliche Bildung ist, im Vergleich zu der seines jüngeren Bruders, vernachlässigt. Unternehmend und von weit aussehendem Ehrgeiz beseelt, zeigt er jedoch in der Beurtheilung der Mittel zu seinen Zwecken wenig Besonnenheit und geringe Umsicht in der Wahl seiner Vertrauten. Anfangs gefiel sich der Prinz in englischen Sitten, später ahmte er russisches Wesen nach. Im öffentlichen Auftreten übt der Prinz mit Gewandtheit und Glück alle Künste der Popularität; durch Herablassung und durch den Anschein der Vertraulichkeit gewinnt er oft selbst die, welche gegen ihn eingenommen sind; aber das Zunicken und Händeschütteln ist zu allgemein, um für eine Auszeichnung gelten zu können, und dem Verdacht seine Rolle als Schauspieler zu spielen entgeht er nicht. Leichter Sinn und Lebenslust hatten sich schon früh entwickelt. Bei der unregelmäßigen Lebensweise reichten die beschränkten Einkünfte des Prinzen nicht aus; seine Finanzen waren meist in Unordnung

und bei mancherlei Verschwendung ward doch edlere Freigebigkeit vermißt."

„Man glaubte, daß er den Freuden der Tafel, dem Spiel und jedem Genuß ergeben sei, während eine dauernde, leidenschaftliche Zuneigung zu einem Weibe, die man ihm verziehen hätte, niemals bekannt geworden ist."

So erschien er Gagern im Jahre 1830 und es gilt der Rückschluß, er werde im Jahre 1814, als so viel jüngerer Mann, nicht bedeutender, besonnener, charakterfester und maaßvoller gewesen sein.

Noch härter und unumwundener äußert sich über den Erbprinzen der Holländer Grovestins in einer Anmerkung zu den von ihm herausgegebenen Erinnerungen des Grafen Van der Duyn und des Baron Capellen. „Il n'y avait", sagt er S. 218, „dans cette pauvre tête ni instruction ni idée arrètée sur quoi que ce fût."

Der Prinzessin selbst gab die Ungebundenheit seiner Manieren, ein gewisser Mangel an Tact und feiner Vornehmheit öfters Anstoß. So klagte sie wohl, daß er in nicht sehr fürstlicher Weise bei einem Londoner Schneider zur Miethe wohnte*), daß er in angeheitertem Zustand auf dem Außensitz eines Stagecoach vom Wettrennen nach London zurückfuhr. In späteren Jahren, auf das Vergangene zurückblickend, äußerte sie gegen Stockmar: der Prinz von Oranien möge wohl geeignet gewesen sein, ein Cavallerie-Regiment zu commandiren, nicht aber ihren Gemahl abzugeben; er habe gar nichts von einem Prinzen.

Die Hauptschwierigkeit für die projectirte Verbindung entsprang aber aus der Stellung jedes der beiden Verlobten in seinem Heimathland.

Die Prinzeß war heiress presumtive des englischen Rechts.

*) Lord Grenville schreibt an den Marquis v. Buckingham 9. März 1814: „unser künftiger Schwiegersohn logirt bei seinem Schneider" (Buckingham Mem. of the Regency, II, 75).

Nur einem Sohn, der ihrem Vater hätte geboren werden können, stand sie nach, jedem andern Successionsberechtigten ging sie vor. Die Geburt eines Sohnes lag indeß, bei der zwischen Vater und Mutter bestehenden Feindschaft, außer aller Wahrscheinlichkeit. Der Regent ließ auch damals nicht voraussehen, daß er sich scheiden wolle, um sich wieder zu verheirathen. Nach menschlicher Wahrscheinlichkeit durfte also die Prinzessin sich als die künftige Thronerbin betrachten. In derselben Lage, ja, als ältester Sohn, mit noch größerer Sicherheit, befand sich der Erbprinz in Bezug auf seines Vaters Thron. Wie sollte es nun in Zukunft werden? Sollte der Prinz in England bleiben oder die Prinzessin dem Gemahl nach Holland folgen? Und wie, wenn der Prinz oder die Prinzessin zur Succession, jedes in seinem Heimathland, gelangte? Nach dem vorliegenden Material scheint in den Verhandlungen über den Heirathsvertrag irgend eine bestimmte Stipulation zur Lösung der Schwierigkeit nicht vorgeschlagen worden zu sein. Vielmehr ergeben sich aus demselben mit Bestimmtheit folgende Punkte:

1. Es ist nie davon die Rede, daß der Prinz oder die Prinzeß auf den angestammten Thron verzichten solle.

2. Die Frage des Aufenthalts, beziehendlich des Zusammenlebens der Ehegatten, falls eines von beiden oder beide zur Succession gelangten, blieb offen.

3. Es sollte nur festgesetzt werden, daß die beiden Kronen in der Descendenz nicht zusammenfielen, daß der älteste Sohn in England succedire und vom dritten oder vierten Jahre an dort erzogen werde; der zweite in Holland. Dabei sollte dieser übrigens von der eventuellen Thronfolge in England (also im Fall des kinderlosen Todes des älteren Bruders) nicht ausgeschlossen sein, vielmehr war der Gedanke, daß er dann den niederländischen Thron würde aufgeben müssen.

4. Die englische Succession sollte also unter allen Umständen unverändert bleiben.

(Die Beläge zu dem Gesagten finden sich in Castlereaghs Letters IX, 151, 152, 181. Eldon's Life I, 521. Miss Knight I, 284 und in dem oben erwähnten Manuscript S. 4, 5.)

Unter der Voraussetzung des wirklichen Eintritts der Succession beider Gatten, jedes in seinem Lande, lag mithin in dieser Heirath ein unheilbarer Zwiespalt für die Zukunft vorbereitet. Der holländische Abgesandte, Van der Duyn, meint selbst nach der Hand in seinen Memoiren (S. 85), es wäre vernünftiger gewesen, wenn der Erbprinz zu Gunsten seines Bruders Friedrich auf den niederländischen Thron verzichtet, sich ganz in England angesiedelt und dort hätte naturalisiren lassen.

Daß die bezeichnete Schwierigkeit sich den beiderseitigen Ministern und Unterhändlern gar nicht sollte dargeboten, daß von den Betheiligten Niemand sich gefragt habe, wie sie zu lösen sei, läßt sich nicht annehmen, ohne ihnen einen ungewöhnlichen Grad von Kurzsichtigkeit und Leichtsinn beizumessen. Zu ihrer Ehre muß man vermuthen, daß sie den Fall der Thronbesteigung beider Gatten als einen zwar theoretisch möglichen, aber aus irgend einem Grunde praktisch unwahrscheinlichen oder nicht in Betracht kommenden angesehen. Ueber das Wie und Warum vermögen wir nur Hypothesen aufzustellen. Denkbar ist es z. B., daß man sich sagte, die Prinzeß werde ihrem Gemahl nach Holland folgen und dort heimisch werden und es könnten wohl zwanzig bis dreißig Jahre vergehen, ehe der englische Thron durch den Tod ihres Großvaters und Vaters für sie erledigt würde, wo sie dann inzwischen schon einen großjährigen Sohn haben könne und geneigt sein werde, zu dessen Gunsten zu verzichten.

Wie man sich aber auch die Gestaltung der Verhältnisse im Fall einer Thronbesteigung beider Verlobten gedacht haben mag, immer blieb die nächste Frage, wie es in der Zwischenzeit werden sollte. Ohne Zweifel konnte in dieser das junge Paar seinen Wohnsitz in dem einen oder dem anderen Lande aufschlagen oder zwischen beiden wechseln. Es lag in der Natur der Dinge, daß der Prinz

den Aufenthalt in den Niederlanden wünschen mußte. Zum Unglück entsprach dieses keineswegs der Neigung seiner Braut. Unerfahren wie sie war, klammerte sich ihr Gefühl ängstlich an die Heimath und es wurde ihr schwer den Gedanken zu fassen, daß man auch draußen, in der Fremde leben könne. Diese naive Empfindung brach gleich bei der ersten Erwähnung des Gegenstandes ungestüm heraus. Miß Knight berichtet (I, 269), daß der Prinz seiner Braut in einer der ersten Unterredungen unter vier Augen mittheilte, sie werde jedes Jahr zwei oder drei Monate in Holland zuzubringen haben, der Regent und seine Minister hätten es zwar nicht rathsam gefunden, ihr dies zu sagen, aber er (der Prinz) thue es, weil er wünsche, daß sie beide stets offen und ehrlich gegen einander verführen. Darauf, erzählt Miß Knight, hatte die Prinzeß einen heftigen Anfall von Schluchzen und hysterischem Weinen. Sie hatte keine Ahnung davon gehabt, daß sie England verlassen sollte, hatte aber den Wünschen des Prinzen nachgeben zu wollen versprochen. Damit stimmt, was der Erbprinz in einem Briefe vom 3. Mai 1814 an die Prinzeß (Mspt. S. 44) anführt. „Bei unserm zweiten Gespräch sagte ich Ihnen, ich hoffte Sie würden zu Zeiten Ihren Aufenthalt im Ausland nehmen; ich sah zwar, daß der Gedanke Ihnen unangenehm war, doch Sie gaben mir zu verstehen, Sie würden es doch thun, wenn ich es wünschte.“ Sehr bezeichnend ist aber die Notiz über das Verfahren des Regenten und seiner Minister. Statt die arme Prinzeß in einer für sie so wichtigen Angelegenheit mit Offenheit, Vertrauen und väterlicher Fürsorge zu behandeln, ihr, der Unerfahrenen, die Verhältnisse nach allen Seiten klar zu machen, war dort die Losung, sie im Dunkeln zu erhalten, damit sie, ohne zu wissen was sie that, in der Sache vorwärts ging und sich so den Rückweg immer mehr erschwerte.

Da es ihr an Verstand nicht fehlte, so mußte dies natürlich ihr Mißtrauen erwecken und dadurch wurde sie den Einflüsterungen aller derer um so zugänglicher, die dem Heirathsplan abgeneigt waren.

Zu diesen gehörte zuvörderst die eigene Mutter. Daß jene Verbindung vom Regenten und vom königlichen Hofe begünstigt wurde, war allein schon ein Grund, die Prinzeß von Wales dagegen einzunehmen. Dazu kam, daß diese von niederländischer Seite in beleidigender Weise war vernachlässigt, ja ignorirt worden. Die holländischen Abgesandten hatten auf einen vom Regenten gegebenen Wink keinen der von der Höflichkeit gebotenen Schritte ihr gegenüber gethan, geschweige denn ihre Zustimmung zur Heirath nachgesucht. Der Erbprinz hatte dieselbe Linie eingehalten und überhaupt in jeder Weise für den Regenten gegen dessen Gemahlin Partei genommen. Die Existenz der Tochter in England war an sich selbst eine Verstärkung der Stellung Carolinens. Wie konnte ihr nun eine Vermählung erwünscht sein, die nicht nur die junge Prinzeß aus England zu entfernen, sondern auch unter den Einfluß eines Gemahls zu bringen drohte, der so wenig freundliche Gesinnung gegen die Mutter, so viel Unterwürfigkeit gegen ihren Feind, den Vater, an den Tag gelegt hatte?

Auch die Männer von der parlamentarischen Opposition waren der Heirath abgeneigt. Sie sahen in derselben ein Glied von der Kette torystischer Politik, die, nach ihrer Meinung, England zu eng mit den Tendenzen und Interessen der Continentalmächte verknüpfte. Zwar nicht direct konnten diese Männer, die Lauderdale, Whitbread, Tierney, Brougham auf die Prinzeß Charlotte einwirken, aber indirect, da sie in beständiger Beziehung zu deren Mutter und zu der vertrauten Freundin Charlottens, der gescheuten und betriebsamen Miß Mercer Elphinstone (Tochter des Lord Keith, nachmaligen Madame de Flahault) standen.

So konnte es denn nicht fehlen, daß der jungen Prinzessin alles dem Oranier und der Verbindung mit ihm Ungünstige in reicher Fülle zugetragen wurde.

Ihre Abneigung, England zu verlassen, bot die wirksamste und sicherste Anknüpfung für Insinuationen, welche dem Regenten einen

weit und tief angelegten Plan gegen seine Tochter beimaßen. Man setzte ihr in den Kopf, der Regent wünsche sie vor allen Dingen aus dem Lande zu entfernen, dazu solle die Heirath das Mittel sein, er werde dann, wenn sie erst im Auslande sei, alles thun, um ihre Rückkehr zu verhindern und ihr Successionsrecht zu vereiteln. Die Prinzeß, der ihre Heimath und nicht minder die Aussicht auf den Thron theuer war, schenkte diesen Einflüsterungen Glauben, weil sie sich von ihrem Vater ohne Liebe und Vertrauen behandelt sah und von dessen Charakter die schwärzeste Vorstellung hatte. Daher verfolgte sie nun hartnäckig das Ziel, die Einrückung eines Artikels in den Heirathsvertrag zu erlangen, der ihr dafür Gewähr böte, daß sie nie gezwungen werden könne, wider ihren Willen England zu verlassen oder im Auslande zu bleiben.

Sehen wir heute mit unbefangenem Blick auf die damalige Lage zurück, so werden uns wohl die Befürchtungen der Prinzessin übertrieben und die dem Regenten untergelegten Pläne als eine falsche Eingebung des Mißtrauens erscheinen. Wer die Zustände Englands kennt, muß es für rein unmöglich erkennen, daß es der Regent vermocht hätte, seine Tochter wider ihren Willen von England entfernt zu halten oder ihres Successionsrechtes zu berauben. Ein anderes ist es freilich, ob nicht die Rechnung des Prinzen dahin gegangen, Prinzeß Charlotte, wenn nur erst in Holland angesiedelt, werde allmählig durch so starke Bande dort festgehalten sein, daß ihr die Rückkehr nach England unter allen Umständen mindestens sehr erschwert, wenn nicht moralisch unmöglich gemacht würde. Zugleich muß anerkannt werden, daß der Mangel an Offenheit, mit dem man die Prinzeß in dieser Heirathsangelegenheit behandelt hatte, ihr zu großem Mißtrauen genügenden Grund bot.

Wir beabsichtigen nun, nach Anleitung des mehr erwähnten Manuscripts, die Verhandlungen in der Kürze darzustellen, welche sich über den von der Prinzeß zu ihrer Sicherung geforderten Artikel des Heirathsvertrages entspannen.

Wie wir sahen, lag der Prinzessin die Sicherung ihres dauernden Aufenthalts in England aus verschiedenen Gründen am Herzen. Während der Monate Februar und März verhandelte sie nur mit ihrem Bräutigam darüber. Dieser scheint, sei es um sie zu begütigen, sei es in aufrichtiger Meinung, ihr Hoffnung gemacht zu haben, daß sie einen beträchtlichen Theil des Jahres in England residiren würden.

So erwähnt die Prinzeß in einem Briefe vom 29. April an den Herzog von York, ihren Onkel, der Erbprinz habe ihr am 9. Februar schriftlich den Wunsch ausgedrückt, daß das Parlament auf der Festsetzung eines jährlich wenigstens sechs Monate dauernden Aufenthalts in England bestehen möge. Aber thatsächlich geschah nichts zur Verwirklichung der Wünsche der Prinzessin. Es wurden Anstalten für die häusliche Niederlassung in Holland, aber keine für eine Einrichtung in England getroffen. Unter diesen Umständen faßte sich die Prinzeß endlich ein Herz und schrieb an ihren Vater*).

Sie verlange, sagte sie, eine Erklärung über die Frage des zukünftigen Aufenthalts. Als ihr der Heirathsvorschlag zuerst gemacht worden, habe sie keine Ahnung gehabt, daß ihr Wohnsitz nicht in England sein solle. Sie hoffe eine ausdrückliche Bestimmung in den Heirathsvertrag aufgenommen zu sehen, wonach sie nicht genöthigt werden könne, England jemals gegen ihren Wunsch und überhaupt eher zu verlassen, als bis daselbst für sie ein dauernder Wohnsitz begründet sei. Es müsse ihre Besorgniß erregen, daß man noch für kein Haus in England oder Einrichtung eines englischen Hofhalts Anstalt getroffen.

Der Regent antwortete nicht darauf, sondern ließ am 18. Miß Knight zu sich kommen. Er äußerte sich sehr erzürnt über den Brief. Die von der Prinzessin verlangte Bedingung sei unmöglich, sie widerstreite der Pflicht einer Frau. Wenn sie darauf beharre, müsse das Verlöbniß abgebrochen werden und er werde dann nie einer anderen

*) Die Prinzeß an den Regenten, 15. April 1814 (der Brief war nicht vom 16., wie Miß Knight angiebt).

Heirath zustimmen. Charlotte habe schon zu viel Freiheit, erfolge der Bruch, so werde er sich in der Nothwendigkeit sehen, ihr größere Beschränkungen aufzuerlegen. Er habe ihr gleich von Anfang an gesagt, es sei nur billig, daß sie mehr als die Hälfte des Jahres in Holland zubringe. Dies alles solle Miß Knight der Prinzessin wiederholen und am folgenden Tage mit deren Antwort wiederkommen.

Diese Antwort *) lautete ziemlich kurz schriftlich dahin, sie könne nicht ein Wort von dem Gesagten zurücknehmen.

Als Miß Knight die Antwort dem Regenten überbrachte, fand sie ihn milder gestimmt und das Gespräch endete mit der Verabredung, daß der Herzog von York, der Lieblingsonkel der Prinzessin, zu ihr kommen solle, um mit ihr über die Sache zu sprechen.

Der Herzog kam mit Mr. Adam, dem Kanzler von Cornwall, Onkel der Miß Mercer-Elphinstone, welcher früher die Prinzeß im englischen Recht unterrichtet hatte. Die beiden Herren wiederholten dieser die vom Regenten gebrauchten Argumente, fügten aber eines hinzu, wodurch das vom Regenten Gesagte zum Theil umgestoßen wurde. Sie sagten nämlich, die Größe des Jahrgeldes, welches vom Parlament für den Fall ihrer Vermählung verlangt werden solle, sei der beste Beweis für die Absicht, sie hauptsächlich in England residiren zu lassen.

Nach der Unterredung schrieb die Prinzeß an den Herzog von York 18. April 1814, sie müsse auf ihren dem Regenten gegebenen Erklärungen beharren.

Vergeblich begehrte der Onkel York eine neue Unterredung, indem er auf üble Berather aus den Reihen der Opposition anspielte. Sie ward abgelehnt.

Darauf schrieb am 22. April die Prinzeß an den Herzog von York, ihr einziges Motiv, die fragliche Klausel in dem Heiraths-

*) Die Prinzessin an den Regenten 18. April 1814.

vertrag zu verlangen, sei, daß sie nie darin willigen könne England zu verlassen. Ihre Anhänglichkeit an ihr Vaterland habe um so mehr Berechtigung, als sie doch der Succession nahe stehe. Factiöse Verbindungen müsse sie feierlich in Abrede stellen.

Die Antwort des Herzogs von York an die Prinzessin vom 24. April führt ihr zu Gemüthe, wenn ihr Entschluß feststehe England nicht zu verlassen, so hätte sie sich von vornherein sagen müssen, daß die Heirath unmöglich, hätte also die Dinge nicht so weit kommen lassen dürfen. Jener Entschluß würde auch jeder Heirath mit einem anderen Prinzen von genügendem Rang entgegenstehen. Er setzt ihr sodann den Unterschied zwischen dem heir presumptive und dem heir apparent auseinander. Ihre Succession sei nicht unbedingt sicher, da sie immer noch von der Voraussetzung abhänge, daß dem Vater kein Sohn geboren würde. Er wiederholt, daß keine Absicht bestehe, sie für längere Zeit von England entfernt zu halten, sonst würde man nicht auf den Gedanken gekommen sein, ein so hohes Jahrgeld für sie zu beantragen.

Die Prinzeß erwidert am 25. April, Herz und Pflichtgefühl geböten ihr, die ersten Verbindungen und Lebensgewohnheiten in dem Lande zu bilden, an dessen Spitze sie einst berufen werden könne, und hier die erforderliche Kenntniß von Menschen und Dingen zu erwerben, von welcher sie bei ihrer bisherigen Zurückgezogenheit ausgeschlossen gewesen sei. Daß die von ihr gestellte Bedingung zum Bruch führen würde, habe sie nicht vorher gesehen, müsse es aber darauf ankommen lassen, selbst wenn keine andere Heirath für sie möglich sein sollte. Dem Recht nach sei sie allerdings nur heiress presumptive, den thatsächlichen Umständen nach erscheine aber der Unterschied gegen eine heiress apparent in diesem Falle nur nominell.

Der Herzog von York in seiner Antwort vom 26. April hebt hervor, wie sehr die Prinzeß sich schon gebunden habe. Die holländischen Abgesandten hätten bereits einen förmlichen Antrag gestellt, sie in feierlicher Audienz ihr Jawort gegeben. Der Prinz

von Oranien habe Geld zu Juwelen geschickt, deren Ankauf ihr überlassen worden und sie habe bereits Bestellungen gemacht. Sie möge bedenken, welches Licht dies alles auf sie werfen würde.

Prinzeß Charlotte antwortet am 29. April, sie habe sich einige Zeit zur Erwiderung gelassen, sie finde sich durch das Vorangegangene keineswegs gebunden. Die Audienz der Gesandten und der Ankauf von Juwelen seien nur vorbereitende Schritte von untergeordneter Bedeutung.

Am 30. April Morgens ziemlich früh läßt sich der Erbprinz bei der Prinzeß melden, die (sie war etwas unwohl) noch zu Bette liegt. Sie verweist ihn auf eine spätere Stunde. Er beharrt, er werde warten bis sie aufgestanden. Sie steht etwas unwillig auf, empfängt ihn jedoch ziemlich freundlich und die Verlobten tauschen die Versicherung unveränderter Gesinnung aus. Der Prinz, dessen Absicht gewesen zu sein scheint, auf das Gefühl seiner Braut zu wirken, geht von da sogleich zum Regenten und bringt bald von diesem die Nachricht zurück, er wolle beide Verlobte sehen, es walte ein Mißverständniß ob, ihm, dem Regenten, sei es nie in den Sinn gekommen, daß die Prinzessin vorzugsweise im Auslande wohnen solle. Die Prinzeß entschuldigte sich wegen ihrer Nerven, in Wahrheit wohl, weil sie ihrer eigenen Festigkeit, wenn sie dem Vater persönlich gegenüberstände, nicht traute.

Sie schreibt aber darauf an den Erbprinzen den 30. April, ihre Ansichten und Gefühle seien unveränderlich; je weniger sie Beide über die Streitfragen discutirten, desto besser sei es; sie wünsche ihn nicht wiederzusehen bis ihre Bedingungen zugestanden seien.

Hierauf folgt ein Brief des Erbprinzen an die Prinzessin vom 3. Mai, worin er sie daran erinnert, daß er bei ihrer zweiten Unterredung ihr die Hoffnung ausgedrückt habe, sie werde zu Zeiten im Auslande wohnen, er habe zwar gleich gesehen, daß dieser Gedanke ihr unangenehm war, aber sie habe ihm doch zu verstehen gegeben, sie werde es thun, wenn er es wünsche.

Die Antwort der Prinzeß vom 3. Mai lautet, sie verlange eine im Heirathsvertrag festzustellende und vom Parlament zu sanctionirende Sicherung, daß sie nicht von England entfernt oder entfernt gehalten werde.

Der Erbprinz erwidert am 3. Mai in schlechtem Englisch, indem er übrigens sehr gelinde Saiten aufzieht, er könne gegen das Verlangen der Prinzessin, sowie sie es formulirt habe, unmöglich eine Einwendung haben („at which, in the manner you have stated it, I can impossibly have any objection"). Er frage sie nur, ob sie auch nach Erlangung der von ihr geforderten Sicherung, England nie zu verlassen und auch nicht gelegentlich Holland zu besuchen entschlossen sei.

Die Prinzeß antwortet am 4. Mai, sie könne nur ihre Geneigtheit ausdrücken, so weit es ihr möglich, die Wünsche des Prinzen zu erfüllen. Das Pflichtgefühl, welches sie an England knüpfe, mache für sie selbst kurze Abwesenheiten unzuträglich und schmerzlich. Sie wolle zwar nicht gesagt haben, daß sie England unter keinen Umständen verlassen würde, aber für jetzt und für einige Zeit nach der Heirath sprächen starke Gründe dagegen. Vor Allem der Umstand, daß ihr bis jetzt die Gelegenheit gänzlich gemangelt habe, sich mit der englischen Gesellschaft bekannt zu machen.

Die Beharrlichkeit der Prinzessin blieb nicht ohne Erfolg. Am 8. Mai empfing sie den Besuch des Premier-Ministers Lord Liverpool. Er erklärte ihr, es liege nicht in der Absicht, daß sie ihren dauernden Wohnsitz außer England nehmen solle und machte ihr zwei Vorschläge in Betreff des in den Heirathsvertrag einzurückenden Artikels, zwischen denen sie die Wahl haben sollte. — Es könne entweder bestimmt werden,

1. daß ihr nicht gestattet sein solle England ohne Genehmigung des Königs zu verlassen, welcher auch ihre Rückkehr nach England anordnen könne und daß sie, nachdem sie Königin

geworden, das Land nicht ohne Genehmigung des Parlaments verlassen dürfe, oder

2. daß sie England nicht ohne Erlaubniß des Regenten verlassen und in keinem Fall mehr als eine bestimmte Anzahl Monate in einem Jahre abwesend sein dürfe.

Hierauf antwortet die Prinzeß an Lord Liverpool 9. Mai mit Recht, die beiden Vorschläge gewährten ihr keine Sicherheit der vollkommenen Freiheit in der Wahl ihres Aufenthalts, und auf dieser müsse sie bestehen.

Lord Liverpool erwidert der Prinzeß 9. Mai, das Ministerium habe dem Regenten erklärt, es sei unmöglich auf die Forderung der Prinzeß einzugehen.

In Folge davon macht diese eine scheinbare Concession, wodurch der Form nach sie vor der Autorität des Vaters sich beugt, der Sache nach ihrem Willen alles überlassen bleibt.

Sie giebt nämlich in einem Brief an Lord Liverpool vom 11. Mai zu verstehen, wenn man ihr die verlangte Sicherung im Heirathsvertrag gewähre, daß sie nicht ohne ihren Willen aus England entfernt oder von England entfernt gehalten werden dürfe, so wolle sie sich der weiteren Bedingung unterwerfen, daß beides nicht ohne die hinzutretende Zustimmung des Regenten geschehen dürfe.

Vergeblich wiederholt Lord Liverpool in einem Besuch vom 12. Mai die alten Argumente gegen das Verlangen der Prinzessin. Sie beharrt, und erfährt schon am 13. Mai, daß der Regent der von ihr vorgeschlagenen Modalität nicht unbedingt abgeneigt sei. In der That schreibt derselbe am 15. Mai an den Prinzen von Oranien Vater, theilt ihm die Wünsche der Prinzessin mit und erklärt, seine Zustimmung zu deren Bedingungen geben zu wollen, wenn die Oranier, Vater und Sohn, darauf beständen. Nachdem hierauf der souveräne Fürst der Niederlande in einem Briefe an seinen Sohn vom 28. Mai seine Einwilligung in das Verlangen der

Prinzessin ausgesprochen, erscheint am 6. Juni der Regent in Person bei seiner Tochter und thut ihr kund, er werde, obschon ungern, eventuell seine Zustimmung zu dem von ihr geforderten Artikel geben, ihr jedoch zunächst noch Bedenkzeit lassen. — Sie aber erklärt schon am folgenden Tage, 7. Juni, dem Regenten schriftlich, daß sie auf ihrer Meinung bestehe.

Der somit von allen Seiten angenommene Artikel des Heiraths-vertrags, wodurch die Wünsche der Prinzeß gesichert waren, lautete folgendermaaßen:

„Es besteht Einverständniß und Uebereinkommen dahin, daß Ihre Königl. Hoheit Prinzeß Charlotte zu keiner Zeit das Vereinigte Königreich ohne schriftliche Erlaubniß Seitens Sr. Majestät oder des Prinzen Regenten, im Namen und an der Stelle Sr. Majestät, und ohne Ihrer Königl. Hoheit eigene Einwilligung verlassen soll. Und im Fall, daß Ihre Königl. Hoheit zufolge der Erlaubniß Sr. Majestät oder des Prinzen Regenten und ihrer eigenen Einwilligung aus dem Lande abwesend sein sollte, so soll dieser Aufenthalt im Auslande, in keinem Fall über den Zeitpunkt hinaus verlängert werden, den Sr. Majestät oder der Prinz Regent genehmigt und in den Ihre Königl. Hoheit eingewilligt haben wird. Und es soll Ihrer Königl. Hoheit zustehen, vor dem Ablauf dieses Termins in das Land zurückzukehren, sei es zufolge von schriftlichen Anweisungen zu diesem Behuf, Seitens Sr. Majestät oder des Prinzen Regenten, sei es nach ihrem eigenen Wunsche.“

Am 10. Juni hatte die Prinzeß diesen von den englischen und holländischen Bevollmächtigten formulirten Artikel anzunehmen schriftlich erklärt, alle Schwierigkeiten schienen also gehoben. Wenn gleichwohl der Abbruch des Verlöbnisses am 16. erfolgte, so liegt die Erklärung in Folgendem.

Am 7. Juni waren die verbündeten Souveräne mit ihren siegreichen Heerführern zum Besuch in London angelangt. Dieser Besuch brachte eine neue Krisis in dem Zwiste des Regenten mit

seiner Gemahlin hervor, indem dieser nicht gestattet wurde, bei den Hoffesten zu erscheinen, von denen dann auch Prinzeß Charlotte ausgeschlossen wurde. Beleidigt in ihrer Mutter und um ihrer Mutter willen, nahm die Prinzeß um so entschiedener deren Partei. Zugleich lernte sie den im Gefolge des Kaisers von Rußland befindlichen Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg kennen, der ihr Wohlgefallen erregte. Alles dies zusammengenommen führte zum Bruch mit dem Prinzen von Oranien. Er hatte immer gegen die Prinzeß von Wales Partei genommen, er war bei den Hoffesten erschienen, von denen seine Braut verbannt war, und hatte sie dadurch tief verletzt. Sie erklärte ihm nun in einer persönlichen Unterredung vom 16. Juni, es werde ihr unmöglich sein England in der nächsten Zeit nach der Heirath zu verlassen (was der Prinz doch natürlich gewünscht und gehofft, die Prinzeß auch neuerdings in Aussicht gestellt hatte), sie schulde es ihrer Mutter, deren einziger Schutz sie sei, jetzt im Lande zu bleiben. Zugleich müsse sie verlangen, daß nach der Vermählung ihr gemeinsames Haus stets der Prinzeß von Wales offen stehe. Da der Erbprinz dies nicht bewilligen wollte, so erklärte sie ihm sofort, die Heirath werde unmöglich sein, und wiederholte ihm dies schriftlich in einem Briefe von demselben Tage, worin sie ihm überließ, dem Regenten die nöthigen Aufklärungen zu geben. Da der Prinz natürlich sich dessen weigerte*), so war sie genöthigt am 18. Juni selbst an ihren Vater

*) Der Brief des Prinzen lautete:

Uebersetzung. 8 Clifford Str. 18. Juni 1814.

Liebe Charlotte!

Ich fand Ihren Brief vorgestern Abend und habe nicht gesäumt meine Familie von dessen Inhalt zu benachrichtigen, aber ich kann Ihren Wunsch, daß ich dasselbe in Bezug auf den Regenten thun solle, nicht erfüllen, da ich es viel natürlicher finde, daß Sie dies selbst thun; es ist überdies für mich eine zu delicate Sache mit ihm davon zu sprechen. In der Hoffnung, daß Sie niemals Ursache haben mögen den Schritt, den Sie gethan, zu bereuen, verbleibe ich

aufrichtig der Ihrige
Wilhelm.

zu schreiben, wobei sie die Schuld des Vorgegangenen auf den Erbprinzen zu schieben suchte. Der Regent antwortete am 19. Juni in einem kurzen Briefe, seine „tiefe Betrübniß“ über das Geschehene ausdrückend. Es folgte dann ein Zeitraum von einigen Wochen, während dessen man sich noch einiger Hoffnung hingab, die Prinzeß werde sich eines anderen besinnen. Da sie aber dazu keine Aussicht eröffnete, so vollführte am 12. Juli der Regent einen großen Staatsstreich und feierlichen Strafact. Er erschien plötzlich bei der Prinzeß in Warwick House, entließ die sämmtlichen Umgebungen seiner Tochter als voraussichtlich an deren Unbotmäßigkeit mitbetheiligt und kündigte ihr eine Art von Verbannung nach Cranbourne Lodge bei Windsor an. Die Prinzessin bittet um Erlaubniß sich einen Augenblick zurückzuziehen, um sich von ihrer Gemüthsbewegung zu erholen, wirft sich in einen Miethswagen und entflieht zu ihrer Mutter nach Connaught Place, von wo sie erst in der Nacht durch ihren Onkel den Herzog von York zurückgeholt wird. Sie bleibt einige Tage in dem Palast des Vaters, Carlton House, und wird dann nach Cranbourne Lodge gebracht, wo sie unter der Fürsorge neuer Umgebungen längere Zeit lebt. Von der Oranischen Heirath war aber nicht mehr die Rede.

Wir könnten diesen Abschnitt hiermit schließen, wenn es nicht erforderlich wäre, auf ein Moment Bezug zu nehmen, das, nach der Ansicht verschiedener Memoirenschreiber, z. B. des Herzogs von Buckingham in seinen Memoirs of the Court of the Regency und des Grafen Van der Duyn in seinen Aufzeichnungen, von entscheidendem Gewicht für den Abbruch des Verlöbnisses mit dem Oranier gewesen ist, das wir aber im Vorhergehenden, um den Zusammenhang nicht zu unterbrechen, mit Stillschweigen übergangen haben. Zu Ende März nämlich langte die Großfürstin Catharina von Rußland, verwittwete Großherzogin von Oldenburg, in England an, eine kluge und, wie man sagt, intrigante Dame, die rasch mit der Prinzessin Charlotte in einen vertrauteren Verkehr trat. Man

spricht nun von einer fein angelegten russischen Intrigue, welche dahin gegangen sei, den Prinzen von Oranien von seiner Braut zu lösen, um ihn für eine russische Großfürstin zu gewinnen; und in der That vermählte er sich zwei Jahre nach dem im Jahre 1814 erfolgten Bruch des Verlöbnisses mit der Schwester der Großfürstin Catharina, Anna Paulowna. Die Annahme einer solchen russischen Intrigue scheint uns indessen ein Product der Sucht, an welcher die Menschen überhaupt und die Diplomaten insbesondere kranken, Ereignisse durch absichtliche Veranstaltungen und künstliche Machinationen zu erklären, die auf viel einfacherem, natürlichem Wege entstanden sind. Das Wahre scheint uns dieses. Wie Miß Knight berichtet, machten sich die beiden hohen Damen, Großfürstin Catharina und Prinzessin Charlotte, schon früh vertraute Mittheilungen über ihre beiderseitigen Herzensangelegenheiten, und es liegt nahe zu vermuthen, daß die englische Prinzeß bei dieser Gelegenheit mehr oder weniger bestimmt werde angedeutet haben, der Bräutigam behage ihr nicht besonders. Nicht minder wahrscheinlich ist es, daß die Großfürstin auf solches Bekenntniß hin ihr werde den Rath gegeben haben, ihrer Neigung keinen Zwang anzuthun. — So wird sich denn die russische Einwirkung darauf reduciren, daß die Großfürstin der Prinzessin Braut noch mehr Muth machte, ihrem eignen Kopf in den Verhandlungen über eine Verbindung zu folgen, bei der ihr Herz unbetheiligt war, die an sich erhebliche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten darbot und gegen die sie, wie wir sahen, von anderen Seiten energisch und beharrlich bearbeitet wurde. Die russische Einwirkung mag also ein Gewicht mehr gegen das Gelingen des Heirathsplans in die Wagschale geworfen haben. Dies ist aber doch etwas anderes als ein vorbedachtes, von der russischen Fürstin eingeleitetes und gewonnenes Spiel, um der englischen den Erbprinzen für sich oder für ihre Schwester wegzuschnappen.

## Anhang zum ersten Capitel.

### Der Bericht des Grafen Van der Duyn über den Abbruch des Verlöbnisses.

---

Der Graf Van der Duyn war, wie wir oben sahen, einer der holländischen Abgesandten, die über die Oranische Heirath zu unterhandeln hatten. Ein besonderer Abschnitt seiner Erinnerungen (Fragment Nr. 4) betrifft diese Angelegenheit. Er sagt darin, über die Schlußscenen des ganzen Dramas folgendes:

„Ce fut à l'occasion de la rédaction des Articles, et lorsqu'on était tombé d'accord sur un séjour des futurs époux mi partie en Angleterre et en Hollande, que la Princesse Charlotte s'échappa furtivement du palais de son père, et qu'elle alla se réfugier chez sa mère, sur quoi elle déclara elle-même au prince d'Orange qu'il ne fallait pas songer à cette union."

In diesem ganzen Bericht ist fast kein einziges wahres Wort. Ein bemerkenswerthes Beispiel, wie ein verständiger Mann, der nach seiner ganzen Stellung wohl unterrichtet sein mußte, das, was fast unter seinen Augen vorging und was er selbst mit verhandelt, im Lauf der Jahre gänzlich vergessen kann.

Es genügt, an die Reihenfolge der Ereignisse zu erinnern, wie wir sie oben erzählt haben.

1. Ueber die Redaction der Artikel war die Einigung schon am 10. Juni erreicht.
2. In diesen stand nichts von einem Aufenthalt halb in England, halb in Holland, sie sicherten vielmehr die Prinzeß gegen jede Nöthigung in Holland zu residiren.

3. Der Bruch zwischen den beiden Verlobten war bereits am 16. Juni erfolgt und erklärt.

4. Die Flucht der Prinzessin zu ihrer Mutter begab sich erst lange nachher, am 12. Juli

und 5. Die Prinzessin floh nicht aus dem Palast ihres Vaters, Carlton House, sondern aus Warwick House, das sie selbst bewohnte.

Wie schwer ist die Aufgabe des Geschichtsschreibers! Er kann sich nicht einmal auf das Zeugniß derer verlassen, die nach Stellung und Charakter besonders glaubwürdig erscheinen!

## Zweites Capitel.

## Am Hofe Leopold's von Coburg 1816 bis 1817.

In der biographischen Skizze ist erzählt, wie Stockmar dem Prinzen Leopold von Coburg bekannt geworden, wie er von diesem, nach seiner Verlobung mit derselben Prinzeß Charlotte, von deren früherem Leben unser erstes Capitel handelte, zum Leibarzt gewonnen wurde.

Am 29. März 1816 traf er, um seinen Posten anzutreten, in England ein. Prinz Leopold war zu Brighton und Stockmar bekam die Aufforderung, sobald als möglich dorthin zu reisen, der Herr sei ungeduldig ihn zu sehen. Dieser empfing den neuen Leibarzt freundlich genug, indeß konnte bei der Kürze und Oberflächlichkeit der bisherigen Bekanntschaft Stockmar ihm natürlich nur allmählig näher rücken. Während des dreiwöchentlichen Aufenthalts in Brighton hatte er jedoch mit dem Prinzen außer dem ärztlichen Verkehr bereits einige längere Gespräche, worin Leopold sich über seine Privatangelegenheiten, sowie über politische Dinge mit vieler Offenheit ausließ. Auch wurde Stockmar schon zur deutschen Correspondenz und sonstigen schriftlichen Arbeiten benutzt.

Am 2. Mai fand die Vermählung des Prinzen mit Prinzeß Charlotte statt. Die Herrschaften brachten dann etwas über acht Tage

in Oatlands beim Herzog von York zu, worauf sie ihren Aufenthalt während der „Saison“ bis zum August in London, Camelford House nahmen. Von da an wohnten sie auf ihrem schönen Landsitz, Claremont bei Esher, sechszehn englische Meilen von London.

Es ist nun an der Zeit, den Kreis, dem Stockmar jetzt angehörte, etwas näher zu betrachten.

Prinz Leopold, geb. 16. December 1790, war der jüngste Sohn des Herzogs Franz von Coburg und seiner Gemahlin der Herzogin Auguste, geb. Prinzessin von Reuß-Ebersdorf, einer weltklugen, heiteren und geistreichen Dame, von der launige Briefe in der von Königin Victoria veranstalteten Biographie ihres Gemahls zu lesen sind.

Der Sohn selbst in seinen ebenda mitgetheilten Erinnerungen sagt von ihr: „meine geliebte Mutter war in jeder Beziehung ausgezeichnet, von warmem Herzen, von starkem Verstand“. Der Prinz hatte viel von ihr geerbt. Er war einer der schönsten Männer seiner Zeit, von der größten Anmuth des Benehmens, die doch nie den Fürsten vergessen ließ. Seine ausgezeichneten Regenteneigenschaften bezeugt seine bereits der Geschichte angehörende spätere Laufbahn. Der Näherstehende war von dem Zauber der durchaus originellen Persönlichkeit gefesselt.

Der Verein von großem Weltverstand, Sicherheit und feinstem Tact in der Handhabung von Menschen und Dingen, Geist, Kenntniß, Phantasie, Wohlwollen, Humor und caressanter Ironie, dazu die Grazie und Urbanität der Form machte den Prinzen unendlich anziehend. Seine Erscheinung berührte den Anderen von so vielen Seiten angenehm. Von seiner unnachahmlichen Rede- und Schreibweise im vertrauteren Verkehr vermögen die schon erwähnten Erinnerungen im Anhang zur Biographie des Prinzen Albert, sowie die im Anhang zu Juste's Leopold I. abgedruckten Briefe einigen Begriff zu geben. Wie er seinen nächsten Umgebungen damals erschien, davon mag eine kurze Stelle aus einem Briefe seines Adjutanten und Cavaliers, des holländischen Baron Hardenbroek

(23. März 1816), Zeugniß geben, die wir in ihrem mangelhaften Deutsch lassen. „Je mehr man ihm kennt, je mehr muß man ihm schätzen, er beträgt sich ausnehmend. Immer ruhig, immer besonnen, wird er im Glück nimmer übermüthig und im Unglück niemals muthlos sein. Er betrachtet alle Sachen in ihren wahren Lichte. Dieses schützt ihm für Fehlgriffe und Kränkung. In ein Wort er ist vernünftig, gescheut und durchaus gut."

Nicht minder bewundernd sprechen sich Stockmar's Briefe über den Prinzen aus, den er seinen „herrlichen Herrn, einen menschlichen Fürsten und fürstlichen Menschen" nennt (Brief vom 17. Oct. 1816).

Am Geburtstag des Prinzen, 16. December 1816, schreibt er an dessen früheren Erzieher, Geheimen Conferenzrath Hohnbaum in Coburg: „Es drängt mich Ihnen die Dankbarkeit auszudrücken, von der ich heute gegen Sie durchdrungen bin. Denn daß alle gute Menschen, die den Prinzen näher kennen, ihn auch lieben und verehren, das verdanken sie ihm selbst, daß sie ihn aber mit der Ueberzeugung lieben können, welche das Gefühl zur Pflicht und die Pflicht zum freudigsten und schönsten Beruf erhebt, dies, dünkt mich, verdanken sie Ihnen. Und so bitte ich denn den Himmel, daß er Ihnen zu Ihrem beneidenswerthen Bewußtsein noch einen Theil des allgemeinen Segens legen möge, den Sie durch die Erziehung eines so edlen Fürsten für die Menschen errungen haben." Weiter heißt es in demselben Briefe: „Des Prinzen Ruhe, Consequenz und rechtlicher Sinn setzt selbst die Engländer, die in Anerkennung und Bewunderung des Ausländers sonst eben nicht vorschnell sind, in Erstaunen, und die Ausrufungen „he is the most amiable man I ever saw! What a complete english gentleman! He will be our hope in these dangerous times!" sind bei jeder geeigneten Veranlassung zu hören."

Der Prinz hatte für sein Alter schon viel gesehen und erlebt. Die Heirath seiner Schwester Julie mit dem Großfürsten Constantin von Rußland bildete für ihn die Brücke auf die große Weltbühne.

Obwohl nun diese Heirath unglücklich ausfiel und die Großfürstin sich schon 1802 von ihrem Gemahl trennte, so blieb doch Leopold in gutem Verhältniß zum russischen Hof, ja zu Constantin selbst — ein Beweis seines geschickten Benehmens. Kurz vor Austerlitz, erst funfzehnjährig, trat er in die russische Armee. Nach der damaligen Wendung der Dinge hatte er dann 1807 Napoleon in Paris einen Besuch abgestattet und 1808 dem Erfurter Congreß beigewohnt. Im Jahre 1813 war er wieder der erste deutsche Prinz, der sich dem russischen Heere — er war dem Stabe Constantin's beigegeben — zur Befreiung Deutschlands anschloß. Er nahm den rühmlichsten Antheil an der Schlacht von Culm und unterhandelte auf dem Wiener Congreß sowie 1815 in Paris mit Glück, um für seinen Bruder, den regierenden Herzog von Coburg, einigen Territorialzuwachs zu erlangen. Wir sahen bereits, wie er Juni 1814, im Gefolge Alexander's von Rußland, nach London kam und Prinzeß Charlotte kennen lernte. Die sonst so zuverlässige Miß Knight giebt (I. 300) an, Leopold habe verschiedentlich versucht, die Aufmerksamkeit der Prinzeß zu erregen, ohne aber anfangs bei dieser einen günstigen Eindruck zu machen. Sie muß hierin irren. Besaß doch auch, wie sie einräumt (I. 226) nicht sie, sondern Miß Mercer das innerste Vertrauen ihrer Herrin. Vielmehr hat diese selbst Stockmar erzählt, daß sie nach ihrem ersten Begegnen mit Leopold gewünscht, ihn näher kennen zu lernen, und dies gegen ihre Tante York (die preußische Prinzessin, Tochter Friedrich Wilhelm's II.) mit dem Bedauern geäußert, wie schwierig dies wegen ihrer Ausschließung von den Hoffesten sei. Die Tante habe darauf versprochen, ihr einen Ball zu geben, auf dem sie den Prinzen finden werde. Sie scheint sich mit diesem ziemlich rasch verständigt zu haben. Leopold hatte kein leichtes Spiel zu spielen. Der Regent war natürlich, so bald nach dem Abbruch des oranischen Verlöbnisses, anfänglich seinen Bewerbungen nicht geneigt und der Prinz noch dazu bei ihm verläumdet worden, als habe er sich unpassender Mittel und Wege

bedient. Es gelang ihm indeß, sich nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch die besonders gute Meinung des Vaters zu erwerben. Die Minister, ja selbst mehrere Mitglieder der königlichen Familie, besonders die Herzöge von York und Kent, waren ihm günstig und nach Leopold's Abreise, Ende Juli 1814, machte Kent es ihm möglich, ab und zu eine Mittheilung an die Prinzeß zu bringen, die ihn ihrerseits wissen ließ, daß ihre Gesinnung unverändert sei. Sie und ihre politischen Freunde wünschten im folgenden Jahre, daß der Prinz wieder nach England komme, um seine Bewerbung zu fördern. Er aber erkannte wohl die Gefahr, daß er dadurch den Regenten vor den Kopf stoßen und die Schwierigkeiten der Sache nur vermehren würde und hielt sich zurück. Die Prinzeß in ihrer ungestümen Art sah darin ein Uebermaaß von Discretion, das sie ungeduldig machte, wie sie sich denn überhaupt von ihren politischen Freunden die Besorgniß hatte einreden lassen, der Prinz möge zu unterwürfig gegen ihren Vater sein. Aber seine Rechnung, den Regenten nicht zu brüskiren, abzuwarten, daß die Zeit ihn gegen die Tochter besänftige, erwies sich richtig. Schon im Januar 1816 empfing er eine Einladung nach England zu kommen und nach mancherlei Schwierigkeiten wegen der Details kam die Vermählung zu Stande.

Prinzeß Charlotte haben wir schon im vorigen Abschnitt einigermaßen kennen gelernt. Sie war von Natur gescheut, lebhaft, heiter, im Grunde gutherzig aber etwas launisch, moquant und schadenfroh, endlich was der Engländer impulsive nennt, d. h. geneigt dem Gefühlsimpuls ungestüm, ohne Zurückhaltung zu folgen. Ihr fehlte die Erziehung, die ein natürliches Familienleben giebt, die Selbstbeherrschung, zu der Fürsten zwar besonders aufgefordert sind, zu der sie aber in vieler Beziehung weniger als andere Menschen durch den Druck der Verhältnisse geschult werden *). An Kenntnissen

*) Man vergleiche mit dem Gesagten eine Stelle in Bollmann's Briefen bei Varnhagen, Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 124:

mangelte es ihr nicht; sie war namentlich in der englischen Geschichte wohl unterrichtet. Im Uebrigen mögen einige Auszüge aus Stockmar's Tagebuch und aus seinen Briefen sie uns beschreiben.

Wir lesen im Tagebuch unter dem 5. Mai 1816: „In Oatlands sah ich die Sonne zum erstenmal. Baron Hardenbroek (Cavalier des Prinzen) ging nach dem Frühstückszimmer, ich hinterdrein, als er mir auf einmal mit der Hand winkte, daß ich zurückbleiben sollte; allein sie hatte mich gesehen und ich sie. „„Aha, docteur, entrez."" Ich fand sie schöner als ich erwartet hatte; sonderbare Manieren *), die Hände beständig auf dem Rücken, Brust und Leib immer herausgedreht, nie ruhig auf den Beinen, von Zeit zu Zeit einmal gestampft, viel gelacht und noch mehr geschwatzt. Ich wurde vom Kopf bis zum Fuß gemessen, ohne jedoch dadurch decontenancirt zu werden. Mein erster Eindruck war nicht sehr vortheilhaft. Des Abends gefiel sie mir besser. Die Kleidung einfach, aber geschmackvoll."

Bei näherer Bekanntschaft zeigte sich indeß die Prinzeß gegen Stockmar recht liebenswürdig. Sie unterhielt sich gern mit ihm, bewies ihm durch manche Aufmerksamkeit ihre Gnade, zog ihn in der Gesellschaft gegenüber vornehmen Gästen hervor; und unter dem 6. September heißt es: „Die Prinzeß in guter Laune, und dann gefällt sie auch leicht. Ihre Kleidung fiel mir als sehr schön auf: dunkelrothe Rosen im Haar, hellblaues kurzes Kleid ohne Aermel, mit einem kurzen runden Kragen, weiß vorgestoßen, russische

„Die unglückliche Lage, worin die Prinzessin aufgewachsen ist, hat sie glücklich erzogen — das heißt, hat die höfische Abnutzung und Verärmlichung verhindert, die im Hofleben so gemein ist. Sie fühlt stark und will stark. Im Trauerspiel weint sie Güsse, lacht im Lustspiel, daß der Busen schüttert. Sie nickt auch im Schauspiel ohne Umstände denen zu, welchen sie wohl will — eine sonderbare Prinzessin, aber ein interessantes Geschöpf."

*) Die folgende Beschreibung macht es begreiflich, wie Van der Duyn in seinen Souvenirs p. 8, die Prinzeß bezeichnen kann als: „une jeune fille qui avait l'air d'un garçon mutin en cotillon."

Chemise, die Aermel von Spitzen. Nie habe ich noch eine Kleidung an ihr gesehen, die nicht einfach und geschmackvoll zugleich wäre."

Die glückliche Ehe mit einem ausgezeichneten Manne konnte nicht anders als einen heilsam erziehenden Einfluß auf die Prinzeß üben. „Die Prinzessin," schreibt Stockmar am 25. October 1816, „ist äußerst beweglich und lebhaft, erstaunend empfänglich und nervös empfindlich, und das durch den momentanen Eindruck erregte Gefühl bestimmt nicht selten sogleich Urtheil und Handlung. Der Umgang mit ihrem Gemahl hat indeß auffallend günstig auf sie gewirkt und zum Erstaunen hat sie an Ruhe und Selbstbeherrschung gewonnen, so daß es sich immer mehr heraushebt, wie gut und brav sie von Grund aus ist. Wenn bei guter Laune, ist sie sehr zu Aufmerksamkeiten gegen alle ihre Umgebungen geneigt, aber sie legt darauf auch einen um so größeren Werth, je weniger sie dies zu thun den Anschein hat. Eine nicht gehörige Anerkennung ihrer Freundlichkeiten beleidigt sie höchlich und trübt auf lange hinaus die gute Meinung, die sie von den Menschen hatte. Die Königstochter vergißt sie nie." Trotz des bildenden Einflusses des Gemahls brach jedoch gelegentlich eine gewisse rücksichtslose und ungebundene Manier gegen Personen, die ihr nicht gefielen, hervor.

Eine Stelle des Tagebuchs vom 21. December schildert drastisch einen solchen Auftritt. Zu einem großen Diner war unter anderen der Herzog Prosper von Aremberg geladen. „Prosper ist ein kleines, garstiges Männchen, war schwarz über und über und hatte einen Stern an. Der Prinz präsentirte ihn an die Prinzeß, die gerade mit dem Minister Castlereagh sprach. Sie erwiderte seine zwei ungeheuren continentalen Verbeugungen, ohne ihn anzusehen oder ein Wort mit ihm zu sprechen, durch ein leichtes Kopfnicken. Bei Tisch wurde Prosper zwischen Lady Castlereagh und die Prinzeß gesetzt, welche kein einziges Wort mit ihm sprach und ihm den Ellenbogen so nahe brachte, daß er sich nicht regen konnte. Er sah immer gerade vor sich hin, mit einiger doch nicht auffallender Ver-

legenheit, und sprach hier und da einige französische Worte mit der großen, mächtigen Lady Castlereagh, neben welcher er aussah wie ein Kind. Bei seinem Weggehen verabschiedete ihn die Prinzeß auf die nämliche Manier wie sie ihn bewillkommnete und brach in lautes Lachen aus, bevor er noch aus dem Zimmer war."

Das eheliche Verhältniß war das beste. „In diesem Hause," schreibt Stockmar am 17. October 1816, „herrschen Eintracht, Ruhe, Liebe, kurz alle Erfordernisse des häuslichen Glücks. Mein Herr ist der beste aller Ehemänner in allen fünf Welttheilen und seine Gemahlin hat für ihn eine Summe von Liebe, deren Größe nur mit der der englischen Staatsschuld verglichen werden kann", und am 26. August 1817: „das eheliche Leben dieses Paares ist ein seltenes Bild der Liebe und Treue; es verfehlt auch dieses Bild nie seine Wirkung auf alle die Zuschauer, die sich noch ein Stückchen Herz gerettet haben."

Die gewöhnliche Umgebung der Herrschaften bestand aus folgenden Personen: Mrs. Campbell, Hofdame und Schatullverwalterin der Prinzessin, und den Adjutanten und Cavalieren Baron Hardenbroek, Oberstlieutenant Sir Robert Gardiner und Oberst Addenbrooke. Da Stockmar mit diesen Personen jahrelang täglich zu verkehren hatte, so sei es gestattet, ihre Schilderung einem Briefe desselben zu entnehmen.

„Mrs. Campbell, Hofdame der Prinzeß, eine kleine magere fünfundvierzigjährige Frau, Wittwe, scharf und spitz in allen Zügen und Bewegungen, pretentiös, weil sie auch einmal jung und schön war und viel Verstand hat, und doch nicht unerträglich pretentiös, eben weil sie gescheut ist. Aeußerst unterrichtet und rechtlich, führt sie die Correspondenz und das Rechnungswesen der Prinzeß mit der größten Leichtigkeit und zu vollkommener Zufriedenheit. In unserer Gesellschaft macht sie Opposition gegen alles was sie sieht und hört, und tritt allem, was Männer sagen oder thun mögen, mit so consequentem Widerspruch entgegen, daß wir ihre Antworten auf unsere

Fragen mit Gewißheit vorher berechnen können. Dieser Geist des Widerspruchs beherrscht sie denn auch so gewaltig, daß es ihr unmöglich wird, einer Partei treu zu bleiben, und sie ist daher bald von der Hof-, bald von der ministeriellen, bald von der Oppositions-, bald von der Volkspartei, je nachdem sie einen Gegner vor sich hat. In der Regel ist sie ohne alle Barmherzigkeit und ihre Rede ist dann beißend scharf. Doch hat sie bisweilen auch ihre menschlichen Tage, an welchen sie zufrieden, ja sogar entwaffnet ist, — wenn ihr Pfeil nur getroffen und verwundet hat. — Einigen Aufschluß über einen so sonderbaren Charakter erhält man, wenn man hört, sie habe harte Erfahrungen mit den Männern gemacht und sei bei einer Krankheit auf einer siebenmonatlichen Reise zur See durch nichts als Branntwein und Wasser erhalten worden. Diese Dame ist nun unser einziger gesetzmäßiger weiblicher Umgang und wir widmen ihr denn auch als Repräsentantin eines ganzen Geschlechts halb freiwillige, halb erzwungene Verehrung."

Von Baron Hardenbroek heißt es in demselben Briefe: „je mehr ich ihn kennen lerne, desto mehr werde ich überzeugt, daß seine Persönlichkeit in seinen Verhältnissen schwerlich sobald wieder erscheinen dürfte. Weil ich ihn so verehre, bin ich empfindlich gekränkt, wenn ich sehe, daß sein treuer redlicher Wille nicht immer vollständig anerkannt wird."

Oberst Addenbrooke, Ehrenstallmeister der Prinzessin, wird in demselben Briefe so charakterisirt: „Ein dreiundsechzigjähriger, großer, starker und für einen Engländer und sein Alter sehr gewandter Hagestolz, mit schneeweißem Haar und einer ungeheuren Nase. Er ist ein Ehrenmann, einfach und rechtlich, ein aufrichtiger Freund seiner Freunde, und Niemandes Feind, ein treuer Diener der Prinzessin. Eine seltene Gelehrsamkeit besitzt er in Bezug auf alle Leckerbissen, die er überall an ihren Quellen selbst hat kennen gelernt und mit Meisterschaft zu zerlegen und zu beurtheilen versteht. Dies verhilft ihm denn zu der einzigen schwachen Seite, die ich an ihm kenne, nämlich

zu einem schwachen Magen, in welchen er mit Sorgfalt eine Menge der fremdartigsten Dinge stopft und dann den nächsten Tag über abscheuliches Kopfweh klagt."

Den Beschluß macht Sir Robert Gardiner, der acht Jahre lang unter Wellington gedient hatte. Der Brief rühmt seine Treue und Redlichkeit. Er blieb ein langes Leben hindurch Stockmar's anhänglicher Freund.

Stockmar's Stellung an diesem Hofe war begreiflicherweise zu Anfang eine sehr bescheidene. Ein unbedeutender deutscher Arzt in England! Nicht einmal alle Hausgenossen betrachteten ihn als ihres Gleichen und auch mit den übrigen war der Umgang beschränkt. „Umringt vom Tumult der vornehmen Welt," schreibt er (Br. vom 25. October und 16. December 1817), „bin ich einsam, oft Tage lang allein, meine Bücher sind meine Gesellschafter, meine Freunde, meine Geliebten." Der ärztliche Beruf füllte seine Zeit nicht aus. Blos wissenschaftliche Beschäftigung aber genügte seiner für das thätige Leben angelegten Natur durchaus nicht. Hierzu häufiges Augen- und Unterleibsleiden. Daher oft genug Langeweile und Hypochondrie. Andererseits aber, bei besserer Gesundheit und Laune, erkannte er die Vortheile einer so gleichförmigen, einsamen, mäßigen Lebensart, wie er sie namentlich in Claremont zu führen hatte, und sie gab ihm dann Ruhe, Gleichmuth und das Gefühl der Zufriedenheit. „Dieses wird sich," meint er, „in dem Grade vermehren, in welchem ich anerkennen werde, daß das Leben seine schätzbarsten Seiten eigentlich nur in seinen negativen Bedingungen hat." Das heißt, um mit Schopenhauer zu reden, das einzige menschliche Glück ist das Freisein von Schmerz und Leiden. Ein resignirter Standpunkt, welchen consequent festzuhalten Stockmar allerdings von Natur keineswegs angelegt war.

Die Hauptentschädigung für alle diese Nachtheile seiner Stellung lag für sein Gefühl in der Entwicklung des persönlichen Verhältnisses zu den Herrschaften. Die ernsten, soliden Charakter- und Verstandes-

eigenschaften Stockmar's erweckten deren Vertrauen, die heitere, humoristische Seite seines Wesens trug dazu bei, den Verkehr leicht, angenehm und bald vertraulich zu machen. Die Prinzeß blieb Stockmar bis an ihr Ende in wachsender Theilnahme gewogen. Der Prinz behandelte ihn mehr und mehr als Freund. Er übertrug ihm die Functionen eines Secretärs. Stockmar wurde ihm, wie er in einem Briefe aus dieser Zeit sagt, „seine theuerster Seelen- und Leibesarzt."

Nähere Bekanntschaften außer dem Hofkreise machte Stockmar nur wenige. Unter diesen rühmt er in seinem Tagebuch und den Briefen besonders den sächsischen Gesandten Baron Just. Von ihm heißt es, er sei ein „alter, vortrefflicher, verständiger, durchaus unterrichteter, genau beobachtender Mann, von solcher Anhänglichkeit an das sächsische Haus, daß ihm jedesmal die Thränen in die Augen treten, wenn er von jenem spricht, ja daß er eine, dem Grade nach allerdings geringere, Rührung verspürt, wenn er von einem Mitgliede der Herzoglichen Häuser redet." Stockmar gedachte in späterer Zeit oft dankbar, wie freundlich ihn Just in die Kenntniß der englischen politischen Verhältnisse eingeweiht habe.

Obschon es Stockmar's Stellung und Verhältnisse mit sich brachten, daß er in England in den ersten Jahren unter den Engländern selbst wenig genauere Bekanntschaften machte, so zogen doch vor seinem Blick am Hof seines Herrn viele vornehme und merkwürdige Persönlichkeiten vorüber. Das Tagebuch enthält manche, mit wenigen Strichen kräftig gezeichnete Bilder solcher Erscheinungen, von denen der Leser gewiß gern einige sich vorführen läßt.

Die Königin Mutter (Charlotte, Gemahlin Georg's III.). „Klein, verwachsen, ein wahres Mulattengesicht."

Der Regent. „Sehr dick, doch hübsch gewachsen, schöner Anstand, spricht bei weitem nicht so viel als seine Brüder, ziemlich gut

französisch. Er aß und trank bei Tisch ein gut Theil. Seine braune Perrücke à la Cacadou steht ihm nicht besonders."

Herzog von York, ältester Bruder des Regenten. „Groß, dicker Leib, nicht verhältnißmäßig starke Beine; die Haltung so, daß man besorgt, er möge hinten überfallen, große Glatze, nicht sehr gescheutes Gesicht; man sieht ihm an, daß Essen, Trinken und sinnliches Vergnügen seine Hauptsache ist. Sprach viel französisch mit schlechtem Accent."

Herzogin von York, Tochter Friedrich Wilhelms II. von Preußen, „kleine lebhafte Frau, spricht ungeheuer viel, und lacht noch mehr. Keine Schönheit, Mund und Zähne unschön, wird noch durch Verziehen des Mundes und Blinzeln mit den Augen entstellt. Trotz der vielfachen Untreue ihres Gemahls ist das eheliche Verhältniß doch ein gutes. Sie ist von den derangirten Verhältnissen des Herzogs vollkommen unterrichtet und sein erster Minister und treuester Freund, so daß kein Schritt ohne sie unternommen wird. Als sie ins Zimmer gekommen war, sah sie sich auch sogleich nach dem Banquier Greenwood um, der ihr dann mit der Vertraulichkeit entgegen kam, die der reiche Unterhändler gegen den derangirten Großen annimmt. Beim Diner erzählte die Herzogin, ihr Königlicher Herr Papa habe sie als Mädchen gezwungen, schießen zu lernen, weil er bemerkt hatte, daß sie eine große Abneigung dagegen habe. Bei einem großen eingestellten Jagen habe sie nun immer mit geschlossenen Augen geschossen, weil sie das Leiden der angeschossenen Thiere nicht habe sehen wollen. Als ihr dann die Jäger bemerkten, daß sie auf diese Weise durch unsicheres Schießen nur noch mehr Gefahr laufe, den Thieren Schmerz zu bereiten, so sei sie zum König gegangen und habe gefragt, ob er sie für immer vom Schießen befreien wolle, wenn sie einen Hirsch Knall und Fall schösse. Der König versprach ihren Wunsch zu gewähren, wenn sie zwei Hirsche nach einander ohne zu fehlen erlegen würde, — was denn auch gelang."

Herzog von Clarence (nachmals Wilhelm IV.). „Der kleinste, unschönste seiner Brüder, offenbar der Mutter ähnlich sehend, gesprächig wie alle.“

Herzog von Kent (Vater der Königin Victoria). „Ein großer, starker Mann, sieht dem König ähnlich, hat eine Glatze wie man sie nur haben kann. Ist unter den Herzogen, die ich gesehen habe, der ruhigste, spricht gelassen und langsam, ist freundlich und höflich.“

Herzog von Cumberland (nachmals König Ernst August von Hannover) „großer, starker Mann, häßliches Gesicht, sieht nicht zwei Zoll weit, das eine Auge ganz dislocirt.“

Herzog von Cambridge (der jüngste der Söhne Georg's III.) „ein hübscher Mann mit einer blonden Perrücke, halb seiner Mutter, halb seinem Vater ähnlich sehend. Spricht sehr gut deutsch und französisch, aber, ebenso wie das Englische, mit einer solchen Hastigkeit, daß er in dieser Familiengewohnheit der Meister zu sein scheint.“

Herzog von Gloucester. „Vorliegende, nichtssagende Augen, überhaupt, ohne häßlich zu sein, ein sehr unangenehmes Gesicht mit thierischem Ausdruck; groß und stark, aber mit schwachem unbeholfenem Untergestell. Er bindet ein Halstuch um, dicker als sein Kopf.“

Wellington. „Mittlerer Statur, weder stark noch mager, gerade Haltung, nicht steif, nicht zu beweglich, obschon beweglicher als ich geglaubt, und doch in jeder Bewegung Ruhe. Schwarze Haare, einfach geschnitten, stark mit grau untermischt, nicht sehr hohe Stirn, große Habichtsnase, festgeschlossene Lippen, starker breiter Unterkiefer. Nachdem er einige Zeit im Vorzimmer mit den Herrschaften gesprochen, kam er gleich auf die beiden anwesenden französischen Sängerinnen zu, mit welchen er sich freundlich unterhielt, worauf er in der Reihe herumgehend allen Bekannten die Hand gab. Er war ganz schwarz gekleidet, Hosenbandordensstern und Maria Theresiakreuz. Er sprach mit allen gegenwärtigen Offizieren zutraulich, freundlich, doch immer kurz. Bei Tisch saß er neben der

Prinzeß. Er aß und trank ziemlich, lachte mitunter recht herzlich, raunte auch der Prinzeß manches ins Ohr, was diese erröthend belachte."

Lord Anglesea (der General), „der bei Waterloo das eine Bein verlor, ein großer, schön gewachsener Mann, wildes kriegerisches Gesicht, hohe Stirn mit großer Habichtsnase, die an ihrem Anfang mit der Stirn einen kleinen tiefen Bogen macht. Viel Ungenirtes in seinen Manieren. Lauderdale *) erzählte uns später, daß er es gewesen sei, der der Lady Anglesea angekündigt, daß ihr Mann bei Waterloo das Bein verloren habe. Seine Ankunft sei der Lady wider seinen Willen hinterbracht worden: ehe er noch zu Wort gekommen, sei die Lady, welche voraussetzte, daß er ihr Nachricht vom Gemahl brachte, mit dem Ausruf: „er ist todt!" in Krämpfe gefallen. Als er ihr darauf gesagt: „nichts weniger als das, hier ist ein Brief von ihm", so habe sie dies so wunderbar getröstet, daß sie die Wahrheit mit vieler Fassung ertragen. Weiter erzählte er, daß Anglesea nicht lange vor dem Feldzug sich habe malen lassen, und dies Gemälde bis auf ein Bein fertig gewesen sei. Anglesea habe darauf den Maler kommen lassen und ihm gesagt, „es ist besser, Sie vollenden das Bein jetzt, vielleicht möchte ich es nicht wieder mitbringen." Er verlor dasselbe Bein."

Der Minister Lord Castlereagh. „Mittlerer Größe, höchst bedeutendes und zugleich schönes Gesicht, sein Benehmen hat etwas Angenehmes, Geschmeidiges, dabei sehr Natürliches. Es fehlt ihm an einer gewissen Bildung, die von einem Staatsmann seines Ranges zu erwarten wäre, er spricht schlecht, ja erbärmlich französisch **)

*) Lord Lauderdale † 1839, der Freund von Fox, unter den Toryministerien seit 1807 eifriger Oppositionsmann.

**) Ein Freund theilt uns nach dem Bericht eines Augen- und Ohrenzeugen folgende Anecdote als Belag mit. Das diplomatische Hauptquartier der Verbündeten befand sich Anfangs April 1814 in Dijon, als die Nachricht von dem Sturz Napoleon's eintraf. Zu Ehren des Ereignisses wurde ein großes Festmahl veranstaltet. Lord Castlereagh, der die Gesundheit der Damen

und ein wenig gewähltes Englisch *). Die Prinzessin zog ihn sehr mit der Rolle auf, die er als schlechter Redner im Unterhaus gegenüber den glänzenden Oppositionsrednern spiele, worauf er denn recht spaßhaft und mit herzlichem Lachen einging. Ich bin überzeugt, daß in ihm ein gut Theil leichtsinniger Gleichgültigkeit **) ist, die ihm schon zuweilen für die größte Staatsklugheit angerechnet worden."

Gräfin Lieven (nachherige Fürstin, Gemahlin des russischen Gesandten). „Unangenehm steife, stolze, vornehme Haltung. Es ist wahr, sie ist voll Talent, spielt vortrefflich Klavier, spricht englisch, französisch und deutsch perfect, allein sie weiß das auch. Ihr Gesicht ist eigentlich schön, doch zu mager, und die spitzige Nase so wie der Mund, der faltenreich verzogen werden kann, zeigen schon von außen ihre geringe Neigung, Andere für ihres Gleichen zu halten. Der Oberkörper ist skelettartig."

Die Gräfin Lieven mag die Ueberleitung zu dem Bilde des Großfürsten Nicolaus (nachmaligen Kaisers) von Rußland bilden, der im November 1816, damals erst zwanzigjährig, den Prinzen und die Prinzessin in Claremont besuchte.

„Er war begleitet," sagt das Tagebuch, „von General Kutusoff

---

auszubringen hatte, that dies mit den Worten: „Le bel sexe partoutte dans le monde."

*) Lord Byron in seiner Vorrede zu dem sechsten bis achten Gesang des Don Juan sagt: „It is the first time since the Normans that England has been insulted by a Minister (at least) who could not speak English and that Parliament permitted itself to be dictated to in the language of Mrs. Malaprop." (Es ist das erste Mal seit den Normannen, daß England von einem Minister [wenigstens] beschimpft worden, der nicht Englisch sprechen kann, und daß das Parlament sich dictatorische Reden in der Sprache der Mrs. Malaprop [in Sheridan's Comödie the Rivals] hat gefallen lassen.)

**) Für den leichtsinnigen Scepticismus oder sceptischen Leichtsinn Castlereagh's ist ein classischer Beleg in seinem Memoire über den zweiten Pariser Frieden gegeben, worin er sagt: in Politics and in war security for seven or ten years is as much as human foresight can provide for.

und einem Staatsrath N. N. Nachdem er sich mit der Herzogin von York und der Prinzessin becomplimentirt hatte, stellte ihm der Prinz Gardiner als russischen Ordensritter vor, den er fragte, wo er das Kreuz bekommen, dann Addenbrooke und zuletzt mich. Nun ging's zu Tisch und der Großfürst saß zwischen der Prinzessin und der Herzogin von York, mir gerade gegenüber, so daß ich ihn recht beobachten konnte. Er ist ein außerordentlich schöner verführerischer Junge; größer als Leopold, ohne mager zu sein, gewachsen wie eine Tanne. Das Gesicht jugendlich wie er, äußerst regelmäßig, eine schöne freie Stirn, schön gebogene Augenbrauen, eine äußerst schöne Nase, schöner kleiner Mund und fein gezeichnetes Kinn. Er trägt einen jungen Schnurr- und Knebelbart, die Uniform der Jäger zu Pferde, ganz einfacher grüner Rock mit Roth, silberne Obersten-epaulettes, einen kleinen verblichenen Stern, eine weiße Kuppel und einen stählernen Säbel mit ledernem Portepee. Sein Betragen ist lebhaft, ohne alle Verlegenheit und Steifheit und doch sehr anständig. Er spricht sehr viel und vortrefflich französisch, dabei begleitet er seine Worte mit nicht üblen Gesten. Wenn auch nicht alles, was er sagte, durchaus gescheidt war, so war doch wenigstens alles höchst angenehm, und er scheint entschiedenes Talent für das Courmachen zu haben. Wenn er im Gespräch etwas besonders herausheben will, so zieht er die Achseln in die Höhe und wirft die Augen etwas affectirt gen Himmel. In allem zeigt er viel Zutrauen zu sich selbst, doch scheinbar ohne Prätension."

„Er machte nicht viel Wesens mit der Prinzeß, die sich mehr an ihn wendete, als er an sie. Er aß für sein Alter höchst mäßig, und trank dabei nichts als Wasser. Als nach Tisch Gräfin Lieven Klavier spielte, küßte er ihr die Hand, was den englischen Damen höchst sonderbar, aber entschieden wünschenswerth vorkam. Mrs. Campbell konnte seines Lobes nicht enden. „What an amiable creature! he is devilish handsome; he will be the handsomest man in Europe." Am folgenden Morgen verließen die Russen das

Haus. Es wurde mir erzählt, daß, als es ans Niederlegen gegangen, für den Großfürsten von seinen Leuten im Stall ein lederner Sack mit Heu gefüllt worden sei, worauf er immer schlafe. Unsere Engländer erklärten dies für affectirt."

Dieser lebhaften Schilderung fügen wir nur die Bemerkung hinzu, daß sich darin bereits eine Hindeutung auf das schauspielernde Talent des nachherigen Kaisers Nicolaus findet, das sich bei diesem später immer mehr entwickelte.

---

## Drittes Capitel.

## Prinzeß Charlotten's Tod. November 1817.

---

Das Jahr 1817 brachte dem prinzlichen Paar die erwünschte Aussicht auf einen Erben und erhöhte dadurch dessen Glück. Die ganze Nation nahm an diesen Hoffnungen freudigen Antheil. Der Zustand Englands war ein sehr unbehaglicher. Mißwachs und Stockung des Handels hatten nach dem Frieden große Noth in den unteren Classen hervorgebracht, deren Unzufriedenheit von radicalen Agitatoren geschürt wurde. Vielfache Zusammenrottungen, Excesse und aufrührerische Bewegungen schienen den Staat mit einer Umwälzung zu bedrohen. Der Blick auf den blinden und irrsinnigen König, auf den charakterlosen, in Trägheit und Nichtigkeit versunkenen Regenten, hatte wenig Tröstliches. Das hoffnungsbedürftige Volk setzte also seine Hoffnung auf die bessere Zeit, die mit Prinzeß Charlotte anbrechen würde, und der Gedanke, daß sie vielleicht dem Lande einen Thronfolger geben werde, trug zur Beruhigung aller Parteien bei. Am 26. August schreibt Stockmar: „Wetten werden schon seit längerer Zeit zu ungeheuren Summen auf das Geschlecht des zu erwartenden Kindes gemacht, und auf der Börse hat man bereits berechnet, daß eine Prinzessin die Fonds nur um $2^1/_2$ Proc.,

ein Prinz aber um 6 Proc. steigern wird. Um die sichere Nachricht von den Hoffnungen der Prinzeß möglichst früh zu erlangen, machten mir, einem armen Doctor, die Gesandten der größten Höfe die freundlichsten und verbindlichsten Besuche."

Die Schwangerschaft der Prinzessin verlief sehr glücklich und doch war der Ausgang, wie bekannt, der Tod.

Stockmar war nicht ihr Arzt und wollte nicht ihr Arzt sein, obschon es ihm nur ein einziges Wort gekostet haben würde, um zu einem ihrer Leibärzte ernannt zu werden. Ja er sträubte sich sogar beharrlich und consequent während der Schwangerschaft auch nur vorübergehend eine der Beihülfen, wie z. B. Aderlaß, zu geben, zu denen man ihn, als im Hause wohnenden Sachverständigen, zunächst aufzufordern geneigt war. Der Instinct und Scharfblick, mit dem er diesen Standpunkt der Zurückhaltung als den für ihn gebotenen erkannte, die Klarheit, mit der er sich davon Rechenschaft gab, die Festigkeit, mit der er allen Verführungen der Gelegenheit, der Gutmüthigkeit und der Eitelkeit davon abzuweichen widerstand, sind so charakteristisch für den Mann, daß wir nicht umhin können, etwas dabei zu verweilen.

„Ich kann nur Gott danken," schreibt er am 10. Februar 1818, „daß mich die Eitelkeit nie verblendete, sondern daß ich stets die Gefahr vor Augen hatte, die es nothwendig haben mußte, hätte ich mich, aufgeblasen und unvorsichtig, an einen Platz gedrängt, auf welchem ein Ausländer nie Ehre, wohl aber Schande genug ernten konnte. Ich kannte die Klippen zu genau und wußte zu wohl, daß der Stolz der Nation und ihre Verachtung des Auslandes mir im glücklichen Falle keinen Antheil und im unglücklichen alle Schuld geben würde. Diese Ansichten vermochten mich, weil ich wohl früher in Fällen, wo der Leibarzt nicht sogleich gerufen werden konnte, der Prinzessin hier und da verschrieben hatte, dem Prinzen zu erklären, daß ich von dem Augenblick der Schwangerschaft an allen und jeden Antheil an der Behandlung vermeiden müsse."

„Als ich aber nach Verlauf des ersten Drittels jener Periode als täglicher Beobachter Fehler in der Behandlung zu bemerken glaubte, hielt ich dem Prinzen eine lange Vorlesung und ersuchte ihn, diese meine Bemerkungen den Leibärzten der Prinzessin bekannt zu machen. Das Resultat gehört nicht hierher. Sie sehen aber, wie ruhig ich über den Ausgang sein kann. Ich konnte und wollte keinen Antheil an der Ehre haben, Arzt der Prinzessin zu sein, und ob ich gleich nie im Geringsten eine so schreckliche Wendung vorausgesehen, so war meine Ueberzeugung in jenem Punkte doch so fest, daß ich selbst den Antrag, die Prinzessin im Wochenbett ärztlich zu behandeln, da die Leibärzte nach der Niederkunft nicht länger in Claremont hätten verweilen können, standhaft ausschlug, so groß und verführerisch auch dieser Beweis des Zutrauens war. Ich konnte darum auch nur bewogen werden, die Prinzessin zu sehen, als die Aerzte ihren Zustand für höchst gefährlich erklärten und mich ausdrücklich dazu aufforderten — 2½ Stunde vor ihrem Tode.“

„Die genaue Befolgung dieses mir selbst vorgeschriebenen Betragens hatte zur Wirkung, daß meine Collegen immer sehr freundschaftlich gegen mich waren, und daß späterhin demjenigen alle Anklagen erspart blieben, der nicht unberufen nach Ehre und Gewinn gejagt hatte. Indem ich so nochmals die Verhältnisse überdenke, fühle ich nur zu lebhaft die Größe der Gefahr, welcher ich entronnen. Glauben Sie mir, Alle, Alle würden sich jetzt nur über meine Einmischung freuen, die nicht das geringste hätte helfen können, und die englischen Aerzte, unsere Hausgenossen, Freunde, Bekannte, die Nation, selbst der Prinz würden die Ursache dieses unmöglich scheinenden Unglücks nur in der Ungeschicklichkeit des deutschen Doctors finden. Und ich hätte vielleicht in meiner Hypochondrie selbst an die fremden Beschuldigungen geglaubt und den von außen andringenden Schmerz durch Selbstquälerei bis zur Unerträglichkeit gesteigert.“

Die Fehler, welche Stockmar in der Behandlung der Prinzeß

während ihrer Schwangerschaft zu bemerken glaubte, kamen alle darauf hinaus, daß man damals in England (leider herrscht auch in solchen Dingen die Mode) es in der Gewohnheit hatte, den Organismus der Schwangeren durch Blutentziehung, abführende Mittel und eine nicht kräftige Diät herabzustimmen und dieses Verfahren seit Monaten befolgt hatte.

Der Leibarzt der Prinzessin war der berühmte Dr. Baillie, als Accoucheur war Sir Richard Croft zugezogen, welchen letzteren das Tagebuch, nach der ersten Begegnung, so beschreibt: „ein langer, dürrer, nicht ganz junger Mann — hastig, gutmüthig — scheint mehr Erfahrung als Gelehrsamkeit und Verstand zu besitzen.“

Nach den noch vorliegenden Berichten der beiden Aerzte traten am Montag den 3. November 1817 Abends 7 Uhr (Stockmar giebt an 5¼ Uhr) die ersten Zeichen der herannahenden Geburt ein, die man (wie Stockmar hinzufügt) mit Grund schon zehn Tage zuvor hätte erwarten dürfen.

„Wiewohl die ersten Wehen ungewöhnlich schwach waren,“ berichtet Stockmar, „und daher die Geburt nur langsam vorwärts ging, so war doch schon in der Nacht vom dritten auf den vierten Alles glücklich soweit gediehen, daß man die günstige Beendigung innerhalb sechs Stunden vorhersehen und daher die zur Constatirung der Geburt nöthigen hohen Staatsbeamten (Minister, Erzbischof von Canterbury ꝛc.) herbeirufen mußte. Dies war gegen vier Uhr Morgens kaum geschehen, als die Wehen beinahe gänzlich aufhörten. Obgleich die Prinzeß bei Kräften blieb und kein einziges abnormes Sympton sich einstellte, so rückte doch die Geburt den nächsten Tag, als den vierten, nur sehr langsam vor. Ganz unter gleichen Umständen wurde die Nacht vom vierten auf den fünften hingebracht. Am fünften wurden gegen Mittag die Wehen stärker und endlich kam um neun Uhr Abends — (also nach fünfzig oder wenn Stockmar's Angabe die richtigere ist zweiundfünfzig Stunden) — ein schöner, sehr großer, todter Knabe zur Welt. Künstliche Hülfe war

nicht angewendet worden. Unmittelbar nach der Geburt befand sich die Mutter ganz wohl. Die Nachricht vom Tode ihres Kindes hatte sie nicht besonders affizirt. Dies scheinbare Wohlbefinden dauerte jedoch nur bis Mitternacht."

„Da kam Croft," erzählt das Tagebuch, „an mein Bett, nahm mich bei der Hand, und sagte: die Prinzeß sei gefährlich krank, der Prinz allein, ich möge zu ihm gehen und ihn vom Stand der Dinge unterrichten. Der Prinz hatte seit drei Tagen seine Gemahlin nie einen Augenblick verlassen und sich nun nach der Geburt soeben zur Ruhe begeben. Ich fand ihn gefaßt über den Tod des Kindes, auch schien er den Zustand der Prinzessin nicht sehr ernst zu nehmen. Nach einer Viertelstunde ließ mir Baillie sagen, er wünsche, ich möge die Prinzeß sehen; ich zauderte, endlich ging ich mit ihm. Sie war, unter Brustkrämpfen und Athmungsbeschwerden, in großer Angst und Unruhe, warf sich beständig von einer Seite zur anderen, sprach bald mit Baillie, bald mit Croft. Baillie sagte zu ihr: „Hier kommt ein alter Freund von Ihnen." Sie reichte mir hastig die linke Hand und drückte die meine zweimal heftig. Ich fühlte den Puls; er ging sehr rasch, die Schläge bald groß, bald klein, bald intermittirend. Baillie reichte ihr fortwährend Wein; sie sagte zu mir: „sie haben mich betrunken gemacht" (they have made me tipsy). So ging ich ungefähr während einer Viertelstunde ein paarmal aus und ein, dann wurde der Athem röchelnd. Ich war gerade aus dem Zimmer gegangen, als sie sehr heftig „Stocky, Stocky" rief. Ich kehrte zurück, sie war stiller, röchelte fortwährend, legte sich mehrmals auf den Leib, zog die Beine an, die Hände wurden kalt, um zwei Uhr am Morgen des 6. November 1817, also etwa fünf Stunden nach der Geburt, war sie nicht mehr."

Der mechanische Vorgang der Geburt hatte den Tod nicht bewirkt, auch die Section gab über diesen keinen Aufschluß. Nach allem scheint es, daß die Prinzeß durch eine vorausgegangene, lang fortgesetzte, die Kräfte herabstimmende Behandlung geschwächt, ein-

sach an Erschöpfung durch den fünfzigstündigen Kampf starb. Wahrscheinlich hätte sie gerettet werden können, wenn bei Zeiten künstliche Hülfe gebracht worden wäre. Die englischen Aerzte lehnten diese ab, weil sie das Princip hatten, damit zurückzuhalten, wenn die Natur allein die Entbindung bewirken könne. Thatsächlich war dies nun freilich der Fall, aber die Kräfte wurden dabei aufgezehrt. Und so kann man leider sich des Gedankens nicht erwehren, die Prinzeß sei einer Principienreiterei zum Opfer gefallen.

Stockmar hatte die Aufgabe, dem Prinzen diesen Tod anzukündigen. „Ich that es," schreibt er, „in nicht ganz bestimmten Ausdrücken. Er glaubte sie sei noch nicht todt, und auf dem Wege zu ihr fiel er in einen Stuhl; ich kniete neben ihn; er meinte, es sei blos Traum, er könne es nicht glauben. Er sendete mich nochmals nach ihr zu sehen, ich kam wieder, und sagte ihm, es sei aus. Nun gingen wir nach dem Sterbezimmer; er küßte, am Bette knieend, die kalten Hände; dann sich aufrichtend, drückte er mich an sich, und sagte: „ich bin nun ganz verlassen; versprechen Sie mir, immer bei mir zu bleiben." Ich versprach es. Gleich nachher erinnerte er mich wieder, ob ich wohl wisse, was ich versprochen. Ich sagte ja, ich würde ihn nicht verlassen, so lange ich erkennen könne, daß er mir vertraue, daß er mich liebe, daß ich ihm nützlich sein könne. „Ich zauderte nicht zu versprechen," schreibt Stockmar einige Tage darauf an seine Schwester, „was er vielleicht für immer wünschenswerth, vielleicht schon im nächsten Jahre für entbehrlich hält." Ein merkwürdiges Beispiel, wie bei Stockmar nach tiefer Ergriffenheit sogleich wieder die skeptische Ader sich geltend machte. Und doch hinderte diese Nüchternheit bei ihm nicht die redliche, volle Hingebung. Er fährt in jenem Briefe fort: „Meine Gesundheit ist erträglich, denn obgleich ich erstaunend angegriffen bin und es durch den Gram des Prinzen noch mehr werde, so fühle ich mich doch stark genug, ja stärker als vorher. Ich verlasse den Prinzen nur, wenn es dringende Geschäfte fordern. Ich esse allein mit ihm und schlafe in seinem Zimmer. Sobald er

Nachts erwacht, stehe ich auf und sitze plaudernd an seinem Bette, bis er wieder einschläft. Ich fühle immer mehr, mein Lebenserbtheil sind unerwartete Wendungen, und es werden derselben noch mehrere kommen, bis es aus ist. Ich scheine mehr da zu sein, um für Andere zu sorgen, als für mich selbst, und bin mit dieser Bestimmung gar wohl zufrieden."

Der Schmerz des Prinzen um seinen Verlust war ein tiefer. Als er im zweiundsiebenzigsten Jahre seine Erinnerungen für seine Nichte, die Königin Victoria, aufzeichnete, schrieb er von sich: „Der November sah den Ruin dieser glücklichen Häuslichkeit und die Vernichtung mit einem Schlag jeder Hoffnung und jedes Glückes des Prinzen; er hat das Gefühl des Glückes, welches sein kurzes Eheleben segnete, nie wiedererlangt."

Stockmar sagt von ihm in einem Briefe vom 7. November 1817: „So lange sein Schmerz ganz stumm war, fürchtete ich sehr für seine Gesundheit, jetzt wird der Körper durch vieles Weinen und Klagen erleichtert."

Am 19. November schreibt er an den ehemaligen Erzieher des Prinzen: „Sie kennen den Prinzen genau und wissen was er verloren hat. Ohne ihn zu sehen, kennen Sie den Zustand, in welchem er sich gegenwärtig befindet. Er ist zu gut, zu fest, zu fromm, um sich der Verzweiflung hinzugeben, wenn schon das Leben allen Werth für ihn verloren zu haben scheint, und er überzeugt ist, daß nie wieder ein Gefühl des Glücks in seine Brust einziehen werde. Ich behandle ihn moralisch und physisch mit ziemlich gutem Erfolg, da ich ihn genau kenne, und weiß, daß gewöhnliche Hülfsmittel ihm zuwider sein würden."

„Es ist eine von den Naturen, denen sich Empfindungen und Ueberzeugungen nicht äußerlich einflößen lassen, die solche vielmehr aus sich heraus entwickeln müssen, und für die man also nicht mehr thun kann, als ihnen die Materialien dazu herbeizuschaffen."

Einige Wochen später sagt Stockmar in einem Briefe an seinen Schwager Opitz:

„Fürstengunst ist im Allgemeinen nicht einen Pappenstiel werth; er aber (der Prinz) ist in jeder Beziehung ein ehrlicher, guter Mann und daher ein unvergleichlicher Fürst."

Dann schreibt er wieder am 21. December. „Gut ist er, alle Tage besser, sein ganzes Unglück wendet er zum Guten an. Das Unglück hat mich schüchtern gemacht, viel von seiner Zukunft zu hoffen, aber daß seine Seele gedeihen wird, darauf kann ich schwören. Es gehört viel Herz dazu, ihn so zu lieben, wie er es verdient." Und am 10. Februar 1818: „Die Regsamkeit seines angeborenen, früh genährten wissenschaftlichen Sinnes, ist für ihn ein herrliches Mittel der Ablenkung vom träumerischen Versinken in seinen Schmerz. Er studirt recht anhaltend die englische Geschichte, und zwar in ihren Quellen, und findet so zugleich die glaubwürdigsten und eindringlichsten Beweise, daß sehr selten ein Mensch glücklich zu nennen ist, daß es kein bleibendes Gut giebt, als ein freies Gewissen, und daß selbst hierbei die Selbsttäuschung großen Spielraum hat."

Wurde so der Prinz durch sein Unglück zu trüben Betrachtungen über die menschlichen Dinge angeregt, so hatte jene Catastrophe auf die Stimmung des mittrauernden Stockmar einen ähnlichen Einfluß. „Bei meiner Hierherkunft", schreibt er, „konnte es mich zwar nicht blenden, daß ich plötzlich das Leben in seinen größten Formen sah, aber, daß ich mich durch die edlen Bilder der Liebe und Tugend, die ich vor mir hatte, zu dem kurzen Glauben verführen ließ, es könne, wie dem Laster, so auch dem Verdienste schon hier sein natürlicher Lohn werden, das war denn doch nichts als leichtgläubige Verblendung. Ich bin kalt und bitter geworden, am meisten gegen mich selbst, und mit unnachsichtiger Strenge und dem beißendsten Spott verfolge ich jeden, auch noch so unschuldigen Wunsch meines Herzens, als eine lächerliche Anmaßung. Man ist so nicht glücklich,

das ist gewiß, aber man ist unverwundbar, und die Schläge des Schicksals sind uns gewiß."

Die treue Theilnahme an dem Schmerz des Prinzen brachte natürlich Stockmar seinem Herzen immer näher. Am 29. November 1817 erwähnt das Tagebuch: „Der Prinz giebt mir von seinen Briefen an Prinzeß Charlotte vor der Vermählung durchzulesen." Am 2. December heißt es: „Gestern gab ich dem Prinzen die Briefe zurück, in denen er wirklich von seltener Ehrlichkeit, Klugheit und Güte erscheint."

Im Januar 1818 begab sich der Prinz mit Stockmar an die Seeküste, um seine geschwächte Gesundheit zu stärken und sich durch Ortswechsel zu zerstreuen. Hier empfing er am 14. Februar die erschütternde Nachricht, daß Sir Richard Croft sich ums Leben gebracht habe.

Unter Stockmar's Papieren findet sich noch ein Brief Croft's an ihn, von Freitag dem 7. November, dem Tage nach dem Tode der Prinzessin, worin es heißt: „Mein Gemüth ist gegenwärtig in einem traurigen Zustand. Gebe Gott, daß weder Sie noch irgend jemand, der Ihnen nahe steht, je zu leiden habe, was ich in diesem Augenblick ausstehe." Die Verhandlungen vor dem Todtenbeschauergericht (coroners inquest) erwiesen, wie Croft sich seit dem Unglücksfall in Claremont fortwährend im Zustande der tiefsten, an Geisteszerrüttung gränzenden Beängstigung und Aufregung befunden, so daß er oft alle Fassung verloren hatte. Zu Anfang Februar übernachtete er im Hause einer Dame, um deren Schwester, der Frau eines Geistlichen, in ihrer Entbindung beizustehen. Da sich diese hinzog, gerieth er schon außer sich, und stieß die Worte aus: „wenn Sie in Angst sind, wie muß ich es erst sein!" Während der Nacht erschoß er sich mit einem Pistol, das er in dem ihm eingeräumten Zimmer gefunden. Die Frau des Geistlichen kam glücklich nieder.

„Armer Croft!" ruft ihm Stockmar's Tagebuch nach. „Sieht

nicht das Ganze aus, wie heimtückische Versuchung, der auch wohl ein Stärkerer als Du erlegen wäre? War doch das erste Glied in der Kette Deines Unglücks nichts als ein, nur besonders ehrenvoller und wünschenswerther, Fall in Deinem gewöhnlichen Beruf. Wenn Du auch vielleicht Dich in der Behandlung vergriffst, so ist ja individuelle Täuschung hier so leicht. Leichtsinn und übergroße Zuversicht zu Deiner Erfahrung, ließen Dich nicht zu tieferer Erwägung des von Dir einzuschlagenden Verfahrens gelangen. Als das Unglück geschehen war, erwachten gewiß Zweifel in Dir, ob Du es nicht habest anders machen sollen, und diese Zweifel mit der Unmöglichkeit, das Publikum, selbst wenn Du unschuldig warst, von Deiner Unschuld zu überzeugen, sie wurden Deine Hölle. Friede mit Deiner Asche, der Du keine Schuld auf Dir hast, als daß Du nicht ungewöhnlich klug oder nicht ungewöhnlich stark warst."

Die Verwandten und Freunde des Prinzen in Coburg hatten den natürlichen Wunsch, ihn nach dem großen Unglück, das ihn betroffen, bald dort zu sehen. Sein eigenes Gefühl zog ihn in einer Richtung ebendahin. Die alte vertraute Heimath hätte seinen Schmerz rascher eingeschläfert. Stockmar war der erste, der ihm abrieth, und ihn überzeugte, es sei das Richtige, zunächst in England zu bleiben.

Er muß in England trauern, meinte Stockmar, wo ein ganzes Volk in freier Regung, als wäre es Gewissenssache, mit ihm trauert, nachdem es ihm bereits so viel Wohlwollen und Vertrauen geschenkt hat. „Hier kommt es ihm zu, in einem Beispiele, wie ein Mann unverschuldetes und unerhörtes Unglück tragen soll, dem Gedächtniß der Verstorbenen ein würdiges Denkmal zu errichten." Thäte er es nicht, so würde man dies in England als Undank und Mangel an richtigem Gefühl empfinden, und der Prinz würde dadurch seine ganze dortige Stellung erschüttern und lockern *).

*) Bezeichnend für den Eindruck des Todes der Prinzessin und die Auffassung der nunmehrigen Stellung des Prinzen im englischen Volk ist folgende Stelle aus Bollmann's Briefen bei Varnhagen. Denkwürdigkeiten I, 126:

Ohnehin sprachen alle Rücksichten dafür, daß er, wenn auch der Tod seine Aussichten als Gemahl der künftigen Königin zerstört hatte, doch seine in England begründeten Verhältnisse behauptete und zur Basis seiner ganzen Existenz machte. Seine öconomische Unabhängigkeit verdankte er vorzugsweise den 50,000 Lstrl., welche das Parlament ihm auf Lebenszeit verwilligt hatte. Dieses Geld im Auslande zu verzehren, wäre seiner nicht würdig gewesen, ja, wenn er es gethan hätte, so war in den damaligen aufgeregten Zeiten zu befürchten, daß er dadurch die ohnehin vorhandene Versuchung, ihm sein Jahrgeld ganz oder theilweise zu nehmen, bedenklich gesteigert hätte.

Für einen politischen Ehrgeiz war in England selbst zwar nunmehr kein Spielraum und keine Handhabe, aber wenn er an irgend eine neue politische Rolle im Auslande denken wollte, so konnte er doch von nichts sich dafür eine größere Förderung versprechen, als ihm eine festgegründete, günstige Stellung in England zu gewähren verhieß.

Er versagte sich also für jetzt eine Reise nach dem Continent, und die Folgezeit bewährte auch wieder in diesem Punkte Stockmar's richtigen Blick, der sich aus einer Verbindung von gesundem Gefühl und geradem Verstand ergab.

---

„Der Tod der Prinzeß Charlotte hat viel ungeheuchelte Thränen fließen gemacht. Meine Töchter konnten viele Tage durch die gewohnte Herzensruhe nicht wiederfinden und diese Stimmung war allgemein. Das schöne Beispiel einer moralisch reinen und höchst glücklichen Existenz hatte für die Prinzessin und den Prinzen ein sehr großes allgemeines lebhaftes Interesse erweckt, dem viele, nun zerstörte Hoffnungen sich anschlossen. Prinz Coburg steht schön vor der Nation da. Wenn er in der öffentlichen Meinung die Association mit der geliebten Verstorbenen nicht unterbricht und hervorstechend der edle Mann von unbescholtenen Sitten bleibt, so können, meiner Meinung nach, weitere Ereignisse seine Tage sehr bedeutend machen."

Viertes Capitel.

## Heirath des Herzogs von Kent, Geburt der Prinzeß Victoria, Tod des Herzogs. 1818 bis 1820.

Die lange Periode vom Tode der Prinzeß Charlotte bis zur Thronbesteigung des Prinzen Leopold in Belgien verfloß für Stockmar, obschon sie ihn social zu einer höheren Stufe emporführte und so sehr sie ihn auch in Bezug auf Welt-, Menschen- und Geschäftskenntniß, politische Bildung und Charakterentwicklung förderte, doch bis gegen ihr Ende ohne bemerkenswerthe äußere Erlebnisse.

Auch bieten für diesen Zeitraum seine Papiere verhältnißmäßig geringe Ausbeute. Wir theilen zunächst aus Stockmar's Aufzeichnungen ein Bruchstück mit, überschrieben:

### Die Heirath des Herzogs von Kent, die Geburt der Prinzeß Victoria und der Tod des Herzogs.

Der Tod Prinzeß Charlotten's hatte den jüngeren Söhnen Georg's III. mit der Aussicht auf den Thron den Wunsch sich zu vermählen gegeben. Bereits vermählt waren damals nur der Herzog von York, dessen Ehe aber kinderlos blieb, und der Herzog von Cumberland, dem das erste lebende Kind erst 1819 geboren wurde.

Die übrigen drei Brüder heiratheten denn wirklich schon im folgenden Jahre, 1818, und zwar der Herzog von Cambridge am 7. Mai eine Prinzessin von Hessen-Kassel, die Herzöge von Clarence und Kent an ein und demselben Tage, dem 11. Juli, der erstere eine Prinzeß von Meiningen, der zweite eine Schwester des Prinzen Leopold, die verwittwete Fürstin von Leiningen.

Der Herzog von Kent, damals einundfünfzig Jahre alt*), war ein großer stattlicher Mann, von militärischer Haltung, schon zu großer Corpulenz neigend. Trotz einer den ganzen oberen Theil des Kopfes einnehmenden Glatze und der gefärbten Haare, konnte er noch immer für einen schönen Mann gelten. Sein Anzug war einfach aber gut, und von gesuchter Reinlichkeit. Er hatte viel von Welt und Menschen gesehen. Mit Anstand und Leichtigkeit benahm er sich in Gesellschaft, war absichtlich höflich und verbindlich, und, da er die Gabe der Rede in nicht geringem Grade besaß, so drückte er sich im Englischen und Französischen mit einer gewissen Beredtsamkeit und Nettigkeit aus. Sein Mienenspiel verrieth Berechnung. Er war nicht ohne Fähigkeit, nicht ohne Bildung, und von großem Thätigkeitstrieb. Seine Untergebenen klagten über seine Strenge und pedantische Ordnungsliebe. Die Regulirung seiner Finanzen, die Vervollkommnung dessen, was die Engländer häuslichen Comfort und häusliches System nennen, und eine wahrhaft großartig ausgedehnte Betriebsamkeit der Protection Anderer und Verwendung in fremden Angelegenheiten — er empfing beinahe jedermann, der ihn sehen und seine Hülfe in Anspruch nehmen wollte — bildeten seine Beschäftigung. Der Herzog war sich wohl bewußt, nur geringen Einfluß zu besitzen. Dies hielt ihn nicht ab, die an ihn gelangenden Gesuche, wenn nur irgend möglich, befürwortend an die Behörden gelangen zu lassen, so daß sein Name von den Beamten aller Departements mit Seufzen genannt wurde. Für diese Zwecke

---

*) Eduard, Herzog von Kent, der am 2. November 1767 geborene vierte Sohn Georg's III.

unterhielt er eine lebhafte und sehr ausgebreitete Correspondenz, die drei bis vier Privatsecretäre kaum im Stande waren zu bewältigen. Liberale politische Grundsätze waren damals in England in der Minorität, und wenn der Herzog sich dazu bekannte, so begreift sich, warum die ganze damals herrschende und mächtige Partei ihn hassen mußte. Auch das Verhältniß zu seinen Herren Brüdern war ein sehr unfreundliches.

Die verwittwete Fürstin von Leiningen*), mit der der Herzog sich vermählte, war von mittlerer Größe, stark und voll, doch gut gewachsen, mit schönen braunen Haaren und Augen, dazu von großer jugendlicher Frische, von natürlicher Heiterkeit und Freundlichkeit, alles in allem eine reizende und liebliche Erscheinung; auch liebte sie den Putz, und kleidete sich gut und mit Geschmack. Die Natur hatte sie mit warmem Gefühl begabt, und vom Gemüth aus war sie der Wahrheit, der Liebe und Freundschaft, der Uneigennützigkeit, dem Mitleiden, ja selbst der Großmuth natürlich zugewendet.

Der Herzog zeigte sich als ein gefälliger, höflicher, ja galanter Ehemann. Gleich nach der Vermählung schlug er seinen Wohnsitz in dem fürstlich Leiningenschen Residenzschloß zu Amorbach in Bayern auf. Er lebte des festen Vertrauens, daß er auf den Thron kommen und daß die Herzogin ihm Erben geben werde. „Meine Brüder," sagte er oft, „sind weniger gesund als ich, ich habe regelmäßig gelebt, ich überlebe sie alle; der Thron wird an mich und an meine Kinder kommen." Als sich die Herzogin guter Hoffnung befand, war demgemäß der sehnlichste Wunsch ihres Gemahls, daß sein Kind, in seinen Augen der künftige Thronerbe, in England selbst geboren werden möge. Finanzielle Gesichtspunkte ließen jedoch die Reise und den dortigen Aufenthalt schwierig erscheinen. Vergebens wurden die Herren Brüder angerufen, bis sich endlich helfende Freunde fan-

*) Victoria, Tochter des Herzogs Franz von Sachsen-Coburg, geboren 17. August 1786, vermählt in erster Ehe 1803 mit dem 1814 verstorbenen Fürsten von Leiningen.

den. So ging denn der Herzog mit seiner Gemahlin im Frühjahr 1819 nach England, und kurz nachher wurde ihm eine hübsche Prinzessin, rund wie ein gefülltes Täubchen, geboren. Er hatte große Freude an dem Kinde und zeigte es gern und häufig seinen Genossen und Vertrauten mit den Worten: „Nehmt sie in Acht, denn sie wird Königin von England.“ Gegen Ende desselben Jahres ging der Herzog mit seiner Familie an die Seeküste nach Sidmouth, um, wie er sich ausdrückte, den Winter zu betrügen. Es war ihm eine Voraussagung zugekommen, daß im Jahre 1820 zwei seiner Familie sterben würden; er war weit entfernt dies auf sich zu deuten*). Auf einem Spaziergang zog er sich Ernässung und Erkältung zu, die Folge war eine heftige Lungenentzündung, die bald eine gefährliche Wendung nahm. Am Tage vor seinem Tode kam der General Wetherall, ein alter Diener und Freund des Herzogs, an. Er legte uns Aerzten die Frage vor, ob es nachtheilig sein könne, mit dem Herzog von der Unterzeichnung eines Testaments zu sprechen. Um diese Frage entscheiden zu helfen, führte mich die Herzogin um 5 Uhr Abends zu dem Kranken. Ich fand ihn halb im Delirium und erklärte der Herzogin, daß hier menschliche Hülfe vorbei sei und daß in Bezug auf das Testament die Frage nur die sein könne, ob es möglich sein werde, den Herzog so weit zu vollkommener Besinnung zu erwecken, daß jener Act legale Kraft bekomme. Hierauf ging Wetherall zum Herzog und die Gegenwart des Jugendfreundes hatte eine merkwürdig belebende Wirkung auf das sterbende Nervensystem. Wetherall hatte den Herzog kaum angeredet, als dieser vollkommen zu sich kam, sich nach verschiedenen Dingen und Personen erkundigte und sich sein Testament zweimal vorlesen ließ. Die letzten Kräfte zusammenraffend, schickte er sich an, es zu unterzeichnen. Mühsam malte er das „Edward“ darunter, betrachtete aufmerksam die einzelnen Buchstaben, und fragte, ob auch

*) Am 23. Januar 1820 starb der Herzog und am 29. Januar sein Vater Georg III.

die Unterschrift deutlich und leserlich sei. Dann sank er erschöpft zurück auf das Kissen. Am folgenden Morgen hatte er aufgehört zu leben.

Die arme Wittwe war, bei der großen Schuldenmasse des Herzogs im Augenblick seines Todes, in übler Lage. Ihr Bruder Leopold machte es ihr möglich, nach Kensington zurückzukehren, wo sie fortan der Erziehung ihres Kindes, der jetzigen Königin Victoria lebte.

---

Fünftes Capitel.

## Die Candidatur Prinz Leopold's zum griechischen Thron.

Die Angelegenheit der Candidatur des Prinzen Leopold zum griechischen Thron erstreckte sich über die Jahre 1829 und 1830. In dieser war Stockmar der hauptsächliche Vertraute seines Herrn*), und, wie sich aus einzelnen Stellen der Briefe an seine Familie ergiebt, von den darauf bezüglichen Geschäften oft stark in Anspruch genommen. Ueber die fraglichen Verhandlungen selbst, und sein Eingreifen in den Gang derselben, findet sich in seinen Papieren wenig Material. Doch liegen Aufzeichnungen nach seinen Mittheilungen über die Stellung vor, die er zu einigen Hauptpunkten in jener Angelegenheit genommen. Das Verhalten des Prinzen in dieser Sache und deren Ausgang ist indeß der Gegenstand so abweichender, oft ungünstiger, großentheils auch unrichtiger Beurtheilungen gewesen und Stockmar ist dabei so nahe betheiligt, daß wir nicht umhin können, die griechische Angelegenheit in jener Richtung zu erörtern. Die dem englischen Parlament vorgelegten Actenstücke (Communications with H. R. H. Prince Leopold relating to the

*) Vergleiche Depesche des Fürsten Lieven vom 28. Mai 1830: Recueil de documens relatifs à la Russie. Paris 1854, p. 627.

Sovereignty of Greece und Further communications relating to the Sovereignty of Greece in den State Papers Session 1830, vol. 32) bieten dabei eine ausreichende sichere Grundlage und mündliche Aeußerungen Stockmar's gewähren zum Theil einen Anhalt.

Vorweg jedoch theilen wir aus dem uns vorliegenden Tagebuch von Stockmar's jüngerem Bruder Carl einiges bisher Unbekannte mit über die ersten Verhandlungen zwischen Leopold und Capodistrias, also über die Vorgeschichte jener griechischen Candidatur.

Die ersten Eröffnungen in Betreff dieser wurden dem Prinzen, wie er in seinen öfter angeführten Erinnerungen (The early years p. 393) selbst erzählt, im Jahre 1825 gemacht. Zwei Griechen waren damals beauftragt, sich mit ihm ins Einvernehmen zu setzen. Sie traten zugleich auch in Beziehung zu Canning, der jedoch dem Prinzen rieth, nicht näher auf die Sache einzugehen, weil er den Stand der Dinge in Griechenland noch zu verwirrt fand und der Meinung war, Leopold werde nützlicher in England sein.

Auf diesen verfehlte der ideale Nimbus, der damals Griechenland in den Augen der Welt umgab, nicht seine Wirkung, wobei die Phantasie und ein gewisser romantischer Zug des Prinzen stark ins Spiel kamen.

Es war ihm deshalb nicht unerwünscht, als das Jahr 1829 erneute Anregungen brachte.

Schon zu Ende 1828 oder Anfang 1829 scheinen die Gesandten der drei Mächte, Rußland, Frankreich und England bei der Pforte, welche Constantinopel nach der Schlacht von Navarin verlassen hatten, den Präsidenten Capodistrias befragt zu haben, wen er zum Fürsten Griechenlands empfehlen könne. Aller Wahrscheinlichkeit nach geschah dies bei ihren Conferenzen zu Poros, deren Ergebniß das Protocoll vom 12. December 1828 enthält, worin die Gesandten ein erbliches Regiment für Griechenland vorschlagen. Gervinus VI, 469. Capodistrias bezeichnete den Prinzen Leopold, den er seit lange kannte. In der Zeit vom November 1828 bis März

1829 hielt sich sodann der Prinz in Neapel auf und hatte hier Gelegenheit, mit den Gesandten von jenem Vorschlag Capodistrias zu sprechen, die sich darüber auf eine günstige Weise äußerten. Er war bereits sanguinisch entschlossen, eventuell dem Rufe nach Griechenland zu folgen; hegte aber den natürlichen Wunsch, daß eine förmliche Aufforderung von dort aus an ihn ergehen möchte. In diesem Sinne sandte er Anfang Mai 1829 den Bruder seines Vertrauten, Carl Stockmar, mit einem Brief an den Präsidenten.

Zum gehörigen Verständniß des Folgenden muß man sich vergegenwärtigen, daß nicht lange vorher, am 22. März*), die drei Mächte auf der Londoner Conferenz folgende Beschlüsse gefaßt hatten:

1. Griechenland soll unter der Souveränität der Pforte, der es Tribut zu zahlen hat, von einem erblichen, christlichen Fürsten regiert werden; dieser darf kein Prinz aus den regierenden Familien der verbündeten Staaten sein und die erste Wahl soll durch Einverständniß der drei Höfe und der Pforte erfolgen.
2. Die Nordgrenze Griechenlands soll von dem Golf von Vola nach dem von Arta laufen; die Insel Euboea und die Cycladen gehören zu Griechenland.
3. Die Griechen haben zunächst die Feindseligkeiten einzustellen und ihre Truppen von jenseits des Isthmus zurückzuziehen.

Am 26. Mai langte der Abgesandte in Aegina an.

„Am 27.," schreibt er, „erhielt ich die Weisung, mich um 12 Uhr beim Präsidenten einzufinden. Ich gab meinen Brief ab. Nachdem er ihn gelesen hatte, sagte er mir:"

„„Ich halte was ich einmal versprochen habe. Die Gesandten waren verwundert, als ich ihnen den Prinzen vorschlug. Sie glaubten wahrscheinlich, ich würde einen Andern vorschlagen. Sie woll-

*) Protocoll vom 22. März 1829. Vgl. Mendelsjohn Capodistrias S. 205 ff.

ten, daß ich mich schriftlich äußern sollte, ich habe es aber abgelehnt. Mein Ehrgeiz ist, dem Lande dauernde Institutionen zu geben.""

„Ich ergriff darauf das Wort und sagte folgendes:"

„„Der Prinz hat die Gesandten der drei Mächte in Neapel gesprochen. Die Gesandten haben Ihrem Vorschlag Beifall gezollt und sich auf eine für den Prinzen schmeichelhafte Weise darüber geäußert. Die Männer, von denen die Regierungen Vorschläge erwarten, sind mithin einig, und der Augenblick der Entscheidung rückt heran.""

„„Der Prinz ist entschlossen dem Rufe zu folgen, jedoch nur unter zwei Bedingungen. Die erste ist, daß man Griechenland die Grenzen gebe, die ihm nöthig sind, um eine Stelle im europäischen Staatenverein einzunehmen und sich diesem nützlich zu machen. Die andere, daß er gegründete Hoffnung habe, den materiellen und geistigen Zustand eines Volkes zu heben, welches durch lange Sklaverei heruntergekommen zu sein scheint. Aber selbst wenn der Prinz über beide Punkte beruhigt wäre, könnte er auf die Mittheilung der Gesandten hin nicht zu den Mächten gehen und sagen: „hier bin ich, ich will es unternehmen," sondern Griechenland muß die nöthigen Schritte thun, um die Mächte zu veranlassen, sich mit dem Prinzen zu verständigen, indem es ihn von denselben zum Regenten verlangt. Der Prinz wünscht, daß dies sobald als möglich geschehe. Fordern die Mächte den Prinzen alsdann zu einer Erklärung auf, so ist es natürlich, daß er die Bedingungen ausspricht, unter welchen er die Krone anzunehmen für gut finden wird. Der Prinz wird sie im Interesse Griechenlands machen, und ich zweifle nicht, daß es ihm gelingen wird, die sich entgegenstehenden Meinungen der Mächte zu vereinigen.""

„Der Präsident erwiderte:"

„„Die Bemerkungen, welche Sie mir machen, sind mir sehr angenehm. Gern würde ich die Hand bieten, den Wunsch des Prinzen zu erfüllen, wäre nicht der Inhalt des Protocolls vom 22. März

ein unübersteigliches Hinderniß. Nach demselben läßt man Griechenland keine Stimme, weder bei der Wahl seines künftigen Regenten, noch bei der Bestimmung des zu seiner Vertheidigung nöthigen Umfangs. Griechenland, wie dessen Grenzen ausgesprochen sind, d. h. ohne Samos und Candia, kann nicht wohl bestehen. Würde die Pforte in die verlangte Abtretung willigen und Samos und Candia nicht mit Griechenland vereinigt, so ist mein Entschluß eher abzutreten, als einen solchen Vertrag zu unterschreiben, weil ich nicht Zeuge des Elends sein will, welchem das Land unter diesen Umständen ausgesetzt sein würde. Indessen wird die Pforte gutwillig nichts abtreten, und ich hoffe, daß ihre Weigerung die Mächte zu einem ihrer würdigeren Entschluß bringen soll. Ich bitte den Prinzen, seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß man zu dem, im Protocoll vom 22. März bestimmten Gebiet, noch die Inseln Samos und Candia füge. Gegen eine solche Concession würde sich Griechenland eine monarchische Form geben, und alsdann einen König mit Zustimmung der Mächte wählen.""

„Ich erwiderte:

Daß der Prinz seinen Einfluß gern gebrauchen würde, der griechischen Sache zu dienen, daß aber ohne eine bestimmte Aufforderung von Seiten des Landes dies für ihn äußerst schwierig sein dürfte."

„Er besann sich einen Augenblick, und sagte dann:

„„Ich kann nichts thun, als gegen den Inhalt des Protocolls vom 22. März protestiren.""

„Ich bat ihn, dem Prinzen seine Gedanken schriftlich mitzutheilen und empfahl mich."

Unter dem 30. Mai heißt es sodann im Tagebuch:

„Abends 7 Uhr begab ich mich zum Präsidenten, um meine Depeschen zu empfangen. Er las mir sein Memorandum an den Prinzen vor, und stellte es mir dann zu. Der Präsident wiederholte, daß er den durch mich ausgesprochenen Wunsch nicht erfüllen

könne, und setzte hinzu, daß der Prinz bei meiner Abreise den Inhalt des Protocolls vom 22. März wahrscheinlich nicht gekannt habe. Ich versicherte ihm das Gegentheil, und sagte, daß ich nicht recht begreifen könne, warum Griechenland Anstand nehmen sollte, den Mächten den Wunsch auszudrücken, daß sie ihm den Prinzen zum Regenten geben möchten, nachdem die Gesandten sich schon dafür ausgesprochen."

„Er antwortete:"

„„Ich könnte der bevorstehenden Versammlung in Argos unstreitig den Vorschlag machen, und ich zweifle nicht, daß sie ihn unter der Bedingung annehmen würde, daß der Prinz Samos und Candia mitbringe, aber dieses Verfahren würde zu entschieden gegen den Inhalt des Protocolls vom 22. März und vielleicht für Griechenland von nachtheiligen Folgen sein. Ich verwickle mich zu sehr, wenn ich ohne dringende Noth dem Willen der Mächte entgegen handle (contrarie les Puissances).""

„Ich bat ihn, mir näher zu erklären, worin jener Nachtheil bestehen könne. Er ließ sich aber nicht darauf ein, sondern fuhr fort:"

„„Sollte Samos und Candia nicht mit Griechenland vereinigt werden, so kann ich dem Prinzen auch nicht zur Annahme der Krone rathen. Die Griechen werden nicht gerne einen Prinzen an ihrer Spitze sehen, der unter anderen Bedingungen kommt. Samos hat seit acht bis neun Jahren keinen Feind gesehen. Sollte diese Insel wieder unter die Botmäßigkeit der Türken kommen, so müßte die Bevölkerung nothwendigerweise auswandern; sie würde sich nach dem Peloponnes begeben, die Seeräuberei aufs neue beginnen und ein immerwährender kleiner Krieg die Folge sein. In Bezug auf Candia würden ungefähr die gleichen Umstände eintreten. Hat die Vorsehung den Prinzen zum Regenten des Landes bestimmt, so wünsche ich, daß er nicht sogleich eine Constitution geben, sondern eine solche versprechen möge. Augenblicklich sind die Griechen nicht reif dazu;

ich zweifle aber nicht, daß man nach Verlauf von fünf bis zehn Jahren mit der Nation darüber wird sprechen können.""

Das Vorstehende ist Alles was Carl Stockmar's Tagebuch über seine Sendung an Capodistrias ergiebt. So weit es reicht, ist es jedoch in mehrfacher Hinsicht von Belang.

Erstens zeigt jener Bericht, daß Capodistrias selbst schon Ende 1828 oder Anfang 1829 (wahrscheinlich schon bei den Conferenzen in Poros), den Mächten den Prinzen Leopold als Candidaten empfohlen hatte. Dadurch und durch den sonstigen Inhalt der Relation ergänzt und berichtigt sich, was Mendelssohn in seinem Buche über Capodistrias S. 267 in Betreff der Anknüpfung mit diesem durch Stockmar's Bruder erzählt.

Der Brief des Prinzen vom 24. März, den Carl Stockmar überbrachte *), beschränkte sich, der Vorsicht wegen, darauf, „um Aufklärung über Griechenlands Zukunft" zu bitten und eine zarte Besorgniß für die Gesundheit des Präsidenten auszudrücken und Capodistrias' Antwort vom 30. Mai sprach sich aus dem gleichen Grunde über den künftigen Monarchen Griechenlands und die Anforderungen an ihn nur hypothetisch und allgemein aus. Alles dies war aber blos Hülle. Der in den mündlichen Verhandlungen zu Tage kommende Kern war ein ganz anderer als blos behutsames Tasten von Leopold's Seite und vorsichtiges prophylactisches Verfahren Capodistrias' gegen einen von ihm gewitterten Nebenbuhler. Die Situation war schon weiter vorgeschritten. Der Präsident selbst hatte Leopold bereits als Candidaten empfohlen, Leopold war zur Annahme bereit und wünschte nur eine Demonstration zu seinen Gunsten von Griechenland aus zu bewerkstelligen, worauf der Präsident nicht eingehen wollte — das ist kurz das Ergebniß des Berichts von Carl Stockmar.

Die Art nun, wie Capodistrias sich dem vom Prinzen ihm ge-

*) S. Bétant Corresp. du Comte Capodistrias III, p. 152.

äußerten Wunsch entzieht, giebt zu manchen Betrachtungen Anlaß. Ueberblickt man die von Gervinus VI, S. 545 ff. und von Mendelssohn S. 272 zusammengestellten Thatsachen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Capodistrias in seinem Verhältniß zu Leopold durchaus zweideutig, doppelzüngig und hinterhaltig war. Das diplomatische Gespinnst des Präsidenten erscheint durch die in Carl Stockmar's Bericht aufbewahrte Thatsache nur noch verworrener, daß Capodistrias selbst den Mächten Prinz Leopold empfohlen hatte. Capodistrias' geheimer Ehrgeiz und sein Selbstgefühl reagirten beständig unter der Hand gegen den fremden Prinzen, den er selbst zum Regenten Griechenlands vorgeschlagen. Diesen geheimen Empfindungen mußte es denn auch durchaus widerstreben, ein offenes Aussprechen der Volksvertretung für Leopold hervorzurufen, von der er, wie seine Einwirkung auf die Wahlen und die Manöver seiner Anhänger auf dem Nationalcongreß nachmals bewiesen (Mendelssohn S. 213 ff. Prokesch v. Osten II, 368), selbst auf den Schild gehoben zu sein wünschte. Besonders charakteristisch ist es dabei, daß er dem Prinzen räth, die griechische Krone nicht ohne Samos und Candia anzunehmen, welche zu erlangen er doch selbst keine Hoffnung sah. Vergl. Gervinus S. 550. Vom rein objectiven Standpunkte des griechischen Interesses hätte sich damals vielleicht geltend machen lassen, daß ein sofortiges Aussprechen zu Gunsten der Candidatur des Prinzen Leopold's keinen Nutzen habe. Für das Land war das Erste und Wichtigste, wie, in welchen Grenzen und unter welchen Modalitäten der Türkei gegenüber es constituirt werden sollte; die Frage nach der Person des Herrschers, so lange man noch nicht wußte, worüber und mit welcher Machtbefugniß er herrschen sollte, erst ein Zweites. Die in dem Protocoll vom 22. März aufgestellten sachlichen Bedingungen der Constituirung Griechenlands waren oder schienen den Griechen nach manchen Seiten nicht günstig genug. In einem Zeitpunkt nun, wo die Großmächte noch auf jenem Protocoll standen, sich über die Personenfrage auszusprechen,

konnte um so mehr verfrüht erscheinen, als sich doch schon vorhersehen ließ, daß das Protocoll, das sich selbst nicht als Ultimatum darstellte, nicht das letzte Wort der Mächte bleiben würde, die Griechen vielmehr eine neue Wendung vom Fortgang des russisch-türkischen Krieges erwarten durften.

Auf der anderen Seite ließ sich sagen, daß Leopold nicht nur von allen Bewerbern (siehe deren Verzeichniß bei Gervinus VI, 533) ohne Zweifel der Tüchtigste*), sondern auch vermöge seiner Stellung zu der den Griechen am meisten abgeneigten Macht, England, am meisten in der Lage war, in den ferneren Verhandlungen für Griechenland die verhältnißmäßig günstigsten Bedingungen zu erlangen. Wer aber dies auf griechischer Seite einsah, der mußte auch consequenter Weise dem natürlichen Wunsch des Prinzen förderlich sein, durch ein baldiges Aussprechen des griechischen Volkes für ihn seinen Concurrenten den Rang abzulaufen. Daß ein solches Aussprechen den Interessen Griechenlands nachtheilig werden könne, war eine leere Ausflucht Capodistrias'. Wenn er gegen Carl Stockmar vorgiebt, eine Erklärung der Nationalversammlung für die Candidatur des Prinzen unter der Bedingung, daß er Samos und Candia mitbringe, würde als zu sehr abweichend vom Protocoll vom 22. März die Mächte vor den Kopf stoßen (contrarier), so könnte das Anstößige doch nur in den geforderten Grenzen gelegen haben. Aber was that Capodistrias bald darauf? Er ließ die von ihm völlig abhängige, ganz seinen Eingebungen gehorsame Nationalversammlung von Argos, die vom 23. Juli bis 18. August tagte, gegen die Be-

*) „Die Wahl Ew. K. H.," schreibt nachmals Stein an den Prinzen, „hat den Wünschen aller Freunde Griechenlands entsprochen, weil sie einen Fürsten traf, der mit hoher Geburt ruhige, ernste Besonnenheit, eine durch Theilnahme an den Zeitbegebenheiten gebildete Geschäftserfahrung verbindet, der eine die Gemüther gewinnende, die Leidenschaften besänftigende Milde besitzt, der mit den politischen Institutionen constitutioneller Länder bekannt ist, der endlich von Fremden unabhängig ist und daher die Interessen seines Landes ausschließlich zu berücksichtigen sich im Stande sieht." Pertz Leben Stein's VI, 2, S. 860.

stimmungen des Protocolls vom 22. März Einsprache thun und das von der Nationalversammlung von Epidauros im Jahre 1826 geforderte Gebiet verlangen, nämlich, außer dem Peloponnes und dem Festlande, auch Euboea, Candia, den Archipel und alle Provinzen, welche die Waffen ergriffen und sich der griechischen Regierung unterworfen hatten. So ist denn die Relation von Carl Stockmar ein neuer Belag dafür, daß Capodistrias ein falsches Spiel gegen den Prinzen spielte.

Einige Monate später (14. September 1829) sicherte der Friede von Adrianopel die Existenz Griechenlands, indem der Sultan darin dem Londoner Tractat von 1827 und dem Protocoll vom 22. März beitrat. Die Londoner Conferenz begann nun von Neuem ihre Thätigkeit, um die Bedingungen, unter denen Griechenland bestehen sollte, definitiv festzusetzen. Das Resultat der monatelangen Verhandlungen war das Protocoll vom 3. Februar 1830, welches gegenüber dem Märzprotocoll für Griechenland einerseits günstiger war, insofern es ihm die volle Unabhängigkeit unter einem christlichen Erbfürsten gewährte, anderseits ungünstiger, sofern es die Grenzlinie ungefähr diagonal, von der Mündung des Aspropotamos nach der des Sperchius, durch Livadien legte und etwa ein Drittheil dieser Provinz der Türkei ließ. In einem zweiten Protocoll, von demselben Tage, boten die Mächte den griechischen Thron dem Prinzen Leopold an und wir haben nun zunächst rückgreifend die Hauptmomente in der weiteren Entwicklung seiner Candidatur seit dem Frieden von Adrianopel vorzuführen.

Rußland erwies sich dem Prinzen früh günstig, am 20. November 1829 erlangte er auch (s. Brief von Aberdeen vom 31. Januar 1830 in den dem Parlament vorgelegten Communications with H. R. H. Prince Leopold) die Zustimmung des Königs von Frankreich. Größere Schwierigkeiten bestanden in England.

König Georg IV., erzählt Leopold selbst in seinen Erinnerungen, war damals bedeutend unter dem Einfluß seines Bruders, des

Herzogs von Cumberland (des späteren Königs Ernst August von Hannover), welcher gegen das Ministerium des Herzogs von Wellington die bitterste Opposition unterhielt. Er hatte in der griechischen Sache seinen eigenen Candidaten, den Herzog Carl von Mecklenburg, Bruder der Herzogin von Cumberland, den er durch den König Georg IV. nachdrücklich unterstützen ließ, während das englische Ministerium anfangs den Prinzen der Niederlande vorschlug. Im Januar 1830 jedoch machte es die Candidatur des Prinzen Leopold zu der seinigen und zwang den König, sie zu genehmigen, indem es andernfalls seine Entlassung zu nehmen drohte. Dies war, wie Leopold selbst sagt, ein Unglück für die griechische Angelegenheit, da es dem Prinzen unmöglich machte, einem Cabinet, das seine Existenz um dessen Candidatur gewagt hatte, diejenigen Bedingungen mit rücksichtsloser Energie abzudringen, welche das Interesse Griechenlands erfordert haben würde.

Aber, es läßt sich nicht läugnen, dieses ungünstige Verhältniß hing mit dem allgemeineren Uebelstand zusammen, daß Leopold, gegen den entschiedenen Rath Stockmar's, zu der griechischen Sache nicht von vornherein eine ganz correcte Stellung eingenommen hatte.

Für ihn scheint die Aussicht auf den griechischen Thron einen solchen Zauber gehabt zu haben, daß er damit anfing, sich lebhaft und betriebsam um denselben zu bewerben, daß er dem englischen Ministerium gestattete, sich für seine Candidatur zu compromittiren und erst dann, nachträglich, die Schwierigkeiten des Unternehmens gründlich erwog, erst dann, nachträglich diejenigen Bedingungen von den Mächten zu erlangen strebte, von denen er, wie ihm Stockmar gerathen hatte, gleich anfangs seine Candidatur hätte abhängig machen müssen.

Diese Schiefheit der Stellung zeigte sich schon im Januar 1830, ehe noch dem Prinzen der griechische Thron von den Mächten officiell angeboten und der Inhalt des Protocolls vom 3. Februar formell festgestellt war. Der Sache nach war man jedoch in bei-

derlei Hinsicht bereits einig. Da, am 30. Januar, äußerte der Prinz mündlich gegen Lord Aberdeen, er sei nicht geneigt anzunehmen, wenn nicht dem von den Mächten zugestandenen Gebietsumfang noch Candia zugelegt würde. Die sehr derbe Antwort Aberdeen's vom 31. Januar (Communications p. 1) ist bezeichnend für die Situation. „Von Candia, sagte der Lord, ist bisher nie und nirgends die Rede gewesen. Trotz Alles dessen was bisher verhandelt worden ist, steht Ihnen zwar noch frei abzulehnen, aber die Verweigerung Candias könnte diesen Entschluß nicht erklären. Erwägen Sie, wie ein solches Verfahren mit Ihrer Würde und dem Ruf der Consequenz vereinbar ist. Die Mächte haben nicht die Absicht mit Ihnen zu verhandeln. Sie erwarten eine einfache Annahme ihres Antrags und würden eine bedingte Annahme als Ablehnung betrachten."

Die richtige Antwort hierauf wäre gewesen, mit aller Entschiedenheit und Schärfe zu sagen: „Sie erkennen selbst an, daß ich noch nicht gebunden bin; ich werde also den eventuellen Antrag der Mächte beantworten, wie ich es für recht finde und wenn meine Antwort in einer nur bedingten Annahme bestehen sollte, so muß ich es den Mächten überlassen, dies für eine Ablehnung zu erklären."

Allein der Gedanke einer eventuellen Ablehnung scheint dem Prinzen damals noch ganz fern gelegen zu haben und so antwortete er denn am 3. Februar, unseres Erachtens nicht entschieden genug, alles Vorangegangene habe ihn bis jetzt zu der Erwartung berechtigt gehabt, daß er schließlich diejenige, sei es bedingte, sei es unbedingte, Antwort würde ertheilen können, die ihm nach reiflicher Ueberlegung zweckmäßig dünke und er könne nicht glauben, daß es die Absicht der Mächte sei, den künftigen Beherrscher Griechenlands mit unbedingter Preisgebung nicht nur seiner selbst, sondern auch seiner Pflichten gegen Griechenland unter ihre Gebote, beginnen zu lassen.

Auffallen muß der gereizte Ton Lord Aberdeen's in der Correspondenz mit Leopold. Er hängt mit folgenden Umständen zusammen. Unter den politischen Männern hatte der Prinz nämlich nähere

persönliche, übrigens von seiner verstorbenen Gemahlin ererbte Beziehungen, gerade mit hervorragenden Mitgliedern der Opposition, namentlich mit den Lords Durham, Dover, Palmerston, Brougham, Lansdowne und mit Mr. Ellice und Mr. Abercromby, dem nachmaligen Lord Dunfermline. Es war kein Geheimniß, daß er besonders Durham in allen wichtigen Dingen zu Rathe zog; ja aus den „Erinnerungen des Königs Leopold“ im Buch der Königin Victoria *) scheint hervorzugehen, daß er für die griechische Sache auch von dem Wirken der Opposition im Parlament Hülfe erwartete. Das Tory-Ministerium, dem Prinzen ohnehin nicht besonders günstig gesinnt, wurde durch dessen Zusammenhang mit der Opposition, wie sich leicht begreift, empfindlich und mißtrauisch. In seinem Briefe vom 31. Januar 1830 giebt daher Lord Aberdeen deutlich zu verstehen, daß Leopold sich von Gegnern des Ministeriums berathen lasse **).

Noch immer war es möglich, daß der Prinz seine Annahme von bestimmten Bedingungen abhängig machte und in der That versuchte er dies, als ihm die Protocolle vom 3. Februar mit dem Anerbieten der griechischen Fürstenkrone officiell mitgetheilt wurden.

Am 11. Februar richtet er an die Bevollmächtigten der Conferenz ein Schreiben (Communications p. 12), worin es heißt:

„Il s'empresse d'accepter la carrière utile et honorable que les Hautes Puissances lui offrent. Cependant ce serait mal répondre à la confiance qu' Elles daignent placer en lui et se rendre coupable des suites que la non-réussite de l'oeuvre . . . pourrait entraîner, s'il donnait son adhésion sans les conditions qui lui paraissent indispensables pour

*) Early Years p. 395.

**) British and foreign Shate Papers 1829 — 1830, p. 455: „However these sentiments may accord with the political objects of Persons in this country by whom Y. R. H. may have been advised etc.“

le succès de la cause qu'il doit entreprendre .... Il doit **stipuler** qu'il soit arrêté dans le Traité qui doit être définitivement conclu à Londres ou dans les Articles additionels de ce Traité ce qui suit."

Es folgen dann fünf Bedingungen:

1. Vollkommene Garantie für den griechischen Staat, sowie Versprechen des Schutzes im Fall feindlichen Angriffs,
2. Sicherung der Bewohner von Creta und Samos gegen Bedrückung und reactionäre Maßregeln Seitens der Türkei nach der Rückkehr unter deren Herrschaft,
3. Eine bessere Grenze im Norden,
4. Zusicherung von pecuniärer Beihülfe, bis Griechenlands eigene Hülfsquellen erstarkt seien,
5. Beistand alliirter Truppen, bis er selbst im Stande sei, die Armee zu organisiren.

Zum Schluß sagt der Prinz, es werde ihm zu lebhafter Befriedigung gereichen, wenn die Mächte den Griechen das Recht einräumen wollten, d'objecter contre sa personne s'ils le jugent à-propos.

Die Conferenz wollte aber nichts von Bedingungen wissen und der Prinz ließ sich bewegen, seinen Brief zurückzunehmen. Am 15. Februar fand darauf eine mündliche Besprechung zwischen ihm und den Bevollmächtigten statt und am 16. richtete er an diese eine Note (Communications p. 15), worin er sagt, nach den ihm gegebenen mündlichen Erläuterungen betrachte er

1. Den ersten seiner fünf Punkte le point I concernant la garantie comme assuré
2. le point II (Garantien für die Bewohner von Candia und Samos) comme amplement accordé
3. le point III concernant la frontière à l'ouest il remet entièrement à la considération généreuse des Hautes Puissances; in Betreff der Punkte

4. und 5. aber erklärt, daß er entschlossen sei, das ihm gewordene Anerbieten nur dann anzunehmen, wenn ihm Unterstützung an Geld und Truppen gesichert sei.

Auch diese Note ließ sich der Prinz bestimmen zurückzuziehen.

Am 22. Februar legt ihm Lord Aberdeen eine veränderte Fassung seines ersten Briefes vom 11. Februar als eine solche vor, welche der Conferenz genehm sein würde und der Prinz nimmt diese durch einen Brief an Lord Aberdeen vom 23. Februar mit der diplomatischen Wendung an, „sollten die Bevollmächtigten auf diese Modificationen viel Gewicht legen, so würde ich aus Höflichkeit (courtesy) für jene bereit sein sie anzunehmen."

Diese modificirte Fassung, welche als definitive Antwort des Prinzen, zurückdatirt auf den 11. Februar, dem Protocoll vom 20. Februar*) als Anlage folgt, unterscheidet sich von der ursprünglichen in zwei kleinen aber wesentlichen Punkten, indem

1. dasjenige, was ursprünglich als condition oder stipulation von Seiten des Prinzen bezeichnet war, jetzt bescheiden als observation auftritt und
2. der Schlußpassus über die den Griechen zu gestattenden Einwendungen gegen seine Wahl ganz weggeblieben ist.

Somit hatte sich denn der Prinz von dem richtigen Verfahren, welches darin bestehen mußte, die griechische Krone nur unter bestimmten Bedingungen anzunehmen, ganz abdrängen lassen. Er hatte formell unbedingt angenommen, und aus Bedingungen „Bemerkungen" gemacht, deren Berücksichtigung, namentlich auch im Punkte der Grenzlinie, ganz der Gnade der Mächte anheim gestellt blieb. Und die Conferenz beantwortete die „Bemerkung" des Prinzen über die Grenzbestimmung in dem Protocoll vom 20. Februar dahin: „la conférence a reconnu qu'il existait des obstacles

*) Das Protocoll vom 20. Februar muß ebenfalls zurückdatirt sein, da dessen Entwurf dem Prinzen von Lord Aberdeen erst am 22. Februar mitgetheilt wird. S. Communications p. 19.

insurmontables à revenir sur les décisions relatives à la démarcation des limites du nouvel état."

In einem Briefe vom 28. Februar an Capodistrias (Further communications relating to the Sovereignty of Greece) rechtfertigt sich Leopold mit folgender Betrachtung: „Si je n'avais pris en considération que ma position personelle j'aurais insisté sur des conditions plus favorables ou je n'aurais pas accepté. Mais la crainte de rejeter toute la question grecque dans le chaos dont elle sortait m'a fait faire le sacrifice de mes vues personelles."

Allein bald scheint ihn die übereilte Annahme des Februarprotocolls gereut zu haben.

Jeder nachträgliche Versuch des Prinzen, den verlorenen Standpunkt der Conferenz gegenüber wieder zu gewinnen, mußte indeß vergeblich sein. Einen solchen machte er am 7. März, indem er an Lord Aberdeen schrieb *), obgleich er aus Höflichkeit die von der Conferenz modificirte Fassung seiner Antwort angenommen habe, so sei seine Zustimmung zu dem Protocoll doch nur nach dem Wortlaut und Geist seiner ursprünglichen Note vom 11. Februar zu verstehen, und jede Abweichung hiervon würde ihn von allen Verpflichtungen befreien. Er drang zugleich von Neuem auf eine bessere Grenze im Norden. Lord Aberdeen's Einwand, es sei unmöglich von einem unterzeichneten und officiell dem Protocoll beigefügten Brief an einen zurückgezogenen zu appelliren, blieb unwiderleglich und Leopold mußte sich wiederum bequemen, seine letzte Zuschrift an den Lord zurückzunehmen und am 15. März eine andere, betreffend ein von den Mächten zu garantirendes Anlehen, an deren Stelle zu setzen.

Er verlangte von den Mächten ihre Bürgschaft für ein Anlehen von 60 Millionen Francs. Auch hier wieder kamen die Schwierig-

*) Communications p. 24.

keiten vorzüglich von England, das seinerseits nur eine Garantie für die Summe von 500 000 Lstrl., also $12^1/_2$ Millionen Francs, leisten wollte. Am 25. März erklärte der Prinz, wenn seine Vorschläge wegen der Anleihe-Garantie nicht angenommen würden, so müsse er entsagen. Noch während der verdrießlichen Verhandlungen über diesen Gegenstand reiste er, Anfang April, nach Paris ab und bestellte für die Zeit seiner Abwesenheit Stockmar zu seinem Geschäftsträger bei der Conferenz *).

Der Pariser Aufenthalt hatte zunächst zum Zweck für die Anleihe zu wirken. Daneben, scheint es (unser Material ergiebt darüber nichts), daß der Prinz die Hand einer Prinzessin von Orleans zu erlangen wünschte. Sie wurde ihm, nach dem Bericht des Fürsten Lieven in seiner obenangeführten Depesche vom 28. Mai, von dem französischen Hof verweigert. Wie dem auch sei, die Schwierigkeiten, mit denen er bis dahin zu kämpfen gehabt hatte, hatten ihn bereits bedeutend abgekühlt und ernüchtert. Von dieser Stimmung zeugt sein Brief vom 10. April an Stein (Pertz VI, 2, S. 866). Er spricht darin von dem seit Monaten bestandenen „harten Kampf mit bösem Willen und falsch verstandener Politik, so daß einem die Seele ordentlich verkältet wird," von den „eitelen und eigensinnigen Menschen," mit denen er zu verhandeln gehabt, von der „traurigen Weise," wie man die Grenzen bestimmt habe, von seinen Discussionen mit den Mächten über das zu garantirende Anlehen, welches „der traurige Zustand Griechenlands nöthig mache, wenn überhaupt etwas aus der Sache werden solle." Es ist möglich, sagt er, daß es hierüber zum Bruch kommt.

Ende des Monats April kehrte er auf die Nachricht von der

*) Schreiben des Prinzen an die Conferenzbevollmächtigten vom 4. April 1830 (Communications p. 30): „Le soussigné à l'honneur d'informer les P. P. . . . . qu'il a fait choix du Baron de Stockmar, gentilhomme de sa maison, pour être, en cas de besoin, son chargé d'affaires pendant son absence de Londres."

bedenklichen Erkrankung des Königs Georg IV. nach England zurück. Jetzt endlich ward ihm die Anzeige, daß die verbündeten Mächte beschlossen, ein griechisches Anlehen in dem von ihm geforderten Betrag zu garantiren. Bald darauf langte eine umfangreiche Expedition des Grafen Capodistrias an den Prinzen nebst sonstigen Briefen und Nachrichten aus Griechenland an, sämmtlich bezüglich auf die Art und Weise, wie man dort das Februarprotocoll aufgenommen. Ueberblickt man die in den Communications und Further Communications (State Papers — Affairs of Greece — vol. 32, 1830) abgedruckten Mittheilungen des griechischen Präsidenten und die Zusammenstellung der sämmtlichen damals eingetroffenen Nachrichten, wie sie Prokesch von Osten (Abfall der Griechen II, S. 397 und Mendelssohn S. 272 bis 292) geben, so läßt sich der Inhalt von dem Allen kurz dahin angeben: Laute Klagen über das Februarprotocoll, dessen Bestimmungen die Griechen nicht frei annehmen, dem sie sich nur gezwungen unterwerfen wollen — die Aufregung sei heftig, sogar ein Aufstand zu befürchten — Beschwerden, daß man den Griechen bei Feststellung ihres Schicksals keine Stimme eingeräumt, manche feindselige Aeußerungen gegen die Person des Prinzen — Seitens Capodistrias und des Senats zwar Ausdruck der Freude über seine Wahl und Annahme, aber unter gleichzeitigem Hinweis auf die „fast unübersteiglichen Schwierigkeiten," die er werde vorfinden, und mit dem Bedeuten, man könne für eine günstige Aufnahme nicht stehen, wenn er nicht unter anderem zur griechischen Religion übertrete — die Grenzbestimmungen des Protocolls und die Stipulationen über die Auseinandersetzung zwischen Türken und Griechen seien unheilvoll, nicht ohne Gewalt auszuführen — Griechenland sei beim letzten Thaler angelangt — Armuth, Elend, Entbehrung, Verzweiflung, das sei es, was der Prinz bei seiner Ankunft finden werde.

Daß dieses Gesammtbild abschreckend auf den Prinzen wirken mußte, begreift sich. Daß es auch nicht unwahr zu nennen, darüber

stimmen, bei sonst abweichenden Ansichten, namentlich über Capodistrias, Prokesch von Osten II, 410 bis 412 und Gervinus VI, 549 überein. Die nachfolgenden beinahe vierzig Jahre haben gezeigt, daß Griechenland, selbst unter günstigeren Bedingungen als damals Leopold erlangt hatte, in seinen inneren Zuständen keine glänzenden Resultate hervorgebracht hat und bis auf den heutigen Tag muß seine Entwicklungsfähigkeit zweifelhaft erscheinen.

Am 15. Mai theilte der Prinz den Conferenzbevollmächtigten die von Capodistrias erhaltenen Schriftstücke mit, indem er die daraus sich ergebenden Hauptbedenken: die in der Nichtbefragung der Griechen über ihr Geschick und in den Grenzbestimmungen begründeten Gefahren hervorhob und auf die unerfüllbaren Bedingungen, von denen Capodistrias einen ihm günstigen Empfang abhängig mache, sowie auf das Gehässige der Aufgabe hinwies, die Griechen zu einem Arrangement zu zwingen, wogegen sie sich entschieden ablehnend, ja feindselig verhielten. Er bat schließlich die Conferenz, zu erwägen, ob die von ihr getroffenen Bestimmungen, ohne große Abänderungen zu erleiden, den wahren Interessen der Mächte sowohl als Griechenlands zuträglich sein könnten und bereitete sie darauf vor, daß er der von ihm übernommenen Mission entsagen werde.

Vergebens suchten die Bevollmächtigten Leopold zu beschwichtigen. In einem Schreiben an die Conferenz vom 21. Mai *) lehnte

*) Communications p. 56. Bemerkenswerth ist, daß der russische Gesandte, Fürst Lieven, in seinem Bericht vom 28. Mai 1830 (Recueil p. 619) sagt: jusqu'ici toute la correspondance du prince avait été rédigée en français, et probablement par lui-même ou tout au plus avec l'aide de son médecin et conseiller intime, M. Stockmar (Sic! Stockmar war übrigens, wie Lieven recht gut wußte, da er häufig beim Prinzen verkehrte, schon seit zehn Jahren nicht mehr dessen Arzt). Mais sa dernière note rédigée en Anglais, et par une plume évidemment plus exercée, démontre que ses vues en Angleterre l'ayant fait dès longtems renoncer à la Grèce, il a déjà en cette occasion pris conseil de ses nouveaux alliés. Anspielung auf die Beziehungen des Prinzen zu den Männern der englischen Opposition!

er definitiv ab, indem er nochmals ausführte, das griechische Volk sei den Bestimmungen der Mächte entschieden und unwiderruflich feindlich, sich einem abgeneigten Volk aufzudrängen, sich zum Werkzeug der Ausführung eines Arrangements herzugeben, dem die Griechen widerstrebten und zu dem sie gezwungen werden müßten, das vermöge er nicht *).

Mit dem Schreiben an die Conferenz ist zu vergleichen, was Leopold unter dem 10. Juni an Stein schreibt (Pertz VI, 2, 870):

„Alles ist verdorben worden und man wird wahrscheinlich doch gezwungen sein die Grenzen zu ändern. Denn wer, wenn er ein Mann von Ehre ist, wird die Souveränetät mit der Verbindlichkeit übernehmen wollen, die Griechen aus Acarnania und Etolia zu vertreiben, in dessen ruhigem und vollständigem Besitz sie sich befinden? Von dem Augenblick an, wo sie das Arrangement als ihren besten Interessen verderblich ansahen und die Mächte nichts ändern wollten, ward es schwer, wenn nicht unmöglich, Succeß zu erwarten; man würde in der traurigen Lage gewesen sein, es keiner Partei recht zu machen, während beide versucht haben würden, die Schuld auf den Souverän zu bürden und ihn der Unfähigkeit anzuklagen. Sie haben mir dies wohl gepredigt, als wir zum letzten Mal über diesen Gegenstand sprachen, ohne hinlängliche Mittel zum Gelingen die Sache nicht zu übernehmen. Ich fälle kein Urtheil über die, die mir die Mittel unverständig abgeschnitten haben, die Plage fällt nun auf sie selbst zurück."

Der Entschluß des Prinzen ist meistens sehr herbe getadelt worden. Man hat ihn theils auf die von ihm selbst angegebenen Mo-

*) In seinem Schreiben an die Conferenz vom 21. Mai hebt der Prinz noch besonders hervor, daß er nie seinen Uebertritt zur griechischen Religion in Aussicht gestellt habe. Nach dem mündlichen Zeugniß Stockmar's hat Leopold den Griechen immer nur verhießen, daß er seine Kinder in jenem Glauben würde erziehen lassen, während er bei seiner Confession beharren werde. Ganz dasselbe Princip, nach dem er später in Belgien verfuhr.

tive hin verurtheilt, theils ihm versteckte Motive persönlichen Ehrgeizes untergeschoben.

Le prince Léopold, schreibt der russische Diplomat Graf Matuszewicz (Recueil p. 610) a montré tant d'arrière pensées tant de mauvaise foi, tant d'irrésolution que je suis de ceux qui se félicitent de ne pas le voir chargé du gouvernement d'un pays où il aurait trahi la confiance des trois cours ... puisqu'il n'est pas de difficulté qui ne l'effraie, pas d'obstacle qui ne l'arrête, pas de démarche qui ne prouve qu'il eut apporté en Grèce du dégoût, de la pusillanimité et le perpétuel regret d'avoir abandonné ses prétendues chances au poste éminent de Régent d'Angleterre. ..... C'est cette Régence qu'il n'obtiendra jamais, surtout après avoir ainsi consommé sa honte. ...... Un pareil souverain aurait fait injure à la royauté.

Der Fürst Lieven (Recueil p. 619) setzt seinem Cabinet, nur in gemäßigterer Sprache, auseinander, daß das Ablehnungsschreiben des Prinzen an die Conferenz, „cette inconcevable pièce", nur leere und leicht widerlegbare Vorwände enthalte. Der Prinz habe die Bestimmungen der Conferenz unbedingt angenommen und auf alle seine ursprünglichen Einwendungen gegen dieselbe nachträglich verzichtet. Er könne sich nicht auf das angebliche Widerstreben der Griechen gegen das Protocoll berufen, da er diesem Protocoll zugestimmt, und dieses selbst sich ausdrücklich als ein solches zu erkennen gebe, wogegen kein Widerspruch, sei es der Türken, sei es der Griechen, angenommen werde. Es sei ihm auch nicht gestattet zu sagen, daß er sich den Griechen nicht aufdrängen lassen könne, denn nach dem von ihm angenommenen Protocoll sei er eben ein denselben nöthigenfalls von höherer Gewalt auferlegter Souverain. In der ganzen Argumentation jener Note sieht Lieven nichts als „mauvaise foi", er findet darin „le cachet d'une intention cou-

pable", und zweifelt nicht, daß das wahre Motiv des Verzichts bei Leopold in dessen Hoffnung auf die englische Regentschaft liege.

Stein*) antwortet auf den Brief, wodurch ihm Leopold seinen Entschluß der Entsagung mitgetheilt:

„Als Kaiser Alexander 1812 den Kampf mit Napoleon begann, nahm er zum Wahlspruch: confiance en Dieu, courage, persévérance, union und mit

„dem gläubigen Auge, das fest und kühn zum Himmel
„empor sich rafft"

überließ er sich denen Eingebungen seines hochherzigen, edlen Gemüths, und streckte den Riesen zu Boden. Die menschliche Vernunft vermag das zunächstliegende zu erkennen, nicht das Dunkel entfernter Zukunft zu durchschauen. Hier leitet Pflichtgefühl, Vertrauen auf Gott, Entfernung von aller Selbstsucht."

Gegen Andere sprach Stein seine Unzufriedenheit mit dem Prinzen noch stärker aus.

An den Erzbischof von Cöln schreibt er (Pertz a. a. O. 932):

„Was sagen E. E. G. zu dem Betragen des Prinzen Leopold? — es ist ganz im Charakter des Marquis Peu-à-peu, wie ihn König Georg IV. nannte — statt die Schwierigkeiten zu beseitigen, statt das von ihm begonnene Unternehmen zu vollenden, zieht er feige die Hand vom Pflug, indem er die durch den nahen Tod des Königs Georg IV. sich entwickelnden Veränderungen berechnet. Ein Mann von diesem unkräftigen Charakter ist durchaus nicht geeignet, in das Leben kräftig einzugreifen. Er hat keine Farbe."

Und dann wieder an Gagern (Pertz a. a. O. 946):

„Er hatte das Gefühl, dies Unternehmen nicht bestehen zu können und warf einen Seitenblick auf seinen wahrscheinlichen Einfluß in England, den er aber wegen seiner Charakterschwäche nicht er-

*) Pertz VI, 2, S. 871.

langen, und sobald die Prinzessin Victoria heranwächst, also innerhalb sechs bis sieben Jahren, verlieren wird."

Gervinus im 6. Band seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts S. 538 pflichtet den vom Prinzen Leopold öffentlich angegebenen Gründen seines Rücktritts bei, meint aber, die wahren Motive seien dies gleichwohl nicht gewesen und sucht diese ebenfalls in der Aussicht auf eine Regentschaft in England. In einem Nachtrag zum 7. Band erklärt er, es seien ihm später Berichtigungen aus so achtunggebietender Quelle zugegangen, daß er sich vorbehalten müsse, bei einer neuen Auflage das Verhalten des Prinzen mehr aus gegenständlichen als persönlichen Gründen zu erklären. Daneben bleibt aber das bestehen, was er Bd. VI, S. 540 gesagt hatte, daß, wenn der Prinz mehr Gesundheit und Körperkraft, Jugendfrische, Selbstverläugnung und Seelengröße besessen hätte, ihn nichts in seinem ersten Entschluß wankend gemacht hätte, ihn die Schwierigkeiten und Mühsale seiner Aufgabe und das Dunkel der Zukunft nicht zurückgeschreckt, sondern nur angereizt haben würden.

Mendelssohn S. 299 urtheilt so:

Der Prinz habe, wenn er von der Verderblichkeit der von den Mächten getroffenen Bestimmungen durchdrungen war, die an solche Bedingungen geknüpfte Krone auch nicht annehmen dürfen; sein Rücktritt nach der Annahme sei nicht zu rechtfertigen. „Noch im letzten Augenblick konnte Prinz Leopold einen mannhaft großen Entschluß fassen, die Krone, weil sie eine Dornenkrone war, annehmen, und so zugleich das Netz der Ränke zerreißen, die man gesponnen hatte, um ihn von seiner Bahn zurückzuschrecken. Statt aber die Intriguen der Gegner zu vernichten, benutzte er sie, um den eigenen Wankelmuth und die plötzlich veränderten Ziele seines Ehrgeizes zu verbergen; statt die harte, doch begeisternde Aufgabe schnell und kräftig zu ergreifen, spielte er monatelang mit den Hoffnungen einer in Verzweiflung ringenden Nation, und stellte sich an, als deren wahres Organ den Präsidenten Capodistrias zu betrachten, über

dessen System die öffentliche Meinung Griechenlands schon gerichtet hatte."

Versuchen wir unsererseits die Handlungsweise des Prinzen auf Grund der beglaubigten Thatsachen gerecht zu würdigen, so müssen wir damit beginnen, einzuräumen, daß sie von Inconsequenz nicht freizusprechen ist. Darin liegt denn, daß er sich zu einem Zeitpunkt geirrt haben muß, es bleibt nur zunächst fraglich, ob am Anfang oder am Ende der Sache, bei der Annahme oder bei der Ablehnung der griechischen Mission. Andererseits liegt in der Inconsequenz nicht nothwendig ein sittlicher Tadel. Die unbeugsame Consequenz kann unter Umständen Donquixoterie oder Tollheit sein.

Vorerst fragt sich, welches denn die eigentlichen und wahren Motive der Entsagung des Prinzen waren.

Hier können wir nun zuvörderst zuversichtlich auf Grund der wiederholten und eingehenden Aeußerungen Stockmar's, über welche Aufzeichnungen vorliegen, behaupten, daß der Hinblick auf eine englische Regentschaft für den Prinzen kein bestimmender Beweggrund war.

Als der 6. Band von Gervinus erschien, sprach sich Stockmar im vertrauten Kreise lebhaft in dem Sinne aus, daß sachliche Gründe, nicht jene ehrgeizige Hoffnung damals bei seinem Herrn das Entscheidende gewesen. Es war ihm ein Anliegen, daß die Wahrheit in diesem Punkt hergestellt werde und es ist zu vermuthen, daß er die von Gervinus im 7. Band erwähnte Berichtigung angeregt habe.

Dem directen und ausdrücklichen Zeugniß Stockmar's in seinen letzten Jahren steht das indirecte Zeugniß zur Seite, welches sich aus seiner Correspondenz von 1829 und 1830 an seine Frau und an seinen Schwager, den Coburgischen nachmaligen Conferenzrath Opitz ergiebt.

Seiner Frau gegenüber sprach sich Stockmar in seinen Briefen zwar über den inneren Zusammenhang nicht aus, wenn er der griechischen Sache erwähnte. Für sie hatte diese Angelegenheit nur

insofern Interesse, als der Ausgang eine entscheidende Wirkung auf das Geschick ihres Mannes haben mußte. So schrieb er ihr denn nur kurz: es ist wahrscheinlich oder nicht, daß der Prinz Herrscher von Griechenland wird. Diese kurzen brieflichen Aeußerungen sind bezeichnend für das Auf- und Abschwanken der Wagschale der griechischen Candidatur. Am 26. November 1829 heißt es: „Der Herr glaubt an die Wahrscheinlichkeit, ich nicht" — am 18. und 25. December und am 2. Januar darauf: Die Sache sei „wahrscheinlich", am 14. Februar „höchst wahrscheinlich", am 25. Februar „der Prinz geht wirklich nach Griechenland", am 19. März ist von Schwierigkeiten die Rede, die schon zweimal den Plan scheitern zu machen drohten, und ausführlicher heißt es in einem Briefe an den Schwager Opitz vom 23 März:

„Die Bedingungen, welche der Prinz bei der Annahme der Souverainеté über Griechenland gemacht, erfahren bei ihrer praktischen Auseinandersetzung und Anwendung solche Schwierigkeiten, daß es zwar nicht wahrscheinlich, aber möglich ist, er werde am Ende sich bewogen fühlen, die Sache aufzugeben."

Vom 1. April an schreibt er dann seiner Frau mehrmals, die Sache sei ungewiß geworden, am 20. Mai, der Rücktritt des Prinzen sei wahrscheinlich, am 25. Mai, jener sei seit einigen Tagen ausgemacht.

Das Entscheidende ist, daß Stockmar schon bald nach der Mitte des März, also *einen Monat vor* der Erkrankung des Königs, welche Regentschaftshoffnungen erwecken konnte, von einem möglichen Scheitern wegen *sachlicher* Schwierigkeiten spricht. Und damit stimmt vollkommen der Brief Leopold's an Stein vom 10. April (also geschrieben *vor* dem gefährlichen Erkranken Georg's IV.) und worin er von der Möglichkeit spricht, daß es über die Frage der Grenzen und des Anlehens zum Bruch komme.

Und, zum Schluß, welcher Art waren denn diese Regentschaftshoffnungen?

Es war sehr unsicher, ob überhaupt eine Regentschaft eintreten würde, wie sie in der That nicht eingetreten ist, höchst wahrscheinlich, daß sie äußerstenfalls nur ein paar Jahre dauern und ganz ungewiß, ob sie dem Prinzen zufallen würde.

Starb Georg IV., so kam die Succession an den damals fünfundsechzigjährigen Herzog von Clarence, der sehr gut noch zehn Jahre leben konnte und wirklich noch sieben lebte. Sieben Jahre fehlten der damals elfjährigen Prinzeß Victoria an ihrer Majorität, es war also die Wahrscheinlichkeit, daß sie diese (wie auch geschah) noch bei Lebzeiten des Herzogs von Clarence (Wilhelm's IV.) erreichte oder daß anderenfalls die Regentschaft nur kurze Zeit dauern konnte. Und für diese Regentschaft gab es nähere Candidaten als Leopold, nämlich die Mutter der künftigen Königin, die Herzogin von Kent, und zwei englische Prinzen, Oheime der Prinzeß, die Herzöge von Sussex und Cambridge *).

Also für die unsichere, ja unwahrscheinliche Aussicht einer Regentschaft auf höchstens ein paar Jahre, und mit dem sehr precären Einfluß, den eine solche, namentlich in England und vollends einem Ausländer geben konnte — für eine solche Aussicht soll der Prinz Leopold, dem doch Niemand Einsicht und Kenntniß der Verhältnisse abspricht, den griechischen Thron aufgegeben haben!! Und das wird noch dazu von Personen behauptet, die die Unsicherheit, Unwahrscheinlichkeit und Dürftigkeit jener Aussicht ausdrücklich hervorheben (s. die oben angeführten Aeußerungen von Lieven, Matuszewicz und Stein), und welchen die romantische Leidenschaft wohl bekannt war, mit der der Prinz den griechischen Plan seit zwei Jahren verfolgt hatte. Es wäre so etwas gar nicht zu verstehen, wenn nicht die Erfahrung zeigte, daß die Neigung der Menschen, die Handlungen Anderer möglichst ungünstig auszulegen, überwiegend ist. Um diese Neigung zu befriedigen, stehen sie nicht an, anerkannt ver-

*) Der Herzog von Cumberland kam als für den hannöverischen Thron bestimmt nicht in Betracht.

ständigen Personen ganz unverständige Berechnungen unterzuschieben. Im vorliegenden Falle kommt noch hinzu, daß der Natur der Sache nach Diplomaten die Quelle jener Erklärung der Motive von Leopold's Abdankung waren. Diplomaten, d. h. Menschen, deren Beruf die Krankheit erzeugt, nichts einfach zu nehmen, wie es sich darbietet, hinter Allem ein verstecktes Motiv und besonders ein solches des persönlichen Ehrgeizes zu vermuthen, deren Aufgabe die Prätension erweckt, alles zu durchschauen, alles zu wissen. Wer aber in irgend einem Falle hinter den Coulissen gestanden hat und dann später die landläufigen, diplomatischen Berichte liest, wird über die darin enthaltenen raffinirten Ueberklugheiten, die doch nur als Thatsache vorgetragene Hypothesen sind, oft lachen müssen.

Also die Speculation auf die englische Regentschaft war nicht der Beweggrund des Prinzen.

Eine natürliche ungezwungene Auslegung der Thatsachen scheint uns vielmehr auf folgendes Resultat zu führen.

Der Prinz mag anfangs die in den griechischen Verhältnissen selbst und in der Politik der Großmächte liegenden Schwierigkeiten unterschätzt haben und ging zu sanguinisch auf jene Hoffnungen ein. Da er sich um den griechischen Thron bewarb, da er dem englischen Ministerium für die Unterstützung seiner Bewerbung besonderen Dank schuldete, so befand er sich den Mächten gegenüber, wo es darauf ankam von vornherein seine durch die Sache geforderten Bedingungen aufzustellen und dabei standhaft zu beharren, in einer ungünstigen schwachen Stellung. Um deren Nachtheile zu überwinden, hätte es einer ungewöhnlich festen und correcten Haltung bedurft. Der Prinz ließ sich aber, Stockmar's Warnung überhörend, durch die Diplomaten aus der rechten Position herausmanövriren. Die Diplomaten sind meist leichtsinnige, oberflächliche, ziemlich unwissende Leute, deren erstes Augenmerk dahin geht, die Fragen für eine Reihe von Jahren zur Ruhe zu bringen, die Dinge für eine Zeit leidlich zu flicken. Die fernere Zukunft kümmert sie wenig. Sie trösten sich darüber

mit den Sprüchen „alors comme alors — kommt Zeit kommt Rath.“ Mit solchen Staatsmännern ist nicht gut über die Bedingungen einer unter schwierigen Verhältnissen vorzunehmenden staatlichen Neugründung zu verhandeln. Sie haben von dieser gar keine rechte Vorstellung, demjenigen, der ihnen die Schwierigkeiten vorführt, antworten sie: „es wird schon gehen“ und suchen ihn nöthigenfalls mit vagen Versprechungen zu beschwichtigen. Die schwierige Lage des Prinzen gegenüber den Conferenzbevollmächtigten war aber durch einen von demselben, wiederum gegen Stockmar's Rath, begangenen Fehler in der Methode noch erschwert. Ein Fürst sollte nie persönlich, sondern stets durch einen Bevollmächtigten, der für ihn einen Schild bildet, den er nöthigenfalls desavouiren kann, verhandeln, während der Prinz sich auf mündliche Besprechungen mit der Conferenz einließ. Den Nachtheil, den dies ihm brachte, sah er im weiteren Verlauf selbst ein. Als Lord Aberdeen ihm am 1. Mai ankündigt, die Mächte hätten beschlossen, das Anlehen von 60 Millionen Francs zu garantiren und die Bevollmächtigten wünschten ihm dies mündlich mitzutheilen, weigert er sich sie zu empfangen und bittet um schriftliche Mittheilung, indem er sagt (Br. vom 2. Mai. Communications p. 31): „les désavantages provenant d'un semblable mode de communication sont en vérité trop majeurs et sont retombés jusqu'ici exclusivement et, je dois ajouter aussi, sévèrement sur moi.“

In diesen persönlichen Verhandlungen gelang es nun der Diplomatie, Leopold von dem ihr unbequemen, aber allein richtigen Standpunkt abzudrängen, den er anfangs Miene machte zu behaupten, seine Annahme des griechischen Throns nämlich an bestimmte Bedingungen, besonders hinsichts der Grenzen, zu knüpfen. Wahrscheinlich werden die Bevollmächtigten ihm gesagt haben, Bedingungen könnten die Mächte sich nicht vorschreiben lassen, er möge nur annehmen und der Zukunft einiges überlassen, nehme er nicht an, so falle die ganze griechische Sache (wie sich Leopold in seinem Briefe

an Capodistrias ausdrückt) wieder ins Chaos zurück. Vielleicht glaubte Leopold, er werde in den ferneren Verhandlungen die aufgegebene Position noch thatsächlich zum Theil zurückgewinnen können und gewiß erkannte er damals noch nicht die ganze Größe der Nachtheile, die das Februarprotocoll in den Augen der Griechen selbst haben mußte.

Die verlorene Stellung ließ sich aber nicht wiedererobern. Bedaurend schreibt Leopold an Stein (Pertz a. a. O. S. 870), es würde wohl ein günstigeres Resultat erreicht worden sein, „hätte man mich nicht aus meinen Ansichten vom Januar herausgebeten und bestürmt.“

Es folgten nun Monate durch verdrießliche Verhandlungen mit den Mächten über die Ausführung der Bedingungen, die sie dem Prinzen gewähren wollten, Verhandlungen, die diesem, wie er an Stein schreibt, „die Seele verkälteten“, ihn ernüchterten, entmuthigten. Mit Mühe mußte er sich die Mittel zur Erfüllung seiner Aufgabe erringen und doch hatte er mehr und mehr die Zuversicht verloren, daß sie zu deren Erfüllung genügen würden. Da kamen dann die Nachrichten aus Griechenland hinzu, welche die dortigen Zustände noch schwieriger, die vorhandenen Mittel noch ungenügender, das Gelingen noch zweifelhafter erscheinen ließen. Daß der Prinz unter solchen Umständen entsagte, scheint uns ein großer Beweis seines überlegenen Verstandes, seiner Voraussicht, seiner Weisheit. Er hatte in der Annahme des Februarprotocolls einen Fehler begangen, er fügte nicht den noch größeren hinzu, auf einem falschen Weg zu beharren, nachdem er zu der Einsicht gekommen war, daß derselbe nicht zum Ziele führen könne.

Den Diplomaten, welche dem Prinzen „die Mittel des Gelingens unverständig abgeschnitten hatten“, ihnen stand es übel an, nun zu sagen, er habe ja doch die Bedingungen der Mächte gekannt, und über Wankelmuth und Treulosigkeit zu schreien. In einer Sache von großer Verantwortlichkeit einen Anderen bei einer übereilten

Zusage festhalten zu wollen, ziemt denen am wenigsten, die an der Uebereilung mitschuldig sind. Und die Diplomatie hat doch sogar später die Unzulänglichkeit des Februarprotocolls selbst eingestehen müssen, indem sie die Leopold verweigerten Bedingungen einem anderen Prinzen zugestand.

Stein's Anklage gegen den Prinzen auf Mangel an Pflichtgefühl, Gottvertrauen, Selbstlosigkeit und Muth wird so ziemlich durch das aufgehoben, was derselbe anderweit sagt: Leopold habe das Gefühl gehabt, das Unternehmen nicht bestehen zu können.

Eine unbedingte Pflicht, König von Griechenland zu werden, war doch nicht vorhanden. Dies aber zu unternehmen ohne das Gefühl, ohne die Hoffnung des Gelingens, war das wahres Gottvertrauen, wahrer Muth? Oder soll etwa das dem Prinzen zum Vorwurf gereichen, daß er die Hoffnung des Gelingens nicht hatte? Damit wäre jedes Abenteuer, jede Donquixoterie zur Pflicht erhoben. Wie unzutreffend Stein's Vergleich mit dem Kaiser Alexander ist, bedarf der Ausführung nicht.

Gar wunderlich ist auch Mendelssohn's Verlangen, der Prinz hätte die griechische Krone annehmen sollen, „weil sie eine Dornenkrone war", also gewissermaßen aus ascetischen Rücksichten.

Wenn endlich Jemand mit Gervinus der Ansicht ist, der Prinz würde gar nicht der rechte Mann von naturwüchsiger Kraft für Griechenland gewesen sein und sein eigener civilisirter Instinct habe ihn von dieser Aufgabe abgeschreckt*), so kann auch hieraus ein Tadel nicht abgeleitet werden.

Welcher Aufgabe ein ernster Mann sich gewachsen glaubt, muß seinem Gefühl überlassen bleiben und wenn er von einer Aufgabe zurücktritt, zu deren Erfüllung er nicht die hinlänglichen Mittel in oder außer sich gegeben glaubt, so handelt er weise und lobenswerth. Thut er dabei einen früheren übereilten Schritt zurück, so bekundet

*) Das gleiche Ziel haben die etwas boshaften Bemerkungen eines Artikels des Quarterly Review (October 1830): The Greek question.

er sich eben dadurch als ein Besonnener gegenüber dem Abenteurer, dem Schwärmer und dem Thoren, der sich einer übelverstandenen Consequenz opfert, ohne der Sache, der er dienen will, zu nützen.

Welche tiefe Anziehungskraft übrigens die griechische Sache wirklich für Leopold hatte, das zeigte sich öfter in späteren Jahren. Nicht nur in der ersten Zeit, nachdem er König von Belgien geworden und wo ihn begreiflicherweise zuweilen das Gefühl übermannte, daß er mit aller Mühe und Arbeit sich doch nur eine precäre Stellung errungen, sondern auch nachdem seine Lage gesichert erschien und große politische Erfolge gewonnen waren, überkam Leopold zeitweise das Gefühl des Bedauerns, daß der griechische Plan sich nicht verwirklicht habe. Griechenland, meinte er dann, würde seine Phantasie, sein poetisches Bedürfniß mehr befriedigt haben, als die immerhin doch nüchternen belgischen Zustände. Wiederholt sprach er solche Stimmungen gegen Stockmar aus, der ihm einmal in einem uns vorliegenden Briefe Folgendes entgegnet:

„Für die Poesie, die Griechenland gewährt haben würde, gebe ich nicht viel. Die Sterblichen sehen an den Dingen, die sie haben, nur die schlimmen, an den Dingen, die sie nicht haben, nur die guten Seiten. Das ist der ganze Unterschied zwischen Griechenland und Belgien — obgleich nicht zu läugnen, daß wenn der erste griechische König nach vielen Drangsalen umgekommen sein wird, sein Leben dem Poeten einen reichen Stoff zu einem epischen Gedicht liefern könne."

## Sechstes Capitel.

## Wellington 1829 bis 1852.

Die griechische Candidatur des Prinzen Leopold fiel in die Zeit des Ministeriums Wellington. So war denn die Beschäftigung mit jenem Anliegen für Stockmar zugleich ein vermehrter Antrieb, den Herzog von Wellington, dem er, wie wir in dem Abschnitt Claremont sahen, mit günstigem Vorurtheil entgegenkam, und dessen Persönlichkeit ihm Interesse einflößte, auch nach der Seite seiner staatsmännischen Befähigung und Wirksamkeit genauer zu studiren.

Verschiedene Bruchstücke in seinen Papieren zeigen, daß er sich zu Anfang der dreißiger Jahre mit der Abfassung einer längeren Charakteristik Wellington's beschäftigte. Seine Meinung von demselben war mehr und mehr herabgestimmt worden. Wir theilen einige Stellen aus einem jener Bruchstücke mit.

### Ueber Wellington.

„Wie ein Wellington den Lohn des eigenen Verdienstes und die Gaben des Glücks bewahren und verwalten würde, sollte mir der Maaßstab für die höheren Fähigkeiten seiner Seele werden. Es brauchte indeß nicht lange Zeit, nicht große Anstrengung, um zu

bemerken, daß die ihm natürliche Nüchternheit, auf angeborene Unempfindlichkeit gegründet, der berauschenden Einwirkung der ihn umgebenden Schmeichelei nicht widerstanden habe. Sichtlich trübte sich in ihm mehr und mehr die Kenntniß seiner selbst. Täglich wurden sein Thätigkeitstrieb, seine natürliche Herrschsucht ungestümer. Von der Sprache seiner Bewunderer bethört, zu trunken zur Schätzung der eigenen Kräfte, verließ er mit Ungeduld und freiwillig die stolze Stellung des Feldherrn, um sich in die peinlichste der menschlichen Lagen zu versetzen, die Führung der großen Angelegenheiten eines großen Volkes mit den unzulänglichsten Seelenkräften und Kenntnissen zu übernehmen. Kaum hatte er sich dem Staate als erster Minister*) in der Absicht aufgedrängt, zum Ruhme des Kriegers auch noch den des Staatsmannes zu erhalten, als es ihm gelang, durch seine eigene Amtsführung den Glauben der Menge zu erschüttern. Mit lächerlicher Verblendung benutzte er eifrig jede Gelegenheit, um der Welt jene klägliche Unfähigkeit zu beweisen, die es ihm unmöglich machte, den natürlichen Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu erkennen. Mit einer seltenen Unbefangenheit bekannte er sich bei der Leitung der wichtigsten Staatsangelegenheiten öffentlich und ohne alles Bedenken zu Fehlschlüssen, die der gewöhnlichste Verstand entdecken konnte, die den Unparteiischen in mitleidiges Erstaunen versetzten, und unter dem Heere der Schmeichler und Parteigänger Bestürzung und Schrecken verursachten. Doch so groß, so befestigt war die vorgefaßte Meinung der Menge zu seinen Gunsten, daß nur die schlagende Beweiskraft der eigenen Handlungen des Mannes sie allmälig erschüttern konnte. Es bedurfte der ganzen Stärke und Hartnäckigkeit jener seltenen Verblendung Wellington's, es bedurfte seiner ganzen Thätigkeit und eisernen Beharrlichkeit, um endlich durch unaufhörliche Wiederholung seiner Irrthümer und Fehler im Volke die gediegene Ueberzeugung schaffen

*) Wellington war vom Januar 1828 bis November 1830 erster Minister.

zu können, Wellington sei einer der ungeschicktesten und verderblichsten Minister die England je gehabt habe."

Zu den größten und folgenreichsten Kurzsichtigkeiten Wellington's gehörte es, daß er den Eintritt des Ministeriums Polignac in Frankreich beförderte und begünstigte. Unter Stockmar's Papieren findet sich darüber eine Niederschrift desselben, die man vielleicht nicht ohne Interesse lesen wird.

## Wellington und Polignac.

4. August 1830.

„Für den Geschichtschreiber ist es interessant zu wissen, wie viel Einfluß Wellington auf die jetzigen Ereignisse in Frankreich hatte.

Im Juli 1829 *) kam die alte Herzogin D'Escars, eine Ultra-Ultra, alte Bekannte Georg's IV., nach London. Madame du Cayla war mit ihr. Die Herzogin wurde vom König empfangen. Man sprach sogleich in gewissen Kreisen von einem beabsichtigten Ministerwechsel in Frankreich und nannte Polignac als den künftigen Premier. Lord Holland wollte dies damals unmöglich finden. Es wurde jedoch einige Tage darauf wirklich **).

Das Ministerium Martignac war Wellington durch seinen Liberalismus, namentlich in der auswärtigen Politik, unbequem. Er wünschte in Bezug auf die Angelegenheiten Rußlands, der Türkei, Griechenlands gleichgesinnte Männer im französischen Cabinet zu sehen. Er benutzte daher seinen bedeutenden Einfluß auf den König Carl, der Polignac ohnehin äußerst geneigt war, zur Herbeiführung des Ministerwechsels. Er hoffte, Polignac werde in der auswärtigen

*) Nach Lord Palmerston's Journal (Sir H. Bulwer Life of Palm. I, p. 330) hatte Wellington schon im December 1828 den König Carl X. schriftlich aufgefordert, sich von Polignac einen Vortrag über die Gefahren seiner (des Königs) Lage erstatten zu lassen, mit anderen Worten, Polignac zum Minister empfohlen.

**) Polignac übernahm das Ministerium am 8. August 1829.

Politik überall mit ihm übereinstimmen. Er täuschte sich aber völlig über dessen innere Gesinnung und, wäre auch diese eine andere gewesen, so sah ganz Frankreich in Polignac eine Creatur Wellington's und dies allein würde schon Polignac gezwungen haben, den Schein der Unabhängigkeit vom englischen Cabinet möglichst zu bewahren. So fand denn Wellington, daß Polignac sich mehr als er erwartet und gewünscht hatte, zu Rußland hinneigte.

In den inneren Angelegenheiten Frankreichs befolgte Polignac seine eigene wahnsinnige Politik. Daß Wellington dem französischen Cabinet je förmliche Rathschläge gegeben haben sollte, in deren Folge die Schritte geschehen, die zu den jetzigen Ereignissen (der Julirevolution) führten, glaube ich nicht. Daß aber der König Georg IV. und sein Minister Wellington diese Schritte voraussahen und billigten*), daß der König Carl und seine Minister dies wußten und dadurch in ihren Absichten bestärkt und ermuthigt wurden, glaube ich fest. Für diese Meinung spricht die merkwürdige Aeußerung, die Georg IV. Ende März 1830 gegen eine vornehme Person that:

„Wenn", sagte er mit Thränen in den Augen, „der König Carl X. auf dem einmal eingeschlagenen Wege nicht fest beharrt, so ist er verloren; und ich muß dies fürchten, weil ich schon Anzeichen sehe, daß mehrere seiner eigenen Höflinge ihm davon abzugehen rathen."

Diese meine Meinung wird durch die Thatsache bestärkt, daß Carl X. noch Ende April 1830 nichts mehr fürchtete, als daß Wellington's Cabinet umwerfen, und er dadurch dieser moralischen Stütze bei Ausführung seiner Pläne beraubt werden könnte.

Wellington ist der kurzsichtigste Staatsmann, der in langer Zeit existirte. Er hat den ganzen Stand der europäischen Politik durch diese unglaubliche Kurzsichtigkeit verändert und durch seine

*) Vergleiche die vorletzte Anmerkung.

Maaßregeln in allem gerade das Entgegengesetzte von dem hervorgebracht, was er beabsichtigte."

---

Es liegt auf der Hand, wie die französische Revolution von 1830 „den ganzen Stand der europäischen Politik veränderte", wie also Wellington durch die Beförderung der Bildung von Polignac's Ministerium „das Entgegengesetzte von dem hervorbrachte, was er beabsichtigte." Daß er aber auch in der innersten Gesinnung Polignac's in Bezug auf England und die auswärtige Politik überhaupt, sich mächtig täuschte, davon enthält das nachfolgende merkwürdige Schriftstück den vollgültigen Beweis.

Ehe wir jedoch dasselbe mittheilen, müssen wir, da sich später keine Gelegenheit finden wird, im Zusammenhang auf Wellington zurückzukommen, vorausgreifend erwähnen, daß Stockmar seit den vierziger Jahren die Lichtseiten des Mannes mehr ins Auge fielen. In dieser letzten Periode seines Lebens war Wellington nicht mehr der einseitige, verrannte Parteimann, er trat überhaupt von der Rolle des Führers und des regelmäßigen thätigen Mitspielers in den politischen Angelegenheiten des Tages zurück in die des Vermittlers und Schiedsrichters, der in wichtigen, besonders den mehr persönlichen und socialen Streitfällen von allen Parteien angerufen wurde. Zu diesem Amt befähigte ihn seine große Stellung, seine Erfahrung, und sein gesunder nüchterner Verstand. An Weite des Blicks, an Tiefe der Einsicht fehlte es ihm ja offenbar, und diese Seite ist in dem Fragment Stockmar's stark genug hervorgehoben, aber für praktische, naheliegende Verhältnisse hatte er ein scharfes Auge, das im höheren Alter nicht mehr von der Leidenschaft und dem Rausch des Selbstgefühls geblendet wurde. Stockmar war in dem bezeichneten Zeitraum wiederholt in der Lage, Wellington's Hülfe bei manchen Verwicklungen anzurufen und Wellington gewährte seinen Beistand mit der ihm eigenen Entschiedenheit und

Furchtlosigkeit. Er scheute sich nie ein Odium auf sich zu nehmen. Freilich brauchte er sich in England vor niemand zu fürchten und er fühlte das mit Selbstbehagen. „Mein Rücken“, sagte er oft, „ist breit genug, um ein gut Theil zu tragen.“ Als Wellington im Jahre 1852 starb, so beklagte Stockmar den Verlust einer allgemein anerkannten Autorität, die sich neuerdings als feste Stütze des Königthums bewährt hatte.

Vergleichen wir die zu drei verschiedenen Zeitpunkten von Stockmar über Wellington gefällten Urtheile, so finden sie ihre Vereinigung in der Umkehrung eines bekannten Sprüchworts, in dem Satz: Alles schickt sich nicht für Einen. Wellington erschien groß in seiner ersten Periode als Feldherr; in seiner zweiten als leitender Staatsmann war er der Aufgabe durchaus nicht gewachsen, und in seiner letzten hatte er wieder einen bedeutenden, nützlichen, ihm angemessenen Wirkungskreis gefunden.

---

## Siebentes Capitel.

# Polignac's Plan zur Umgestaltung der Karte Europas. September 1829.

---

### Vorbemerkung.

Das Nachstehende ist ein in unseren Papieren befindlicher Auszug aus folgenden Actenstücken, die Stockmar in Abschrift vorlagen:

1. einem aus dem französischen Ministerium des Auswärtigen stammenden historischen Exposé,
2. einem Mémoire du Prince Polignac, présenté au conseil, September 1829,
3. einer Note pour le conseil von eben demselben über den relativen Werth Belgiens und der Rheinprovinzen für Frankreich,
4. dem Entwurf einer Depesche Polignac's an den französischen Gesandten in Petersburg, Herzog von Mortemart.

---

Im August 1829 glaubte man allgemein an den Sturz des Ottomanischen Reiches. So auch Wellington und Aberdeen. Zwar England und Oesterreich hätten die Catastrophe gern zu verhindern gewünscht, aber wie sollten sie Frankreich und Preußen zu einem

Bunde gegen Rußland bewegen? „Nous avous garanti, sagt das Exposé, à cette puissance (Rußland), sous des conditions données, sa liberté d'action, comme elle avait garanti la nôtre en 1823“ (Intervention in Spanien).

Unter diesen Umständen schlug Metternich eine neue Taktik ein. Er legte in Berlin und Petersburg einen Theilungsplan vor, in dem Frankreich nicht bedacht war.

Die Preußen (Bernstorff, Ancillon) hoben in ihrer Antwort die Schwierigkeiten einer Theilung hervor, die durch die widerstreitenden Ansprüche der vielen Liebhaber entstehen müßten, welche sich finden würden. Sie meinten, man müsse das Phantom des türkischen Reiches so lange als möglich erhalten.

Rußland dagegen wandte sich an Frankreich und forderte es auf, ihm seine Meinung auszusprechen. Er wünsche den Sturz der Türkei nicht, sagte Kaiser Nicolaus, derselbe sei aber vorherzusehen; könnten Frankreich und Rußland sich verständigen, so würden sie die Lage beherrschen *).

Der Fürst Polignac rieth auf die russische Einleitung einzugehen. Seine Grundgedanken waren die folgenden. Bei jeder an den Fall des türkischen Reiches geknüpften Berechnung müsse man das Ziel, Englands Seeherrschaft zu brechen, ins Auge fassen. Der Wiener Congreß habe den Fehler begangen, um die Unabhängigkeit des Continents zu retten, die englische Seeherrschaft neu zu bestätigen und befestigen. Jetzt müsse, im Gegensatz dazu, Frankreich seine alte traditionale Politik | für das Princip der Freiheit der Meere wieder aufnehmen. England schrecke den Continent mit dem russischen Gespenst und doch habe sich die russische Offensivkraft verhältnißmäßig nicht bedeutend gezeigt, während die Kriegsmarine der ganzen Welt der englischen nicht gewachsen sei. Der Wiener Con-

*) Dieselben Redensarten, die in unseren Tagen derselbe Kaiser bei seiner berühmten Unterredung mit Sir Hamilton Seymour, nur in anderer Richtung, gebrauchte.

greß habe aber noch einen Fehler begangen, den, Europa gegen Rußlands Angriff offen, Preußen zu schwach zu lassen, während man dieses stärken, Rußland nach Asien hindrängen müsse. Sodann enthielten die Verträge von 1815 bitteres Unrecht gegen Frankreich, dem nicht nur Herstellung der Grenze von 1789, sondern darüber hinaus territoriale Vergrößerung gebühre.

Auf diesen von Carl X. gebilligten Grundanschauungen ruhte das von Polignac im September 1829 dem Conseil vorgelesene Memoire.

Polignac verlangt darin für Frankreich: Belgien bis zur Maas, zu den Scheldemündungen und zum Meer. Belgiens Besitz sei Frankreich nothwendig, um Paris gegen eine Invasion zu decken, nachdem einmal in Folge der Centralisation Frankreichs durch die Revolution, das Schicksal von Paris für das von Frankreich entscheidend geworden.

Der Dauphin entgegnete hierauf in der ersten Conseilsitzung, England werde nie zugeben, daß Antwerpen in Frankreichs Hände komme, und schlug deswegen vor, statt Belgiens sich die Rheinprovinzen beizulegen.

Polignac erwiderte: „Das beweist eben nur, daß wir Antwerpen haben müssen. Entweder wir lassen uns auf ewig die Verträge von 1815 gefallen oder wir entschließen uns, die Feindschaft Englands auf uns zu nehmen. Mit Rußland, Preußen, Bayern und dem größeren Theil des übrigen Deutschlands im Bunde, können wir England zwingen."

Nachdem die erste Conseilsitzung ohne Resultat verlaufen war, las Polignac zur Widerlegung des Dauphin in der zweiten ein Memoire über den relativen Werth Belgiens und der Rheinprovinzen. Er sagt darin, die letzteren liegen geographisch nicht so bequem, seien nicht so leicht zu vertheidigen und administriren. Belgien dagegen stärke Frankreichs maritime Kraft, aber der Continent könne es ruhig in Frankreichs Händen sehen, das er an der Spitze eines

Bundes für die Freiheit der Meere erblicke. Der Erwerb der Rheinprovinzen würde dagegen eine aggressive Stellung gegen Deutschland nach sich ziehen. Und wiederum, begnüge sich Frankreich mit den Rheinprovinzen, so werde man ihm dies als Furcht vor England auslegen, und es schade damit seinem Ansehen.

Hierauf zog der Dauphin seinen Gegenvorschlag zurück.

Rußland sollte nach Polignac's großem Memoire nach Asien hingeschoben werden. Er überwies ihm die Moldau und Wallachei, Armenien und von Anatolien so viel es wolle. Möge es sich einen Weg nach Indien bahnen, möge es eine maritime Position am Mittelmeer gegen England einnehmen.

Oestreich erhielt nach Polignac's Plan zur Verstärkung seiner maritimen Stellung Bosnien und Serbien.

Der Rest der Europäischen Türkei sollte ein christliches Reich unter dem König der Niederlande bilden, womit ein bedeutendes maritimes Gegengewicht gegen England geschaffen wäre: Egypten, Syrien, Arabien, die Barbaresken, ein mohamedanisches unter Mehemet Ali.

Auch der Norden Europas wird nach Polignac's Denkschrift mit Rücksicht auf die Stärkung desselben in maritimer Beziehung reorganisirt, und zu dem Ende Holland mit Preußen vereinigt. Die Verbindung Hollands mit Belgien, heißt es, war von England nur ersonnen, um Hollands maritimes Genie zu ersticken, Holland von Belgien absorbiren zu lassen.

Auf der anderen Seite wird das Centrum der Preußischen Monarchie durch das Königreich Sachsen verstärkt.

Der König von Sachsen wird als König von Austrasien nach Aachen verpflanzt und erhält das Preußische Land zwischen Rhein und Maas.

Preußen behält jedoch den nördlichen Theil seiner Rheinprovinzen, behufs der Verbindung mit Holland. Der südliche Theil kommt an Bayern, zur Herstellung der Contiguität beider Theile

dieser Monarchie. Für den Fall, daß im etwaigen Krieg gegen Oesterreich Bayern sich Frankreich anschlösse, würden demselben das Innviertel, der Hausrück und Salzburg in Aussicht zu stellen sein.

Englands Zustimmung zum ganzen Plan wäre mittelst der holländischen Colonien zu erkaufen.

Dieses Projekt beschloß das Conseil an Mortemart nach Petersburg zu schicken. Die an denselben aufgesetzten Instructionen besagen:

„Das Memoire ist der Ausdruck unserer Wünsche, wir bestehen jedoch nicht auf allen Einzelnheiten. Das Mittel der Ausführung könnte ein Congreß sein, auf diesen würden wir jedoch nur eingehen, wenn uns Rußland Belgien vorher bestimmt zusagte. Der bessere Weg scheint uns ein geheimes Einverständniß der beiden Cabinette, in das man dann Preußen und Bayern hineinzöge. Oestreich hätte man dann in der Hand und England wäre isolirt. Der Beitritt Preußens wäre unerläßliche Bedingung eines Abschlusses mit Rußland. Sollte übrigens der Friede Rußlands mit der Türkei bereits unterzeichnet sein, ehe der Gesandte von seinen Instructionen Gebrauch gemacht, so hat er sie als nicht ergangen anzusehen."

In der That wurde der Friede von Adrianopel unterzeichnet (14. September), ehe die Instruction nur nach Petersburg abgegangen war und somit blieb das ganze große Project auf sich beruhen.

Es ist ein merkwürdiges Zeugniß dafür, wie gewisse Gelüste in Frankreich zu allen Zeiten und unter allen Regierungen bestanden haben.

---

Achtes Capitel.

## Die belgische Sache bis zum Vertrag vom 15. November 1831.

Es war ein eigenes Geschick, daß der Prinz Leopold, nachdem er im Mai 1830 die griechische Krone abgelehnt, schon ein Jahr darauf von einem anderen Volke zum König begehrt ward.

Die belgische Revolution hatte sich Ende September 1830 in Folge des mißglückten Angriffes des Prinzen Friedrich der Niederlande auf Brüssel vollendet*). Ein Brief der Fürstin Lieven an den Prinzen schildert lebhaft den ersten Eindruck, den die Nachricht davon in England hervorbrachte. Sie schreibt:

*) Man wird eine Stelle aus einem Briefe des Fürsten Metternich an einen guten Bekannten Stockmar's, Sir Robert Adair, über die belgische Revolution nicht ohne Interesse lesen. „Le peuple belge est facile à conduire pour ceux qui savent comment il doit être conduit. Il tient de l'esprit de calcul des Hollandais, du mouvement français et du cagotisme espagnol. Si le Roi Guillaume avait su gouverner la Belgique il la posséderait aujourd'hui. Ce collège philosophique de Louvain et le refuge des carbonaris français ont été pour lui de mauvais éléments de puissance. L'empereur Joseph a aussi voulu faire de la philosophie, et elle lui a bien mal réussi. Il est inconcevable qu'après un exemple aussi frappant le roi Guillaume ne se soit pas pris pour averti. Mais ce roi est aussi de ces hommes qui n'oublient et n'apprennent rien, et avec ce défaut on perd des trônes."

Brighton 1. October 1830.

„Ah, monseigneur, que de mauvaises nouvelles depuis la dernière lettre que j'eus l'honneur d'écrire à V. A. R.! Je dinais avant hier au Pavillon*). Le Duc de Wellington y vint, très-calme, très-assuré que les affaires Belges devaient être terminées, que Bruxelles devait s'être soumis. Après le diner arriva un courrier de Londres, portant la nouvelle que l'armée du roi s'était retirée. Il en fut accablé, atterré, „diablement mauvaise affaire!“. Les mêmes nouvelles portaient qu'un grand nombre de militaires français avait dirigé la défense de Bruxelles. Sans voir trop noir dans l'avenir, on peut se dire qu'une guerre générale sera la conséquence inévitable de cet état de choses; et par quoi et quand finira-t-elle? En vérité il y a de quoi confondre les meilleures têtes; que vont devenir celles, qu'assez d'expérieuce nous a appris à regarder comme bien médiocres?

Le Duc de Wellington me paraît très-engoué de Mr. de Talleyrand; il dit de lui que c'est un très-honnête homme. La probité de Mr. de Talleyrand me rappelle l'esprit de Mr. de Polignac**).“

Günstige Umstände vereinigten sich indeß, um die Befürchtungen, die belgische Revolution werde den Frieden Europas stören, nicht zur Wahrheit werden zu lassen. Wir nennen hier nur drei Hauptmomente: die liberale Strömung in England, die Wellington erst lähmte und dann die Whigs ans Ruder brachte, der polnische Aufstand, der Rußland in Anspruch nahm, die Friedensliebe des Königs von Preußen. Gewiß ist, daß Rußland im ersten Moment zum bewaffneten Einschreiten getrieben, sich zur Stellung von 60,000 Mann

*) Nämlich in Brighton, beim König.

**) Den Wellington 1829 auch gepriesen hatte.

nach den geheimen Verträgen von 1815 *) erboten und England zur Mitwirkung aufgefordert, daß aber das Toryministerium solche abgelehnt hatte, weil der Geist der Zeit sie einem jeden englischen Ministerium unmöglich machte.

Nachdem der König Wilhelm Anfangs October die fünf Großmächte als Unterzeichner der Verträge von Paris und Wien, welche das Königreich der Niederlande begründet hatten, angerufen, traten deren Bevollmächtigte in London zu einer Conferenz zusammen. Das erste Conferenzprotocoll vom 4. November schlug Holland und Belgien einen Waffenstillstand vor, den beide Theile annahmen. Am 10. November versammelte sich der belgische Nationalcongreß, der am 18. die Unabhängigkeit Belgiens, am 22. die Monarchie als Regierungsform, am 23. die Ausschließung des oranisch-nassauischen Hauses aussprach. Am 20. December erkannte die Londoner Conferenz die Unabhängigkeit Belgiens im Princip an und am 20. resp. 27. Januar 1831 stellte sie die sogenannten Bases de séparation fest, d. h. den Entwurf von Präliminarien zu einem Abkommen über die Trennung und Auseinandersetzung zwischen Holland und Belgien. Diese Präliminarien wurden von Holland angenommen, von Belgien verworfen, welches die Bestimmungen über die Theilung des Gebiets und der Schulden seinen Interessen zu nachtheilig fand. Die Bases nämlich wiesen Holland den alten Besitzstand der Republik

*) In den Frieden von Chaumont vom 1. März 1814 (Art. 7) hatten Oestreich, Rußland, England und Preußen sich gegenseitig für den Fall eines neuen Angriffs Frankreichs nach dem von ihnen bezweckten Frieden versprochen, dem Angegriffenen mit je 60,000 Mann zu Hülfe zu kommen. Der Tractat von Chaumont wurde zunächst nach der Rückkehr Napoleon's von Elba in einem Allianzvertrage zu Wien am 25. März 1815 erneuert (Klüber, Acten des Wiener Congr. I. Heft 4, S. 59). In dem gleichzeitig mit dem zweiten Pariser Frieden geschlossenen Quadrupelallianztractat vom 20. November 1815 (Martens N. Rec. II, 736) wurden die angeführten Bestimmungen des Vertrages von Chaumont wiederholt und auf dem Aachner Congreß 1818 erklärten die vier Mächte in geheimer Conferenz die Verpflichtungen vom 20. November 1815 unter sich aufrecht zu halten (Vergl. Gervinus Geschichte des 19. Jahrhunderts Bd. II, S. 279).

der Vereinigten Niederlande vom Jahre 1790 zu und gewährten Belgien das übrige Gebiet des 1815 gebildeten Vereinigten Königreichs, sprachen aber Luxemburg ihm völlig und ohne Weiteres ab; sie legten ihm ferner $^{16}/_{31}$ der Gesammtschuld des bisherigen Vereinigten Königreichs auf.

Die Belgier versuchten nun eine Zeit lang im Vertrauen auf die Unterstützung Frankreichs, welches der Conferenz gegenüber eine doppelte Rolle spielte, ihren eigenen Weg zu gehen*) und Europa den Rücken zu kehren. Der Congreß schloß die Constitution ab und wählte am 3. Februar 1831 den Herzog von Nemours zum König. Louis Philipp wagte indeß den übrigen Mächten nicht Trotz zu bieten und schlug am 17. Februar die Krone für seinen Sohn aus. Zu diesem ersten Mißerfolg gesellten sich im Laufe der Monate März und April manche andere gewichtige Umstände, welche den Verständigen unter den Belgiern die doppelte Ueberzeugung beibringen mußten:

1. Daß Belgien ohne Verständigung mit der Londoner Conferenz nicht von der Stelle kommen konnte
2. Daß zugleich die Fortdauer des Provisoriums für dasselbe höchst gefahrvoll war.

Die Verzögerung einer definitiven Gestaltung Belgiens mußte namentlich das Wuchern aller extremen, heftigen Elemente und der anarchischen Zustände im Innern begünstigen und den bereits wiederholt aufgetauchten Plänen, die belgische Verwicklung durch eine Theilung des Landes unter die Großmächte zu lösen, förderlich sein.

Es war das Verdienst des Ministeriums Lebeau-Devaux**), diese Gefahren scharf ins Auge zu fassen und die Errettung des

*) Das Nähere über das doppelte Spiel Frankreichs siehe bei Bulwer: Life of Lord Palmerston I, p. 27 — 135.

**) Nachdem Louis Philipp die Krone für seinen Sohn ausgeschlagen, hatte der belgische Congreß den Baron Surlet de Chokier zum Regenten (Reichsverweser) gewählt, dessen zweites am 28. März eingetretenes Ministerium das obengenannte war.

Landes vor denselben mit Energie und Geschick anzugreifen. Der Gedanke des Ministeriums war, die Revolution durch die Wahl des Prinzen Leopold zum König und durch neue Verhandlungen mit der Conferenz, wodurch günstige Modificationen der Basen vom 20. bis 27. Januar zu erlangen wären, zum Abschluß zu bringen.

Leopold's Name war schon im November 1830 in der ersten Zeit nach dem Zusammentritt des belgischen Nationalcongresses von einzelnen Belgiern, wie namentlich von Van de Weyer, genannt worden. Damals aber war in Belgien die Tendenz, sich auf Frankreich zu stützen, noch vorherrschend. Auch nicht einmal in England konnte zur Zeit noch jener Name Anklang finden. Das Ministerium Wellington, bei dem Léopold seit der griechischen Sache in der höchsten Ungnade stand, wollte nichts von der Unabhängigkeit Belgiens wissen, und auch das am 16. November an dessen Stelle getretene Ministerium Grey fand sich nur allmälig in diesen Gedanken, und wurde noch später erst der am Hofe nicht gern gesehenen Candidatur des Prinzen geneigt, während es anfänglich die des Prinzen von Oranien begünstigt hatte. Frankreich hätte nur gar zu gern die belgische Krone für den Herzog von Nemours angenommen. Als Anfang Januar 1831 das Mitglied der provisorischen Regierung, Mr. Geudebien, den König Louis Philipp über die eventuelle Wahl des Prinzen Leopold und eine Verbindung desselben mit einer der Prinzessinnen von Orleans sondirte, lobte der König den Prinzen gar sehr, machte aber keine Hoffnung auf Verwirklichung dieser Projecte *). Der Minister, Graf Sebastiani, aber sagte voll Zorn zu

*) Geudebien in seinen Révélations historiques sur la révolution de 1830, erzählt Folgendes: Je dis au Roi que le second objet de ma mission était de demander son agrément pour l'élection du Prince Léopold de Saxe-Cobourg et une alliance avec une Princesse d'Orléans. Le Roi me répondit: „je connais depuis longtemps le Prince Léopold; c'est un beau cavalier, un parfait gentilhomme, très-instruit, très-bien élevé; la Reine le connait aussi, et apprécie les avantages de sa personne. Mais . . . il y a un mais, qui n'a rien de déso-

Geudebien: „si Saxe-Cobourg met un pied en Belgique, nous lui tirerons des coups de canon.“

Nachdem jedoch die Candidatur von Nemours definitiv beseitigt war, befreundeten sich England und Frankreich mehr und mehr mit dem Gedanken, Leopold auf dem belgischen Thron zu sehen. Gegen Mitte April gaben sie vertraulich zu erkennen, daß sie dem Prinzen nicht abgeneigt seien, und von französischer Seite eröffnete man gleichzeitig die Aussicht, daß die gewünschte Verbindung etwa ein Jahr nach der Thronbesteigung Leopold's zugestanden werden dürfte*).

So sandte denn das Ministerium Lebeau eine Deputation von vier Mitgliedern des Congresses nach London, um die Absichten des Prinzen für den Fall vertraulich zu erforschen, daß der belgische Congreß ihm die Krone anbieten würde. Die Abgesandten kamen am 20. April an, und wurden, nach einer vorläufigen Conferenz mit Stockmar, am 22. in Marlborough-House von dem Prinzen empfangen.

Lebeau war von dem Wunsche und der Hoffnung ausgegangen, Leopold zu einer einfachen und unbedingten Annahme der Krone bewegen zu können, um dann, unter dessen Schutz und Einfluß, die mit der Conferenz zu eröffnenden Verhandlungen zum günstigen Ziele führen zu können. Die Deputirten mußten sich aber sofort in der ersten Unterredung mit dem Prinzen überzeugen, daß dieser die Annahme der Krone durchaus von dem vorgängigen Zustandekommen einer Vereinbarung mit der Conferenz über die wesentlichen Bedingungen der Constituirung Belgiens, also besonders die Frage der Grenzen und der Staatsschulden, abhängig machen werde. Die Erfahrungen, welche der Prinz in der griechischen Sache gemacht hatte, führten ihn dazu, diesmal unerschütterlich auf dem richtigen

bligeant pour la personne et les qualités du Prince; il y a des répugnances de famille, des préjugés peut-être, qui s'opposent à l'union projetée.“

*) Schon am 24. Februar hatte sich Frankreich in diesem Sinne gegen England geäußert. Bulwer, Life of Palmerston II, 43, Note.

Standpunkt zu beharren, daß er eine ihm angetragene Krone nicht ohne Weiteres annehmen und die Erlangung günstiger Existenzbedingungen für den sich ihm darbietenden Staat von der Zukunft erwarten dürfe, daß er vielmehr es sich selbst, wie den Belgiern, schuldig sei, die Sicherung einer annehmbaren Gestaltung des ihm Angebotenen, zur Vorbedingung seiner Annahme zu machen.

„Damit meine Wahl möglich, und damit sie der belgischen Sache nützlich sei," so lautete seine Antwort an die Deputation, „muß sich gleichzeitig die Lösung der territorialen und finanziellen Schwierigkeiten damit verknüpfen, müssen Belgien und sein König von Europa anerkannt werden können. Ich kann nicht die Souveränetät über einen Staat annehmen, dessen Gebiet von allen Mächten bestritten wird. Das hieße mich, indem ich den belgischen Boden betrete, ohne Nutzen für Euch, gegen die ganze Welt in Kriegszustand versetzen."

Vergeblich war alles Andringen der belgischen Commissare auf eine sofortige und unbedingte Annahme, zu welcher Lebeau von Brüssel aus beständig in der lebhaftesten Weise aufforderte. „Bemerken sie dem Prinzen," schreibt er an die Deputirten am 24. April, „daß das Land, dessen Geduld erschöpft ist, wohl berechtigt ist, eine rasche Lösung herbeizuwünschen." Dann wieder am 28. April:

„Die Wahl muß den Eingang und nicht den Schluß der Verhandlungen bilden," und am 8. Mai: „Ich weiß nicht, ob der Krieg noch im Stande ist, die Anarchie abzuwehren. Gewiß aber ist, daß sie nur, entweder durch eine baldige Wiederaufnahme der Feindseligkeiten oder durch die Anzeige der Annahme des Prinzen Leopold zu vermeiden ist."

„Wir stehen im Begriff, den Congreß auf den 15. oder spätestens 18. zu berufen. Können wir bei seinem Zusammentritt nicht die Wahl des Prinzen durchsetzen, so steht uns das größte Unheil bevor. An die Wahl ist aber nicht zu denken, ohne das ausdrückliche Versprechen einer Annahme sonder Vorbehalt und Einschränkung. Ich

übertreibe nicht. Wir sind von einem furchtbaren Umsturz bedroht; Franzosenfreunde, Republikaner, Orangisten reichen sich die Hand. Die sofortige Wahl kann allein das Gewitter beschwören."

Der Prinz blieb bei seinem Entschluß.

In einem anderen Punkte, der gleich in den ersten Verhandlungen mit den belgischen Commissaren zur Sprache kam, zeigte Leopold sich jedoch den Wünschen des belgischen Ministeriums geneigt. Er versprach die Constitution eventuell ohne Einschränkung und Vorbehalt anzunehmen.

Welchen Einfluß in dieser Beziehung Stockmar auf ihn geübt; darüber hat nach dessen mündlicher Erzählung der Münchener Karl Friedrich Neumann in den „Deutschen Jahrbüchern für Politik und Literatur", Bd. 8, S. 315, einen nach unseren Erinnerungen durchaus getreuen und charakteristischen Bericht veröffentlicht.

„Einstens sprachen wir, erzählt Professor Neumann, bei einem freundlichen Mittagsmahl zu München über die Regierung des Königs Louis Philipp und das gewissenlose Spiel seiner Rathgeber, wie sie die Verfassung fälschten, und höchst wahrscheinlich eine neue Revolution heraufbeschwören würden. Es war dies mehrere Jahre vor den Februarereignissen*). „Ich habe großes Vertrauen zu den Völkern," sprach Stockmar, „sie fühlen, wenn auch nicht alsbald, doch nach einiger Zeit es durch, wer ehrlich mit ihnen verfährt und wer sie blos mittelst nichtigen Scheins blenden will. Ich halte es mit unserem altväterlichen, deutschen Sprüchwort: ehrlich währt am längsten, oder, wie die Engländer sagen, honesty is the best policy. In diesem Sinne lauteten alle meine Aeußerungen, wenn Leopold über dies und jenes meine Meinung zu hören wünschte. Ich will Ihnen, Herr Professor, ein Beispiel erzählen, welches für Jemanden, der an der Universität über neueste Geschichte liest, von Interesse sein kann."

---

*) Es war im Winter 1844 bis 1845.

„Nach einer sorgfältigen Prüfung der belgischen Verfassung zweifelte mein Herr, ob mittelst solcher Gesetze ein Staat regiert, Freiheit und Ordnung, die zwei untrennbaren Bedingnisse eines fortgeschrittenen menschlichen Gemeinwesens erhalten werden könnten. „„Lieber Stockmar,““ sprach Leopold, „„lesen Sie doch einmal die Constitution und sagen Sie mir Ihre Meinung.““ Ich habe das neue belgische Grundgesetz, fuhr der Baron fort, mit großer Aufmerksamkeit durchgegangen, die verschiedenen Artikel mit einander verglichen, und in der That gefunden, daß die Macht der Regierung gewaltig beschränkt ist. Da hat mir mein festes Vertrauen zum Volke durchgeholfen. „„Wahr,““ so ungefähr sprach ich zu meinem einsichtsvollen Herrn, „„vollkommen wahr, die Macht des Königs und seiner Minister ist durch diese Constitution gar sehr beschränkt. Versuchen Sie es, ob sich alle diese Freiheiten mit der Ordnung vereinigen lassen, versuchen Sie es, nach dem Geiste dieser Constitution, und zwar mit der größten Gewissenhaftigkeit, zu regieren. Finden Sie dann, daß mit diesem Grundgesetz eine gute Regierung unmöglich ist, so erlassen Sie nach einiger Zeit eine Botschaft an die Kammern, worin Sie Ihre Erfahrungen offen darlegen, und die Mängel der Constitution nachweisen. Haben Sie in der That nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, dann wird Ihnen das Volk sicherlich zur Seite stehen, und gern alle Aenderungen vornehmen, deren Nothwendigkeit erweislich ist.““

„König Leopold befolgte meinen Rath. Sie wissen, Herr Professor, es haben sich keine bedeutenden Mißstände gezeigt; Sie wissen, Belgien steht in vielen Beziehungen als Muster da unter den europäischen Staaten.“

Da aber der Prinz in Bezug auf die Annahme der Krone, nicht, wie in Hinsicht der Verfassung, den Wünschen des belgischen Ministeriums nachgeben konnte, so ergab sich denn für dieses die Nothwendigkeit, die Wahl Leopold's einigermaßen aufs Ungewisse hin zu veranlassen, allerdings mit der sicheren Aussicht auf dessen

Annahme unter gewissen Bedingungen, aber einer eben doch durch die Voraussetzung bedingten Aussicht, daß die noch gar nicht angeknüpften Verhandlungen mit der Conferenz ein günstiges, d. h. mindestens den Großmächten, dem belgischen Congreß und dem Prinzen annehmbares Resultat erzielt haben würden.

Am 4. Juni ging nach heftigen parlamentarischen Stürmen die Wahl Leopold's im Congreß durch, dieser entsandte eine Deputation nach London, um den Beschluß zu des Prinzen Kenntniß zu bringen. Zugleich aber schickte das Ministerium zwei Commissäre, die Herren Devaux und Nothomb, über den Canal, um die Verhandlungen mit der Conferenz zu eröffnen, von denen jeder weitere Fortschritt der belgischen Angelegenheit abhängen mußte. Die Deputation und die Commissäre stiegen in London in einem und demselben Hôtel ab.

Beide befanden sich durch die Umstände in einem gegenseitigen Verhältniß, das seine komische Seite hatte. Die Deputirten des Congresses konnten von dem Prinzen erst nach der Beendigung der den Commissären aufgetragenen Verhandlungen officiell empfangen werden, weil der Prinz, nach dem von ihm behaupteten Standpunkt, vorher auf die ihm von den Abgesandten des Congresses zu machende Mittheilung überhaupt gar keine bestimmte Antwort ertheilen konnte. Sie erwarteten diesen Augenblick mit begreiflicher Ungeduld vom 8. bis 26. Juni und fragten von Zeit zu Zeit die Commissäre etwas eifersüchtig: wann werdet ihr uns denn die Thüren aufmachen?

Während dieser Wochen gelang es jedoch den Commissären unter der fortdauernden eifrigen officiösen Mitwirkung des Prinzen, von der Conferenz diejenigen für Belgien wichtigen und vortheilhaften Modificationen der Bases de séparation vom Januar zu erlangen, welche in den dem Conferenzprotocoll vom 27. Juni angehängten sogenannten 18 Artikeln enthalten sind.

In Bezug auf das Gebiet bestand der Gewinn, welchen die

18 Artikel für Belgien boten, zunächst darin, daß sie die luxemburgische Frage ausschieden und offen ließen und die Aufrechthaltung des Belgien günstigen Status quo in Luxemburg während der Separatverhandlung verhießen, welche über dieses Land zwischen Belgien einer- und Holland resp. dem deutschen Bund anderseits zu eröffnen sei. Sodann wurden Belgien die nöthigen Garantien wegen der Schifffahrt auf der Schelde, des Gebrauchs des Canals von Terneuse und der Regulirung des Wasserablaufs der beiden flandrischen Provinzen gegeben. Endlich erkannten die 18 Artikel im Princip den Anspruch Belgiens auf die nach dem Besitzstand von 1790 in dem Gebiet der holländischen Republik enclavirt gewesenen fremden Territorien an und eröffneten den Belgiern damit die Möglichkeit, gegen diese Enclaven von Holland die Provinz Limburg ganz oder theilweise einzutauschen.

Hinsichts der Theilung der Staatsschulden aber stellten die 18 Artikel den gerechten und für Belgien vortheilhaften Grundsatz auf: daß jedes der beiden Länder die Schulden zu tragen habe, die es in die Gemeinschaft eingebracht, und die während der Gemeinschaft contrahirten nach einem billigen Verhältniß getheilt werden sollten.

Die 18 Artikel wurden am 26. Juni unterzeichnet und noch an demselben Tage empfing Leopold in Marlborough-House die Deputation des Congresses, welche ihm den Beschluß, der ihn auf den Thron berief, überreichte. Er nahm die belgische Krone mit den Worten an:

„Ich nehme das Anerbieten, das Sie mir machen, an, wohl verstanden unter der Voraussetzung, daß es an dem Congreß sein wird, die Maaßregeln zu ergreifen, welche allein den neuen Staat constituiren und dadurch ihm die Anerkennung der europäischen Staaten sichern können."

Noch präciser drückte er dasselbe in einem Briefe von demselben Tage an den belgischen Regenten aus: „Sobald der Congreß die

ihm von der Londoner Conferenz vorgeschlagenen Artikel angenommen haben wird, so werde ich die Schwierigkeiten als für mich gehoben ansehen und mich unverzüglich nach Belgien begeben können."

Am 29. Juni wurden dem belgischen Congreß die Antwort des Prinzen und die 18 Artikel mitgetheilt. Die am 1. Juli eröffnete Discussion dauerte unter den heftigsten Redestürmen bis zum 9., wo die Annahme der 18 Artikel erfolgte. Am 11. langte eine vom Congreß ernannte Deputation in London an, um dem erwählten König die Annahme der 18 Artikel anzuzeigen und ihn nach Belgien zu geleiten.

Die von Leopold gestellte Bedingung war also eingetroffen und der Prinz mithin nun durch sein Wort gebunden, sich den Belgiern nicht zu entziehen. Indem er sich zur Abreise rüstete, konnte er sich jedoch nicht verhehlen, wie precär immerhin seine Lage war. Die 18 Artikel waren ein von den Großmächten aufgestellter Entwurf zu Präliminarien für einen zwischen Belgien und Holland abzuschließenden Vertrag. Sie waren von belgischer Seite angenommen, ließ sich aber erwarten, daß Holland sie gleichfalls annehmen werde? Die Conferenz hatte am 27. Juni beschlossen, sie durch den östreichischen Bevollmächtigten, Baron Wessenberg, nach dem Haag überbringen zu lassen, der die nöthigen Erläuterungen darüber zu geben, angewiesen war, um deren Annahme herbei zu führen. Aber nach der vorausgegangenen Sprache Hollands ließ sich nicht hoffen, daß dieser Schritt von Erfolg sein werde. Wie nun, wenn Holland ablehnte? In welcher Lage befand sich dann Leopold? Die Conferenzmächte hatten ihn zwar seit seiner Wahl in jeder Weise thatsächlich zur Annahme der ihm gebotenen Krone ermuthigt, ja gedrängt, aber es lag kein officieller Act derselben vor, kein förmliches Versprechen, daß sie ihn anerkennen, noch weniger, daß sie ihn im Besitz schützen würden. Unter diesen Umständen mußte dem Prinzen alles darauf ankommen, wenigstens von den Conferenzbevollmächtigten möglichst bestimmte mündliche Zusicherungen zu erlangen. Er empfing dieselben

am 12. Juli, und legte ihnen unumwunden die Frage vor: „werden die sämmtlichen Mächte mich auf der Stelle anerkennen, wenn ich, ohne die Antwort des Königs von Holland abzuwarten, nach Brüssel gehe?" „Ja, auch dann (oui, quand même), antwortete der russische Bevollmächtigte Graf Matuszewic, denn in diesem Falle werden wir die Mittel finden, den König von Holland zur Annahme zu nöthigen." Erst hierauf empfing der Prinz die Deputirten des Congresses und setzte die Zeit seiner Abreise nach Brüssel fest. Zwei Tage zuvor traf die Nachricht ein, daß König Wilhelm von Holland die Annahme der 18 Artikel verweigere, und nun erklärten die russischen, preußischen und östreichischen Bevollmächtigten, daß ihre Staaten die Anerkennung des Prinzen als König von Belgien einstweilen verschieben müßten. England und Frankreich ihrerseits verhießen das Versprechen der Anerkennung halten zu wollen. So kam der Prinz in die unangenehme Lage, sich darüber entscheiden zu müssen, ob er das von ihnen gegebene Wort wegen der einstweiligen Verweigerung seiner formellen Anerkennung von Seiten Rußlands, Preußens und Oestreichs, nach allem was vorher gegangen war, zurücknehmen könne und dürfe und ob für ihn die gehoffte Unterstützung Englands und Frankreichs thatsächlich schwerer ins Gewicht fallen werden, als die vom Uebelwollen nicht weit entfernte passive Haltung der drei anderen Mächte. Er entschied sich für die Heilighaltung seines gegebenen Worts und ging seinem neuen Beruf mit muthiger Entschlossenheit entgegen, ohne sich die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung desselben entgegenstellen würden, zu verbergen.

An dem Tage, wo der Prinz London verließ, am 16. Juli, vollzog er noch einen Act, wodurch er bedeutende pecuniäre Interessen zum Opfer brachte. Er verzichtete auf sein englisches Jahrgeld von 50 000 Lstrl., das ihm formell durch seinen Heirathsvertrag und die zu dessen Ausführung ergangene Parlamentsacte auf Lebenszeit, also auch nach dem Tode der Prinzeß Charlotte, also auch wenn er

König von Belgien würde, gesichert war. Entscheidende Gründe hierfür lagen in politischen Erwägungen. Der König von Belgien als englischer Pensionär hätte nie das rechte Ansehen, die rechte Achtung, die rechte unabhängige Stellung, weder seinem Lande, noch England, noch den übrigen Mächten gegenüber, gehabt. Der große politische Succeß, den Leopold erlangt hat, wäre ihm, als englischem Pensionär, geradezu unmöglich gewesen. Es war Stockmar, der diesen Gesichtspunkt bei seinem Herrn auf das nachdrücklichste geltend machte und den Entschluß des Verzichts durchsetzte, wie er denn überhaupt nie anstand, den Fürsten, die er berieth, für höhere, wenn auch nicht in nächster Nähe sich geltend machende Zwecke, große, oft im Augenblick schmerzliche oder lästige Opfer zuzumuthen.

Vom englischen Standpunkt überdies war soviel gewiß, daß der Tod der Prinzeß Charlotte und die Thronbesteigung ihres Wittwers, der zudem eine neue Heirath im Auge hatte, der Fortdauer der Annuity Leopold's materiell und moralisch die wahre Basis, die der Zweckmäßigkeit entziehen mußte. Eine andere Frage blieb, ob das formelle Recht, welches der Prinz unzweifelhaft auf sein Jahrgeld hatte, als ein thatsächlich gesichertes anzusehen war. Stockmar's Ansicht ging, wie zahlreiche schriftliche Aeußerungen desselben beweisen, dahin, daß man englischerseits den König der Belgier nicht im ruhigen Besitz des englischen Einkommens gelassen haben würde.

„Man wartete nur," schreibt er, Brief vom 14. Februar 1832, „auf die Abreise nach Brüssel, um in beiden Häusern Anträge über die Inexpediency (Unzweckmäßigkeit) der Fortbeziehung dieser Annuity zu stellen. Der Antrag im Haus der Gemeinen war schon eingebracht, und wurde erst nach der Vorlesung des Briefes des Prinzen an Lord Grey zurückgenommen, welcher den Verzicht auf das Jahrgeld enthielt. Welches wären die wahrscheinlichen Folgen dieser Anträge gewesen? Ich unterscheide den damit unzertrennlich verbundenen Skandal und das unmittelbare Resultat. Ich will die Bedeutung des Skandals nicht zu hoch anschlagen; auf jeden Fall

würde er ein unwillkommener Begleiter für das erste Auftreten eines neuen Regenten in seinem Lande gewesen sein. Was das Resultat der Anträge selbst betrifft, so war die Absicht, erst die Unthunlichkeit des Fortbezugs jener Gelder für einen fremden Souverän zu diskutiren und dann vom Parlament aus eine Bitte an den Empfänger zu stellen, die Annuity mit Rücksicht auf den bedrängten finanziellen Zustand der Nation (on the score of the distressed state of the Nation) aufzugeben. Es würde unmöglich gewesen sein, der Bitte des Parlaments nicht nachzugeben, und wie ganz verschieden würde diese abgezwungene Concession auf alle persönlichen Verhältnisse des Prinzen gewirkt haben, als der freiwillige Verzicht!"

Es wäre thöricht, jetzt, nach mehr als einem Menschenalter, mit Bestimmtheit behaupten zu wollen, daß jene Anträge vom Parlament würden angenommen worden sein oder nicht.

Eine direkte Entziehung der Annuity durch das Parlament wäre wohl, bei der in England vor dem erworbenen Recht herrschenden Achtung, nicht zu erwarten gewesen. Allerdings aber war eine moralische Nöthigung des Prinzen zum Verzicht, wie sie jene Anträge beabsichtigten, ganz etwas anderes, und da die allgemeine Meinung in England, auch bei den Whigs, dahin ging, daß der Prinz sein Jahrgeld beizubehalten selbst nicht wünschen dürfe, so war die Annahme jener Anträge nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit. Die in jener Epoche der Parlamentsreform herrschende politische Aufregung, die demokratische und auf Ersparnisse im Staatshaushalt gerichtete Strömung der Zeit, die schonende Rücksicht, welche das Reformministerium hierauf zu nehmen hatte, mußten jene Wahrscheinlichkeit verstärken.

Unter diesen Umständen verlor der Entschluß des Prinzen freilich das Verdienst, rein aus höherer politischer Weisheit hervorgegangen zu sein, und es blieb ihm vor der Welt nicht viel mehr als der Ruhm, zu rechter Zeit, aus Klugheit, freiwillig, mit Anstand

und guter Miene auf das verzichtet zu haben, was er doch in kurzer Zeit aufzugeben genöthigt gewesen sein würde.

„Die Entscheidung des Prinzen wurde dadurch beschleunigt," erzählt Stockmar in einer Niederschrift, „daß er erfuhr, der Tory Lord Londonderry werde am 15. Juli Abends im Oberhause das Ministerium interpelliren, welches Uebereinkommen es mit dem Prinzen über den Fortbezug der englischen Apanage getroffen habe. Der Prinz begab sich am Morgen desselben Tages zu Lord Grey, um diesem zu erklären, daß er als König von Belgien nichts von seinem englischen Einkommen nach jenem Lande beziehen werde. Lord Grey lobte den Prinzen, daß er zu diesem so passenden Entschluß gekommen sei, und bat, ihm das mündlich Erklärte brieflich wiederholen zu wollen, damit er die ihm im Parlament bevorstehenden Fragen auf Grund eines Dokuments beantworten könne. Nachmittags wurde Stockmar zum Prinzen gerufen, der ihm den Inhalt seiner Unterredung mit Lord Grey mittheilte, und ihn dann beauftragte, den diesem versprochenen Brief zu entwerfen. Am Abend richtete Lord Londonderry im Oberhaus an den Minister Grey die Frage, ob es die Absicht der Regierung sei, dem Prinzen den Fortbezug seiner englischen Pension nach Belgien zu gestatten. Lord Grey antwortete, daß eine Diskussion über den fraglichen Punkt unpassend sein würde, da das Jahrgeld des Prinzen auf einer Parlamentsacte beruhe und der Regierung keinerlei Macht oder Recht der Einmischung in Bezug darauf zustehe.

Noch spät an demselben Abend entwarf Stockmar den Brief an Lord Grey. Am 16. Juli Morgens legte er das Concept seinem Herrn vor, der einige Aenderungen daran vornahm, es dann abschrieb und den auf den 15. zurückdatirten Brief dem Minister zuschickte. Derselbe lautete:

(Uebersetzung.)

Juli 15. 1831.

Mein lieber Lord Grey!

Ehe ich das Land verlasse, wünsche ich Ihnen schriftlich die An- und Absichten auszusprechen, welche ich heute Morgen das Vergnügen hatte Ihnen mündlich hinsichts meines englischen Jahrgelds mitzutheilen.

Es ist nicht meine Absicht, als Souverän Belgiens von England irgend einen Theil des Einkommens zu beziehen, welches zur Zeit meiner Vermählung mir durch Parlamentsacte ausgesetzt wurde. Ew. Herrlichkeit ist jedoch wohl bekannt, daß ich bis zu dem Augenblicke, wo ich England verlasse, meine hiesige Hofhaltung auf dem bisherigen Fuß erhalten habe, und daß folglich für mich pecuniäre Verpflichtungen zu erfüllen und ausstehende Schulden zu berichtigen bleiben, deren Betrag ich im gegenwärtigen Augenblick mit Genauigkeit anzugeben außer Stande bin. Sobald die Bezahlung aller dieser Forderungen beendet sein wird, gedenke ich mein ganzes englisches Jahrgeld einem unverzüglich zu ernennenden Curatorium (Trustees) zu den folgenden Zwecken zu überweisen.

Die Curatoren sollen das Haus, den Garten und den Park von Claremont in gutem Stand erhalten, ferner alle Gehalte, Pensionen und Verwilligungen bezahlen, welche mir als angemessene Belohnung derjenigen Personen erscheinen werden, die wegen ihrer getreuen Dienste während meines Aufenthaltes in diesem Lande, Ansprüche an mich haben. Die Curatoren sollen überdies alle, sei es von Prinzeß Charlotte, sei es von mir bis zum gegenwärtigen Augenblick gemachten Verwilligungen zu wohlthätigen Zwecken fortentrichten. Wenn allen diesen Auflagen genügt ist, so ist es dann mein Wunsch, daß der Rest des Jahrgeldes in die brittische Staatscasse gezahlt werde.

Ich verbleibe 2c. (gez.)

Leopold.

Mit dem Briefe des Prinzen in der Hand erinnerte Lord Grey am 18. Juli das Haus der Lords an die Frage, die ihm der Marquis von Londonderry am 15. gestellt, sowie an seine Antwort darauf. Seiner Meinung nach sei in dieser Angelegenheit niemand berechtigt gewesen, dem Prinzen auch nur einen Wink zu geben, indeß habe er doch nie einen Augenblick an der Entschließung gezweifelt, zu welcher Leopold aus eigenem Antrieb gelangen würde. Diese Entschließung habe ihm nun derselbe nicht nur mündlich mitgetheilt, sondern auch später brieflich wiederholt, und die mündliche Mittheilung sei schon erfolgt gewesen, ehe noch der edle Marquis seine Interpellation vorgebracht habe. Der Brief des Prinzen sei zwar eine Privatmittheilung, da aber bereits so viel über diesen Gegenstand gesprochen worden sei, und man sich bereits darüber anderwärts so stark geäußert, so habe er beschlossen, den Brief zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, auch aus dem Grunde, um den gehässigen und ungerechten Beschuldigungen vorzubeugen, zu welchen Unkenntniß der Absichten des Prinzen Anlaß geben möchte. Nach Verlesung des Briefes schloß Lord Grey, indem er sagte*): dies sei also ein freiwilliger Act des erlauchten Prinzen, und er hoffe zuversichtlich, daß ein hochherziges Volk die gerechten und liberalen Vorbehalte nicht tadeln werde, wodurch der Verzicht beschränkt sei.

Der Herzog von Wellington bemerkte darauf, der Titel des Prinzen an seinem Jahrgeld sei gerade so gut, als der eines jeden Lords an seinem Vermögen, er beruhe auf dem Recht und Gesetz des Landes; wolle der Prinz seine Pension aufgeben, so müssen allerdings darauf die von Sr. Königl. Hoheit in seinem Brief bezeichneten Lasten haften; er wünsche dem Hause und dem Lande zu dem von Sr. Königl. Hoheit gefaßten Entschluß Glück, denn er werde für

*) Diese schmeichlerischen und unterwürfigen Redensarten, die ein Mann wie Lord Grey für nöthig hielt, um die öffentliche Meinung zu begütigen, sind sehr bezeichnend für die Tendenz der Zeit, die Stellung des Ministeriums dazu und die precäre Natur der englischen Pension Leopolds.

das Volk, über welches der Prinz regieren solle, den Beweis liefern, daß sein Souverän über jeden Verdacht der Abhängigkeit von einem fremden Lande erhaben sei.

Dem Unterhaus machte an demselben Tage der Minister Lord Althorp Mittheilung von dem Brief des Prinzen, indem er aussprach, das Jahrgeld sei dessen unzweifelhaftes Eigenthum, worüber er frei zu verfügen habe, das Haus werde demnach dem Edelsinn (liberality) des Prinzen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Mr. Robinson, der eine Interpellation wegen des Gegenstandes angekündigt hatte, erklärte dieselbe nunmehr zu unterlassen und äußerte, der Verzicht des Prinzen werde mit „Ehrfurcht und Bewunderung" aufgenommen werden. Sir Robert Peel fand in dem Aufgeben einer Pension, „worauf Sr. Königl. Hoheit ein ebenso klares und zweifelloses Recht habe als irgend ein Mitglied auf sein Privatvermögen" einen „außerordentlichen Edelmuth" (extreme liberality). Den Prinzen zum Verzicht zu zwingen, davon habe nicht die Rede sein können, das freiwillige Aufgeben sei aber ein Act der Weisheit.

Also schöne und gerechte Worte von allen Seiten! Ohne Zweifel aber werden die Radikalen und die Tories im Herzen erbost gewesen sein, daß ihnen eine herrliche Gelegenheit zu Angriffen gegen den Prinzen über einen dem Volke sehr einleuchtenden Punkt entgangen.

Am 21. Juli hielt Leopold seinen Einzug in Brüssel; Stockmar begleitete ihn. An den politischen Angelegenheiten in gewohnter Weise als Vertrauter theilnehmend, war er zunächst damit beschäftigt, Haus und Hof des neuen Königs zu organisiren. Alles war hier von Grund auf neu zu schaffen, ebenso wie die Gewohnheiten des constitutionellen Königthums zu begründen waren, und so mußte denn oft auf die Principien zurückgegangen werden. Wir theilen aus Stockmar's Briefen an den König, der im Lande herumreiste, einige charakteristische Stellen mit.

Am 28. Juli schreibt er:

„Euer Majestät erlauben mir zu erinnern, daß die Errichtung einer lutherischen Capelle für den regelmäßigen Gottesdienst Euer Majestät unerläßlich ist. Man sagt: „„wir fragen nicht danach, ob er lutherisch sei, vorausgesetzt, daß er auf seine Weise in seine Kirche gehe.““

Am 1. August erörtert er die vom Könige bei Beantwortung von Anreden einzuhaltende Praxis.

„Das System, auf niedergeschriebene Anreden Antworten aus dem Stegreif zu geben, hat seine Nachtheile. Die Antworten können nicht mit den schon in ähnlichen Fällen vorher ergangenen verglichen werden, und fallen daher zu monoton aus; auch wird leicht etwas vergessen, übersehen oder nicht gehörig behandelt. Euer Majestät sollten auf Reisen immer Jemand mit sich haben, der mit der schriftlichen Abfassung der Antworten auf Anreden besonders beauftragt und dazu geeignet wäre.“

Aber die Arbeit des Aufbaues des neuen Königthums wurde schon nach wenigen Tagen durch eine heftige Crisis unterbrochen, die die ganze Existenz Belgiens in Frage stellte.

Am 1. August kündigte der holländische Commandant von Antwerpen, General Chassé, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für den 4. d. M. an. 50,000 Holländer näherten sich der Grenze. Durfte Leopold hoffen, ihnen mit den der Zahl nach ungenügenden, unerfahrenen, undisciplinirten, seit der Revolution desorganisirten belgischen Truppen die Spitze bieten zu können? Er mußte es natürlich wünschen, aber er machte sich keine Illusion über die Möglichkeit. Der König befand sich in Lüttich, getrennt von seinem Ministerium, das in Brüssel geblieben war. Er zog den ehemaligen Minister Lebeau zu Rathe*) und nahm es über sich, sofort in Paris und London unter Berufung auf die in den 18 Artikeln garantirte

*) S. J. Lebeau: par Th. Juste p. 55 ff.

Neutralität und Unverletzlichkeit Belgiens die bewaffnete Intervention der beiden Mächte anzurufen. Inzwischen hatten die Minister in Brüssel aus constitutionellen Bedenken (Art. 121 der Verfassung verlangte für den Einmarsch fremder Truppen die Sanction eines besonderen Gesetzes) sich damit begnügt, den bevorstehenden holländischen Angriff dem französischen und englischen Cabinet zu notificiren. Leopold, der später im Verlauf einer langen Regierung ein Musterbild constitutionellen Königthums aufzustellen berufen war, ihm war es beschieden, gleich am Anfang seiner Laufbahn der schwierigen Entscheidung gegenüber zu stehen, wo es sich darum handelte, den Buchstaben einer noch jungen und deshalb von um so größerer Eifersucht bewachten Verfassung zu verletzen, um den Staat zu retten. Daß er das Rechte getroffen, wird wohl jetzt Niemand bezweifeln. Die fremde Intervention verhinderte die Holländer, sich Brüssels zu bemächtigen und damit die Unabhängigkeit Belgiens ins Herz zu treffen.

Am 4. August war der Hülferuf des Königs in Paris und London eingetroffen. Louis Philipp sagte seine Hülfe sofort zu. Das englische Ministerium hatte sich begnügt, die Flotte des Admirals Codrington von Plymouth nach Dover zu beordern und blieb gegen das belgische Andringen, sie in die Schelde einlaufen zu lassen, taub. Am 10. rückte Marschall Gérard in Belgien ein. Es war die höchste Zeit. Denn an demselben Tage langte die Nachricht an, daß die belgische Maasarmee unter General Daine sich ohne zu fechten in Unordnung aufgelöst hatte. Am 12. mußte Leopold mit der kleinen Scheldearmee, bei der er sich befand, sich auf Louvain zurückziehen. Er war von den Holländern umringt und hätte sich mit seinen Truppen ergeben müssen, hätten nicht die Holländer auf die Kunde vom Einrücken der Franzosen sich durch den englischen Botschafter Sir Robert Adair zu einer Waffenruhe bestimmen lassen. Schon am 13. begannen sie ihren Rückzug. Am 23. schlug die Londoner Conferenz Holland und Belgien einen Waffenstillstand bis zum 10. October vor, der auch beiderseits angenommen wurde.

Stockmar war erst nach längerem Umherfahren im Stande, den Aufenthalt seines Königs nach der Catastrophe vom 12. auf einem Dorfe zu entdecken, wo Leopold von einer geringen Truppenzahl umgeben war. Stockmar fand ihn in einer Bauernstube, auf einem Bund Stroh liegend, aber ganz munter ein Liedchen vor sich hin pfeifend. Alle Berichte stimmen darin überein, daß er mit Muth und Kaltblütigkeit so lange als möglich die Armee zusammenzuhalten versucht hatte, und nun wußte der Marquis Peu-à-peu Niederlage und Mißgeschick mit Fassung und Heiterkeit zu bestehen.

Belgien war überrascht worden. Man fragt natürlich, ob es sich hätte überraschen lassen dürfen, ob der holländische Angriff nicht vorherzusehen war. Es läßt sich nicht läugnen, daß Holland der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten verschiedene darauf hinweisende Erklärungen vorausgeschickt hatte. Am 21. Juli hatte der König Wilhelm bei der Conferenz gegen die 18 Artikel protestirt, indem er erklärte, wenn der Prinz Leopold vom Thron Besitz ergreife, so könne er ihn nur als seinen Feind betrachten. Und am 1. August hatte die holländische Regierung sich zwar zur Eröffnung einer neuen Unterhandlung bereit erklärt, gleichzeitig aber hinzugefügt, daß der König entschlossen sei, der Verhandlung durch militärische Mittel Nachdruck zu verleihen. Zudem wird man sich schwer überzeugen, daß es den Belgiern unmöglich gewesen sei, von denjenigen Rüstungen und Truppendislocationen vorher Kenntniß zu erlangen, die die Holländer in den Stand setzten, mit 50,000 Mann über die Grenze zu rücken.

Andererseits wird man einräumen müssen, daß, wenn Belgien am 21. Juli, wo Leopold in Brüssel einzog, nicht vorbereitet war, den Angriff abzuwehren, der neue König auch durch keine möglichen Maaßregeln bis zum 4. August das vorher Versäumte nachholen konnte.

Für Stockmar war es ein Gegenstand besonderen Interesses, ob und wie weit die Conferenzmächte, oder einige derselben, von

den Absichten Hollands im Voraus positiv unterrichtet gewesen. Schon am 1. August fragt er in einem Briefe an den König: „Wie kommt Palmerston zu der Aeußerung im Haus der Gemeinen, daß er nicht wisse, ob es nicht doch endlich zwischen Holland und Belgien zum Krieg kommen werde.“ Am 6. August schreibt er: „mein Glaube ist, daß Rußland uns den holländischen Angriff als eine Diversion zugezogen und daß Madame Lieven großen Theil daran hat. Preußen wird wahrscheinlich connivirt haben.“

Ende August hatte er Gelegenheit, in England weitere Forschungen über diesen Punkt anzustellen. Er wurde von seinem König dahin gesandt, um die bedenkliche Wendung zu überwachen, die in der belgischen Angelegenheit zu Folge der von Belgien bewiesenen Unfähigkeit, seine Selbständigkeit gegen Holland mit eigener Kraft zu behaupten, nothwendigerweise eintreten mußte. Er blieb in England als intimer Agent des Königs bis zu Anfang des Jahres 1833. Seine genaue Bekanntschaft mit den englischen Dingen, der Umstand, daß er mit den meisten der dort maaßgebenden Personen schon länger bekannt und als Vertrauter des Königs bei ihnen accreditirt war, machte ihn in mancher Beziehung vorzugsweise geeignet, die wahre Wahrheit zu erforschen und auf die entscheidenden Männer einzuwirken. Uebrigens stand Stockmar mit dem officiellen Vertreter Belgiens, dem sehr tüchtigen, talent- und geistvollen, sowie zuverlässigen und muthigen Van de Weyer, im besten freundschaftlichen Vernehmen. Sie beriethen unausgesetzt jedes Vorkommniß zusammen und handelten im vollkommensten Einverständniß*). Gleich am Tage seiner Ankunft hatte er eine Unterredung mit dem Mi-

*) Als Stockmar zu Anfang 1833 England verlassen hatte, schrieb Van de Weyer an König Leopold: „Vous avez eu la bonté, Sire, de remarquer combien je dois regretter l'absence de M. le Baron Stockmar; son départ laisse, en effet, un grand vide. Il a eu pour moi toute l'affection et la sollicitude d'un père, comme j'ai pour lui tout l'attachement d'un fils. Je n'oublierai jamais les sages conseils que je dois à son amitié.“ Juste: V. d. Weyer I, p. 252.

nister des Auswärtigen, Lord Palmerston. Er berichtet darüber bezüglich jener vorerwähnten Frage am 31. August Folgendes:

„Ich griff ihn sogleich an, indem ich ihm bekannte, daß wir, in unserem Vertrauen auf Schutz und Hülfe von England aus, sehr geschwächt seien. Ich sagte ihm, im Augenblick des plötzlichen Ueberfalls der Holländer hätten wir uns kaum überzeugen können, daß man deren Absicht nicht im Voraus in London gekannt, und dadurch, daß England an der Vertreibung der Holländer gar keinen directen Antheil genommen, seien wir in der Meinung bestärkt worden, es werde von nun an Holland gegen Belgien begünstigen. Palmerston vertheidigte sich gegen den Vorwurf, daß er um das Vorhaben der Holländer gewußt haben müsse, auf eine Art, die mich sehen ließ, daß er entweder wirklich nichts gewußt habe und angeführt worden sei, oder daß er den Nachrichten, die man ihm von dem bevorstehenden Bruch des Waffenstillstandes gegeben, keinen Glauben beigemessen habe."

Uebrigens trat Stockmar gleich in den ersten Besprechungen mit den englischen Ministern die Thatsache entgegen, wie die Lage zu Ungunsten Belgiens durch den unglücklichen Feldzug vom 4. bis 13. August modificirt war.

Erinnern wir uns des Vorangegangenen.

Holland hatte die 18 Artikel verworfen, Belgien sie angenommen. Die Conferenz hatte sich keineswegs formell verpflichtet, jene Bestimmungen zwangsweise durchzuführen. Zwar hatten die Mächte Leopold unter der Hand ermuthigt, den Thron im Vertrauen auf die 18 Artikel zu besteigen. Aber kaum war er in Brüssel installirt, so erließ die Conferenz am 25. Juli, in Folge der holländischen Ablehnung der Präliminarien vom 26. Juni, an beide streitende Theile die Aufforderung zu „neuen Verhandlungen". Das Mißgeschick des Monats August machte es Belgien unmöglich, sich des Eingehens auf diese zu weigern und formell auf die 18 Artikel zu steifen. Es zeigte sich aber auch sofort, daß Belgien materiell

nicht mehr erwarten durfte, alle Vortheile, welche ihm die Juniprä-liminarien in Aussicht gestellt hatten, namentlich die günstigen Be-stimmungen in Bezug auf Limburg und Luxemburg, definitiv zu behaupten. Lassen wir nun Stockmar's Briefe reden.

Er fährt in dem Berichte vom 31. August fort:

„Palmerston kam dann auf die Lage im Allgemeinen. Ich hielt folgende Aeußerungen desselben fest, und nahm sie für den Sinn, in welchem die Conferenz die neuesten Ereignisse zwischen Holländern und Belgiern auffaßt, und nach welchem sie wahrscheinlich den Streit zu schlichten gedenkt. „„Die Belgier," sagte er, „haben augenscheinlich gezeigt, daß sie durch sich selbst den Holländern nicht widerstehen können. Sie würden ohne französische Hülfe vollkommen unterworfen worden sein. Die Belgier sowohl als die Holländer müssen daher beide, um endlich zur Ruhe zu kommen, von ihren gegenseitigen Prätentionen etwas nachlassen. Weder die Belgier können die 18 Artikel vollständig erlangen, noch die Holländer das alte Protokoll vom Januar, dem sie gleich anfänglich beigetreten sind. Wollen die Belgier in nichts nachgeben, so hat die Conferenz nichts besseres zu thun, als gänzlich zurückzutreten und zu sagen: gut! wir erlauben nun den Holländern, ihren Zwist mit den Bel-giern allein auszufechten.""

„Ich erwiderte Palmerston auf diesen Schreckschuß kein Wort. Im Stillen aber sagte ich zu mir selbst, daß wenn auch vier von den Conferenzmächten in der Lage seien, so etwas wünschen und thun zu können, doch Frankreich unmöglich die Eroberung Belgiens durch Holland zugeben werde."

„Auf meine Frage: und wie gedenkt denn die Conferenz unter diesen veränderten Umständen die Territorialfrage zwischen Belgien und Holland zu reguliren? antwortete er: „„darüber sind wir noch nicht vollkommen im Klaren,"" deutete aber sodann auf eine Theilung von Limburg und Abtretung des linken Maasufers an Holland hin.

„Palmerston legte besonderes Gewicht auf folgende Punkte: 1. auf die baldige gänzliche Räumung Belgiens von allen Franzosen, 2. auf die Unmöglichkeit, einen Separatvertrag zwischen Frankreich und Belgien über die belgischen Festungen zuzulassen*), und endlich 3. auf die Unmöglichkeit, den Frieden zu erhalten, wenn sich Belgien zu sehr französisch zeige."

Die Eifersucht, welche die französische Intervention bei den Engländern erregte, trat noch stärker in einer Unterredung hervor, die Stockmar am folgenden Tage mit dem Premierminister Lord Grey hatte.

„Ich begann," schreibt er, „mit der Frage: ob sich seit dem Ueberfall der Holländer die allgemeine Politik Englands gegen Belgien vielleicht geändert habe, und schloß damit, daß in diesem Falle wir wenigstens ein Recht hätten zu fragen und zu erfahren, welches denn von nun an Englands Politik gegen Belgien sein werde. Er antwortete, die Politik Englands habe sich nicht geändert, und man werde fortdauernd dahin trachten, Belgien neutral und unabhängig zu erhalten. Er hob mir dann vorzüglich drei Punkte heraus: 1. in der neuesten Zeit habe das Gefühl, daß Holland einer der ältesten und nöthigsten Alliirten sei, sich erneuert und gestärkt und es könne daher keine englische Regierung etwas unternehmen, was diesen Verbündeten besonders schwäche; 2. die gänzliche Räumung Belgiens von allen französischen Truppen sei das einzige Mittel, wirkliche Harmonie zwischen Frankreich und England zu erhalten; 3. England werde nie zugeben, daß Frankreich über einen Gegenstand, der es gar nichts angehe (nämlich über die belgischen Festungen), einen Separattraktat mit Belgien schließe. Ich konnte aus der ganzen Unterredung merken, daß Grey glaubte, wir hätten uns mehr als nöthig unserem Nachbar in die Arme geworfen — ein Glaube, der uns hier viel schaden mag. Der Umstand, daß unsere

*) Wir werden die Frage der belgischen Festungen in einem besonderen Abschnitt im Zusammenhang zu behandeln haben.

Truppen blos von französischen Offizieren organisirt und befehligt werden sollen, gefiel ihm auch gar nicht. Er meinte, dies allein reiche hin, uns zur bloßen Provinz Frankreichs zu stempeln."

Von großem Interesse zur Bezeichnung der ganzen Lage der belgischen Angelegenheit um diese Zeit ist der Bericht vom 2. September.

„Soeben," heißt es darin, „komme ich von Bülow (dem preußischen Gesandten). Folgendes ist das Wesentliche seiner Aeußerungen."

„1. Talleyrand spreche ihm Tag und Nacht von einer Theilung Belgiens*) vor, und suche ihn zu überzeugen, daß, wenn nur Frankreich, Preußen und Holland sich darüber verständen, die Einwilligung Englands dadurch zu erlangen sei, daß man Ostende und Antwerpen zu Freihäfen erkläre. Er (Bülow) habe jedoch bis jetzt stets erwidert, daß Preußen nicht darauf eingehen könne, weil es die Combination eines unabhängigen und neutralen Belgiens für die bessere Politik halte. (In der That sagte mir Lord Grey, daß ihm Bülow die Depesche, die er deshalb nach Berlin geschrieben, gezeigt habe, und sie sei allerdings so bestimmt gegen die Theilung gewesen, daß Grey selbst sie nicht besser hätte schreiben können.)"

„Zweitens, sagte Bülow, er rathe den Friedenstractat zwischen Holland und Belgien sobald als möglich zu Stande zu bringen, weil, so lange solches noch nicht geschehen, allgemeiner Krieg wahrscheinlich und alle Combinationen offen seien. So weit Bülow."

„Was die Stimmung in England betrifft, so bin ich geneigt zu glauben, daß man eigentlich, mit den inneren Angelegenheiten beschäftigt, sich das Schicksal der Holländer nicht so sehr zu Herzen nimmt. Allein die Opposition ist à cheval auf dieser Frage und keineswegs zu verachten. Auch hat alles, was Wellington über die militärische Seite der Dinge vorbringt, nicht nur im Lande über-

---

*) Vergl. Bulwer: Life of Lord Palmerston II, p. 102, 114, 123.

haupt, sondern auch bei Lord Grey sehr großes Gewicht. Hierzu kommt noch sonderbarerweise, daß Talleyrand Wellington auf alle Weise schmeichelt, und, wie man sagt, einen großen Einfluß auf ihn übt. Daß Falk die Times beeinflußt oder gekauft hat, darüber ist kein Zweifel. Ebensowenig, daß die Tories Falk und den König von Holland auf alle nur mögliche Weise beschützen und ihm Nachrichten aller Art zutragen."

„Ich werde mir nun erlauben, meine eigenen allgemeinen Ansichten über den gegenwärtigen Stand der Dinge und die sich daraus ergebenden wichtigsten praktischen Consequenzen vorzutragen."

„Erstens, die Hauptsache scheint mir die baldige und gänzliche Räumung Belgiens Seitens der Franzosen."

„Ohne sie ist der Bestand des Ministeriums Grey nicht sicher, der Friede höchst ungewiß, die Constituirung Belgiens als Staat unmöglich. Die Holländer wünschen in diesem Augenblick nichts eifriger, als das Stehenbleiben der Franzosen, und zwar, weil sie dadurch 1. den Sturz des Ministeriums Grey, 2. den allgemeinen Krieg, 3. die Theilung Belgiens herbeizuführen hoffen."

„Wollen wir nur ja nicht die Franzosen als ein Mittel gebrauchen, um die Conferenz einzuschüchtern! das hilft nichts, erbittert gegen die Person des Königs und zwingt die vier Mächte, sich desto mehr auf die Seite Hollands zu neigen."

„Zweitens, der Friedenstractat zwischen Holland und Belgien kann nicht schnell genug zu Stande kommen. Dies wird nur möglich sein, wenn die Belgier das Unwichtige dem Wichtigen zu opfern verstehen. Die Basis unseres Rechts sind die 18 Artikel. Wir können viel oder alles verlieren, sollten wir uns vermessen, jetzt noch mehr erlangen zu wollen. Und auch in den 18 Artikeln dürfen wir nur das festhalten wollen, was für die unabhängige Existenz Belgiens absolut erforderlich ist."

„Drittens bin ich der festen Meinung, daß wir den französischen Intriguen, die in diesem Augenblick gegen uns hier, in Bel-

gien selbst und in Frankreich gespielt werden, nur eines entgegenzusetzen haben. Es ist das unmittelbare Versprechen Louis Philipp's, in die Heirath zu willigen. Nur hierdurch können wir Intriguen entkräften, die uns in kurzer Zeit umwerfen können. Auch wird Holland nicht eher aufhören, Frankreich zur Theilung einzuladen, als bis diese Heirath erklärt ist. Glauben Sie mir, sie ist jetzt wichtiger als alles, sie muß betrieben werden, je schneller je besser; es ist auch kein Augenblick zu verlieren."

So precär aber auch in dieser Zeit die belgische Sache lag, Stockmar behielt frischen Muth und den freien Blick über die nächsten Nöthen und Plagen des Tages hinaus. Die großen wichtigen Hauptsachen immer im Auge zu behalten, in Hinsicht auf diese das Moralische der Fürsten, denen er zur Seite stand, anzuregen und zu stärken, das war stets seine Virtuosität.

In diesem Sinne schreibt er an den König am 10. September: „Euer Majestät rufe ich einstweilen nur Folgendes zu:

1. Nie den Muth zu verlieren
2. Nie an Thätigkeit nachzulassen, worauf Ihre Feinde hoffen!!!
3. Ueber der militärischen Organisation die Civilorganisation nicht zu vergessen. Die Nation muß sehen, man betreibe mitten im Sturme die Geschäfte des Friedens. Daß Hoffnungen auf den Frieden erregt werden, wenn sie auch später nicht in Erfüllung gehen sollten, ist von höchster Wichtigkeit."

Inzwischen konnte Stockmar schon in den nächsten Tagen verschiedenes Tröstliches melden. Am 12. September schreibt er:

„Baudrand *) hat mir vorgestern Abend gesagt, daß die französische Regierung entschlossen sei, ganz Belgien zu räumen, indem sie in diesem Augenblick stark genug dazu zu sein glaube. Ich

*) General Baudrand, erster Adjutant des Herzogs von Orleans.

habe dies gestern Palmerston mitgetheilt, der es noch nicht wußte und außerordentlich erfreut war."

„Daß Oestreich die Theilung Belgiens nicht will, betrachte ich als gewiß."

Auch die Unterredungen, die Stockmar am 11. September mit Palmerston und dem König Wilhelm IV. hatte, konnten für den belgischen Standpunkt zur Beruhigung gereichen.

„Ich sprach Palmerston," so berichtet er, „über die Kälte, mit der sich, nach den Zeugnissen zweier Geschäftsträger, die mich damit zu schrecken suchten, die englischen Minister über Belgien ausgedrückt haben sollten, und vorzüglich über eine Phrase, die ihnen entschlüpft sein sollte, nämlich, daß es ihnen ganz gleichgültig sei, ob wir uns würden halten können oder nicht. Er erklärte sich sehr verständig hierüber, gab mir Versicherungen, die ich für wahr halten muß, weil sie dem Interesse Englands entsprechen, und schloß mit den Worten: „sagen Sie mir nur, was wir thun können, um dem König unsere Freundschaft zu beweisen und es soll geschehen."

„Ich erwähnte sodann die Nothwendigkeit, französische Offiziere in der belgischen Armee zu gebrauchen. Er sagte, er für sich selbst habe nichts dagegen. Indeß könne er nicht läugnen, daß es Eifersucht errege. Vorzüglich sei der Herr Onkel (der König von England) außerordentlich dagegen. Hierauf bemerkte ich, ob man nicht als Gegengift vielleicht auch einige englische Offiziere verwenden könne. Er meinte, das möchte an sich wohl gut sein, vielleicht werde es aber in Belgien selbst Schwierigkeiten haben. Ehe ich wegging, sagte er noch, daß er gestern Depeschen von Petersburg erhalten, wonach der Kaiser über den Angriff der Holländer sehr erstaunt gewesen, und gesagt habe; es sei ein tolles Unternehmen."

„Ueber den Einmarsch der Franzosen habe er geäußert: man muß abwarten, was sie thun werden; sie nicht belästigen, so lange sie nur den Rückzug der Holländer erzwingen wollen, aber sie heraustreiben, sobald sie mehr wollen."

„Zwei Stunden später gab mir König Wilhelm eine Audienz. Ich wußte, daß er mir eine Vorlesung zugedacht hatte. Ich machte daher beim Eintreten ein sehr ernsthaftes Gesicht, welches seine Gutmüthigkeit außerordentlich genirte, ja in wirkliche Verlegenheit setzte. Er suchte lange, ehe er den rechten Text finden konnte. Endlich fand er ihn. Er war, daß wir als neutraler Staat eigentlich gar keine Armee brauchten und daß unsere Politik ebenso neutral und weder französisch noch englisch sein sollte. Er betonte besonders die Phrase, „ich selbst würde Leopold abrathen, sich auf die englische Seite zu neigen, wenn er es thun wollte." Er sagte hierüber viel Gutes, was ich sehr loben mußte, welches ihn denn auf der Stelle wieder ganz freundlich machte. Er wiederholte stets, daß sein ganzes Herz an der Erhaltung des Friedens hänge und daß dabei auf diese belgische Frage so viel ankomme. Die Anstellung der französischen Offiziere, äußerte er, sei ihm besonders unangenehm. Ich erwiderte hierauf, was ich schon zu Palmerston wegen der englischen Offiziere gesagt. Er sagte mit Eifer: „über diesen Gegenstand werde ich ein andermal mit Ihnen sprechen; überhaupt wünsche ich, daß Sie nicht weggehen, ohne noch einmal zu mir zu kommen. Sagen Sie dem König viel Schönes und wie eifrig ich sein Wohl und seinen Erfolg wünsche.""

Belgien hatte eine schwierige Stellung zwischen den Großmächten. Thätige Hülfe war, wie sich gezeigt hatte, nur von Frankreich zu erwarten; und doch war es unmöglich, Frankreich ganz zu vertrauen, denn nur zu oft ließ es bedenkliche Velleitäten und Hintergedanken durchblicken.

Jedes thätige Vorgehen Frankreichs drohte aber wieder die Eifersucht und das Mißtrauen der anderen Mächte zu erregen, zuvörderst der absolutistischen, die theils aus Princip, theils aus Verwandtschaftsrücksichten Belgien abgeneigt waren, und sodann Englands, von dem unter diesen Umständen auch nicht mehr zu erwarten war, als ein laues, ziemlich passives Wohlwollen.

London, der Ort der Conferenz und in der Zeit nach dem französischen Einmarsch war besonders geeignet, die Unbefangenheit des Blicks zu trüben. Dort beherrschte alle die Besorgniß vor dem überwiegenden Einfluß oder rückliegenden Gedanken Frankreichs in der belgischen Sache. Stockmar ließ sich indeß durch das Geschrei, „ihr Belgier seid zu französisch! — ihr habt euch ganz in Frankreichs Arme geworfen," — obschon er keinerlei Sympathie für Frankreich hatte, nicht beirren. Er erkannte einerseits, daß es zwar wünschenswerth sei, den Anstoß, welchen die fortdauernde französische Occupation Belgiens den übrigen Mächten gab, zu beseitigen, andererseits aber, daß Frankreich die einzige wirksame Stütze und Förderung für die belgische Sache bot. In diesem Sinne schreibt er am 15. September 1831, nachdem Leopold kurz zuvor die Räumung Belgiens brieflich bei Louis Philipp angeregt hatte:

„Der Brief des Königs ist gut, verständig, ehrlich, politisch richtig — kurz ein Brief, wie ihn ein Fürst schreiben sollte — und der ihn schrieb, ist würdig ein König zu sein. In diesem Sinne habe ich stets die Räumung Belgiens von allen Franzosen gepredigt. Die Anwesenheit dieser hatte der englischen Regierung eine falsche Stellung gegeben. So lange diese Stellung dauerte, konnte man nie wissen: wollen die Engländer uns feindlich sein oder müssen sie es sein? Jetzt werden wir bald sehen, was wir eigentlich von ihnen zu erwarten haben."

„Die Furcht, die mir in vielen Briefen ausgedrückt worden, daß, sobald die Franzosen Belgien geräumt, die Conferenz, im Fall eines zweiten Angriffs von Holland*), Frankreich verhindern werde, Belgien wieder Hülfe zu leisten, theile ich nicht und zwar deswegen nicht, weil Frankreich gegenwärtig so gestellt ist, daß, was auch die Conferenz sagen möchte, es genöthigt sein wird, Belgien ebenso schnell zur Hülfe zu kommen, als das erste Mal. Die bel-

*) Es war, wie wir sahen, nur ein Waffenstillstand geschlossen, der mit dem 10. October ablief.

gische Politik muß daher in diesem Augenblick mehr nach Frankreich sich hinneigen, das verlangen die Umstände gebieterisch."

„Greifen die Holländer an, so müssen die Belgier sich wehren, so gut sie können, allein, allen Conferenzen der Welt zum Trotz, nicht einen Augenblick anstehen, die Franzosen ein zweites Mal, und zwar so schnell als möglich, zu Hülfe zu rufen. Daher bedarf es jetzt großer Wachsamkeit von Seiten der belgischen Regierung, guter Spione, die die militärischen Bewegungen der Holländer gleich anzeigen und sofortiger Mittheilung jeder dieser Bewegungen nach Paris. Aber, obgleich ich fest überzeugt bin, daß, im Fall eines zweiten holländischen Angriffs, die Franzosen auch ein zweites Mal Hülfe leisten werden, so wäre doch im belgischen Interesse dieser zweite Angriff sowohl als die zweite Hülfe aus allen Kräften zu depreciren. Denn diese zweite Hülfe würde, fürchte ich, zu ganz anderen Consequenzen führen, als die erste. Preußen würde sich wahrscheinlich darein mischen und dann halte ich einen allgemeinen Krieg für unvermeidlich."

„Für die Verhandlung über den Friedenstractat mit Holland lege ich zwei Grundsätze nieder, die ich unverrückt im Auge zu behalten dringend empfehle. Sie sind:

1. handeln Sie stets so, als sei Frankreich wirklich de bonne foi gegen Belgien,

2. glauben Sie, daß für Belgien alle Vertheidigung, alle Hülfe in der Conferenz blos durch Frankreich kommen könne. Suchen Sie daher diese Hülfe so viel nur immer möglich durch Ihre Privatcorrespondenz mit Ihrem Herrn Bruder in Paris (Louis Philipp) zu erlangen. Ruhen und rasten Sie in dieser Hinsicht keinen Augenblick. Irren ist menschlich, allein, wie ich die Dinge hier ansehe, so wird England positiv nicht viel für uns thun. England kann uns nur negativ fördern, d. h., es kann den Forderungen nachgeben, auf welchen Frankreich zu unseren Gunsten besteht. Daß diese Forderungen für uns und mit Festigkeit von Frankreich gemacht

werden, dem steht Talleyrand im Wege. Es hilft zu nichts, aus-finden zu wollen, warum er Belgien nicht besonders günstig oder was er im Sinn habe. Begnügen wir uns zu wissen, daß es einmal so sei und suchen wir ihm zum Trotze unsere Sache glücklich durch-zuführen. Deswegen bombardiren Sie täglich und stündlich nach Paris. Bieten Sie alles auf, zu erlangen, daß er geschärfte In-structionen erhalte, daß er uns vertrete, daß er in Bezug auf uns in der Conferenz nicht nachgebe, ohne vorher bei seiner Regierung anzufragen."

In einem Briefe vom 23. September kommt Stockmar nochmals auf die Eventualität eines zweiten Angriffs der Holländer zurück.

„Die Meinung," schreibt er, „daß England allein einen zweiten Anfall der Holländer und dadurch den allgemeinen Krieg verhindern sollte theile ich vollkommen. Ich frage mich aber, hat England, selbst wenn es den Willen hat, die Mittel dazu? — welche Mittel hat es? — Drohungen? Eine Macht wie England sollte niemals drohen, ohne vorher entschlossen zu sein, die Drohungen zu erfüllen."

„Eine ernsthafte Sprache, selbst wenn sie geführt wird, wird daher bei den Holländern nicht viel helfen. Sie wissen zu gut, daß das englische Gouvernement seine Drohungen nicht erfüllen könnte. So lange Holland oder vielmehr die Familie Nassau glaubt, nur durch Krieg gewinnen zu können, so lange muß der Bestand des Friedens höchst zweifelhaft bleiben. Wenn man den englischen Mi-nistern von einem zweiten holländischen Angriff spricht, so lächeln sie, als sei die Sache unmöglich. Doch fügen sie hinzu, wenn man freilich in den Verhandlungen bis zum 10. October keine Fort-schritte gemacht habe, so würden sie auch nicht in der Lage sein, den Ausbruch neuer Feindseligkeiten zu verhindern."

„Dies soll, meiner Meinung nach, als ein Keil auf die belgische Bereitwilligkeit wirken. Die Engländer klagen, daß Belgien sich in den Verhandlungen saumselig und übelgesinnt und de mauvaise foi zeige."

In einer Nachschrift sagt er, Palmerston habe soeben gegen ihn geäußert, es seien nun die holländischen sowohl als die belgischen Projecte für den Friedensvertrag bei der Conferenz eingegangen. Beide seien extravagant; die Belgier seien weit über die 18 Artikel hinausgegangen. Stockmar bemerkt dazu:

„Ich denke, das, was ich vor vier Wochen gleich in den ersten 24 Stunden nach meiner Ankunft hier nach Brüssel schrieb, wird statt haben. Die Conferenz wird sagen, die Ansprüche beider Theile sind himmelweit auseinander, sind beide von solcher Leidenschaftlichkeit, daß an eine Vereinigung nicht zu denken. Deswegen wollen wir, Conferenz, im Interesse Europas, das den Skandal nicht länger mit ansehen kann, den Handel schlichten."

Inzwischen hatten sich die Aussichten Belgiens noch insofern verdüstert, als Rußland, die der belgischen Sache wenig günstige Großmacht, durch den Fall Warschau's und das allmälige Verlöschen des polnischen Aufstandes die volle Freiheit der Action wieder gewonnen hatte, und mitunter beschlich Entmuthigung auch den König Leopold. Auf einen in solcher Stimmung geschriebenen Brief antwortet Stockmar am 26. September:

„Die Hauptsache jetzt ist, Muth zu behalten. Es wird nicht so schlimm werden wie wir fürchten, aber auch nicht so gut wie wir wünschen. Mein entschiedener Eindruck ist, daß England, Preußen und Rußland keinen Krieg wollen und daß die Holländer uns am 10. künftigen Monats nicht angreifen werden. Die Mächte werden es verhindern, nicht Belgiens wegen, sondern weil sie nicht Krieg wollen."

„Unmittelbar nach dem Fall von Warschau hat Zuylen (der holländische Conferenzbevollmächtigte) Bülow besucht und ihm die Hoffnung ausgedrückt, daß Preußen nunmehr eine ganz andere Sprache zu Gunsten Hollands führen werde. Bülow hatte ihm geantwortet, er werde nach wie vor Holland in allen seinen gerechten Forderungen unterstützen. Mehr werde er aber auch jetzt nicht thun;

denn sein Herr wolle Gerechtigkeit und Friede und der König von Holland müsse sich daher auch darauf vorbereiten, daß in der nämlichen Stunde, in der die luxemburgische Angelegenheit mit dem deutschen Bund regulirt sein werde, Preußen den König der Belgier anerkenne."

Derselbe Brief erzählt eine Thatsache, die insofern nicht uninteressant ist, als sie zeigt, wie auch die älteren Bourbonen auf die aus der belgischen Sache hervorgehenden Verwickelungen speculirten.

„Damas*), der Bülow fleißig besucht, ist ganz in Verzweiflung, daß es nicht zum allgemeinen Krieg kommen will. Zu der Zeit, wo die Räumung Belgiens von den Franzosen noch nicht gewiß war und wo die Carlisten hofften, es werde über diesen Punkt zum Bruch kommen, hatte er mehrere Häuser in der City (durch welche Mittel, weiß ich nicht) vermocht, sich von selbst an Bülow und den russischen Gesandten Lieven zu wenden, um ihnen, auf den Kriegsfall, Geld für ihre Regierungen anzubieten."

Die Vorhersagungen Stockmar's bewahrheiteten sich. Der 10. October verging ohne Wiederanfang der Feindseligkeiten und der 14. October brachte den schiedsrichterlichen Spruch der Conferenz, welche durch die 24 Artikel die Existenz Belgiens unter Bedingungen feststellte, die die Erfahrung doch als nicht ungünstig erwiesen hat.

Schon am 29. September schreibt Stockmar:

„Ich begegnete soeben Palmerston. Er sagte mir im Gespräch, daß er van Zuylen nicht als Mitglied der Conferenz, sondern als englischer Minister mitgetheilt, daß England als solches den Wiederanfang der Feindseligkeiten nach dem 10. October nicht dulden werde."

Am 10. October schreibt er:

„Ich komme von Lord William Russell zurück, der aus Brüssel hier angelangt ist**). Er hat mich durch eine kurze Unterhaltung

*) Baron Damas, der Erzieher des Herzogs von Bordeaux, zu dem Hofe von Carl X. gehörig.

**) Wo er in diplomatischer Mission gewesen war.

sehr erfreut und erquickt. Seine Worte wiegen für mich um so schwerer, je weniger er deren zu machen pflegt. Er sagte mir: „I admire the King. I never gave him credit for what there is really in him. It seems it wants only external causes to rouse his faculties into action. The whole government rests upon him, he does every thing, and it is wonderful how much he does. It is astonishing how popular he is with every body and I believe he can do at this moment with the Chambers and the whole Nation just what he pleases.“ Er fügte noch eins hinzu, was für hier von der größten Wichtigkeit: „My conviction is that Leopold is not at all french *).“ Ich sagte: „Lord William, Sie können unendlich viel Gutes thun, wenn Sie die wenigen Worte, die Sie mir gesagt, hier den Ministern und Ihren Freunden wiederholen. Jedermann weiß, daß Sie nicht sagen, was Sie nicht glauben.“

Es ist hier nicht der Ort, auf den Inhalt der am 14. October von der Conferenz festgestellten 24 Artikel des Näheren einzugehen. Es genügt, an folgende Hauptpunkte zu erinnern:

1. daß sie Limburg rechts von der Maas Holland und dagegen den wallonischen Theil von Luxemburg Belgien zuweisen,

2. daß sie von den Schulden des früheren vereinigten Königreichs der Niederlande Belgien eine jährliche Rente von 8,400,000 fl. als Antheil auferlegen,

3. daß sie Belgien den freien Transit durch Limburg und die

*) Lord William Russell's Worte lauten auf deutsch: „Ich bewundere den König. Ich hatte nie das in ihm gesucht, was wirklich in ihm ist. Es scheint, daß es nur äußere Anlässe bedarf, um seine Kraft zur That wachzurufen. Die ganze Regierung ruht auf seinen Schultern, er thut Alles und es ist bewundernswerth, wie viel er thut. Es ist erstaunlich, wie beliebt er bei Jedermann ist und ich glaube, er kann in diesem Augenblick mit den Kammern und der ganzen Nation machen was ihm beliebt. Meiner Ueberzeugung nach ist Leopold durchaus nicht französisch gesinnt.“

Freiheit der Schifffahrt auf der Schelde und den Gewässern zwischen Schelde und Rhein, ausbedingen, und

4. daß die Conferenz gleichzeitig beiden streitenden Theilen erklärte: die fünf Mächte garantirten die Ausführung dieser Artikel, als welche ihre unwiderruflichen Entscheidungen enthielten und seien entschlossen, deren vollständige Annahme Seitens beider Theile zu erzwingen.

Stockmar schreibt darüber am 14. October:

„Da mir die Kenntniß verschiedener Details fehlt, die zu der Beurtheilung nöthig ist, ob das von der Conferenz kommende Friedensproject die materiellen Interessen Belgiens wirklich verletze oder nicht, so habe ich auf einem indirecten Wege zu einem Urtheil zu kommen gesucht. Ich habe ermittelt, was die Holländer von dem Friedensproject denken. Falk (der holländische Bevollmächtigte), der stets einsichtsvoll, ruhig und vernünftig, sagt Folgendes:

„„Die Interessen Hollands sind durch die Stipulationen der freien Schifffahrt auf den Flüssen und der Servitut, nach welcher die Belgier eine Eisenbahn von Antwerpen nach Sittard errichten können*), dergestalt verletzt, daß ich nicht glaube, der König von Holland werde den Tractat ratificiren.““

„Wenn dies der Fall ist, so leuchtet mir auch indirecterweise ein, daß unser Interesse nicht sehr verletzt sein könne, und daß es daher, alles zusammengenommen, rathsam sein dürfte, den Tractat belgischerseits anzunehmen.“

*) Art. 12. Dans le cas, où il aurait été construit la Belgique une nouvelle route, ou creusé un nouveau Canal qui aboutirait à la Meuse vis-à-vis le Canton hollandais de Sittard, alors il serait loisible à la Belgique de demander à la Hollande, qui ne s'y refuserait pas dans cette supposition, que la dite route, ou le dit Canal fussent prolongés d'après le même plan entièrement aux frais et dépens de la Belgique, par le Canton de Sittard jusqu'aux frontières de l'Allemagne.

„Was man auch in Belgien gegen denselben und gegen die Conferenz sagen möge, so sind doch zwei Dinge gewiß:

1. die Schwierigkeiten für die Conferenz, die Sache auf die eine oder andere Art zu schlichten, sind groß,

2. die Ungeduld der großen Mächte ist gerecht, endlich Differenzen beendet zu sehen, die an und für sich Kleinigkeiten betreffen und doch ganz Europa in kriegsähnlicher Spannung erhalten."

„Um zu erforschen, ob ich in Bezug auf die von den einzelnen Mitgliedern der Conferenz gespielte Rolle recht gesehen, machte ich heute Morgen in meiner Unterredung mit einem derselben absichtlich einen Ausfall auf Palmerston, indem ich sagte, er sei im Ganzen mehr den Holländern als den Belgiern geneigt. Dabei kam denn aufs Klarste heraus, daß Palmerston der einzige war, der die belgische Sache eifrig in der Conferenz vertheidigt hatte."

„Die Stipulation der Eisenstraße von Antwerpen nach der preußischen Grenze, die freie Schifffahrt auf den Flüssen haben wir allein ihm zu verdanken. Talleyrand dagegen hat auch gar nichts gethan, als sogleich auf alle Punkte, die rein belgisches Interesse sind, nachzugeben und nur auf solchen Punkten zu bestehen, wo das französische Interesse vorwaltete."

„Ueber die Heirath habe ich zwei Briefe aus Paris gesehen. Danach scheint mir kein Hinderniß, als die Ungewißheit der belgischen Dinge. Sobald der König Friede gemacht hat und derselbe allgemein anerkannt ist, scheint man vollkommen geneigt, die Prinzeß Louise zu geben."

Am folgenden Tage, den 16. October, räth Stockmar nochmals zur Annahme der 24 Artikel. Die Differenz zwischen den belgischen Forderungen und dem von der Conferenz Zugestandenen in Betreff des Gebiets und der Schuldenfrage sei nicht so bedeutend, daß davon das Wohl Belgiens abhängen könne.

„Das wahre Wohl Belgiens," sagt er, „hängt jetzt ab vom schleunigen Frieden, Herstellung einer guten Administration, Ver-

nichtung der Parteien im Innern, die hauptsächlich durch die baldigste Anerkennung der Unabhängigkeit Belgiens von ganz Europa bedingt ist. Sie ist das sicherste Mittel gegen die französische wie gegen die holländische Partei im Lande. Zudem, welches Mittel hätte der König persönlich, um Belgien gegen die Nachtheile, welche der Ausspruch der Conferenz etwa mit sich bringen mag, zu schützen? Etwa die Abdication? Sie würde für Belgien selbst nicht nur nicht den geringsten Vortheil, sondern die allergrößten Nachtheile haben. Sie würde entweder allgemeinen Krieg, und in dessen Folge die Restauration, oder die Vereinigung mit Frankreich, oder vielleicht die Theilung hervorbringen. Für den König aber würde die Abdankung keinen einzigen wirklichen Vortheil bringen, obschon es der gereizten Stimmung anders erscheinen mag. Allerdings kann der König von der Annahme der 24 Artikel einen vorübergehenden Nachtheil erleiden, d. h., er kann dadurch bei der unverständigen, unbeständigen Masse auf kurze Zeit weniger populär werden. Dagegen aber giebt es ein souveränes Mittel. Er sei ein gerechter, fester, thätiger, verständiger König und wir wollen sehen, ob er nicht in kurzer Zeit wieder der populärste König in Europa sein wird."

„Auf der andern Seite würde die Abdication ihn in den Augen Europas ruiniren. Er würde schwach, unbeständig, kurzsichtig erscheinen, als der von ihm unternommenen Sache nicht gewachsen dastehen. Der König ging nach Belgien, um Europa den Frieden zu erhalten, um dort die Sache der constitutionellen Monarchie zu retten. Das ist die Mission, die er Europa, den Mächten, Belgien gegenüber übernommen hat. Daß sich dabei Schwierigkeiten finden, ist keine Entschuldigung, die Flinte ins Korn zu werfen. Der König hat eine schöne Aufgabe, er zeige sich ihrer würdig."

„Er verliere keinen Augenblick, seine Minister zu einer Erklärung zu zwingen, ob sie bleiben wollen, wenn er die 24 Artikel annimmt! Wo nicht, so bilde er auf der Stelle ein neues Ministerium."

„Trotzdem aber, daß ich also dem König rathe, alles mögliche zu thun, damit das Friedensproject so schnell als möglich angenommen werde, so rathe ich ihm doch auch zugleich, von seiner persönlichen Stellung gegenüber der Conferenz allen möglichen Vortheil zu ziehen."

„Er schreie daher gegen die Ungerechtigkeit, die die Conferenz an ihm begangen *). Er schimpfe sie; sie ist darauf gefaßt. Er zeige auf das klarste, daß er unter ganz anderen Voraussetzungen nach Belgien gegangen und daß er mit den späteren und jetzigen Beschlüssen der Conferenz nicht das geringste zu thun gehabt. Er beweise den Belgiern auf das Bündigste, daß er alles mögliche gethan, um für sie die vortheilhafteste Lösung herbeizuführen. Ebenso schreie das Ministerium."

„Dabei geschehe jedoch zugleich alles, damit die Kammern das Friedensproject annehmen mögen.""

Der Ernst, mit dem Stockmar in dem vorstehenden Briefe die Möglichkeit einer Abdication des Königs erörtert, beweist, daß Leopold wirklich den Gedanken an eine solche ausgesprochen hatte. Ihm fiel die Annahme der 24 Artikel sehr schwer, sowohl vom belgischen als vom rein persönlichen Standpunkt. Auf Grund der 18 Artikel zum Thron berufen, sollte er nun dem Lande den Verzicht auf einen Theil dessen zumuthen, was es bis dahin als die Basis seiner Existenz, was er selbst als die Grundlage seiner Königlichen Stellung betrachtet hatte. Er hatte die Verfassung beschworen, welche Luxemburg und Limburg als Provinzen bezeichnete, und noch besonders eidlich gelobt, die Integrität des Territoriums aufrecht zu halten. War die Annahme des Londoner Projects unter solchen Umständen mit seiner persönlichen Ehre verträglich?

---

*) Sofern sie nämlich ihn vermocht, die Krone auf Grund der 18 Artikel anzunehmen und ihm dann nachträglich die Bedingungen der 18 Artikel nicht gewährt.

Stockmar, der von London aus der vom König zu fassenden Entschließung offenbar mit großer Sorge entgegensah, suchte inzwischen das Möglichste für die Beseitigung der persönlichen Bedenken seines Herrn zu thun.

„Ich sprach Grey,“ berichtet er. „Dieser sieht nichts in der persönlichen Stellung des Königs, in dem geleisteten Schwur desselben, in der belgischen Constitution, was ihn verhindern könnte, den Tractat auf der Stelle anzunehmen. Ich empfehle der Aufmerksamkeit des Königs diese Worte eines Mannes, der auf den Punkt der Ehre, des Eides, so scrupulös ist, als der König selbst. Es sind die Worte eines Staatsmanns, der Verfassungen und verfassungsmäßige Verantwortlichkeit wohl kennt. Lord Grey sieht in der Nichtannahme des Königs große Verlegenheiten, in der Abdication das größte Unheil für Europa, die größten Nachtheile für den Charakter und die persönliche Lage König Leopolds. Er versichert mich, so wie man nicht zweifeln könne, daß die Conferenz die Mittel habe, ihre Entscheidung mit Gewalt auszuführen, so wenig dürfe man auch zweifeln, daß sie diese Mittel im Nothfall anwenden werde. Er wenigstens sei durchaus für ihre Anwendung, das Interesse Europas verlange sie.“

„Ich fragte Bülow gestern, wie die Conferenz ihre Entscheidung durchzuführen gedenke, im Fall sich Holland oder Belgien widersetzten. Er antwortete: „„will Holland Belgien angreifen, so hat es mit den fünf Mächten zu thun. Falls Belgien die Bedingungen nicht annehmen und erfüllen will, die die Conferenz ihm auflegt, so lassen wir eine aus Franzosen, Preußen und Engländern bestehende Executionsarmee einrücken.““ Als ich dieser Bülow'schen Aeußerungen heute gegen Lord Grey erwähnte, sagte er, daß falls Belgien Holland oder Holland Belgien angreife, ganz gewiß das eintreten würde, was Bülow mir mitgetheilt. Den zweiten Fall, wo Belgien nicht angreifen, sondern blos sich weigern würde, das

ihm Auferlegte zu leisten, wollte er nicht direct beantworten, sondern sagte nur, dieser Fall würde zu neuen großen Schwierigkeiten führen."

Wahrscheinlich, um dem geschriebenen Wort durch mündliche Vorstellungen mehr Nachdruck zu geben, ging Stockmar noch im October nach Brüssel. Der König und sein Ministerium entschlossen sich, die 24 Artikel den Kammern zur Annahme vorzulegen. Juste in seinem Leben des Königs Leopold berichtet (Seite 163), daß dieser entschlossen war, die Kammer, wenn sie die 24 Artikel verwürfe, aufzulösen, und, wenn die neue Kammer in der Ablehnung beharrte, abzudanken. Eine solche Abdankung würde dann allerdings einen ganz andern Sinn gehabt haben, als die Abdankung, um den 24 Artikeln zu entgehen.

Am 1. und 3. November ermächtigten die Kammern den König zum Abschluß des definitiven Vertrags über die Trennung von Holland und Belgien auf Grund der 24 Artikel. Das Ministerium hatte sich vorher den Kammern gegenüber verpflichtet, dem Vertrag seine definitive Zustimmung erst dann zu geben, wenn es 1. einige Modificationen desselben zu erlangen versucht und 2. die Gewißheit gewonnen hätte, daß der König von den Mächten sofort anerkannt werden würde. Die Conferenz erwiderte auf die demgemäß an sie gerichteten Noten, 1. daß die Mächte nicht eine einzige Modification der 24 Artikel zugestehen könnten, 2. daß nichts im Wege stehe, den 24 Artikeln die Sanction eines Vertrags zwischen den fünf Mächten und Belgien zu verleihen, in welchem dann die Anerkennung des Königs schon implicite liegen mußte. Der Vertrag wurde in der That am 15. November 1831 unterzeichnet. Er war eine Wiederholung der 24 Artikel, zu denen in drei weiteren Artikeln noch folgende Bestimmungen traten.

Art. 25. Die fünf Mächte garantiren dem König der Belgier die Ausführung der vorhergehenden Artikel.

Art. 26. Friede und Freundschaft zwischen Belgien einer= und den fünf Mächten andererseits, d. h. Anerkennung des Königs der Belgier.

Art. 27. Die Ratificationen sollen spätestens in zwei Monaten ausgewechselt werden.

---

## Neuntes Capitel.

# Die belgischen Festungen.

In der Zeit zwischen dem Abschluß und der Ratification des Vertrags vom 15. November wurde eine von uns früher schon vorübergehend berührte Frage, die sogenannte Frage der belgischen Festungen *), der Anlaß heftiger Verwickelungen. Es ist für das Verständniß nöthig, die Vorgeschichte derselben dem Leser zu vergegenwärtigen.

Am 17. April 1831 hatten vier der Conferenzmächte, Oestreich, England, Preußen und Rußland in London ein Protokoll unterzeichnet, wodurch sie, also mit Ausschluß Frankreichs, für den Fall der definitiven Trennung Belgiens von Holland, sich über künftige Maaßregeln in Betreff der auf Kosten der vier Höfe seit 1813 im vereinigten Königreich der Niederlande erbauten Festungen im Princip einigten.

Sie erklären darin, daß die neue Lage, in welche Belgien voraussichtlich versetzt werden würde, und seine von Frankreich anerkannte und garantirte Neutralität eine Aenderung des für die Niederlande

*) Die ausführliche Geschichte der Festungsfrage findet sich in der Schrift des damaligen belgischen Bevollmächtigten General Goblet: Des cinq grandes puissances de l'Europe dans leur rapports avec la Belgique par le Lieut. Gén. Comte Goblet d'Alviella. 1863.

angenommenen Defensivsystem's zur Folge haben, daß die fraglichen Festungen zu zahlreich seien, als daß nicht deren Unterhaltung und Vertheidigung Belgien schwer fallen müsse, daß übrigens die allgemeine zugestandene Unverletzlichkeit des belgischen Gebiets eine in früherer Zeit nicht vorhanden gewesene Sicherheit gewähre, daß endlich ein Theil jener, unter andern Umständen erbauten Festungen nunmehr geschleift werden könne, und daß die vier Höfe sich vorbehalten, über die Bestimmung der zu schleifenden Festungen mit Belgien in Verhandlungen zu treten, sobald dasselbe eine von den Mächten anerkannte Regierung besitzen wird. —

Stockmar commentirt in einem Briefe vom 22. December 1831 jenes Protokoll in folgender Weise:

„Die Meinung, daß die Schleifung der Festungen nur als ein Compliment für Frankreich von den Mächten beschlossen war, ist unrichtig. Schon im Jahre 1815 war ein Theil der verbündeten Mächte, nämlich Oestreich und Preußen, zweifelhaft, ob die Art der Vertheidigung der Niederlande, wie Wellington sie wünschte und durchsetzte, die Zweckmäßigste sei. Jetzt, wo Belgien, von Holland getrennt, für sich allein offenbar weder Leute noch Geld genug hat, die ganze Menge der Festungen zu vertheidigen, wurden jene Zweifel von 1815 nur lebendiger; und da Wellington nicht im Cabinet ist, so mußte die Ansicht der übrigen Mächte das Uebergewicht bekommen."

„Es war zu befürchten, daß die von Belgien mangelhaft unterhaltenen und vertheidigten Festungen nur dazu da sein würden, um bei erster Gelegenheit in die Hände der Franzosen zu fallen. So beschloß man die Schleifung. Es traf sich, daß Talleyrand, der von Allem Vortheil zu ziehen sucht, diesen Gegenstand ergriff, um seiner Regierung glauben zu machen, der Beschluß der Schleifung sei ein Compliment für Frankreich, das er hauptsächlich aus den vier Mächten herausdiplomatisirt habe. Da dieser Wahn den vier Mächten nichts schaden konnte, so hatten sie auch keinen Grund, die Franzosen darin zu stören."

Das Protocoll vom 17. April wurde dem französischen Bevollmächtigten in London am 14. Juli officiell mitgetheilt, und am 23. verkündete Louis Philipp in seiner Thronrede bei Eröffnung der französischen Kammern mit stolzen Worten, „daß die zur Bedrohung Frankreichs und nicht zum Schutze Belgiens angelegten festen Plätze geschleift werden sollten.*)

Noch während der französischen Occupation versuchte die Regierung Louis Philipp's direct mit Belgien ein Separatabkommen über die Festungsfrage zu schließen. Der Gedanke war offenbar, daß man Belgien zu einer dem französischen Interesse gemäßen Bestimmung der zu schleifenden Plätze vermögen, und dann mit einem solchen Vertrag in der Hand die Zustimmung der vier Mächte leichter werde erlangen können. Wir sahen bereits, wie die englischen Minister Ende August in den ersten Unterredungen mit Stockmar entschieden erklärten, England werde eine Separatconvention über die Festungen nie zugeben. Den Gedanken hieran mußte also Frankreich fahren lassen. Es versuchte noch einen andern Weg. Es stellte in London den Antrag, daß der englische Gesandte in Brüssel von den vier Höfen ermächtigt werden möge, mit der belgischen Regierung und einem französischen Bevollmächtigten über die Schleifung von einigen der belgischen Festungen zu unterhandeln. Die Bevollmächtigten der vier Mächte erklärten hierauf in einem Protocoll vom 29. August: Dieser Antrag könne nicht angenommen werden, in Erwägung, daß die fraglichen Festungen großentheils auf Kosten der vier Mächte, ohne irgend eine feindliche Absicht gegen Frankreich, lediglich zum Zweck der gemeinsamen Sicherheit errichtet seien, daß die vier Höfe mit

*) Das Journal des Débats stimmte gleichzeitig folgenden Triumphgesang an: „La démolition des forteresses de la Belgique est le premier avantage que nous fait l'Europe. C'est le premier aveu de l'ascendant et de la prépondérance que la France a acquis depuis sa révolution. L'Europe sentira de plus en plus que la France de 1830, libre, ardente, regorgeant de force et d'activité, ne peut être traitée comme la France de 1815."

dem Souverän der Gebiete, auf denen jene belegen, besondere Vereinbarungen getroffen, daß der neue Souverän Belgiens in dieser Beziehung in die Stellung getreten ist, in der sich S. M. der König der Niederlande befand und daß folglich es den vier Höfen unmöglich sein würde, eine dritte Macht an den Verhandlungen über jene Festung Antheil nehmen zu lassen.

Nachdem auch dieser Versuch Frankreichs gescheitert war, ließ sich jedoch Belgien, um den mächtigen Nachbar, dem man Dankbarkeit schuldete, dessen Hülfe man noch ferner brauchte, einigermaßen zufrieden zu stellen, zu einem den französischen Wünschen möglichst entgegenkommenden Schritt bewegen. Das Ministerium gab am 8. September dem französischen Abgesandten Latour-Maubourg die förmliche Erklärung ab, „daß der König Leopold darein willige und sich damit beschäftige, im Einverständniß mit den vier Mächten, auf deren Kosten die Festungen großentheils erbaut seien, Maaßregeln zur schleunigen Schleifung von Charleroi, Mons, Tournai, Ath und Menin zu ergreifen."

Stockmar hat diese Erklärung immer als einen Fehler betrachtet. Belgien bürdete sich damit eine falsche Rolle auf. Die wahren Parteien in der Festungsfrage waren Frankreich einerseits und die vier Mächte andrerseits.

Nicht dem schwachen Belgien kam es zu, zwischen den großen Mächten zu vermitteln. Es konnte dabei nur das Schicksal des irdenen Topfes erwarten, „le pot de terre en souffre." Sein Vortheil gebot ihm vielmehr, sich möglichst aus der Festungsfrage herauszuhalten, und Frankreich zu rathen, daß es seine Wünsche und Interessen direct bei den vier Mächten betreibe. Die Alternative, die Stockmar in einem Briefe vom 21. December aufstellt, ist unwiderleglich. „Entweder waren die Belgier mit den Mächten über die Wahl der Festungen einverstanden, — dann brauchten die Franzosen ein Versprechen von unserer Seite nicht. Oder, wir waren

mit den vier Mächten nicht einig — dann konnte unser Versprechen den Franzosen nichts helfen."

Der König Leopold sandte darauf noch im September den General Goblet nach London, welcher 1. die Mächte über die von Belgien an Frankreich gegebene Erklärung beruhigen, 2. im Sinne dieser auf die Conferenz wirken sollte. Trotz aller belgischen Anstrengungen bestanden die Mächte darauf, die Festungen Philippeville und Marienbourg an die Stelle von Charleroi und Tournai zu setzen, deren Schleifung Frankreich gewünscht hatte.

Am 14. December sah sich General Goblet genöthigt, eine Convention mit den vier Mächten zu unterzeichnen, welche die Schleifung von Menin, Ath, Mons, Philippeville und Marienbourg bestimmte. Ein geheimer Artikel besagte, daß der König der Belgier, für den Fall, wo die Sicherheit der beizubehaltenden Festungen gefährdet sei, sich über die Maaßregeln zu deren Erhaltung mit den vier Mächten verständigen werde.

Ein Artikel, der dem König selbst, wie er am 17. December an General Goblet schreibt*), sehr harmlos (nämlich für Frankreich) vorkam, da er eben nichts besage, als: ruft unsere Hülfe an, wenn eure Festungen in Gefahr sind, so daß Frankreich Belgien eben blos in Ruhe zu lassen braucht, um den Artikel ganz wirkungslos zu lassen. Gleichwohl war damals die Geheimhaltung dieses Artikels, wie Stockmar's Correspondenz ergiebt, ein Gegenstand der ängstlichsten Fürsorge.

In der That brachte schon der offene Vertrag, die Ersetzung von Charleroi und Tournai durch Philippeville und Marienbourg, einen heftigen Sturm von Seiten Frankreichs hervor.

Derselbe wäre in der That nicht zu begreifen, wenn man davon ausginge, daß der ostensibel im Vordergrund stehende Differenzpunkt, ob Philippeville und Marienbourg (wie die vier Mächte wollten)

---

*) Juste, Leopold I., 1re partie, pag. 234.

oder Charleroi und Tournai (wie Frankreich wollte) geschleift werden sollten, den wahren inneren Grund der großen Aufregung auf französischer Seite enthielt. Der Herzog von Wellington, dessen Stimme in London am meisten in's Gewicht fiel, war der Ansicht, daß Charleroi und Tornai zur Vertheidigung Belgiens gegen einen französischen Angriff von größerer Bedeutung seien, als Philippeville und Marienbourg, und wahrscheinlich wird man aus demselben Grunde von französischer Seite die Schleifung der beiden ersten Plätze mehr gewünscht haben, als die der beiden letzten*). Indeß läßt sich doch nicht annehmen, daß Frankreich durch die Nichtschleifung von Tournai und Charleroi eines seiner Lebensinteressen verletzt sah, es würde dieselbe sonst nicht schließlich sich haben gefallen lassen. Anderseits war die Regierung Louis Philipps im Jahre 1831 bestimmt der Erhaltung des Friedens aufrichtig geneigt. Das heftige Aufbrausen und endliche Nachgeben Frankreichs erklärt sich also nur unter der Annahme, daß durch irgend einen Umstand die französische Empfindlichkeit gereizt war, die Friedensliebe aber doch zuletzt die Oberhand behielt. Und so war es in der That.

Aber was das französische Selbstgefühl verletzte, war nicht so sehr der Beschluß, daß die Befestigungen von Tournai und Charleroi erhalten bleiben sollten, als vielmehr das Princip des Festungsvertrags überhaupt, d. h. der Umstand, daß die vier Mächte mit Ausschluß Frankreichs allein über die zu schleifenden oder zu

*) General Goblet in seinem Buch über die Festungsfrage S. 129, bemerkt, er verstehe nicht, warum Frankreich grade auf Tournai und Charleroi bestanden, **car ces deux places fesaient partie du système également favorable aux défenseurs, quels qu'ils fussent, de la neutralité belgique;** d. h. sie dienten eben so gut zur Vertheidigung Belgiens im französischen Interesse gegen einen anders woher kommenden Angriff. Wenn dies richtig ist (wir enthalten uns des Urtheils über die technische Frage), so läge darin eben nur ein Beweis, daß man in Frankreich einen solchen Angriff von andrer Seite als praktisch gar nicht in Betracht kommend ansah.

erhaltenden Festungen Belgiens und zwar aus dem Gesichtspunkt der Verträge von 1815 heraus entscheiden wollten. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Vertrag über die belgischen Festungen ein Ausfluß der Quadrupelallianz von 1814 und 1815 gegen Frankreich war und daß ein gewisser Widerspruch zwischen demselben und dem Vertrage vom 15. November 1831 vorlag. In dem Augenblick, wo die vier Mächte mit Frankreich die Neutralität Belgiens garantirten, schlossen sie unter sich einen besondern, doch wesentlich auf die Vertheidigung dieser Neutralität gegen Frankreich bezüglichen Vertrag und sicherten sich dadurch besondere Rechte hinsichtlich der belgischen Festungen. Hier war also ein neutraler Staat von den fünf Mächten garantirt, aber durch besondere, aus den Kriegen gegen Frankreich herrührende und gegen Frankreich gerichtete Bande an die vier übrigen geknüpft.

Frankreich „verabscheut" bekanntlich die Verträge von 1815, welche das Resultat der Reaction Europa's gegen seinen maßlosen Ehrgeiz waren. Es sieht in der legitimen Gegenwirkung gegen die von ihm begangenen Excesse, in dem Mißtrauen, welches sich durch deren Andenken erhält, ein Unrecht, eine Beleidigung, und in dieser Beziehung unterschied sich das Frankreich von Louis Philipp nicht von dem früheren oder späteren. Das Charakteristische des Juli-Frankreichs war nur der wirkliche, ernste Wille, den Frieden zu erhalten. Es war also zwischen zwei sich eigentlich widersprechenden Empfindungen getheilt, von welchen allerdings die Friedensliebe überwog. Das natürliche Resultat in der Festungsfrage mußte ein inconsequentes Benehmen sein.

Das Protocoll vom 17. April 1831 wurde dem französischen Bevollmächtigten in London am 14. Juli officiell mitgetheilt. Die französische Regierung täuschte sich natürlich so wenig damals, wie später, über den wirklichen Sinn des Acts, aber, im Interesse der Erhaltung des Friedens, suchte sie die nationale Empfindlichkeit zu täuschen. Sie stellte das Festungsprotocoll als einen von Frankreich

errungenen Sieg dar, wonach die früher vom europäischen Mißtrauen an der belgischen Grenze errichteten Bollwerke von Europa selbst wieder niedergerissen würden, das sich vor Frankreichs Uebergewicht beuge.

Den Mächten gegenüber mußte folgeweise die Regierung Louis Philipp's sich gleichzeitig jeder Einwendung gegen das Festungsprotocoll enthalten; sie nahm es in vollkommenem Schweigen entgegen.

Aber jener ächt französische Kunstgriff *) konnte doch auf die Dauer nicht vorhalten. Der wahre Gehalt des Festungsprotocolls blieb nicht verborgen, es ließ sich auch nicht verhehlen, daß die vier Mächte sich die Auswahl der zu schleifenden Festungen noch vorbehalten hatten und dabei Frankreich durchaus keine Stimme zustehen sollte.

Nun befand sich die französische Regierung in einer vollkommen schiefen Lage. Wollte sie gegen die weiteren Vereinbarungen der Mächte über die Festungen, als gegen einen Ausfluß der Verträge von 1815, protestiren, so war dies zu spät, nachdem sie das Protocoll ruhig und sogar mit erheuchelter Befriedigung hingenommen, in dem das Princip jener Vereinbarungen enthalten war. Sie konnte auch nicht verkennen, daß sie durch einen Streit über das Princip sich einem gefährlichen Conflict mit den vier Mächten aussetzte, den sie nicht wollte. Und doch war in den Regierungskreisen die „gallische Fiber" heftig erregt. Was war zu thun? Das Nächstliegende war der Versuch, eine dem Interesse Frankreichs möglichst entsprechende Wahl der zu schleifenden Festungen zu erreichen. Das Scheitern dieses Versuchs steigerte natürlich die üble Laune. Da man mit den vier Mächten ernstlich anzubinden sich scheute, so ließ

---

*) Schon im siebenjährigen Krieg entstand das Epigramm:

Le coq français est le coq de la gloire,
Par le revers il n'est point abattu.
Il chante fort, s'il gagne la victoire,
Encor plus fort, quand il est bien battu.

man den Zorn hauptsächlich an dem armen Sündenbock Belgien aus. Die Drohungen, mit denen man dieses bedrängte, hatten aber außer der Befriedigung des Gemüthsbedürfnisses noch einen andern Zweck, die vier Mächte einzuschüchtern, damit diese sich in der Ausführung des Princips des Festungsprotocolls zu einigen, die französische Eigenliebe beschwichtigenden Zugeständnissen vermögen ließen.

Dabei machte sich nun freilich die Inconsequenz, in der man sich bewegte, wieder zum Nachtheil Frankreichs geltend; denn nachdem man einmal zu dem Festungsprotocoll geschwiegen, konnte man zwar gegen Belgien den ganzen Verdruß über das darin ausgesprochene Princip ausschütten, allein man war den Mächten gegenüber darauf reducirt, als der Festungsvertrag das Protocoll zur Ausführung gebracht hatte, statt über das Princip desselben, blos deswegen Lärm zu schlagen, weil nicht Tournai und Charleroi, sondern nur Philippeville und Marienbourg geschleift werden sollten. Offenbar konnte aber die über diesen untergeordneten Punkt geführte, polternde Sprache nicht schrecken, die Mächte konnten keinen Ernst dahinter sehen, nachdem Frankreich gegen das Princip des Festungsvertrags keinen Widerspruch erhoben hatte.

Dies vorausgeschickt, lassen wir die Erzählung des weitern Verlaufs nach Anleitung von Stockmar's Correspondenz folgen.

Merkwürdigerweise war es Talleyrand gewesen, der die Namen Philippeville und Marienbourg zuerst erwähnt und ursprünglich den Anlaß zu dem Gedanken der Schleifung dieser Festungen gegeben hatte. „Als er," schreibt Stockmar am 20. December, „vor einiger Zeit, noch vor der belgischen Erklärung vom 8. September, erst bei Bülow, und dann bei Palmerston anklopfte, und die Retrocession*) der abgetretenen Cantons mit Marienbourg und Philippeville wünschte, antwortete ihm Palmerston, daß man lieber Krieg machen werde; daß aber, wenn jene beiden Festungen Frankreichs Mißfallen erregten,

*) Die beiden Festungen mit Gebiet gehörten früher zu Frankreich und waren erst durch den zweiten Pariser Frieden an die Niederlande gekommen.

man sich wohl zu deren Schleifung verstehen würde. Sobald Talleyrand," fährt Stockmar am 21. December fort, „einsah, welchen Fehler er gemacht, sprach er nie mehr ein Wort von Marienbourg und Philippeville. Wahrscheinlich aber ist es, daß er in der Absicht, seinen Fehler wieder gut zu machen, bei seiner Regierung auf die Erlangung der Erklärung vom 8. September gedrungen, um am Ende, wenn es zur Schleifung dieser Festungen käme, die Schuld auf uns wälzen zu können. Daher hat er auch hier und in Paris sich gestellt, als ob er nie ein Wort davon erfahren, daß die Rede von Philippeville und Marienbourg sei, er, der überall 150 Spione hat, und gewöhnlich die Dinge früher als jeder andere weiß *)."

Die verletzte französische Eigenliebe äußerte sich nun in den insolentesten Fanfaronaden gegen das arme Belgien.

Am 17. December schrieb Louis Philipp **) an Leopold:

„Ich erhalte mit ebensoviel Erstaunen als Bedauern die Nachricht, daß der Bevollmächtigte Eurer Majestät sich erlaubt hat, einen Vertrag zu unterzeichnen, der im directen Widerspruch mit den gegen mich eingegangenen Verpflichtungen steht. Ich erwarte demnach

*) Durch die vorstehend nach Stockmar's Briefen gegebene Darstellung werden die Thatsachen, die bereits Juste in dem Leben Leopold's, I. S. 173 anführt, in ein anderes Licht gestellt. Juste sagt: „le prince de Talleyrand imagina un singulier expédient, pour mettre un terme aux débats; il proposa à la conférence de faire la cession de Philippeville et de Marienbourg à la France." Hiernach erscheint es als ob Talleyrand seinen Vorschlag erst gemacht hätte, nachdem die vier Mächte die Schleifung von Philippeville und Marienbourg zur Sprache gebracht, und erst in dem spätern Stadium der Verhandlungen im October oder November, während die Wahrheit ist, daß Talleyrand die Abtretung von Philippeville und Marienbourg ganz von selbst, und zwar bereits zu einer Zeit angeregt hatte, wo in London von Philippeville und Marienbourg noch nicht die Rede war. Jetzt läßt sich nach Bulwer's Life of Palmerston, II. 28 der Zeitpunkt, wo jenes geschah, ganz bestimmt angeben. Am 7. Januar 1831 schreibt Palmerston an Lord Granville: „Heute schlug mir Talleyrand vor, daß Frankreich Philippeville und Marienbourg als Entgelt dafür bekommen sollte, daß es seinen Einfluß für die Wahl Leopold's geltend mache."

**) Der Brief steht bei Juste, Léopold I., pag. 235.

14*

zuversichtlich, daß dieser Vertrag Ihre Ratification nicht erhalten wird, denn ich muß mich auf Ihre Zusagen verlassen*)."

„Talleyrand," berichtet Stockmar am 16. December, „speit Feuer und Flammen, daß anstatt Tournai und Charleroi, Philippeville und Marienbourg rasirt werden sollen. Er sagt, daß die Belgier ihre vertragsmäßige Verpflichtung gegen Frankreich nicht erfüllt haben. Er behauptet, man habe ihm von Paris aus geschrieben, dieses Resultat sei die Folge einer in Brüssel gesponnenen Intrigue. Bülow hat ihm offen gesagt, daß die Beibehaltung von Tournai eine Lebensfrage für die englischen Minister gegenüber dem Parlament sei, und daß wahrscheinlich Talleyrand selbst nicht wünsche, daß diese Frage Lord Grey über den Haufen werfe.

Talleyrand spielt gern Comödie. Wenn das französische Ministerium klug ist, so stellt es sich als hätte es die Schleifung von Philippeville und Marienbourg selbst gewünscht."

In Paris indeß sprach der französische Minister Sebastiani**) von Rückkehr zum feindseligen System von 1815 gegen Frankreich, das den Krieg der Demüthigung vorziehe, von belgischem Vasallenthum, von der Unredlichkeit Belgiens, welches, im Widerspruch mit seiner Erklärung vom September, hinter dem Rücken Frankreichs den Mächten den Vertrag in seiner jetzigen Fassung vorgeschlagen***)

*) Der Brief schloß mit der drohenden Wendung: „Ich kann nicht zweifeln, daß Sie Ihre Bemühungen mit den meinigen vereinigen werden, um Frankreich, Belgien und Europa vor den Uebeln zu bewahren, die daraus entspringen könnten."

**) Ueber Sebastiani's Sprache siehe Goblet a. a. O. S. 175—191. Man erinnert sich aus dem vorigen Capitel, wie Sebastiani bei der ersten Erwähnung von Leopold's Candidatur zum belgischen Thron gleich mit Kanonenschüssen drohte. Guizot in seinen mémoires Vol. II. pag. 183 preist an demselben Mann: un jugement libre et ferme, une sagacité froide, une prudence hardie, un courage tranquille. Die Franzosen haben eben für solche Dinge einen eignen Maaßstab.

***) Während im Gegentheil Belgien nur einem starken Drucke der Mächte widerstrebend nachgegeben hatte.

habe, und er drohte den Hauptvertrag vom 15. November nicht zu ratificiren, wenn Belgien den „infamen“ Festungsvertrag ratificire, er drohte, Frankreich werde die Kosten der Expedition vom August einfordern, und seine Hülfe ein zweites Mal verweigern, Belgien seinem Schicksal überlassen.

Belgien befand sich in einer sehr üblen Lage. Die schleunige Ratification des Festungsvertrages war offenbar in seinem Interesse. „Denn,“ sagt Stockmar in einem Briefe vom 14. December, „der Festungsvertrag ist ein aus dem noch nicht ratificirten Hauptvertrag vom 15. November hervorgegangener Nebenvertrag. Wird dieser ratificirt, so liegt darin eine Bestätigung des Hauptvertrags, dessen Nichtratification darnach um so weniger möglich erscheint.“

Wollte Belgien den Festungsvertrag nicht genehm halten, so konnte dies den drei sogenannten Nordmächten zum Vorwand dienen, die Ratification des Hauptvertrags zu verweigern; hatten sie doch in einem früheren Stadium der Verhandlungen, am 14. November, die belgische Annahme der Grundlagen des Festungsvertrags gradezu zur Bedingung sine qua non ihrer Unterzeichnung des Tractats vom 15. November gemacht. Auch Palmerston drängte zur schleunigen Ratification, die Stockmar wiederholt (Brief vom 14. und 20. December) eifrig empfahl.

„Palmerston und Grey“ schreibt er, „halten übrigens das ganze Getöse für ein abgekartetes Spiel zwischen Talleyrand*) und Sebastiani, und glauben, daß sich die Franzosen beruhigen würden, sobald sie sich überzeugt hätten, daß mit ihren großen Worten nichts mehr auszurichten. Die Drohungen der Franzosen gegen Belgien verlacht man hier. Man sagt mit Recht: die Franzosen haben euch das erste Mal nicht um eurer selbstwillen gegen die Holländer ge-

---

*) Den Beweis hierfür sieht Stockmar (Br. v. 3. Jan. 1832) darin, daß man in Paris die beabsichtigte Schleifung von Philippeville und Marienbourg seit dem 6. December kannte, aber erst nach einer Depesche Talleyrand's vom 13. December, nämlich am 15., dort zu schreien anfing.

holfen, sondern sie sind gekommen, weil sie es ihrer eigenen Convenienz nach mußten. Was sie auch heute sagen mögen, so marschieren sie morgen wieder nach Belgien, wenn die Holländer es angreifen."

„Die Drohungen, den Novembervertrag nicht ratificiren zu wollen, können sie gar nicht ausführen, weil sie sich dadurch selbst am meisten schaden würden. Und wenn sie davon sprechen, uns für die Hülfe im August die Kosten zahlen zu lassen, so antwortet man hier darauf: die Franzosen sind auf den Wunsch der Conferenz einmarschirt, und müssen sich daher, wenn sie bezahlt sein wollen, mit der Conferenz berechnen."

In Brüssel gab man jedoch dem französischen Wüthen so weit nach, daß man zuvörderst die Ratification des Festungsvertrags verschob, und sodann Modificationen dieses Vertrags von den Mächten zu erlangen suchte; sei es Weglassung der Bestimmung über Philippeville und Marienbourg, sei es Annahme eines Zusatzartikels, wonach deren Schleifung vorläufig suspendirt bleiben solle.

Stockmar war gegen jede Modification des Festungsvertrags. „Lord Grey," schreibt er (20. December), „hält es für höchst gefährlich, durch die geringste Aenderung an dem Festungstractat den Russen einen scheinbaren Grund zur Nichtratification des Hauptvertrags zu geben." „Selbst wenn die Conferenz (Brief vom 21. December), die verlangte, die Schleifung suspendirende Klausel gewährt, sehe ich gar keinen Nutzen davon. Sie würde am Princip nichts ändern, und kann daher den Franzosen weder gefallen noch etwas helfen. Im Gegentheil, sie schadet nur. Die Sache würde doch bekannt, und der zugestandene Aufschub würde an der Demüthigung, von der Frankreich spricht, nichts ändern. Man würde nur noch mehr mauvaise foi darin finden als in der unmittelbaren Ausführung."

„Und wollte Belgien später demoliren, so würde das Geschrei

und der Nachtheil wieder eben so groß wie jetzt sein. Das einzige durchgreifende Mittel wäre, Philippeville und Marienbourg ganz und gar aus dem Tractat herauszulassen. Dann wird es aber ein neuer Tractat; und unsere Nichtratification des alten Tractats könnte von einigen Mächten als ein acte de mauvaise foi aufgefaßt werden und die schwersten Folgen nach sich ziehen. Uebrigens glaube ich kaum, daß Belgien die Mächte wird bewegen können, etwas an dem Tractat zu ändern."

„Will die französische Regierung eine Aenderung, so genügt es nicht, daß Sebastiani, Belliard *) und Talleyrand die belgische Regierung schimpfen, mißhandeln und verläumden. Dadurch gewinnen die Franzosen nichts. Wollen sie etwas durchsetzen, so müssen sie officielle Schritte bei den Mächten thun. Sie müssen den Mächten beweisen, daß Marienbourg und Philippeville nicht innerhalb des Wortes und des Sinnes des Protocolls vom 17. April liegen. Sie müssen ihnen beweisen, daß die französische Regierung durch diese Schleifung leiden würde. Dann und nur dann werden die Mächte hören. Alles dies sollte der König offen und furchtlos dem Louis Philipp als seine Meinung mittheilen lassen." —

In einem Briefe vom 24. December hebt Stockmar nochmals die vitale Wichtigkeit der Festungsfrage für den Bestand des Ministeriums Grey hervor, welches der Opposition gegenüber, der die gewichtige Autorität Wellington's zur Seite stand, ohnehin einen schwierigen Stand hatte, insofern man die öffentliche Meinung mit dem plausiblen Argument leicht aufregen konnte, daß das Ministerium zu Gunsten Frankreichs und seines Vasallen Belgiens Festungen schleifen lasse, die, nach Wellington wenigstens, zur Vertheidigung des europäischen Gleichgewichts nöthig seien, und über vier Millionen Pfund Sterling gekostet hätten.

Stockmar war um so weniger geneigt, sich von den französischen

*) Der französische Gesandte in Brüssel.

Klagen schrecken zu lassen, als er, gleich den englischen Ministern, sie von vornherein für eine berechnete Comödie hielt. Er fand sich in dieser Annahme durch das Benehmen der Franzosen seit der Suspension der Ratification von belgischer Seite bestärkt. „Um ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, bei den Mächten Gegenvorstellungen gegen den Festungstractat zu machen,“ schreibt er am 30. December, „hat Belgien, auf die Gefahr sich selbst zu schaden, die Ratification suspendirt. Haben nun die Franzosen den Mächten gegenüber irgend welche directe Schritte gethan? Nein. Sie haben nichts gethan, als uns maltraitirt und uns angetrieben, durch uns selbst compromittirende Schritte ihr Spiel zu spielen. Sobald aber die Franzosen zeigen, daß sie blos durch die Belgier manövriren, selbst aber nichts thun wollen, so zeigen sie auch, daß ihre Klage über unsere mauvaise foi eine elende Ausflucht und ihr ganzes Geschrei ein unwürdiger Versuch, eine jämmerliche Intrigue ist.“

In der That, da die Franzosen sahen, daß sie nichts ausrichten würden, änderten sie ihre Sprache. Man wird darüber nachstehenden Brief Palmerston's an Stockmar vom 1. Januar 1832 nicht ohne Interesse lesen.

(Uebersetzung.)

Mein lieber Baron!

Ich muß mich vielmals entschuldigen, daß ich Ihnen die Einlage nicht früher zurückgestellt. Ich hoffe zuversichtlich, daß diese Kabbelei jetzt als beendet anzusehen ist. Wir haben der französischen Regierung begreiflich gemacht, daß wir weder in Bezug auf die Bestimmung der zu rasirenden Festungen, noch in Bezug auf den Artikel nachgeben können, welcher die Erhaltung der übrigen Festungen stipulirt; und da die Franzosen in der ganzen Sache vollkommen Unrecht haben, und überdies kein Mittel besitzen, uns zur Aufhebung oder Abänderung unserer Convention zu zwingen, außer hochfahrenden Redensarten, woraus wir uns nichts machen, so werden sie sich

zufrieden geben, und wir werden bald von der Sache nichts mehr hören. Als Talleyrand fand, daß er sich in der Annahme, wir würden nachgeben, geirrt hatte, so gerieth er selbst in Angst über den Sturm, den er in Paris erregt hatte, indem er fühlte, daß, wenn seine Regierung ihre Forderung nicht durchsetzen könne, sie sich durch eine so anmaßende Sprache selbst viel Schaden zufüge, und er hat neuerdings gethan was er konnte, um sie zu beschwichtigen.

Das Ganze war ein Stückchen persönlicher Eitelkeit auf Seiten des Königs, Sebastiani's und Talleyrand's, und sie zogen dann Périer*) herein, der die Sache mit Wärme aufnahm, aber wir konnten nicht dauernde Interessen Preis geben, um ihrer Eitelkeit zu schmeicheln, oder selbst um ihre Stellung im Innern zeitweilig zu stärken.

Mein lieber Baron

aufrichtig der Ihrige

Palmerston.

Und schließlich — tant de bruit pour une omelette! — ließ sich Frankreich durch die von Belgien vorgeschlagene Note der vier Mächte vom 23. Januar 1832 beruhigen, welche nichts besagte, als daß die Bestimmungen der Convention vom 14. December mit der Souveränetät, Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens im Einklang und die fünf garantirenden Mächte als solche zu Belgien in völlig gleichem Verhältniß stehen. Warum hatte man gestritten? Um Charleroi und Tournai? Aber durch die Erklärung vom 23. Januar war in diesem Punkte nichts geändert! Oder darum, daß, nach Frankreichs Meinung, der Festungsvertrag Belgien in ein besonderes, gegen dessen Unabhängigkeit, Souveränetät und Neutralität verstoßendes Verhältniß zu den vier Mächten versetzte? Dann

*) Der Premierminister Casimir Périer.

bestand also die Genugthuung für Frankreich darin, daß diese Mächte ihm erklärten, es befinde sich in dieser Beziehung im Irrthum!

In Paris war man aber von dieser Erklärung so befriedigt, daß das dortige Cabinet dem belgischen Gesandten in London, Mr. Van de Weyer, der jene Note entworfen hatte, seinen besondern Dank aussprechen ließ!

## Zehntes Capitel.

## Ratification des Vertrags vom 15. November 1831.

Der Termin zur Ratification des Vertrags vom 15. November lief mit dem 15. Januar ab. Er wurde durch das Protokoll der Londoner Conferenz Nr. 54 vom 11. Januar 1832 bis zum 31. Januar verlängert. An diesem Tage fand der Austausch der Ratificationen von Seiten Frankreichs und Englands einestheils, und Belgiens anderntheils, statt. Die Bevollmächtigten der anderen Mächte beantragten, daß ihnen das Protokoll offen gelassen werde. Endlich, am 18. April, wechselten Oestreich und Preußen die Ratificationen mit Belgien aus. Die östreichische Ratification enthielt gewisse Vorbehalte; die preußische war unbedingt und ohne Vorbehalt; der Bevollmächtigte sprach jedoch dieselben Vorbehalte wie Oestreich in einer besonderen Erklärung aus. Am 4. Mai endlich erfolgte die russische Ratification, ebenfalls unter Vorbehalten. Auf den Inhalt und die Bedeutung aller dieser Vorbehalte werden wir unten des Näheren einzugehen haben.

In wunderlichen Inconsequenzen entwickelte sich also die Politik der drei absoluten Mächte hinsichts der belgischen Sache, Inconsequenzen, die sich freilich aus den folgenden Factoren einfach erklären, daß diese Mächte 1. den Frieden und die Ruhe Europas wollten, ohne doch zu irgend einer Zeit ein bestimmtes positives Ziel zu

bestand also die Genugthuung für Frankreich darin, daß diese Mächte ihm erklärten, es befinde sich in dieser Beziehung im Irrthum!

In Paris war man aber von dieser Erklärung so befriedigt, daß das dortige Cabinet dem belgischen Gesandten in London, Mr. Van de Weyer, der jene Note entworfen hatte, seinen besondern Dank aussprechen ließ!

---

## Zehntes Capitel.

## Ratification des Vertrags vom 15. November 1831.

Der Termin zur Ratification des Vertrags vom 15. November lief mit dem 15. Januar ab. Er würde durch das Protokoll der Londoner Conferenz Nr. 54 vom 11. Januar 1832 bis zum 31. Januar verlängert. An diesem Tage fand der Austausch der Ratificationen von Seiten Frankreichs und Englands einestheils, und Belgiens anderntheils, statt. Die Bevollmächtigten der anderen Mächte beantragten, daß ihnen das Protokoll offen gelassen werde. Endlich, am 18. April, wechselten Oestreich und Preußen die Ratificationen mit Belgien aus. Die östreichische Ratification enthielt gewisse Vorbehalte; die preußische war unbedingt und ohne Vorbehalt; der Bevollmächtigte sprach jedoch dieselben Vorbehalte wie Oestreich in einer besonderen Erklärung aus. Am 4. Mai endlich erfolgte die russische Ratification, ebenfalls unter Vorbehalten. Auf den Inhalt und die Bedeutung aller dieser Vorbehalte werden wir unten des Näheren einzugehen haben.

In wunderlichen Inconsequenzen entwickelte sich also die Politik der drei absoluten Mächte hinsichts der belgischen Sache, Inconsequenzen, die sich freilich aus den folgenden Factoren einfach erklären, daß diese Mächte 1. den Frieden und die Ruhe Europas wollten, ohne doch zu irgend einer Zeit ein bestimmtes positives Ziel zu

verfolgen, so daß also ihre Politik eine abwartende, den Umständen nachgebende war; 2. daß sie aus legitimistischen Gründen, Preußen und Rußland überdies aus verwandtschaftlichen Rücksichten*), dem neuen, aus einer Revolution entsprungenen Königreich abgeneigt waren; 3. daß die Formen der Politik der absoluten Höfe naturgemäß immer mehr höfisch nüancirt, nach Sympathie und Antipathie mannigfach abgestuft sind. So redeten denn die absoluten Höfe aus Friedensbedürfniß, aus dem Wunsch, französische Velleitäten und republikanische Bestrebungen abzuschneiden und die belgische Verwicklung, da die Trennung einmal nicht rückgängig zu machen war, zu beenden, sie redeten dem Prinzen Leopold zu, die Krone anzunehmen — damit genügten sie den realen politischen Staatsinteressen. Dann weigerten sie die Anerkennung des neuen Königs — damit genügten sie ihren legitimistischen dynastischen Tendenzen. Dann wieder schlossen sie durch ihre Bevollmächtigten den Vertrag vom 15. November, wodurch sie Belgien anerkannten, und demselben die darin enthaltenen Bestimmungen garantirten und nun zögerten sie erst mit der Ratification über den verabredeten Termin hinaus und ratificirten nächstdem in einer mit Vorbehalten verclausulirten Weise. Und später werden wir sehen, wie sie anfangs die zwangsweise Ausführung des ratificirten Vertrags hinauszuzögern streben, sodann die Nothwendigkeit von Zwangsmaaßregeln im Princip anerkennen, endlich aber an dem Einschreiten der Westmächte zwar nicht Theil nehmen, es jedoch passiv zulassen. Stockmar erfreute sich später an dem, was Guizot Hist. de mon Temps chap. XXII. über die Politik der östlichen Mächte in der belgischen Sache sagt: En reconnaissant la nécessité, elles la subissaient avec cette

*) Wilhelm I. von Holland, Sohn einer Schwester Friedrich Wilhelm II. von Preußen, war mit einer Tochter desselben vermählt; sein zweiter Sohn Friedrich mit einer Tochter Friedrich Wilhelm III., seine Tochter Marianne mit dem Prinzen Albrecht, Sohn des preußischen Königs, sein ältester Sohn und Kronprinz mit einer Schwester des Kaisers von Rußland.

hésitation et cette humeur qui enlèvent à la modération son mérite et détruisent la confiance qu'elle devrait inspirer . . . Leur politique aurait pu et dû être nette, uniforme, exempte de contradictions et d'arrière pensées. Il n'en fut rien. Les gouvernements absolus, quand ils n'ont pas un grand homme à leur tête, sont plus courbés sons leurs préjugés et plus incertains dans leurs actes que les gouvernements libres; malgré leur fastueuse irresponsabilité, le fardeau du pouvoir leur pèse et pour l'alléger ils se réfugient volontiers dans l'inconséquence et l'inertie. Tout en acceptant ce qui se passait, depuïs 1830, en France et autour de la France, le bon sens des puissances continentales fut étroit et court, sans hardiesse et sans grandeur.

Wir geben aus der Correspondenz Stockmar's das Interessanteste über die Geschichte jener Ratificationen.

Anfangs December glaubte man in London, die sämmtlichen Mächte würden in der bestimmten Frist ratificiren. Nichts konnte auch natürlicher scheinen. War doch der Vertrag vom 15. November wesentlich dasselbe, wie die 24 Artikel und diese hatte man in Berlin und Wien sehr günstig aufgenommen.

Aus Berlin hatte der englische Gesandte Mr. Chad am 24. October berichtet: „Mr. Ancillon sagte, er sei mit dem Vertrag zufrieden (und er scheint es in der That zu sein); er hält die Territorialbestimmungen für Holland gerecht und billig." Und am 7. November hatte Mr. Chad weiter gemeldet: „Mr. Ancillon las mir gestern die Instruction vor, welche er den 24. v. M. Herrn von Truchseß*) ertheilt hatte und worin zahlreiche und gewichtige Gründe aus der gegenwärtigen politischen Lage hergenommen, dringlich geltend gemacht werden, um den König von Holland zur Annahme des Friedenstractats zu bewegen. Auch wird darin gesagt, daß,

*) Dem preußischen Gesandten im Haag.

wenn der König die Annahme verweigerte, er sich gefaßt halten möge, eine englische Flotte an seiner Küste erscheinen zu sehen, um ihn zur Annahme zu zwingen. Grade so wie Belgien wahrscheinlich von einer aus französischen, englischen und preußischen Truppen zusammengesetzten Armee besetzt worden sein würde, wenn die Weigerung von dort gekommen wäre."

Aus Wien berichtete der englische Minister Mr. Forbes unter dem 1. November 1831: „Fürst Metternich sagte mir, daß er den Vertrag höchlich billige als billig und ehrenvoll für beide Theile. Er sei von der Art, daß kein Theil daran denken könne, ihn auszuschlagen, und er freue sich, daß diese Angelegenheit nun beendet sei."

Gegen die Mitte des Monats December mehrten sich indeß die Anzeichen, welche Zweifel erregten, ob Rußland den Vertrag genehm halten werde. Ein Bericht Stockmar's vom 20. December erzählt das bis dahin von Seiten Preußens und Oestreichs in Betreff der Ratification Geschehene, welches charakteristisch genug für das Schwanken der Anschauungen in Berlin und Wien ist.

„Die erste Weisung, die Bülow von dem Minister Ancillon erhielt, war vom 24. November datirt und besagte: daß der König zwar glaube, Bülow sei etwas rasch zu Werke gegangen, daß man aber dennoch ratificiren und ihm die Ratification in wenigen Tagen zur Auswechslung übersenden werde. Bald hernach erhielt Bülow eine zweite Mittheilung Ancillon's vom 26. November, des Inhalts: daß, gleich nach Abgang der ersten Zuschrift vom 24. an Bülow, Perponcher*) mit Briefen seines Herrn zu Ancillon gekommen und diesem die heftigsten Vorwürfe darüber gemacht, daß der preußische Gesandte zu London den Vertrag vom 15. November so schnell unterzeichnet. Die Briefe des Königs von Holland an den König von Preußen, enthielten die inständigste Bitte nicht zu ratificiren."

„Hierauf ließ das berliner Cabinet im Haag durch seinen Ge-

*) Der niederländische Gesandte in Berlin.

sandten Truchseß erklären: daß es zwar auf jeden Fall innerhalb der bestimmten Zeit ratificiren werde, daß es aber durch möglichst lange Zurückhaltung der Ratification dem König von Holland nochmals Zeit geben wolle, sich vorher mit der Conferenz zu arrangiren. Diese Antwort wurde von Berlin nach Wien mitgetheilt und kreuzte sich mit Depeschen von dort, in welchen Metternich äußerte: seiner Meinung nach hätten die Bevollmächtigten in London eigentlich ihre Vollmachten überschritten. Die Conferenz hätte dem König von Holland eine Frist setzen und erklären müssen, daß, wenn er in der gegebenen Zeit die 24 Artikel nicht annehme, man dann ohne Verzug einen Tractat mit Belgien abschließen werde."

„Als jedoch in Wien die Nachricht von dem im Haag preußischerseits geschehenen Schritte eintraf, that das Wiener Cabinet dem Berliner zu wissen, daß Oestreich jener Erklärung beitrete und schließlich gleich Preußen in der bestimmten Frist ratificiren werde."

„Von Rußland," setzt Stockmar hinzu, „fehlt noch sichere Nachricht. Madame Lieven soll gesagt haben: die russische Ratification werde nicht vor dem letzten Tag der Frist ankommen, wenn sie überhaupt ankomme. Matuscewicz hat geäußert, er sehe das Schicksal Oubril's *) (d. h. Desavouirung und Nichtratification) voraus". Schon acht Tage darauf hatten sich aber die Aspecten wesentlich verändert.

„Bülow sagte mir," berichtet Stockmar am 27. December, „der König von Holland sende unablässig Couriere nach Berlin, Petersburg und Wien, und ließ durchblicken, daß diese Sendungen bereits auf die Standhaftigkeit der Höfe zu wirken anfangen." Anfang Januar wußte man, daß der Kaiser von Rußland dem

*) Der russische Staatsrath Fr. v. Oubril erschien im Juli 1806 in Paris, um einen Frieden mit Napoleon zu unterhandeln. Ein Vertrag wurde am 20. Juli unterzeichnet, aber der Kaiser Alexander verweigerte die Ratification, da inzwischen in der russischen Politik ein Umschwung gegen Frankreich eingetreten war.

König von Holland mitgetheilt, er werde vorläufig nicht ratificiren, er rathe ihm jedoch, sich mit der Conferenz zu verständigen, da, wenn Preußen nicht gewillt sei, Holland durch materielle Mittel zu unterstützen, Rußland wegen größerer Entfernung und geringeren Interesses dies noch weniger thun könne. Ebenso schien es zu dieser Zeit bereits festzustehen, daß Preußen aus Deferenz gegen Rußland die Ratification so lange als möglich verschieben würde.

Offenbar lag in den bekannt gewordenen Thatsachen für die Belgier kein Grund zu verzweifeln, sondern nur dazu, sich in Geduld zu fassen. Denn nichts deutete auf einen festen Entschluß der drei Mächte nicht zu ratificiren, alles nur auf einen Aufschub der Ratification. Die Hoffnungen der Belgier mußten noch wachsen, nachdem am 31. Januar die Westmächte wirklich ratificirt hatten; und am 9. Februar schreibt Stockmar: Bülow, der preußische Gesandte, selbst und die englischen Minister glaubten an baldige Ratification Seitens der übrigen drei Mächte. Es zeigte sich nun zwar, daß die Sache nicht so rasch vorwärts ging, indeß ging sie doch eben vorwärts, nicht rückwärts. Um die Mitte Februar erfuhr man, daß der Kaiser Nicolaus den Grafen Alexis Orloff nach dem Haag zu schicken gedenke, um einen letzten Versuch zu machen, den König von Holland zu einem gütlichen Abkommen zu bewegen. Diese Mission hielt die diplomatische Welt während des Februar und März in Athem. Sie endigte damit, daß Orloff am 22. März 1832 im Haag eine feierliche Erklärung abgab, welche die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen constatirte, Holland die Verantwortlichkeit für die Folgen überließ und unumwunden aussprach, daß Rußland zwar an den Zwangsmaaßregeln zur Ausführung der 24 Artikel keinen Theil nehmen, aber ebensowenig Holland, wenn es die Feindseligkeiten wieder eröffne, gegen die Maaßregeln der Conferenz zur Vertheidigung der belgischen Neutralität schützen werde.

Die Mission Orloff's hatte also zum Ergebniß einen neuen Fortschritt in der Belgien günstigen Richtung. Aber in Belgien fand

man das lange Provisorium unerträglich, man verzweifelte am friedlichen Ausgang, und gab sich in Folge davon kriegerischen Tendenzen hin, man rüstete, man zog fremde, namentlich polnische, Officiere in die belgische Armee. Stockmar remonstrirte beharrlich, ja leidenschaftlich gegen alle kriegerische Gelüste.

Am 9. Februar schreibt er: „Ich empfehle ruhiges Abwarten, bis wir die übrigen Ratificationen erhalten haben. Belgien ist Holland gegenüber in einer Lage, in welcher eine passive Haltung sehr zu seinen Gunsten wirken wird. Holland hat durch die Ausführung des Friedensschlusses Land und Geld zu empfangen, die es also bis dahin entbehren muß; Belgien leidet nur durch Antwerpen und die Nichtfreiheit der Maas und Schelde."

„Ich verwahre mich," fährt er am 17. Februar fort, „gegen kriegerische Unternehmungen von unserer Seite aus allen Kräften. Die Sache ist klar: wir halten die uns vom Friedensvertrag auferlegten Leistungen zurück und bleiben ruhig. Greifen uns die Holländer an, so jagen wir sie mit oder ohne Hülfe der Franzosen aus dem Lande. Der jetzige Zustand der Politik ist das Pulverfaß neben der Pechtonne; ein einziger Funken sprengt das Ganze in die Luft. Ich möchte der nicht sein, der den Funken hineinwirft. Die Verantwortlichkeit würde eine europäische sein."

Dann wieder am 20. Februar:

„Ich warne dringend gegen alle übereilten Schritte. Niemand, am wenigsten die Engländer, würde gern wegen des Streits zwischen Holland und Belgien Krieg anfangen. Obgleich die Franzosen und Engländer durch die Ratification zur wirklichen Ausführung der 24 Artikel verbunden sind, so hielte ich doch das Drängen zu dieser Ausführung von belgischer Seite für einen großen politischen Fehler. Ich bitte daher was ich nur bitten kann, sich dieses Fehlers nicht schuldig machen zu wollen. Die Maaßregeln zur Ausführung der 24 Artikel können vertragsmäßig nur im vorher gewonnenen

Einverständniß mit Frankreich und England betrieben werden. Belgien darf nicht vorschnell und einseitig damit vorgehen. Werden wir angegriffen, so haben wir ein Recht, auf der Stelle Beistand zu verlangen; greifen wir an, so fragt sich erst noch, ob England nicht einen Unterschied zwischen Offensive und Defensive machen und behaupten wird, man sei im Fall der Offensive zum Beistand nicht verbunden.

Das Verlangen nach polnischen Officieren gefällt mir auch gar nicht. Wird kein Krieg, so sind die fremden Officiere nur eine Last, und einstweilen kann es nicht fehlen, daß das Annehmen so vieler Fremden die Einheimischen kränkt. Ich warne; ich bin schon oft Cassandra gewesen."

„Was auch unsere Zukunft sein möge," sagt er ferner am 2. März, „so befinden wir uns offenbar diesen Augenblick in einer Krisis. Kein vorsichtiger Arzt stört eine solche durch heftige Mittel. Ich protestire also nochmals feierlich gegen alle kriegerischen Absichten und bestehe darauf, daß die nächsten sechs Wochen ganz allein der Diplomatie überlassen werden. Seit vielen Monaten habe ich allen meinen Freunden hier eine Veränderung in der Temperatur des holländischen Patriotismus und Enthusiasmus vorhergesagt. Die Belgier werden diese erleben, wenn sie warten können und sich vernünftig benehmen. Also nochmals nichts übereilt! ce serait tout gâter. Darüber ist hier nur eine Stimme. Auf die wiederholten Befürchtungen, daß die Holländer die Belgier angreifen würden, halte ich nicht mehr für nöthig zu antworten. Die Angriffe, die man vorher ausposaunt, sind wohl schwerlich ernstlich gemeint."

Am 1. April schreibt er:

„England und Frankreich wollen durchaus keinen Krieg. Wer zum Krieg Anlaß giebt, ist eo ipso der directe Feind Lord Grey's und Casimir Périer's. Man zweifle daher keinen Augenblick, daß Grey den Belgiern ebensowenig den Angriff auf die Holländer erlauben würde, als umgekehrt. Für den König der Belgier ist das

erste Ziel der Politik, zu verhindern, daß Belgien getheilt werde. Vermeidet er Krieg, so sehe ich nicht, wie die Holländer diese Theilung möglich machen wollen. Fängt er aber selbst Krieg an, so öffnet er die Büchse Pandora's, aus der alle möglichen neuen Combinationen hervorgehen können. Er giebt dann selbst vielleicht Frankreich die Mittel, sich von den Verträgen loszusagen und eine neue Politik zu befolgen, von der die Theilung das Ende sein kann. Ich lege daher nochmals gegen alle kriegerischen Absichten die feierlichste Protestation ein. Gefahr von außen kann uns in diesem Augenblick nicht mehr drohen; nachdem wir dies erlangt, warum sollten wir sie durch ein unvorsichtiges Benehmen wieder herbeiführen? Denn was können wir durch Krieg erreichen? Es sind nur zwei Fälle möglich. Erstens: Glücklicher Erfolg. Er selbst hätte keine Gefahr. Eine Menge unverständiger Prätensionen würden bei uns wieder aufwachen, die Leidenschaftlichkeit der kämpfenden Parteien würde sich vermehren und dadurch allein schon würde der Friede weiter hinausgeschoben und erschwert werden. Würden anderseits die Mächte von unserm Succeß nicht Gelegenheit hernehmen einzuschreiten oder Ursache, ihre politischen Ansichten, aufs neue zu ändern?

Zweitens: Niederlage. Ich brauche nicht zu beschreiben, in welcher Lage der König sich befinden würde, wenn er sich selbst sagen müßte, er habe eine zweite déconfiture selbst muthwillig herbeigeführt."

„Die Hindernisse, die aus dem gegenwärtigen Zustand der Dinge für die innere Administration, für Handel und Gewerbe hervorgehen, die schädliche Wirkung, die sie auf die politische Stimmung der Belgier, selbst auf das persönliche Ansehen des Königs ausüben, verschwinden wie Maulwurfshügel gegen die Berge, die in einer Nacht aus einem Kriege erwachsen können."

„Von Einem bin ich auf das innigste überzeugt: sobald nämlich die fünf Mächte ratificirt haben, schadet König Wilhelm durch

jeden Augenblick, um welchen er den Friedensschluß verzögert, Holland doppelt so viel, als Belgien unter dem Aufschub leidet. Denn wenn es gleich wahr ist, daß die fünf Mächte coercitive Maaßregeln gegen Holland vermeiden möchten, so ist es doch ebenso gewiß, daß sie Zwangsmaaßregeln gegen Belgien nicht vornehmen wollen, noch können."

„Untersuchen wir nun die Gefahr, die uns von innen drohen kann. Sie kann nur von Unzufriedenen, z. B. in Lüttich, Antwerpen und Gent kommen. Sobald daher wirklich ernsthafte Unruhen ausbrächen, so ließe man den Orangisten unter Sanction der Kammern für Feinde des Vaterlandes erklären und als solche behandeln. Dazu hat man eine Armee. Zeigte sich diese nicht treu, so ist deswegen auch nicht das Geringste verloren. Man schließe dann mit Frankreich einen Tractat, stipulire ein Hülfscorps, versammle die Kammern, lasse den Vertrag sanctioniren und halte so Constitution und Gesetze aufrecht und schaffe die Möglichkeit, die Landesverräther und Orangisten gesetzlich zu bestrafen."

„So würde ich an des Königs Stelle handeln und die Zukunft mit Ruhe erwarten."

Diese Ermahnungen zur friedlichen, abwartenden Haltung wurden auch durch die Rathschläge des Königs von England unterstützt, welcher Stockmar am 3. April zu sich rufen ließ.

„Ich fand ihn," berichtet dieser, „wohl und sehr gnädig. Er erkundigte sich erst nach dem Befinden Sr. Majestät, und dann nach dem Zustand, in welchem sich gegenwärtig die innern Angelegenheiten Belgiens befänden. Hierauf hielt er dem König Leopold eine Lobrede. Er sagte ausdrücklich, dieser habe alles gethan, was ein ehrlicher und kluger Mann thun könne, und daß er vollkommen auf dem rechten Weg. Sein hauptsächlicher Wunsch sei nun, daß Leopold auf diesem rechten Weg verharre, und sich weder durch den König von Holland, noch durch eigene Ungeduld irre machen lasse. Die große Sache sei, den Frieden zu erhalten; und deswegen bitte er

Leopold so sehr er nur könne, sich durch nichts reizen zu lassen. Werde Leopold angegriffen (was er nicht glaube), so verstehe es sich von selbst, daß er alles aufbiete, um Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben. Seine Bitte sei nur, daß Leopold auf keine Weise der Angreifer sein wolle.

Er halte übrigens den König von Holland, der vollständig im Unrecht (completely in the wrong) sei, für verrückt (mad) und glaube, daß Holland unmöglich noch auf eine lange Zeit den gegenwärtigen Kriegsfuß erhalten könne. Er sei überzeugt, die Holländer würden nunmehr anfangen zu berechnen, daß das Ding zu viel koste, und am Ende doch nichts helfen werde. Er warne um so mehr, recht vorsichtig zu sein, weil er überzeugt sei, daß die Holländer nur einen Vorwand wünschten, um Antwerpen zu zerstören.

Er habe übrigens erst gestern wieder die Versicherung von allen Mächten erhalten, daß sie ratificiren würden. Er bitte daher nochmals um etwas Geduld und lasse zugleich Sr. Majestät alle Freundschaft und Zuneigung ausdrücken."

Die Rathschläge abwartender Politik wurden denn auch am 18. April durch einen weiteren Fortschritt der belgischen Sache gerechtfertigt. Oestreich und Preußen ratificirten an diesem Tage. Die Vorbehalte, die sie an die Ratification knüpften, bezogen sich auf die Rechte des deutschen Bundes, hinsichts der Artikel des Vertrags vom 15. November, welche die Abtretung oder den Austausch eines Theils des zum deutschen Bund gehörigen Großherzogthums Luxemburg betreffen.

Nachdem nämlich der Vertrag in Artikel 2 bis 4 die Abtretung eines Theils von Luxemburg an Belgien gegen Gebietsentschädigung in der Provinz Limburg festgesetzt, so bestimmt Artikel 5:

„S. M. le Roi des Pays-bas, Grand duc de Luxembourg, s'entendra, avec la Confédération Germanique et les agnats de la maison de Nassau, sur l'application des stipulations

**renfermées dans les Articles 3 et 4, ainsi que sur tous les arrangements que les dits Articles pourraient rendre nécessaires, soit avec les agnats ci-dessus nommés de la maison de Nassau, soit avec la Confédération Germanique."**

Der deutsche Bund verlangte natürlich, wenn ihm ein Theil des luxemburgischen Gebiets entzogen werden sollte, einen territorialen Ersatz, der ihm bekanntlich auch später durch den holländischen Antheil von Limburg gewährt ward. Ein Abkommen über diese Entschädigung war aber so lange nicht möglich, als nicht Holland mit Belgien Frieden geschlossen und die territorialen Bestimmungen des Novembervertrags anerkannt hatte. Inzwischen blieb also nichts übrig, als die Ansprüche des deutschen Bundes vorzubehalten, wie dies durch die vollkommen berechtigten Erklärungen Oestreichs und Preußens geschah. Der belgische Bevollmächtigte konnte sich seinerseits in Bezug auf diese Vorbehalte auf die Gegenerklärung beschränken, „daß er sich einfach auf die Belgien von den fünf Mächten gegebene Garantie beziehe, in welche er ein vollkommenes auf den Vertrag vom 15. November gegründetes Vertrauen setze." Denn nach diesem hatten die Mächte (Artikel 25) dem König der Belgier die Ausführung aller vorhergehenden Artikel, also vor allen Dingen der Artikel 2 bis 4 garantirt. Gleichzeitig gaben der östreichische und der preußische Bevollmächtigte jeder für sich Erklärungen wesentlich gleichen Inhalts dahin gehend ab: daß es nunmehr die Aufgabe der Conferenz sei, diejenigen Modificationen der 24 Artikel in Betracht zu ziehen, welche, ohne Beeinträchtigung der Hauptbestimmungen, zu Gunsten Hollands zulässig sein und von Belgien angenommen werden möchten.

Am 4. Mai endlich erklärte sich auch Rußland zur Auswechslung der Ratificationen bereit. Die russische Urkunde enthielt jedoch die Klausel: **„sauf les modifications et amendements à apporter, dans un arrangement définitif entre la Hollande et la Bel-**

**gique, aux Articles IX, XII et XIII***). Eine besondere Erklärung der russischen Bevollmächtigten besagte, daß das in der Ratificationsacte in Bezug genommene definitive Abkommen zwischen Holland und Belgien, nach der Meinung ihres Kaisers, ein auf gegenseitiger, freier Uebereinstimmung beruhendes (**un arrangement de gré à gré**) sein solle. Der belgische Bevollmächtigte Van de Weyer nahm die russische Ratification an, indem er auf den Vorbehalt erklärte, „daß er, ohne zu bestreiten, daß die 24 Artikel Punkte enthalten, über deren Ausführung Belgien und Holland in gegenseitiger freier Uebereinstimmung sich verständigen können, sich nichtsdestoweniger und für alle Fälle auf die von den fünf Mächten gegen Belgien eingegangenen Verpflichtungen beziehe."

Man konnte 1. über den Sinn, 2. über die praktische Bedeutung und Tragweite des russischen Vorbehalts zweifelhaft sein.

Sollte er nur den Sinn haben, daß Belgien und Holland die Möglichkeit, Modificationen der Artikel IX, XII und XIII unter sich zu vereinbaren, zugestanden sein sollte, so war dies offenbar für Belgien ohne allen Nachtheil. Sollte aber der Sinn sein, daß Rußland für die Ausführung der angeführten Artikel keine Garantie übernehmen, von seiner Garantie der 24 Artikel diese drei ausnehmen wolle, so erschien dies in der Theorie allerdings als eine für Belgien erhebliche Beschränkung der ihm geleisteten Garantie. Die praktische Bedeutung dieser Beschränkung hing aber zunächst davon ab, welche Rechnung man sich überhaupt auf Rußlands thätige Mitwirkung zur Ausführung der 24 Artikel machen konnte. In der That machte man sich keine, und konnte sich keine machen, und

*) Artikel IX bezieht sich auf die freie Flußschifffahrt; Artikel XII auf die Fortsetzung einer bis an die Maas auf belgischem Gebiet gebauten Land- oder Wasserstraße durch das holländische Limburg bis an die deutsche Grenze; Artikel XIII auf die Bestimmung des belgischen Antheils an der niederländischen Gesammtschuld.

somit war der russische Vorbehalt nach dieser Seite thatsächlich erheblich.

Eine andere große Vorfrage für die Beurtheilung von dessen reeller Tragweite war die, welche Wirkung die Unvollkommenheit der russischen Ratification auf den Bestand des ganzen Vertrags, insbesondere auf den Bestand der von den übrigen Mächten eingegangenen Verbindlichkeiten übe. War der Tractat ein Complex von fünf selbständigen, je von einer Conferenzmacht mit Belgien abgeschlossenen, nur eben in einer Urkunde zusammengefaßten Verträgen, so daß jede Macht als selbständig verpflichtet Belgien gegenüberstand, oder bildeten ihm gegenüber die fünf Mächte in der Art eine Einheit, daß keine derselben verpflichtet erschien, wenn und so weit nicht Alle verpflichtet waren? Wurde jede Macht durch ihre eigne oder wurde sie nur durch die Ratification aller übrigen definitiv verpflichtet? Fand das letztere statt, so machte die russische Beschränkung der Ratification den Vertrag jedenfalls theilweise ungültig, ja man konnte behaupten, daß sie ihn, da er ein untrennbares Ganzes sei, auch überhaupt gar nicht gültig werden, die Verbindlichkeit aller andern Mächte gar nicht zur Existenz kommen lasse. Beide Ansichten waren an sich möglich. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß keine der fünf Mächte für sich allein den Vertrag vom 15. November mit Belgien geschlossen haben würde, daß keine ihn geschlossen haben würde, wenn sie nicht gewußt hätte, daß die andern vier ihn gleichzeitig unterzeichnen wollten, allein daraus folgte nicht, daß eine jede das Bestehen ihrer übernommenen und ratificirten Verpflichtungen davon abhängig machen wollte, daß alle übrigen den Vertrag ohne Vorbehalt und Beschränkung ratificirten.

Der belgische Bevollmächtigte Van de Weyer und Stockmar, der mit ihm das gegenüber der russischen Ratification einzuschlagende Verfahren berieth, hielten beide die erste der zwei oben bezeichneten Auffassungen in Betreff des Vertrags vom 15. November für die richtige. Zugleich wußten sie, daß diese Auffassung bei der englischen

ıd französischen Regierung bestand, daß diese trotz der Mängel :r russischen Ratification sich ihrerseits für völlig gebunden achteten. ʒie Rechnung stellte sich also so. An sich war die russische Ratification, wie auch immer beschaffen, ein Fortschritt im belgischen Sinn, ıe involvirte mindestens die russische Anerkennung der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens und des belgischen Königthums. Andererseits blieb der Vorbehalt wenigstens verschiedener Auslegung fähig. Was Rußland aus diesem machen wolle und könne, vermochte nur die Zukunft zu zeigen. Ein praktischer Nachtheil war aber nach damaliger Lage der Dinge nicht zu befürchten. Von Rußland ließ sich ein thätiges Eingreifen weder für noch gegen Belgien erwarten. Und diejenigen, von denen allein Belgien thätigen Beistand sich versprechen konnte, England und Frankreich, legten dem russischen Vorbehalt nicht die Bedeutung bei, als ob er sie von ihrer Verpflichtung aus dem Tractat entbinden könne. Also sprachen überwiegende Gründe für die Annahme der russischen Ratification. War eine andere Ansicht von derselben denkbar, so lag es jedenfalls nicht im belgischen Interesse sie geltend zu machen.

Zu diesen Erwägungen, die sich Van de Weyer und Stockmar aufdrängten *), kam noch eine andere, aus der Lage des Ministeriums Grey abzuleitende. Dasselbe befand sich mitten im Kampf um die Reformbill und es war höchst zweifelhaft, ob es Sieger bleiben würde.

Am 4. Mai fand die russische Ratification statt, am 7. erlitt das Ministerium im Oberhaus eine Niederlage, in Folge deren der Herzog von Wellington zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen ward, das er freilich nicht zu Stande zu bringen vermochte, so daß schließlich Grey im Amt blieb. Hören wir nun Stockmar selbst weiter (Brief vom 13. Mai):

„Am Freitag haben wir ratificirt, am Montag wurde Grey's

*) Wir fassen in dem Vorhergehenden den Inhalt vieler und langer Briefe Stockmar's zusammen.

Ministerium umgeworfen. Wellington ist Premier und Aberdeen Minister des Auswärtigen. Wellington und Aberdeen hatten aber früher erklärt: daß sie ihrerseits die 24 Artikel nicht eher für bindend anerkennen könnten, als bis sämmtliche Mächte sie ratificirt hätten, indem ein von den fünf Mächten gemeinsam abgeschlossener Vertrag durch den Zurücktritt einer einzigen aufgehoben werde.

Ancillon hatte dieselbe Meinung geäußert, Palmerston jedoch ihm gegenüber die entgegengesetzte verfochten. Am Sonnabend aber war die Gefahr, in der das Ministerium Grey sich befand, schon so deutlich, daß mir nothwendigerweise Wellington's frühere Behauptung vor die Seele trat und ich darin nur einen Grund mehr zur Auswechslung sah. Ein paar Tage später, nach dem Sturz Grey's, hätten die Russen vielleicht gar nicht mehr ratificirt."

Die Annahme der russischen Ratification begegnete indeß in Brüssel entschiedener Mißbilligung. Man klagte im ersten Augenblick, es liege in jener die Vernichtung des Vertrags. Man sprach davon, Van de Weyer abzuberufen, man rief ihn wirklich nach Brüssel, um sich zu rechtfertigen. Der Minister des Auswärtigen Muelenaere gab in seinem gedruckten Bericht an die Kammern, vom 12. Mai, seine Unzufriedenheit deutlich genug zu erkennen. „Der belgische Bevollmächtigte," sagt er darin, „war nicht befugt, eine theilweise Ratification anzunehmen; ich bedaure, daß er nicht auf die Gefahr eines neuen Verzugs hin sich entschloß, vorerst die Weisungen seiner Regierung einzuholen; ohne Zweifel war er von dem Gedanken beherrscht, daß es darauf ankomme, den Vertrag vom 15. November sobald als möglich gegen den Einfluß jedes etwaigen Ministerwechsels sicher zu stellen, und er hat einem Zwang der Umstände nachgegeben, den er an Ort und Stelle besser als seine Regierung beurtheilen zu können glaubte."

Man tadelte also in Brüssel Van de Weyer's Verfahren, aber man kam nicht dazu ihn abzuberufen, denn schließlich konnte man

doch nicht an der selbstmörderischen Ansicht festhalten, daß die russische Ratification den Vertrag vernichte; einer Ansicht, die am besten durch eine von Stockmar am 14. Mai berichtete Aeußerung Talleyrand's charakterisirt wird.

„Talleyrand sagte heute zu Palmerston: wir haben bisher immer geglaubt, daß ein Belgien und eine belgische Regierung existire, aber, wahrhaftig, nach dem, was ich über die dortigen Ansichten von der russischen Ratification lese, sollte man meinen, die belgischen Minister wollten weder an ihre eigene Existenz, noch an die Belgiens glauben; die Folge von alledem kann am Ende doch nichts als eine Theilung sein."

In der That zeigt auch der angeführte Bericht des Ministers Muelenaere, daß dort zwar der Unmuth fortdauerte, man aber doch dem Lande gegenüber es nicht wagte, Ansichten zu verkünden, wodurch man sich selbst den Boden unter den Füßen weggezogen hätte. „Tout en déplorant," sagt er, „que la ratification russe ne soit pas pure et simple, il y aurait mauvaise foi, je dirais presque déraison à méconnaitre les grandes conséquences politiques de cet acte. Pour la Russie surtout, la question belge n'était, ni dans la dette, ni même dans les limites; elle était placeé plus haut. Il s'agissait de savoir si la destruction du royaume des Pays-bas érigé par les traités de 1815 serait sanctionnée, si l'indépendance et la Royauté belges seraient reconnues; et ces questions, il faut bien l'avouer, se trouvent irrévocablement et unanimement résolues au profit de notre cause. Quant aux autres questions, il ne faut pas s'exagérer la portée des réserves; les puissances qui ont ratifié purement et simplement n'en restent pas moins liées."

---

## Elftes Capitel.

# Ausführung des Vertrags vom 15. November 1831.

Am 4. Mai, dem Tage, an welchem die russische Ratification ausgewechselt wurde, verfaßte die Conferenz ein Protocoll, worin sie erklärte, daß sie den Vertrag vom 15. November als „die unveränderliche Grundlage der Trennung, der Selbständigkeit der Neutralität und des Territorialbesitzstandes von Belgien betrachte," daß es aber nun ihre Aufgabe sei, zwischen Holland und Belgien ein definitives gegenseitiges Uebereinkommen (une transaction définitive) herbeizuführen, wobei sich die Mächte bemühen würden, alle Schwierigkeiten der Ausführung des Vertrags vom 15. November mittels Vereinbarungen unter den Betheiligten (par des arrangements de gré à gré entre les deux parties) zu ebnen, und daß sie inzwischen eine Erneuerung der Feindseligkeiten nicht dulden würde. Gleichzeitig forderte die Conferenz die holländischen und belgischen Bevollmächtigten auf, zu erklären, ob sie mit Vollmacht und Instruction zum Abschluß einer „Transaction définitive" versehen seien.

In dem Protocoll vom 4. Mai war mithin unter den Bestimmungen des Vertrags vom 15. November eine Unterscheidung

gemacht. Unveränderlich sollten diejenigen über die Trennung, die Unabhängigkeit, die Neutralität und den Besitzstand Belgiens sein; die übrigen dagegen sollten der Modification durch freie Vereinbarung der Betheiligten unterliegen, welche die Conferenz zur Eröffnung directer Verhandlungen darüber aufforderte. Es lag hierin ein Nachgeben der Westmächte gegen die von Oestreich, Preußen und Rußland am 18. April und 4. Mai bei Gelegenheit des Austausches der Ratificationen über den ferneren Gang der Verhandlungen ausgesprochenen Ansichten resp. Vorbehalte.

Den Aufforderungen der Conferenz gegenüber stellte das belgische Ministerium das Princip auf, daß einer jeden Verhandlung mit Holland über die einer Modification fähigen Punkte des Vertrags vom 15. November ein Anfang der Ausführung in Betreff der einer Modification nicht unterliegenden, nämlich der Territorialbestimmungen, durch die Räumung des belgischen Gebiets Seitens der Holländer vorhergehen müsse. Auf diesem Standpunkt verharrte Belgien, welches nach der Abreise Van de Weyer's und seit dem 30. Mai bei der Londoner Conferenz durch den General Goblet vertreten war, unbeweglich bis zum September, während die Conferenz sich inzwischen abmühte, die Angelegenheit durch verschiedene an Holland gemachte Vorschläge zu fördern, das jedoch keinen derselben annahm.

Ueber diese Periode unfruchtbarer Discussionen, welche die belgische Sache nicht um einen Schritt vorwärts brachten, geben wir aus der Correspondenz Stockmar's solche Auszüge, die sich nicht auf die Einzelheiten der diplomatischen Vorgänge, sondern auf die Charakterisirung der Politik der Mächte im Großen und Ganzen beziehen.

„Preußen, Rußland und Oestreich (schreibt er am 3. Juni) scheinen mir mit geringen Verschiedenheiten auf einer Linie zu stehen. Der Zustand in Polen, in Italien, am Rhein und in andern Theilen Deutschlands giebt ihnen ein gemeinsames Interesse und macht

ihre Verbindung noch fester als sie es vielleicht vor einiger Zeit war. Selbst in Wien traut man dem Zustand Deutschlands nicht. Die drei Mächte haben fortwährend die größte Abneigung, den König von Holland mit gewaffneter Hand zur Annahme der 24 Artikel zu zwingen. Die Gründe, die sie angeben, sind die alten, nämlich ein gerechter Widerwille, das Princip der Revolution mit ihren Wirkungen, der Wahl eines Königs und der Beraubung eines legitimen Fürsten, durch ihre Handlungen zu sanctioniren. Sie halten daher dafür, daß es ihrer Politik gemäß sei, nur Schritt für Schritt nachzugeben und alles was zu Gunsten Belgiens ist, nur in so weit zuzugestehen, als sie dadurch größern Uebeln für sich selbst vorzubeugen hoffen. Diese Mächte glauben ferner, die beste Politik für sie mit Rücksicht auf den allgemeinen Zustand Europas sei das Abwarten. Sie glauben durch dieses nur gewinnen, nichts verlieren zu können. Sie haben dabei den Zustand Frankreichs im Auge. Die auswärtigen Gesandten in Paris sind beinahe alle Ultras, zum Theil bornirte Menschen. Diese hängen fest mit den Carlisten zusammen, hegen und nähren dieselben Wünsche und Hoffnungen und berichten ihren respectiven Höfen im nämlichen Sinn. Ich glaube nicht, daß die drei Mächte in diesem Augenblick Krieg wünschen, glaube nicht, daß sie der belgischen Sache wegen Krieg anfangen werden, sie werden es aber thun, sobald ihnen der Krieg als das geringere Uebel gegenüber einem möglichen Erfolg der Demagogie in Europa erscheinen wird."

Ueber die preußische Politik enthält ein Brief vom 12. Juli folgendes:

„Ich habe heute einen Bericht über die Abschiedsaudienz gelesen, welche der König von Preußen dem Prinzen Friedrich der Niederlande ertheilte. Danach will der König sicherlich den Frieden und die Aufrechterhaltung des Tractats vom 15. November. Er sagte dem Prinzen mit Bestimmtheit, daß das Geschehene durchaus nicht rückgängig zu machen sei, daß der König von Holland nachgeben

müsse und daß er als König von Preußen zu Gunsten Hollands durchaus keinen Krieg machen werde.

Eine Depesche Ancillon's an den preußischen Gesandten unterscheidet vier mögliche Arten, den König von Holland zu zwingen: 1. Zwang durch Erlaß an den von Belgien zu leistenden Zahlungen. 2. Zwangsmaaßregeln gegen die holländische Handelsmarine. 3. Blockade der holländischen Häfen. 4. Einrücken einer französischen Armee. Indem er Bülow aufträgt, sich über diese verschiedenen Methoden mit Palmerston zu besprechen, sagt Ancillon, Preußen werde die drei ersten zulassen, der vierten aber sich aus allen Kräften widersetzen und weist den Gesandten an, dies Letztere Palmerston auf das Bestimmteste zu erklären. Marschiren die Franzosen, heißt es in der Depesche, so marschiren wir Preußen auf das rechte Maasufer und Palmerston wird einsehen, daß in solchem Fall, wenn auch Franzosen und Preußen die gute Absicht haben können, den Frieden zu erhalten, doch niemand für die Folgen stehen könne."

Es hat sich freilich später gezeigt, daß diese energische Sprache nur eine Velleität war, dergleichen auf preußischer Seite noch öfter vorkamen, während die Friedensliebe und Mäßigung des Königs die unverrückte feste Grundlage inmitten aller Schwankungen des Berliner Cabinets bildete.

Die russische Politik charakterisirt sich, nach Stockmar's Correspondenz, durch zwei Worte: Intrigue und Insolenz der Sprache. Und gleichwohl hatte sich Rußland in Bezug auf die belgische Angelegenheit die Hände gegenüber England in eigenthümlicher Weise gebunden. Da diese Vorgänge den meisten Lesern nicht gegenwärtig sein dürften, so müssen wir kurz daran erinnern.

Durch eine Convention vom 19. Mai 1815 zwischen England, Rußland und den Niederlanden, hatten England und die Niederlande, jedes zur Hälfte, die Verzinsung und Tilgung einer Anleihe übernommen, welche Rußland schon vor längerer Zeit in Betrag

von 50 Millionen Gulden in Holland contrahirt hatte. Diese Rußland gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten waren jedoch mit dem Vorbehalt verknüpft, daß die Zahlungen aufhören sollten,

> „wenn der Besitz und die Souveränetät der belgischen Provinzen zu irgend einer Zeit vor der gänzlichen Liquidation der Schuld der Herrschaft S. M. des Königs der Niederlande entzogen würden."

Dem Wortlaut nach konnte mithin durch die Lostrennung Belgiens die Verpflichtung Englands aus dem Vertrag nunmehr erloschen erscheinen, indessen die englischen Minister ließen sich bewegen, jene Verbindlichkeiten durch einen neuen Vertrag vom 16. November 1831 als fortbestehend anzuerkennen. Sie waren der Meinung, daß der Vorbehalt des Vertrags von 1815, seinem wahren Sinn nach, sich nur auf eine Lostrennung Belgiens durch Eroberung, Gewalt von außen, nicht auf eine Lostrennung durch innere Vorgänge beziehe. England, so dachten sie, könne sich von jenem Vertrag um so weniger entbunden achten, als Rußland die Trennung Belgiens nicht verschuldet, vielmehr bereit gewesen, sie zu hindern und zu diesem Zweck für alle Eventualitäten 60,000 Mann zu stellen, sodann aber das bewaffnete Einschreiten auf Englands Wunsch unterlassen, und aus der gleichen Rücksicht sich an den Conferenzbeschlüssen über die Unabhängigkeit Belgiens betheiligt habe.

Zur Ausführung des neuen Vertrags vom 16. November 1831 bedurfte es natürlich, als zu einer Geldsache, der Zustimmung des Parlaments. Das Ministerium hatte hier einen harten Kampf zu bestehen, trug jedoch am 12. Juli den Sieg im Unterhaus davon. „Dadurch, daß das Ministerium, schreibt Stockmar am 13., gestern so glücklich über die russisch-holländische Anleihe hinübergekommen ist, hat die belgische Sache gewonnen. Die Reden und Argumente auf Seiten der Minister sind vortrefflich, die der Opposition jämmerlich. Ich dächte, daß der zweite Artikel der englisch-russischen

Convention klar ist. „„Par suite des mêmes considérations S. M. l'Empereur de toutes les Russies s'engage si (ce qu'à Dieu ne plaise), les arrangements arrêtés pour l'indépendance et la neutralité de la Belgique, et au maintien desquels les deux Hautes Puissances sont également liées, venaient à être compromis, par les événements, à ne se prêter à aucun arrangement nouveau, sans concert préalable avec S. M. Britannique et sans son assentiment formel."" Ich sollte meinen, dieser Artikel müßte den Holländern die Augen in Bezug auf Rußland vollkommen öffnen."

Bemerkenswerth ist nur, was Stockmar in einem Briefe vom 23. Jlli hervorhebt, „daß von dem Augenblick an, wo England, wie angegeben, seine Verbindlichkeiten gegen Rußland mehr als zur Genüge erfüllt hatte, indem es den früheren Tractat dem Sinn nach festhielt, obschon der Wortlaut gegen Rußland sprach, daß von diesem Augenblick an, und nicht früher, Rußland mit Vorbehalten zu Gunsten Hollands hervortrat."

In Betreff der östreichischen Politik schreibt Stockmar am 12. Juli: „Metternich, der den Grundsatz hat, eine Sache nach der andern zu betreiben und die eine zu endigen, ehe er die andere anfange, scheint über den Zustand der Dinge in Deutschland besorgt zu sein. Sie beschäftigen ihn in diesem Augenblick ausschließlich und ich glaube daher, daß er wirklich wünsche, unsere belgischen Angelegenheiten definitiv geordnet zu sehen."

Um sichere Bürgschaften für die Politik Frankreichs zu gewinnen, hatte Stockmar unaufhörlich gemahnt, die Heirath mit der Prinzeß von Orleans zu beschleunigen. Endlich hatte der König Leopold bei seinem persönlichen Besuch in Compiegne Ende Mai eine definitive Zusage von Louis Philipp erlangt, obschon die Vermählung in Folge wiederholten Aufschubs erst am 9. August stattfand. Immer aber erschien Stockmar die französische Politik in dem Zeit-

raum, von dem wir handeln, als eine schwankende und zaudernde, vielleicht sogar hinterhaltige.

„Ich übersehe die Möglichkeit nicht," schreibt er am 3. Juni, „daß der König Louis Philipp und sein Cabinet vielleicht selbst keinen festen Plan, kein System haben und befolgen. Périer's Tod (16. Mai 1832) muß diesen schwankenden Zustand nur vermehrt haben." Anderseits maß Stockmar den unsichern Gang der französischen Politik besonders dem Einfluß Talleyrand's auf Louis Philipp bei. Noch am 18. Juli erkennt Stockmar in der Haltung der französischen Regierung drei Elemente: 1. ungeheure Furcht, es über Belgien mit den absolutistischen Höfen zu verderben; 2. Gleichgültigkeit gegen Belgien, erstens, weil sie wähnen, es sei ihnen aus der Tasche gestohlen und dann weil sie glauben, sein Gedeihen müsse Frankreich beeinträchtigen; 3. eine verdächtige Hinneigung zu den Holländern."

Ueber Talleyrand's Verhältniß zum König Louis Philipp und seine, Talleyrand's, Haltung in London heißt es in einem Brief vom 4. Juli:

„Talleyrand hat von Anfang an in den belgischen Angelegenheiten seinen eigenen Plan gehabt. Welches dieser sei, weiß ich nicht. Das aber weiß ich gewiß, daß, was auch Louis Philipp und Sebastiani von Paris aus in der belgischen Sache versprechen mochten, die französische Regierung Talleyrand doch niemals verhindert habe, genau so zu verfahren, wie er sich vorgenommen hatte. Mir ist es höchst wahrscheinlich, daß, wenn wir die Briefe von Paris an Talleyrand lesen könnten, wir finden würden, daß man stets etwas ganz anderes nach Brüssel als nach London geschrieben hat. Ich glaube, daß Talleyrand die belgische Frage von vornherein als eine höchst gefährliche geschildert und seiner Regierung gesagt habe: wenn ihr mich nicht machen laßt, so werdet ihr sehen, wohin euch ein liberales Betreiben dieser Sache führen werde. Louis Philipp, der unendliches Vertrauen in die finesse und das savoir-faire Talleyrand's hat und sich ihm gegenüber als Schüler fühlt, wird ihm von

Anfang an geschrieben haben: „seien Sie zufrieden, ich werde Sie gewähren lassen; zwei Personen geniren mich mit ihrer Ungeduld, die eine ist Leopold, die andere Périer; ich werde sie Beide stets zufrieden reden, sagen, daß man Ihnen die schärfsten Instructionen geben muß, Ihnen aber überlasse zu thun was Ihnen gut dünkt.““

„Ich sage nochmals, ich kenne den eigentlichen Plan Talleyrand's nicht. Was er aber zu dessen Ausführung unumgänglich nöthig hielt, war ein ostensibel sehr gutes Vernehmen mit den Holländern. Bei all seinem großen Tact und seiner Menschenkenntniß konnte er doch nicht vermeiden, daß diese Freundschaft vielen sehr verdächtig vorkam und vorzüglich die englischen Minister hier und da argwöhnisch machte. Mareuil (französischer Gesandter im Haag, der im Juni zeitweise an Talleyrand's Stelle trat), der wenigstens sein Schüler ist, wenn er ihm nicht noch näher steht, will sich natürlich des Meisters nicht unwürdig zeigen. Er übertreibt aber noch das ihm von Talleyrand vorgeschriebene Betragen, er ist zu freundlich mit den Holländern, zu feindlich gegen die Belgier. Hat man je etwas Unpassenderes gehört, als daß ein französischer Gesandter, wie er neulich, zum Lever des Königs im Wagen eines holländischen Chargé d'affaires kam? Aus einem Brief der Königin von Frankreich geht hervor, daß König Wilhelm von Holland Talleyrand eifrig nach London zurückbegehrt. Gewiß ist dies auf Anstiften von Madame Lieven und Wellington geschehen, die beide wissen, daß Talleyrand die Holländer wie seine besten Freunde behandelt.“

Was also der eigentliche Hintergedanke Talleyrand's war, das wollte Stockmar nicht mit Bestimmtheit behaupten. Anderseits deutete Verschiedenes darauf, daß er sich auf eine Theilung Belgiens bezog.

In dem schon angeführten Briefe vom 3. Juni lesen wir: „Schon längst hat mir jemand versichert, es bestehe zwischen Frankreich und Holland ein geheimer Tractat, die Theilung Belgiens betreffend und dieser Tractat sei das Werk Talleyrand's.“

Dann wieder heißt es in einem Brief vom 3. Juli: „In dem Messager des Chambres, dimanche 1. Juillet, 2me édition, findet sich ein Artikel aus dem Haag, worin König Wilhelm die Katze aus dem Sack läßt. Es wird darin gesagt, daß er Frankreich die Theilung angeboten, und es wird die Kurzsichtigkeit der Franzosen und Belgier beklagt, daß sie nicht die Theilung der Unabhängigkeit Belgiens vorziehen."

Ueber die englischen Verhältnisse in ihrer Beziehung zu der belgischen Angelegenheit verbreitet sich der angeführte Brief vom 3. Juni.

„John Bull," schreibt Stockmar, „hat Lord Grey wieder auf das Pferd gesetzt. Wie lange er darauf bleiben werde, ist eine andere Frage."

„Die Umstände von Grey's Abdankung *) mußten an sich schon dazu beitragen, den König sehr unpopulär zu machen. Nach den Anstrengungen, die er persönlich zu Gunsten Wellington's gemacht, kann er keine aufrichtige Neigung mehr für Grey haben, er muß dieses Ministerium als ein von der öffentlichen Meinung ihm aufgedrungenes ansehen und wird daher die erste Gelegenheit ergreifen, es wieder los zu werden. Dazu kommt, daß durch die Königin, die Fitz Clarences, die Hofdamen, Salisbury, Howe, der Zusammenhang mit Wellington fortwährend erhalten wird **)."

*) Das Ministerium Grey hatte abgedankt, weil der König sich weigerte, einen Pärsschub zur Sicherung der Reformbill im Oberhaus vorzunehmen, war aber wieder eingetreten, nachdem Wellington vergeblich versucht, ein Ministerium zu bilden.

**) Die Königin Adelheid, Tochter des Herzogs Georg von Meiningen, Schwester der Gemahlin des in holländischen Diensten stehenden Herzogs Bernhard von Weimar, neigte zur toryistischen Politik, und war, als Meiningische Prinzeß und vermöge ihrer Verwandtschaft mit dem Herzog Bernhard, dem Coburger Leopold und der belgischen Sache wenig günstig. Die Fitz Clarences sind die unehelichen aber anerkannten Kinder des Königs Wilhelm IV., vordem Herzogs von Clarence, aus seiner früheren Verbindung mit der Schauspielerin Mrs. Jordans. Lord Howe war Oberkammerherr der Königin Adelheid.

„Diesem kann es nicht schwer werden, sobald die Reformfrage erledigt ist, die Minister bei irgend einer andern Frage im Hause der Lords zu schlagen und hierauf einen zweiten Versuch zum Sturze Grey's zu bauen."

„Ich habe nie Ursache gehabt zu glauben, daß der König Wilhelm persönlich einen ernsthaften Antheil an der auswärtigen Politik nehme. Seiner Natur nach nimmt er einen solchen nur vorübergehend, ruck- und sprungweise. Schon vor dem Rücktritt Grey's scheint Wellington dem König insinuirt zu haben, daß das Grey'sche Ministerium sich zu sehr von Frankreich leiten lasse. Schon damals hatte Grey mit dem König einige Unannehmlichkeiten über diesen Gegenstand, und so ist es wahrscheinlich, daß der Monarch den Minister jetzt noch mehr in Bezug auf auswärtige Angelegenheiten chicaniren werde. Ich glaube zwar, daß Wilhelm die Beendigung der belgisch-holländischen Frage wünsche. Ich glaube, daß er persönlich nicht feindselig gegen Leopold gesinnt sei und auch keine Vorliebe für den König von Holland habe. Allein ich habe doch Grund zu glauben, daß, wenn ihm die ihn umgebenden Tories von seinem ancient Ally sprechen und sagen, daß er diesen unterstützen müsse, er doch stets bereit sein werde, mehr für Holland als für Belgien zu thun."

„Das englische Publikum nimmt nicht den geringsten Antheil an uns. Daß die Belgier im August v. J. sich nicht gehörig geschlagen haben, hat alle Theilnahme selbst bei den Liberalen vernichtet. Die Gewohnheit, die Holländer als Alliirte zu betrachten und zu behandeln, macht den größten Theil der Nation holländisch gesinnt. Ich bin überzeugt, daß das Ministerium vom Haus der Gemeinen im Stich gelassen würde, wenn es morgen ein Opfer zu Gunsten der Belgier von ihm verlangte."

„Dieser letzte Umstand macht hauptsächlich Grey so vorsichtig. Grey und Palmerston wünschen gewiß aus politischen und persönlichen Gründen der Halsstarrigkeit des Königs von Holland ein

Ende zu machen. Ich bin überzeugt, daß, wenn sie glaubten, vom Parlament in ihren Maaßregeln unterstützt zu werden, sie morgen die Häfen Hollands in Blockadezustand versetzen würden. Allein sie fürchten, daß die Holländer sich wehren könnten, daß die Blockade sie nöthigen möchte, Krieg zu machen und daß das Parlament sich weigern würde, ihnen einen Schilling für diesen Zweck zu verwilligen. Uebrigens ist Palmerston überzeugt, daß ferneres Zaudern nicht mehr an der Zeit sei, zu nichts führen könne und die Sache vielleicht nur schlimmer mache."

„Ein zweiter Umstand, der Grey's Unentschlossenheit vermehrt, ist der Tod Périer's. Er hat mir selbst vor Monaten gesagt, daß er in dessen Persönlichkeit großes Vertrauen setze und von Périer's Amtsführung den Frieden Europas abhängig glaube."

„Seit Grey nicht mehr weiß, auf wen er sich im französischen Cabinet verlassen kann, ist er doppelt vorsichtig und muß im gegenwärtigen Augenblick die drei absoluten Mächte wie rohe Eier behandeln. Nur Frankreichs aufrichtige Mitwirkung, sein aufrichtiger Wille, die belgischen Angelegenheiten auf Grund der 24 Artikel zu Ende zu bringen, wird Grey den Muth zum Handeln geben. Allein Frankreich bleibt jedesmal im entscheidenden Augenblick zurück, erregt Englands Verdacht und macht dadurch das Ende unmöglich."

Wie früh übrigens Palmerston von der Nothwendigkeit von Zwangsmaaßregeln gegen Holland überzeugt und zu deren eventueller Anwendung entschlossen war, zeigt ein Brief vom 18. Juli.

„Palmerston hat mir eine Unterredung erzählt, die er vor einigen Tagen mit Van Zuylen gehabt. Er erklärte diesem, daß England und Frankreich entschlossen seien, im Nothfall coercitive Maaßregeln zu ergreifen und daß sie selbst dann dazu schreiten würden, wenn die übrigen drei Mächte nicht gemeinschaftliche Sache mit ihnen machten. Er halte es für Recht, den König von Holland hiervon in Kenntniß zu setzen, um so mehr, als er wisse, daß dieser sich damit schmeichle, die Zwangsmaaßregeln gegen Holland seien in

England unpopulär und die Regierung werde daher den Muth nicht haben, sie zu ergreifen. Er erkläre deswegen auf das ausdrücklichste, daß das Ministerium in einer Lage sei, wo es glaube, diese Maaßregeln im Interesse Englands anwenden zu müssen, und es werde sie daher anwenden, sie möchten populär sein oder nicht."

Freilich war dieser Entschluß zu Coercitivmaaßregeln ein nur eventueller und es dauerte in der That noch fast vier Monate, ehe er zur Ausführung kam. Er wäre auch dann noch nicht zur Verwirklichung gelangt, wenn Belgien auf dem bisherigen Standpunkt beharrt hätte, sich zu keiner Verhandlung mit Holland über die einer Modification fähigen Bestimmungen des Novembervertrags herbeizulassen, bevor das belgische Gebiet, also namentlich Antwerpen, von der andern Seite geräumt sei. Auf dieses Princip hatte sich das Ministerium Muelenaere den Kammern gegenüber förmlich verpflichtet, auch der König hatte sich für jenes öffentlich mit Nachdruck ausgesprochen. Indeß zeigte sich Anfangs August dem unbefangenen Beobachter in London, daß Belgien mit diesem System nicht nur nicht von der Stelle rückte, nicht seinem Ziel die zwangsweise Ausführung des Novembervertrags Seitens der Mächte zu erlangen sich näherte, sondern sich vielmehr davon entfernte, indem es den Schein unverständiger Hartnäckigkeit und unpraktischer Rechthaberei auf sich lud. Zu Anfang August nämlich hatte Holland zwar alle von der Conferenz gemachten Vorschläge verworfen, aber der holländische Bevollmächtigte erklärte sich zu Verhandlungen mit Belgien ermächtigt und seine Sprache ließ die Conferenz glauben oder konnte doch wenigstens den Anschein erwecken, als würde Holland sich zu wesentlichen Concessionen verstehen, wonach Belgien die reellen Vortheile des Vertrags, wenn auch unter andern Ausdrücken, Formen und Modalitäten behalten oder für reelle Zugeständnisse durch gleichwichtige Compensationen entschädigt werden würde. Bei den oben geschilderten Dispositionen der Conferenzmächte war mit Sicherheit vorherzusehen, daß nicht eine

einzige derselben zu Zwangsmaaßregeln gegen Holland geneigt sein werde, so lange nicht ein letzter Versuch einer gütlichen Lösung gemacht war, für dessen Gelingen die Haltung des holländischen Bevollmächtigten doch einige Hoffnung oder einen Vorwand dazu gewährte. Unter diesen Umständen schien Stockmar jeder weitere Fortschritt der belgischen Sache dadurch bedingt, daß das bisherige System: keine Verhandlung vor der Räumung! ein System, das zur Sackgasse geworden war, aufgegeben und die Verhandlung in London wieder in Fluß gebracht würde. Um den Minister Muelenaere zu dieser Ansicht zu bekehren, begab er sich im Einverständniß mit einigen Conferenzbevollmächtigten Anfangs August nach Brüssel.

Ueber diese von ihm übernommene Mission äußert er sich selbst in einer nicht datirten Niederschrift.

„Die Conferenz wünschte unter der Hand von den Belgiern selbst zu erfahren, welches die Punkte seien, auf die sie nicht nachgeben könnten, damit man in London nicht wieder einen vergeblichen, weil den Belgiern unannehmbaren Vorschlag mache. Die Schwierigkeiten, die der König und sein Ministerium hatten, sich in irgend etwas einzulassen, was wie eine neue Unterhandlung, wie eine Modification des Novembervertrags aussehen könne, kannte die Conferenz recht gut. Goblet hat es in den letzten drei Monaten an nichts fehlen lassen, sie eindringlich hervorzuheben; allein die Conferenz, die allerdings geschäftsgewandter ist, als das belgische Ministerium, die da weiß, daß Hindernisse nicht nothwendig unübersteiglich sind, daß man durch Erfindung einer geschickten Form viel vermag, hoffte, daß Belgien sich schon aus der Schwierigkeit zu ziehen wissen werde. Sie hoffte dies um so mehr, weil sie weiß, daß Belgien der Friede höchst nöthig ist und weil sie der festen Ueberzeugung, die belgische Armee würde abermals geschlagen werden, wenn es wieder zu Feindseligkeiten kommen sollte. Sie wünschte daher, daß es die belgische Regierung durch die Zurücksendung Van de Weyer's nach London möglich mache, die Verhandlungen unter

der Hand so weit wieder anzuspinnen, daß sie zu einem Resultat gelangen möchten, welches die Belgier dann später öffentlich annehmen könnten. In diesem Sinn und hauptsächlich um Van de Weyer's Zurücksendung zu betreiben, wurde ich officieusement nach Brüssel geschickt. Als ich dort ankam, fand ich jedermann mit Revuen, mit der bevorstehenden Vermählung u. s. w. beschäftigt. Für das Hauptgeschäft, vorzüglich für meine Sendung, hatte niemand weder Zeit noch Ohren, noch Willen. Ich sprach mit Muelenaere und sah in ihm die entschiedenste Abneigung, Van de Weyer zurückzusenden. Er war wie ein Stock und ich mußte mich überzeugen, daß seine Furcht vor Kammern und Journalen das Uebergewicht hatte, daß er bereit war, dieser Furcht das Wohl des Landes, den allgemeinen Frieden aufzuopfern und entschlossen, auf dem System des Nichtsthuns zu beharren und deshalb dem Bevollmächtigten in London durchaus keine neue Instruction zu ertheilen."

Stockmar kehrte Mitte August nach London zurück, in der Hauptsache ohne Erfolg, indeß gab man in Brüssel insoweit nach, daß man Van de Weyer nach London zurück sandte, der daselbst am 18. August wieder eintraf, freilich ohne neue Instructionen.

Inzwischen hatte Stockmar den Versuch, Muelenaere auf andere Gedanken zu bringen, noch nicht aufgegeben. Von London aus richtete er sofort an den Minister einen langen Brief, indem er das Thema der früheren mündlichen Besprechung nochmals ausführlich und methodisch bearbeitete. Dieser Brief scheint den belgischen Staatsmännern jener Zeit so bemerkenswerth erschienen zu sein, daß in mehreren neueren Werken über die damaligen politischen Verhandlungen längere Stellen daraus citirt werden. S. Th. Juste: Lebeau p. 80. Goblet: Mémoires Historiques I, p. 145.

Stockmar's Gedankengang war folgender:

1. Belgien verlangt, daß Holland vorerst die 24 Artikel anerkenne und das belgische Gebiet räume und will dann über die Ausführung resp. Modification der noch der Ausführung bedürftigen

resp. modificabeln Bestimmungen unterhandle. Belgien ficht damit gegen sein eignes Interesse, Holland könnte ihm keinen schlimmeren Streich spielen, als jenem Verlangen einfach nachzukommen. Denn Belgien hätte gegen Räumung von Antwerpen ein bedeutenderes Gebiet an der Maas aufzugeben und würde übrigens durch die bloße Räumung vor der Schlichtung aller Streitfragen von dem so drückenden Kriegszustand gar nicht befreit, der König von Holland würde es dann immer noch in der Hand haben, gegen die von Belgien zu wünschende Regelung der Streitpunkte, insbesondere der Schifffahrt der Schelde, Maas und der Gewässer zwischen Schelde und Rhein, unabsehbar Widerstand leisten.

2. Viel vortheilhafter für Belgien würde die einfache Fortdauer des Status quo sein. Belgien würde in Bezug auf die materiellen Interessen nicht so sehr darunter leiden als Holland und es ließe sich hoffen, daß auf diesem Wege das letztere durch Ermüdung und Erschöpfung schließlich zum Nachgeben gezwungen würde.

3. Aber freilich wäre der Weg ein langsamer und würde von dem Lande einen Grad von Ueberlegung, kalter Ruhe, Geduld und Festigkeit verlangen, der von ihm kaum zu erwarten sei. Dieser Weg empfiehlt sich also aus moralischen Gründen nicht.

4. Anderseits, beim Kriege gegen Holland könnte Belgien viel verlieren, wenig gewinnen, auch würden die Mächte Feindseligkeiten nicht zulassen.

5. So bleibt denn in der That nichts übrig, als die Sache durch die Conferenz weiter zu fördern, folglich auf die von dieser gewünschten Verhandlung mit Holland einzugehen. Dies ist auch für Belgien unnachtheilig. Das Ministerium hat sich zwar der Kammer gegenüber positiv verpflichtet, auf der vorhergehenden Räumung zu bestehen, allein es kann die Unmöglichkeit, diese ohne Krieg durchzusetzen, und die Unräthlichkeit des Krieges beweisen.

6. Allen sachlichen Bedenken ist durch eine förmliche Verwah-

rung folgenden Inhalts vorzubeugen, die das Ministerium gegenüber der Conferenz wie gegenüber den Kammern einzulegen hätte. Es erkläre:

„Durch den schiedsrichterlichen Spruch der Conferenz und dessen Annahme von Seiten Belgiens sind die 24 Artikel dessen öffentliches Recht geworden. Es muß auf diesem bestehen und ist befugt von der Conferenz die Ausführung der 24 Artikel zu verlangen, es hat sie gefordert und wird nicht aufhören sie zu fordern. Die Schiedsrichter antworten auf dieses wiederholte Verlangen, daß sie die Ausführung durch Gewalt nicht eher herbeiführen können und dürfen, bis sie alle Hoffnung verloren haben, sie auf gütlichem Wege zu erlangen. Die Art und Weise, in der Belgien die 24 Artikel auferlegt worden sind, macht es ihm unmöglich, der Conferenz ferner in dem Bestreben die Ausführung auf dem Wege der Güte zu erreichen, behülflich zu sein. Hält die Conferenz diesen Weg gleichwohl noch immer für möglich, so muß sie ihn allein versuchen. Kann sie Belgien beweisen, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zwecks ihm nicht nur nicht schädlich, sondern vielleicht sogar vortheilhaft seien, so wird sich Belgien nicht weigern, diese Mittel in Betracht zu ziehen und eventuell anzunehmen. Bis dahin erklärt es auf das feierlichste, das alles, was die Conferenz in der Absicht, eine endliche Entscheidung auf dem friedlichen Wege herbeizuführen, thun wird, dem Rechte Belgiens, wie es ihm die 24 Artikel sichern, auf keine Weise präjudicirlich werden könne.“

Diese Gedankenreihe führte mithin noch nicht auf förmliche officielle Verhandlungen mit Holland, sondern nur auf einen durch die Conferenzbevollmächtigten vermittelten Austausch der Ansichten beider Parteien in London. Gleichwohl blieb der Minister Muelenaere unerschütterlich auf seinem Standpunkt. Er sandte zwar, wie wir sahen, Van de Weyer nach London zurück, aber ohne neue Weisungen.

Indeß auch Stockmar blieb auf seinem Sinn und setzte seine

Bemühungen für das Eingehen Belgiens auf Verhandlungen vor der Räumung in dem Gedanken fort, daß auf diesem Wege entweder ein billiges Abkommen mit Holland oder die Zwangsmaaßregeln gegen dieses zu erreichen seien. Da er die für Belgien günstigen Gesinnungen Lord Palmerston's und Lord Grey's und zugleich die von den englischen Ministern zu nehmenden Rücksichten kannte, so mußte er in engem Einverständniß mit diesen handeln. Sie konnten sich zur zwangsweisen Ausführung der 24 Artikel nicht entschließen, bevor noch ein Güteversuch gemacht sei. Zu dem Ende verfaßte Lord Palmerston nach mehreren getrennten Unterredungen theils mit dem holländischen, theils mit dem belgischen Bevollmächtigten, theils mit den Conferenzmitgliedern einen neuen Vergleichsvorschlag über die streitigen Punkte, den er erst dem Vertreter Hollands, dann Anfang September denen Belgiens vertraulich mittheilte. Dieses sogenannte Thème de Lord Palmerston war im Wesentlichen für Belgien annehmbar und wenn Belgien es als Basis einer mit Holland zu eröffnenden Unterhandlung annahm, so gewährte es den großen Vortheil, ein von der Conferenz selbst gebilligtes Ultimatum darzustellen. Für Stockmar kam also nun Alles darauf an zu erlangen, daß Belgien sich zu einer auf jener Basis mit Holland in London zu eröffnenden Unterhandlung verstand. Es waren dabei persönliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die beiden belgischen Bevollmächtigten, General Goblet und Mr. Van de Weyer, schlossen sich Stockmar's Ansichten vollständig an und er hielt diese Männer von eminenter Begabung für unentbehrlich zur Ausführung derselben. Sie waren aber unter sich verfeindet und Stockmar erwuchs daher die erste Aufgabe, den Frieden zwischen ihnen herzustellen, was ihm nicht ohne Mühe gelang. Hierauf wurde in Stockmar's Zimmer in London der Feldzugsplan festgestellt. Goblet übernahm es mit dem Thème de Lord Palmerston nach Brüssel zu gehen und den König, der schon seit längerer Zeit in seiner Anhänglichkeit für das System von Muelenaere wankend geworden, zur definitiven Annahme

des Princips der Unterhandlung mit Holland vor der Räumung und auf der Basis der Vorschläge Lord Palmerston's zu bewegen. Würde der Minister Muelenaere sich dem widersetzen oder sich der Ausführung nicht unterziehen wollen, so war vorgesehen, daß Goblet das Ministerium des Auswärtigen übernehmen solle.

Der Plan gelang vollständig. Am 9. September traf Goblet in Brüssel ein. Der König war bald gewonnen und nahm nun die weitere Ausführung mit großer Festigkeit in die Hand. Die Minister gaben ihre Entlassung, weil sie sich durch ihre früheren Erklärungen gegen Kammer und Land gebunden glaubten, diesen neuen Weg nicht zu betreten. Am 15. wurde Goblet interimistisch mit dem Ministerium des Auswärtigen betraut. Am 20. erklärte Van de Weyer in London, er sei mit Vollmacht zur directen Verhandlung mit Holland versehen, unbeschadet der Rechte Belgiens aus dem Novembervertrag, auf welchen sich der König bei etwa ihm gutdünkenden Abbruch der Verhandlungen mit Holland jederzeit zurückzukommen vorbehalte.

Und nun entwickelten sich die Dinge bei der Conferenz rasch in der Art, daß die belgische Sache wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts that. Die Verhandlungen der Conferenz mit dem holländischen Bevollmächtigten stellten sofort heraus, daß dieser nicht einmal Vollmachten zu Unterhandlungen auf Grund des Palmerston'schen Themas hatte. Das ganze Gebäude, das man auf die holländische Friedensbereitwilligkeit gebaut hatte, stürzte zusammen und für das englische Ministerium war nun der Beweis der Fruchtlosigkeit aller Güteversuche hergestellt, den es der öffentlichen Meinung gegenüber bedurfte, um sich zu Zwangsmaaßregeln entschließen zu können.

In der Conferenzsitzung vom 1. October wurde die eventuelle Anwendung von Zwangsmaaßregeln gegen Holland im Princip allseitig anerkannt. Die drei östlichen Mächte erklärten indeß, sich nicht an Maaßregeln materieller Gewalt, sondern nur eventuell an pecuniären Zwangsmaaßregeln, betheiligen zu wollen, wonach Belgien

zu Abzügen an seinem Antheil der Schulden befugt anerkannt würde und sie suchten auch in dieser Beziehung noch Aufschub, um einer letzten, durch das preußische Cabinet an Holland zu ertheilenden Vermahnung Raum zu lassen. England und Frankreich weigerten sich, auf diese Vorschläge einzugehen und damit war die Conferenz an ihrem Ende angelangt. Es ließ sich nun vorhersehen, daß die Westmächte allein mit coercitiven Maaßregeln gegen Holland vorgehen und die Ostmächte sich dabei passiv verhalten würden. Es vergingen indeß noch mehrere Wochen, ehe Frankreich und England sich definitiv über die Anwendung von Gewaltmaaßregeln einigten. Die Gründe der Verzögerung lagen theils in Frankreich, theils in England. In Frankreich begab sich zu Anfang October eine Aenderung des Ministeriums. In England hegte der König Wilhelm große Bedenken gegen die Verwendung einer französischen Armee, um den Widerstand Hollands zu überwinden. Es wird dies die geeignete Stelle sein, um den auf die belgische Frage bezüglichen Theil einer Denkschrift vom 14. Januar 1835 dem Leser vorzulegen, worin der König selbst sich über seine Politik ausspricht *).

„Der Wechsel der Dinge in Frankreich war von den Vorgängern Lord Grey's (Ministerium Wellington) sofort und ohne Zaudern anerkannt worden und es hatte keine Einmischung in den Kampf zwischen dem König der Niederlande und seinen empörten belgischen Unterthanen stattgefunden. Aber das Bestreben, die Folgen desselben für das Haus Oranien weniger verderblich zu machen, welches die englischen Ministerien nach einander festhielten, wurde durch den Eigensinn des Königs der Niederlande, und dessen Eifersucht gegen seinen Sohn, den Prinzen von Oranien, vereitelt, zu dessen Gunsten sich eine erfolgreiche Reaction mit Grund erwarten ließ. Erst nachdem jede Hoffnung auf eine wünschenswerthere Combination zerstört war, begünstigte die Regierung Seiner Majestät die

*) Er redet dabei, wie es in England für solche Schriftstücke üblich, in der dritten Person.

Absichten des Prinzen Leopold auf die belgische Krone. Dies geschah zum Theil zu dem Zweck, um den Plänen des Königs der Franzosen entgegenzuwirken, welcher die Krone Belgiens auf das Haupt eines seiner eigenen Söhne zu setzen und dadurch die Annexion an Frankreich anzubahnen suchte.

Es ist nicht die Absicht des Königs, die belgische Frage durch ihre verschiedenen Stadien und endlosen Wirrsale und Hemmnisse zu verfolgen. Aber er fühlt sich verpflichtet auszusprechen, daß die Verzögerungen und Hindernisse, die sich ihrer Lösung entgegenstellten, hauptsächlich der fortgesetzten Hartnäckigkeit und den Winkelzügen des Königs der Niederlande zuzuschreiben sind. Um diese zu überwinden, wurden verschiedene Wege theils mit, theils ohne Mitwirkung der Nordmächte eingeschlagen. Diejenigen, welchen die letzteren sich nicht anschlossen, waren die Blockade der holländischen Häfen und die Belagerung Antwerpens.

Der König läugnet nicht, daß er das erste dieser Mittel bereitwillig genehmigte und daß er ebenso bereitwillig seine Zustimmung zu Maaßregeln gegeben haben würde, die noch mehr geeignet gewesen wären, einen Druck auf die finanziellen Hülfsquellen Hollands zu üben, da er der Ueberzeugung war, daß solche mehr Aussicht böten, die Frage zu einem baldigen Austrag zu bringen, ohne die Gefahr eines allgemeinen Zusammenstoßes auf dem Continent zu steigern.

Aber Seine Majestät hatte von Anfang bis zu Ende Bedenken, gegen einen Angriff auf Antwerpen durch eine große französische Armee, von der er eine fortgesetzte Occupation Belgiens befürchtete, und deren Gegenwart und Action diejenigen Collisionen auf dem Continent hervorrufen konnte, welche Seine Majestät so sehr abzuwenden wünschte. Nicht nur aus Eifer für die Erhaltung des Friedens, sondern auch weil er sich die zweideutige Stellung vergegenwärtigte, in die sie England versetzen konnten. Seine Majestät war auch aus dem Grunde gegen jene Maaßregel, weil dieselbe von

nur localer Wirkung und mehr geeignet war, das Nationalgefühl der Holländer aufzustacheln als zu beschwichtigen, welches so sehr durch Berechnungen von Gewinn und Verlust bestimmt wird, während der Besitz von Antwerpen in dieser Beziehung gleichgültig erschien."

So weit König Wilhelm. Derselbe gab jedoch schließlich dem Andrängen seines Ministeriums nach und willigte in die französische Expedition gegen Antwerpen. Das englische Ministerium wurde wesentlich durch die Rücksicht auf Frankreich bestimmt. Dort war am 11. October*) das Ministerium Soult, Broglie, Thiers, Guizot ans Ruder gekommen, welches der Opposition gegenüber das dringende Bedürfniß empfand, sich in der öffentlichen Meinung durch eine energische Action nach Außen zu stärken. Le ministère Broglie était mort sans Anvers, schreibt König Leopold an General Goblet (Juste II, p. 36), et le ministère anglais a jugé plus sage de laisser faire que d'avoir un ministère de l'extrême gauche qui menait à la guerre générale.

Am 22. October endlich schlossen England und Frankreich einen Vertrag über das von ihnen einzuschlagende Verfahren. Sie verabredeten, von dem König von Holland zunächst eine bis zum 2. November zu ertheilende Zusage zu fordern, daß er das belgische Gebiet am 12. räumen werde. Bei deren Verweigerung wollten sie in ihren resp. Häfen Embargo auf die holländischen Schiffe legen und diese auf der See durch ihre Kreuzer aufbringen lassen. Wäre aber das belgische Gebiet am 15. November noch nicht geräumt, so sollte eine französische Armee einrücken und die Räumung erzwingen.

Der König von Holland blieb taub gegen die Sommation der Westmächte. So wurde denn am 5. November der Embargo ver-

*) Nach Périer's Tod (Mai 1832) war das Ministerium unter Soult als Präsidenten im Amt verblieben. Am 11. October wurde es durch den Eintritt von Broglie (Aeußeres), Thiers (Inneres) und Guizot (Unterricht) wesentlich umgestaltet, so daß es, obschon Soult Präsident blieb, als ein neues Ministerium erschien, das man in Frankreich le ministère du 11. octobre nennt.

hängt, am 15. rückte die französische Armee ein, am 19. begann die Belagerung Antwerpens, welches am 23. December capitulirte. Das Endergebniß der englisch-französischen Intervention war dann die zwischen den Westmächten und Holland abgeschlossene Convention vom 21. Mai 1833, welche Belgien eine bis zum Abschluß eines definitiven Vertrags mit Holland verbürgte Waffenruhe, Freiheit der Schifffahrt auf Maas und Schelde, Fortdauer des Status quo in Luxemburg und Limburg, also ein vortheilhaftes Provisorium sicherte, in dessen Genuß es auch bis zum Jahre 1838 ungestört verblieb. Endlich am 14. März 1838 erklärte Holland sich bereit, den Vertrag vom 15. November 1831 anzunehmen. An Belgien war es also nun, die bis dahin provisorisch in seinem Besitz verbliebenen, nach jenem Vertrag Holland zufallenden Theile von Luxemburg und Limburg herauszugeben. Es sträubte sich heftig dawider, mußte aber gegenüber der Einstimmigkeit der Großmächte nachgeben, die nicht an den Territorialbestimmungen des Novembervertrags, sondern nur an denen über Belgiens Antheil an der Schuld etwas zu ändern geneigt waren. So mußte denn Belgien sich bequemen, am 19. April 1839 den Definitivvertrag zu unterzeichnen, wodurch ihm immerhin die Rückstände der Schuld bis zum 1. Januar 1839 und 3,400000 Gulden von der jährlich zu zahlenden Rente erlassen wurden.

---

## Zwölftes Capitel.

### Regelung der Frage der Englischen Annuity Leopold's. 1834.

---

Stockmar hatte es übernommen, nach der Abreise Leopolds die Regelung der Angelegenheit der Annuity zu besorgen. Nach dem Briefe an Lord Grey, welcher die Grundlage für dieses Geschäft bilden mußte, handelte es sich darum: 1. zuvörderst „die pecuniären Verpflichtungen und ausstehenden Schulden" zu liquidiren, die der Prinz in England hinterließ, 2. wenn dies geschehen, sodann das Jahrgeld einem Curatorium (Trustees) zu überweisen, welches regelmäßig nach Erfüllung gewisser Auflagen (Instandhaltung von Claremont, Entrichtung von Gehalten und Pensionen an das zur englischen Hof- und Haushaltung gehörig gewesene Personal, Leistung gewisser Verwilligungen für wohlthätige Zwecke) den Ueberrest der 50,000 Lstrl. in die Staatscasse zurückzuzahlen hätte.

Diese Angelegenheit war für Stockmar bis in das Jahr 1834 hinein, eine Quelle beständiger Mühe, Sorge und Unannehmlichkeit. Wir verschonen den Leser mit den Details, die kein historisches Interesse beanspruchen können, und beschränken uns auf Hervorhebung solcher Thatsachen, die für den damaligen Zustand Englands bezeichnend sind.

Im Moment der Abreise konnte Leopold den Betrag seiner Verbindlichkeiten in England nicht übersehen. Es stellte sich allmählig heraus, daß sie sich auf ungefähr 83,000 Lstrl. beliefen. Darunter befanden sich allerdings 16,000 Lstrl., die der König für seine Schwester, die Herzogin von Kent, hatte übernehmen zu müssen geglaubt.

Da überdies die laufenden englischen Ausgaben (dieselben, welche künftig von den Trustees aus dem Jahrgeld bestritten werden sollten) 20,000 Lstrl. betrugen, so begreift sich, daß sich die Liquidation bis 1834 hinzog. Ebenso begreift sich aber auch, daß dies in der damaligen Zeit und unter den damaligen Verhältnissen Anlaß zu ungünstigen Gerüchten und zu Angriffen gegen den König gab.

Der König stand überhaupt im Ruf großer Sparsamkeit, was auf gehässiger Ausbeutung und Verdrehung von untergeordneten Kleinigkeiten beruhte. „Was die Engländer am besten handhaben," sagt Leopold selbst in einem Briefe vom 14. März 1840, „ist Verläumdung. Da nun a character (der gute Ruf) in England als etwas Positives betrachtet wird, so geht alle Anstrengung dahin, ihn zu zerstören. Da man z. B. mir nicht viel anhaben konnte, so ward mein Geiz das Thema mir zu schaden. Mißgriffe des ersten Hofmarschalls Baron Hardenbrock und einige Unvorsichtigkeiten, z. B. Verkauf von Obst von meinen Farms, wurden mit einer Consequenz verarbeitet, daß man mir nach und nach damit den größten Schaden that." Nach der Thronbesteigung Leopold's tauchten nun wiederholt Gerüchte auf, daß er große Summen aus England nach Belgien beziehe, und da während der nächsten Jahre keine Rückzahlung aus der Pension an die Schatzkammer erfolgte, so machte sich hier und da die Meinung geltend, der Brief des Prinzen an Lord Grey mit dem in Aussicht gestellten Curatorium über die Annuity, sei auf Täuschung berechnet, eine bloße Comödie gewesen. Die Reformbewegung hatte radicale, demagogische Elemente an die Oberfläche gefördert, die aus dem Geschrei von der Noth des Volks, von der Dringlichkeit von Ersparnissen, aus gemeinen und gehässigen An=

feindungen und Verläumdungen der Hochstehenden, Capital machten. Die Radicalen bemächtigten sich dann der Frage: was bisher mit den Geldern der Annuity geschehen sei, was ferner damit werden sollte, als eines willkommenen Thema's für Declamationen, womit sie ihrem Publikum schmeicheln konnten.

Schon am 16. August 1832 kündigte im Haus der Gemeinen Mr. Hughes seine Absicht an, wenn ihm die Ehre eines Sitzes im nächsten Parlament zu Theil werde, die Vorlage eines Ausweises über die von dem Curatorium aus der Annuity an die Staatskasse zurückgezahlten Summen zu beantragen.

Bald nach Beginn der Session von 1833 stellte Mr. Hall im Unterhaus den Antrag auf Vorlegung eines Ausweises über die seit dem Juli 1831 aus der Annuity an den Staat zurückgezahlten Summen. Der Schatzkanzler konnte nur erwidern, daß solche Zahlungen nicht erfolgt seien, und Mr. Hall zog demgemäß seinen Antrag zurück. Aber Mr. Robinson konnte sich nicht enthalten zu bemerken, das Volk habe das Recht gehabt, zu erwarten, daß bereits eine bedeutende Summe in die Schatzkammer zurückgezahlt worden sei; es sei übrigens eine große Frage, ob der Prinz noch ein wirkliches Recht auf irgend eine weitere Zahlung Seitens des Staates besitze.

Zu Ende 1833 berichtete die Brüsseler geheime Polizei, daß das radicale Unterhausmitglied Mr. Gronow, der sich seit einiger Zeit in Brüssel aufhielt, in der nächsten Parlamentssession 1. eine Untersuchung über die vom König aus seiner Pension zurückgezahlten Summen, und 2. die gänzliche Entziehung dieser Pension zu beantragen beabsichtige. Mr. Gronow sei gegenwärtig in Brüssel damit beschäftigt, geheime Ermittlungen über eine Summe von 35,000 Pfstrl. anzustellen, welche dem König angeblich von London nach Belgien gesandt worden; und er wünsche besonders festzustellen, ob diese Summe in Brüssel verwandt, oder behufs eines Gutsankaufs nach Deutschland weiter verschickt worden sei. Er hoffe die Resultate seiner Nachforschungen bei verschiedenen Bankiers und Finanzmännern für

eine niederschmetternde Parlamentsrede gegen Leopold verwerthen zu können.

Dem zu erwartenden Sturm gegenüber sah sich Stockmar von den sogenannten politischen Freunden des Königs, sämmtlich Liberalen, so ziemlich verlassen. „Es ist natürlich," schreibt er am 11. Februar 1834, „daß sie nur wenig geneigt sind, uns in einer Geldangelegenheit zu vertreten, bei der sie selbst sich unpopulär machen könnten. Mit wenig Ausnahmen suchen sie mir alle den Casus als desperat hinzustellen, und mir bange zu machen. Man sagt mir, daß es eine gewisse Ultrapartei durchaus auf Wegnahme der ganzen Pension abgesehen habe, daß es am Ende dazu kommen werde, was ich auch thun möge, weil der König denn doch eigentlich in diesem Lande nichts mehr zu suchen habe, und weil das Haus omnipotent sei. Meine Antwort ist folgende: So lange dem König gegenüber in diesem Lande Recht beobachtet wird, ruht dasselbe auf dem Brief an Lord Grey. Dieses Recht werde ich vertheidigen, ohne ein Titelchen davon freiwillig aufzugeben. Gegen Gewalt und Ungerechtigkeit vermag ich nichts; — aber ehe es dahin kommt, habe ich doch vorher in der Vertheidigung noch eine Chance. Von einigen Seiten ist uns gerathen worden, dem Parlament oder dem Publikum eine specificirte Berechnung der Schulden vorzulegen. Allein meine Pflicht bleibt, daß ich dem Princip, auf welchem der an Lord Grey gerichtete Brief Sr. Majestät ruht, nichts vergebe. Dieses Princip ist folgendes: Prinz Leopold verzichtet zu Gunsten des Staates auf den Genuß seiner Pension unter gewissen Voraussetzungen und Bedingungen. Der Brief sagt nicht: „ich habe Schulden, ich werde sie dem Parlament vorlegen, und wenn dieses für gut findet, daß sie liquidirt werden, so soll nach deren Liquidation der größere Theil meiner Pension, nach Berichtigung gewisser Auflagen, an den öffentlichen Schatz zurückfallen."" Nein, der Brief sagt: „Ich habe Schulden; sobald ich diese liquidirt, so soll u. s. w. Auf diesen Unterschied

kommt alles an. Es folgt daraus, daß ich dem Parlament oder Publikum eine Specification der Schulden nicht vorlegen kann. Denn wollte ich einräumen, daß irgend jemand das Recht habe, sich um die Natur der Schulden zu bekümmern, so müßte ich ihm auch nothwendig das Recht einräumen, über die Zulässigkeit der Liquidation abzusprechen. Diese Einräumung würde aber nicht nur die Liquidation der Schulden tangiren, sondern das ganze Princip; und jenes Recht der Einmischung und Entscheidung würde sich dann auch auf die Bestimmung erstrecken, welche Summen aus der Annuity für Pensionen, wohlthätige Zwecke und Instandhaltung von Claremont verwandt werden dürfen. In der Aufrechthaltung dessen, was ich das Princip des Briefs nenne, liegt aber nicht nur das Gesagte, sondern noch viel mehr und wichtigeres. Der König macht in dem Briefe dem Staate ein großmüthiges Anerbieten unter gewissen Bedingungen. Bis jetzt haben Regierung und Parlament diese Bedingungen stillschweigend acceptirt. Zeigt es sich jedoch, daß man mit den Bedingungen nicht länger zufrieden ist, so steht meinem Herrn, so lange noch Recht im Lande, die Befugniß zu, sein Anerbieten und mithin den ganzen Brief an Lord Grey zu revociren."

Auf dieser principiellen Basis fest fußend, sah Stockmar den Angriffen im Hause der Gemeinen mit Fassung entgegen. Ueberdies hatte sich auch die Lage thatsächlich vortheilhafter gestaltet. Schon im Januar ließ sich mit Gewißheit vorhersehen, daß es im folgenden April nach Eingang des nächsten Quartals der Pension möglich sein werde, den Rest der vorhandenen Schulden zu tilgen, und zum erstenmal einen bedeutenden Ueberschuß an den Staat zurück zu zahlen. Hiermit war den von radicaler Seite drohenden Angriffen der giftigste Stachel genommen. Das Parlament und die öffentliche Meinung hatten Leopold's Brief an Lord Grey mit Beifall aufgenommen, daß derselbe zur Ausführung gelange, daran allein nahm man überwiegend ein Interesse. Die Neigung Leopold's Jahr-

geld einzuziehn blieb auf den Radicalismus beschränkt, der mehr laute Stimmen als reelles Gewicht besaß. Die Zögerung in der Ausführung jenes Briefs war es, die Unzufriedenheit und Mißtrauen hervorgerufen hatte. War das Publikum erst zu überzeugen, daß die Beendung der Liquidation von Leopold's Schulden, und daß Rückzahlungen an die Staatscasse zu einem bestimmten und nicht fernen Termin bevorstanden, daß dann das im Briefe an Grey verhießene Curatorium seine Wirksamkeit beginnen konnte, so war auch die vorhandene Mißstimmung zu heben oder wenigstens in der Art abzustumpfen, daß keine gefährlichen Folgen zu besorgen blieben. In diesem Sinne beeilte sich denn Stockmar schon Anfangs Februar durch schriftliche Mittheilungen an den Schatzkanzler, deren öffentlichen Gebrauch er ihm anheimstellte, zu constatiren, daß die Liquidation der Schulden im Laufe des Monats April gänzlich beendet sein, und dann ein beträchtlicher Ueberschuß in die Schatzkammer zurückfließen werde.

Der unermüdliche Mr. Robinson hatte auf den 11. des Monats einen Antrag auf Vorlegung einer Rechnung über die seit der Thronbesteigung Leopold's aus dessen Pension an den Staat zurückgezahlten Summen angekündigt. Vergeblich versuchten die Minister ihn unter der Hand durch Mittheilung der in Stockmar's Brief an den Schatzkanzler enthaltenen Thatsachen zur Zurücknahme seines Antrags zu bewegen. Er brachte denselben am 11. Februar vor. In seiner zu dessen Begründung gehaltenen Rede kommen folgende bemerkenswerthe Stellen vor. Es sei seine entschiedene Ueberzeugung, daß König Leopold, wenn er ein Ehrenmann sei, das Jahrgeld nicht länger empfangen könne. Es sei monströs zu behaupten, daß Leopold seine 50,000 jährlich behalten könne, nachdem er aufgehört englischer Unterthan zu sein, und Souverän eines unabhängigen Staats geworden.

Ueber die vom König an das Aufgeben seines Jahrgeldes ge-

knüpften Vorbehalte wegen Zahlung gewisser Pensionen an seine bisherigen Diener, Instandhaltung von Claremont u. s. w. bemerkte Mr. Robinson: der König hätte ja seine Diener nach Belgien mitnehmen, und sie dort versorgen können, und was heiße Instandhaltung? Unter dieser Firma könne man die ganze Pension aufzehren. Die Angabe, daß der Prinz Schulden über den Jahresbetrag seiner Pension hinaus gemacht habe, müsse in Erstaunen setzen; denn er gelte allgemein für sehr sparsam. Nachdem Mr. Hall den Antrag unterstützt, erhob sich der Schatzkanzler Lord Althorp. Er verlas die an ihn gerichteten Mittheilungen Stockmar's vom 2. Februar, erklärte die Gerüchte, daß ein Theil der Pension für Privatzwecke des Königs und Bezahlung von dessen Dienerschaft in's Ausland gegangen sei, für unbegründet, zeigte sich übrigens in der Abwehr der gegen den König gerichteten Angriffe sehr lässig, matt und oberflächlich. Anstatt zu sagen: der Prinz hat ein unbestreitbares Recht auf seine Pension, sie kann ihm ohne einen flagranten Rechtsbruch nicht genommen werden, sein Verzicht darauf ist eine reine Handlung der Großmuth, und es ist folglich unanständig und kleinlich, die Art wie er denselben ausführt, und die Bedingungen, die er daran knüpft, zu bemängeln — anstatt dies zu sagen, äußerte er fast im Ton der Bitte, er könne sich nicht denken, daß das Haus dem Prinzen die Mittel entziehen werde, den in seinem Briefe an Lord Grey bezeichneten Zwecken zu genügen. Dem Schatzkanzler folgte der bekannte Demagog Cobblett. Er bemerkte unter Hinweisung auf den Steuerdruck, die Zahlung der Pension sei fortan weder dem Recht noch der Billigkeit nach begründet. Man müsse sie gänzlich aufheben. — Ihm stimmte der radicale Oberst Evans bei, und dessen Gesinnungsgenosse Sir Samuel Whalley, ein Irrenarzt, beantragte im Wege des Amendements die Niedersetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Verwendung des Jahrgeldes, auf welches der König verzichtet habe. Auch er sprach seine Verwunderung aus, woher die großen Schulden kämen? denn der Prinz sei ja, wie die Schotten sich aus-

drückten, stets ein „vorsichtiger" (prudent) Mann gewesen. Der Sprecher erklärte das Amendement für unzulässig.

Nachdem hierauf Mr. Hume seinen Zweifel, ob der König als Nichtunterthan zum Fortbezug der Pension berechtigt sei, und seine Meinung ausgesprochen, daß das Haus die ganze Frage der Pension nochmals in Erwägung ziehen müsse, und von der andern Seite Lord John Russell es für unanständig erklärt, den König wegen der an seinen Verzicht geknüpften Vorbehalte zu chicaniren, fragte der Antragsteller Mr. Robinson, wohin denn die 135,000 Lstrl. gekommen seien, die noch seit des Königs Thronbesteigung als Pensionszahlung entrichtet worden, jener möge das Geld wohl in die Tasche gesteckt haben; — und schließlich wurde der Antrag, da Niemand ihm widersprach, angenommen.

Trotzdem war die Heftigkeit des Angriffs gebrochen. Zwar ließen die Radicalen noch nicht nach. Sir Samuel Whalley hatte bereits wieder einen selbständigen Antrag auf Niedersetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Verwendung der Annuity auf den 27. März angekündigt. Stockmar stellte dem Lord Grey vor, daß der König sich einer solchen Untersuchung unmöglich unterwerfen könne, und erlangte dem Minister die Zusage, daß die Regierung sich der Niedersetzung des Ausschusses entschieden widersetzen werde. Auf einen Brief, den er in gleichem Sinne an Lord Palmerston richtete, empfing er von demselben folgende charakteristische Antwort.

(Uebersetzung.)

9. März 1834.

Mein lieber Baron!

Ich habe mich bei Ihnen vielmals zu entschuldigen, daß ich Ihnen nicht früher den Empfang der Papiere anzeigte, die Sie mir vergangene Woche sandten, und für welche ich Ihnen sehr verbunden bin.

Die Sache scheint mir klar wie der Tag, und ohne die Allgewalt des Parlaments in Frage stellen zu wollen, welches bekanntlich alles vermag, außer Männer in Frauen oder umgekehrt zu verwandeln, so muß und werde ich behaupten, daß das Haus der Gemeinen nicht mehr Recht hat, sich um die Détails der Schulden und Verpflichtungen zu kümmern, welche der König der Belgier sich verbunden hält zu berichtigen, ehe er seine Zahlungen an die Schatzkammer macht, als es befugt ist, Sir Samuel Whalley zu fragen, wie er das Honorar verwendet hat, welches seine geisteskranken Patienten ihm zu bezahlen pflegten, ehe er die thörichten Wähler in die Cur nahm, welche ihn in das Parlament geschickt haben.

Es kann durchaus kein Zweifel sein, daß wir uns irgend einer solchen Untersuchung positiv widersetzen müssen, und ich müßte mich in meiner Schätzung des gegenwärtigen Hauses der Gemeinen sehr irren, wenn nicht eine große Majorität uns beistehen sollte, einen so unhaltbaren Vorschlag zu verwerfen.

Mein lieber Baron

aufrichtig der Ihrige

Palmerston.

In der That verlief Sir Samuel Whalley's Antrag im Sande. Da das Haus seine Vertagung zum 26. März beschloß, so verschob er ihn zunächst auf den 13. Mai. Ehe dieser herankam, hatte Stockmar bereits mehrere tausend Lstrl. als Ueberschuß nach Abzahlung der Schulden an die Staatskasse gezahlt. Als am 13. Mai der Antrag aufgerufen wurde, fiel er, da Sir Samuel Whalley nicht antwortete, zu Boden.

Das Curatorium trat noch in demselben Jahre auf Grund einer Urkunde des Königs vom 4. August in Wirksamkeit und hat

bis an dessen Lebensende jährlich 30,000 Lstrl. und mehr an den Staat zurückerstattet.

---

Der launige Brief lautet im Original:

9 March 1834.

My dear Baron!

I have many apologies to make to you for not having sooner acknowledged the receipt of the Papers you sent me last week, and for which I am much obliged to you. The case seems to me as clear as day, and, without meaning to question the omnipotence of Parliament, which, it is well known, can do any thing but turn Men into Women, or Women into Men, I must and shall assert that the House of Commons have no more right to inquire into the Details of those debts and engagements, which the King of the Belgians considers himself bound to satisfy before he begins to make his Payments into the Exchequer, than they have to ask Sir Samuel Whalley how he disposed of the fees which his mad Patients used to pay him, before he began to practise upon the foolish Constituents who have sent him to Parliament. There can be no doubt whatever that we must positively resist any such inquiry; and I am very much mistaken in my estimate of the present House of Commons, if a large Majority do not concur in scouting so untenable a Proposition.

My dear Baron

yours sincerely

Palmerston.

The Baron de Stockmar.

Dreizehntes Capitel.

## Der englische Ministerwechsel 1834.

---

Im Mai 1834 verließ Stockmar England. Er war seit längerer Zeit krank, und die angestrengte Geschäftsthätigkeit, die er trotzdem nicht unterbrach, hatte seinen Zustand verschlimmert. Er suchte Pflege und Ruhe in seiner Heimath. Zudem war er an den Schluß eines Lebensabschnittes angekommen. Seine frühere englische Thätigkeit war beendet. Das Königreich Belgien hatte seine großen Entstehungskrisen überstanden, und in Belgien selbst fand sich kein Platz für Stockmar. So trat denn für ihn, während der Jahre 1834 bis 36, eine längere Erholungspause ein, die er in Coburg zubrachte, bis das Schicksal ihn zu einem neuen Wirkungskreis berief. Unsere Mittheilungen aus seinen Papieren für diese Periode betreffen daher vorzugsweise Verhandlungen, zu denen er nicht persönlich in Beziehung stand.

### Relation Lord Palmerston's über den englischen Ministerwechsel, November 1834.

Nachdem Lord Grey am 8. Juli 1834 zurückgetreten war, wurde das Whigministerium unter Lord Melbourne neu gebildet,

aber schon unter dem 12. November vom König entlassen, welche zum Vorwand nahm, daß der Finanzminister Lord Althorp, der bisherige Führer des Unterhauses, durch den Tod seines Vaters, Lord Spencer, in's Oberhaus versetzt sei, und damit das Ministerium das erforderliche Gewicht im Hause der Gemeinen verloren habe. Eine Relation Lord Palmerston's giebt über diesen Vorgang nähere Auskunft.

(Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt.

15. November 1834.

Sobald der Tod Lord Spencer's bekannt war und Melbourne Zeit gehabt hatte sich mit einigen seiner Collegen über die durch die Versetzung Lord Althorp's ins Oberhaus nöthig gewordenen Maaßregeln zu berathen, so machte er dem König brieflich das Anerbieten, nach Brighton zu kommen, um mit Sr. Majestät persönlich über den Stand der Dinge zu conferiren, und verfügte sich dann, nach erhaltenem Befehle, vorgestern, Donnerstag, dahin. Er setzte dem König auseinander, daß, da im vergangenen Juli, wo er (Melbourne) das Ministerium übernahm, der persönliche Einfluß von Althorp im Hause der Gemeinen als eine Hauptstütze des Ministeriums betrachtet worden sei, er jetzt, bei dem Austreten Althorps aus dem Unterhause, es als seine Pflicht ansehe, den König zu fragen, ob es Sr. Majestät Wunsch sei, daß er (Melbourne) ihm neue Vorschläge wegen Besetzung des Ministeriums mache, oder ob Se. Majestät vorziehe, andere Personen zu Rathe zu ziehen. Er fügte hinzu, daß er den Dienst seines Königs nie verlassen würde, so lange derselbe der Meinung sei, daß er nützlich sein könne. Er halte sich versichert, daß uns das Haus der Gemeinen auch ferner seine Unterstützung leihen

werde, und er sei bereit, dem König der Sachlage entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Er hatte am Donnerstag vor dem Diner und wieder am Freitag früh, ehe er Brighton verließ, eine lange Unterredung mit dem König. Das Ergebniß war, daß der König die Vorschläge zu einem Ersatz für Althorp verwarf, und schriftlich seine Ueberzeugung aussprach, das Ministerium habe durch das Ausscheiden Althorp's aus dem Unterhause so viel an Gewicht und Ansehen sowohl im Hause der Gemeinen als im Lande verloren, daß es der Führung der Angelegenheiten des Volks nicht länger gewachsen sei; denn wir hätten keine Möglichkeit, durch unsere Stärke in den Lords unsere Schwäche im Hause der Gemeinen auszugleichen. Aus diesen Gründen, setzte der König hinzu, sei er entschlossen, Melbourne und seine Collegen nicht im Ministerium zu belassen, und er äußerte mündlich, daß er nach dem Herzog von Wellington senden werde. Melbourne kehrte hierauf gestern Abend nach London zurück, und ich vermuthe, daß der Herzog von Wellington heute in Brighton sein wird.

Das Ministerium hat also nicht abgedankt, sondern ist entlassen worden, und zwar entlassen, nicht weil es irgend eine sachliche Maaßregel vorgeschlagen, die der König gemißbilligt und auf der es trotzdem bestanden hätte, sondern weil man der Ansicht ist, daß es nicht stark genug im Hause der Gemeinen sei, — und es soll durch Männer ersetzt werden, die im Unterhause notorisch schwach und unbeliebt sind, so stark sie auch im Oberhause sein mögen.

Nach dem Gesagten liegt der Schluß nahe, daß das Ganze ein abgekartetes Spiel war, und man kann es deswegen für ausgemacht ansehen, daß der Herzog von Wellington bereit ist, die Aufgabe der Bildung eines Ministeriums sofort zu übernehmen. Peel ist im Auslande; aber es ist nicht wahrscheinlich, daß er abgereist ist, ohne sich vorher mit dem Herzog in einem oder dem andern Sinn darüber verständigt zu haben, was er thun würde, wenn eine Crisis wie die gegenwärtige einträte.

Ich beklage das Geschehene, denn ich sehe nichts als Unheil daraus hervorgehen, und alles blos zur Genugthuung für den Ehrgeiz des Herzogs von Wellington und die Vorurtheile und niedrigen Gesinnungen seiner Anhänger. Entweder wird nun das Parlament aufgelöst oder nicht. Wenn nicht, so wird die Opposition sehr giftig und mächtig sein, und die Regierung bald geschlagen werden; und in der Zwischenzeit werden die Whigs und die Radicalen durcheinander gemengt, und die Ersteren, durch Parteileidenschaft verführt, werden sich zu sehr mit den Letzteren identificiren. Ueberdies wird man immer eine Auflösung über unsern Häuptern schweben sehen, und die Leute werden im Hinblick auf die nächste Wahl heftige Reden halten und unbesonnene Verpflichtungen eingehen, um sich bei ihren Wählern einzuschmeicheln. Findet auf der andern Seite eine sofortige Auflösung statt, so wird die Wuth der sich bekämpfenden Parteien ohne Grenzen sein. Die Tories können vielleicht 50 oder 60 Stimmen gewinnen, wonach sie doch noch in der Minorität bleiben, und die Majorität wird aus Leuten bestehen, welche sich auf der Wahltribüne (Hustings) bis an den Hals für dreijährige Parlamente, geheime Abstimmung und allgemeines Wahlrecht verpflichtet haben; und wir werden dann in einem schönen Zustande sein, mit einem Hause der Gemeinen, das keinem Ministerium folgen wird, wenn dieses nicht Maaßregeln so übertriebener Art vorschlagen will.

Was die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so sind zum Glück die meisten Fragen, welche so lange geschwebt haben, fast beigelegt. Portugall ist sicher gestellt, Spanien ist dem Don Carlos entrückt, selbst wenn der Herzog ihn unterstützt, und Griechenland hat seine Grenze und seinen König. Belgien ist, Dank der Energie und Weisheit seines Königs, der blühendste Staat in Europa geworden, aber der Herzog kann vielleicht versuchen, es durch die Festsetzungen über die Schelde zu lähmen, und den Holländern hohe Zölle versprechen, um sie zur Unterzeichnung eines Vertrags zu bewegen. Wird Frank-

reich in diesem Falle fest bleiben und Belgien die Stange halten? Gewiß nicht, wenn Talleyrand irgend etwas in der Sache zu sagen hat; denn er ist ganz für Holland, haßt und verabscheut die Unabhängigkeit Belgiens, und würde es durch jedes in seiner Macht stehende Mittel verkrüppeln, bis er es dahin gebracht hätte, daß es so unfähig wäre, auf seinen eigenen Beinen zu stehen, wie er selbst ist.

---

## Vierzehntes Capitel.

### Denkschrift des Königs Wilhelm IV. von England über seine Politik, 1830 bis 34.

---

Der König Wilhelm der IV. von England, geb. 1765, gelangte am 26. Juni 1830, also bereits 65jährig, zum Thron. Er war ein wohlwollender, gutmüthiger Herr, von lebhaftem Temperament, weder durch Charakter noch durch Intelligenz bedeutend. Seine guten Eigenschaften wie seine Mängel wirkten dahin zusammen, ihn zu einem unglücklichen Politiker zu machen. Die Geisteskraft reichte nicht aus, schwierige Fragen richtig zu verstehen und zu beurtheilen, die Schwäche machte ihn unfähig, Entschlüsse festzuhalten, die Gutmüthigkeit den Eingebungen der ihm nahe Stehenden, namentlich seiner Gemahlin und der Fitz Clarences, seiner Kinder aus der Verbindung mit Mrs. Jordan, sehr zugänglich, sein lebhaftes Naturell verführte ihn zu unbesonnenen und compromettanten Ausbrüchen und Ergüssen. Dabei hielt er sich für einen Politiker und es fehlte ihm nicht an einer, freilich intermittirenden, Lust in die Dinge einzugreifen, einer Lust, welche denn jene Damen und die mit denselben in Verbindung stehenden Hochtories zu lenken und auszubeuten verstanden. Der oben abgedruckte Brief Lord Palmerston's hat uns bereits mit einem

der aus den bezeichneten Factoren hervorgegangenen Einfälle des Königs, der Entlassung des Ministeriums Melbourne im November 1834 bekannt gemacht. Das hierauf mit vieler Anstrengung gebildete Ministerium Wellington — Peel fristete eine mühselige Existenz bis zum nächsten April. Im Januar 1835 nun fand sich Wilhelm bewogen, eine ausführliche schriftliche Darlegung, nicht nur seines Verfahrens in der letzten Crisis, sondern seiner ganzen innern und auswärtigen Politik seit seiner Thronbesteigung (of his general proceedings, wie er sich umfassend ausdrückt) an den Minister Sir R. Peel zu richten, der dieses Actenstück damals, wie es scheint, nur dem Herzog von Wellington mitgetheilt hat. Es ist in England kaum bekannt, geschweige denn veröffentlicht. Wir geben dasselbe nachstehend in deutscher Uebersetzung mit den nöthigen erläuternden Anmerkungen. Sind auch König Wilhelm's Auffassungen an sich von nicht besonderer Bedeutung, so ist doch seine Denkschrift durch die darin enthaltenen Thatsachen und durch den Einblick von Werth, den sie in das Getriebe der constitutionellen Regierung gewährt. Unsre Uebersetzung muß im Interesse des deutschen Lesers eine ganz freie sein. Denn König Wilhelm's Styl fröhnt im Uebermaaße dem, was man in England parliamentary circumlocution nennt, wonach statt des directen einfachen Ausdrucks stets eine pausbackige Umschreibung gewählt wird, was denn zu unerträglicher Weitschweifigkeit und Schwerfälligkeit führt und den Continentalen zur Verzweiflung bringt. Dieser wird es uns danken, wenn wir den König, um ein Beispiel anzuführen, sagen lassen: er habe nach seiner Thronbesteigung beschlossen, das Ministerium seines verstorbenen Bruders beizubehalten — anstatt im engen Anschluß an das Original zu übersetzen: „er habe beschlossen in der Verwaltung der Angelegenheiten des Landes Diejenigen zu erhalten, welche die vertrauten Diener seines verstorbenen Bruders gewesen waren.“ Immerhin leidet die Denkschrift des Königs auch so noch an Phrasenhaftigkeit und ermüdenden Wiederholungen.

Denkschrift des Königs Wilhelm IV. von England vom 14. Januar 1835, über die Grundsätze, von denen er in seiner Politik von seiner Thronbesteigung 1830 bis zu dem Ministerwechsel 1834 geleitet worden.

Da der jüngste Ministerwechsel nothwendig in beiden Häusern des Parlaments zu Erörterungen führen muß, worin unfehlbar auf das Verhalten des Königs zu solchen Zeitpunkten Bezug genommen werden wird, wo er mehr oder weniger auf seinen eigenen Rath und sein eigenes Urtheil angewiesen war, so glaubt Se. Majestät, es werde für Sir Robert Peel und seine Collegen nützlich sein, von ihm selbst eine Auseinandersetzung seiner Politik im Allgemeinen, und der Grundsätze, von denen er geleitet wurde, zu empfangen, eine Auseinandersetzung, welche die Hauptzüge jener Politik von der Zeit der Thronbesteigung im Juni 1830 bis zu dem neulichen Ministerwechsel umfassen soll, auf welchen letzteren jedoch allein ausführlich eingegangen wird.

Als der König den Thron bestieg, beschloß er ohne Bedenken das Ministerium seines verstorbenen Bruders beizubehalten, ein Ministerium, dessen politische Grundsätze und Maaßregeln mit denen seines verstorbenen Vaters, so weit es die gebotene Rücksicht auf die öffentliche Meinung und die Erhaltung des innern Friedens gestattete, fortdauernd im Einklang geblieben waren (das Ministerium Wellington).

Dem so beschaffenen Ministerium gab der König seine volle und beständige Unterstützung, und während der kurzen Zeit seines ferneren Bestehens hat Se. Majestät demselben durch keine Handlung oder Forderung irgend eine Schwierigkeit oder Verlegenheit bereitet.

Im November desselben Jahres 1830 brachte Sir Henry Parnell einen Antrag*) ein, dem sich die Regierung, als einem Angriff gegen die Prärogative der Krone, widersetzte. Er erhielt aber nichtsdesto-

*) Der Antrag ging dahin, die Voranschläge für die Ausgaben der Civilliste einem Ausschuß zu überweisen.

weniger die Unterstützung einer beträchtlichen Anzahl von Mitgliedern des Unterhauses, welche der Regierung in Folge ihrer Concessionen gegen die Katholiken feindselig geworden waren, der sogenannten Ultratories. Die Folge ihrer Vereinigung mit der Opposition, die dadurch in einer so wichtigen Frage die Majorität im Unterhause erlangte, war die sofortige Abdankung des Herzogs von Wellington und seiner Collegen. Nach der einstimmigen Meinung Aller hatte Se. Majestät keine andere Wahl, als behufs der Bildung eines Ministeriums die Oppositionspartei anzugehen. Auch der Rath seines Lord Canzlers ging dahin, daß er sich an Earl Grey wenden möge. Diesem Rathe gemäß berief Se. Majestät Lord Grey, der sich bereit erklärte, das ihm angetragene Vertrauensamt auf das klare gegenseitige Einverständniß hin zu übernehmen, daß es ihm freistehe, sofort die von ihm und seiner Partei so lange angestrebte und verfochtene Maaßregel einer ausgedehnten Parlamentsreform vorzubringen, und daß er bei deren Betrieb und Ausführung Seitens des Königs Förderung und Beistand erhalten solle. Diese Bedingung war vom König und dessen früheren Rathgebern vorgesehen worden, und er konnte nichts gegen die Einbringung einer Maaßregel einwenden, zu der Lord Grey als politischer Charakter durch seine Antecedentien verpflichtet war.

Earl Grey und seine Collegen entwarfen unverzüglich die Reformbills, und Se. Majestät genehmigte deren Einbringung nach einigen brieflichen Verhandlungen, in deren Natur es unnütz ist hier einzugehen, da dieselben im Mai 1832 dem Herzog von Wellington und Lord Lyndhurst vorgelegt wurden. Das Haus der Gemeinen nahm den Gesetzentwurf nach einigen Debatten mit einer Majorität von nur 8 Stimmen*) an, und Earl Grey und die übrigen Minister

*) Hier scheint ein Gedächtnißfehler des Königs vorzuliegen. Am 19. April 1831 blieben die Minister bei den Verhandlungen über die Reformbill in einer Minorität von 8 Stimmen. Hansard III. 1688.

ertheilten in Folge dessen Sr. Majestät den Rath, das Parlament aufzulösen.

Der König weiß, daß man bemerkt hat, er habe unüberlegt die zu diesem Zeitpunkte ihm gebotene Gelegenheit vorbeigelassen, sich durch Verweigerung der Parlamentsauflösung von einer Partei zu emancipiren, welche übertriebene und gefährliche Reformmaaßregeln vorgebracht hatte und betrieb; und er läugnet nicht, daß jene Weigerung mit der Entlassung des Grafen Grey und seiner Collegen gleich bedeutend gewesen wäre. Aber angenommen, dieses Verfahren wäre mit Rücksicht auf den Frieden und die Ruhe des Landes, in dem der Ruf nach Reform so allgemein war, zulässig gewesen, so war doch der König damals überzeugt und ist es noch, daß er jenen Weg nicht hätte einschlagen können, ohne seinen eigenen Charakter als Souverän und Gentleman in der Meinung der Menschen ernstlich zu beschädigen. Er würde sich nämlich dadurch dem gerechten Vorwurf ausgesetzt haben, daß obschon er im Augenblick der Verlegenheit die Hülfe und Dienste Lord Grey's in Anspruch nahm und diese unter der Bedingung erlangt, die Einbringung der Reformbill zu genehmigen und deren Durchsetzung zu unterstützen, er dennoch nicht Bedenken getragen, den Minister in der Stunde der Prüfung im Stiche zu lassen und zu opfern, als die Zeit gekommen war, wo es sich ausweisen sollte, ob der König das Uebereinkommen in der ehrlichen Absicht es zu halten geschlossen habe. Es ist wohl möglich, daß die Entlassung des Ministeriums zu jener Zeit und die daraus hervorgehende Beseitigung der damals eingebrachten Reformbill, die Vorlegung weniger bedenklicher Maaßregeln zur Folge gehabt hätte, aber Se. Majestät bezweifelt sehr, ob das Land damals in einer Stimmung war, welche den Nachfolgern Lord Grey's gestattet hätte, sich lange genug zu behaupten, um irgend eine große Maaßregel durchzusetzen, und ob irgend ein anderer als der von Sr. Majestät eingeschlagene Weg nicht zu rasch auf einander folgenden Ministerwechseln und zur völligen Zerstörung des Vertrauens in die loyale und

ehrenhafte Handlungsweise des Souveräns geführt haben würde, welches nach Sr. Majestät Meinung die beste Schutzwache der Monarchie bildet und bilden muß.

Ob also der Entschluß des Königs politisch richtig oder falsch gewesen sein mag, er gründete sich auf ein Princip, von dessen Richtigkeit Se. Majestät durchdrungen ist. Hätte der König nicht nach diesem gehandelt, so hätte er vorkommenden Falls auch nicht mit derselben Zuversicht die Hülfe und den Beistand einer andern Partei erwarten dürfen, wenn er in die Lage kam sich an dieselbe zu wenden.

Die Discussion über die Reformbill wurde in dem neuen Parlament wieder aufgenommen. Für die gegenwärtige Denkschrift hat deren Verlauf bis zu dem Augenblicke kein Interesse, wo die Befürchtung einer Niederlage im Oberhause den Earl Grey, auf das Andringen einiger von seinen Collegen und schließlich mit der Zustimmung aller, vermochte, dem König eine Vermehrung der Pairie vorzuschlagen. Zu dieser, in der ursprünglich vorgeschlagenen Begründung, gab der König nach vielem Zweifeln und Bedenken seine Einwilligung. Um jedoch einem so unliebsamen Auswege sowohl, als der ebenfalls ernsthaft zu besorgenden Gefahr einer Collision zwischen den beiden Häusern zu entgehen, gestattete und begünstigte Se. Majestät vertrauliche Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung eines Compromisses und von Modificationen gewisser Clauseln der Gesetzentwürfe, wodurch dieselben der Majorität ihrer Gegner im Oberhause schmackhafter werden möchten. Diese Verhandlungen schlugen fehl, und nachdem ihr Fehlschlagen die Wirkung gehabt, die Heftigkeit der Opposition eher zu steigern als zu verringern, machten Lord Grey und seine Collegen dem König einen neuen Vorschlag zur Vermehrung der Pairie, welcher demselben so maaßlos, für den Charakter des Oberhauses so nachtheilig, für die Aristokratie so entwürdigend schien, daß er sich weigerte, denselben zu genehmigen.

Die Folge war natürlich die Abdankung des Earl Grey und

seiner Collegen im Mai 1832. Der König berief Lord Lyndhurst, seinen gewesenen Lord Canzler, und ersuchte ihn, sich mit dem Herzog von Wellington und Anderen, die geneigt sein möchten, dem Könige zu Hülfe zu kommen und die Bildung eines Ministeriums zu versuchen, in Verbindung zu setzen.

Der Herzog entsprach dem Vertrauen des Königs in der edelsten Weise, aber, nach einigen fruchtlosen Versuchen, erklärten er und Lord Lyndhurst Sr. Majestät, daß ihre Bemühungen keine Aussicht auf Erfolg hätten, und riethen dem König, auf Earl Grey zurückzugreifen, und ein möglichst günstiges Abkommen mit demselben in Beziehung auf die Frage der Pairie zu schließen, wenn er sich bereit fände, das Ministerium wieder zu übernehmen.

Zum Glück war die Zwischenzeit eine nur kurze gewesen, und es war nichts geschehen was persönliche Gereiztheit veranlassen konnte. Es wurde Sr. Majestät dem Könige nicht schwer, Lord Grey zum Wiedereintritte zu bewegen, und er muß diesem Edelmanne die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er weder damals noch zu irgend einer spätern Zeit die geringste Neigung gezeigt hat, die mißliche Lage auszubeuten, in welche sich der König ihm und seiner Partei gegenüber durch den fruchtlosen Versuch versetzt hatte, das Ministerium zu wechseln und dessen Reformbill zu vereiteln.

Aber die natürliche und unvermeidliche Folge dieser Rückkehr Lord Grey's war, daß der König seinen Widerstand gegen die vorgeschlagene Vermehrung der Pairie aufgeben mußte; vorausgesetzt, daß diese Maaßregel nicht dadurch zu umgehen war, daß sich die Gegner der Reformbill bewegen ließen, sich des Widerspruchs gegen diese zu enthalten. Durch die Erfahrung von der Vergeblichkeit des Versuchs ein Toryministerium zu bilden überzeugt, voll Besorgniß vor einer Collision zwischen den beiden Häusern, wenn die Lords in ihrem Widerstande beharren sollten, und eifrig bestrebt, wie er immer gewesen, das, was er für eine Erniedrigung jenes Hauses hielt, zu

verhindern, that der König Schritte*), um dasselbe zum Aufgeben seiner Opposition zu bewegen. Sie hatten den gewünschten Erfolg, obgleich Viele, die die Schwierigkeiten der Lage nicht gehörig würdigten, die Angemessenheit Sr. Majestät bei dieser Gelegenheit bezweifeln**).

Es ist dem König nicht unbekannt, daß man sein Auftreten bei einer andern, spätern Gelegenheit ebenfalls getadelt hat. Er hat dabei den Brief im Sinne, welchen er an den Erzbischof von Canterbury richtete, um von der Haltung abzumahnen, welche die geistlichen Mitglieder des Hauses der Lords angenommen, und sie zu bewegen, daß sie sich einer so hervorragenden und warmen Theilnahme an der allgemeinen Discussion enthalten möchten, um nicht die Abneigung und die Vorurtheile zu steigern, die bereits gegen sie erregt waren.

Der König läugnet nicht, daß, indem er den unbesonnenen Eifer einiger der hohen kirchlichen Würdenträger zu mäßigen strebte, er sich und seine Regierung von Schwierigkeiten zu befreien suchte, aber er glaubte gegründeten Anspruch auf Anerkennung des angelegentlichen Wunsches zu haben, den er hegte, jene achtbaren Männer vor den

*) Der König ließ nämlich seinen Privatsecretair Sir Herbert Taylor an eine Anzahl der Torypärs folgendes Circularschreiben richten:

St. James' Palace, 17. Mai 1832.

Mein lieber Lord!

Seine Majestät hat mich mit dem Befehl beehrt Sie zu benachrichtigen, daß alle Schwierigkeiten für den Fortgang der in der Verhandlung begriffenen Bills (to the arrangements in progress) zu heben sind, wenn heute Abend eine genügende Anzahl von Pärs im Hause erklären, sie hätten in Folge der gegenwärtigen Lage der Dinge, sich entschlossen, auf weiteren Widerstand gegen die Reformbill zu verzichten, so daß diese dann ohne Verzug und wo möglich in ihrer gegenwärtigen Gestalt durchgehen kann. Ich habe die Ehre u. s. w.

Herbert Taylor.

Dieser Brief hatte die Wirkung, daß etwa 100 Pärs der Opposition von den ferneren Verhandlungen wegblieben.

**) Vergleiche May Const. Hist. I. pag. 119. 120.

sich steigernden Wirkungen der Feindseligkeit und des Volksgeschreis zu schützen, deren Gegenstand sie zu einer Zeit geworden waren, wo die Staatskirche von Eingriffen bedroht war und wo es ihm selbst wünschenswerth erschien, nicht nur Widerstand zu leisten, sondern auch zu versöhnen.

Der König wendet sich zu dem im letzten Mai*) erfolgten Austritt der Herrn Stanley, Herzog von Richmond, Lord Ripon und Sir James Graham aus dem Ministerium, wodurch dessen Kraft und innerer Halt so sehr erschüttert wurden, daß Lord Grey bereitwillig abgedankt haben würde, wenn Se. Majestät die Gelegenheit zur Auflösung des Ministeriums zu benutzen gewünscht hätte. Aber nach dem früheren Mißlingen empfand der König natürlich die Nothwendigkeit außerordentlicher Vorsicht. Er fühlte auch, daß Lord Grey und einige seiner Collegen sich durch ihr damaliges und seitheriges Benehmen gegen ihn starke Ansprüche auf seine Achtung, sein Vertrauen und seine Dankbarkeit erworben hatten und er drang daher mit voller Aufrichtigkeit in Lord Grey, seinen Posten zu behalten und Anstalt zur Ausfüllung der eingetretenen Lücken zu machen.

Es folgten Ereignisse, welche die Abdankung Lord Grey's herbeiführten.**) Der König braucht nicht dabei zu verweilen, da sie dem Publikum bekannt sind und Se. Majestät nichts dazu gethan sie herbeizuführen, noch sie zu verhindern im Stande war.

Es kam dem König der Gedanke, daß die Lage der Dinge sich benutzen lasse, um die Fusion der Parteien im conservativen Sinn zu versuchen und er machte diese zum Gegenstand von Mittheilungen

*) Am 27. Mai 1834 wurde im Unterhause von Mr. Ward eine Resolution zu Gunsten der Reduction der Temporalien der Irischen Staatskirche vorgeschlagen. Dies hatte den Rücktritt der im Text genannten vier Minister zur Folge. Hansard Vol. XXIII. p. 1396.

**) Juli 1834.

an Lord Melbourne und durch ihn an den Herzog von Wellington, Sir Robert Peel und Mr. Stanley*).

Der Erfolg zeigte, daß Se. Majestät sich in seinen Erwartungen getäuscht hatte und langgenährte Hoffnungen zeigten sich eitel. Es war dem König bekannt, daß man von einigen Seiten der Meinung war, es hätte sich jene Gelegenheit zu einem Ministerwechsel benutzen lassen, aber er konnte sich nicht überzeugen, daß ein solcher damals hinreichende Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, um das Wagniß zu rechtfertigen und ihn selbst gegen die Folgen eines Mißlingens zu sichern. Nach reiflicher Erwägung aller Eventualitäten beschloß er den Viscount Melbourne mit der Neugestaltung des Ministeriums zu betrauen.

Da die ganze bei dieser Gelegenheit im vergangenen Juli gewechselte Correspondenz in den Händen Sir Robert Peel's ist, so braucht der König nicht in Einzelnheiten einzugehen. Er kann jedoch nicht umhin, Sir Robert Peel's Aufmerksamkeit und die derjenigen seiner Collegen, denen er diese Denkschrift etwa mittheilen mag, auf die unverholene Art zu lenken, in der er in seinem Memorandum vom Juli dem Lord Melbourne seine Gründe für die Beibehaltung des Ministeriums, sowie seine Vorliebe für conservative Maaßregeln und für Diejenigen darlegt, die sie vertreten und ihn gegen weitere Uebergriffe und gegen die Berufung solcher Persönlichkeiten in seinen Rath schützten, zu deren Grundsätzen er nicht dasselbe Vertrauen hegen könne, wie zu denen von Lord Melbourne und einigen seiner erprobten Collegen.

Sir Robert Peel wird in diesen Schriftstücken und in einem

---

*) Diese Correspondenz über die vom König angestrebte Fusion zwischen Whigs und Tories ist in Peel's Memoirs Vol. II. pag. 1--13 abgedruckt. Wir besitzen in Stockmar's Papieren noch ein anderes ungedrucktes Memoire des Königs über denselben Gegenstand, aus der Zeit des zweiten Ministeriums von Lord Melbourne (2. April 1835—41), durch welches also das Beharren des Königs bei seinem damals offenbar verfrühten, heute zeitgemäßen Gedanken belegt ist. Wir theilen diese Denkschrift nicht mit, weil sie sachlich dem in Peel's Memoiren Abgedruckten nichts Neues hinzufügen würde.

späteren Briefe Beweise von der consequenten Denk- und Handlungsweise Sr. Majestät in Bezug auf die Aufrechthaltung der Staatskirche und der alten Institutionen des Landes finden. Er wird bemerken, mit welcher Entschiedenheit der König, als er die Ordre über Einsetzung der Commission zur Untersuchung des Zustandes der Irischen Kirche unterzeichnete*), den Standpunkt behauptete, daß er sich in Beziehung auf die Ergebnisse der Commission zu nichts im Voraus verpflichtet habe. Der König könnte, wo nöthig, durch seine Correspondenz von den letzten vier Jahren beweisen, daß er jeden irgendwie den constitutionellen Rechten der Krone oder der Aristokratie gefährlichen Vorschlag sorgfältig überwacht und geprüft hat.

Es war natürlich, daß des Königs ernste und wachsame Aufmerksamkeit auf alle diese Punkte während des Fortgangs von Maaßregeln gerichtet war, die von einer angeblich volksthümlichen Regierung herrührten, und er kann sich nicht vorwerfen, einen so wesentlichen Theil seiner Pflicht vernachlässigt zu haben, hat vielmehr, so weit die Umstände es gestatteten, es an Gegenvorstellungen und Einwendungen nicht fehlen lassen.

Er ist sich diese Gerechtigkeit selbst schuldig; — aber er ist auch dem Earl Grey, Biscount Melbourne und einigen ihrer Collegen schuldig auszusprechen, daß er sie stets geneigt fand, ihm Entgegenkommen und Unterstützung in jenem Sinne zu gewähren, und obgleich sie den Irrthum begangen haben, eine zu weit gehende Parlamentsreform vorzuschlagen, so ist er gewißlich überzeugt, daß sie im Laufe ihrer Amtsdauer selbst zur Einsicht ihres Irrthums gelangt und ernstlich bemüht gewesen sind, Denjenigen Einhalt zu thun, die auf einer Bahn beharrten, deren destructive Tendenz sie nicht in gleicher Weise erkannt hatten.

---

*) Um dem obenerwähnten Antrage von Ward auf Reduction der Dotation der Irischen Staatskirche auszuweichen, beschloß die Regierung die Niedersetzung einer aus Laien zu bildenden Specialcommission zur Untersuchung des Zustandes der Irischen Kirche. Hansard XXIV. 13.

Es fiel nichts Erhebliches vor, bis Se. Majestät von Lord Melbourne die Kunde von dem bedenklichen Gesundheitszustand des verstorbenen Earl Spencer empfing.

Die sich daran knüpfende Correspondenz bis zum 14. November einschließlich ist ebenfalls in Sir Robert Peel's Händen, und wird zeigen, daß Lord Melbourne sofort die Besorgniß vor der Schwierigkeit und Verlegenheit aussprach, welche für die Regierung aus dem Tod des Earl Spencer und der Versetzung Lord Althorp's *) in das Oberhaus entstehen würde, sowie daß Se. Majestät dieses so entschieden ausgesprochene Gefühl theilte.

Des Königs erster Gedanke war, daß Lord Melbourne (der ebensowohl als Lord Grey nach dem Austritt von Mr. Stanley der Wirksamkeit Lord Althorp's im Hause der Gemeinen die größte Wichtigkeit beigelegt hatte), seine Entlassung nehmen würde, sobald das fragliche Ereigniß einträte. Aber Lord Melbourne äußerte in seinem nächsten Briefe (soweit der König sich erinnert, denn er hat keine Abschriften behalten) die Hoffnung, daß Lord Althorp sich werde bewegen lassen, auch als Mitglied des Oberhauses im Ministerium zu bleiben. Der König traute sich in seiner Antwort nicht dahin auszusprechen, daß damit die Neubildung des Ministeriums erleichtert werden würde.

Se. Majestät hielt es für unmöglich, daß Lord Melbourne in dieser Hinsicht irgend einen befriedigenden Vorschlag machen könne. Und als der Lord seine Absicht meldete, nach Brighton zu kommen, so war der König überzeugt, daß er komme um seine Entlassung einzureichen, und hatte sich entschlossen dieselbe anzunehmen.

Lord Melbourne kam am 13. November zum König, und ihre Unterredung war freimüthig, rückhalts- und leidenschaftlos. Der einzige Vorschlag, den der Lord vorzulegen im Stande war, und zwar, wie er angab, mit der Zustimmung und nach dem Rathe aller seiner

*) Seines Sohnes, der nun Earl Spencer wurde.

Collegen, sowie der competentesten Beurtheiler der Stimmung des Hauses der Gemeinen, war, daß Lord John Russell Lord Althorp's Nachfolger, Führer des Unterhauses sein sollte. Der König erhob starke Einwendungen gegen Lord John Russell. Er sprach unverhohlen seine Ansicht aus, daß Jener nicht die Fähigkeiten und den Einfluß besitze, die für die fragliche Aufgabe erforderlich, und bemerkte, daß er eine jämmerliche Figur spielen würde, wenn er Sir Robert Peel und Mr. Stanley gegenüberstehe.

Lord Melbourne meinte, daß der König zu viel Gewicht auf das Erforderniß der Beredtsamkeit und Schlagfertigkeit in der Debatte lege, da Lord Althorp diese Vorzüge auch nicht besessen habe, während er doch einen außerordentlichen Einfluß in dem Hause der Gemeinen geübt. Er wolle nicht behaupten, daß Lord John Russell oder irgend ein anderes Mitglied des Ministeriums in dieser Beziehung Lord Althorp vollkommen zu ersetzen vermöge, aber er könne nicht zugeben, daß Grund zu der Befürchtung vorliege, die Geschäftsführung der Regierung werde deswegen keine befriedigende sein.

Der König erklärte sich ebenso stark, wenn nicht stärker, gegen die Ernennung von Mr. Abercromby*), dessen Name wie es scheint, dem Lord Melbourne, sowie der des Sir John Hobhouse vorgeschlagen worden war. Lord Melbourne hielt, wie es schien, keine von beiden Wahlen für empfehlenswerth, ebensowenig wie die des Mr. Spring Rice, dessen Namen der König, wie er äußerte, vorgeschlagen zu sehen erwartet hatte.

Lord Melbourne beharrte also dabei, vorzugsweise auf die Ernennung von Lord John Russell zu dringen. Aber der König hatte noch weitere Einwendungen.

Lord John Russell hatte, seiner Meinung nach, bindende Erklärungen in Bezug auf gewisse, die Kirche beeinträchtigende Maaßregeln abgegeben, denen Widerstand zu leisten des Königs ausge-

*) Mr. Abercromby, der spätere Sprecher des Hauses der Gemeinen, 1839 zum Lord Dunfermline erhoben.

sprochener Entschluß war, und Lord Melbourne konnte nicht läugnen, das Lord John Russell so wie andere seiner Collegen jenes in's Besondere hinsichts der Resultate der Untersuchungscommission für die irische Kirche gethan hatten. Der König verhehlte nicht seine Besorgniß, daß, wenn jene Frage auf die Tagesordnung käme, sein Widerstand gegen die zu erwartende Vorlage eine ernste Differenz zwischen ihm und seiner Regierung hervorrufen würde, und bemerkte, daß diese seine Besorgniß durch Mittheilungen des Lord Duncannon vermehrt worden, der vor seiner Reise nach Irland und bei seiner Rückkehr die Nichtbesetzung von geistlichen Stellen ohne wirkliche Seelsorge*) als zweckmäßig vorgeschlagen, und die Befürchtungen des Königs in Bezug auf die beabsichtigten Angriffe gegen die Integrität und Verfassung der Staatskirche gesteigert habe.

Auch verbarg der König Lord Melbourne nicht, daß das unverständige und maaßlose Benehmen des Lord Brougham dazu beigetragen habe, sein Vertrauen in das voraussichtliche Verfahren eines Cabinets zu erschüttern, in dem er eine so hervorragende und thätige Rolle spielte.

Lord Melbourne schien nicht überrascht, daß der König starke Befürchtungen in Betreff der Maaßregeln hegte, die in Folge der von Lord John Russell und einigen seiner Collegen eingegangenen Verpflichtungen vorgeschlagen werden möchten. Er bemerkte jedoch, daß hinsichts dieser Maaßregeln und der Resultate der Untersuchungscommission Se. Majestät sich zu nichts verpflichtet habe, und demnach die volle Freiheit haben würde, ihre Zustimmung irgend einem Vorschlage zu versagen. Er fügte hinzu, daß er, Lord Melbourne, sich auch weder direct noch indirect gebunden habe.

Lord Melbourne räumte ein, daß ein paar seiner Collegen in der Kirchenfrage sehr entschieden conservative Ansichten hegten, wonach sie vielleicht in ihrem Widerstande gegen die fraglichen Maaß-

---

*) In Irland gab es verschiedene geistliche Beneficien ohne cura animarum.

regeln so weit gehen würden als Se. Majestät selbst, und Se. Majestät glaubt, daß er als solche Lord Lansdowne und Mr. Spring Rice nannte, und deren Rücktritt in Aussicht stellte, wenn die angeblich von Lord John Russell und einigen seiner Collegen beabsichtigten Maaßregeln eingebracht würden. Der König kann jedoch Lord Melbourne hierin mißverstanden haben. Wie dem auch sei, Lord Lansdowne hatte zur Zeit des Rücktritts von Mr. Stanley und seinen Genossen dem Könige ausdrücklich erklärt, daß er ihre Ansichten über die Kirchenfrage auf das Entschiedenste theile, und daß allein die inständigen Bitten Lord Grey's und dessen Erklärung, wenn Lansdowne zurücktrete, werde er auch abdanken, ihn vermocht hätte im Ministerium zu bleiben.

Aber Lord Melbourne sprach ebensowenig bei dieser Gelegenheit, als er es früher gethan, davon, daß im Cabinet Meinungsverschiedenheiten beständen, die dessen Auflösung noch vor dem Zusammentritte des Parlaments bewirken könnten, noch äußerte er einen Zweifel, daß er im Stande sein werde, die Regierung mit Hülfe der gegenwärtigen resp. der neu zu ernennenden Minister fortzuführen.

Der König bemerkte dem Lord Melbourne, daß Lord Grey ihm immer den Austritt Lord Althorp's aus dem Unterhause nach dem Verluste Mr. Stanley's als einen genügenden Grund für die Auflösung des Ministeriums dargestellt, und daß Lord Melbourne selbst, als er an die Stelle Lord Grey's trat, das gleiche Gewicht auf die Beibehaltung von Lord Althorp im Unterhause gelegt habe. Die Anhänger der Regierung hätten sich durch ihre Adresse an Lord Althorp unzweideutig in demselben Sinne ausgesprochen.

Der König verstehe demnach nicht, wie die von Lord Spencer's Tod befürchtete Schwierigkeit nun, da sie eingetreten, nicht mehr eine solche sein solle. Nach den früheren Erklärungen der Minister, wie nach seinem eignen Urtheile über die Kräfte der Regierung im Unterhause müsse er der Meinung sein, daß das Ministerium die Geschäfte nicht mehr befriedigend zu führen vermöge, oder daß es wenigstens

von der Unterstützung solcher Männer abhängig sein würde, deren Ansichten, namentlich in Bezug auf die Kirche, im Widerspruch mit den seinen ständen und eventuell nach dem Zusammentritte des Parlaments zu einer ernsten Differenz mit ihm führen müßten. Er habe das höchste Zutrauen zu Lord Melbourne und einigen seiner Collegen und halte sie für conservativ nach ihren Principien und Absichten und den Plänen, die er verwerfe, abhold. Aber er hege nicht das gleiche Vertrauen zu andern seiner Collegen, er fürchte deren Principien, und unter diesen Umständen könne er in der Beibehaltung beziehendlich Ergänzung des Ministeriums nur einen Aufschub der Krisis erkennen, worin er auch kein Heil zu finden vermöge, da das Ministerium sich nur aus den Reihen der Anhänger extremer Maaßregeln würde ergänzen können, wodurch die Krisis nur beschleunigt, nicht abgewendet würde.

Die Frage kam am 13. nicht zum Austrag, und man kam überein, daß Se. Majestät das von Lord Melbourne Vorgetragene reiflich erwägen, und ihn am folgenden Morgen wieder empfangen solle.

Der König erkannte die Offenheit und Rückhaltlosigkeit an, mit der Lord Melbourne den ganzen Gegenstand discutirt und die ihm gestellten Fragen beantwortet hatte, aber war nicht überzeugt worden, daß irgend eine Combination möglich sei, welche das Ministerium in den Stand setzen könnte, die Geschäfte befriedigend fortzuführen, oder welche dessen baldige Auflösung zu einem viel ungelegeneren und gefährlicheren Zeitpunkt als dem gegenwärtigen, verhindern könnte.

Unter diesen Umständen und in Betracht, daß durch die Verzögerung einer Entscheidung die Möglichkeit, das Parlament während seiner Vertagung aufzulösen, verloren gehen würde, entschloß sich Se. Majestät sofort, dem Lord Melbourne am folgenden Morgen sein Bedauern auszudrücken, daß die Umstände es ihm nicht möglich machten, die von dem Lord gemachten Vorschläge oder die Fortdauer eines in solcher Lage befindlichen Ministeriums zu genehmigen, und diese Mittheilung geschah schriftlich, um Mißverständnissen vorzu-

beugen und der Verlegenheit einer mündlichen Eröffnung so peinlicher Natur zu entgehen.

Der König sah Lord Melbourne wieder am folgenden Morgen (14. November) und stellte ihm das Schreiben zu, das hier wiederzugeben überflüssig ist, da Sir Robert Peel eine Abschrift davon besitzt.

Lord Melbourne schlug in der tactvollsten Weise und aus Gefühlen der Ergebenheit und Anhänglichkeit, denen Se. Majestät gern Gerechtigkeit widerfahren läßt, eine theilweise Modification des Schreibens vor, welche, ohne den Sinn zu ändern, alles entfernte, was irgend Jemand persönlich Anstoß geben konnte und es ganz deutlich machte, wie der ausgesprochene und ostensible Beweggrund des Königs in dessen Ueberzeugung lag, daß das Gewicht und Ansehen der Regierung im Unterhaus und im Lande zu sehr geschwächt sei, um jener die fernere gedeihliche Führung der öffentlichen Angelegenheiten zu ermöglichen.

Der König war damals überzeugt und ist es jetzt, nach sorgfältiger nochmaliger Prüfung alles Vorgefallenen, noch immer, daß der so angegebene Grund, der ohne Zweifel das Hauptgewicht auf seine Entscheidung ausübte, allen thatsächlichen Umständen des Falls völlig entsprach und nicht nur gerechtfertigt war, sondern ihm die Pflicht auferlegte, einen Entschluß zu fassen, mit dem, wie er nicht läugnet, sich die Besorgniß vor Gefahren und Schwierigkeiten verknüpfte.

Der König weiß, daß Manche der Meinung sind oder gewesen sind, er habe übereilt gehandelt, und wenn er Lord Melbourne's Vorschläge angenommen hätte, so würde das Ministerium bald nach der Eröffnung der Parlamentssession in Stücke gefallen sein und sich aufgelöst haben. Aber der König hätte nicht die Ernennung Lord John Russell's zum Schatzkanzler genehmigen können, ohne die Aufrichtigkeit seiner Erklärung in Frage zu stellen, daß er den extremen Maaßregeln Widerstand leisten werde, zu denen jener sich verpflichtet

hatte, und ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, daß er ihn und seine Collegen sowie das Land irregeführt, indem er anscheinend auf jenen Streitpunkt nachgegeben, während er im offenbaren Hinblick auf die eventuelle Auflösung des Ministeriums, die Lord Melbourne abzuwenden suchte, in dem Entschlusse des Widerstandes beharrte.

Der König hätte möglicherweise Lord Melbourne und dessen Collegen in eine noch schwierigere Lage versetzen können, indem er die Ernennung Lord John Russell's an eine von dessen Collegen einstimmig zu billigende Erklärung seiner An- und Absichten geknüpft hätte, oder er hätte seine Mißbilligung der Haltung von Lord Brougham zur Hauptbeschwerde machen, und dessen Entfernung aus dem Ministerium von Lord Melbourne verlangen können.

Aber der König hatte keinen Wunsch, Lord Melbourne Schwierigkeiten oder Verlegenheiten zu bereiten. Er zog es vor, dem Lord in derselben offenen und ehrlichen Weise zu begegnen, in welcher dieser sich stets geneigt gezeigt hatte, den König zu behandeln, und er ist überzeugt, daß er bei dieser Gelegenheit den seiner würdigen einfachen und geraden Weg eingeschlagen hat, welcher ihm den besten Anspruch auf das Vertrauen seiner Unterthanen im Allgemeinen und jetzt ins Besondere auf das Vertrauen derer*) giebt, die ihm neuerdings auf seinen Anruf ihre werthvolle Unterstützung und ihre Dienste in einer so schönen und freundlichen Weise gewährt haben. Er schmeichelt sich, daß er sich einen ferneren nicht unwesentlichen Anspruch auf ihr Vertrauen dadurch erworben hat, daß er während der ganzen Dauer der vorhergehenden Ministerien jeden Versuch direct oder indirect mit ihnen in Verbindung zu treten unterlassen hat, der den früheren Ministern den geringsten Anlaß zu Eifersucht oder Mißtrauen hätte geben können, obschon er doch zu Zeiten von ernsten Schwierigkeiten und Zweifeln bedrängt war. Seine jetzigen Minister wissen, daß er diese Zurückhaltung bis zum letzten Augenblicke be-

*) Nämlich der Tories.

obachtete, und daß, als er seine schließliche Entscheidung am 14. November traf, keine Mittheilung irgend einer Art erfolgt war, aus der er hätte entnehmen können, wie sie gesinnt waren, oder welche Mittel sie hätten ihn aus der schwierigen Lage zu befreien, in die er durch pflichtmäßiges Handeln nach seiner Ueberzeugung versetzt war.

Der König läugnet nicht, daß er dabei zuversichtlich hoffte, ja überzeugt war, er werde den Beistand seiner Gesinnungsgenossen finden, der ihm so nothwendig war, um seinen Standpunkt zu behaupten und die alten und geheiligten Institutionen des Landes aufrecht zu erhalten, und es werde ihm die Mitwirkung derjenigen nicht fehlen, welche bewiesen und erklärt haben, daß sie gleich Sr. Majestät die gebieterische Nothwendigkeit erkannt haben, sich gegen den Strom gefährlicher Neuerungen zu stemmen, und zu verhindern, daß nützliche und zweckmäßige Reformen in Werkzeuge der Zerstörung verwandelt würden.

Nach dem vorstehend Berichteten wurde jedoch der König in seinem Entschlusse mehr durch die Umstände, die unmittelbar seiner Erwägung vorlagen und durch die Furcht vor den Gefahren des Verzugs bestimmt, als durch irgend eine Berechnung über Art und Maaß des Beistandes, den er bei der Opposition finden werde.

Es geht daraus hervor, daß er sich weder durch die unvernünftige Erwartung eines zweifellosen Erfolgs, noch durch die Furcht vor endlichem Mißlingen beeinflussen ließ.

Se. Majestät ließ bei seiner Entscheidung die Möglichkeit eines schweren Kampfes nicht außer Acht, und wagte sich nicht vor, ohne zum Beharren auf einem Wege fest entschlossen zu sein, den er nach den von ihm für richtig gehaltenen Principien eingeschlagen, und der ihm von einem tiefen Gefühle heiliger sittlicher Verpflichtungen eingegeben war.

Der König vertraut, daß er mit Gottes Hülfe im Stande sein

wird diesen Weg bis zum glücklichen Ziel zu verfolgen, ohne die Existenz der Monarchie oder den Frieden des Landes zu gefährden.

Der König fühlt, daß er diese Mittheilung nicht beenden darf, ohne die Hauptzüge der auswärtigen Politik seines letzten Ministeriums kurz zu berühren, welche im Allgemeinen seine Billigung hatte, da deren Hauptprincip die Erhaltung des europäischen Friedens war, der für die Wohlfahrt eines jeden Staats und besonders Englands so wesentlich ist.

Dem Eintritt von Lord Grey und seinen Collegen ins Amt wären Revolutionen in Frankreich und Belgien unmittelbar vorhergegangen, deren verderblichem Einfluß zum großen Theil die Aufregung und der gesteigerte Geist der Unruhe in England zuzuschreiben ist.

Der Wechsel der Regierung in Frankreich u. s. w. (hier folgt die bereits oben in dem elften Capitel gegebene, die belgische Angelegenheit betreffende Stelle). Die Denkschrift fährt dann fort:

Obschon der König in gutem Vernehmen mit Frankreich zu bleiben wünschte, und sich deswegen nie gegen irgend eine versöhnliche Maaßregel erklärte, und obschon er glaubte, daß die äußerliche politische Uebereinstimmmnng zwischen England und Frankreich zur Erhaltung des allgemeinen Friedens diente, so traute er doch Frankreich nie, und baute nicht auf die Versicherungen und Erklärungen von Louis Philipp und seiner Regierung. Die unsichere Lage, in der sie sich öfters befand, die Furcht vor neuen Revolutionen und vor einem Krieg, der den Geist der Unruhe heraufbeschwören könnte, dessen Wirkungen auf sie selbst zurückfallen könnten, alles dies trug dazu bei, in der französischen Regierung die Neigung zu einer Verbindung mit England hervorzurufen, welche die Franzosen sofort fallen lassen würden, wenn sie zu der Ueberzeugung kämen, daß sie ihren Zwecken nicht mehr dienlich sei.

Bei einer Ueberschau unserer Politik gegenüber Frankreich kann der König einen Punkt nicht unerwähnt lassen, nämlich seine ernsten

und unablässigen Bemühungen, der von der französischen Regierung gezeigten Neigung zur Duldung, wenn nicht gar Begünstigung, eines Systems der Propaganda entgegenzuwirken, das auf Beunruhigung und Aufregung der Nachbarstaaten gerichtet war. Se. Majestät muß gestehen, daß diesem Punkte nicht genügende Aufmerksamkeit zu Theil geworden, und daß die französische Regierung nicht geneigt schien, ein so schädliches System aufzugeben.

Der Lauf der Ereignisse hat jedoch das Resultat hervorgebracht, auf welches die Vorstellungen Sr. Majestät gerichtet waren, indem Louis Philipp entdeckte, daß seine eigene Sicherheit wesentlich dabei betheiligt sei, dem Fortschritte des Unheils Einhalt zu thun.

Se. Majestät hat zu allen Zeiten den Wunsch gehegt, die freundlichsten Beziehungen zu Oestreich und Preußen zu unterhalten, und muß im Ganzen genommen anerkennen, daß das letzte Ministerium geneigt war, in dieser Beziehung den Wünschen Sr. Majestät gemäß zu verfahren. Allerdings wurde in einigen Fällen eine zu große Neigung an den Tag gelegt, sich in die innern Angelegenheiten anderer Staaten zu mischen, und diese Neigung mag vielleicht auf eine Vorliebe für liberale Institutionen und constitutionelle Neuerungen zurückgeführt werden, die man aus Rücksicht auf Meinung und Unterstützung des Volks kund zu geben rathsam fand.

Diese Bemerkung ist besonders auf die Einmischung in die innern Angelegenheiten des deutschen Bundes anwendbar, gegen die sich der König mehr als einmal erklärte. Er stimmte jedoch mit seiner Regierung in der Ansicht überein, daß England als Mitunterzeichneter des Wiener Vertrags von 1815 und Garant seiner Bestimmungen über die Errichtung und Verfassung des deutschen Bundes im Allgemeinen ein Recht hatte, an der Erörterung gewisser allgemeiner Fragen Theil zu nehmen, von der Oestreich und Preußen es auszuschließen suchten. In Bezug auf die Angelegenheiten Italiens und der Schweiz ist das letzte Ministerium nach dem Urtheil Sr. Majestät mit großer Vorsicht und Klugheit verfahren, und der König verkennt nicht,

daß es Zeitpunkte gab, wo eine Abweichung von jener Linie gefährliche Zündstoffe zur Explosion gebracht haben würde.

Hinsichtlich des Kampfes in Portugal, dessen Ausgang so lange zweifelhaft blieb, war der König mit seinem Ministerium entschieden einverstanden, daß es politisch und zweckmäßig sei, die Sache der gegenwärtigen Königin zu unterstützen, allerdings nicht aus irgend einer Vorliebe für deren verstorbenen Vater Don Pedro, oder in dem Wunsche, die Einführung einer constitutionellen Regierungsform zu befördern, die, wie ihm bekannt war, die große Masse der portugiesischen Nation verwarf, sondern weil er die Fortdauer der Herrschaft Don Miguels für das größere und dem Interesse Englands schädlichere Uebel hielt. Der Ausgang dieses Kampfes und die nun eröffneten Aussichten geben Se. Majestät die Hoffnung, daß Friede und Gedeihen für jenes seit lange zerrüttete und verarmte Land wiederkehren und daß die Herstellung eines vorherrschenden englischen Einflusses in Zukunft zu dessen Nutzen und Sicherheit gereichen werde.

Der König hat die Politik seines letzten Ministeriums in Bezug auf Spanien und vor allem die eigene Enthaltung von jeder Intervention und die Einwirkung auf Frankreich in dem gleichen Sinne ohne Ausnahme gebilligt. Aber nach der Ansicht Sr. Majestät hat man seinem schon früh gegebenen Rathe nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt, daß man der spanischen Regierung dringend empfehlen müsse, die Provinzen, welche der Sitz des Bürgerkriegs sind, durch das Anerbieten der Bestätigung ihrer alten Rechte und Privilegien zu versöhnen, da sie, wie Se. Majestät glaubt, vielmehr durch die Anhänglichkeit an diese, als durch Zuneigung zu der Sache oder Person des Don Carlos bestimmt werden.

Es bleibt dem König nur noch übrig, die gegen Rußland befolgte Politik zu besprechen, und es giebt keinen Theil unserer auswärtigen Politik, den er mit größerer Sorgfalt überwacht, keinen, der in seinen Resultaten ihn weniger befriedigte, besonders in Beziehung auf die Angelegenheiten des Orients.

Die Pforte war durch die bedauerliche Verbindung von England, Frankreich und Rußland gegen sie, und das „ärgerliche Ereigniß“ von Navarino in ihrer Seemacht, und später in noch weiterem Umfange durch den russischen Krieg, der mit dem Frieden von Adrianopel endete, auf's äußerste geschwächt. Die territorialen und finanziellen Verluste waren in Folge dessen so groß gewesen, daß der Sultan kaum in der Verfassung war, sich gegen seine rebellischen Unterthanen in verschiedenen Provinzen, und namentlich gegen den Pascha von Egypten, zu behaupten, der sich gerüstet hatte, von der bedrängten Lage seines Souveräns den möglichsten Vortheil zu ziehen.

Diese Umstände, sowie der zerrüttete Zustand Griechenlands und die Besetzung von Algier und anderen Punkten auf der Küste der Barbarei durch die Franzosen, hatten den König vermocht, seiner Regierung wiederholt die Wichtigkeit einer erheblichen Verstärkung der Seemacht im Mittelmeer und Archipelagus nachdrücklich vorzustellen, und er drang noch ernster darauf, als er das rasche Vordringen Mehemed Ali's und den dadurch in Constantinopel erregten Schrecken erfuhr. Dies geschah einige Zeit vor der ersten Sendung von Namic Pascha nach England, und man hat allen Grund anzunehmen, daß die Gegenwart von vier oder fünf Linienschiffen im Mittelmeer zu dieser Zeit und deren Erscheinen vor Alexandria den Plänen und Fortschritten Mehemed Ali's wirksam Einhalt gethan und den Sultan der Nothwendigkeit enthoben haben würde, sehr wider Willen den gefährlichen Schutz seines mächtigen und ehrgeizigen Nachbars anzurufen.

Der König glaubt, daß sein Ministerium die Wichtigkeit erkannte, für den Fall des Kampfes zwischen dem Sultan und Mehemed Ali rechtzeitig vorbereitet zu sein, und daß es geneigt war, nach dem Rathe Sr. Majestät zu verfahren. Es wurde jedoch durch die Besorgniß zurückgehalten, von dem Hause der Gemeinen für einen Zweck der auswärtigen Politik nicht die nöthigen Geldmittel zu erlangen, und es fürchtete sich, irgend eine Maaßregel vorzubringen,

wodurch es den guten Willen derjenigen verscherzen könnte, die beständig, mit Vernachlässigung aller andern Rücksichten, auf Ersparniß und Ausgabenermäßigung drangen.

Auf diese Weise wurde der günstige Augenblick zur Erhaltung oder Wiederherstellung unsers alten Einflusses bei der Pforte versäumt, und dieser Einfluß ging an eine andere Macht über, die, nachdem sie so erheblich dazu beigetragen, die Kraft der Pforte zu schwächen, auf jede Gelegenheit lauerte, sich deren Erschöpfung zu nutze zu machen.

Dem Vorschreiten Mehemed Ali's wurde Einhalt gethan, und obschon, wie dieser anerkannte, die Dazwischenkunft von England und Frankreich bei dieser Gelegenheit nicht ohne Einfluß war, so wurde die Ehre des Erfolgs in Constantinopel doch allein der thatsächlichen Gegenwart einer russischen Flotte und Armee zuerkannt.

Rußland versäumte nicht, sich den so erlangten Einfluß zu nutze zu machen, und eine der ersten Früchte seiner Schutzherrlichkeit war die Abschließung des Vertrags vom 8. Juli 1833*), den es der Türkei offenbar in der Absicht abpreßte, um seiner Schifffahrt Vortheile zu sichern, von denen die andern Mächte ausgeschlossen sein sollten.

England und Frankreich protestirten gegen diesen Vertrag, sie erklärten, sie würden ihm als „non avenu“ betrachten. Das Cabinet von St. Petersburg erwiderte, es werde den Protest als „non avenu“ betrachten, und behauptete später, daß die Frage damals zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sei.

Frankreich, das bei derselben weniger interessirt ist, scheint sie fallen gelassen zu haben, während England durch seinen Gesandten in Constantinopel Erklärungen forderte, denen man dort unter dem Einflusse Rußlands auswich.

---

*) Vertrag von Unkiar Skelessi, in dessen geheimem Artikel die Pforte verspricht, so oft Rußland es verlangt, die Dardanellen den Kriegsschiffen jeder andern Nation zu verschließen.

Inzwischen ist ein brittisches Geschwader zusammengezogen worden, und hat längere Zeit in der Nähe der Dardanellen stationirt. Dies hat aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zu einem versöhnlicheren Ton und zu größerer Vorsicht in seinem Verfahren bestimmt, nicht aber zum Aufgeben seiner Pläne, soweit dieselben durch ungefährliche Mittel ausgeführt werden können, während es sich bewußt ist, daß es bei offenen Angriffen auf die Türkei directem Widerstande begegnen würde.

Der König hat sich über diese Vorgänge länger verbreitet, da ihm daran liegt, seinem gegenwärtigen Ministerium seine Ueberzeugung auszusprechen, die er dem früheren so oft dargelegt, daß Rußland, ohnerachtet aller seiner Versicherungen der Mäßigung und Uneigennützigkeit gegenüber der Pforte, seine ehrgeizigen Pläne in jener Richtung nie aufgegeben hat noch aufgeben wird, und daß, trotz des Schleiers, den es über sein Vorgehen zu breiten sucht, der Widerspruch, in dem es zu seinen Erklärungen steht, leicht zu erkennen ist. Ein Beweis davon ist in seiner neuerlichen Opposition gegen das Project einer Dampfschiffverbindung mit Indien durch den Euphrat zu finden, welche, wenn sie ohne die von dem gegenwärtigen Zustande der asiatischen Türkei zu besorgenden Unterbrechung auszuführen wäre, ohne Zweifel zum wesentlichen Vortheile aller Betheiligten gereichen würde.

Rußland hat wohl neuerlich sich mit England und Frankreich, zur Verhütung abermaliger Feindseligkeiten zwischen dem Sultan und Mehemed Ali, verbunden. Man könnte darin den Wunsch finden, die Wohlfahrt der Pforte zu fördern, und sich selbst von der Nothwendigkeit nochmaliger Hülfsleistung zu befreien, wenn nicht Grund zu der Vermuthung vorläge, daß Rußland befürchtete, ein brittisches Geschwader möchte denselben Druck auf Mehemed Ali ausüben, als die Sorge vor dem Anmarsch einer russischen Armee, und England könne sich das ausschließliche Verdienst, den Sultan beschützt zu haben, aneignen.

Der König ist überzeugt, daß die Unterhaltung einer angemessenen brittischen Seemacht im Mittelmeer, mehr als irgend eine Furcht vor russischer Einmischung dazu beitragen wird, Mehemed Ali in Schranken zu halten, und obgleich er davon durchdrungen ist, daß die Pforte ihre Macht nicht wiedererlangen kann, so lange sich ein so großer Theil ihres Gebiets und ihrer Hülfsquellen in der Gewalt dieses ehrgeizigen Vasallen befindet, so fürchtet Se. Majestät zugleich, daß das Resultat eines Kampfes zwischen ihnen nur das sein würde, ihre beiderseitigen Kräfte zum schließlichen Vortheil Rußlands zu erschöpfen. Ließe man diesem freie Hand, so würde es andererseits die Erneuerung des Kampfes begünstigen, in der Hoffnung, dadurch einen neuen Vorwand und Anlaß zur Einmischung und zu einer dauernderen Besetzung Constantinopels zu gewinnen.

Sind diese Bemerkungen begründet, so rechtfertigen sie die Wichtigkeit, welche Se. Majestät auf die Belassung des Geschwaders im Mittelmeer legt, weil diese die beste Sicherung gegen fernere Uebergriffe Mehemed Ali's und gegen die eventuellen Pläne Rußlands gewährt.

Es ist allerdings möglich, daß sich Umstände ergeben, welche die Verwendung einer brittischen Seemacht zu der Befreiung der Pforte aus den Schwierigkeiten begünstigen, worin sie sich zufolge der Usurpation Mehemed Ali's befindet, und Se. Majestät ist überzeugt, daß dies der schwerste Schlag sein wird, den die russische Politik erfahren kann.

Gez. William R.

Pavillion Brighton, 14. Januar 1835.

Fünfzehntes Capitel.

I.

## Das Lager von Kalisch, September 1835.

---

Die Allianz der sogenannten nordischen Mächte hatte sich zwar seit 1830, besonders dem Umsturze in Frankreich und der belgischen Sache gegenüber, als wenig thatenlustig gezeigt. Sie bestand aber durch die Gemeinsamkeit der theils wirklichen, theils eingebildeten Interessen, der Antecedentien, der Traditionen, sowie durch die persönlichen Bande fort, welche die Herrscher verknüpften. Wie Rußland von Anfang an in dieser Verbindung die Hauptrolle gespielt hatte, so mußte auch die Fortdauer jener oder deren Schein dem Prestige Rußlands günstig sein. In diesem Sinne und aus persönlicher Lust an effectvollen Demonstrationen war es der rührige Kaiser Nicolous, der Anfangs der dreißiger Jahre wiederholte Zusammenkünfte der Monarchen und ihrer Minister anregte. Zwar die Conferenzen von München-Grätz im Herbst 1833 hatten, wie bei d'Haussonville (Hist. de la politique extérieure I, pag. 40) zu lesen, in ihrem Resultat dem gegen Frankreich genom[illegible] nicht entsprochen. Aber im Jahre 1835 schien es d[illegible]

Rußland an der Zeit, ein neues Schauspiel von gleicher Tendenz „brillant montirt“ der Welt zum Besten zu geben. Es waren dies das große Lager und die Manöver von Kalisch, wo sich die Herrscher Rußlands und Preußens, russische und preußische Truppen vereinten. Der König von Preußen, ein Herr nüchternen Sinnes, soll an Kalisch keine große Freude gehabt haben. Indeß war in jener Periode die Preußische Deferenz gegen Rußland grenzenlos. So reiste denn Friedrich Wilhelm mit seinen Prinzen von Schlesien (wo der Kaiser von Rußland an den Preußischen Manövern theilgenommen hatte), am 11. September nach Kalisch, und wohnte bis zum 22. den dortigen Aufführungen bei. Die Zeitungen jener Tage berichteten von der Pracht und dem Farbenspiel der russischen Uniformen, dem Luxus an Pferden und Wagen, mit dem die russischen Offiziere auftraten. „Fast der ganze russische Adel, lesen wir in einem Bericht, hatte sich in Bewegung gesetzt, um mit Würde in diesen militärischen Festlichkeiten zu figuriren. Die Stadt Kalisch hatte nie einen ähnlichen Pomp gesehen. Das Geld wurde mit vollen Händen ausgestreut. Man konnte nichts schöneres sehen als das Lager. Nicht nur war das gewählte Terrain außerordentlich günstig, sondern man hatte darauf alles mit seltener Geschicklichkeit in Scene gesetzt. Der Anblick von dem für Se. Majestät den Kaiser von Rußland erbauten Belvedere war unvergleichlich, der ganze Horizont ein Meer von weißen Zelten. Aus dessen Mitte erklang in der Stille des Abends eine von 600 Musikern ausgeführte Symphonie, die die Seele des Hörers mit tief religiösen Gefühlen erfüllte. Racketen stiegen zum dunkeln aber wolkenlosen Himmel empor, und die Sterne, die sie ausstreuten, sanken langsam zu den Sternen herab. Ein Kanonenschlag gab endlich 60,000 Mann das Zeichen zum Gebet. Oft hörte man nach Beendigung des Gottesdienstes um das Belvedere russische Nationallieder, begleitet von verschiedenen Instrumenten.“

Oestreich hatte an dem Kalischer Militairdrama keinen Theil genommen. Indeß sollte doch Europa ein Bild des innigen Einver-

ständnisses der drei Monarchen vorgeführt werden. Deshalb fanden sich nach Kalisch Ende September Kaiser Nicolaus und König Friedrich Wilhelm mit dem guten Kaiser Ferdinand in Teplitz zusammen, wo denn neben Manövern auch politische Besprechungen stattfanden. Von Teplitz aus folgte der Kaiser aller Reußen dem österreichischen Herrscher nach Prag. Aber am 8. October verließ jener Fürst (er gehörte ein wenig zu denen, die da meinen etwas gethan zu haben, wenn sie sich viel Bewegung gemacht), Prag im tiefsten Incognito und reiste als Courier nach Wien, blos um die Kaiserin Mutter zu überraschen und ihr ritterlich seine Huldigungen darzubringen. Die Bevölkerung, berichtete die Preußische Staatszeitung, war von dieser Courtoisie allgemein gerührt und die Scene der Begegnung beider hohen Häupter eine unbeschreibliche.

Ueber diese Kalisch-Teplitzer Episode theilen wir einen Brief Stockmar's mit. Seine Nachrichten stammten von einem der Fürsten, die in Teplitz gewesen waren.

„Das Lager bei Kalisch scheint mir eines jener russischen Feste gewesen zu sein, wie sie zu Zeiten Katharina's II. in Scene gesetzt wurden. Wir leben in einer Zeit, wo dergleichen keinen Effect mehr macht. Preußen hat theilgenommen, nicht weil es ihm Vergnügen machte, sondern weil es dem überhöflichen Bundesgenossen und Schwiegersohn aus Politik und Herzensschwäche nicht abschlagen konnte."

„Der alte Wittgenstein sagte in seiner Zerstreuung: „„Mein Gott, wie ist das alles gênant! Es thut mir nur Leid um den alten Herrn, daß wir uns so blamiren; denn wir machen mit allen unseren Spielereien den Leuten nicht bange."" Die russische Armee, ungefähr 56,000 Mann stark, war schön montirt, mittelmäßig exercirt, zum Verhungern verpflegt. Zwei Obristen, deren Regimenter am meisten gehungert hatten, wanderten nach Sibirien. Zwei Generale wurden wegen unbedeutender Fehler bei den Evolutionen auf der

Stelle cassirt. Den Adjutanten des Einen, Nostitz*), traf der Schlag, als er die Behandlung seines Generals erfuhr. Der Kaiser besuchte ihn auf dem Krankenbett, und schenkte ihm 10,000 Ducaten. Ein wunderlicher Herr, dieser Kaiser! Er degradirt Hofdamen, die er in einem Zimmer findet, wo sie ihrem Rang nach nicht hingehören, und küßt dem Schwiegerpapa zwanzig mal des Tags die Hand. Es ist eine Barbarenwirthschaft, die dem westlichen Europa nicht gefällt und auch nicht imponirt. Auch sind alle wirklich aufgeklärte Preußen nichts weniger als russisch."

„Ich kann nicht glauben, daß in Kalisch und Teplitz viel oder neues in der Politik verhandelt worden. Wahrscheinlich hat man sich auf's Neue Hand und Mund darauf gegeben, im Nothfalle tüchtig zusammenzuhalten, und wenn der Krieg durchaus unvermeidlich wäre, sich tapfer zu schlagen. Uebrigens war die politische Parole: freundliche Gesinnung gegen die Völker. So lange es nur irgend angehe, hieß es, müsse man mit Milde, Recht und Gerechtigkeit durchzukommen suchen, und nur in der äußersten Noth zuschlagen. Auch in Bezug auf fremde Völker trug man die gleiche Mäßigung zur Schau. Man müsse sich nicht gleich in die Händel Anderer mischen, ja selbst in die der Franzosen dann nicht, wenn sie, ohne das Ausland zu beeinträchtigen, eine Republik bei sich errichten wollten."

„Der Zustand des Kaisers von Oestreich wurde übrigens durch die Festlichkeiten in Teplitz sehr an's Tageslicht gebracht. Metternich zupfte ihn am Rock, je nachdem er gehen, stehen, schütteln oder nicken sollte."

---

*) Karl von Nostitz, der frühere Adjutant des Prinzen Louis Ferdinand, später im russischen Dienst, bekannt durch die interessanten Denkwürdigkeiten aus seinem „Leben und Briefwechsel."

## II.

## Die Vermählung Donna Maria's von Portugal mit dem Prinzen Ferdinand von Coburg. 1835/36.

Die Königin Donna Maria von Portugal (geb. den 4. April 1819) hatte sich am 26. Januar 1835 mit dem Herzog von Leuchtenberg, geb. 1810, (dem Bruder ihrer Stiefmutter, der zweiten Gemahlin Don Pedro's, geb. Prinzessin Amalie von Leuchtenberg) vermählt, der indeß schon am 28. März darauf starb. Die inneren Zustände Portugals machten eine baldige Wiedervermählung der Königin wünschenswerth. Schon am 9. April 1836 verband sich Donna Maria mit dem katholischen Prinzen Ferdinand von Coburg, geb. 1816. Er war der Sohn des jüngeren Bruders des regierenden Herzogs Ernst I., des Prinzen Ferdinand, aus seiner Ehe mit Antoinette, der reichen Erbtochter des Fürsten von Cohary, und führt seit 1837 den portugiesischen Königstitel.

Stockmar war, neben dem coburgischen Minister von Carlowiz, mit den Verhandlungen über diesen Ehebund und dem Abschluß des Heirathscontracts beauftragt, der am 6. December in Coburg unterzeichnet ward, wo schon im November der portugiesische Unterhändler und Bevollmächtigte Graf Lavradio, der langjährige Vertreter seines Landes am englischen Hofe, eingetroffen war.

Es war dies der erste große ostensible Act der Coburger Familienpolitik, an dem Stockmar hervorragend betheiligt war, sowohl die größern politischen Gesichtspunkte und Interessen wahrnehmend, als Alles das fürsorglich anregend und überwachend, was ihm für den günstigen Erfolg des jungen Prinzen geboten schien. Dahin

gehörte dessen Ausstattung mit Geldmitteln für die Reise und für das erste Auftreten in Portugal, die Auswahl seiner Begleiter, die Vermittelung eines Aufenthalts desselben am Brüsseler und am Englischen Hofe, um denselben durch die bildende Anschauung größerer Höfe, durch Rath und Beispiel seines Oheims Leopold, stufenweise für den künftigen Beruf vorzubereiten. Stockmar schreibt am 23. December: „In die wirklich große Gesellschaft, in die Politik und das eigentliche Leben eingeführt zu werden, dafür findet sich zunächst die beste Gelegenheit in Brüssel, weil der so nahe verwandte Hof dem jungen Prinzen das erste Debut sehr erleichtert. Wird zu gleicher Zeit die Königin von Frankreich mit einigen ihrer Kinder in Brüssel anwesend sein, desto besser! Der Prinz kann sich an dieser so vortrefflich erzogenen Familie ein gutes Beispiel nehmen und es ist politisch wichtig, daß er sie kennen lerne. Das Auftreten in London wird ihm schon schwerer werden. Der Eindruck aber, den er in England machen wird, läuft ihm nach Lissabon voraus, und so hängt davon schon zum Theil der Erfolg ab, den er hier erlangen wird. Was England geben kann und wird, ist: freundlicher Empfang am Hofe, Ueberfahrt nach Portugal auf einem britischen Kriegsschiff, kräftige Instructionen an Howard de Walden (den Gesandten in Lissabon) zu bons offices, Förderung und Beistand."

Bei den Verhandlungen über den Heirathsvertrag erwuchs manche Schwierigkeit von Seiten des älteren Prinzen Ferdinand, des Vaters des Prinzen, eines überaus bedächtigen, vorsichtigen Herrn. Der Behandlung politischer Geschäfte ungewohnt, wollte er Alles ganz sicher machen, so daß sein Sohn bei dem precären Zustand der Dinge in Portugal gar nichts zu riskiren hätte. So verlangte er z. B. eine englische Garantie des Heirathsvertrags. Stockmar war genöthigt zu sagen: das sei unmöglich und wer nichts wage könne nichts gewinnen.

Als die Bevollmächtigten den Contract endlich unterzeichneten, waren sie sehr in Zweifel, ob er in Lissabon werde ratificirt werden.

Es waren gegen diese Heirath und für die Candidatur eines Sohnes von Louis Philippe portugiesisch-französische Intriguen im Gange. Wir theilen darüber Auszüge aus zwei Briefen, dem einen von Stockmar, dem andern von Palmerston an diesen mit.

Stockmar schreibt:

10. December 1835.

„Daß man in Portugal gegen diese Heirath intriguiren würde, darauf waren wir durch Lavadrio vorbereitet. Dieser meint übrigens mit einem französischen Prinzen habe es unendliche Schwierigkeiten, und ein anderer sei schwer zu finden."

„Den französischen Theil der Intrigue betreffend, so zweifle ich nicht, daß der König Louis Philippe darum weiß. Ob er die Sache so sehr wünscht, daß er selbst auf die Gefahr hin England Anstoß zu geben, sie dennoch betreibe, kann ich nicht beurtheilen. Ich weiß aber, daß das englische Cabinet nach Leuchtenberg's Tod dem portugiesischen Cabinet förmlich erklärt hat, England könne die Heirath mit einem französischen Prinzen nicht zugeben."

Lord Palmerston an Stockmar.

F. O., 18. December 1835.

(Uebersetzung.)

Mein lieber Baron!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 9., welcher mir Ihre Ansichten vom Bräutigam und von der Heirath bringt.

Ihr Bericht über den jungen Prinzen ist günstig genug.

Wenn er, wie Sie sagen, lang aufgeschossen ist und sich nicht ganz gerade hält, so werden die Portugiesen sagen, er sei herablassend, denn sie sind im Allgemeinen klein, und er sei eifrig bemüht, seinen Unterthanen sein Ohr zuzuneigen. Aber Scherz bei Seite, er ist von einer guten Race und wird sich ohne Zweifel moralisch und physisch gut bewähren; und ich glaube, die Portugiesen und ihre Königin sind in der getroffenen Wahl sehr glücklich gewesen. Ich werde heute noch an Howard schreiben und ihn anweisen, auf die

Ratification des Heirathsvertrags zu bringen. Er wird Loulé*) zu Gemüth führen, daß er besonders und persönlich verpflichtet ist, den Heirathscontract ratificiren zu lassen, weil, wenn er verworfen würde, während er, Loulé, im Ministerium ist, ganz Europa sagen würde, er habe die Heirath aus eigennützigen Absichten, und zu Gunsten der eventuellen, entfernten Successionsansprüche seiner eigenen Kinder, vereitelt. Aber die Sache ist schon zu weit gediehen, als daß ein Rückzug auf einer oder der andern Seite möglich wäre.

Hinsichts des französischen Heirathsprojects weiß ich nicht, was ich denken soll. Es ist ganz gewiß, daß die Loulés und Andere, die im Interesse und im Solde Louis Philippe's arbeiten, eine Intrigue unterhielten, die in einem bestimmten Momente erfolgreich war, um die Königin zu vermögen, sich zu Gunsten Nemours auszusprechen, während zu derselben Zeit Louis Philippe dem Lord Granville**) feierlich versicherte, daß er einen solchen Vorschlag, wenn er an ihn käme, nicht annehmen würde. Daß irgendwie Mystification, Intrigue und Pfiffe im Spiele waren, läßt sich nachweisen, und daß unsere rückhaltlose Erklärung in Lissabon dem Allen ein Ende machte, ist ebenso sicher. Wer die Cabale ersonnen, wie weit man sie zu treiben dachte, und was das Endziel war, können wir unmöglich wissen. Aber wenn die Gesinnungen und Absichten Louis Philippe's wirklich die waren, die er gegen Lord Granville aussprach, so sehe ich nicht ein, warum er die Schritte so übel nahm, die wir in Lissabon thaten, um einem Project Einhalt zu gebieten, durch dessen Fortgang die Königin von Portugal sich nur Enttäuschung bereiten und discreditiren konnte. Mein lieber Baron,

aufrichtig der Ihrige,

Palmerston.

---

*) Marquis von Loulé vermählt an die jüngste Schwester Don Pedro's, deren Kinder eventuell successionsberechtigt waren; damals portugiesischer Minister.

**) Englischer Botschafter in Paris.

## Sechszehntes Capitel.

# Vorbereitungen auf die Thronbesteigung der Prinzeß Victoria — Plan der Vermählung mit Prinz Albert, 1836.

Das Jahr 1836 enthielt für Stockmar die Einleitungen und Vorbereitungen zu einem neuen Wirkungskreis am englischen Hof in doppelter Richtung. Es handelte sich zuvörderst darum, der jungen Prinzeß Victoria bei ihrer bevorstehenden Regierungsmündigkeit *),

*) Nach der Regel des englischen Rechts ist der Einundzwanzigjährige großjährig (of age). Mit dem Souverain hat es aber eine besondere Bewandtniß. Er ist nach commonlaw *nie* minderjährig, für ihn giebt es also auch, sofern es sich um die Befugniß zur Selbstregierung handelt, keinen Großjährigkeitstermin, und es besteht hinwiederum *theoretisch* keine Nothwendigkeit einer Regentschaft. Praktisch hat sich diese Nothwendigkeit freilich geltend gemacht, und es ist seit Georg II. regelmäßiger Brauch, für den einzelnen Fall durch besondere Parlamentsacte zu verordnen, daß eine Regentschaft eintreten soll, wenn beim Tode des Königs der Nachfolger das 18. Jahr noch nicht erreicht habe. In diesem Sinn kann man denn sagen, und sagt man gewöhnlich, daß für den Regierungsnachfolger das 18. Jahr der Großjährigkeitstermin ist. Man darf aber nicht vergessen, daß der Successor, wenn er auch das 18. Jahr erlangt hat, dennoch *bei Lebzeiten des Königs* erst mit dem 21. majorenn, of age, wird. Um dem Leser diesen Unterschied beständig gegenwärtig zu halten, wollen wir im Folgenden das 18. Jahr nie als *Großjährigkeitstermin*, sondern als Termin der *Regierungsmündigkeit* bezeichnen.

wodurch sich ihre Stellung theilweise verändern mußte, sowie bei ihrer voraussichtlich auch nicht fernen Thronbesteigung, im Sinne ihres Oheims, des Königs Leopold, der ihr Wohl seit ihrer Kindheit nie aus den Augen ließ, an Ort und Stelle Rath und Beistand zu gewähren. Sodann schien dem König die Zeit gekommen, ernstliche Schritte zu thun, um die Ausführung des von ihm gefaßten Planes einer Vermählung der englischen Thronerbin mit seinem Neffen, Prinzen Albert von Coburg, anzubahnen.

Prinz Albert war der zweite Sohn des regierenden Herzogs Ernst von Coburg, ältesten Bruders des Königs Leopold. Geboren 26. August 1819, stand er also damals, 1836, im siebzehnten Jahr, gleich der nur einige Monate älteren Prinzeß Victoria. Ueber seine Jugendjahre zu reden, wäre nach dem liebenswürdigen, interessanten und an authentischem Material so reichen, unter den Augen und der Leitung der Königin von England zusammengestelltem Buch, den Early years of the Prince Consort, ein dankloses Bemühen. Die geistreiche und launige Großmutter, Herzogin Auguste von Coburg, hatte, wie aus jener Biographie erhellt (Early years pag. 17 und 83), schon sehr früh den Gedanken einer Verbindung zwischen ihrem Enkel Albert und der Enkelin Victoria, der kleinen „Maiblume“, wie sie in ihren Briefen die im Mai zur Welt gekommene Prinzeß zu nennen liebte. Die Herzogin starb, als Beide erst 12 Jahre alt waren. Ohne Zweifel wird der König Leopold dieses Project auch schon längst im Auge gehabt haben. Die ersten schriftlichen Verhandlungen mit seinem Vertrauten Stockmar, die wir darüber finden, sind vom Anfang 1836 und ernstliche Besprechungen werden nicht viel früher stattgefunden haben. Denn man mußte sich sagen, daß ein Hervortreten mit dem Plane, so lange die Hauptbetheiligten noch Kinder seien, dem Gelingen nur schädlich sein konnte. Nun war es aber allerdings Zeit, der Sache näher zu treten. Denn von verschiedenen Seiten beschäftigte man sich bereits damit, die jetzt 17jährige Prinzeß zu verheirathen. Ganz in der Nähe der Prinzeß

machten sich Stimmen und Einflüsse für den Herzog Ernst von Würtemberg geltend, Bruder der Stiefmutter des Prinzen Albert, Herzogin Marie, der Tochter des in russischen Diensten befindlich gewesenen Herzogs Alexander von Würtemberg. Der König von England hatte einen Bruder des jetzigen Königs der Niederlande, den 1848 verstorbenen Prinzen Alexander, im Sinn. Anderseits wurde in der Königlichen Familie der Gedanke an George von Cambridge, den Vatersbrudersohn der Prinzessin begünstigt. Später tauchten noch verschiedene Heirathsprojecte auf. Die Königin selbst in der pag. 215 der Early Years mitgetheilten Aufzeichmung spricht von sechs dergleichen, die überhaupt bestanden hätten. Einen Versuch der Bewerbung machte im Mai 1837 Prinz Adalbert von Preußen. Wir geben im Anhang zu diesem Abschnitt eine hierauf bezügliche Correspondenz.

Die folgenden Auszüge aus Stockmar's Briefwechsel werden zeigen, mit wie viel Ueberlegung und Methode von des Königs und seiner Seite verfahren wurde.

„Der König der Belgier, erzählt die Königin Victoria in einem Memorandum pag. 214 der Early Years, hat der Königin neuerlich einige seiner Briefe an Baron Stockmar vom Frühjahr 1836 zu lesen gegeben und es geht daraus hervor, daß er frühe die höchste Meinung von seinem jungen, schönen, sehr liebenswürdigen und hoch begabten Neffen, Prinzen Albert, gefaßt hatte und daß er zu dem günstigen Schluß gelangt war, daß kein Prinz so geeignet sei, seine Nichte glücklich zu machen und die schwierige Stellung eines Gemahls der Königin von England würdig auszufüllen."

Stockmar, der den Prinzen weniger kannte, war in seinem Urtheil minder entschieden. Sogar dem eigenen Vater, dem Herzog von Coburg, erschien es damals noch zweifelhaft, ob nicht der ältere Bruder, Ernst, der jetzt regierende Herzog, ein Fürst von durchaus verschiedener Anlage, geeigneter wäre, oder besser gefallen würde.

„Albert ist ein schöner Jüngling", schreibt Stockmar in einem

Briefe, „der, für sein Alter schon ziemlich entwickelt, angenehme, bedeutende Züge hat, und bei ungestörtem Gedeihen in wenig Jahren ein schöner kräftiger Mann, von freundlich einfacher, und doch anständig würdiger Haltung sein kann.

Aeußerlich hat er also Alles, was den Frauen gefällt und zu allen Zeiten und in allen Ländern gefallen muß. Ein glücklicher Umstand möchte auch sein, daß sein Aeußeres schon jetzt einen gewissen englischen Anstrich hat.“ —

„So fragt sich denn nun, wie es mit dem Geist stehe. Auch hierüber sagt man viel zu seinem Lobe. Doch sind alle diese Urtheile mehr oder minder parteiisch und bis ich ihn nicht länger beobachtet habe, kann ich ein eigenes Urtheil über die Fähigkeit und den werdenden Charakter nicht fällen. Er soll vorsichtig, überlegt und schon jetzt klug sein. Alles das reicht jedoch noch nicht hin. Er sollte nicht nur große Befähigung, sondern auch wahren Ehrgeiz und viel Willenskraft haben. Ein ganzes Leben durch eine so schwere politische Laufbahn zu verfolgen, dazu gehört mehr als Kraft und Lust, dazu gehört auch jener ernste Sinn, der von selbst das bloße Vergnügen dem wahren Nutzen opfert. Befriedigt ihn nicht dereinst schon das Bewußtsein, eine der einflußreichsten Stellungen in Europa gewonnen zu haben, wie oft wird er sich dann versucht fühlen, seine Unternehmung zu bereuen! Nimmt er sie nicht von Anfang an wie ein ernstes schweres Geschäft, von dessen tüchtiger Ausführung Ehre und Glück für ihn abhängt, nicht leicht wird er reussiren!!“

„Wer wüßte wohl mehr von dem Geheimniß einer solchen Laufbahn, wer hat wohl so viel darüber nachgedacht und erfahren, wie ich!“

„Ich will ihn näher beobachten und näher kennen zu lernen suchen. Finde ich, daß in jeder Hinsicht Fond genug in ihm sei, so verlangt die Gewissenhaftigkeit, daß man zuerst ihm das Schwierige des Unternehmens von allen Seiten darstelle. Schreckt ihn dies nicht ab, so treten dann meiner Meinung nach zwei Nothwendigkeiten ein. Die erste ist die einer planmäßigen, consequent durchgeführten

Erziehung für seine künftige Laufbahn mit steter Rücksicht auf das so eigenthümliche Land und Volk, und die zweite ist die, sich die Neigung der Prinzessin noch vor der Bewerbung zu gewinnen und die Bewerbung selbst nur erst auf diese Neigung zu gründen."

Die nähere Bekanntschaft gab denn Stockmar allerdings die Hoffnung, daß der Prinz sich durch Geist und Charakter für jenen hohen Beruf befähigen werde, und er erörterte nun wiederholt in seinen Briefen, wie und wo Albert zu demselben erzogen werden solle.

„Jetzt ist noch die Zeit," schreibt er, „wo gesunde Maximen beigebracht, für immer haften. Jetzt ist noch die Zeit, wo das Lernen möglich ist und wo durch redlichen, tüchtigen Unterricht unendlich viel Gutes gestiftet und ebenso viel Böses verhütet werden kann. Der Prinz soll die Erziehung erhalten, die der Gemahl einer englischen Königin braucht. Wo kann er sie finden? Wo soll er erzogen werden? Auf die Möglichkeit der Antwort, daß die Erziehung in Coburg selbst könne vollendet werden, bin ich nicht gefaßt. Gäbe es hier auch Einen und den Andern, der den Prinzen bilden könnte, so sind doch die dortigen kleinlichen Verhältnisse jedem Umgang des jungen Herrn mit Männern entgegen, die vermöge ihrer Unabhängigkeit eine offene Sprache führen."

„Sollte also der Prinz etwa in Berlin, in Wien, oder auf deutschen Universitäten gebildet werden?"

„Wir wollen kürzlich erwägen, was in Berlin für unsern jungen Herrn ungefähr zu holen sein möchte. Die Hauptsache, eine richtige Ansicht des gegenwärtigen Zustandes von Europa, wird dort schwerlich gewonnen. Preußen, mehr durch Gunst der Verhältnisse, als durch innere Kraft unter die europäischen Mächte versetzt, gleicht in seiner Politik noch zu sehr einem Parvenu, der sich und die Anderen stets über- oder unterschätzt. Die Stellung, die es gegen Deutschland genommen hat, ist weder politisch noch ehrlich. Dies alles kann keine gute politische Schule abgeben und ich glaube gewiß, daß der Prinz dort über Politik Alles, nur nicht das Wahre

hören würde. In gesellschaftlicher Hinsicht ist der Berliner Ton, für Prinzen wenigstens, auch nicht zu empfehlen, da er immer manierirt bleibt. Die Gegenstände also, an denen Albert sich dort erholen könnte, beschränken sich auf Administration und Militärwesen. Hierin möchte er in Berlin allerdings viel lernen können, womit nicht ausgeschlossen, daß er das Nöthige auch an anderen Orten lernen könne. Uebrigens ist in Berlin eine gewisse Liederlichkeit epidemisch wie der Catarrh, und ich möchte glauben, daß Zöglinge an jedem andern Ort, leichter gegen jenes Uebel zu bewahren sein möchten, als dort. — Wien eignet sich meiner Meinung nach zur Schule für einen deutschen Prinzen gar nicht. — So blieben uns denn noch die deutschen Universitäten. Allein die Bildung, die sie zu geben vermögen, ist zu einseitig theoretisch, um für den praktischen Beruf eines Fürsten zu genügen."

Stockmar's Vorschlag war, daß der Prinz mit seinem ältern Bruder ein halbes oder ganzes Jahr in Brüssel zubringe. Sie sollten hier unter der Oberaufsicht des Königs ihren Studien obliegen, übrigens, um Letzterem nicht zur Last zu fallen, ein eigenes Haus beziehen und eigenen Haushalt führen. Die Anschauung der innern Zustände Belgiens, der günstige Standpunkt, welchen das neutrale Brüssel für die Beobachtung der europäischen Politik bietet, von deren Heerstraße es doch nicht zu weit seitab liegt, der unschätzbare Umgang des erfahrenen, einsichtigen, geistreichen, stets zur Belehrung geneigten Oheims, der sich beständig inmitten der großen politischen Strömung befand — dies Alles schienen Vortheile, die kein anderer Ort in sich vereinigte.

„Ueber die Gründe," schreibt Stockmar, „die gegen Brüssel angeführt werden könnten, denke ich wie folgt. Die nordische Politik fährt fort, die Existenz des belgischen Königreichs als Product des Sieges des demokratischen Princips zu betrachten. Sie wird daher ohne Zweifel den Aufenthalt der jungen Herren in dessen Hauptstadt als einen Beweis der Absicht nehmen, sie ultraliberal zu er-

ziehen. Die Möglichkeit, daß hieraus in der Zukunft eine Animosität gegen die Persönlichkeit der jungen Fürsten entstände, könnte als ein Bedenken gegen deren Erziehung in Brüssel geltend gemacht werden. Vor jener Animosität, sofern sie unbegründet, aus bloßem Haß und Vorurtheil gegen den Westen entstände, würde ich mich aber durchaus nicht fürchten."

„Der erfahrene Staatsmann wird, wenn er die Wahl hat, jungen Fürsten in der Politik Unterricht auf einem constitutionellen oder auf einem absolut-monarchischen Boden zu geben, den ersteren vorziehen. Das constitutionelle Leben hat den großen Vorzug, daß das Getriebe und der Gang des Ganzen hier offen zu Tage liegt. Die Schlacke des Demokratismus wird jeden Augenblick so oben aufgeworfen, daß Jeder sie sehen, angreifen, sich damit besudeln kann. Ebenso fühlbar, so handgreiflich wird jeden Augenblick das Gute an's Licht gefördert. Wer Augen hat, eines Eindrucks fähig ist, wird ohne Anstrengung sehen, ohne Mühe im Gedächtniß behalten."

„Der Organismus der reinen Monarchie ist weit weniger unterrichtend. Er gleicht einer zwar einfachen, aber verdeckten Maschine, deren Gang nur wenig in die Sinne fällt und deren Fehler sich erst dann der Aufmerksamkeit aufdrängen, wenn sie stockt oder stillsteht. — Selbst wenn die Aufgabe nicht wäre, den Prinzen speciell für den englischen Beruf vorzubereiten, so würde ich demnach seine Ausbildung auf constitutionellem Terrain, als dem belehrenderen, vorziehen. Zudem halte ich das constitutionelle Regierungshandwerk gegenüber dem rein monarchischen für das schwerere. Und wenn sich also die englischen Aussichten auch nicht verwirklichen, wenn die Umstände auch später dem Prinzen gestatten sollten, das leichtere Handwerk auszuüben, so könnte es ihm doch nur nützen, nicht schaden, das schwerere gelernt zu haben."

Am 16. April schreibt Stockmar: „die rechte Zeit für die erste Präsentation in England ist da. Wird nun der erste günstige Eindruck hervorgebracht, so ist der Grundstein für das künftige Ge-

bäude gelegt." Er räth deshalb, einer von der Herzogin von Kent an ihren Bruder, den Herzog von Coburg, und dessen zwei Söhne ergangenen Einladung zu folgen. „Aber, fährt er fort, es muß zur conditio sine qua non gemacht werden, daß die Absicht des Besuchs sowohl der Prinzessin als den Prinzen ein Geheimniß bleibe, um ihnen allen die Unbefangenheit zu lassen."

So reist denn der Herzog mit den beiden Söhnen im Mai nach England. Victoria und Albert sahen sich zum ersten Male. Der „Eindruck" wurde hervorgebracht, obschon man von keiner Seite etwas aussprach. Nach vierwöchentlichem Aufenthalt bei der Tante Kent nahmen die Prinzen ihren Weg über Paris nach Brüssel, wo sie sich nun für zehn Monate nach dem oben erwähnten Plan niederließen. Ueber ihr Leben daselbst können wir nur auf den Bericht in den Early Years pag. 134 u. f. verweisen.

Im December 1836 schreibt Prinz Albert an seinen früheren Lehrer, Consistorialrath Seebode (ebendaselbst S. 403): „Unser Aufenthalt in Brüssel wird bis Ostern währen. Wohin wir dann ziehen werden, um neue Weisheit zu suchen, wissen wir noch nicht .... wahrscheinlich auf eine deutsche Universität, auf welche? ist noch unbestimmt."

In der That bezogen die beiden fürstlichen Brüder vom April 1837 bis Ende 1838 die Universität Bonn.

In dieser Zeit hatte Stockmar seine Sorgfalt nicht mehr dem Prinzen Albert, sondern dessen künftiger Gemahlin zuzuwenden.

Die Prinzessin Victoria sah der Vollendung ihres 18. Lebensjahres und damit ihrer Regierungsmündigkeit am 24. Mai 1837 entgegen. Es mußte ihr damit eine größere Selbständigkeit, ein freierer Spielraum und Wirkungskreis als bisher zuwachsen, und je näher sie nun, bei dem Alter und Gesundheitszustand des Königs, der Selbstregierung gerückt schien, desto mehr ließ sich befürchten, daß jetzt die Intriganten und Ehrgeizigen alles aufbieten würden, die ziemlich isolirt dastehende junge Prinzeß zu bestricken, um die künftige

Königin zu beherrschen. Trat überdies gar der Thronwechsel ein, so war zu besorgen, es werde der Unerfahrenen der Compaß fehlen. Diese Umstände wurden vom König der Belgier und von Stockmar hin und her erwogen.

Der König sprach seine Nichte noch in demselben Jahre in Claremont, und es wurde verabredet, daß Stockmar im Mai 1837 zur Zeit von deren 18. Geburtstag, nach England kommen sollte, um derselben als vertrauter Helfer und Berather zur Seite zu stehen.

---

## Anhang zu Capitel Sechszehn.

### Die Bewerbung des Prinzen Adalbert von Preußen um die Hand der Prinzessin Victoria.

Wir legen über diese Angelegenheit, die zwischen dem englischen Gesandten in Berlin Lord William Russell und der Herzogin von Kent gewechselten Briefe vor, weil die Schreibweise des Lords den Leser erheitern wird. Etwas Lakonischeres und bis zur Uebertrocken-keit Geschäftsmäßigeres wird sich nicht leicht denken lassen.

Lord William Russell an die Herzogin von Kent:

(Uebersetzung.)

Berlin, 3. Mai 1837.

Madame!

Würde es Ew. Königlichen Hoheit genehm sein, daß Prinz Adalbert von Preußen, der Sohn des Prinzen Wilhelm, sich auf die Liste der Bewerber um die Hand Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzeß Victoire stelle?

Ihre Einwilligung, Madame, würde an dem Berliner Hofe große Befriedigung gewähren.

Ich habe die Ehre zu sein

Ew. Königlichen Hoheit unterthänig gehorsamer Diener

W. Russell.

Die Antwort der Herzogin ist für die Haltung bezeichnend, welche die als Mutter der künftigen Königin als solche angenommen hatte.

Die Herzogin von Kent an Lord William Russell:

(Uebersetzung.)

Kensington, 8. Mai 1837.

My Lord!

Ich habe mich zum Empfang Ihres Briefes vom 3. d. M. zu bekennen, der mich fragt, ob es mir genehm sein würde, daß dem Prinzen Adalbert erlaubt werde, sich um die Hand der Prinzeß Victoria zu bewerben, und bemerkt, daß meine Zustimmung an dem Berliner Hofe große Befriedigung gewähren würde.

Das unzweifelhafte Vertrauen, welches das Land in mich setzt, da ich die einzige Mutter seit der Restauration bin, welche unbeschränkte Macht über die Erziehung des Thronerben gehabt hat, legt mir Pflichten von nicht gewöhnlicher Art auf. Deshalb könnte ich es nicht mit meinen Pflichten gegen mein Kind, den König und das Land vereinen, Ihnen die von mir gewünschte Antwort zu ertheilen. Die Anfrage muß an den König gerichtet werden.

Aber wenn ich meine Pflichten gegen den König kenne, so kenne ich auch die einer Mutter und ich will Euer Herrlichkeit offen aussprechen, daß ich der Meinung bin, die Prinzeß sollte nicht heirathen, bis sie viel älter ist. Ich will noch hinzusetzen, daß ich in Bezug auf die Wahl desjenigen, der ihre große Zukunft theilen soll, nur einen Wunsch habe, — daß in dieser Wahl ihr Glück und das Interesse des Landes verwirklicht werden möge.

Ich verbleibe mit großer Werthschätzung

My Lord

Ew. Herrlichkeit sehr aufrichtige Freundin

Victoria.

Lord William Russell erwiderte hierauf:

(Uebersetzung.)

Berlin, 24. Mai 1837.

Madame!

Ich habe den Brief empfangen, mit dem Eure Königliche Hoheit mich beehrt hat. Als ich Prinz Wittgenstein*) benachrichtigte, daß Ihre mütterlichen Gefühle Sie zu dem Glauben brächten, die Prinzeß Victoria sei zu jung zu heirathen, so sagte er, der König von Preußen werde, wenn er diese Ihre Meinung erfahre, sich gegen Prinz Adalbert's beabsichtigte Reise nach England erklären.

Ich erlaube mir Euer Königlichen Hoheit zu bemerken, daß der Antrag nur dahin ging, den Prinzen Adalbert in die Liste der Bewerber um die Hand der Prinzessin Victoria aufzunehmen, während er sich den Erfolg erst durch seinen Charakter und seine persönliche Anziehungskraft (personal attractions) erringen sollte.

Ich habe die Ehre zu verharren

Ew. Königlichen Hoheit gehorsamer und ergebener Diener

W. Russell.

---

*) Den Minister des königlichen Hauses in Berlin.

## Siebenzehntes Capitel.

## Der Thronwechsel und das erste Jahr darnach. 1837/38.

Am 24. Mai 1837 wurde Prinzeß Victoria achtzehnjährig, am 25. langte Stockmar in England an. Seit dem 20. Mai war König William so erkrankt, daß sein baldiges Ende zu befürchten stand. Am 20. Juni starb er.

In der Zeit zwischen ihrem achtzehnten Geburtstag und ihrem Regierungsantritt hatte die junge Prinzessin mit bedeutenden und ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es war Stockmar vergönnt ihr in dieser kritischen Lage wesentliche Dienste zu leisten.

Er blieb nach der Thronbesteigung noch über ein Jahr, bis in den August 1838 in England. Seine Stellung war eine äußerlich nicht definirte. Eine andere gestatteten die Verhältnisse nicht, eine andere würde ihm auch nicht zusagend und angemessen gewesen sein.

Leicht verbreiten sich irrige Vorstellungen über einen Mann, der das Vertrauen von Fürsten genießt, der aber gar keine äußere Stellung einnimmt, ja außer den nächststehenden Kreisen wenig bekannt ist. In das Publicum dringt nur so viel, daß ein Solcher einen gewissen Einfluß hat, wodurch und wie er ihn übt, weiß es nicht. Unwiderstehlich aber ist der Hang der Menschen, hinter dem, was

ihnen Geheimniß bleibt, etwas Schlimmes zu vermuthen. Für diejenigen, die von der Hofsphäre nur abgerissene Töne aus weiter Ferne vernehmen, wird daher ein Mann von Stockmar's damaliger Stellung leicht zu einem zweideutigen und bedenklichen, auf den Hintertreppen der Palläste herumschleichenden, geheimen Maschinisten und Intriganten. Gegen solche Auffassungen ist zwar Stockmar's Andenken jetzt durch Zeugnisse, wie sie in dem Buch der Königin Victoria, in den Werken von Juste über König Leopold und die belgischen Staatsmänner, in Bunsen's Memoiren u. s. w. vorliegen, ausreichend geschützt. Uns kommt indeß zu, die Art seiner Wirksamkeit auf dem delicaten englischen Terrain und in der schwierigen ersten Regierungszeit der Königin Victoria etwas näher zur Anschauung zu bringen.

Die deutschen Fürsten haben sogenannte Cabinetsräthe. Diese bearbeiten erstens die Masse von Geschäften nicht-staatlicher Natur, die vom Souverain rein privatim, ohne Zuziehung des Beamtenorganismus abzumachen sind, wohin z. B. die Behandlung der meisten Gesuche gehört. Sie unterstützen aber auch den Monarchen in seinen staatlichen Geschäften, soweit dieselben nicht von ihm im directen Verkehr mit den Ministern erledigt werden. Sie leiten diejenigen Angelegenheiten, die an das Staatsoberhaupt gelangt und weiter von den Behörden zu bearbeiten sind, in die gehörigen Wege. Sie bereiten durch ihre Vorträge und Hülfsleistungen, in dem Umfang, in welchem es der Fürst verlangt, dessen Entschließungen über die Gegenstände vor, die die Minister ihm unterbreitet haben. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Cabinetsrath, je nach dem ganzen politischen Zustande des Landes, je nach der Individualität des Herrschers, unter Umständen zum eigentlichen Minister thatsächlich werden kann.

In England ist die streng politische Sphäre des Regenten schon lange in enge Grenzen eingeschlossen. Aber es ist eine ganz falsche Vorstellung zu glauben, daß der Souverain deswegen dort eine bloße

nickende Pagode sei. Zwar die Freiheit des Ministeriums ist durch das Parlament und die Freiheit des Königs durch das Ministerium eingeschränkt, aber er behält dem Ministerium gegenüber doch noch unter gewöhnlichen Verhältnissen einen Kreis freier Entschließung und Wirksamkeit, den Stockmar so zu bezeichnen pflegte: „Der König hat es immer in der Hand, wenn ihm die nöthige Fähigkeit nicht fehlt, sein eigener Premierminister zu sein.“ Und unter gewissen außergewöhnlichen Verhältnissen, namentlich im Fall der Ministerkrise, des Ministerwechsels, erscheint der König ganz selbständig als Regulator der Staatsmaschine. Als im November 1834 König Wilhelm das Whigministerium entließ, schrieb der Herzog von Wellington an Sir Robert Peel (Peel's Memoirs, vol. II. pag. 23), seiner Meinung nach seien die neuen Minister durchaus nicht verantwortlich für das Zerwürfniß des Königs mit ihren Vorgängern, da dies eine bereits abgeschlossene Sache gewesen, als Se. Majestät ihn (den Herzog) berief. Dagegen äußerte Peel selbst (ebend. pag. 31), es sei ihm wohl bewußt, daß er durch seine Uebernahme des Ministeriums „technisch (d. i. juristisch), wenn auch nicht moralisch für die Auflösung des vorhergehenden Ministeriums verantwortlich werde, obschon er nicht den entferntesten Antheil daran gehabt.“ Todd (Parliamentary Government pag. 124) preist deswegen die überlegene Correctheit von Peel's Ansichten, weil der König constitutionell keine Regierungshandlung vornehmen könne, für die nicht jemand verantwortlich sei. Aber in jenen Worten Peel's liegt vielmehr die Anerkennung, daß die Verantwortlichkeit des neuen Ministeriums für die Entlassung des alten moralisch und praktisch ein Unsinn sei. Und sie lassen somit die thatsächliche Bedeutung der königlichen Function in einer solchen Krisis recht deutlich hervortreten. Das englische Königthum hat also einen wichtigen Kreis von politischen Geschäften zu versehen.

Die Könige vor Georg III. gebrauchten hierbei keine Cabinets- oder, wie es in England heißt, Privatsecretäre. Georg III., beschränkt,

aber pflichteifrig und arbeitsam, lag seinem königlichen Beruf persönlich mit großer Treue und Ausdauer ob, bis er 1805 blind wurde, wo er dann den Oberst Herbert Taylor als Privatsecretär annahm, dessen Besoldung aus der Krone zur Verfügung stehenden Fonds floß. Diese Einrichtung wurde von vielen politischen Männern mit Ungunst betrachtet, aber die Rücksicht gegen den König verhinderte offene Angriffe. Als später der Prinz-Regent den Obersten M'Mahon zu seinem Secretär ernannte und dessen Gehalt aus der Staatscasse bewilligt haben wollte, sah er sich durch den Widerstand, der sich im Parlament geltend machte, genöthigt, von jenem letzten Verlangen abzustehen und die Besoldung auf seine Chatulle zu übernehmen. Auch die Ernennung selbst wurde im Parlament angefochten. Es sei höchst inconstitutionell, sagten die Gegner, daß die Staatsgeheimnisse durch einen dritten, außer König und Ministern, hindurchliefen, daß der Privatsecretär die höhere Revisionsinstanz über dem Cabinet bilde. Die Minister vertheidigten jedoch die Ernennung. Der Regent, sagten sie, bedürfe der Dienste eines Secretärs zur Unterstützung in seiner Privatcorrespondenz und zur Erleichterung in der Masse der mechanischen Arbeit, die der Krone in der Besorgung der öffentlichen Geschäfte obliege.*) Ueberdies treffe den Privatsecretär keine politische Verantwortlichkeit, und sein Amt greife nicht in den Geschäftskreis oder die Verantwortlichkeitssphäre irgend eines Ministers über. Die Minister der Krone blieben immer die gesetzlichen und constitutionellen Organe, mittelst deren alle öffent-

*) Nach dem englischen System muß der Souverän eine Unmasse von Unterschriften geben. Wenn er also einen Secretär hat, der die Urkunden regelmäßig zur Unterschrift vorlegt, und die Weiterbeförderung der unterzeichneten an die gehörigen Stellen besorgt, so ist damit allein schon eine bedeutende Erleichterung geschaffen. Erst eine Parlamentsacte von 1862 hat die Arbeitslast der regierenden Königin erheblich verringert, indem sie Ihre Majestät der Nothwendigkeit enthob, alle Anstellungspatente für Armee und Flotte selbst zu unterzeichnen. Im Jahre 1862 befand sich die Königin noch mit der Unterzeichnung von Patenten aus 1858, und überhaupt von nahe an 16,000 dergleichen in Rückstand.

lichen Geschäfte betrieben würden. Die Anträge der Opposition wurden denn verworfen und der Prinz behielt seinen Privatsecretär.

Wilhelm IV. machte den früheren Privatsecretär seines Vaters, Taylor, zu dem seinigen und die Minister ließen sich diese Einrichtung ruhig gefallen, obschon sie sich natürlich sagen mußten, daß der Secretär in alles eingeweiht werden, über alles und jedes das Ohr des Königs besitzen konnte, also in der Lage war, in den Grenzen, welche der Wirksamkeit des Königs selbst gesteckt waren, einen bedeutenden Einfluß zu üben.

Bei der Thronbesteigung der Königin Victoria schien die Ernennung eines Privatsecretärs nicht rathsam. Indem man keinen ernannte, konnte man allen möglichen Intriguen um die Besetzung dieser Stelle desto leichter und plausibler ausweichen.

Ueberhaupt aber mußte es dem Ministerium ebenso wie dem Oheim Leopold, jedem von seinem Standpunkte, bedenklich sein, die jugendliche, in den Geschäften ganz neue Monarchin den Händen irgend eines einzelnen, so gestellten Mannes anzuvertrauen, dessen Einfluß um so ausgedehnter hätte werden können, je mehr er sich der Controle entzogen haben würde. Es wurde also beschlossen, daß die Königin keinen förmlichen Privatsecretär haben solle.

Thatsächlich vertheilten sich die Hülfsleistungen, deren die Königin bedurfte und die ein Privatsecretär zu leisten pflegt, unter bereits vorhandene und erprobte Personen.

Die frühere Erzieherin und Gesellschaftsdame der Prinzessin, Baronesse Lehzen*), behielt die Fürsorge für die rein persönlichen

*) Louise Lehzen, Tochter eines hannover'schen Geistlichen, trat zuerst 1818 als Gouvernante der Prinzeß Feodora von Leiningen, Tochter erster Ehe der Herzogin von Kent, in England auf. Sie wurde 1824 in dem gleichen Beruf, jedoch, wegen ihrer Ausländerschaft, ohne den ihrer Function entsprechenden Titel der Subgoverness, bei der Prinzeß Victoria angestellt. Georg IV. erhob sie 1827, auf den Betrieb der Prinzeß Sophia*), zur hannover'schen Baronesse. Sie wurde nun der Form nach der Prinzeß „vor-

*) Prinzeß Sophia, Tochter Georg's III., geb. 1777, starb unvermählt 1848.

Angelegenheiten der Königin, und, wie denn in solchen Dingen eine Grenze zu ziehen schwer, sie einzuhalten noch schwerer ist, so gaben ihr die Umstände auch einen Antheil an den nichtpolitischen Geschäften und der nichtpolitischen Correspondenz, die ein Privatsecretär hätte besorgen können.

In Bezug auf die eigentlichen Staatsgeschäfte wurden die Dienstleistungen eines Privatsecretärs zum Theil dadurch ersetzt, daß der Premier, Lord Melbourne, selbst in größerem Maaße, als sonst ein Ministerpräsident zu thun pflegt, sich dem persönlichen Verkehr mit der Königin widmete. Ingleichen nahm er außerordentlicher Weise einen erheblichen Antheil an der Berathung der nichtpolitischen Geschäfte der Königin.

Aber hiernach blieb nun insofern eine Lücke, als doch nicht alles Nöthige im Wege directer, schriftlicher oder mündlicher Verhandlung zwischen der Königin und den Ministern, insbesondere der Königin und dem Premierminister, erledigt werden konnte. Es bedurfte für solche Fälle einer Zwischenperson, namentlich im Anfang, wo so viele der Königin völlig neue und unbekannte Verhältnisse in Frage kamen. Diese Lücke wurde die nächsten 15 Monate hindurch von Stockmar ausgefüllt. Im Uebrigen war er vermöge seines Verhältnisses zum Oheim Leopold für die junge Königin natürlich auch eine Vertrauensperson, die, je nach Wunsch und Bedürfniß, über die höhern persönlichen Interessen und Hofangelegenheiten von Belang zu Rathe gezogen werden konnte, und anderseits brachte für ihn seine Beziehung zum König die Pflicht mit sich, in dessem Sinn

---

läufig bis deren Alter eine andere Einrichtung nöthig mache" als Lady in attendance (Gesellschaftsdame) beigegeben. Sie behielt diese Stellung, immer mit der thatsächlichen Function der Gouvernante (d. h. Subgoverness, Sousgouvernante), bis zur Thronbesteigung, seit 1831 unter der zur Governess ernannten Herzogin von Northumberland. Nach dem Thronwechsel blieb sie bis ins Jahr 1842 am Hofe der Königin als deren Freundin. Sie zog sich dann nach Deutschland zurück und starb daselbst 1870.

überhaupt alles für das Wohl der Nichte Erhebliche aufmerksam zu beobachten.

Seine richtige Einsicht in die Verhältnisse hieß ihn jede Einmischung in die englischen Staatsangelegenheiten sorgfältig vermeiden. Durch eine solche würde er auch entschieden gegen die Meinung seines Auftraggebers, des Königs Leopold, verstoßen und sich sofort seine ganze Stellung in England unmöglich gemacht haben. Daß er gleichwohl vielfach Gelegenheit zum Einblick in die Staatssachen hatte, trotzdem aber dem Ministerium keinen eifersüchtigen Argwohn einflößte, war die Folge seines guten persönlichen Verhältnisses zu einigen der wichtigsten Minister, namentlich dem Premier Lord Melbourne, der mit Stockmar's Hinüberkommen sehr einverstanden gewesen war, und dem Minister des Auswärtigen, Lord Palmerston. Sie schätzten seine Fähigkeit wie seinen Charakter und setzten volles Vertrauen in seine Besonnenheit, Discretion, Zuverlässigkeit und Uneigennützigkeit. „Lord Melbourne," schreibt die Königin selbst in den Early Years pag. 188, „fühlte für ihn die größte Hochachtung, Zuneigung und das unbegrenzteste Vertrauen*). Im Anfang der Regierung der Königin war der Beistand des Barons für Lord Melbourne unschätzbar." Von Lord Palmerston erzählte Bunsen Folgendes: Es sei davon die Rede gewesen, wie selten eine völlig unintereſſirte Handlungsweise bei politischen Männern anzutreffen. Da habe Palmerston gesagt: „mir ist nur ein ganz uneigennütziger Mann der Art vorgekommen, Stockmar."

Indirect kann freilich eine Vertrauensperson ab und zu eine Einwirkung auf Angelegenheiten üben, mit denen sie sich zu befassen weder Pflicht noch Neigung hat. Und wo das Vertrauen nicht auf bestimmte Gegenstände eingeschränkt ist, kann sie gelegentlich auch aufgefordert werden, direct eine Ansicht über Angelegenheiten dieser

*) Nach einem vorliegenden Brief äußerte Melbourne gegen die Königin: „Baron Stockmar ist nicht nur ein sehr guter Mann, sondern auch einer der gescheutesten, die mir begegnet."

Art zu äußern. Aber auch nach dieser Richtung machte Stockmar dem aufgeklärten Lord Melbourne keine Sorge, der Menschen und Dinge nahm wie sie sind.

Eines Tages erklärte der Sprecher des Unterhauses, Mr. Abercromby, dem Premier, er fühle sich gedrungen im Parlament die inconstitutionelle Stellung des Ausländers Stockmar zur Sprache zu bringen. Melbourne verwies den Sprecher darauf, daß Stockmar eine durch die Umstände in gewissen Beziehungen gegebene Lücke, mit seinem (M.'s) Wissen und seiner Zustimmung ausfülle. Er erzählte den Vorfall später an Stockmar, welcher ausrief: „sagen Sie nur Abercromby, er möge einen Antrag gegen mich im Parlament stellen, ich werde mich zu vertheidigen wissen." Abercromby verhielt sich ruhig. Freilich, daß Stockmar's Anwesenheit zu manchen falschen Gerüchten Anlaß gab, erregte dem Minister, wenn er auch volles Vertrauen in jenen setzte, doch mitunter ein sehr begreifliches unbehagliches Gefühl. Er äußerte dasselbe in einem Fall mit den Worten: „King Leopold and Stockmar are very good and intelligent people, but I dislike very much to hear it said by my friends, that I am influenced by them. We know it is not true, but still I dislike to have it said." (König Leopold und Stockmar sind sehr gute und gescheute Leute, aber ich habe es sehr ungern, meine Freunde sagen zu hören, daß ich von jenen beeinflußt werde; wir wissen, daß es nicht so ist, aber es ist mir unangenehm, wenn es gesagt wird.)

Lord Melbourne, damals im achtundfünfzigsten Jahre, war ein alter Lebe- und Weltmann, etwas skeptisch, wie solche zu sein pflegen, aber im Grunde ehrenwerth, wohlwollend und redlich, gescheut, sehr unterrichtet, gemäßigt liberal. Seine Hauptfehler waren: Indolenz und Sorglosigkeit, Mangel an Initiative und Festigkeit. Stockmar bezeichnete ihn häufig mit dem Spitznamen der „Pococurante."

Melbourne empfand für die Königin große Ergebenheit, ja gewann innige Anhänglichkeit für sie. Er führte sie auf die freund-

lichste und angenehmste Weise in den Geschäftsgang ein. Sie dagegen schenkte ihm ein fast kindliches Vertrauen. In einem Punkte aber war Stockmar nicht mit Melbourne einverstanden, und hatte darüber mit ihm manchen Streit; er fand bei ihm oft eine übergroße Nachgiebigkeit gegen die Parteirücksichten. Diese entsprang bei Melbourne durchaus nicht aus heftiger politischer Leidenschaft, aber er war zu schwach gegen die Wünsche seiner Anhänger, zu leichtsinnig und nachlässig, um nicht, über dem augenblicklichen Nutzen irgend einer Maaßregel, eines Verfahrens für die Whigs und das Ministerium, mitunter den Schaden zu übersehen, der daraus möglicherweise auf die Dauer für die Königin und das Königthum hervorgehen konnte.

Anstatt seiner erhabenen Schülerin die große Maxime einzuprägen, daß sie die Königin des ganzen Volkes sei, und sich von den Fesseln jeder Partei frei halten müsse, trug er theils durch Unterlassungen, theils durch Begehungssünden dazu bei, daß ihre Haltung den Anschein erhielt, als ob sie nur Königin der Whigs, ja der gerade regierenden Fraction derselben sei.

Mit der edlen Freimüthigkeit und furchtlosen Redlichkeit, welche die hohe Frau auszeichnen, bekennt sie selbst in den Early Years pag. 276 und 327, daß sie vor ihrer Vermählung in starkem Parteigefühl befangen gewesen. Ein großer Theil der Schuld hieran muß Lord Melbourne zugeschrieben werden, da die Königin nach ihrer Vermählung, nach dem Sturz des Whigministeriums eine ganz andere Bahn einschlug. Frauen wird ohnehin die Unparteilichkeit schwerer und nicht von einer jungen Dame ließ sich erwarten, daß sie der Tendenz, sie mehr und mehr mit den Whigs zu identificiren, Widerstand leisten werde, wenn dieselbe durch einen so freundlichen, solches Vertrauen genießenden Mentor wie Lord Melbourne theils gefördert, theils geduldet wurde. Die exclusive Richtung zeigte sich zunächst in den Hofanstellungen und in einer gewissen socialen Zurücksetzung der Tories in Bezug auf Einladungen, Aufmerksam-

keiten u. s. w. Später bot sich mehr Anlaß, jene vorurtheilsvolle Ausschließlichkeit auf dem eigentlich politischen Gebiet auffällig zu bekunden. Sie war um so gefährlicher, als das Whigministerium, innerlich und äußerlich schwach, seinen Gegnern nicht imponirte. Die üblen Folgen wuchsen freilich erst im Laufe der nächsten Jahre zu handgreiflicher Bedeutung heran und erreichten in dem Jahre vor der Vermählung der Königin, 1839, ihren Höhepunkt.

Schon vorher, im Sommer 1838, verließ Stockmar England. Ihm war bereits eine neue Aufgabe zugefallen, von der wir im nächsten Capitel zu sprechen haben. Sie stand mit der projectirten Vermählung der Königin in Verbindung.

---

Achtzehntes Capitel.

## Fortgang der Vermählungsangelegenheit bis zur Verlobung. 1838/39.

Die neue Aufgabe, welche Stockmar im Jahre 1838 nach seiner Abreise aus England zufiel, bezog sich auf das Project der Vermählung der Königin mit ihrem Vetter, Prinzen Albert.

Wir sahen, wie der Prinz bei seinem Besuch in London 1836 den „ersten Eindruck“ hervorgebracht, ohne daß damals unter den Hauptbetheiligten irgend etwas ausgesprochen wurde. Gleichwohl hatte jener Besuch im Publicum den Gedanken an eine beabsichtigte Vermählung rege gemacht und Gerüchte der Art hatten sich während des Aufenthalts der Prinzen in Brüssel (1836 auf 37) noch weiter verbreitet. Aber erst im Februar und März 1838, wo Prinz Albert seinen Oheim wieder in Brüssel besuchte, besprach dieser den Heirathsplan offen und eingehend mit ihm.

Der König schreibt im März an Stockmar*):

„Ich habe eine lange Conversation mit Albert gehabt, und ihm den ganzen Casus ehrlich und freundlich vorgelegt. Er betrachtet die Frage von dem höchsten und ehrenwerthesten Standpunkt. Er sieht ein, daß Mühseligkeiten von allen menschlichen Stellungen untrennbar sind, und daß also, da man Plagen und Unannehmlichkeiten nicht entgehen kann, es besser ist, sie für einen großen und würdigen

*) Early Years pag. 216.

Zweck, als für Kleinigkeiten und Elendigkeiten zu ertragen. Ich habe ihm gesagt, daß es nöthig sein werde, die Heirath einige Jahre zu verschieben. Ich fand ihn hierüber sehr vernünftig. Jedoch machte er eine richtige Bemerkung. „Ich bin bereit," sagte er, „mich diesem Aufschub zu unterwerfen, wenn ich nur einige Sicherheit habe. Aber wenn ich, nachdem ich vielleicht drei Jahre gewartet, finden sollte, daß die Königin die Heirath nicht mehr wünscht, so würde mich das in eine lächerliche Position bringen und bis zu einem gewissen Grade alle meine ferneren Lebensaussichten vernichten." Irre ich nicht sehr, fährt der König fort, so besitzt er alle erforderlichen Eigenschaften für die Stellung, die er in England einnehmen soll. Sein Verstand ist gesund, seine Auffassung klar und rasch und sein Gefühl richtig. Er hat große Gabe der Beobachtung und besitzt viel Klugheit, ohne irgend etwas Kaltes oder Moroses an sich zu haben."

Der König hatte einen Aufschub der Vermählung für nöthig erklärt, weil die Königin selbst einen solchen begehrt hatte. Sie hatte dem Oheim ausgesprochen, daß sie in den nächsten drei oder vier Jahren nicht an das Heirathen denken könne und ihre frühere Correspondenz mit dem Vetter seit ihrer Thronbesteigung abgebrochen.

Rührend, Ehrfurcht gebietend, echt königlich aber echt weiblich, ist das Selbstbekenntniß Victoria's in den Early Years pag. 219, das wir uns nicht enthalten können anzuführen:

„Die Königin kann jetzt nicht ohne Indignation gegen sich selbst an ihren Wunsch zurückdenken, den Prinzen drei oder vier Jahre hinzuhalten, auf die Gefahr hin alle seine Lebensaussichten zu vernichten, bis sie sich geneigt fühlte zu heirathen."

„Das Einzige, was die Königin zu ihrer Entschuldigung anführen kann, ist die Thatsache, daß der plötzliche Wechsel von dem abgeschlossenen Leben in Kensington zu der Unabhängigkeit der Stellung einer regierenden Königin im Alter von 18 Jahren, ihr alle Heirathsgedanken aus dem Sinn brachte, was sie jetzt bitterlich

bereut. Eine schlimmere und allen natürlichen Gefühlen und Neigungen schädlichere Schule für ein junges Mädchen läßt sich nicht wohl erdenken, als die Stellung einer 18jährigen Königin, ohne Erfahrung und ohne Gemahl sie zu leiten und zu stützen."

Im April machten die beiden Coburgischen Prinzen einen zweiten Besuch in Brüssel. Am 12. April schreibt der König an Stockmar:

„Albert ist sehr zu seinem Vortheil verändert. Er sieht so viel männlicher aus. Soll er warten bis er 21, 22 oder 23 Jahre alt ist, so wird es für ihn unmöglich eine neue Carrière zu beginnen und sein ganzes Leben würde verdorben sein, wenn die Königin andern Sinnes werden sollte."

Die Königin hatte indeß, wie sie selbst in den Early Years erklärt, den Gedanken an die Heirath nie völlig aufgegeben. Noch ehe Stockmar England verließ, sprach sie ihm dies aus und ertheilte ihm schriftlich den Auftrag, den Prinzen auf einer zu dessen Ausbildung dienlichen Reise zu begleiten. Der Plan einer solchen war bereits bei dem ersten Besuch in Brüssel im März festgestellt worden.

Im December trat der Prinz seinen Weg nach Italien in Begleitung von Stockmar an. In Florenz, wo die Reisenden sich länger aufhielten, schloß sich der jetzige Generalmajor Seymour an. Florenz, Rom, Neapel gewährten dem Natur- und Kunstsinn des Prinzen reiche Nahrung und die Reise legte den Grund zu einem lebenslänglichen, immer vertrauter sich gestaltenden Verhältniß mit Stockmar. In den Early Years pag. 207 ist ein Brief des Prinzen vom 30. Juni 1839 abgedruckt, in dem er sich selbst über seinen italienischen Aufenthalt so ausspricht:

„Mein Leben dort war im Ganzen sehr angenehm. Die Gesellschaft eines so höchst ausgezeichneten Mannes, wie Baron Stockmar, war für mich vom höchsten Werth und Vortheil. Ich war auch von einem jungen, sehr liebenswürdigen Engländer, Mr. Seymour, begleitet, mit dem ich sehr vertraut geworden bin. Vor allen Dingen

herrschte zwischen uns stets diejenige vollkommene Harmonie, welche für den Genuß des Lebens so unentbehrlich ist."

Im Mai 1839 trennte sich Stockmar in Mailand vom Prinzen und ging demselben nach Coburg voraus.

In einer Aufzeichnung, von der uns nur ein Bruchstück vorliegt, sprach er sich über die Resultate seiner Beobachtungen aus, die er während der Reise über Prinz Albert gemacht hatte. Wir führen Einzelnes daraus an, nicht als ob es dem Bilde des Prinzen entspräche, wie er später, aus sich und durch die Gunst der Umstände fortschreitend, in den nächsten zwanzig Jahren erschien, vielmehr gerade, weil sich hier an einem merkwürdigen Beispiel sehen läßt, wie eine gegebene Individualität sich im Laufe der Zeit modificiren kann.

„Der Prinz", schreibt Stockmar, „sieht seiner seligen Mutter frappant ähnlich, und ist ihr auch, bei mancher Verschiedenheit, in vieler Hinsicht körperlich und geistig nachgeschaffen. Er hat ganz dieselbe Beweglichkeit und Geschicklichkeit des Geistes, denselben Verstand, das nämliche Bedürfniß und auch Talent, Andern gegenüber gutmüthig und liebenswürdig zu erscheinen, dieselbe Neigung zu Espièglerien, zur Behandlung von Dingen und Menschen auf eine drollige und daher oft gefällige Weise, dieselbe Art sich nicht lange bei einem Gegenstande aufzuhalten."

„Seine körperliche Constitution kann nicht kräftig genannt werden, doch möchte ich glauben, daß er sie, bei gehöriger diätetischer Behandlung seiner selbst, leicht würde befestigen und dauerhaft machen können. Nach Anstrengungen kann er oft auf kurze Zeit blaß und erschöpft aussehen. Große Anstrengungen sind ihm zuwider, er schont sich moralisch und physisch sehr gern."

„Voll des besten Willens und der edelsten Vorsätze, bleibt er oft in der Ausführung stecken."

„Sein Urtheil ist über manche Dinge reifer als seine Jahre; — er zeigt indeß bis heute wenigstens für alle politischen Vorgänge

auch nicht das geringste Interesse. Selbst die bedeutendsten Ereignisse dieser Art vermögen ihm nicht einmal während ihres unentschiedenen Verlaufs die Durchlesung eines Zeitungsblattes abzunöthigen. Alle auswärtigen Zeitungen perhorrescirt er ohnehin, und, indem er sagt, daß die Augsburger Allgemeine Zeitung das einzige lesenswerthe und nöthige Blatt sei, liest er auch nicht einmal dieses."

„In Bezug auf les belles manières bleibt Manches zu wünschen. Dieser Mangel muß hauptsächlich darauf gerechnet werden, daß seine frühesten Jahre zu sehr des Umgangs und der Aufsicht einer Mutter oder eines gebildeten weiblichen Wesens entbehren mußten."

„Er wird im Ganzen stets bei Männern mehr Glück als bei Damen machen. Er ist bei diesen zu wenig empressirt, zu gleichgültig und zurückhaltend."

So weit das Bruchstück, an das sich uns folgende Betrachtungen knüpfen.

Eine bestimmte menschliche Anlage kann in verschiedener Weise, aber doch nur innerhalb gewisser Grenzen entwickelt werden. Was aus einem Menschen werden wird, ist nicht mit der Anlage unveränderlich gesetzt; es kann aber auch nicht aus einem bestimmten Individuum sich alles Beliebige herausgestalten, sondern Jeder kann sich nur innerhalb der in seine Natur gelegten Möglichkeiten entwickeln. Das, was wirklich aus dieser Entwicklung herauskommt, ist das Product zweier zusammenwirkenden Factoren, der im Innern vorhandenen, unter sich im bestimmten Verhältniß stehenden Kräfte, und der äußeren günstigen oder ungünstigen Umstände.

Niemand würde aus den Zügen jenes Fragments errathen können, welch ein Mann der Prinz später war. Jene Züge werden aber, als von einem guten und günstig gestellten Beobachter aufgezeichnet, damals wohl richtig gewesen sein. Indem wir die Schilderung Stockmar's in einigen Hauptpunkten mit der Gestalt des Prinzen in seinen späteren Jahren vergleichen, wird auffallend heraus-

springen, wie sich dessen Natur im weitern Verlauf zum Theil wesentlich umgebildet hat.

Was Stockmar über die körperliche Constitution des Prinzen sagt, hat sich durch den schließlichen Ausgang traurig bewahrheitet. Sein Nervensystem ward nie kräftig, es konnte stets durch Anstrengungen leicht erschöpft werden, wo er dann auf einige Zeit blaß und matt aussah.

Die Art und Weise des Prinzen, sich in Verkehr mit Anderen zu geben, war auch in dessen reiferen Jahren gegen das jugendliche Wesen von 1839 nicht verändert. Im vertraulichen Umgang zeigte sich ganz die alte jugendliche Heiterkeit, Liebenswürdigkeit, kindliche Freude am Scherzhaften und Komischen und Virtuosität in dessen Hervorbringung und Darstellung. Freilich im größeren Kreise sah man ihn förmlich, gemessen, zurückhaltend, Viele sagen kalt und steif. Aber so war er schon als junger Mann gewesen. An seinen Jugendfreund, den Fürsten Löwenstein, schreibt er aus Florenz (25. Februar 1839) Early Years pag. 197: „Ich habe mich die Zeit her ganz in den Strudel der Gesellschaften gestürzt. Ich habe getanzt, dinirt, suppirt, Complimente gemacht, mich und mir präsentiren lassen, französisch und englisch parlirt, alle Phrasen über das Wetter erschöpft, den Liebenswürdigen gespielt, kurz bonne mine à mauvais jeu gemacht. Du kennst meine Passion für dergleichen.“ Die gute Miene, die Jemand zu dem macht, was ihm wie ein übles Spiel vorkommt, ist gewiß nicht die beste, die er überhaupt machen kann. Und wie der Zwanzigjährige nicht sehr geneigt war, sich den Damen gesellschaftlich zu widmen, so bemerkt die Königin a. a. O. 290, daß ihm dies als eine Beschäftigung immer unangenehm blieb.

In anderer Hinsicht sind aber mit dem Prinzen später die größten und wichtigsten Wandlungen vorgegangen.

Stockmar spricht von der Abneigung des Jünglings gegen ernste geistige Anstrengung, von seiner Schwäche in der Ausführung der leicht gefaßten guten Vorsätze. Und aus diesem Jüngling erwuchs ein Mann, unermüdlich in angespannter geistiger Thätigkeit, von der

strengsten Treue, Gewissenhaftigkeit, Festigkeit und Consequenz in gemessener, regelrechter, mühevoller Pflichterfüllung nach jeder Seite.

Der junge Fürst von 1839, der der Politik so wenig Geschmack abgewann, daß er sich kaum dazu bringen konnte eine Zeitung, geschweige denn eine andere als die Augsburger Allgemeine zu lesen, er wurde der Gehülfe, und welch' ein Gehülfe! seiner Gemahlin in der Regierung eines der größten Reiche, vom frühen Morgen bis in die späte Nacht der großen Politik lebend. Und wenn er auch (um diese untergeordnete Einzelheit zu erwähnen) die Zeitungslectüre nie besonders liebte, so gehörte es doch später zu seinem regelmäßigen Tagewerk, wenigstens den politischen Theil der Times mit ihren unendlichen Spalten ganz durchzulesen.

Diese wichtigen und großen Veränderungen im Wesen des Prinzen sind ohne Zweifel zum Theil dem natürlichen Wachsthum und Reifen seiner Kraft zuzuschreiben, woraus auch dem edlen pflichtmäßigen Vorsatz die größere Macht zuströmte. Aber es kommt noch ein Anderes hinzu. Es giebt Naturen, in denen gewisse Talente und Vermögen so stark angelegt sind, daß sie mit Ungestüm von selbst zur Anwendung und Ausübung an den geeigneten Gegenständen hintreiben. Es giebt andere, deren Talent und Kraft erst durch den von günstigen Umständen nahe gelegten, oder gar aufgezwungenen Contact mit den entsprechenden Gegenständen hervorbringt und wächst. Von der letzten Art war offenbar der Prinz. Und Stockmar sah ihn in England bald zu einem ganz Anderen werden, als er ihn, nach dem obigen Briefe, in Italien gefunden hatte.

Nach der Rückkehr des Prinzen von der italienischen Reise wurde beschlossen, daß er mit seinem Bruder sich im Herbst nach England begeben sollte, damit sich sein und der Königin Schicksal entscheide. Seit Stockmar's Abreise hatten sich die dortigen Verhältnisse nicht erfreulich gestaltet. Die im Vorhergegangenen bezeichneten Uebelstände hatten sich weiter entwickelt. Es fehlte im Rathe und in der Umgebung der Königin an einer besonnenen, festen Leitung. Dies

war besonders an zwei bedeutenden Vorgängen zu Tage getreten, der sogenannten Hofdamenfrage (Bedchamber question) bei dem Rücktritt des Melbourn'schen Ministeriums im Mai 1839 und dem traurigen Fall der Lady Flora Hastings. Stockmar schrieb bei diesen Vorkommnissen einen bedeutenden Antheil von Schuld der Sorglosigkeit und Schwäche Lord Melbourne's zu.

Für den continentalen Leser ist es nothwendig, jene Ereignisse kurz zu erzählen.

Im Mai 1839 erlangte das Ministerium Melbourne in einer Verhandlung über eine wichtige Maaßregel in Betreff der Verfassung von Jamaica eine so geringe Majorität, daß es sich bewogen fand seine Entlassung zu nehmen. Die Königin berief Sir Robert Peel und erklärte ihm gleich in der ersten Unterredung mit größtem Freimuth, sie bedaure sehr, sich von ihren bisherigen Ministern zu trennen, mit denen sie vollkommen zufrieden gewesen. Diese Einleitung verhinderte indeß den Fortgang der Verhandlung nicht und die Bildung des neuen Ministeriums stieß auf keine Schwierigkeit, bis Sir Robert Peel die Forderung eines Personenwechsels in den Stellen der ersten Hofdamen (Ladies of the Bedchamber) erwähnte, welche Stellen die Whigminister vollständig mit ihren nächsten Verwandten besetzt hatten. Die Königin sprach sich sofort mündlich gegen jeden derartigen Wechsel aus. Sie befragte dann Lord Melbourne. Dieser berieth sich mit seinen Collegen und das Resultat war, daß das alte Ministerium die Verantwortlichkeit für ein Billet der Königin an Sir Robert Peel übernahm, worin es hieß: „Die Königin hat den von Sir Robert Peel ihr gestern gemachten Vorschlag erwogen, ihre ersten Hofdamen (Ladies of the Bedchamber) zu entfernen. Sie kann nicht in eine Maaßregel willigen, die sie als dem Herkommen zuwiderlaufend betrachtet und die ihren Gefühlen widerstreitet." Sir Robert Peel legte darauf sofort den ihm gewordenen Auftrag nieder und die früheren Minister traten wieder ein.

Man ist heuzutage einverstanden*), daß Peel vom verfassungsmäßigen Standpunkt im Rechte war, und, nach den thatsächlichen Umständen, der exclusiven Zusammensetzung des Hofes und der damaligen exclusiven Richtung der Königin im whiggistischen Sinne, hatte er allen Grund auf jenem Standpunkt zu bestehen. Stockmar fand es sehr tadelnswerth, daß Lord Melbourne die junge Monarchin nicht davon abhielt, ihre Abneigung gegen die Tories in so auffälliger Weise zu bekunden und die Bildung eines Torhministeriums aus constitutionell unhaltbaren Gründen zu vereiteln.

„Die jüngsten Ereignisse in England," schreibt er, „betrüben mich. Wie konnte man die Königin zum Schaden der ganzen Monarchie solche Fehler begehen lassen! Melbourne mußte der Nation den praktischen Versuch gestatten, ob denn wirklich ein Torycabinet sich halten könne. Ich an seiner Stelle würde froh gewesen sein, Wellington und Peel einige Zeit am Ruder zu sehen. Denn hatten sie Erfolg, so war damit der Beweis geliefert, daß Melbourne's Cabinet ohnehin auf längere Fortdauer nicht hätte rechnen können; — und mißlang es ihnen, so blieb das Ansehen der Königin intact und Melbourne war vor den Augen der Welt gerechtfertigt, ja berufen, mit einem modificirten Cabinet wieder einzutreten."

Während diese politische Episode England in Bewegung setzte, die natürlich die Popularität der Königin bei den Tories nicht vermehrte, hatte sich am Hofe eine andere Verwicklung angesponnen, die erst später, im Sommer und Herbst, zu einer Katastrophe führte.

Lady Flora Hastings, eine Hofdame der Herzogin von Kent, welche sich mit der Letztern am Hofe der Königin aufhielt, zeigte im Winter 1839 eine Veränderung ihrer Gestalt, die ihrer Ehre nachtheilige Schlüsse hervorrief. Die Sache wurde von den Hofdamen der Königin an diese gebracht. Es fand eine ärztliche Untersuchung

*) S. **May Const. Hist. I, pag. 132, Todd: Parliamentary Government I, pag. 130. 190.**

statt, welche den völligen Ungrund jenes Verdachts darthat. Die Familie Hastings, zu den Tories gehörig, war auf's Tiefste beleidigt. Sie sah in dem Vorgegangenen das Resultat eines teuflischen Complotts der Whiggistischen Hofdamen gegen Lady Flora, und verlangte Bestrafung der Schuldigen. Eine solche war natürlich unmöglich, da man am Hofe, wenn auch übereilt, doch in völlig gutem Glauben gehandelt hatte. In dieser Lage der Dinge starb Lady Flora an einem tief gewurzelten Uebel, das erst die Section enthüllte. Ihr Tod steigerte die Wuth der Tories gegen die Whigs und ihre Animosität gegen die Königin auf's Höchste. Im Publicum aber wuchs durch diese Vorgänge der Wunsch, daß die Königin sich bald dem Schutz und der Leitung eines Gemahls anvertrauen möchte.

Unter solchen Umständen langten die beiden Prinzen von Coburg am 10. October in Windsor an. Der Prinz Albert war, wie die Early Years berichten, entschlossen, der Königin zu erklären, daß er, wenn sie nicht jetzt sich entscheide, nicht länger auf ihre Entschließung zu harren vermöge. Aber schon am 15. October kam es zur Verlobung. Am 16. kündigte der Prinz das Ereigniß Stockmar in folgendem Briefe an*):

„Ich schreibe Ihnen heute an einem der glücklichsten Tage meines Lebens, und die freudigste Nachricht, die ich Ihnen mittheilen kann. (Er beschreibt dann die Scene der Verlobung und fährt fort): Sie ist so gut und freundlich gegen mich, daß ich oft gar nicht glauben kann, daß mir solche Herzlichkeit werden soll. Ich weiß, Sie nehmen Theil an meinem Glück, darum schütte ich mein Herz vor Ihnen aus! — Mehr und ernster kann ich Ihnen nicht schreiben, dazu bin ich in diesem Augenblick zu confus, denn:

Das Auge sieht den Himmel offen,
Es schwelgt das Herz in Seligkeit."

*) Early Years pag. 420.

Stockmar drückte dem Prinzen brieflich seine herzlichen Glückwünsche aus, und verband damit ernste Mahnungen und Rathschläge über die Haupt- und Cardinalpunkte, die zur Begründung seines künftigen Glücks und zur würdigen Erfüllung seiner Aufgabe nöthig seien.

Der Prinz antwortete am 6. November aus Windsor*):

„Bester Herr von Stockmar!

Haben Sie tausend tausend Dank für Ihren so lieben, freundlichen Brief. Ich dachte mir, Sie würden bestimmt vielen Antheil an einem Gegenstand nehmen, der für mich so wichtig ist, den Sie vorbereiteten. Ihre Voraussage hat eingetroffen: der Event hat uns überrascht, ehe wir ihn erwarten konnten, und nun thut es mir doppelt leid, daß ich den letzten Sommer, den ich noch zu vielen nützlichen Vorbereitungen hätte anwenden können, durch verwandtschaftliche Rücksichten, und die widersprechende Ansicht derer, die auf die Eintheilung meines Lebens wirkten, verloren habe. Ihre freundschaftlichen wohlwollenden Rathschläge zur wahren Begründung meines zukünftigen Glücks habe ich recht beherzigt, und sie stimmen ganz mit den Grundsätzen überein, die ich im Stillen mir darüber gemacht habe. Eine Persönlichkeit, ein Charakter, der die Achtung, die Liebe und das Vertrauen der Königin und der Nation erweckt, muß die Grundlage der Stellung sein. Jene Persönlichkeit bürgt für die Gesinnung, die den Handlungen zu Grunde liegt, und sollten auch Mißgriffe geschehen, so werden sie leichter jener Persönlichkeit zu Gute gehalten, als oft die großartigsten schönsten Unternehmungen eines Mannes unterstützt werden, zu dem man Vertrauen zu fassen nicht im Stande ist. Bin ich also ein edler Fürst im eigentlichsten Sinne des Wortes, wie Sie mir zurufen, so wird mir besonnene und kluge Handlungsweise um so leichter, und deren Resultate um so segensreicher. Ich will den Muth nicht

*) Early Years pag. 421.

finken lassen, mit kräftigem Vorsatz und wahrem Eifer kann es nicht fehlen, in Allem edel, männlich, fürstlich zu bleiben.

Zum Handeln bedarf es erst guten Rathes, den Sie mir am besten geben könnten, wenn Sie sich entschließen wollten, das erste Jahr wenigstens meines Hierseins Ihre Zeit mir zu opfern.

Ich habe Ihnen noch viel zu sagen, und muß doch jetzt schließen, da der Courier nicht länger säumen kann. Ich hoffe dann mündlich in Wiesbaden mehr mit Ihnen mich darüber zu unterhalten.

In der Hoffnung, Sie dann dort recht wohl und gesund zu finden, bleibe ich

Ihr treuer Albert.

Windsor, 6. November 1839.

P.S. Noch muß ich Ihnen sagen, was ich dein Onkel zu schreiben vergaß: daß es nach unserer Abreise durchaus nothwendig sein wird, eine Courierkette zwischen Coburg, Wiesbaden, Brüssel und London zu organisiren, um im Stande zu sein, rasch, oft und sicher schreiben zu können. Ich bitte, sprechen Sie mit dem Onkel darüber."

Der Oheim Leopold befand sich seit Ende October zum Gebrauch einer Kur in Wiesbaden. Er hatte Stockmar zu sich gerufen, der den ganzen November bei ihm blieb. Die Prinzen langten auf ihrer Rückreise von England ebenfalls am 20. dort an. Es wurden alle Anforderungen der Zukunft Albert's, alle Schwierigkeiten seiner Stellung in England eingehend und gründlich besprochen. Der Prinz hatte, wie wir sahen, an Ort und Stelle einen genügenden Einblick in die Dinge gewonnen, so daß er das Bedürfniß, den Rath und Beistand Stockmar's beim Beginn seiner Laufbahn zur Seite zu haben, lebhaft empfand. Es wurde bestimmt, daß Stockmar schon einige Zeit vor der auf den Februar festgesetzten Vermählung in England eintreffen sollte.

Ein Brief an Baroneß Lehzen vom 15. December 1839 zeigt, wie er zu dieser Zeit von dem Prinzen und dessen Zukunft dachte.

„Mit wahrer Freude versichere ich Sie, daß, je mehr ich den Prinzen kennen lerne, desto mehr ich ihn liebe und achte. Sein Verstand ist so gesund und klar, sein Gemüth so unverdorben, kindlich, dem Guten wie der Wahrheit zugewandt, daß es nur zweier äußern Elemente bedürfen wird, um einen recht ausgezeichneten Fürsten aus ihm zu machen. Das erste Element wird Gelegenheit und Zeit sein, um Menschen und Welt gehörig kennen zu lernen, das zweite wird der Umgang mit erfahrenen, gebildeten und rechtschaffenen Engländern sein, durch welche er die Nation und ihre Verfassung richtig kennen und begreifen lernen könnte. . . . . Was sein künftiges Verhältniß zur Königin betrifft, so hoffe ich mit Zuversicht, daß sich Beide innig lieben, vertrauen und achten lernen und dadurch sich gegenseitig glücklich machen werden. Wie ich die Königin gekannt habe, war sie stets von schneller und großer Einsicht, und dabei gerade, von seltener Reinheit des Gemüths, ohne alle Eitelkeit und Prätention. Sie wird daher dem Kopf und Herzen des Prinzen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und, wenn dies geschieht, wenn der Prinz von der Königin wirklich geliebt und für das anerkannt wird, was er ist, so halte ich ihn für in der Hauptsache geborgen, zumal wenn er dabei auch die Achtung der Nation zu erlangen verstehen wird. Stürme, Unannehmlichkeiten wird freilich auch er zu bestehen haben, wie jeder Mensch, und hochgestellte Personen am meisten. Doch hat er wirklich die Liebe der Königin und die Achtung der Nation, so will ich auch verbürgen, daß nach dem Sturm er immer wieder im sichern Hafen ankommen wird. Vollkommen Recht gebe ich Ihnen daher, wenn Sie meinen, es sei das Beste, ihn seinem richtigen Verstande, seinem gesunden Gefühl und seinem frommen Sinn zu überlassen.“

---

Neunzehntes Capitel.

## Die Vermählung der Königin und die Stellung des Prinzen. 1840.

---

Am 9. Januar kam Stockmar in England an.

Sein nächstes officielles Geschäft wär der Abschluß des Heirathsvertrags, den er als Bevollmächtigter des Prinzen mit Lord Palmerston zu verhandeln hatte. „Ich besuchte Lord Palmerston auf Carlton Terrace," schreibt er. „Ich fand ihn sehr zerstreut und abgehetzt; doch gratulirte er mir auf's Herzlichste, versichernd, daß unter allen möglichen Heirathen diese am meisten seinen Beifall habe. Wir verabredeten das Nöthige über die Behandlung des Geschäfts."

In den nächsten Wochen hatte Stockmar Gelegenheit zu beobachten, wie die bevorstehende Verbindung in England aufgenommen wurde. Wir fassen seine in verschiedenen Briefen aus dem Januar und Februar zerstreuten Aeußerungen zusammen.

„Die Ultratories bringen dem Prinzen ungünstige Vorurtheile entgegen, wobei der Einfluß Ernst August's von Hannover nicht zu verkennen. Sie geben aus, der Prinz sei ein Radicaler und ein Ungläubiger (infidel). Sie sagen, George Cambridge oder ein Prinz von Oranien hätte der Gemahl der Königin werden müssen. Im

Allgemeinen hat der bloße Entschluß der Königin, zu heirathen, als Erfüllung eines allseitig gefühlten Bedürfnisses, auch mit Rücksicht auf die dem Volke sehr unliebsame Eventualität der Thronfolge von Ernst August und seinem Stamm, die Popularität Ihrer Majestät gehoben und wird auch dem innerlich sehr schwachen Ministerium für einige Zeit wieder etwas mehr Kraft einflößen. Gegen die Person des Bräutigams ist das Publicum ziemlich gleichgültig; allgemein höre ich die Klage, daß er zu jung sei."

Die Gereiztheit der Tories gegen die Königin und das Ministerium, die Indifferenz der Whigs gegen die Person des künftigen Gemahls, die heftige Erbitterung beider Parteien gegen einander, ihre gleichmäßige Unbekümmertheit um die Interessen des Königthums, die durch Finanznoth und Stockung von Handel und Gewerbe geförderte Maaßlosigkeit des Radicalismus, die Sorglosigkeit und das Ungeschick, welche das Whigministerium kennzeichneten, alles das ließ für die Behandlung der auf die künftige Stellung des Gemahls der Königin bezüglichen Fragen nichts Günstiges voraussehen.

Eine verhältnißmäßig untergeordnete Angelegenheit gab dem Prinzen schon in den letzten Monaten vor der Vermählung Anlaß, seine Grundsätze über die von ihm einzunehmende parteilose Haltung geltend zu machen.

Es handelte sich um Anstellung eines Privatsecretärs und Schatullverwalters für ihn. Lord Melbourne schlug seinen früheren Secretär Mr. Anson vor.

Der Prinz konnte darin die Absicht der Whigs sehen, ihren Einfluß bei ihm vorsorglich zu befestigen. Er wollte sich nicht in demonstrativer Weise von vorn herein die Farbe eines Whig geben lassen. Er kämpfte gegen jene Anstellung aus seinem Princip heraus, daß er über den Parteien stehen müsse, energisch an. Man war jedoch in der Sache schon so weit gegangen, daß es schwer fiel das Geschehene rückgängig zu machen, und so gab er auf Stockmar's Rath nach, und fand, wie die Early Years pag. 323 mit Recht sagen,

an Anson einen treuen, ergebenen, redlichen, allen Ränken fremden Diener.

Am 16. Januar eröffnete die Königin das Parlament in Person, und kündigte in der Thronrede ihre beabsichtigte Vermählung an. Bei der Berathung der Antwortsadresse gab sich die chicanöse Gereiztheit der Tories kund. Sie beklagten sich, daß in der Ankündigung der Vermählung Prinz Albert nicht ausdrücklich als protestantischer Prinz bezeichnet worden. Die Regierung habe dies wohl aus zarter Rücksicht für ihre irländisch katholischen Anhänger unterlassen. Zwar zweifle man nicht, daß er Protestant sei; aber es auszusprechen sei eine Beruhigung für das Land, ein Beweis, daß England noch ein protestantischer Staat. Der Herzog von Wellington beantragte im Oberhaus zu der Bezeichnung „Prinz" in der Antwortsadresse das Wort „protestantisch" hinzuzufügen, und drang damit gegen die Regierung durch. Einige Tage darauf erhielt Stockmar ein Billet von Palmerston, das doch bewies, daß von irgend einer Seite, sei es aus Bosheit, sei es aus Unverstand, Bedenken wegen der Religion des Prinzen angeregt worden waren. Palmerston schrieb „in großer Eile": „Können Sie mir sagen, ob Prinz Albert zu irgend einer protestantischen Secte gehört, deren Satzungen ihn abhalten könnten, das Abendmahl nach dem Ritus der englischen Kirche zu nehmen?"

Stockmar erwiderte ihm auf der Stelle im entschiedensten Ton, daß der Prinz nicht nur zu keiner Secte gehöre, sondern auch, daß kein wesentlicher Unterschied zwischen dem Abendmahlritus der deutsch-protestantischen und der englischen Kirche bestehe. „Dies schlichtete die Skrupel," berichtet er; „Gott weiß was, bei dem jetzigen Fanatismus, für horrible Dummheiten herausgekommen sein würden, hätte Palmerston nicht durch meine decidirte Antwort die Uebelgesinnten unschädlich machen können."

Von größerer Tragweite waren zwei andere Angelegenheiten, die noch vor der Ankunft des Prinzen in England erledigt werden

sollten, und auf deren Verlauf die oben aufgezählten ungünstigen Umstände sehr unerfreulich einwirkten. Es waren dies die Bestimmung des Jahrgeldes und des Ranges des Prinzen.

Mit charakteristischer Sorglosigkeit erklärte Lord Melbourne im November 1839 der Königin (Early Years pag. 251): Das Cabinet befürchte keinerlei Schwierigkeiten hinsichts der zu beantragenden Bewilligung. Als aber die Sache im Parlament zur Verhandlung kam, zeigte sich die Lage ganz anders.

Die Regierung forderte für den Prinzen ein Jahrgeld von 50,000 Lstrl. Sie stützte sich dabei auf die Analogie seiner Stellung mit der einer Queen consort, Gemahlin eines regierenden Königs. Die Königin Caroline (Gemahlin Georg II.), Charlotte (Gemahlin Georg III.) und Adelheid (Gemahlin Wilhelm IV.) hatten jede eine Schatulle von 50,000 Lstrl. gehabt. Ebenso groß war, wie wir wissen, die Annuität des Prinzen Leopold, des Gemahls einer englischen Thronerbin gewesen. Die Höhe der Bewilligung fand aber im Parlament Widerstand, sowohl bei den Radicalen als bei den Tories. Der radicale Hume stellte ein Amendement, die Summe auf 21,000 Lstrl. herabzusetzen, indem er die üblichen von der Schwere der Steuerlast, von dem bedrängten Zustand des Volkes hergenommenen Sparsamkeitsgründe anführte. Der Ultratory Oberst Sibthorp schlug 30,000 Lstrl. vor.

Das Ministerium benahm sich lässig und ungeschickt. Schon einige Tage vor Beginn der Parlamentsverhandlungen erklärte Melbourne der Königin (vergl. Early Years pag. 277), daß eine Niederlage zu befürchten sei. „Als ich dies vernahm," schreibt Stockmar, „ging ich zu ihm, und fragte, ob er nicht eine Verständigung mit der Opposition für zweckmäßig halte, und ob er mich autorisiren wolle, indirecte Verhandlungen deshalb mit Wellington und Peel anzuknüpfen." Er antwortete: „Nein! Mein Verhältniß zum Herzog hat sich in der neueren Zeit verändert. Wir stehen nicht mehr auf demselben Fuße wie bei Ihrer letzten Anwesenheit."

Es war Stockmar's consequent festgehaltene Maxime, daß derartige, das Interesse des Königthums betreffende Fragen als über alles Parteiwesen erhaben mit den Häuptern der Opposition vertraulich verhandelt werden müßten, eine Maxime, nach der später der Prinz mit Erfolg regelmäßig verfahren ist.

„Auf eigene Faust", sagt Stockmar, „wagte ich damals nicht mit der Gegenpartei zu unterhandeln. Später habe ich mich oft gefragt, ob nicht alles besser gegangen wäre, wenn ich aus eigener Machtvollkommenheit mit Peel angeknüpft hätte."

In den Unterhausverhandlungen vom 22., 24. und 27. Januar war das Verhalten der Minister wieder der Sache ungünstig. Lord John Russell in seiner Darlegung vom 24. beging den großen Fehler zu sagen, die besondere Hofhaltung des Prinzen werde etwa 8000 Lstrl. kosten, wo denn der Opposition die Frage nahe gelegt war, was denn mit den übrigen 42,000 bezweckt sei. Sodann ließ sich Lord John Russel verleiten, den Streit auf das Gebiet der Persönlichkeiten hinüber zu spielen. Er gab zu verstehen, die Opposition beweise durch ihre Bekämpfung des Regierungsvorschlags Mangel an Ehrfurcht und Loyalität gegen die Krone. Der Vorwurf, je begründeter er zum Theil war, erbitterte die Tories um so mehr, machte die Debatte um so leidenschaftlicher und entrückte sie dem Einfluß verständiger Erwägungen. Der Sibthorp'sche Antrag (Jahrgeld von 30,000 Lstrl.) ward mit 262 gegen 158 im Unterhause angenommen. Auch Sir Robert Peel und seine näheren Anhänger hatten dafür gesprochen und gestimmt. Auch bei ihnen siegte Parteigefühl und Leidenschaft über die höheren politischen Rücksichten. Sir Robert Peel sagte zwar in seiner Rede, im Fall aus der Ehe der Königin eine zahlreiche Familie erwüchse, würde er eventuell dem Prinzen mehr bewilligen, aber nicht eher, als bis dieser Bürgschaften seines dauernden Aufenthalts im Lande und seiner Anhänglichkeit an dasselbe gegeben. In dieser für die Zukunft eröffneten Möglichkeit sprach sich eben doch für die Gegenwart das kränkende Mißtrauen

gegen den Prinzen und die Unfreundlichkeit gegen die Königin recht scharf aus.

„Keine Partei“, schreibt Stockmar, „scheint mir in diesem Augenblick sich über die Verluste zu betrüben, welche das Königthum als solches macht. Der ganze Fall ist neu und von Bedeutung, von größerer wahrscheinlich für die Zukunft als für die Gegenwart. Der Ausgang wurde durch die Vereinigung der Tories mit den Radicalen möglich. Seit einigen Tagen sprach man von dieser Möglichkeit. Mehrere meiner Freunde hielten es für undenkbar, daß die Tories solchen Unsinn begehen könnten. Ich ermahnte sie, von Parteiwuth nicht Weisheit zu erwarten. Viele Umstände haben sich allerdings vereinigt, den Moment für eine solche Verwilligung ungünstig zu machen. Die Tories sind heftig erbittert, ihre Niederlagen bei den letzten Wahlen, wodurch ihre Hoffnung, bald an's Ruder zu kommen, verringert ist, hat wahrscheinlich die Erbitterung gesteigert. Nur dieses Gefühl konnte sie wohl gleichgültig gegen die augenscheinliche Gefahr machen, daß ein solches Votum die Königin persönlich beleidigen und noch mehr gegen sie verstimmen müsse. Deswegen sage ich, diese Abstimmung wird vielleicht erst in der Zukunft die schlimmsten Früchte tragen.“

Im Laufe der nächsten Tage überzeugte sich Stockmar mehr und mehr, daß an dem Schlage, welcher den Prinzen getroffen hatte, nicht nur die Opposition, sondern zum guten Theil auch die Gleichgültigkeit oder gar Mala fides der Minister und ihrer Anhänger Schuld trug. Er erfuhr, daß mehrere der ministeriellen Partei während der Abstimmung in den Straßen spazieren gingen, und bald kam ein ausdrückliches Geständniß Lord Melbourne's hinzu. Am 6. Februar schreibt Stockmar:

„Als ich den Palast verließ, begegnete ich Melbourne auf der Treppe. Er nahm mich bei Seite und sagte folgende denkwürdige, wahre, seine Unparteilichkeit beweisende Worte: „„Der Prinz wird wohl sehr erzürnt gegen die Tories sein. Aber es sind nicht die

Tories allein, denen der Prinz die Verkürzung seiner Apanage verdankt. Es sind vielmehr die Tories, die Radicalen und ein gut Theil unserer eigenen Leute.“" Ich drückte ihm die Hand für so seltene Offenheit und sagte: „das nenne ich einen ehrlichen Mann! hoffentlich sagen Sie das dem Prinzen selbst.“"

Es war Stockmar's großes Anliegen, daß das Ereigniß den Prinzen nicht erbittern oder feindselig gegen die Tories stimmen möge, damit derselbe nicht in eine falsche Parteirichtung hinein gerathe. Von anderer Seite, von blinden Anhängern der Whigs wurde vielleicht gerade hierauf speculirt, wie denn auch die Early Years pag. 277 andeuten, die ministerielle Partei möge in ihrer Haltung durch die Hoffnung bestimmt worden sein, den Prinzen gleich bei seiner Ankunft gegen die Tories einzunehmen und die Kluft zwischen diesen und der Königin zu erweitern.

Der Prinz befand sich bereits auf der Reise nach England. In Aachen erfuhr er die Abstimmung über sein Jahrgeld.

Stockmar schrieb ihm nach Brüssel, um durch eine wahre und unparteiische Darstellung der eigentlichen Ursachen, die ihm dieses Mißgeschick zugezogen, eine richtige und leidenschaftslose Auffassung von seiner Seite zu vermitteln.

Glücklicherweise kam das Naturell des Prinzen Stockmar's Bemühungen zu Hülfe. Sein richtiger Verstand, und leichter Sinn mit der ihm eigenen Gutmüthigkeit machten alles Gift, was jene Umstände für ihn enthielten, wirkungslos. Er äußerte sich gegen Stockmar, die Sache thue ihm besonders darum leid, weil er nun in der Möglichkeit beschränkt sei Gutes zu thun, armen Künstlern und Gelehrten aufzuhelfen, worauf er sich so sehr gefreut habe.

Eine solche Natur war vollkommen befähigt, Menschen und Dingen gegenüber die Unbefangenheit zu erlangen, die die Voraussetzung einer richtigen Stellung des Prinzen in seiner neuen und so schwierigen Lage bildete.

Der zweite Hauptpunkt, der zur Regelung der Stellung des

Prinzen im Voraus geordnet werden mußte, war die Bestimmung seines **Ranges**.

Das Wünschenswerthe und Natürliche wäre gewesen, dem Prinzen unbedingt den Rang **nach** der Königin, also **vor** allen übrigen Mitgliedern der Königlichen Familie, nicht nur vor der Nachkommenschaft Georg III., sondern auch vor seinen eigenen künftigen Kindern, einzuräumen. Trotz des eifrigen Wunsches der Königin, trotz wiederholter Versuche ist es bis zuletzt nicht möglich gewesen dies durchzusetzen.

Zwar im November 1839 sahen die beiden Verlobten in ihren vorläufigen Besprechungen über diese Frage keine Schwierigkeit voraus. (Early Years pag. 235.)

Bald darauf nahm das Ministerium die Sache in die Hand, und es war die Absicht, in die zur Naturalisirung des Prinzen erforderlichen Bill eine Clausel einzurücken, welche dem Prinzen den Rang unmittelbar nach der Königin zugestand.

Man sondirte zunächst die Oheime der Königin. Die Herzöge von Sussex und Cambridge gaben nach einigem Bedenken ihre Zustimmung zu erkennen. Der König von Hannover verweigerte nicht nur die seine, sondern hetzte die Tories auf, und bearbeitete den Herzog von Cambridge, seine Einwilligung wieder zurückzunehmen.

Am 27. Januar kam die Naturalisationsbill des Prinzen im Oberhause zur Berathung. Sie sollte nach dem Regierungsvorschlage folgende Bestimmung enthalten: „daß der Prinz für seine Lebenszeit, ohnerachtet jeder entgegenstehenden anderweitigen Bestimmung, im Parlament und anderswo den Rang nach Ihrer Majestät, gemäß Ihrer Majestät Gutfinden haben solle.“ Das Whigministerium hatte indeß, in seiner gewöhnlichen Nachlässigkeit, bei der Einbringung der Bill ein formelles Versehen begangen, welches den Tories zunächst eine Handhabe bot, die rasche Förderung der Bill zu hemmen. Man hatte in dem Titel der Bill vergessen zu erwähnen, daß dieselbe nicht nur die Naturalisation, sondern auch den Rang des Prinzen

betreffe. Auf den Antrag des Herzogs von Wellington wurde daher die Discussion zunächst vertagt, weil das Haus von einem so erheblichen Moment des Inhalts keine Kenntniß gehabt. In der Sache selbst wurde gegen den Regierungsvorschlag, namentlich von Lord Brougham, geltend gemacht, daß nach demselben, da er unbeschränkt für die Lebenszeit des Prinzen laute, dieser unbedingt den Vorrang vor jedem ältesten Sohn und Thronerben eines Monarchen (heir apparent), also, falls die Königin ohne Nachkommenschaft verstürbe, auch vor dem ältesten Prinzen des dann zur Succession berufenen Königs (Ernst August von Hannover) haben würde. Die Regierung modificirte demgemäß ihren Antrag dahin, daß es der Königin zustehen solle, dem Prinzen den Rang nach irgend einem ältesten männlichen Thronerben (heir apparent) zu verleihen. Auch diese Concession genügte jedoch den Gegnern nicht, sie verlangten Beschränkung dieses Vorrangs auf die Lebenszeit der Königin.

In dieser Lage der Dinge schreibt Stockmar:

„Ich hörte von den Tories, daß die Bestimmung über den Rang im Oberhause ganz gewiß verworfen werden würde. Niemand von meinen Bekannten, den ich zu Wellington oder Peel hätte schicken mögen, war in der Stadt. In der Angst meines Herzens sandte ich meine getreue Freundin Mrs. W. zu Wellington, um ihm vorzustellen, wie nahe diese Frage der Königin ginge. Er empfing sie, hörte sie an, zankte etwas, gab eine unbestimmte Antwort, und es kam aus dieser Demarche nichts heraus. Die Königin hatte die Niederlage über die Annuity mit vieler Ruhe aufgenommen. Desto mehr Werth legte sie auf Erfolg in der Rangfrage. Als Melbourne ihr die Wahrscheinlichkeit mittheilte, daß er auch hier im Oberhause unterliegen werde, und daher rieth, den Vorschlag darüber fallen zu lassen, konnte sie sich nicht darein finden. Ich ging nun zu Melbourne. Er war bedenklich und unentschlossen. Ich sagte ihm: „„Ziehen Sie um Gotteswillen den Vorschlag zurück, und lassen Sie sich nicht ein zweites Mal schlagen; dies würde den übelsten

Effect haben."" Er antwortete: „„das glaube ich auch; aber die Königin legt den größten Werth auf die Sache."" Ich erwiderte: „„seien Sie nur standhaft, und zeigen Sie ihr die Nachtheile einer zweiten Niederlage."" Er entgegnete: „„ja, aber was soll dann geschehen?"" „„Sie regeln," sagte ich, „die Rangfrage durch einen Geheimrathsbefehl (order in Council), wie es der Regent im Falle des Prinzen Leopold gethan hat."" — Ich ging nach Hause um für Melbourne die Worte abzuschreiben, die der Regent im Jahre 1826 bei der Bestimmung des Ranges für Prinz Leopold gebraucht hatte, und schickte sie ihm."

Nach diesen Gedanken wurde verfahren. Die Regierung ließ die Rangklausel fallen, so daß die Bill zu einer einfachen Naturalisationsbill wurde, und einige Monate später (Early Years pag. 263, 325) wurde der Rang des Prinzen kraft der Königlichen Prärogative durch Patent in der Art geregelt, daß ihm die Königin den Rang nach sich selbst „bei allen Gelegenheiten und bei jeglichen Zusammenkünften, ausgenommen sofern durch Parlamentsacte ein anderes bestimmt sei" verlieh. Die beschränkende Klausel bezog sich auf ein Gesetz von Heinrich VIII. über den Rang im Oberhause und im Geheimen Rath (council), denn natürlich konnte die Königliche Verordnung bestimmten Vorschriften der Gesetze nicht derogiren.

Am 6. Februar langte der Prinz in England an. Nicht ohne Besorgniß sah Stockmar der Zukunft entgegen. Eminente Geistesgaben erkannte er in Albert, den reinsten Willen, Güte, Arglosigkeit, Wohlmeinenheit, Billigkeit des Sinnes, Talent sich in die Umstände zu schicken. Aber die Frage war, ob er an Energie des Gemüths und Charakters den Schwierigkeiten der Lage gewachsen sei, ob ein so junger, so unerfahrener Fürst den großen von der Nation gehegten Erwartungen entsprechen, ob er im Stande sein werde, diejenige Kraft, Beharrlichkeit, Ausdauer zu entfalten, die erforderlich um, unter erschwerenden Umständen aller Art, die bisherigen Unzu-

länglichkeiten seiner Individualität zu überwinden und die großen und trefflichen in ihm angelegten Eigenschaften zu entwickeln.

Der erste Eindruck, den der Prinz in England hervorbrachte, war ein günstiger. „Der Prinz gefällt", schreibt Stockmar am 15. Februar, und am 26. heißt es: „den Unparteiischen gefällt er recht wohl; er ist besser aufgenommen worden als zu erwarten stand. Er benimmt sich in seiner schwierigen Stellung sehr gut."

In den nächsten Monaten klagt Stockmar öfters über die alten Uebelstände, die Abneigung gegen geistige Anstrengung, den politischen Indifferentismus. Er läßt nicht ab, die idealen Strebungen, das Pflichtbewußtsein im Prinzen zu stärken und anzufeuern. Mitunter sieht er diesen selbst muthlos. Aber dessen reiner edler Wille siegt allmälig immer mehr über äußere und innere Hemmnisse.

Eine der nächsten heilsamen Wirkungen, in denen sich der Einfluß des Prinzen geltend machte, war, daß der Hof eine minder schroffe Haltung gegen die Tories einnahm. Lord Melbourne selbst, der, wie wir sahen, persönlich von Parteifanatismus frei war, kam in dieser Hinsicht den Gedanken des Prinzen und Stockmar's entgegen.

„Melbourne sagte mir," schreibt dieser am 20. Februar, „er habe bereits dem Prinzen seinen Glauben mitgetheilt, daß der Hof den jetzigen Zeitpunkt benutzen müsse, um im Geist einer allgemeinen Amnestie gegen die Parteien und besonders die Tories zu verfahren," und in den Early Years pag. 328 lesen wir, daß Lord Melbourne dies der Königin mit dem Ausdruck wiederholte: „Sie sollten jetzt den Oelzweig (des Friedens) ein wenig blicken lassen."

Gegen die Mitte des Jahres zeigten sich erwünschte Aussichten für die Befestigung der Stellung des Prinzen durch die zu hoffende Geburt eines Kindes. Es kam nun darauf an, Fürsorge für die Möglichkeit zu treffen, daß etwa die Königin mit Hinterlassung eines Thronerben stürbe und eine Regentschaft nöthig würde, und in diesem Fall dem Prinzen die Regentschaft zu sichern.

Wir theilen aus Stockmar's Briefen über diese Angelegenheit die folgenden Stellen mit:

10. Juni 1840.

„Sobald die Aerzte mit Wahrscheinlichkeit, an Gewißheit gränzend, den Ministern den Zustand der Königin anzeigen können, müssen diese für den Fall, daß die Königin stürbe und einen Minderjährigen zurückließe, dem Parlament eine Regentschaftsbill vorlegen. Mein Plan würde sein, in voller Uebereinstimmung mit der Opposition zu handeln. Ich weiß zwar nicht, wie die Königin und die Minister darüber denken werden. Wenn ich mich jedoch an den Gang der Dinge, in den Fragen des Jahrgelds und des Rangs des Prinzen zurückerinnere, so werde ich geneigt auf eigene Faust zu agiren. Es kann überhaupt nur von einer Alternative die Rede sein: ob man den Prinzen zum Regenten ohne oder mit einem Regentschaftsrath macht. Mir erscheint das Beste, aus den Gründen, aus denen die Regentschaftsbill für die Herzogin von Kent hervorging, Albert zum alleinigen Regenten zu machen.

In diesem Sinn werde ich auch auf Tories und Opposition zu wirken suchen. Doch verhehle ich mir nicht, daß es vielerlei Einwürfe geben werde, als da sind: Jugend, Unbekanntschaft mit dem Lande und seinen Institutionen u. s. w., und daß die Herzöge von Cumberland, Cambridge und Sussex, nicht wünschend, daß man sie übergehe, die ersteren durch Ultratories, der letztere durch Ultraliberale zu wirken suchen werden."

26. Juni 1840.

„Ueber die Regentschaftsbill habe ich bis jetzt zweimal durch Lord Liverpool mit Sir Robert Peel communicirt. Das erste Mal ließ ich ihm nur mittheilen, daß die Sache Ende dieser Session vorgebracht werden würde; daß Einmüthigkeit der Parteien über diesen Gegenstand von der größten Wichtigkeit sei, und daß man daher vorerst seine Meinung, welche sie auch sein möge, zu wissen wünsche.

Er antwortete hierauf vorsichtig wie immer, aber freundlich. Er kenne ganz genau alles, was zur Zeit der Anfertigung der Regentschaftsbill für die Herzogin von Kent vorgekommen, da er damals Minister gewesen. Er habe übrigens, um eine Meinung abgeben zu können, nur wenige seiner Anhänger zu consultiren. Nachdem dies vorgekommen, hörte Peel, daß die Minister die Regentschaftsbill in dieser Session nicht vorbringen, sondern zu dem Ende das Parlament im October wieder versammeln würden. Als ich Melbourne hierüber fragen ließ, antwortete dieser, daß ihm ein so unzweckmäßiger Gedanke nie in den Kopf gekommen. Mit dieser Antwort ging Liverpool abermals zu Peel. Dieser war freundlich aber sehr zurückhaltend. Er habe bis jetzt nur mit Wellington über die Sache gesprochen. Er könne daher nur eine Privatmeinung abgeben, die durchaus nicht als die seiner Partei anzusehen sei. Prinz Albert sei der natürliche Vormund seines Kindes. Es handle sich daher nur um die Frage, ob Regentschaftsrath oder nicht. Im Allgemeinen könne er den praktischen Nutzen eines Regentschaftsraths nicht absehen, insbesondere nicht, welchen Nutzen es haben könnte, vielleicht den Herzog von Sussex beizugesellen. Dergleichen Conseils führten gewöhnlich nur zu Zwiespalt und Intrigue. Alles was er vom Prinzen gehört, was er selbst habe beobachten können, spreche zu dessen Gunsten. Seiner Meinung nach sollten die Minister die Bill sobald als möglich den Häusern vorlegen."

„Melbourne wünschte hierauf mich zu sprechen. Ich erzählte ihm, was ich durch Liverpool von Peel gehört. Er sagte, Peel's Ansicht sei auch die seine. Allein es sei eine Maaßregel voll von Schwierigkeit. Die Bill treffe Fürsorge für die nächsten 18 Jahre*). Einmüthigkeit in den Häusern über die zu machende Vorlage sei von großer Wichtigkeit, aber er zweifle, daß diese Einmüthigkeit sich

*) Indem nämlich die Regentschaft möglicherweise 18 Jahre dauern konnte.

finden werde. Hieraus ersah ich, daß er mit einigen seiner Collegen mußte gesprochen, und daß diese ihm Zweifel, die er früher nicht gehegt, mußten beigebracht haben."

„Ich nahm nun Gelegenheit ihm zu zeigen, daß es Gefahr habe, die Maaßregel auf unbestimmte Zeit aufzuschieben; daß überhaupt mehr Gründe dafür sprächen, die Sache sofort als später zu regeln. Er stimmte bei und gab mir das Versprechen, daß er nichts thun wolle, ohne vorher mit dem Herzog von Wellington gesprochen zu haben."

28. Juni.

„Peel kam heute unaufgefordert zu Liverpool, und sagte ihm recht freundlich und aufrichtig zur Mittheilung an den Prinzen, es sei eine Intrigue der Radicalen im Gange, den Herzog von Sussex zum Mitregenten zu machen. Er lasse Albert rathen, sich ganz ruhig und passiv zu verhalten. Er, Peel, werde Sorge tragen, daß dem Prinzen von dieser Seite kein Unheil komme."

29. Juni.

„Melbourne sagte mir in Bezug auf die Regentschaftsfrage, daß er nach seiner Unterredung mit mir zum Herzog von Wellington gegangen. Dieser habe sogleich gefragt: „„was gedenken Sie zu thun? Sie müssen etwas thun."" — Er habe geantwortet, daß er nach reiflicher Ueberlegung gegen jedes dem Regenten beigegebene Conseil sein müsse. Die Idee, die executive Gewalt unter Mehrere zu theilen, widerspreche dem Geist der englischen Constitution. Er sei daher dafür, dem Vater des Kindes die alleinige Regentschaft zu übertragen." Hierauf habe Wellington erwidert: „„das ist auch meine Ansicht. Wahrscheinlich wünschen Sie, daß ich mit meinen Freunden, z. B. Sir Robert Peel, spreche? Das soll geschehen, und wir sehen uns dann zu geeigneter Zeit wieder, um das Weitere besprechen zu können.""

8. Juli.

„Der Herzog von Sussex, bei dem Anson speis'te, nahm diesen nach Tisch in eine Ecke, und fragte, was er über die Absichten der Minister rücksichtlich der Regentschaftsbill wisse. Anson antwortete, „„nichts als was im Publicum darüber gesagt wird."" Hierauf ergoß sich der Herzog in bittere Klagen über die Absurdität dieser Maaßregel. Sie sei ganz unnütz, werde unfehlbar die Königin beunruhigen, und daher einen höchst nachtheiligen Einfluß auf ihre Gesundheit ausüben; die Minister riskirten übrigens gar nichts dabei, wenn sie die Bestellung einer Regentschaft unterließen. Denn sollten ja die Umstände sie nöthigen, auf eigene Verantwortlichkeit hin zu handeln, so könnten ihre Acte immer später durch eine Indemnitätsbill gedeckt werden. Er wisse übrigens recht gut, wer die eigentliche Triebfeder sei (er gab zu verstehen: Stockmar). Dies erklärt denn vollkommen, warum Melbourne in einer seiner letzten Unterredungen mit mir so unentschlossen war, und mir als Gegengründe gegen meine Vorschläge Wort für Wort das Raisonnement des Herzogs gab. Der Herzog hatte, wie mir später gesagt wurde, seine Meinung Melbourne (wahrscheinlich durch Lord John Russell) mittheilen lassen, und der Minister daraus die Besorgniß geschöpft, daß die Person Albert's großen Widerstand erregen dürfte. Die Bill wird nun in diesen Tagen vorgebracht werden und wir werden sehen, ob Peel und seine Partei Wort halten."

11. Juli.

„Am Montag wird der Lord Kanzler die Botschaft über die Regentschaft an das Haus der Lords bringen."

„Daß Anhänger von Sussex einige Absurditäten oder vielleicht unangenehme Wahrheiten vorbringen könnten, darauf müssen wir gefaßt sein. Uebrigens, wenn nicht alle Zusicherungen, und ich habe die stärksten erhalten, geradezu Lügen sind, so besorge ich nichts Unangenehmes. Der kurze aber sehr freundliche Artikel in der heutigen

Times beweist, daß ich doch noch einiges Ascendant über das störrische Gemüth meines alten Bekannten Barnes (des Redacteurs) habe."

20. Juli.

„Der Herzog von Sussex und die Herzogin von Gloucester sind entschlossen, uns hinsichtlich der Regentschaft so viel als möglich zu tribuliren."

Einige Tage später.

„Die Regentschaftsbill wird nächsten Montag im Hause der Lords zum zweitenmal verlesen werden. Bis jetzt erscheint außer Sussex keine Opposition. Dieser hat sich, wie immer, höchst unverständig benommen. Er und die ganze hannoversche Familie, sagt er, seien auf das Aeußerste beleidigt. Ihm sei es um das Princip, nicht um Persönlichkeiten zu thun, daher müsse er protestiren. Er wisse, daß er sich dadurch schade, aber er müsse seine Pflicht thun. Das thut denn dem guten Premier sehr leid und er hat dem Herzog bereits fünf bis sechs Vermittler zugeschickt, um ihn zu besänftigen, doch bis heute vergeblich. Ob die Opposition des Herzogs Widerhall im Hause der Gemeinen finden werde, weiß ich nicht. Wenn es aber auch einfältige Redensarten gäbe, die Bill selbst ist, Dank den Versprechungen Peel's, vollkommen gesichert."

Die Bill begegnete in beiden Häusern keinem Widerspruche, außer dem des Herzogs von Sussex. Stockmar konnte mit dem Ergebniß seiner Bemühungen zufrieden sein. Der Prinz selbst erkannte den Nutzen derselben an. Er schrieb am 24. Juli an seinen Vater, den Herzog von Coburg (Early Years pag. 351): „Es hat viel Mühe gekostet die Sache durchzufechten, denn es waren alle Arten von Intriguen im Gange, und hätte nicht Stockmar die Opposition für die Minister gewonnen, so hätte der Ausgang wohl derselbe wie bei den 50,000 Lstrl. sein können."

Stockmar dachte, sobald die Regentschaftsbill durchgegangen sein

würde, den Rückzug nach der Heimath anzutreten. „Mit diesem Acte", schreibt er am 11. Juli, „würde sich meine Wirksamkeit hier für's erste, vielleicht für immer, schließen. Wie viel oder wie wenig ich diesmal genützt, steht mir nicht an errathen zu wollen. Doch kann ich sagen, ich habe nicht einen einzigen dummen Streich gemacht und dies ist immer eine Genugthuung für einen Mann in meinen Jahren."

Er reiste am 3. August ab, nicht ohne von der Königin und dem Prinzen dringende Aufforderungen erhalten zu haben, im November wiederzukehren, wo die Königin ihrer Entbindung entgegensah.

---

## Zwanzigstes Capitel.

## Aus den Jahren 1841 bis 1846.

Im November traf Stockmar wieder in London ein. Am 21. kam eine Prinzessin, die jetzige Kronprinzessin Victoria von Preußen, zur Welt. Der Prinz Gemahl erfreute sich des Raths und Beistandes des auch ärztlich erfahrenen Stockmar in der Fürsorge für Mutter und Kind. Die Organisation und Ueberwachung des Kinderdepartements in der Anfangszeit der jungen Ehe nahm Stockmar viel in Anspruch. In einem Briefe heißt es: „Die Nursery macht mir so viel Mühe als die Regierung eines Königreichs es nur könnte."

Es sei gleich an dieser Stelle erwähnt, daß die kleine Prinzessin, jetzt eine Fürstin von bewundernswerther Lebensfülle und Kraft, Jahre durch ein schwächliches Kind war, an dessen Erhaltung man lange zweifelte.

Während seines Aufenthalts beobachtete Stockmar aufmerksam den Gang der damaligen orientalischen Verwicklung, und beschäftigte sich viel mit der beginnenden Frage der spanischen Heirath.

Da übrigens kein Geschäft von unmittelbar dringlicher Wichtigkeit vorlag, so begab er sich im April 1841 nach Coburg. Im Laufe des Sommers wurden denn die vom englischen Hofe an ihn

kommenden Aufforderungen zur Rückkehr immer dringender, und zu Anfang Septembers sehen wir ihn schon wieder in London.

Er fand ein sehr verändertes Terrain. Am 30. August war das Ministerium Melbourne gefallen, und die Tories mit Sir Robert Peel an der Spitze waren in der Regierung und am Hofe eingezogen. Der Wechsel war durch die Vorgänge von 1839, welche doch ihre Spuren in den Gemüthern zurückgelassen hatten, erschwert. „Warum sind Sie nicht hier?“ schrieb der Prinz. Indeß vollzog sich unter seiner klugen umsichtigen Leitung der Uebergang in sehr befriedigender Weise.

Schon seit Monaten war der Fall des Whigministeriums vorherzusehen gewesen. Bereits am 12. April 1840 schrieb Stockmar: „Ich habe soeben eine lange Unterredung mit Lord Melbourne gehabt. Er meinte, daß sein Ministerium doch sehr allen Chancen und Zufälligkeiten ausgesetzt sei, und daß er nirgends eine Garantie für dessen Stabilität erblicke.“ Und am 8. Juli sagt er: „ich möchte glauben, daß das Ministerium sich schwerlich länger als bis zur nächsten Session fortschleppen wird. Es ist zu schwach, und alles Vertrauen, selbst der eigenen Partei, geht auf die Neige. Brougham sagt witzig genug: „„Ich weiß was Lord Melbourne will, er will bleiben, bis er eine Majorität in den Häusern erlangt hat.““ Lord Grey selbst ist außer sich. Er sagt, „„ein solches Ministerium ist noch gar nicht dagewesen; sie haben buchstäblich niemand für sich als die Königin und die Radicalen. Alles Uebrige ist gegen sie.““ Er hat mir selbst gesagt, daß er sich unter gewissen Umständen gezwungen sehen würde, zur Opposition überzugehen. Sonach wird es nur ein äußeres Anstößlein brauchen, und an solchen fehlt es nie, und das Ministerium wird einfallen wie ein zusammengebranntes Haus.“

Diese precäre Lage des Ministeriums bewog den Prinzen, schon im Mai 1841 durch seinen Secretär Anson, unter Vorwissen und Zustimmung Lord Melbourne's, geheime Verhandlungen mit Peel

anzuknüpfen, um für den künftigen Ministerwechsel im Voraus alle Schwierigkeiten zu ebnen und einer Wiederkehr der Anstöße von 1839 vorzubeugen. Peel zeigte dabei eine Billigkeit, Zartheit, Rechtlichkeit, Gewissenhaftigkeit und Umsicht, wie sie in ähnlichen Fällen nicht leicht vorkommen werden. Das Ergebniß war ein Abkommen, daß, wenn das Ministerium Melbourne zurückträte, die Königin diejenigen obersten Hofdamen, deren Entfernung wegen ihres Verwandtschaftsverhältnisses zu den Ministern den Tories unerläßlich schien (die Herzoginnen von Bedford und Sutherland und Lady Normanby), vermögen solle, selbst zu resigniren, so daß das Princip, das im Jahre 1839 in Frage gewesen, zwischen Ihrer Majestät und Sir Robert Peel gar nicht mehr erörtert zu werden brauche.

Die Wirkung dieses Abkommens wurde freilich dadurch, zwar nicht zerstört, aber hinausgeschoben, daß das Whigministerium nach einem Mißtrauensvotum des Unterhauses im Juni die Auflösung des Parlaments beschloß. Dadurch verzögerte sich der Wechsel des Ministeriums bis in den August, wo die Whigs, die in den Wahlen, trotz des Mißbrauchs, den sie mit dem Namen der Königin trieben *), unterlagen, auf ein neues Mißtrauensvotum sich schließlich doch genöthigt sahen abzutreten; und nun erfolgte der Eintritt des neuen Ministeriums ohne jeden Mißton.

Bald nach seiner Ankunft suchte Stockmar Melbourne auf. „Er versicherte mir," lesen wir in einem Briefe vom 12. September, „er sei mit der Art, wie der Ministerwechsel vorübergegangen, vollkommen zufrieden. Er lobte den Prinzen, der sich durchaus mit Mäßigung und Umsicht betragen habe. Ebenso Peel, der sich völlig als Gentleman benommen und gesagt habe: es ist jetzt anders wie vor zwei Jahren, ich bin jetzt stark, ich kann großmüthig sein."

---

*) Sie machten bei den Wahlen zur Losung: The queen and the country against monopoly! The queen and cheap bread! (Die Königin und das Land gegen das Monopol, d. i. die Korngesetze — die Königin und wohlfeiles Brod!

Das nähere Verhältniß Stockmar's zu dem Haupt des neuen Ministeriums wurde durch die Vermittlung Lord Liverpool's*), mit dem er seit Jahren in vertrauten Beziehungen stand, eingeleitet.

Lord Liverpool schreibt darüber am 7. October 1841:

(Uebersetzung.)

Mein lieber Baron!

„Peel ließ mich diesen Morgen rufen. Nach einem allgemeinen Gespräch über den Hofstaat betreffende Angelegenheiten sagte er, daß sein Verkehr mit Ihro Majestät ihm neuerdings und besonders gestern zu großer Befriedigung gereicht habe, und fragte mich, ob ich gestern Ihre Majestät oder den Prinzen gesehen, und ob sie mit ihm zufrieden seien. Ich erwiderte ihm, daß ich Ihre Majestät nur im Hofkreise gesehen, und den Prinzen nur einen Augenblick in Ihrem Zimmer, ich müsse aber die Gelegenheit ergreifen, ihm ein Wort über Sie zu sagen, von dem ich gestern erfahren hätte, daß sowohl die Königin als der Prinz mit ihm, Peel, außerordentlich zufrieden seien. Ich sei mit Ihnen schon sehr lange bekannt, aber unser vertrautes Verhältniß sei damals entsprungen, als König Leopold Sie, kurz vor der Thronbesteigung der Königin, herübersandte. Wir seien damals im Bunde gewesen, und unsere gegenseitige Achtung und Intimität sei seitdem gewachsen. Ihre Stellung sei eine ganz eigenthümliche, man könne Sie in Wahrheit eine Art von zweiten Vater der Königin und des Prinzen nennen. Ihr einziges Ziel sei deren Wohl und Ihr einziger Ehrgeiz, ihnen nützliche Dienste zu leisten. In diesem Sinne hätten Sie einen vertraulichen Verkehr mit Melbourne unterhalten und ich wünsche, daß das Gleiche ihm, Peel, gegenüber stattfinde. Er sagte, er sehe die Sache gerade so an wie ich, er wünsche mit Ihnen in Verbindung zu treten, und es liege ihm am Herzen, den Wünschen der Königin und des Prinzen überall zu

*) Lord Liverpool († 1851), Bruder des 1828 gestorbenen Premierministers Liverpool, ein gemäßigter Tory, liebenswürdig, verständig, durchaus ehrenhaft und zuverlässig.

begegnen, wo es in seiner Macht stehe, und so weit es mit seinen bekannten und ausgesprochenen politischen Grundsätzen verträglich sei. In allem, was den Hofstaat und die persönlichen Gefühle der Herrschaften angehe, werde der leiseste Wink genügen, ihn zu leiten. Er werde keinem Parteigefühl oder Manöver nachgeben, das in irgend einer Weise das persönliche Behagen Ihrer Majestät oder Sr. Königlichen Hoheit beeinträchtigte. Es liege ihm besonders daran, daß man an jener Stelle wisse, wie es ihm nie in den Sinn gekommen, die Wünsche der Königin rücksichtslos zu kreuzen. Wenn Sie zu irgend einer Zeit zu ihm kommen und mit ihm offen und freimüthig sprechen wollten, so könnten Sie sich auf seine Aufrichtigkeit und Discretion verlassen. Vor allen Dingen, wenn Sie ihm irgend etwas mittheilten und den Wunsch aussprächen, daß er es nicht einmal dem Herzog von Wellington wiedersage, so möge ich Ihnen versichern, daß er sich streng darnach richten werde. Bitte, lassen Sie mich durch eine Zeile wissen, daß Sie nicht mißbilligen, was ich gethan . . . . ."

Stets aufrichtig der Ihrige
Liverpool.

Am 14. October schreibt Stockmar:

„Ich habe großes Vertrauen in Peel's Fähigkeit als Staatsmann. Mißtrauen in sich selbst und in Andere ist seine Schattenseite. Für ruhige Zeiten ist er daher geschickter als für stürmische. Doch wird er in viel höherem Grade wahrer Ministerpräsident sein, als sein Vorgänger, und seiner Ehrlichkeit vertrauend, hoffe ich, daß die Königliche Prärogative von ihm viel besser geschützt werden wird, als von Melbourne. Uebrigens weiß ich gewiß, daß Peel noch nicht glaubt, dasjenige Vertrauen bei der Königin zu besitzen, welches er wünscht und auch braucht. Den Prinzen hält er dagegen für seinen Freund. Sonderbar genug, daß dem Prinzen diese Gelegenheit ward, feurige Kohlen auf Peel's Haupt zu sammeln, der ihn um

20,000 Lstrl. brachte und ihn auch gern um den Rang gebracht hätte. Der Hof ist durch die neuen Ankömmlinge anständiger geworden."

In den folgenden Monaten trat Stockmar Sir Robert Peel und Lord Aberdeen persönlich näher, und in einem Brief vom 2. December heißt es:

„Der Mensch, der oft angeführt worden ist, wird comme de raison, mißtrauisch. Ich sage daher für's Erste nicht mehr, als daß der Anfang meiner Beziehungen zu Peel und Aberdeen anscheinend sehr befriedigend ist. Mir begegnet bis jetzt nichts als Offenheit und Bereitwilligkeit, Uebereinstimmung der Ansicht und das Versprechen, übernommene Verpflichtungen genau zu erfüllen."

In der Correspondenz Stockmar's von diesem Jahre nehmen die orientalischen Angelegenheiten, sowie die spanischen Dinge eine hervorragende Stelle ein, und die belgischen Verhältnisse beanspruchten seine besondere Theilnahme.

Die Einzelheiten des Verlaufs der orientalischen Verwicklung 1840 bis 1841 sind allgemein bekannt. Wir begnügen uns daher, einige Stellen auszuheben, in denen sich Stockmar über die Haupt- und Grundzüge ausspricht.

Am 21. November 1840 schreibt er:

„Bis heute bleiben die vier Alliirten ihrer ersten Ansicht, den aus ihr hervorgegangenen Grundsätzen und der auf diese gegründeten diplomatischen Behandlung der Sache getreu. Sie sehen das Wesen der zwischen ihnen und Frankreich entstandenen Differenz weniger in dem, was im Orient zwischen Sultan und Pascha sich zugetragen hat und noch zutragen kann, als in den von Frankreich Europa gegenüber aufgestellten, Allen Gefahr drohenden Grundmaximen und Prätensionen. Sie sagen: „„Frankreich hat von den orientalischen Angelegenheiten den Vorwand hergenommen, zu Gunsten des Pascha's Principien aufzustellen, die, wenn sie von dem übrigen Europa angenommen würden, allem Völkerrecht ein Ende machen, und daher

die Existenz aller Staaten gefährden müßten. Dieser subversiven Grundsätze wegen müssen wir Frankreich widerstehen, nicht eigentlich wegen der Ansprüche, die es für den Pascha in Syrien erhebt. Führten diese nicht zu allgemeinen, ganz Europa erschütternden Consequenzen, so würde uns auch nur wenig daran liegen, ob dem Sultan oder dem Pascha etwas mehr von Syrien gehöre. Wir haben Alle Frieden nöthig, und legen den größten Werth auf das gute Einverständniß mit Frankreich. Auch sind wir bereit, dies praktisch zu bethätigen, sobald Frankreich uns gegenüber sich auf die Basis des Völkerrechts und der Billigkeit stellt. Allein ein Princip, wie es Frankreich verkündet, daß der Pascha deswegen Egypten und Syrien erhalten müsse, weil Frankreich ihn nun einmal für einen nothwendigen Moment des heutigen politischen Gleichgewichts halte, können wir nimmermehr zugestehen, selbst wenn Krieg darüber entstehen sollte. Durch ein solches Zugeständniß würde England Frankreich das Recht einräumen zu sagen: der im erfolgreichen Aufruhr gegen Großbritanien begriffene O'Connell muß anerkannt werden, denn wir halten ihn für ein nothwendiges Moment des europäischen Gleichgewichts.""

Im August 1841 sagt Stockmar:

„Selbst wenn Frankreich Recht hätte, war es der Mühe werth, ihm zu zeigen, daß man seine Dictatur nicht zugeben kann, daß man sich nicht vor Thiers fürchtet, wenn er Napoleon spielen will. Daß Krieg ein großes Unglück sein würde, ist wahr. Allein bloße Verhandlungen, in denen die bösen menschlichen Eigenschaften stets der Natur der Dinge nach die guten überwältigen, lassen endlich eine solche bodenlose Verderbniß menschlicher Zustände zu, daß ein Krieg im Vergleich damit vorzuziehen ist, als das einzige Mittel gegen schändliche Krankheiten."

„Die Ausrede, Frankreich sei durch den Vier=Vertrag*) beleidigt,

*) Den Vertrag vom 15. Juli 1840 zwischen England, Rußland, Oestreich und Preußen einerseits und der Pforte anderseits.

ist an sich leer, und zeigt, wie wenig wahre Gründe, sich zu beklagen, es habe. Palmerston ist freilich leichtfertig (flippant) und hartnäckig zugleich. Bei einem Engländer gehen übrigens die Mißgriffe, die er begehen kann, nicht so ins Unendliche wie bei Thiers und den Franzosen. Von Beiden ist mir der letztere viel unheimlicher. Ich hoffe, daß es dem so gescheuten Louis Philipp doch endlich gelingen soll, diesen Brouillon zu bemeistern."

Auch in der spanischen Heirathsangelegenheit zeigten sich von Anfang an die präpotenten Ansprüche Frankreichs. „Man schreibt mir," sagt Stockmar in einem Briefe vom 11. November 1841: „„Der Gemahl der Königin Isabella muß ein Bourbon sein, weil die Franzosen es wollen, und in dieser Hinsicht auch Guizot das Gesetz machen werden."" Die incurablen Franzosen! Immer heißt es gleich: das wollen wir, so muß es sein! — Nun kommen die Unmöglichkeiten, dann toben sie wie Kinder, werden behandelt wie Kinder, endlich haben sie ausgetobt und geben sich zufrieden, daß aus ihren eigensinnigen Wünschen nichts geworden ist."

In den Jahren 1840, 1841 und 1842 kam die ganze europäische Stellung Belgiens aus Anlaß der von diesem mit Frankreich angeknüpften Verhandlungen über eine Zolleinigung zur Sprache. Das Wesentliche der Geschichte dieser Verhandlungen erzählt Guizot in seinen Memoiren Bd. VI, S. 276 ff., womit die Notizen zu vergleichen, welche Juste in seinen Werken über Lebeau, S. 142 ff. und Le Hon, S. 142, 183, 202 beibringt.

Die französischen und belgischen Berichte über diese Sache haben insofern eine etwas verschiedene Schattirung, als die Franzosen sowie die Belgier besonderen Nachdruck darauf legen, daß der Antrag zur Zolleinigung von der anderen Seite gekommen sei. Es wird wohl nicht in Abrede zu stellen sein, daß die erste Anregung von Belgien ausging, dessen Regierung der Industrie des Landes neue Absatzwege zu bereiten bestrebt war. Uebrigens fand der Gedanke zu verschiedenen Zeiten in Frankreich bei den verschiedenen

maaßgebenden Persönlichkeiten nicht die gleiche Wärme des Entgegenkommens.

Schon 1836 wurde der belgische Gesandte in Paris, Le Hon, beauftragt, wegen der Zolleinigung zu sondiren. Im Jahre 1840 unter dem Ministerium von Thiers, welcher eifrig dafür gewesen zu sein scheint, begann eine förmliche Unterhandlung. Sie gerieth über der orientalischen Verwicklung ins Stocken, wurde aber im Juli 1841 unter Guizot wieder aufgenommen. Der König Louis Philipp war sehr für das Project eingenommen, Guizot, wie es scheint, kühler. Wir schicken voraus, daß im Jahre 1842 der Plan aufgegeben wurde, weil die französische Industrie, aus Furcht vor der belgischen Concurrenz, lebhaft dagegen opponirte, und England, dem Preußen zustimmte, die Zolleinigung für unvereinbar mit der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens erklärte, während Rußland und Oestreich sich zwar mehr zurückhielten, aber doch vorauszusehen war, daß sie sich eventuell formellen Schritten jener Mächte angeschlossen haben würden.

Ueber dieses Zolleinigungsproject äußert sich Stockmar im August 1841 folgendermaßen:

„Ich sehe in dem Project große politische Gefahren für die belgische Nationalität und Unabhängigkeit. Von der Bereitwilligkeit, mit welcher Frankreich dem belgischen Verlangen entgegenkommen wird, können die belgischen Staatsmänner einen Maaßstab für die Größe der Gefahr entnehmen."

„Meiner Meinung nach wird sich Frankreich auf jeden Fall zu der Sache bereit finden lassen. Sollten materielle französische Interessen dagegen sprechen, so wird die Regierung trotzdem darauf eingehen, weil die eventuellen politischen Vortheile zu lockend und bedeutend sind. Verständig und geschickt, wie die Franzosen in solchen Dingen sind, werden sie die ungestüme, verlangende belgische Industrie durch Scheinconcessionen zufrieden zu stellen suchen. Enttäuscht sich dann auch das belgische Publicum nach einiger Zeit, das Netz

bleibt geworfen und wird als politisches Schlepptau dienen. Sind die durch die Zolleinigung geförderten Interessen Belgiens nur partiell und gehen sie nur einzelne Provinzen, z. B. die wallonischen an, so dürfte die Zöllunion in einiger Zeit ein wahres Zersetzungsmittel für die belgische Einheit und Nationalität werden. Die größere Beweglichkeit der Wallonen, ihre geringere Katholizität wird sich mit dem materiellen Elemente verbinden, um sie durchaus zu französiren und geneigt zu machen, beim geringsten äußern Anstoße sich von den übrigen Provinzen zu trennen, um sich Frankreich einverleiben zu lassen. Und was bliebe dann dem verlassenen Reste übrig, als sich Holland anzuschließen?"

„Vielleicht wäre auf solche Weise die so oft besprochene Theilung Belgiens sicherer und ruhiger einzuleiten und zu bewirken, als durch die Gewalt der Waffen. Nehme ich aber an, daß die materiellen Interessen von ganz Belgien durch den Zollbund gefördert würden, so muß ich auch voraussehen, daß von dem Augenblick seiner Verwirklichung an die politische Stellung Belgiens eine ganz veränderte sein werde. Gegenwärtig halte ich es für möglich, daß Belgien sich als neutraler unabhängiger Staat gerire. Es scheint mir möglich, daß es eine Haltung durchführen könne, die selbst Frankreich so weit imponiren würde, daß es nothgedrungen Belgien als etwas Selbständiges gelten ließe. Nach einer, allgemeine belgische Interessen mit ähnlichen Frankreichs verschmelzenden Union könnte Belgien vielleicht noch lange Zeit dem Namen nach als Staat figuriren, in Wirklichkeit würde es aber wenig mehr als eine französische Provinz sein."

„Man kann mir auf das Gesagte Folgendes erwidern:

„„Das Alles sind Worte, die dem absoluten Bedürfniß nicht abhelfen, den Hunger unserer von Handel und Industrie lebenden Classe nicht stillen."" Dagegen antworte ich: Zugegeben! dann ist aber auf jeden Fall vor dem Abschluß eines Zollvereins mit aller Klarheit und Gründlichkeit festzustellen, ob den Belgiern dadurch auf

Kosten ihrer Nationalität wahre Vortheile geschafft werden, ob diese wirklich so bedeutend sind, daß sie die Hungrigen speisen, oder ob die geträumten Vortheile bloße Köder sind, um bethörte Fischlein zu fangen."

„König und Ministerium haben sich gegen das Andrängen der nach Profit hungrigen Menge zu panzern. Regierungen können auf positive Weise fast nichts für Handel und Industrie thun. Die Gewinnsucht der Menschen zufrieden stellen zu wollen, ist eitles Bestreben der Regierungen, und jedes Bemühen derselben schafft, statt Befriedigung, nur neue Anforderung und vermehrten Ungestüm. Ich erwarte für die handelnde und industrielle Welt das Meiste von unserer Zeit, die gewisse Grundsätze in kürzester Frist zur Reife bringen wird. Die Wahrheit, daß aller Handel frei sein sollte, wird zur Anerkennung kommen, und die veränderten Ansichten der Völker werden es den Regierungen möglich machen, den von ihnen ausgehenden Handelsverträgen Kern und Wesen zu geben. Belgien wird bestehen auch ohne Zollbund mit Frankreich; auch ohne diesen wird sich sein Handel täglich mehren, denn das liegt im Laufe der Zeit."

In einem Brief vom 14. October 1841 kommt Stockmar nochmals auf dasselbe Thema zurück.

„Die Zeit allein kann Rosen bringen. Die Zeit allein kann Belgiens Handelsstand verständiger, fähiger und geschickter machen, die Zeit allein Frankreichs Prohibitivwuth mäßigen. Absatzwege, wie sie die Belgier für ihre Ueberproduction wollen, giebt es nicht; sie würden auch schon nach einigen Jahren nicht mehr helfen."

„Nicht nur Menschen, auch Völker sind fixen Ideen unterworfen. Daran, daß Belgien jetzt einen so bedeutenden Theil der Rente der niederländischen Staatsschuld zu tragen hat, sind die Fehler des Jahres 1838 Schuld*). Zahlte aber auch Belgien gar nichts, so

*) Stockmar scheint der Meinung gewesen zu sein, daß Belgien 1838 im Punkt der Schuld bessere Bedingungen erlangt hätte, wenn es sich im Punkt

würde es ein exquisiter Irrthum sein, die ersparten Millionen auf künstliche Hebung der belgischen Industrie zu verwenden, und also die Ueberproduction von Staatswegen zu fördern. Der frühere König Wilhelm I. hat in dieser Beziehung genug gesündigt, und seine Sünden büßt Belgien in Gent und Lüttich. Es ist und bleibt in unserer Zeit fehlerhaft, Industrie künstlich ins Leben zu rufen. Man nährt dadurch nur den Drachen der Uebervölkerung."

Ein Ereigniß des Jahres 1841 gab Anlaß, die Lebensfähigkeit der belgischen Schöpfung von Neuem zu prüfen. Es war das im Herbst unter der Leitung der Generale Van der Meeren und Vandersmissen in Belgien ausgebrochene Orangistische Militärcomplott.

Schon im August waren von den belgischen Orangisten Botschaften an die königliche Familie von Holland gelangt, es herrsche in Belgien allgemeine Unzufriedenheit, in allen Classen bedauere man die Trennung und sei bereit, sich den Oraniern wieder in die Arme zu werfen, wenn sich nur eine günstige Gelegenheit, z. B. durch eine Bewegung in Frankreich, biete.

Diese Berichte scheinen auf den unbesonnenen, kopflosen König von Holland nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. In seinen ruhigen und nüchternen Augenblicken erkannte dieser zwar an, daß Belgien für ihn verloren sei, aber er hatte dann wieder Momente, wo ihn seine Phantasie fortriß, wo die Begierde, das Verlorene wieder zu gewinnen, ihm die Möglichkeit davon vorspiegelte. Er bildete sich ein, sein Vater habe zwar in Belgien keine Sympathien zurückgelassen, aber er sei dort allgemein beliebt gewesen, und er griff zu allerlei Mitteln, sich jene angeblichen Sympathien zu erhalten, oder sie neu anzufeuern. Dahin gehörte z. B. sein Hätscheln der Katholiken, Begünstigung der belgischen Officiere in seiner Armee, Veränderung der holländischen Uniform, um sie der belgischen ähn-

der an Holland herauszugebenden Territorien weniger widersetzlich und kriegerisch gezeigt hätte.

licher zu machen u. s. w. In diesem Gemüth zündeten denn leicht die Nachrichten der Orangisten aus Belgien. Der König mußte auch einem dortigen Restaurationsversuche um so geneigter sein, je schlechter seine Stellung in seinem eigenen Lande war, wo er weder Vertrauen noch Achtung einflößte, wo man den alten König zurückgerufen haben würde, hätte er sich nicht mit einer Katholikin vermählt gehabt. Dazu kam, daß Frankreich schon seit langer Zeit mit Holland intriguirte und neuerdings auffällig coquettirte, was dem armen König zu Kopfe stieg und ihn zu tollkühnen Hoffnungen berauschte.

So entstand der verunglückte Restaurationsversuch vom Herbst 1841, über den wir einige Stellen aus der Correspondenz Stockmar's mittheilen.

„Die Intriguen des französischen Ministers im Haag und die ostensiblen Demonstrationen des französischen Cabinets gegen das holländische bildeten den Anknüpfungspunkt für die Anschläge der holländischen, belgischen und französischen Brouillons. Die plötzliche Freundschaft Louis Philipp's und Guizot's benebelte den König von Holland und erregte in ihm und seinen Trabanten Restaurationsideen."

„Frankreich hat im Jahr 1830 die Errichtung eines unabhängigen Königreichs Belgien schwerlich bona fide zugegeben. Es ließ vielmehr zu, was es nicht ändern konnte, mit der arrière pensée, daß dies doch nur eine échafaudage sei, die bald wieder zusammenstürzen werde. Es hatte damals wirkliche Opfer zu bringen, und mußte daher indignirt sein, als etwas später Belgien immer antifranzösischer wurde, von seinen deutschen und flamländischen Elementen, seinem Anschluß an den deutschen Bund u. s. w. sprach, und sich überhaupt in französischen Augen grob und undankbar geberdete. Dazu kam, daß seit 1834 in Holland die Finanzschwierigkeiten den Ministern die vielleicht an sich falsche Ansicht aufdrängten, daß Holland so wie es sei nicht fortbestehen könne, und daß es entweder zu dem

frühern Zustand unter der Statthalterschaft zurückkehren, oder eine wenigstens theilweise Restauration in Belgien erlangen müsse. Nach dem, was in den Jahren 1830 bis 1834 in Europa vorgegangen, mußten sich natürlich die holländischen Minister die Hauptschwierigkeit einer gänzlichen oder theilweisen Restauration in der Opposition Frankreichs denken. Daher verfielen sie auf den Gedanken der Verständigung mit Frankreich, einen Gedanken, der dort, wo der Entschluß feststand, von irgend einer künftigen Krise in Belgien den besten Nutzen zu ziehen, entschiedenen Beifall finden mußte."

„Aberdeen nimmt es für ausgemacht an, daß es 1840 Thiers' Plan war, Belgien mit Holland zu theilen. Boislecomte war die eigentliche Seele dieser Umtriebe und setzt sie im Bunde mit Heeckeren heute noch fort.

Daß Frankreich und Holland vielleicht noch lange solche Theilungsgelüste hegen werden, betrachte ich als natürlich. Ob es ihnen gelingt, ist eine andere Frage. Gewisse europäische Cabinette haben Jahrhunderte durch bestimmte stehende Gelüste gehabt, ohne sie befriedigen zu können. Wollen Holland und Frankreich wirklich Belgien verzehren, so müssen dadurch allein in den übrigen Großmächten Sympathien für Belgien entstehen; denn diese können unmöglich in einer abermaligen Ueberlassung belgischer Provinzen an Frankreich eine dauernde Friedensbasis für Europa erkennen." —

Wie sich der König Louis Philipp nach Stockmar's Auffassung zu solchen Ideen verhielt, darüber spricht sich ein Brief des Letzteren vom 2. December 1841 aus:

„Ich beurtheile Louis Philipp nach seiner Königsstellung und nach seinem Nationalcharakter."

„Die Friedensschlüsse von 1814 und 1815 wurden von Siegern im Gefühl der Uebermacht dictirt. Kein Wunder, daß sie Uebermuth enthalten, und noch weniger, daß in der ganzen französischen Nation der Wunsch lauert, diese Fesseln abzuschütteln und sich zu rächen."

„Durch diesen Umstand und durch die Revolution von 1830 ist Louis Philipp als König zwischen zwei Feuer versetzt. Europa dictirt ihm als Erhaltungsmittel für sich und seine Dynastie den Frieden, Frankreich den Krieg, als Mittel zur Abschüttelung lästiger Tractate. Louis Philipp traut seiner Klugheit und Geschicklichkeit mehr als er sollte. Talleyrand hat ihm gesagt: „„Krieg müssen Sie nicht machen, aber Krisen müssen Sie benutzen, um ohne Krieg doch die Verträge zu modificiren und im Interesse Frankreichs zu verbessern; Kanonenschüsse haben Sie zu fürchten, den Anschein von Krieg und die Zustände, die sich nach und nach durch bloße Protocolle wieder besänftigen lassen, durchaus nicht.““

Das ist das ganze Geheimniß der Politik Louis Philipp's.“

„Diese Politik wird er in jeder europäischen Krise auf's Genaueste hinsichtlich Belgiens befolgen. Alle seine Minister ohne Ausnahme wollen Belgien, und glauben es in einer günstigen Constellation erlangen zu können. Diesen Wunsch kennt der König Louis Philipp so gut als ich. Louis Philipp beobachtet für seine Person Belgien gegenüber laisser faire. „„Laßt die Constellation, von der meine Minister sprechen, kommen, dann werde ich zu überlegen haben, was für mich zu thun sein wird.““ Kommt die Conjunctur wirklich, so wird er sagen: „„Ich bin zwischen zwei Feuern; auf der einen Seite Vater, auf der andern König der Franzosen. Gott behüte mich, daß ich meine Pflichten als Vater verletzen sollte, allein hier geht die Königspflicht vor; die Moral der Politik ist verschieden von der des Privatlebens. Ich muß das Wohl meiner Tochter, meiner Enkel, dem Wohle Frankreichs opfern. Es sei, ich bringe dieses ungeheure Opfer! Ich entthrone Tochter und Enkel, unter der Bedingung jedoch, daß anständig für alle gesorgt werde. Wer wie ich die Leiden und Beschwerden des Königthums kennt, kann sich am Ende mit der Frage beruhigen: wird meine Tochter, und werden ihre Kinder nicht glücklicher im Privatleben als auf dem Throne sein?““ —

Der orangistische Restaurationsversuch regte Stockmar von Neuem zu Betrachtungen über das Verhältniß von Holland und Belgien an. Er schreibt am 20. October:

„So alt die Trennung Hollands von Belgien, so alt ist auch die Idee der Wiedervereinigung. Die Ursache davon ist, daß dieser Idee eine halbe Wahrheit zum Grunde liegt, womit freilich Einseitige zufrieden sind. Der Gedanke der Wiederverbindung ist hauptsächlich in England genährt worden, lange, lange vor Pitt, von ihm, nach ihm. Sie war in der englischen Politik eine stehende, also eine fixe Idee, und ein gefärbtes Glas geworden."

„Eine unerhörte Combination kriegerischer Ereignisse rief eine politische Möglichkeit hervor, welche das englische Cabinet ergriff, um, in seiner Machtvollkommenheit vom Jahre 1814, die Wiedervereinigung beider Länder zu dictiren. Diese Wiedervereinigung ruhte aber, wie oben behauptet, nur auf einer halben Wahrheit. Der größte Schulmeister der Menschen, der Verlauf der Zeit, gab Europa und Belgien die Mittel, auch die andere Seite der Sache zu entdecken; und die nun reifenden Folgen der Fehler der Wiener Politik in den Jahren 1814 und 1815, nebst der politischen Unfähigkeit des abgedankten Königs von Holland, thaten hinzu was noch fehlte."

„Auf Grund einer allgemeinen, meist moralische Uebelstände betreffenden Unzufriedenheit, wird von einigen wenigen Feuerbränden eine Revolution angefangen und durchgesetzt. Die Wenigen führen, das Volk folgt als Heerde. Der Tumult der Leidenschaften, der so lange dauert als die revolutionäre Action, verhindert Alle an sich selbst und namentlich an die Verletzung der zahllosen materiellen Interessen zu denken, welche dem Nachjagen nach moralischen Verbesserungen geopfert werden mußten."

„Endlich hört das Blöken der Hirten und der Heerde auf. Man denkt wieder an sich selbst und übersieht nun, was man an Vortheilen materieller Art zugesetzt hat. Nun sinkt die Temperatur gerade um so viel, als sie früher zu hoch gestiegen war, und diese

Abkühlung macht das Volk geneigt, die früheren Zustände, die es selbst vernichtete, nicht nur zu entschuldigen, sondern sogar zurückzuwünschen. Das ist der Gang aller Revolutionen; und die beschriebene Abkühlung herrscht jetzt in Belgien."

„Daß der jetzige König von Holland Belgien wieder gewinnen will, ist natürlich. Nicht nur, daß Jeder gern wieder hat, was er verloren, sondern der gute Herr glaubt auch, er habe seit der belgischen Revolution das wahre Geheimniß einer möglichen Veränderung beider Länder entdeckt, was sein Vater noch nicht gekannt habe. Aber der Estimable, wie ihn der König von Preußen stets nennt, irrt sich, wie der Papa, denn er weiß höchstens Dreiviertel von einer Sache, von welcher der Alte nur die Hälfte wußte. Wilhelm II. glaubt, beide Länder könnten bleibend unter einem König wieder vereinigt werden, wenn beide getrennte Verwaltungen erhielten. Das kommt der Wahrheit schon näher, ist aber noch nicht die ganze Wahrheit, und man wird noch einen Schritt weiter gehen und die Befriedigung der politischen Bedürfnisse der Holländer und Belgier im vollkommenen Einklang mit den großen Naturgesetzen suchen müssen, will man anders etwas Vernünftiges und daher Dauerndes zu Stande bringen."

„Völker bestehen wie einzelne Menschen aus Seele und Leib. Es ist kein Zweifel, daß dem Leibe nach Holländer und Belgier sich ziemlich, wie wohl nicht ganz, ähnlich sind, und daß vom bloßen Körper aus kein Grund vorhanden, warum sie nicht in politischer Ehe leben sollten. Ganz anders aber ist es mit den Seelen, diese sind sehr verschieden, und da die Seele den Körper beherrscht, so macht auch nicht die Verschiedenheit des Körpers, sondern die der Seele allein die wahre mésalliance, wie unter Einzelnen, so unter den Völkern. Die eine Seite des Räthsels ist also, daß beide Völker sich sinnlich anziehen, die andere, daß sie sich geistig abstoßen. Wird dies zugegeben, so fragt sich: wird es so bleiben? Ich glaube mit Ja antworten zu müssen. Meine Gründe sind folgende: Ich will

nicht den Ursprung der in der grauen Vorzeit wurzelnden Verschiedenheiten der Lebensrichtungen, Beschäftigungen, Gewohnheiten und Gebräuche beider Länder untersuchen. Diese Verschiedenheiten mußten aber in der Folge der Zeit durch die Fortwirkung mächtiger moralischer Einflüsse immer bedeutender werden, welche Einflüsse hauptsächlich das Specifische hervorbringen, was wir Volkscharakter nennen. Die in Holland festgewurzelte Reformation, der aus ihr 1568 hervorgegangene Kampf, erst um religiöse, dann um politische Freiheit, die endlich glorreich errungene Selbständigkeit, die, längere Zeit wenigstens, behauptete politische Macht, der holländische Einfluß auf die politische und mercantile Gestaltung Europa's, mußten jedes Jahr den Holländer mehr zum Holländer machen. So in der entgegengesetzten Richtung: das ununterbrochene Wirken der römisch-katholischen Kirche in ihrer ganzen Einheit und Gediegenheit, die politische Unmündigkeit, in der Belgien seit seiner Trennung unter den verschiedensten Regierungen fortwährend blieb, und das Supremat der französischen Sprache über die flamländische — mußten den Belgier immer mehr zum Belgier stempeln." —

„Daß nach der Fortwirkung der hier aufgezählten Ursachen auch der beiden Völkern vom Schicksal aufgedrungene moralische Gegensatz fortdauern werde, glaube ich mit Bestimmtheit, und ich halte daher eine nochmalige Einigung, wie sie bis 1830 statthatte, für um so unmöglicher, als der wesentliche Charakter derselben darin bestand, daß die Majorität von einer ihr unangenehmen, vorurtheilsvollen und ungerechten Minorität sich regieren lassen mußte."

„Holland und Belgien nehmen in dem heutigen Europa und vielleicht noch für lange eine wichtige Stelle ein. Beiden Ländern ihre specifisch geeignete und haltbare Stellung zu geben ist daher eine Aufgabe des Politikers. Meine Ansicht ist wie folgt:"

„Holland und Belgien haben gemeinsame physische Bedürfnisse, doch gänzlich getrennte moralische. Man lasse Beiden ihr Recht angedeihen. Man sichere Beiden die Befriedigung ihrer verschiedenen

moralischen Bedürfnisse durch dynastische und politische Trennung, aber man behandle sie in Bezug auf ihre materiellen Bedürfnisse als eine Familie. Ich denke sie mir, und vielleicht für lange, von einer gemeinsamen Zolllinie umschlossen, und zwar unbeschadet ihrer respectiven politischen Selbständigkeit und ohne alle Furcht, hierdurch allein dem König von Holland die Mittel in die Hand zu geben, Belgien zu annectiren."

Während aber Stockmar die politischen Angelegenheiten des Tages mit Interesse verfolgte, blieb seine wärmste Theilnahme unablässig dem innern Leben der Königlichen Familie zugewendet. Er sah die häuslichen Zustände in gedeihlicher Entwicklung begriffen. „Der Prinz", schreibt er am 12. October 1841, „nimmt moralisch und politisch zu; ich kann in Wahrheit sagen, ich habe ihn lieb wie meinen Sohn, und zwar weil er es verdient." Und zu diesem glücklichen Fortschreiten der Dinge fügte sich bald noch ein frohes Ereigniß.

Am 9. November wurden die Wünsche des Königlichen Paares durch die Geburt eines Sohnes, des Prinzen von Wales, gekrönt. Die Taufe wurde auf den 25. Januar 1842 festgesetzt. Viel Ueberlegung kostete die Auswahl der Pathen wegen der sich durchkreuzenden Rücksichten, welche auf die vielen fürstlichen Verwandten zu nehmen waren. Der König von Hannover wurde ausgeschlossen, und war, wie Stockmar schreibt, „wüthend" darüber. Dagegen wurde, auf Stockmar's Rath und Betrieb, aus reinen Gründen der Politik, der König von Preußen eingeladen. Die Wahl dieses deutschen verbündeten Monarchen, des größten protestantischen Königs des Continents, wurde sowohl von den früheren als den damaligen Ministern als sehr passend völlig gebilligt, und erregte in dem Publicum allgemeine Befriedigung. Der König Friedrich Wilhelm IV. nahm die ihm erzeigte Aufmerksamkeit hoch auf und verhieß der Einladung zu folgen.

„Schon vor fünf Jahren, als Kronprinz," schreibt Stockmar,

„drückte Friedrich Wilhelm den Wunsch aus, England wieder besuchen zu können. Er fuhr fort denselben zu hegen und davon zu sprechen und, als er zu Gevatter gebeten wurde, sagten hier alle, die ihn kennen, gleich voraus, er komme ganz gewiß. Die Politiker legten nach ihrer Gewohnheit der Sache eine übertriebene politische Bedeutung bei. Der König, der dies voraussah, schrieb an Metternich, und verlangte gewissermaßen dessen Rath. Dieser antwortete ausweichend, und der König entschloß sich nun, wie Maltzan*) sagt, auf des Letzteren Zureden, sich nicht an die politischen Intriguen, die ihm gegen diese Reise gemacht wurden, zu kehren. Allerdings manövrirten nun die Russen, Oestreicher und selbst die Franzosen in der Person Bressons**) dagegen. Eine Hofpartei, die glaubt, daß der König hier seine Lieblingsidee, die preußische Kirche zu anglicanisiren, mit Bunsen und mit dem Erzbischof verfolgen werde, leistete Beistand."

„Als der Entschluß des Königs bekannt geworden, verlangte Bresson, daß er wenigstens durch Frankreich gehen und der Königlichen Familie ein Rendezvous geben möge. Dies wurde abgelehnt."

Die Pathenschaft des Königs von Preußen war auch im Kreise der Coburgischen Familie aus dem sächsischen Gefühle heraus auf manche Einwürfe gestoßen. Zur Abwehr derselben schreibt Stockmar:

„Daß Preußen auf Kosten Sachsens groß geworden, daran ist das Letzte mehr Schuld als das Erste. Daß die bloße Pathenschaft des Königs von Preußen ein neuer Hebel zum gänzlichen Umsturz Sachsens werden könne, ist mir auch nicht wahrscheinlich. Ueber die politischen Consequenzen jenes Unternehmens rücksichtlich Sachsens habe ich mich daher nie beunruhigt gefühlt. Dagegen konnte ich die Vortheile dieser Einladung in politischer Hinsicht und in Rücksicht

*) Graf Maltzan, der preußische Minister des Auswärtigen, † 1843.

**) Damals französischer Gesandter in Berlin.

auf Familien- und Privatverhältnisse nicht übersehen. Der König von Sachsen war durch seine Religion ausgeschlossen."

Am 23. Januar traf der König von Preußen in England ein. Stockmar fand viel Gelegenheit, sich dem Gefolge des Königs nützlich zu erweisen, und es entstanden daraus für ihn ein freundliches Verhältniß zu Alexander von Humboldt und wiederholte angenehme Beziehungen zu dem Hausminister Grafen Anton Stolberg, welche Beide sich in der Begleitung des Königs befanden.

Auch dem König selbst durfte er sich persönlich nähern, was ihm um so erwünschter und interessanter war, je größer er sich die Mission Friedrich Wilhelm's dachte. Er berichtet über seine **Unterredung mit dem König** Folgendes:

„Graf Stolberg sagte mir, daß der König mich über Belgien zu sprechen wünsche. Einige Tage später holte mich Humboldt zum Könige, der mich sehr freundlich empfing. Er begann mir die Pflichten auseinander zu setzen, die er gegen Deutschland habe, und sprach lange, zusammenhängend, gut, sogar beredt. Er sei der natürliche Vertreter der Ehre und des Wohles Deutschlands. Als solcher sei er verpflichtet die Gefahr zu überwachen, die Deutschland von Belgien aus kommen könne. Er betrachte die independente Existenz Belgiens als eine höchst precäre, die schwerlich zwei Generationen dauern werde. Die Gefahr, die Belgien drohe, könne allein von Frankreich kommen. Sein Wunsch sei daher, daß es Belgien möglich werde, sich Deutschland anzuschließen, sich in den Bund aufnehmen zu lassen. Nur auf diese Weise könne er Belgien und seine Unabhängigkeit auf die Dauer geschützt denken. Er übersehe die Schwierigkeiten nicht, die die gegenwärtige Constellation der Politik der Erfüllung seines Wunsches entgegenstelle. Er wolle daher auch nicht drängen und dadurch neue Schwierigkeiten schaffen. Wenn er nur eine Garantie erlangen könnte, daß der König (Leopold) aufrichtig auf jene Ansicht eingehe, ein dahin führendes System annehme, festhalte und bei dereinstigen günstigeren Verhältnissen auszuführen versuchen werde. Er

ließ durchblicken, daß er den König für sehr umstrickt von den Banden französischer Politik und französischer Verwandtschaft halte. Die mögliche Krise, die der Tod des jetzigen Königs (Louis Philipp) in Verbindung mit der Individualität des Nachfolgers (Herzog von Orléans) hervorbringen könne, schien er mir richtig zu beurtheilen. Er sagte: „„in Frankreich ist jetzt weder Religion noch Moral mehr zu finden, der ganze Zustand ist ein verfaulter, wie der der Römer vor dem Untergange ihres Reichs; und ich glaube, daß das französische auf ähnliche Art verfallen werde."" Wieder auf Belgien zurückkommend wiederholte er: daß eine Garantie für die aufrichtigen Gesinnungen des Königs Leopold in Bezug auf das Verhältniß Belgiens zu Deutschland das sei, was er am meisten wünsche. Eine solche Garantie werde vorzüglich für seine Politik hinsichtlich der Frage der belgischen Festungen maaßgebend sein. Denn daß bei einem ausbrechenden Kriege diese Festungen sich sogleich auf die eine oder andere Art in den Händen der Franzosen befinden würden, daran zweifle weder er noch einer seiner Generäle. Seine Entschließung in dieser Sache werde daher lediglich von dem Zutrauen abhängen, was er in die politischen Gesinnungen König Leopold's gewinnen könne."

„Stolberg hatte mir früher versichert, daß Metternich jetzt weniger Ascendant und Einfluß als je auf den König übe. Dem schien ein Theil der Anrede des Königs an mich, der sich auf Metternich bezog, geradezu zu widersprechen. Er nannte ihn den großen weisen Staatsmann, dem er außerordentlich viel verdanke, und dem zu folgen er für die erste seiner Pflichten halte. Ich glaubte jedoch durchsehen zu können, daß diese Worte in der ganz bestimmten Absicht gesagt waren, zu verhindern, daß ich dem vom König über seine Stellung zu Deutschland Gesagten eine zu große praktische Bedeutung beilegte."

„Ich hatte den König während seiner Rede, die ungefähr eine Stunde dauerte, nicht ein einziges Mal unterbrochen. Als sein Stoff

erschöpft schien, beschränkte ich mich auf wenige concentrirte Bemerkungen, die in ihrem Wesen Einwendungen enthielten. Ich fand es natürlich, daß die belgische Umwälzung in Berlin ein Odiosum sei. Von einer verhaßten Sache werde sich in der Entfernung, jedenfalls im ersten Anfang, keine richtige und billige Ansicht gewinnen lassen. Diese Ungunst habe nothwendig auch auf die Person des Königs Leopold übergehen müssen. Die Störung der früher so freundlichen persönlichen Verhältnisse zwischen dem vormaligen Kronprinzen und Leopold sei diesem stets ein Gegenstand schmerzlicher Empfindungen und Betrachtungen gewesen. Blos in dieser Hinsicht und abgesehen von jedem politischen Resultate, müsse ich wünschen, es möge dem König gefallen, sich bei der jetzt sich bietenden Gelegenheit*) Leopold gegenüber recht offen, freundlich und vertrauensvoll auszusprechen."

„Eine solche offene Unterredung werde mehr als alles andere eine richtige Ansicht der politischen Gesinnungen Leopold's gewähren. Ich mahnte den König mit einfachen Worten an den politischen Zustand von Europa im Jahre 1830, wie viel Europa dem damaligen Entschluß Leopold's verdanke, wie zweideutig sich die nordischen Mächte bei Behandlung einer Sache bezeigt, die doch eigentlich nur zum Nutzen des Ganzen unternommen war, und wie viel sie selbst durch eine in meinen Augen fehlerhafte Politik zur Hervorbringung derjenigen Zustände in Belgien beigetragen hätten, über welche der König sich jetzt mir gegenüber beklage."

„Bei dieser Apostrophe veränderte sich der gemüthliche, ruhige Ausdruck des Gesichts des Königs, und machte einem gespannten, ängstlichen, verlegenen Platz; ich fühlte, daß die Gewohnheit eines militärischen absoluten Hofes ihm meine Worte als etwas zu nackt erscheinen ließ. Ich fuhr jedoch ruhig fort und entwickelte meine Gründe, nach welchen ich die Existenz Belgiens nicht für so absolut unsicher halten müsse, als der König. Im Fall eines allgemeinen

*) Der preußische König wollte auf seinem Rückwege bei dem belgischen in Laeken das Frühstück einnehmen.

Krieges habe Belgien, meiner Meinung nach, ebenso viel Chance als jeder andere Staat dritten Ranges. Die ganze Politik eines solchen Staates könne in jenem Falle nur darin bestehen, die Neutralität gegen Jedermann zu behaupten, und wenn diese von irgend einer Seite angegriffen werde, sich mit demjenigen zu verbinden, welcher seinen Vortheil darin finde, Belgien und dessen Neutralität zu vertheidigen. Und der Erfolg einer solchen Politik werde hauptsächlich von der Sicherheit und Raschheit des Entschlusses und der Energie der Ausführung auf Seiten des Königs Leopold abhängen."

„Die Möglichkeit, daß ein Mensch von Belgiens Zukunft noch eine andere Ansicht als eine verzweifelnde haben könne, schien den König zu überraschen, doch eher angenehm zu berühren. Er lächelte freundlich, doch etwas ungläubig, und sprach nun über die belgische Armee und die Zahl der Truppen, die das Land im Nothfalle auf die Beine bringen könne. Er schien seine Zweifel über deren Geist und Loyalität zu haben, und meinte, der König zeige sich ihnen zu selten, um sie gehörig zu enthusiasmiren und in der Treue zu befestigen. Ueberhaupt seien die Belgier roh, turbulent, wankelmüthig und unzuverlässig. Ich bemerkte darauf nur, daß sie, gut geführt, unter allen verschiedenen Regierungen immer gute Soldaten gewesen, und daß 100,000 Belgier jedenfalls ein bedeutendes Gewicht in der Waagschale sein würden. Ich schloß meine Gegenrede mit dem Geständnisse meiner individuellen Meinung, daß eine Ausführung des Wunsches des Königs, Belgien dem deutschen Bunde beizugesellen, in den politischen Conjuncturen des gegenwärtigen Augenblicks rein unmöglich sei, sintemal die Politik des nordöstlichen Europas seit 1830 alles gethan, um Belgien von Preußen und Deutschland ab- und nach Frankreich hinzudrängen. Der dadurch hervorgerufene und jetzt bestehende Zustand könne nicht plötzlich geändert werden, und die Voraussetzung einer spätern Veränderung der belgischen Politik sei, daß der König Leopold wirkliches Zutrauen zur Aufrichtigkeit und Freundschaft Preußens zu fassen Ursache habe. Nach meiner Ansicht

müsse die Einverleibung Belgiens in den französischen Zollverband dieses gerade so französisch machen, wie es durch Eintritt in den deutschen Zollverein deutsch werden würde. Das Letztere sei eine Sache, die Frankreich in seiner jetzigen Stellung und Stimmung weder zugeben könne noch werde. Ich vermöge nicht einzusehen, wo die vom König gewünschte Garantie, daß Belgien im Falle einer Krisis sich nicht ausschließlich in die Arme Frankreichs werfe, zu finden sei, wenn nicht in richtigen und billigen politischen Ansichten und Gesinnungen Leopold's. Aber auch diese Ansichten und Gesinnungen könnten nur unter der Voraussetzung aus dem Boden belgischer Politik herauswachsen, wenn der König von Preußen durch Thatsachen beweise, daß er die Aufrechthaltung der Unabhängigkeit Belgiens als eine stehende Maxime seiner eigenen preußischen Politik ansehe."

„Stolberg hatte den Wagen bereits zum zweiten Mal gemeldet. So wurde ich verabschiedet, und der König fuhr nach London."

„Ueber den Eindruck, den ihm die Persönlichkeit Friedrich Wilhelm's machte, äußert sich Stockmar brieflich wie folgt:

„Er erscheint mir als ein Gefühlsmensch guter Art, voll Wunsch und Willen, so weit er es versteht, das Gute und Rechte zu fördern, des Enthusiasmus fähig, poetisch, geneigt zum Mysticismus, doch freier von seinen Banden, als die ihn umgebenden Apostel desselben. Der König ist seiner allgemeinen Bildung nach wesentlich deutsch. Er hat reiche Kenntnisse, hat sich mit Literatur und Kunst viel beschäftigt; Architectur ist sein Lieblingsfach. — In der Gesellschaft ist er nicht besonders sicher und gewandt. Der Eindruck, den er hervorbringt, geht mehr auf das Herz der Anwesenden. Man gewinnt ihn lieb als einen gemüthlichen, wohlmeinenden Mann, und so hat er bei Jedermann, Hoch wie Niedrig, eine freundliche, angenehme Erinnerung an seine Erscheinung und sein Betragen zurückgelassen. Aber den Eindruck, daß er eine große politische Capacität, ein wahrer Staatsmann sei, scheint er Niemandem gegeben zu haben.

Er hat sich bei der Abreise sehr generös bezeigt. Beim Abschiede schien er bewegt, wie Jemand, der mit seinem Empfange vollkommen zufrieden gewesen."

Ueber die Herren von der Begleitung des Königs finden sich in Stockmar's Briefen nachstehende Bemerkungen:

„Mit Stolberg habe ich einige Male über die politischen Verhältnisse Belgiens gesprochen. Er scheint ein braver, milder Mann zu sein. Von der geistigen Organisation, die zum politischen Kopf gehört, und die sich dem aufmerksamen Beobachter auf der Stelle verräth, habe ich an ihm nichts bemerkt. Seine Begriffe scheinen mir nur halbklare, und das Vermögen sich auszudrücken mangelhaft.*) Stolberg, der Hofmarschall Meyerink, General Brauchitsch sind eifersüchtig auf Humboldt und suchen ihn als einen eitlen Schwätzer hinzustellen, den der König zwar gern habe, dem er aber keinen politischen Einfluß gestatte, und den er überhaupt mehr als ein lebendiges Lexikon für alle Gegenstände des Wissens gebrauche."

„Für mich ist der Ideenkreis, in dem sich der alte Herr bewegt, zu exclusiv französisch, zu allgemein; es fehlt den einzelnen von ihm deducirten politischen Maximen zu sehr an Plastik, an Körper. Er ist die Personification der Conversation der Pariser Salons. Seine Eigenthümlichkeit, Dinge und Personen in ihren Licht- und Schattenseiten zugleich darzustellen und die Schatten à la Rembrandt zu behandeln, ist höchst ergötzlich, mephistophelisch charmant."

Nach der Abreise des Königs bezeichnet Stockmar seinen schließlichen Eindruck von dem Besuch desselben mit folgenden Worten:

„Der Besuch scheint im Ganzen recht gut abgelaufen zu sein. Behält man die Schwierigkeiten im Auge, welche die hiesigen Verhältnisse der rechten Aufnahme aller Fremden entgegenstellen, so haben wir hier uns so gut benommen als wir nur konnten, und auch Erfolg gehabt. Wir haben alle Ursache, mit dem Herrn und

*) Ein weiter unten abzudruckender Brief Stolberg's wird dies bewahrheiten.

allen seinen Begleitern vollkommen zufrieden zu sein, uns seiner Erscheinung zu freuen und es dankbar zu empfinden, daß er die Mühen, Schwierigkeiten und Kosten nicht scheuen wollte, die für ihn von seinem Unternehmen unzertrennlich waren. Daß sein Besuch einen nützlichen Eindruck auf unsere Königin gemacht hat, ist nicht zu bezweifeln *)."

Im Laufe des Jahres 1841 hatte in der preußischen Gesandtschaft zu London ein Wechsel begonnen, der sich zu Ende des Jahres, kurz vor dem Besuch des Königs von Preußen, vollendete. Seit 1827 war Preußen durch Heinrich von Bülow vertreten, mit dem Stockmar namentlich seit der belgischen Angelegenheit in beständigem Verkehr stand, und vor dessen Einsicht, Gewandtheit und Thätigkeit er große Achtung hegte. Bülow hatte sich in der belgischen Sache als vollkommen aufgeklärt und von aller legitimistischen Tendenzpolitik frei bewährt, und war öfters, selbst mit Gefährdung seiner Stellung, der zweideutigen Zauderpolitik seines Hofes um einen Schritt voraus geeilt. Er wurde im Sommer 1841 abberufen und nach Frankfurt als Gesandter beim Bundestage verpflanzt. Der Posten in London blieb vorläufig unbesetzt. Kurz zuvor erschien daselbst Bunsen mit einer besondern Mission in Angelegenheiten des Bisthums Jerusalem. Als diese Angelegenheit formell in der Hauptsache beendet war, und Bunsen bereits an seine Abreise dachte, traf eine Anfrage folgenden Inhalts — wie es scheint ein Privatbrief des Königs von Preußen an die Königin Victoria —

*) Man vergleiche mit diesen Eindrücken Stockmar's, Scherzes halber, die düstern Unheilsahnungen, welche der von einem dürftigen Zufluß schlechten Klatsches lebende Krächzer Varnhagen bei der Nachricht von des Königs englischer Reise seinem Tagebuch einverleibte. (Bd. I., S. 381, 382): „Ich kann diese Dinge nur düster ansehen, ich halte sie für sehr schädlich, sie erscheinen mir als Keime großen Unglücks. . . . . . . . . Eine unglückliche Reise, in allem Glanz und Jubel, der sie begleiten wird, düster und unheilschwanger. . . . . . . . . Lenke der Himmel alles zum Guten! Ich kann mir nicht helfen, ich bin sehr bewegt, und sehe nichts Heilsames!"

ein. Der König wünsche einen Gesandten ganz nach dem Herzen der Königin zu senden und wolle deshalb die Form wählen, ihr drei Namen vorzuschlagen. Die Genannten waren, Graf Dönhoff in München, Graf Arnim in Paris, und in dritter Linie — wenn wir recht berichtet sind, mit kleinerer Schrift geschrieben — Bunsen. Es traf sich, daß gegen die beiden Erstgenannten am englischen Hofe aus früheren Vorgängen hergeleitete Einwände bestanden. Für Bunsen hatte man keine besondere Vorliebe; man kannte ihn zu wenig, und da die ganze preußische Politik in der Angelegenheit des Jerusalemer Bisthums den Engländern ohnehin nicht recht verständlich war*), so erschien er von daher den Ministern vorläufig als ein Problem. Andererseits wußte man, wie sehr er bei dem Könige in Gunst stand, und man wollte diesem gern etwas Angenehmes erzeigen, wovon man für sich selbst mindestens keinen Nachtheil besorgte. Die Antwort lautete daher, der Königin werde zwar ein jeder Gesandter des Königs willkommen, aber Bunsen besonders erwünscht sein.

Kaum hatte Bunsen seinen Posten im December angetreten, als ihm durch den Besuch des Königs die Gelegenheit ward, die neue Stellung gewissermaßen auf das Glänzendste einzuweihen. Zwar an Anfechtungen von preußischer Seite fehlte es ihm nicht.

„Des Königs Suite," schreibt Stockmar, „mit Ausnahme Humboldt's, detestirte Bunsen. Humboldt äußerte mir, es sei ein geistreicher, edler Mann. Er protegire ihn, und habe hauptsächlich dazu beigetragen, ihn, nach dem römischen Mißerfolg**), zu rehabilitiren und ihm die diplomatische Anstellung in der Schweiz zu verschaffen. Ich sagte ihm und auch dem Grafen Stolberg, daß durch Bülow's Weg-

*) Gladstone schrieb an Bunsen: „Die Neuheit und bisherige Dunkelheit des Planes fiel mächtig auf die Nerven meiner Landsleute." Bunsen's Leben, deutsche Ausg. II., 187.

**) Bekanntlich scheiterten Bunsen's Verhandlungen mit dem römischen Stuhl über die Differenzen mit Preußen wegen der gemischten Ehen und der Gefangennehmung des Erzbischofs von Cöln. 1837—38.

gang ein Verhältniß verloren gegangen, was für Preußens Politik wichtig gewesen. Metternich beherrschte die preußische Politik von Wien aus. Da aber bei Metternich die Stimme der östreichischen Gesandtschaft in London beträchtlich ins Gewicht falle, und da Bülow die östreichische Gesandtschaft in London*) wo nicht beherrscht, doch mächtig beeinflußt habe, so sei für Preußen durch Bülow's Abgang eine bedeutende Lücke entstanden. Dieser Nachtheil vergrößere sich aber gar sehr dadurch, daß Bunsen von Metternich persönlich gehaßt und auch von den Russen angefeindet werde. Ich sprach de connaissance de cause, die Animosität genau kennend, die Bunsen's Vorgehen in der Jerusalemer Bisthumssache in Wien und Petersburg erregt hat."

Inzwischen ließ sich voraussehen, daß in Berlin auch der Posten des Ministers des Auswärtigen in Folge der schweren Erkrankung des Grafen von Maltzan vacant werden würde. Mit Bezug hierauf schreibt Stockmar:

„Ich theilte Humboldt offen meine Meinung mit, daß Bülow der beste Minister des Auswärtigen sein möchte, und fragte ihn**), warum er sich nicht mehr anstrenge, diese Anstellung zu Stande zu bringen. Humboldt antwortete, sie habe ihre Schwierigkeiten; er sei jedoch nicht ohne Hoffnung, es werde nützlich sein, wenn ich dem Könige meine aufrichtige Meinung über das Wirken Bülow's in England in den letzten zwölf Jahren mittheilen wolle."

Hierzu fand sich nun freilich keine Gelegenheit. Indeß konnte Stockmar mehrere Male mit dem Grafen Stolberg über Bülow sprechen.

„Ich lobte ihn", schreibt er, „aus Ueberzeugung. Dieses Lob fand bei Stolberg nur bedingten Beifall. Er meinte, Bülow habe

---

*) In dem Zeitraume, um den es sich hier handelt, war Oestreich in London durch den Fürsten Paul Esterhazy vertreten.

**) Bülow war mit einer Tochter Wilhelm von Humboldt's, also einer Nichte Alexander's verheirathet.

in den kritischen Momenten sich zuerst, dann erst den Staat im Auge. Ich deutete darauf hin, daß, wenn Maltzan nicht wieder hergestellt würde, Bülow der beste Ersatz sein dürfte. Diesen Vorschlag schien Stolberg nicht zu goutiren."

Graf Stolberg, scheint es, war Bülow weniger gewogen, als dieser voraussetzte, der am 21. Januar an Stockmar geschrieben hatte: „Graf St. ist durch und durch ein Ehrenmann, ich schätze ihn sehr hoch und glaube auch, daß er mir wohl will."

Die Erinnerung, welche der Besuch in England auf preußischer Seite gelassen hatte, bezeichnet ein Brief Stolberg's an Stockmar vom 6. März 1842, der auch insofern interessant ist, als er von dem Eindrucke Zeugniß ablegt, den Stockmar's Persönlichkeit auf einen ihm bis dahin ganz fremd gebliebenen und auch seinen Antecedentien nach doch sehr heterogenen Mann hervorgebracht hatte.

„Es ist mir ein zu großes Bedürfniß, Ihnen, mein innigverehrter Herr Baron, ein Wort treuer Verehrung aus deutschem Lande zuzusenden, es Ihnen auszusprechen, daß die in Windsor und London verlebten Tage mir unvergeßlich bleiben werden, und daß ihre Bekanntschaft eine der interessantesten und freudigsten Erfahrungen meines Lebens geworden ist. Es liegt nicht in meiner Natur und meinem Wesen, ein Wort anders auszusprechen, als nach tiefster, wahrster Ueberzeugung. Ebensowenig mag ich es aber verschweigen, was mir die Brust hebt in ehrlich treuer Anerkennung und wahrer Hochachtung gegen einen Mann, dessen ganze Gesammtheit mich durch und durch angesprochen hat. Vergeben Sie freundlich diese offene, nicht gewöhnliche Rede, die ich schon deshalb nicht unterdrücken konnte, damit die Ueberzeugung zu unumstößlicher Gewißheit Ihnen werden möchte, daß Sie im Norden von Deutschland einen Freund sich erworben haben, dessen Gesinnung unerschütterlich ist."

„Der König, mein Herr, gedenkt mit Freude der unvergeßlichen Zeit, und ist nach kurzem Unwohlsein wieder hergestellt."

„Wir alle, die wir den König begleitet haben, gedenken in dank-

barer Verehrung der liebenswürdig interessanten Fürstin, deren Scepter die Erde umspannt, während ihr einfaches Wesen nur Vertrauen hervorzurufen vermag und deren gnädiger, wahrhaft liebenswürdiger Weise wir diese uns unvergeßliche Zeit verdanken. Wir gedenken aber auch Aller, die freundlich und gütig sich uns genaht und die Erinnerung an das merkwürdige und schöne Inselland uns noch verschönert haben."

„Der Vorhang ist leider für uns zu rasch gefallen, der uns den Blick eröffnet hatte auf eine Reihenfolge europäisch geschichtlicher Menschen und ihr Leben und Treiben auf einem Schauplatze, der ebenso geschichtlich merkwürdig, als schön in seiner äußeren Erscheinung ist. Der Vorhang ist zwar gefallen, der Eindruck dessen, was wir gesehen, empfunden, kann nie im Innern sich verschließen, er wird namentlich mir in seinen Einzelheiten, sowie in seiner ganzen Gesammtheit immerdar vor der Seele schweben, nach Maßgabe der verschiedenen Färbungen, in denen er sich bewegte."

„Empfangen Sie, mein innig verehrter Herr Baron, noch ganz speciell meinen tief empfundenen Dank für jeden mir gegebenen Beweis Ihres Vertrauens. Rechnen Sie fest darauf, daß ich dieses Vertrauen zu würdigen wußte und daß ich es für alle Zeiten zu würdigen wissen werde.

Genehmigen Sie die Gesinnung unerschütterlich treuer Verehrung.

Berlin, 6. März 1842.

A. G. z. Stolberg."

Noch in den nächsten Jahren erhielt sich ein freundlicher Briefwechsel zwischen Stolberg und Stockmar. Heinrich von Arnim, der preußische Gesandte in Brüssel und von daher mit Stockmar sehr bekannt, legte auf die Fortdauer dieser Beziehungen großen Werth. „Daß Ihre Correspondenz mit Graf Stolberg fortgeht," schreibt er, „ist ein wahrer Segen, und ich rechne diese Verbindung zu den er-

freulichsten Folgen der Reise des Königs nach London. Auf diese und andere Weise muß diese Reise doch noch Früchte tragen, und Sie werden, so Gott will, erleben, daß das „„alte starre Holz““ sich füge “

In der That trugen jedoch die Beziehungen zu Stolberg keine praktischen Früchte, und Stockmar mußte es erleben, daß das „alte starre Holz“ erst durch eine Revolution gebeugt wurde.

Aus demselben Briefe Arnim's, der Bunsen zuerst als seinen „intimen Freund“ bei Stockmar eingeführt hatte, ergiebt sich, daß es zwischen den beiden Letzteren bis dahin (August 1842) zu keinem „gedeihlichen Verhältniß“ gekommen war. Erst einige Jahre später traten sie sich näher. Am 5. September 1844 schreibt Bunsen an seine Frau: „einen Freund auch habe ich mir erworben — Herrn von Stockmar“ — (Bunsen's Leben — deutsche Ausg. II., 274).

Stockmar setzte seinen Aufenthalt in England noch bis in den October 1842 fort. Er widmete seine unscheinbare Thätigkeit in dieser Zeit vorzugsweise den innern persönlichen Verhältnissen des Hofes, unter andern der Organisation der Pflege und Erziehung der königlichen Kinder.

Er schreibt darüber am 20. April 1842:

„Ich habe seit Monaten meinen Plan mit unerschütterlicher Beharrlichkeit verfolgt. Ich konnte dies nicht, ohne mich sehr odiös zu machen — aber die Schwierigkeiten konnten mich nicht zum Stillstehen zwingen.

Das Resultat war, daß es jetzt aussehen will, als ob ich in neun Zehntel meiner Vorschläge Recht behalten sollte.“

Daß übrigens Stockmar durch diese seine Bestrebungen sich an der höchsten Stelle nicht „odiös“ gemacht, ergiebt sich aus einer Anmerkung der Königin in den Early Years pag. 188:

„Die Königin sieht mit Dankbarkeit und herzlichem Gefühle auf den Freund ihres jungen Ehestandes zurück, und kann die Hülfe nie vergessen, welche der Baron dem jungen Paare in Bezug auf die

Regelung seiner Lebensweise im Allgemeinen und die Leitung der Erziehung der Kinder leistete."

Wir heben aus einem zu dieser Zeit von Stockmar entworfenen Plan zur Erziehung des Prinzen von Wales und der Prinzeß Royal, ein historisch nicht uninteressantes Fragment aus.

Nachdem er die allgemeine Aufgabe der Erziehung hingestellt, legt Stockmar die besonderen Schwierigkeiten dar, mit denen eine gute Erziehung von Fürstenkindern überhaupt zu kämpfen habe, und welche im gegenwärtigen Fall noch dadurch gesteigert wurden, daß die natürliche Stellung der Gattin und Mutter mit deren constitutioneller Stellung als Königin im Widerspruch stehe. Er fährt dann fort:

„Bis auf den heutigen Tag verehrt England das Andenken Georg's III., weil er die häuslichen Tugenden aufrecht erhalten habe. Die Geschichte nimmt sich bereits die Freiheit, seine Verdienste als Herrscher frei zu beurtheilen, aber sie preist einstimmig seine Privattugenden."

„Allein Georg III. hat entweder seine Pflichten als Vater nicht recht verstanden, oder sie vernachlässigt*). Drei seiner Söhne, Georg IV., der Herzog von York und Wilhelm IV. wurden in England erzogen, die Herzöge von Kent, Cumberland, Sussex und Cambridge zum großen Theil im Auslande. Die von Georg IV., dem Herzog von York und Wilhelm IV. begangenen Fehler gehören bereits der Geschichte an. Unglücklicherweise waren diese Fehler von der grellsten Art, und wir können sie nur durch die Voraussetzung erklären, daß ihre Erzieher entweder unfähig waren, Jenen in ihrer Jugend die Grundsätze der Wahrheit und Sittlichkeit einzupflanzen, oder daß sie diese Pflichten auf das Sträflichste vernachlässigten, oder

*) Nicht wenig Schuld möchte dem Umstand beizumessen sein, den die alte Herzogin von Gloucester, das letztverstorbene († 1857) der 15 Kinder Georg's III., wenn sie von den alten Zeiten und den nicht erfreulichen Familiengeschichten sprach, als Refrain anzuführen pflegte: „the fact is, there were too many of us" (es waren unserer zu viele).

daß sie in deren Erfüllung nicht die gehörige Unterstützung bei den Königlichen Eltern fanden *)."

„Es kann kein Zweifel sein, daß der Wandel dieser Prinzen mehr als irgend etwas anderes dazu beitrug, das Ansehen und den Einfluß des Königthums in diesem Lande zu schwächen und im englischen Volke diejenigen starken Gefühle der Loyalität zu schädigen, welche dasselbe Jahrhunderte lang ausgezeichnet haben."

„Daß Georg IV. durch seine Nichtswürdigkeiten nicht seine Ausschließung vom Thron bewirkte, war zum großen Theil der Stärke der englischen Constitution und der großen politischen Toleranz und Ueberlegtheit dieses praktischen Volkes zu verdanken."

„Der sittliche Theil der Nation verabscheute diesen Prinzen sein ganzes Leben lang. Nichtsdestoweniger starb er ruhig auf dem Thron. Sein Bruder York, nach allen seinen Thorheiten und Irrthümern, war doch im Stande, eine theil- und zeitweise Popularität wieder zu gewinnen, und Wilhelm, der sein ganzes Leben lang keineswegs ein sittlicher und weiser Mann gewesen war, erlangte gegen das Ende seiner Regierung den schmeichelnden Beinamen: „der gute alte Seemannskönig."

„Die Erklärung dieser Erscheinungen läßt sich nicht nur aus der Stärke der Verfassung und der überlegten Toleranz des Volkes herleiten, es bedurfte dazu noch eines weiteren Schutzes, den jene Prinzen in der Macht des nationalen Vorurtheils fanden. Die Thatsache ist, daß alle Fehler jener Prinzen vom Publicum als wahrhaft *englische* Fehler angesehen wurden. Ich selbst habe hundertmal das offene Geständniß gehört, daß, obgleich diese Prinzen sehr schlecht seien, ihre Fehler wenigstens als wahrhaft englische erschienen, und die Nation müsse sie nehmen wie sie seien, und alles zum Besten kehren."

---

*) Es giebt doch noch eine vierte Möglichkeit. „Etliches", sagt das Evangelium, „fiel in das Steinigte, da es nicht viel Erde hatte."

„Das Vorurtheil, welches den in England erzogenen älteren Prinzen so sehr zu Gunsten kam, mußte nothwendig in gleichem Maaße zum Nachtheil der jüngeren, großentheils im Auslande erzogenen, wirken. Der natürlichen Anlage nach standen die Herzöge von Kent, Cumberland, Sussex und Cambridge gewiß nicht unter ihren älteren Brüdern. So oft sie sich aber durch ihr Privat- oder öffentliches Leben dem Tadel des Publicums aussetzten, wurden ihnen „ausländische Ansichten" vorgeworfen, und wurde der Hauptgrund von Allem, was man tadelnswerth fand, in ihrer „ausländischen Erziehung" gesehen. Die Folge war, daß, obschon diese jüngeren Prinzen nicht um ein Haar schlechter waren als ihre älteren Brüder, sie doch ihr ganzes Leben lang bei der Mehrheit der Nation unpopulär blieben*)."

„Dieser geschichtliche Rückblick enthält eine Lehre von unendlicher Wichtigkeit und die eindringlichste Bestätigung der Ansicht, die ich der Königin und dem Prinzen an's Herz legen möchte, daß die Erziehung der Königlichen Kinder vom frühesten Anfang an eine wahrhaft *sittliche* und eine wahrhaft *englische* sein muß."

Nachdem Stockmar den Winter 1842 auf 1843 in Coburg zugebracht, langte er am 2. April 1843 wieder in London an. Die gedeihlichen *Zustände der Königlichen Familie*, die er vorfand, erfreuten sein Herz. „Die Königin ist wohl," schreibt er, „die Prinzessin wonderfully improved (merkwürdig gesunder und kräftiger), rund wie ein Tönnchen, und der Prinz von Wales, obschon vom Zahnen etwas angegriffen, doch stark auf seinen Beinen, mit einem ruhigen, klaren, heiteren Ausdruck des Blickes. Der Prinz Vater ist wohl und zufrieden, obschon er häufig blaß, angegriffen und erschöpft aussehen kann. Er entwickelt sich zusehends. Es lebt in ihm ein praktisches Talent, wonach er im Nu das Wesentliche an

*) Hier ist zu bemerken, daß der Herzog von Cambridge in seinen späteren Jahren beträchtliche Popularität genoß.

einem Geschäft aufgreift, gleich dem Geier, der auf seine Beute stößt und damit auf das Nest zueilt."

Im August 1843 kehrte er nach dem Festlande zurück, aber das Frühjahr 1844 sah ihn schon wieder in England.

Das Jahr 1844 war am englischen Hofe durch Besuche hoher Häupter besonders belebt. Im Juni erschienen Kaiser Nicolaus von Rußland und der König von Sachsen, im August der Prinz von Preußen, im October König Louis Philippe.

Ueber den Besuch des Kaisers Nicolaus finden sich in Stockmar's Papieren Aufzeichnungen, welche nicht nur für die Charakteristik des Selbstherrschers der Reußen als Persönlichkeit, sondern auch für die politische Geschichte der Zeit von Belang sind.

Zum Verständniß des Nachfolgenden schicken wir voraus, daß Rußland, wenn es auch, wie wir sahen, die für die Existenz Belgiens entscheidenden Verträge von 1831 und 1839 mit unterzeichnete und ratificirte, dennoch seitdem die Anknüpfung des gegenseitigen diplomatischen Verkehrs gemieden hatte. Noch vor dem Abschluß von 1839 hatte Belgien dem Kaiser Nicolaus besondern Anlaß zum Mißvergnügen gegeben, indem es, in Voraussicht eines Krieges mit Holland, verschiedene polnische Officiere in seine Armee zog, und unter andern den General Skrzynecki zum belgischen Divisionär ernannte. Der Besuch des Kaisers Nicolaus bei der Königin von England legte den Gedanken nahe, zu versuchen, ob Nicolaus sich nicht geneigt finden werde, den officiellen Verkehr mit dem Oheim der Königin auf einen regelmäßigen Fuß zu setzen.

---

## Niederschrift Stockmar's vom 6. Juni 1844.

„Sobald der Besuch des Kaisers wahrscheinlich wurde, sprach Stockmar mit dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, über die Möglichkeit, diese Gelegenheit zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Rußland und Belgien zu benutzen."

„Er fand Aberdeen so bereitwillig und in der Sache übereinstimmend, daß ihm nichts zu wünschen übrig blieb, und es wurde ausgemacht, daß Aberdeen das Terrain durch Orloff sondiren solle.“

„Am 4. und 5. Juni hatte der Kaiser lange Conversationen mit Aberdeen und Sir Robert Péel. In der Unterredung mit Aberdeen, noch ehe dieser das Gespräch auf Belgien gelenkt hatte, rief der Kaiser plötzlich und hastig aus:

„„Sie wollen mit mir über Belgien sprechen.““ Eigentlich noch nicht, war die Antwort.

„„Wohl,“ sagte der Kaiser, „sprechen wir sogleich darüber. Setzen wir uns. Ich will vergessen, daß ich Kaiser bin, vergessen Sie, daß Sie Minister Englands sind. Seien wir nur, ich Nicolaus, Sie Aberdeen. Wohl! Ich höre, Ihre Königin wünscht, daß ich mit Leopold auf einen freundlichen Fuß komme. Ich wünsche selbst nichts mehr, ich habe der Königin Onkel stets geliebt und geachtet, und es würde mich herzlich freuen, mit ihm auf den Fuß alter Freundschaft zurückkehren zu können. Allein so lange die polnischen Officiere in des Königs Diensten bleiben, ist dies rein unmöglich. Wie gesagt, beurtheilen wir die Sache nicht als Kaiser und Minister, sondern nur als Gentlemen. Die Polen sind und bleiben Rebellen; darf ein Gentleman die Rebellen gegen seinen Freund in Dienst nehmen? Leopold hat Rebellen unter seinen Schutz genommen. Was würden Sie sagen, wenn ich O'Connell in Schutz nehmen, wenn ich ihn zu meinem Minister machen wollte? Mit Skrzynecki ist es nicht so schlimm. Er war außer Dienst. Aber mit Kruczewski (?) ist es anders, ist es sehr schlimm. Dieser war Adjutant meines Bruders Constantin, dem hat Leopold bei sich selbst eine vertraute Stelle gegeben, er hat ihn zum General gemacht. Darf dies ein Gentleman dem andern gegenüber thun? Sagen Sie Ihrer Königin, daß sobald mir Ihre Majestät sagen läßt, die Polen haben den Dienst des Königs verlassen, am andern Morgen mein Minister den Befehl erhält, sobald als möglich in Brüssel einzutreffen.““

„„Die Revolution Belgiens habe ich nie anerkannt, werde es auch nie thun. Aber ich habe später den belgischen Staat anerkannt. Ich weiß fest Wort zu halten, ich respectire und erfülle Verträge ehrlich; meine Pflicht ist daher, nunmehr für die Erhaltung Belgiens zu sorgen, so gut wie für die Erhaltung eines jeden andern jetzt bestehenden Staates in Europa. Ich wünsche die Prosperität Belgiens so gut wie die jedes andern Staates.““

„Sodann auf Frankreich übergehend sprach der Kaiser in folgendem Sinne:

„„Louis Philippe hat großes Verdienst um Europa; das erkenne ich an. Ich selbst kann nie sein Freund sein. Seine Familie soll brav und höchst liebenswürdig sein. Er aber, was hat er gethan? Um seine Position zu machen, zu stützen, hat er meine Position als russischer Kaiser zu unterminiren, zu ruiniren gesucht. Das vergebe ich ihm nie. Ich bin kein Carlist. Einige Tage vor dem Erscheinen der Ordonnanzen*), nachdem ich Charles X. gegen Staatsstreiche hatte warnen und ihm deren Folgen vorhersagen lassen, gab mir dieser Charles X. sa parole d'honneur, er habe keine Staatsstreiche im Sinne, und ließ unmittelbar darauf seine Ordonnanzen publiciren. Nie werde ich Henri V. unterstützen. Als ich sondirt wurde, ob Henri V. mich besuchen könne, ließ ich ihm wissen, ich würde ihn empfangen, aber nur privatim, und da ein solcher Privatempfang seiner Sache in den Augen Europas Schaden thun, seine Freunde und Anhänger entmuthigen könne, so sei es nach meiner Ansicht besser, den Besuch ganz zu unterlassen.““

„„Ich billige die Comödie, die Henri V. in England gespielt hat, nicht**). Er mag sich mit dem Bewußtsein tragen, daß er sei was er ist, nämlich der rechtmäßige König von Frankreich. Aber

*) Die Juli-Ordonnanzen von 1830.

**) Dies bezieht sich auf den Aufenthalt des Herzogs von Bordeaux in London 1843 und die legitimistischen Demonstrationen von damals, welche die französische Deputirtenkammer Anfangs 1844 in ihrer Adresse „brandmarkte“ (affaire de la flétrissure.)

mehr muß er nicht thun; den Prätendenten zu spielen ist absurd.““

„Nach dieser Unterredung kam Orloff zu Aberdeen und unterhielt sich noch weitläuftiger mit demselben über das Verhältniß zu Belgien. Orloff versicherte, es sei dem Kaiser wirklich sehr unangenehm, daß das Vorhergegangene ihm Hindernisse in den Weg lege mit Belgien auf gutem Fuße zu sein. Der Kaiser glaube indeß, die Königin von England habe großen Einfluß auf ihren Oheim, und werde daher die Schwierigkeiten aus dem Wege räumen können. Dem Kaiser selbst sei dies durch die Consequenz seiner bisher befolgten Politik, namentlich durch die von ihm abgegebenen, starken öffentlichen Erklärungen unmöglich gemacht. Vielleicht, meinte Orloff selbst, seien diese Erklärungen zu stark gewesen, allein sie seien nun einmal vorhanden, und der Kaiser könne nicht davon zurück.“

---

„Der Kaiser fragte, wie es wohl mit dem Empfange des diplomatischen Corps werden möchte. Es wurde ihm durch Orloff insinuirt, daß dieser Empfang keinen großen Nutzen haben würde, allein der englische Minister könne unmöglich zugeben, daß der Kaiser beim Empfang Ausnahmen mache. Es befänden sich unter den Diplomaten die Vertreter von drei Mächten (Belgien, Spanien, Portugal), von denen der Kaiser bisher keine Gesandten angenommen, und er müsse daher das diplomatische Corps entweder nicht sehen, oder alle ohne Ausnahme.“

„Hierauf entschloß sich der Kaiser, das ganze diplomatische Corps zu empfangen, und Orloff versicherte Aberdeen ausdrücklich, der Kaiser werde persönlich sehr freundlich gegen Van de Weyer (den belgischen Gesandten) sein. Brunnow wiederholte diese Versicherung.“

---

„Der Gegenstand, der den Kaiser im Innern am meisten zu beschäftigen scheint, ist der Orient. Dies mag wohl der Haupt-

grund seines Besuches sein. Vielleicht wollte er selbst sehen, sondiren, und das Erfahrene mit dem vergleichen, was ihm seine eigenen Diplomaten berichtet haben."

„Er sagte zu Aberdeen:

„„Die Türkei ist ein Sterbender. Wir mögen suchen sie am Leben zu erhalten, aber es wird uns nicht gelingen. Sie wird, sie muß sterben. Das wird ein kritischer Moment. Ich sehe voraus, ich werde meine Armeen marschiren lassen müssen. Dann muß Oestreich dasselbe thun. Ich fürchte dabei niemand als Frankreich. Was wird es wollen? Ich fürchte viel: in Afrika, im mittelländischen Meere, im Orient selbst. Erinnern Sie sich der Expedition nach Ancona? Warum sollte es nicht ähnliche nach Candia, nach Smyrna machen? Muß in solchen Fällen England nicht mit seiner ganzen Seemacht auf dem Platze sein? Also eine russische Armee, eine östreichische, eine große englische Flotte in jenen Gegenden! So viele Pulverfässer in der Nähe des Feuers! Wer verhütet, daß die Funken zünden?""

„„Ich mag Guizot gar nicht. Ich mag ihn weniger wie Thiers, der ein fanfaron ist, aber franc, und weniger schädlich und gefährlich als Guizot, der sich äußerst schlecht (hinc illae lacrymae — Anmerkung von Stockmar) gegen Molé benommen, den ehrlichsten Mann den die Franzosen haben.""

---

„Bei der Conversation des Kaisers mit Sir Robert Peel standen die Fenster offen. Der Kaiser sprach so laut, daß die Leute vor den Fenstern das Gespräch hören konnten, so daß der Premier den Kaiser bitten mußte, sich in die Tiefe des Zimmers zurückziehen zu wollen."

„Der Kaiser sprach außerordentlich warm, lobte Prinz Albert mit Thränen in den Augen, sagte, er wisse, man halte ihn für einen Schauspieler, er sei aber deswegen doch ein aufrichtiger Mann."

„Auch in diesem Gespräche trat es hervor, daß der Orient gegenwärtig den Kaiser ausschließlich beschäftigt.“

„„Die Türkei (sagte er) muß zusammenstürzen: Nesselrode widerspricht, — ich bin aber davon überzeugt. Der Sultan ist kein Genie, aber doch ein Mann. Lassen Sie ihm ein Unglück widerfahren, was dann? Ein Kind mit einer Regentschaft. Ich will nicht einen Zoll von der Türkei, aber ich will auch nicht erlauben, daß ein Anderer einen Zoll davon bekomme.““

„Der Premier erwiderte: England sei in Bezug auf den Orient in gleicher Lage. In einem Punkte sei die englische Politik etwas modificirt: in Bezug auf Egypten. Eine zu mächtige Regierung daselbst, eine Regierung, die England die Handelsstraße schließen, die englischen Overland-mails durchzulassen verweigern möchte, könne England nicht zusagen.“ —

„Der Kaiser fuhr fort:

„„Jetzt kann man nicht darüber stipuliren, was aus der Türkei, wenn sie todt, gemacht werden solle. Solche Stipulationen würden ihren Tod beschleunigen. Daher werde ich alles aufbieten den Status quo zu erhalten.““

„„Aber man muß den möglichen eventuellen Fall ehrlich und vernünftig ins Auge fassen, man muß zu verständigen Erwägungen, zu aufrichtiger, redlicher Einigung kommen.““

„Der Premier bemerkte in seiner Antwort beiläufig: „ein Hauptziel seiner Politik werde sein, nach dem Tode Louis Philippe's den französischen Thron ohne alle Convulsion an den nächsten legitimen Erben der Dynastie Orléans übergehen zu sehen.“

„Der Kaiser erwiderte:

„„Dagegen habe ich gar nichts. Ich wünsche den Franzosen alles mögliche Glück. Aber sie können dies nicht haben ohne Ruhe. Nach außen dürfen sie keine Explosionen machen. Deswegen, verlassen Sie sich darauf, bin ich auf Ihre bonne entente mit Frank-

reich durchaus nicht eifersüchtig, sie kann nur mir und Europa zu Gute kommen. Ihr habt dadurch einen Einfluß, den Ihr nützlich verwenden könnt. Durch Euch hoffe ich Frankreich in Ordnung halten zu können. Ich bin übrigens nicht in politischen Absichten hierher gekommen. Ich wünsche Euer Vertrauen zu erwerben, auf daß Ihr glauben lernen möget, ich sei aufrichtig und ehrlich. Deswegen spreche ich mich über diese Dinge aus. Depeschen können nicht hervorbringen was ich wünsche.""

„„Man hat mir vor Jahren Lord Durham geschickt, der voller Vorurtheile gegen mich war. Ich habe durch bloßen Umgang mit ihm, ihm seine Vorurtheile aus dem Leibe getrieben. So hoffe ich soll es mir hier mit Euch, mit England überhaupt gehen. Durch persönlichen Verkehr hoffe ich jene Vorurtheile zu vernichten. Denn ich achte England hoch, was aber die Franzosen von mir sagen, das achte ich nicht. I spit upon it (ich speie darauf).""

---

Ueber die im Vorstehenden enthaltenen Thatsachen stellt Stockmar unter dem 11. Juni folgende Betrachtungen an:

„Ich glaube, daß Nicolaus herübergekommen ist, um bei Zeiten ein Gegengewicht gegen Frankreich in die Wagschaale zu legen. Der Kaiser scheint von dem baldigen Tode der Türkei überzeugt. Seine Versicherung: „„ich will keinen Zoll davon, aber Andere dürfen auch nichts davon nehmen,"" scheint mir die wahre Politik Rußlands auszusprechen. Rußland zu erhalten wie es jetzt ist, ist schon schwer; es noch vergrößern zu wollen, möchte gefährlich sein. Eine beabsichtigte Vergrößerung Rußlands in der Türkei würde Oestreich, Frankreich und England zwingen, sich dagegen zu alliiren. Eine solche Allianz würde auf Mittel und Wege denken müssen, die, wenn sie glücklich verfolgt werden, leicht wieder diejenigen Provinzen von Rußland abreißen könnten, welche diesem seine jetzige Präponderanz in Europa gegeben. Nicolaus hält sich schwerlich für einen glück-

lichen General, und es kann daher leicht sein, daß es ihm mit einer den Status quo conservirenden Politik Ernst sei. Er wird sich sagen, „„Frankreich und England glauben so wenig an das Fortleben der Türkei als ich; sie müssen ihren Tod voraussehen, sich darauf vorbereiten; Alles liegt mir daran zu wissen, was in dieser Beziehung vorgeht und England auf meine Seite zu ziehen; denn England kann in der Türkei nichts wollen, wohl aber Frankreich, und so muß ich Frankreich durch England am Zügel halten."" Er sucht daher den Engländern Zutrauen zu seinen persönlichen Gesinnungen einzuflößen, dagegen Mißtrauen gegen den Ehrgeiz Frankreichs zu erregen. Das ist ganz russisch."

Ueber den Besuch im Allgemeinen schreibt Stockmar am selben Tage:

„Der Besuch ist glücklich vorübergegangen, zur großen Freude von Orloff und Brunnow, welche dem Kaiser sehr zur Reise zugeredet zu haben scheinen. Der Herr suchte nach Möglichkeit freundlich zu sein und sich im besten Lichte zu zeigen. Ich glaube, daß es ihm im Ganzen gelungen ist, alle die, welche, ohne ihn je gesehen zu haben, doch große Abneigung gegen ihn empfanden, milder zu stimmen. Eine Phrase, die er oft, beinahe gegen Jedermann gebrauchte, war: „„Ich weiß man hält mich für einen Schauspieler, allein ich bin es nicht; ich bin aufrichtig, sage was ich meine, halte Wort."" Den Mißtrauischen, die nach dem Motto urtheilen: qui s'excuse s'accuse, wird er hiedurch nicht viel Zutrauen eingeflößt haben. Doch mag es ihm bei den Gutmüthigen, die nicht mit überflüssiger Menschenkenntniß und Neigung zum Nachdenken beschwert sind, einigen Vortheil gebracht haben."

„Er ist noch immer ein großer Verehrer weiblicher Schönheit. Alle seine alten englischen Flammen behandelte er mit großer Aufmerksamkeit. Dies, seine stattliche Gestalt und allgemeine Höflichkeit gegen das schöne Geschlecht gewannen ihm wohl die Majorität der Damen, welche in seine Nähe kommen konnten."

„Die Männer lobten den Anstand, den Tact und die Pünktlichkeit im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Jockeys in Ascot machte er durch Aussetzung eines jährlichen Rennpreises von 500 Lstrl. zu seinen Freunden. Das Hofgesinde erfreute er beim Weggehen durch unzählige Dosen und große Trinkgelder."

Die vorstehenden Aufzeichnungen Stockmar's werden insofern Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen, als bisher zwar bekannt geworden (Kinglake Invasion of the Crimea I, chap. 4. Wurm, Orientalische Frage, S. 347), daß der Kaiser Nicolaus 1844 Gespräche mit Peel und Aberdeen über die orientalische Frage hatte, über deren Inhalt aber nur das sehr indirecte und manchem Zweifel unterliegende Zeugniß des russischen Memorandum vom Juni 1844 vorlag, das 1854 dem Parlament gleichzeitig mit den vertraulichen Depeschen Sir Hamilton Seymour's über den kranken Mann vorgelegt wurde.

Der Inhalt jener Unterredungen, wie ihn Stockmar angiebt, fordert zu einigen Bemerkungen auf.

Was zunächst den Versuch der Herstellung diplomatischer Verbindungen zwischen Petersburg und Brüssel anlangt, so blieb derselbe damals fruchtlos. Die polnischen Officiere waren zum Theil in Belgien naturalisirt, andererseits konnten sie nicht entlassen werden, ohne das Budget neu zu belasten. Es war also nicht so leicht, jene Polen abzuschütteln. Erst im Jahre 1852 fand es Belgien, Angesichts der damaligen Verhältnisse gegenüber Frankreich, in seinem Interesse, das Hinderniß wegzuräumen, welches der Herstellung geordneter Beziehungen zu Rußland im Wege stand. Eine königliche Verordnung von 1852 versetzte die polnischen Officiere in die Non-activité und ein Gesetz vom 12. März 1853 regelte ihre pecuniären Ansprüche. Bald darauf waren ein belgischer und ein russischer Gesandter in Petersburg resp. Brüssel accreditirt.

Für die Geschichte der orientalischen Frage ist die Verglei-

chung des Berichts von Stockmar mit dem oben erwähnten Memorandum von 1844 von Interesse.

Diese Denkschrift wurde bei ihrer Veröffentlichung Seitens der englischen Regierung bezeichnet als ein Memorandum des Grafen Nesselrode, gegründet auf die Mittheilungen des Kaisers nach seinem Besuche in England, und dem englischen Cabinet, im Juni 1844 mitgetheilt.

Der wesentliche Inhalt desselben ist folgender:

1. England und Rußland haben das gemeinsame Interesse den Status quo der Türkei erhalten zu sehen.

2. Aber diese enthält viele Elemente der Auflösung.

3. Die Gefahren einer Catastrophe können sehr vermindert werden, wenn Rußland und England sich eintretenden Falls verständigen.

4. Der Kaiser hat während seines Aufenthalts in London mit den englischen Ministern verabredet, daß, „wenn etwas Unvorhergesehenes in der Türkei sich ereignete, Rußland und England sich im Voraus unter einander darüber verständigen sollten, was sie in Gemeinschaft zu thun hätten“ (que s'il arrivait quelque chose d'imprévu en Turquie, la Russie et l'Angleterre se concerteraient préalablement entr'elles sur ce qu'elles auraient à faire en commun).

5. Rußland und Oestreich sind bereits unter sich einig. Schließt sich England an, so wird Frankreich sich dem zwischen jenen Cabineten vereinbarten Gang anbequemen müssen.

Hält man mit diesem Extract des Memorandums die Mittheilungen Stockmar's zusammen, so muß es auffallen, daß die letzteren über die Verabredung des Kaisers mit den englischen Ministern hinsichts eines künftigen concert préalable le cas échéant gar nichts enthalten. Stockmar's Bericht gründet sich offenbar auf Erzählungen Lord Aberdeen's. Warum nun in diesen das concert préalable mit Schweigen übergangen wurde, darüber ließen sich

verschiedene Hypothesen aufstellen. Daß der Kaiser jenes zur Sprache gebracht, wird man der russischen Denkschrift wohl glauben können. Daß die englischen Minister es nicht ablehnen konnten, liegt auf der Hand. Daß aber England durch die Verabredung eines künftigen concert préalable le cas échéant sich praktisch zu gar nichts Bestimmtem verpflichtete, ist auch nicht in Abrede zu stellen. Trat „ein unvorhergesehener Fall" in der Türkei ein, und suchte in solchem Falle Rußland, wie das Memorandum verhieß, zunächst die Verständigung mit England, so lag es ohnehin nicht in dessen Politik und Tradition, jenem das Gehör zu verweigern. Dadurch war es aber zur Annahme der etwaigen russischen Vorschläge nicht verpflichtet.

Allem Anschein nach war das Memorandum dazu bestimmt, das Fiasco, welches der Kaiser in England mit seiner Sondirung über den Orient und seiner Hetzerei gegen Frankreich gemacht, einigermaßen zu verdecken, und zu dem Ende mußten die leeren Redensarten über das concert préalable so dargestellt werden, als hätten jene Besprechungen ein positives, Rußland befriedigendes Resultat ergeben.

Das wichtigste Ergebniß derselben, daß und wie die englischen Minister den russischen Versuch, sie von Frankreich abzuziehen, zurückgewiesen, dieses Ergebniß tritt in Stockmar's Aufzeichnungen besonders scharf heraus. Sir Robert Peel erklärt, die Erhaltung der Dynastie Orléans sei ein Hauptziel seiner Politik. Es ist hiernach nicht unwahrscheinlich, daß, wie der Verfasser von Thirty years of foreign policy versichert, das englische Ministerium den Inhalt des Memorandums sofort an Guizot mitgetheilt habe. Andererseits wird man finden, daß die Dynastie Orléans sich in den nächsten Jahren gegen England nicht besonders dankbar erwiesen habe. Wenigstens wurde dies in England bei Gelegenheit der Verwicklungen über die spanischen Heirathen so angesehen.

Stockmar begab sich im September nach dem Continent. Kurz

vor seiner Abreise, wie es scheint, hatte er eine Denkschrift über die damalige Einrichtung und die mögliche Reform des Königlichen Hofwesens verfaßt, aus der wir nachstehend Auszüge mittheilen, weil die Absonderlichkeit der darin besprochenen Zustände so groß ist, daß sie dem deutschen Leser zur Ergötzlichkeit gereichen dürfte.

Das englische Hofwesen gehört heutigen Tages zu den bestgeordneten, die man sehen kann. Die Organisation ist zweckmäßig, der Dienst vollzieht sich in musterhafter Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit. Dagegen waren die von der Königin bei ihrer Thronbesteigung vorgefundenen Einrichtungen im höchsten Grade unzweckmäßig und verwirrt und führten praktisch zu Unordnung und Unbequemlichkeit. Die Einzelheiten, die Stockmar in seiner Denkschrift über das frühere System giebt, sind ein merkwürdiger Beleg dafür, wie in England althergebrachte und veraltete Einrichtungen und ihre absurden und in der täglichen Uebung lästigen Consequenzen mit pedantischer Gewissenhaftigkeit erhalten werden, weil der Engländer ein so geringes Vertrauen darin hat, daß die Consequenzen seiner theoretischen Einsicht sich praktisch bewähren werden, und folglich die größte Scheu vor einer aus dem Gedanken heraus entworfenen systematischen Neugestaltung der Dinge hegt. Die von Stockmar gemachten Reformvorschläge bieten dann ein Beispiel, wie man, unter Anknüpfung an das Vorhandene einen sinnlosen Zustand in einen zweckentsprechenden verwandeln kann.

Zum Verständniß des Nachfolgenden ist Einiges vorauszuschicken.

Die englische Hofverwaltung zerfiel beim Regierungsantritt der Königin in drei große Departements, dem des Lord Steward (Oberhofmeister), des Lord Chamberlain (Oberstkämmerer) und des Master of the Horse (Oberststallmeister).

Diese drei obersten Hofbeamten waren zugleich hohe Staatsbeamte, die mit jedem Ministerium wechselten. Keiner derselben verweilte dauernd am Hofe, zwischen ihren drei Departements bestand

keinerlei Band der Einheit, und die gegenseitige Abgrenzung derselben war willkürlich, unzweckmäßig und zum Theil unklar. Ueber diesen vorgefundenen Zustand der Dinge bemerkt Stockmar Folgendes:

„Da die obersten Hofbeamten mit dem Ministerium wechseln, so werden sie rein nach politischen Rücksichten ernannt. Die Befähigung zu dem bestimmten Hofamt kommt also hierbei nur in zweiter Linie in Betracht. Aber wenn dies auch nicht der Fall wäre, so müßte schon in dem Umstand des wiederholten Wechsels mit dem Ministerium (seit 1830 haben wir fünf verschiedene Oberstkämmerer und sechs verschiedene Oberhofmeister gehabt), die Unmöglichkeit einer gleichförmigen und tüchtigen Hofverwaltung begründet sein."

„Dazu kommt der zweite wesentliche Uebelstand, daß keiner der obersten Hofbeamten im Palast der Königin, ja gewöhnlich nicht einmal an dem Aufenthaltsorte des Hofes wohnt, wodurch also eine ununterbrochene und wirksame Beaufsichtigung des täglichen Dienstes unthunlich wird. Hieraus wieder entspringt der Nachtheil, daß die obersten Hofbeamten sich gezwungen sehen, einen Theil ihrer Autorität zeitweise an Andere zu delegiren. Da es nun aber an festen Regeln in Betreff dieser Delegation fehlt, so muß sie so zu sagen extempore erfolgen, und sie geschieht thatsächlich an Bedienstete, die im Hofstaat einen sehr niedrigen Rang einnehmen, wodurch denn fast täglich die Würde, Ordnung, Disciplin und Sicherheit des Hofes beeinträchtigt wird."

„Zwischen den drei Departements fehlt es aber an jeder Einheit, an jedem zweckmäßigen Ineinandergreifen, so daß die Theilung der Geschäfte ein besonderes Hinderniß ihres Fortgangs wird. Ein paar Beispiele mögen das Gesagte erläutern."

„Um mit dem Palast selbst zu beginnen, so sollte man meinen, es wäre das Einfachste und Beste gewesen, das ganze Gebäude als solches unter die Obhut eines Departements zu stellen. Aber es

steht nicht nur unter drei Departements, sondern es ist auch ganz unentschieden, welche Theile des Palastes unter dem Oberstkämmerer oder dem Oberhofmeister stehen. In der Zeit Georg's III. hatte der Oberhofmeister die Obhut über den ganzen Palast, mit Ausnahme der Königlichen Gemächer und der Empfangsräume. Unter der Regierung Georg's IV. und Wilhelm's IV. war die Ansicht, daß das ganze Erdgeschoß einschließlich der Hallen und Speisezimmer ihm untergeben sei. Unter der gegenwärtigen Regierung hat der Oberhofmeister dem Oberstkämmerer die große Halle und andere Räume des Erdgeschosses abgetreten. Aber ob die Küche, die Spühlkammern, die Speisekammern, als Räume, unter seiner Aufsicht bleiben, ist eine Frage, die in diesem Augenblick vielleicht Niemand zu beantworten vermag. Die Außenseite des Palastes gilt als der Staatsbehörde des Domänen-Amts (woods and forests) unterworfen; so daß, da die Reinigung der Innenseite der Fenster dem Departement des Oberstkämmerer obliegt, es von dem guten Einverständniß zwischen diesem und dem Domänen-Amt abhängt, wie viel Licht durch die Fenster dem Palast zugelassen werden soll."

„Wer eine Vorstellung von der Maschinerie eines großen Haushalts und dem Charakter der Dienstboten hat, würde es zur Aufrechthaltung der Ordnung und Disciplin für durchaus nothwendig halten, daß die ganze Schaar der im Palast wohnenden Dienerschaft einem Departement und einem leitenden Beamten untergeben sei. Aber was finden wir am englischen Hofe? Die Haushälterinnen (housekeepers), die männlichen Diener 1. Classe (pages)*), die Hausmädchen (housemaids), stehen unter dem Oberstkämmerer; alle Lakaien (footmen), Portiers in Livree (livery porters) und Unterkellermeister (underbutlers), durch die sonderbarste Anomalie unter dem Oberststallmeister und die übrige Diener-

*) Was wir Pagen nennen, sind Pages of honour.

schaft, die Köche u. s. w. sind unter der Jurisdiction des Lord Steward."

„Und diese lächerlichen Abgränzungen beziehen sich nicht nur auf die Personen, sondern auch auf die Dinge und den Dienst."

„Der Oberhofmeister hat das Heizmaterial anzuschaffen und in den Kamin zu legen, der Oberkammerherr zündet das Feuer an. Als der Unterzeichnete eines Tages von Ihrer Majestät an den damaligen Master of the Household (Hofmarschall), Sir Frederic Watson, geschickt wurde, um sich zu beklagen, daß das Speisezimmer stets zu kalt sei, wurde ihm ernsthaft erwidert: „Sehen Sie, das ist eigentlich nicht unsere Schuld, denn der Oberhofmeister (unter dem der Hofmarschall stand) legt die Feuerung nur ein, der Oberkammerherr hat das Feuer anzuzünden und zu erhalten."

„In derselben Weise hat der Oberkämmerer die Lampen zu beschaffen, und der Oberhofmeister sie zu reinigen, putzen und anzuzünden. — Wenn eine Glasscheibe oder die Thür eines Schrankes in den Spühlkammern zerbrochen ist, so bedarf es behufs der Reparatur des folgenden Verfahrens. Der Oberkoch unterzeichnet eine Requisition; sie wird von dem Schreiber des Küchendepartements (clerk of the kitchen) contrasignirt und sodann dem Master of the Household zur Unterschrift vorgelegt. Hierauf wird sie nach dem Bureau des Oberstkämmerer gebracht, wo die Ermächtigung ertheilt wird, und dann dem Clerk of the works (Secretär des Bauamts, der unter dem Domänen-Amt steht) vorgelegt. Auf diese Weise ist denn manches Fenster und mancher Schrank Monate lang zerbrochen geblieben."

„Eine Maschinerie wie die vorher beschriebene könnte nur unter einer Bedingung erträglich arbeiten, wenn nämlich ein verantwortlicher Beamter von einem gewissen Range im Palast wohnte, in welchem sich die getheilte Autorität der drei meist abwesenden Departementschefs im Wege der Delegation wieder concentrirte. Ein solcher Beamter ist gegenwärtig nicht vorhanden. Es giebt zwar

einen im Palast wohnenden, unter dem Lord Steward stehenden, sogenannten Master of the Household. Aber seine Autorität wird im Departement des Oberstkämmerer durchaus nicht anerkannt, und ist auch in dem des Oberhofmeisters nicht bestimmt geregelt, so daß es von dem jedesmaligen, mit dem Ministerium wechselnden Chef abhängt, wie viel er ihm delegiren will, wonach denn das Dienstpersonal im Palast eigentlich nicht weiß, wie weit es ihm zu gehorchen hat oder nicht. Das Amt des Master of the Household in seiner gegenwärtigen Verfassung ist daher eine reine Nullität."

„Da weder der Oberkammerherr noch der Oberststallmeister einen regelmäßigen im Palast wohnenden Vertreter haben, so haben mehr als zwei Drittel der gesammten männlichen und weiblichen Dienerschaft keinen Herrn im Hause. Sie können zum Dienst antreten und sich ablösen wie es ihnen beliebt. Sie können an den Tagen, wo sie Dienst haben, stundenlang abwesend sein, und jede Ausschreitung oder Unregelmäßigkeit begehen, es ist Niemand da sie zu beobachten und zurechtzuweisen."

„Ueber die verschiedenen Details der inneren Einrichtungen, auf denen das Wohlbefinden und Behagen des ganzen Hofhalts beruht, hat Niemand eine zusammenhängende Uebersicht und Niemand ist verantwortlich dafür."

„Es giebt keinen Beamten, der für die Reinlichkeit, Ordnung und Sicherheit der Zimmer und Offices des Palastes zu stehen hat. Das alles bleibt der Vorsehung überlassen. Und wenn in den Schlafsälen, wo 10 bis 12 Lakaien zusammen schlafen, Rauchen, Trinken und andere Unregelmäßigkeiten vorfallen, so kann es Niemand ändern. Niemand kümmert sich um die Gäste der Königin, wenn sie am Königlichen Hofe eintreffen. Es ist Niemand da, der ihnen den Weg nach oder von ihren Zimmern weis't. Es kommt in Windsor häufig vor, daß die Gäste den Weg von dem Empfangszimmer nach ihrer Wohnung nicht zu finden wissen, und des Nachts,

wenn sie die rechte Ausgangsthür von dem großen Corridor vergessen haben, stundenlang hülflos umherwandern, ohne nach ihrem Zimmer gelangen zu können. Im ganzen Palast ist Niemand, an den sie sich wenden könnten, der Kraft seines Amtes in der Lage wäre, ihnen die nöthige Auskunft zu ertheilen; ihre einzige Hoffnung ist, wenn sie etwa einen Diener finden, diesen zur fernen Portierloge des Palastes zu schicken, wo die verschiedenen Wohnungen zu erfragen sind."

„Als neulich sich ein Bursche in das Zimmer der Königin einschlich, deren Leben dabei hätte gefährdet werden können*), so tadelte das Publicum mit vollem Recht diejenigen, welche die Anordnungen zum Schutze der Person der Königin zu treffen hätten. Aber in der That giebt es in dem Palast Niemanden, dem von Rechtswegen die Verantwortlichkeit dafür zur Last fiele. Sie trifft entschieden nicht den Oberstkämmerer, der sich in Staffordshire befand, und zu dessen Departement die Portiers nicht gehören. Ebensowenig den Oberhofmeister, der in London war, und der mit der Vertheilung und Aufstellung der Dienerschaft in der nächsten Umgebung der Königin gar nichts zu thun hat; noch endlich den Master of the Household, der, wie oben gezeigt, nur ein untergeordneter Beamter im Departement des Oberhofmeisters ist. Wen trifft sie denn also? Lediglich die Systemlosigkeit, welche den Königlichen Palast ohne irgend welche verantwortliche Autorität läßt."

Die sich nun hieran knüpfenden Reformvorschläge Stockmar's im Einzelnen wiederzugeben, würde zu weit führen. Es genügt, deren Princip zu bezeichnen, welches dahin ging: die drei großen Hofbeamten und ihre verschiedenen Departements als etwas mit

*) Im November 1840, bald nach der Geburt der Prinzeß Royal, hatte sich ein Bursche Namens Jones des Nachts zwischen 1 und 2 Uhr in das an das Schlafzimmer der Königin anstoßende Wohnzimmer Ihrer Majestät eingeschlichen, wo er unter dem Sopha gefunden wurde.

dem politischen System Zusammenhängendes beizubehalten, aber die ersten dahin zu bringen, daß sie, ein Jeder in seinem Bereiche, so viel von ihrer Autorität als zur Erhaltung der Ordnung, Disciplin und Sicherheit im Palaste erforderlich, einem und demselben, beständig am Hofe anwesenden höheren Beamten delegirten, der also den drei Departementschefs verantwortlich wäre, aber die ihm delegirte Gewalt in einheitlicher Weise zu üben vermöchte.

In diesem Sinne wurde die Reform des Hofwesens von dem Prinzen Gemahl mit Festigkeit und Umsicht angegriffen und vollendet. Zum Delegirten der drei Departements wurde der Master of the Household gemacht, der bis dahin, wie wir sahen, ein mit sehr unbestimmter Machtvollkommenheit ausgestatteter untergeordneter Beamter des Oberhofmeisters allein gewesen war.

---

Die Zeit vom Herbst 1844 bis Frühjahr 1846 brachte Stockmar in Deutschland zu. Seit lange war ihm kein so andauernder Aufenthalt im Vaterlande zu Theil geworden. Seinen Eindruck von den deutschen Zuständen giebt ein Brief an Bunsen vom Anfang des Jahres 1846 aus Coburg.

„Seit ich Sie in England verlassen, sind 17 Monate vergangen. Da ich von 1837 bis 1844 beinahe ununterbrochen im Auslande gewesen war, so war mir das Vaterland beinahe terra incognita geworden. Instinctmäßig wandte ich mich der Beobachtung des gegenwärtigen deutschen Lebens zu. Ich muß die Elemente, die dasselbe bewegen und beherrschen, für an sich wahre und gute halten. Ueberall erschien mir ein vernünftigem Fortschreiten entsprechender, an Kraft zunehmender Bildungstrieb vorhanden zu sein, allein überall begegnete ich auch einer ihm entgegenstehenden äußeren Kraft, die durch Theilung, Hemmung, Vergiftung der natürlichen, organischen Gliederung entgegen zu wirken versuchte. Der jetzt unser Volk beseelende und treibende Geist macht mir daher nicht bange, wohl aber

der unglückselige Geist unserer Führer, die, die wahre Natur jenes verkennend, ihn zu meistern und in Formen zu zwingen versuchen, in denen kein gesundes Volksleben möglich ist. Die Heilkünstler werden den öffentlichen Geist nicht zwingen und in ihrem Sinn curiren und so fürchte ich, sie werden den Patienten nur verkrüppeln und den für vielleicht lange Zeit zu einem schwer Kranken machen, der bei gehöriger Pflege und Führung sich schon in unseren Tagen einer leiblichen Gesundheit und Zufriedenheit würde erfreuen mögen. In diesem Sinne bin ich aufrichtig betrübt, daß man besonders bei Ihnen (in Preußen) große Irrthümer begangen und eine Zeit versäumt hat, deren eigenthümliche Ergiebigkeit schwerlich wiederkehren dürfte."

Derselbe Brief gedenkt auch des Verlustes von Heinrich von Bülow, der 1842 wirklich zum preußischen Minister des Auswärtigen ernannt worden war, aber bereits 1845 durch ein Gehirnleiden zum Rücktritte gezwungen worden und am 6. Februar 1846 gestorben war.

„Bülow ist dahin", schreibt Stockmar. „Ich habe seinen Tod erwartet. Schwerlich wird ihm Anerkennung für die Zeit seines besten Wirkens, welches in die Jahre 1832 bis 1835 fiel und in der durch ein Verantwortlichkeitsgefühl, das über seine Widerstandskraft ging, der Keim zur Krankheit gelegt wurde. Meine besondere Stellung in England erleichterte ihm den Muth, mir damals besonderes Vertrauen zu beweisen und so konnte ich tiefe Blicke in den Charakter des Mannes und den eigentlichen Betrag seines politischen Wirkens thun, welches er in dunkler, halbverdeckter Stellung vollbrachte *)."

Vom Mai 1846 bis zum April 1847 lebte Stockmar wieder in England. Es war die kritische Zeit in der Angelegenheit der „spanischen Heirathen", mit der wir uns im nächsten Capitel zu beschäftigen haben.

---

*) Vergl. das oben S. 51 ff. über Bülow Gesagte.

## Einundzwanzigstes Capitel.

## Die spanischen Heirathen 1840 bis 1847.

Am 10. October 1846 vermählten sich in Madrid die Königin Isabella mit ihrem Vetter, dem Schwestersohn ihrer Mutter Christine, Don Francisco, Herzog von Cadix, und die Schwester der Königin, die Infantin Luisa Ferdinanda, mit dem jüngsten Sohn des Königs Louis Philippe, Herzog von Montpensier.

Louis Philippe feierte einen Triumph seiner Familienpolitik und freute sich des guten Geschäfts, das er für seinen Sohn gemacht. Guizot jubelte ob des diplomatischen Sieges, den er über England, in der Sache, die seine Briefe an den König (siehe Revue rétrospective) als la grande affaire, la grosse affaire, bezeichnen, zu Gunsten der französischen Präponderanz und der französischen Dynastie, davon getragen.

In England war der Hof tief verletzt, Lord Palmerston erzürnt, die ganze Nation ohne Unterschied der Parteien erbittert, und die Entente cordiale mit Frankreich zerriß*).

Und heute?**) — König Louis Philippe und seine Dynastie sind

*) Zu Anfang des Jahres 1847 hatte die Discussion in der Presse und auf der Tribüne beider Länder die gegenseitige Animosität so gesteigert, daß man für den Frieden fürchtete. Stockmar schreibt am 19. Februar 1847: „ich hatte gestern eine lange Conversation mit Peel. Er glaubt nicht recht an die Erhaltung des Friedens. Er findet offene Feindseligkeit in Guizot's und Broglie's Reden" (bei den französischen Adreßdebatten).

**) Geschrieben Anfang 1870.

längst vom französischen Thron gestürzt, die Königin Isabella ist vertrieben, Spanien schwankt zwischen Republik und Monarchie, und einer der Kroncandidaten ist der Herzog von Montpensier. Wie anders haben sich die Dinge gestaltet, als die klugen Politiker im Jahre 1846 hofften oder fürchteten! Wo sind die Vortheile geblieben, die sich der französische König und sein Minister für Frankreich und die Familie Orléans von jenen Heirathen versprachen?

Wo sind aber auch die Nachtheile geblieben, welche Lord Palmerston und England damals der Welt als Folgen der Montpensier'schen Heirath mit Ungestüm verkündeten?

Ueber die Geschichte dieser spanischen Heirathen liegt ein sehr ausgedehntes und authentisches Material in den englischen Parlamentspapieren, in der Revue rétrospective von 1848, und nunmehr in einem über 200 Seiten langen Abschnitt des 8. Bandes der Guizot'schen Memoiren vor. Es ließe sich aus Stockmar's Papieren leicht vermehren. Aber wer hätte das Herz, nach solchem Umschwung der Dinge sich noch einmal in das doch nicht vollständig zu entwirrende Wirrsal jener Intriguen zu vertiefen, oder das Gewässer des aus dem Ereignisse vom 10. October 1846 entstandenen englisch-französischen Streitschriftwechsels, insbesondere der Controversen über den Utrechter Frieden, zu durchwaten? Wir begnügen uns nach Maßgabe unseres Materials, diejenige Seite der Sache zu beleuchten, die Stockmar's Beobachtung am nächsten lag, die des persönlichen Verhaltens der betheiligten Höfe und den aus den spanischen Heirathen entstandenen so zu sagen persönlichen Ehrenconflict zwischen den höchsten Häuptern in England und Frankreich, wobei wir allerdings die zum Verständniß des ganzen Falles nöthigen Hauptthatsachen vorführen müssen.

Aus einer Niederschrift Stockmar's ergiebt sich die merkwürdige Thatsache, daß der Plan, die Königin von Spanien mit dem Herzog von Cadix und ihre Schwester, die Infantin, mit dem Herzog

von Montpensier zu vermählen, bei Guizot schon im Jahre 1840 vorhanden war. „Es ist Thatsache," schreibt Stockmar, „daß, als Palmerston 1840 in Paris war und auf Guizot's Verlangen eine Unterredung mit diesem über den allgemeinen Stand der europäischen Angelegenheiten hatte, Guizot in Beziehung auf Spanien sagte: „„Die Königin heirathet Cadix, und dann heirathet Montpensier die Infantin."" Da Palmerston hierauf die Einwendungen vorbrachte, die England gegen diese Heirath haben müsse, vorzüglich wenn die Königin kinderlos sterbe, sagte Guizot bloß: „la Reine aura des enfants et ne mourra pas."

Im Jahre 1841 begann man in England und Frankreich, sich näher mit der Eventualität der beiden spanischen Heirathen zu beschäftigen.

Louis Philippe hätte gern die Hand Isabella's für einen seiner Söhne gewonnen, ja er scheint eine solche Heirath mit der Königin Christine verabredet gehabt zu haben. Er mußte sich jedoch früh überzeugen, daß er hiebei einem entschiedenen Widerstand von Seiten Englands begegnen würde. Er stellte deshalb nunmehr jene Absicht für einen seiner Söhne wiederholt und laut in Abrede. Dagegen verkündeten er und Guizot offen als unbedingte Forderung Frankreichs das Princip, daß der Gemahl der Königin von Spanien ein Bourbon von der Nachkommenschaft Philipp's V. sein müsse und verfolgten das Ziel, die Infantin für Montpensier festzuhalten. Familienstolz und französische Eitelkeit vereinigten sich zu dem Wunsche, die Bourbonen auf Spaniens Thron zu erhalten. In politischer Hinsicht wollte Guizot durch die Aufstellung und Behauptung der Forderung, der Gemahl Isabella's müsse ein Bourbon sein, die beständigen Vorwürfe der Opposition widerlegen, daß die auswärtige Politik der Julimonarchie eine zaghafte und unterwürfige sei. Wie er Europa gegenüber Frankreichs Macht und Einfluß geltend zu machen, Frankreichs Willen durchzusetzen wisse, das wollte er an einer Frage von einer gewissen Wichtigkeit, von einer gewissen

historischen Bedeutung thatsächlich beweisen. Er sah in seiner Politik in Bezug auf die spanischen Heirathen zugleich das kräftigste Mittel, das monarchische Princip in Spanien zu stützen, und rückwirkend die Dynastie der Orléans in Frankreich zu stärken, während man vor den spanischen Exaltados und der Ansteckungskraft, die sie auf Frankreich üben könnten, große Furcht hegte. — Die für Montpensier projectirte Verbindung war eine nach den üblichen Rücksichten der Stellung und des Vermögens vortheilhafte, versprach dem französischen Einfluß in Spanien in der Gegenwart eine solide Stütze und eröffnete für eine unbestimmbare Zukunft die Möglichkeit, Louis Philippe's Enkel auf dem spanischen Thron zu sehen, („les chances inconnues d'un avenir lointain," sagt Guizot, Mémoir. VIII., pag. 227 *).

Die Königin Mutter Christine scheint von Anfang an die Verbindung einer ihrer Töchter oder gar einer jeden von beiden mit einem französischen Prinzen gewünscht zu haben. Sie erblickte darin das Mittel, sich und den Moderados den Beistand Frankreichs gegen die Progressisten zu sichern. Zwar ließ sie im Jahre 1841 durch drei verschiedene Personen nach einander indirect und unter der Hand den Engländern insinuiren, daß sie einen Prinzen von Coburg für ihre Tochter Isabella begehre, erst nannte sie den Erbprinzen, dann den Prinzen Leopold, Bruder des Königs Ferdinand von Portugal.

Von englischer Seite wurden diese Eröffnungen wie nicht geschehen behandelt. Man betrachtete sie als nicht ernstlich gemeint, vielmehr, wahrscheinlich im Einverständniß mit Louis Philippe, nur zu dem Zweck gemacht, um die Ansicht des englischen Cabinets herauszulocken.

In England dachte man über eine mögliche Candidatur des Prinzen Leopold (denn der Erbprinz war außer Frage) im Anfang

*) Wir citiren nach der in Paris und Leipzig erschienenen Ausgabe.

überwiegend ungünstig. Lord Palmerston hatte noch vor seinem Abgang vom Ministerium (Ende August 1841) geäußert, der Prinz sei zu nahe mit dem Herzog von Nemours (der dessen Schwester zur Gemahlin hatte) verwandt, und die Königin Victoria war in Folge dessen eher gegen jene Idee als dafür.

Palmerston's Nachfolger, Aberdeen, stets geneigt, jede mögliche Rücksicht auf das gute Verhältniß zu Frankreich zu nehmen, war ganz bereit, sich einen Bourbon, wenn es nur nicht ein Sohn Louis Philippe's war, als Gemahl der spanischen Königin gefallen zu lassen, scheute dagegen die aus einer Candidatur Leopold's voraussichtlich Frankreich gegenüber erwachsenden Schwierigkeiten. Die Stellung, die er zu den französischen Prätentionen einnahm, bezeichnet seine Depesche vom 16. März 1842 an Sir Robert Gordon*). Er sagt darin, aus politischen Gründen, die mit der Erhaltung des Gleichgewichts von Europa zusammenhängen, würde England die Wahl eines französischen Prinzen nicht mit Gleichgültigkeit betrachten, andererseits aber könne es weder Frankreich noch irgend jemand das Recht zuerkennen, über die Hand der Königin von Spanien zu verfügen, also die französische Forderung, daß der Gemahl durchaus ein Bourbon sein müsse, im Princip nicht gelten lassen. Jedoch maße es sich keineswegs an, ein Veto gegen die Bourbonen überhaupt einzulegen und werde, wenn die Wahl der Königin und ihrer Regierung auf einen solchen fiele, gegen ihn nichts einzuwenden haben.

Bedingt günstig waren dem Prinzen Leopold sein Vetter Albert und Stockmar. Sie betrachteten den Erfolg jener Candidatur nicht als etwas heftig zu Begehrendes, um jeden Preis Durchzusetzendes, sondern als ein Ziel, das man, wenn die Umstände sich günstig zeigten, mit ehrlichen und vernünftigen Mitteln, d. h. solchen, die sich ohne Beschädigung wichtigerer Interessen anwenden ließen, zu verfolgen habe.

---

*) Correspondence relating to the marriages etc. pag. 1.

Noch lauer, noch philosophischer verhielt sich der König Leopold, dem seine delicate Stellung zu Frankreich ohnehin besondere Zurückhaltung vorschrieb.

Die Aufgabe, die der Prinz Gemahl und Stockmar sich in dieser Lage der Dinge stellten, ging nur dahin, dem Schicksale, wenn es den Prinzen Leopold wolle, die Thüren zu öffnen und die, nicht in der Realität, sondern in bloßen falschen Vorstellungen begründeten Hindernisse wegzuräumen. Stockmar dachte sogar über den schließlichen Erfolg keineswegs sanguinisch. Der Charakter und das Resultat dieser Bemühungen werden am besten durch einen Brief desselben vom 14. Mai 1842 bezeichnet.

„In Bezug auf die spanische Heirath trübt der Einfluß meiner Wünsche und Gefühle den Prozeß des Urtheils, der allein vom Verstand vollbracht werden muß, nicht. Für mich steht daher die Sache ungefähr so."

„Die Königin braucht einen Gemahl, gegen den einmal Spanien und Europa in politischer Hinsicht nicht viel einzuwenden haben, und der zweitens als Mensch geistig und körperlich so beschaffen sei, daß er zu der Hoffnung berechtige, er werde den schwierigen Stand eines Gemahls einer Königin von Spanien mit einigem Erfolg behaupten."

„Die vorhandenen Bourbons haben nun, wenn sie nach der ersten und zweiten Bedingung geprüft werden, viel gegen sich."

„Unser Candidat ist in politischer Hinsicht für Spanien und für das wahre Interesse von Europa annehmbarer, als mancher Andere, wozu noch kommt, daß die Verwandtschaft mit Portugal im gegebenen Fall wahrscheinlich ein nützliches Element abgeben dürfte, um die beiden Dynastien auf den freundlichen Fuß zu stellen, auf welchem sie zum Heile beider Länder stehen sollten."

„Eine andere Frage aber ist, ob Leopold die nöthigen persönlichen Eigenschaften zu einem so schwierigen Unternehmen habe. Er ist jung, unerfahren und lebt in Verhältnissen, in welchen er schwer-

lich in kurzer Zeit die erforderliche Ausbildung des Geistes und vorzüglich des Charakters erlangen wird. Dazu kommt noch, daß, nach meiner Beobachtung, sein Sinn nicht auf Politik gestellt ist."

„Unter diesen Umständen thut man genug, thut man alles, wenn man es dem Schicksal möglich macht, ihn dann zu finden, wenn es in seiner Laune, unwahrscheinliche Dinge zu verwirklichen, darauf bestehen sollte, ihn trotz aller entgegenstehenden Hindernisse doch aufzusuchen."

„Und dies ist geschehen, so weit es in unseren Kräften stand."

„Wir haben die Aufmerksamkeit Spaniens und Englands auf diesen Candidaten gelenkt, auf eine Art, wie eine verständige Beurtheilung aller Verhältnisse es allein rathsam machte. Espartero hat sich weder dafür, noch dagegen erklärt, doch ganz vernünftig gesagt, es sei eine Angelegenheit, die nur im wahren Interesse des spanischen Volks von der spanischen Regierung unter Zuziehung und Beistimmung Englands zu entscheiden sei. Wir haben sodann bereits erlangt, daß das hiesige Ministerium (Peel), welches ursprünglich einen Bourbon schon deswegen wünschte, weil ein solcher die wenigsten äußeren Schwierigkeiten erregen würde, ganz unparteiisch geworden und jede Wahl, die im wahren Interesse Spaniens gemacht und deswegen Hoffnung auf Erfolg gewährt, ehrlich unterstützen wird."

„Unser Samenkorn ist daher gehörig in die Erde gebracht, zwar in einen Boden, in welchem es aller Vermuthung nach nicht aufgehen kann, doch ist unser Theil an dem Werk, der mögliche, der allein rathsame, vollbracht und das Resultat muß mit überlegter Fügung erwartet werden."

Das Jahr 1843 bezeichnete in der Angelegenheit der spanischen Heirathen einen epochemachenden Abschnitt. Bei Gelegenheit des Besuchs der Königin Victoria und ihres Gemahls in Eu, gaben Louis Philippe und Guizot dem die Königin begleitenden Lord Aberdeen die bündigsten Versicherungen, daß sie für die Söhne des

Königs nicht nur nicht nach der Hand Isabella's strebten, sondern diese vorkommenden Falls ausschlagen würden*).

Das folgende Jahr brachte keinen entscheidenden Vorgang. Als aber im September 1845 die Königin und der Prinz den zweiten Besuch in Eu abstatteten, kam es zu weiteren Erklärungen und zu einer Verständigung, von deren Inhalt später jeder Theil dem andern vorwarf, abgewichen zu sein. Es ist also nöthig, die verschiedenen Zeugnisse darüber zu confrontiren.

Vorweg ist hervorzuheben, daß jene Erklärungen nach den vorliegenden Zeugnissen, theils zwischen Louis Philippe und Guizot einerseits und Aberdeen andererseits, theils zwischen dem König und der Königin resp. dem Prinzen ausgetauscht wurden. Ob in getrennten Unterredungen, oder ob alle genannten Personen zugleich gegenwärtig waren, vermögen wir nicht zu sagen.

Sodann ist die Nüance bemerkenswerth, daß, nach dem Bericht Louis Philippe's in seinem Briefe vom 14. September 1846 an seine Tochter von Belgien (Revue rétrospective pag. 19 et 21), es Lord Aberdeen war, der bei jener Gelegenheit zum ersten Mal und von freien Stücken die Frage von der Heirath der Infantin zur Sprache brachte, während, nach einer Niederschrift Stockmar's, Louis Philippe in Eu der Königin gegenüber die Initiative ergriff, zum ersten Mal von jener Angelegenheit zu sprechen.

Hinsichts des Inhalts der ausgetauschten Erklärungen stimmen sämmtliche Zeugnisse in zwei Hauptpunkten überein.

1. Louis Philippe und Guizot erklärten, daß der Herzog von Montpensier die Infantin nicht eher heirathen solle, als bis die Königin vermählt und mit Nachkommenschaft gesegnet sei.

2. Von englischer Seite wurde versprochen, daß man keinen, nicht zum Hause Bourbon gehörigen Prinzen, insbesondere nicht den

*) S. Guizot's Mémoires VIII., pag. 145.

Prinzen Leopold von Coburg, als Candidaten Englands für die Hand der Königin von Spanien anerkennen und unterstützen wolle.

Dagegen weichen die englischen und die französischen Angaben in Folgendem von einander ab:

1. Was den ersten Punkt betrifft, so behauptet Louis Philippe in seinem oben angeführten Briefe, das Abkommen sei bestimmter dahin gegangen, daß die Heirath seines Sohnes mit der Infantin nicht eher stattfinden solle, als bis die Königin vermählt sei und ein Kind habe (quand elle aura eu un enfant. Revue rétrosp. pag. 19), während die Engländer behaupten, die Stipulation habe auf mehrere Kinder (des enfants) gelautet. Wir wollen diesen Differenzpunkt gleich erledigen, indem wir dem Zeugnisse Louis Philippe's das seines eigenen Ministers und eine Niederschrift Stockmar's entgegenstellen.

Guizot sagt (Mémoires VIII. pag. 226), er habe am 19. September 1845 (also wenige Tage nach der Abreise der Königin Victoria von Eu, wo ihm noch Alles im frischesten Andenken sein mußte), an den französischen Gesandten Bresson in Madrid Folgendes geschrieben:

„Tant qu'à défaut du mariage de la Reine et d'enfants issus d'elle, le trône d'Espagne sera aussi suspendu au mariage de l'Infante, nous nous conduirons pour ce mariage comme pour celui de la Reine elle même; nous n'y prétendrons pas pour un fils du Roi, et nous n'admettrons pas, qu'aucun autre qu'un prince de la maison de Bourbon y puisse être appelé. Ni l'une ni l'autre des deux soeurs ne doit porter dans une autre maison la couronne d'Espagne. Quand la Reine Isabelle sera mariée et aura des enfants, le mariage de l'Infante aura perdu le caractère qui nous impose envers l'un et l'autre la même politique; et dès lors quelles que soient les chances inconnues d'un avenir lointain, ce mariage nous convient, et nous ne cachons point notre intention de

le rechercher et de le conclure, s'il convient également aux premiers intéressés. J'ai dit cela à Lord Aberdeen. Le Roi le lui a dit et redit. Il est maintenant bien entendu que telle sera notre conduite. Et elle est trouvée fort sensée, naturelle et loyale."

Nach Stockmar's Niederschrift lautete die Erklärung Louis Philippe's gegen die Königin:

„Qu'il ne penserait pas à cette union aussi longtemps qu'elle serait une affaire politique et pas avant que la Reine ne fût mariée et qu'elle n'eût des enfants."

Man wird also keinen Grund haben zu bezweifeln, daß in Betreff des ersten streitigen Punktes die englischen Angaben die richtigen sind.

2. Von größerer Wichtigkeit ist die die zweite Bestimmung des Abkommens von Eu betreffende Abweichung der französischen von den englischen Berichten.

Die Engländer versichern, sich nur dazu verpflichtet zu haben, keinen nichtbourbonischen Prinzen, insbesondere nicht den Prinzen Leopold, als englischen Candidaten für die Hand der Königin anzuerkennen und zu unterstützen. Dagegen haben die Franzosen später, als der Streit über jene Verabredungen bereits ausgebrochen war, die Sache so darzustellen gesucht, als ob England in Eu versprochen hätte, positiv für die Wahl eines bourbonischen Prinzen zu wirken und der Wahl eines jeden andern Prinzen entgegen zu wirken.

Guizot (Mém. VIII. pag. 297) schreibt am 30. Juli 1846 an M. de Jarnac in London:

„Il a été dit et entendu que les deux gouvernements s'emploieraient à Madrid pour que le choix de la Reine se portât sur l'un des descendants de Philippe V. Lorsque quelqu'autre candidat a été mis en avant, Lord Aberdeen a travaillé à l'écarter."

Und in dem gleichen Sinne behauptet der Graf Jarnac Lord Palmerston gegenüber (S. Palmerston's Depesche vom 22. September 1846, Correspondence relating to the Marriages pag. 23), die Vereinbarung der beiden Regierungen sei dahin gegangen, daß sie beiderseits einen Abkömmling Philippe's V. zum Gemahl der Königin von Spanien empfehlen sollten.

Daß aber die Verabredung von Eu England in der That nur die Aufstellung eines nichtbourbonischen eigenen Candidaten und Unterstützung desselben untersagten, keineswegs aber Bekämpfung eines solchen, wenn er von anderer Seite aufgestellt würde, und positives Wirken für einen Bourbon zur Pflicht machten, läßt sich aus französischen Documenten überzeugend darthun.

Erstens aus dem oben angeführten Briefe Louis Philippe's an die Königin der Belgier. Hier referirt der König, daß er, nach seinem Zugeständniß die Heirath mit der Infantin erst eintreten zu lassen, quand la Reine serait mariée et aurait eu un enfant, folgendermaßen zu Lord Aberdeen gesprochen: „Mais pourtant il faut un peu de réciprocité dans cette affaire, et si je vous donne vos sécurités, il est juste qu'en retour vous me donniez les miennes. Or, les miennes sont que vous ferez ce que vous pourrez pour tâcher que ce soit parmi les descendants de Philippe V. que la Reine Isabelle choisisse son époux, et que la candidature du Prince Léopold de Saxe Cobourg soit écartée."

Hierauf habe ihm Lord Aberdeen erwidert: „Nous pensons comme vous que le mieux serait, que la Reine prît son époux parmi les descendants de Philippe V. Nous ne pouvons pas nous mettre en avant sur cette question, comme nous l'avons fait; mais nous vous laisserons faire; nous nous bornerons à vous suivre, et dans tous les cas à ne faire rien contre vous. Quant à la candidature du Prince Léopold de Saxe-Cobourg, vous pouvez être tranquille sur ce

point, je réponds qu'elle ne sera ni avouée ni appuyée par l'Angleterre, et qu'elle ne vous gênera pas."

Das zweite Zeugniß ist das Guizot's in seinem Bericht an Bresson über die Verhandlungen von 1845 in Eu. Er fährt nach der oben angeführten Stelle (Mém. VIII., pag. 227) so fort: „Il fut en même temps bien entendu et reconnu, par Lord Aberdeen comme par nous, qu'en tenant cette conduite nous comptions qu'aucun Prince étranger à la maison de Bourbon ne serait soutenu par le gouvernement anglais, comme prétendant à la main de la Reine Isabelle ou de l'Infante sa soeur*)."

Hiernach wird es wohl nicht mit Grund bezweifelt werden können, daß England in Eu keine Verpflichtung übernahm, die Candidatur eines Bourbon positiv zu fördern, oder der eines Nichtbourbon positiv entgegen zu wirken, und wir können nach allem dem den Inhalt der Verabredungen von Eu schließlich dahin zusammenfassen:

Erstens, daß Frankreich versprach, den Herzog von Montpensier mit der Infantin nicht eher zu vermählen als bis die Königin Isabella vermählt sei und Kinder habe;

Zweitens, daß England versprach, keinen nichtbourbonischen Candidaten auf die Hand der Königin Isabella aufzustellen und zu unterstützen, insbesondere daß sowohl der Hof als das Ministerium den Prinzen Leopold nicht als englischen Candidaten anerkennen und unterstützen zu wollen verhießen. —

Dieses Versprechen ist von englischer Seite auf's strengste gehalten worden. Man wird dies, nach den von uns beigebrachten Thatsachen an und für sich wahrscheinlich finden, da in England an maßgebender Stelle von vornherein theils gar keine, theils

*) Wir wollen nur im Vorbeigehen darauf hinweisen, daß die letzten Worte Guizot's „ou de l'infante sa soeur" einen Irrthum enthalten. Es war in Eu 1845 nicht davon die Rede, daß England keinen nichtbourbonischen Freier der Infantin begünstigen solle.

eine nur sehr mäßige, von aller Verblendung und Voreingenommenheit freie Neigung für die Coburgische Candidatur bestanden hatte. Man kann an der Beobachtung des gegebenen Worts, Seitens derjenigen, die sich in Eu verpflichteten, um so weniger zweifeln, wenn man die strenge Redlichkeit der Königin, die feste Sittlichkeit und Besonnenheit des Prinzen und den Charakter Lord Aberdeen's erwägt, Lord Aberdeen's, über den Guizot selbst (Mémoires VIII. 278) zustimmend den Ausspruch des Prinzen Albert anführt: Lord Aberdeen est l'homme le plus complètement vertueux que je connaisse.

Von der französischen Seite aber zeigt sich von nun an eine zur Schau getragene außerordentliche Furcht vor dem Gespenst der Coburger Candidatur und eine fortgesetzte Beschäftigung mit dem Gedanken, diesen Popanz als Grund zu gebrauchen, um sich von dem in Eu gegebenen Versprechen für entbunden zu erklären.

Schon im November geräth Guizot in heftige Aufregung (Mémoires VIII. 232—235) bei der Nachricht, daß der Prinz Leopold mit seinem Vater eine Reise zu dem älteren Bruder Ferdinand in Portugal und vielleicht auch einen Abstecher nach Spanien beabsichtige. Er wird indeß von Lord Aberdeen durch die energischesten Betheuerungen beschwichtigt, daß es England nicht in den Sinn komme, etwaige Ansprüche des Prinzen Leopold zu unterstützen oder zu ermuthigen, daß auch der Hof für den Prinzen keineswegs Absichten auf die Hand der Königin Isabella hege. „Je puis vous répondre sur ma parole de gentleman," sagte Lord Aberdeen, „que vous n'avez rien à craindre de ce côté; le Prince Albert comprend parfaitement notre politique commune et il s'y ralliera absolument, dans la même mesure que le cabinet lui même." Und Guizot erklärt auch: „J'étais alors et je reste aujourd'hui profondément convaincu de la parfaite sincérité du Prince et du Ministre dans leurs intentions et leurs paroles."

Gleichwohl konnten die Versicherungen des tugendhaften Aberdeen ihn nicht beruhigen. Er behauptet, von Lissabon aus seien in

Madrid fortwährend Intriguen für den Coburger gesponnen worden, er mißtraute auch dem englischen Gesandtschaftspersonal in Madrid. Und es ist allerdings Thatsache, daß der Gesandte Sir Henry Bulwer, dem Aberdeen geradezu vorgeschrieben hatte, sich der Unterstützung der Coburgischen Candidatur zu enthalten (Guizot ib. 236), derselben aus Ueberzeugung günstig war, und wir werden bald sehen, daß er es nicht über sich vermochte, vollkommen neutral zu bleiben. Wie viel wirkliche Gefahr eines Erfolgs des Coburgers in diesen Momenten lag, ist freilich eine andere Frage, die wir nach dem schließlichen Ausgang geradezu verneinen möchten.

Man darf aber nicht vergessen, daß der Mensch das leicht für wirklich nimmt, was er verwirklicht zu sehen ein Interesse hat. Guizot hatte das Interesse, sich die Gefahr der Coburgischen Candidatur so dringend als möglich vorzustellen, um vor sich selbst eine Lossagung von den gegen England eingegangenen Verpflichtungen rechtfertigen zu können. Er malte sich also den Fall, der ihn von dieser Verpflichtung befreien könne, als immer wahrscheinlicher aus und legte sich ihn zugleich so zurecht, wie er nach den Verabredungen von Eu eben nicht war: er setzte der größeren Bequemlichkeit wegen voraus, daß England sich, was es nicht gethan, damals verpflichtet habe, der Coburger Candidatur positiv entgegen zu wirken, und zwar nicht nur in Betreff der Vermählung der Königin, sondern auch der Infantin. Und so kommt er dazu, schon am 10. December 1845 an den Gesandten Bresson in Madrid zu schreiben:

„Plus j'y regarde, plus je demeure convaincu qu'il y a, en Espagne et autour de l'Espagne, un travail actif et incessant pour amener le mariage d'un Prince de Cobourg, soit avec la Reine, soit avec l'Infante. Le gouvernement anglais ne travaille pas positivement à ce mariage, mais il ne travaille pas non plus efficacement à l'empêcher. . . . . . . . . Nous ne pouvons jouer en ceci un rôle de dupes. Nous continuerons à suivre loyalement

notre politique, c'est à dire à écarter toute combinaison qui pourrait rallumer le conflit entre la France et l'Angleterre à propos de l'Espagne. Mais si nous nous apercevions que de l'autre côté on n'est pas aussi net et aussi décidé que nous, si par exemple, soit par l'inertie du gouvernement anglais, soit par le fait de ses amis en Espagne et autour de l'Espagne, un mariage se préparait pour la Reine ou pour l'Infante, qui mît en péril notre principe — les descendants de Philippe V. — et si cette combinaison avait, auprès du gouvernement espagnol, des chances de succès, aussitôt nous nous mettrions en avant sans réserve et nous demanderions simplement et hautement la préférence pour M. le Duc de Montpensier." —

Auf diese Art war denn das Eintreten des Falls, den man brauchte, bedeutend erleichtert. Schon die Unthätigkeit der englischen Regierung, schon die Handlungen ihrer Freunde in Spanien oder um Spanien herum, genügten nunmehr, nach Guizot, um Frankreich seiner Verpflichtungen zu entbinden.

Nachdem er dieses Stratagem zunächst für sich ersonnen und seinem Agenten in Madrid auseinandergesetzt, entschloß er sich, im März 1846 es auch Lord Aberdeen zu expliciren, damit dieser sich nicht beklagen könne, überrascht worden zu sein, wenn er eines Tags die Falle zuschnappen sähe.

So sendet er denn das Memorandum vom 27. Februar 1846 nach London, damit der Gesandte St. Aulaire dieses dem Lord Aberdeen vorlese. Er schreibt gleichzeitig an St. Aulaire:

„Je tiens également à être loyal et à n'être point dupe."

Was heißt: n'être point dupe? seinen Zweck erreichen? Aber es ist nicht immer möglich seinen Zweck zu erreichen, und zugleich vollkommen loyal zu sein.

Jenes Memorandum sagt (Guizot ib. 253):

„Un travail très-actif se poursuit et redouble en ce

moment pour marier le Prince Léopold de Cobourg, soit à la Reine Isabelle, soit à l'Infante Doña Fernanda. La cour de Lisbonne est le foyer de ce travail. Les correspondances, les journaux portugais et espagnols le révèlent évidemment. . . . . . . . . Nous avons été et nous voulons être très-fidèles à la politique que nous avons adoptée et aux engagements que nous avons pris quant aux mariages, soit de la Reine Isabelle, soit de l'Infante Doña Fernanda. Mais si l'état actuel des choses se prolonge et se développe, nous pouvons arriver brusquement à une situation ou nous serons:

1. Placés sous l'empire d'une nécessité absolue pour empêcher que, par le mariage, soit de la Reine, soit de l'Infante, notre politique reçoive en Espagne un échec que nous n'accepterions pas

2. Libres, pour l'un comme pour l'autre mariage, de tout engagement.

C'est ce qui arriverait si le mariage, soit de la Reine, soit de l'Infante, avec le Prince Léopold de Cobourg ou avec tout autre Prince étranger aux descendants de Philippe V. devenait probable et imminent.

Dans ce cas nous serions affranchis de tout engagement et libres d'agir immédiatement pour parer le coup en demandant la main, soit de la Reine, soit de l'Infante pour M. le duc de Montpensier."

Also hier war mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit die exorbitante Auslegung des Abkommens von Eu aufgestellt, welche nöthig war, um die Selbstbefreiung Frankreichs von seinen Verpflichtungen einzuleiten. England hatte sich in Eu verbindlich gemacht, keine nichtbourbonische Candidatur, insbesondere nicht die des Prinzen von Coburg, auf die Hand Isabellen's als die seine anzuerkennen und zu unterstützen. Wenn es dies dennoch that, konnte Frankreich sich von seiner Gegenverbindlichkeit loslösen. Aber

das Memorandum spricht es von dieser schon dann frei, wenn eine nichtbourbonische Heirath, sei es der Königin, sei es der Infantin, wahrscheinlich und nahe bevorstehend wird, und behält natürlich der französischen Regierung selbst das Urtheil vor, wenn dieser Fall eingetreten sei.

Was sagte Lord Aberdeen dazu? Guizot berichtet darüber nichts. In der That scheint Aberdeen nach einer Niederschrift Stockmar's, die wir hier folgen lassen, wirklich nicht viel gesagt und so ziemlich den Vogel Strauß gespielt zu haben.

„St. Aulaire las ihm dieses Schriftstück vor. Da aber Niemand besser als er (Aberdeen) wußte, daß das englische Cabinet nichts gethan hatte qui rendrait probable et imminent le mariage, soit de la Reine, soit de l'Infante avec le Prince de Cobourg ou avec tout autre Prince étranger aux descendants de Philippe V., so sah er im Inhalt des Memorandum nichts, als eine übertriebene Aengstlichkeit und übergroßes Mißtrauen der französischen Regierung, welches beides er sich durch die verschiedenen, damals über die spanischen Heirathen öffentlich circulirenden Gerüchte erklärte. Er nahm daher so wenig als möglich Notiz von der Eröffnung. Er wollte auch deren Inhalt um so weniger besonders releviren, als er dadurch sich ersparte, bemerken zu müssen, wie Frankreich in diesem Actenstück zu seinen früheren Prätentionen nun eine neue monströse dadurch hinzufüge, daß es jetzt in einem von ihm willkürlich vorausgesetzten Fall sich von seinen Verbindlichkeiten befreit erkläre. Er begnügte sich daher zu versichern, daß von englischer Seite nichts geschehen sei, noch geschehen werde, was Frankreichs Mißtrauen und Besorgniß rechtfertigen könne, und schloß mit der Bitte, St. Aulaire möge seine Regierung zu beruhigen suchen. Um der Sache keine weitere Wichtigkeit zu geben, behielt er auch keine Abschrift von St. Aulaire's Mittheilung, so daß, als Palmerston später in's Amt trat, sich in den Acten nichts darüber vorfand."

Man sieht hier wie die Ehrlichkeit und Gutmüthigkeit Aberdeen's solchen Gegnern nicht gewachsen war. Er schweigt zu allem Unberechtigten der französischen Mittheilung, um es sich zu ersparen, den Franzosen unangenehme Bemerkungen machen zu müssen. Sein ganzes Streben geht dahin, sie zu beschwichtigen und er hält es für weise, die Spur jenes Memorandums zu verwischen, indem er nicht einmal eine Abschrift davon behält. Das heißt doch wirklich den Kopf in den Sand stecken!

Was er hätte sagen müssen, ist Folgendes: „Diese Mittheilung zeugt von einem beleidigenden Mißtrauen gegen uns. Wir sind uns bewußt, es so wenig zu verdienen, daß Euer Mißtrauen das unserige erregen muß. Dieses wird dadurch gesteigert, daß Ihr eine in mehrfacher Hinsicht ganz irrige Auslegung der Verabredung von Eu zu Grunde legt, und darauf ganz unberechtigte Prätentionen baut, die ich entschieden ablehnen muß."

Sonderbarerweise fügte es sich, daß bald darauf im Mai 1846 ein Zwischenfall eintrat, aus dem Guizot wohl, im Sinne seiner im Memorandum vom 27. Februar enthaltenen Drohungen, hätte Capital machen können, um sich den Verbindlichkeiten von Eu zu entziehen, hätte ihn nicht die zu augenscheinliche, man möchte sagen flagrante Loyalität, mit der sich das englische Cabinet dabei benahm, daran verhindert.

Lassen wir den König Louis Philippe selbst diese Episode kurz erzählen.

„Toutes ces manoeuvres", schreibt er in dem oft angeführten Briefe an seine Tochter von Belgien (und er meint die angeblichen Manöver der englischen Agenten), „amenèrent la démarche à laquelle la Reine Christine se laissa entrainer, en expédiant un agent secret, porteur d'une lettre d'elle pour le duc de Cobourg, à l'effet de lui demander la main de son Cousin, le Prince Léopold de Saxe-Cobourg, pour la Reine sa fille.

La loyauté de Lord Aberdeen le porta à nous donner immédiatement connaissance de cette démarche qui nous avait été cachée à Madrid, et il y ajouta l'assurance que ni la Reine Victoria, ni le Prince Albert, ni le gouvernement de S. M. ne donneraient ni appui ni encouragement quelconque à la demande de la Reine Christine. Nous lui représentâmes que d'après ce qui s'était passé entre nous sur ce chapitre, nous avions droit de réclamer de lui une répression plus positive de la part que des agents anglais (Guizot erzählt genauer ib. pag. 260, daß die Mittheilung an den Herzog von Coburg mit Sir Henry Bulwer verabredet oder ihm wenigstens communicirt worden und er sie gebilligt habe) avaient prise aux intrigues qui avaient amené cette démarche de la Reine Christine; et en effet Lord Aberdeen adressa une sévère réprimande à Mr. Bulwer."

„Sir Henry Bulwer," erzählt Guizot a. a. O. pag. 273 weiter, „offrit sa démission, mais les circonstances générales devinrent telles que ni le blâme ni la démission n'eurent aucune suite." Diese allgemeinen Umstände waren nämlich der sich seit einiger Zeit vorbereitende Rücktritt des Tory-Ministeriums und Lord Aberdeen's, an dessen Stelle mit den Whigs am 29. Juni Lord Palmerston trat.

Nehmen wir diese französische Version der fraglichen Episode für ganz richtig, so liegt auf der Hand, daß das rasche, durchaus offene und ehrliche Verfahren Lord Aberdeen's es den Franzosen unmöglich machte, selbst wenn sie dazu Lust hatten, von dem Vorfall im Sinne des Memorandums vom 27. Februar Nutzen zu ziehen.

Nach Stockmar's Aufzeichnungen war man aber in England einige Monate nachher durch die eingegangenen Nachrichten zu der Ansicht geführt worden, daß Aberdeen den Franzosen nicht nur eine gute Gelegenheit, sondern einen klug angelegten Plan verdorben hatte. Stockmar schreibt am 27. November:

„Die Berichte aus Paris besagen, daß der Antrag der Königin Christine an den Herzog von Coburg ein von ihr mit Louis Philippe verabredeter Schritt und eine Falle für Bulwer und die englische Regierung gewesen sei.

Wäre die letztere darauf eingegangen, so würde sie dadurch Louis Philippe einen Vorwand verschafft haben mit dem Anschein des Rechts zu sagen: da Ihr von unserm Einverständniß abgewichen seid, so bin ich berechtigt, die Heirath mit einem meiner Söhne sofort ins Werk zu setzen."

„Auch der preußische Minister in Lissabon hat an seine Regierung berichtet, der Brief der Königin Christine an den regierenden Herzog von Coburg sei eine Falle gewesen, um England zu einer Meinungsäußerung zu verlocken. Hätte es sich zu Gunsten jener Heirath geäußert, so würden die Franzosen dies als Vorwand gebraucht haben, um sich von den Verbindlichkeiten von Eu befreit zu erklären."

Der Eintritt Lord Palmerston's in das Ministerium brachte ganz neue Elemente in die Angelegenheit der spanischen Heirathen.

Lord Palmerston war in Frankreich von den orientalischen Verwicklungen 1840 bis 1841 her nicht in gutem Andenken. Er galt Guizot und Louis Philippe für händelsüchtig und geneigt, überall gegen den Einfluß und die Wünsche Frankreichs anzustreben. Guizot machte sich gleich auf Conflicte gefaßt. Er schreibt an Bresson schon am 5. Juli 1846 (a. a. O. pag. 287): „J'ai avec Lord Palmerston cet avantage que s'il survenait entre nous et Londres quelque refroidissement, quelqu'embarras, ce serait à lui et non à moi, qu'en France, en Angleterre, partout, on en imputerait la faute. Je le lui ai dit à lui-même, il y a trois mois."

Palmerston seinerseits hielt es von vornherein für sehr schwer, mit den Franzosen auf gutem Fuß zu bleiben. Saint-Aulaire berichtet, aus dem Munde von Lord Aberdeen, Lord Palmerston habe

zu diesem gesagt: „Ces gens là sont essentiellement envahisseurs, agressifs, provoquants; en toute affaire ils veulent se faire une bonne part, aux dépens des autres. Comment bien vivre avec eux à de telles conditions?“

Es ist aber eine alte Erfahrung, daß Leute, welche sich gegenseitig mißtrauen und die Wahrscheinlichkeit mit einander in Streit zu gerathen vorhersehen, sich selten richtig gegen einander benehmen und in Folge davon gewöhnlich wirklich Streit bekommen. Dies bewährte sich auch hier zwischen der englischen und französischen Regierung.

Auch in Bezug auf Spanien änderte sich die Constellation dadurch, daß Palmerston zur Gewalt gelangte.

„Vous tirerez,“ sagt Guizot in demselben Briefe an Bresson, „à coup sûr, grand parti de son avénement pour agir sur la Reine Christine et son mari. Ils auraient beau faire; ils n'auront jamais dans Lord Palmerston qu'un ennemi, car il ne sera jamais que le patron du parti progressiste, c'est-à-dire de leurs ennemis.“

Und dasselbe galt natürlich für die in Spanien, seit dem Sturze Espartero's 1843, am Ruder befindliche Partei der Moderados.

Zwar die ersten vorläufigen Besprechungen des französischen Gesandten mit Lord Palmerston über die spanischen Angelegenheiten schienen die Aussicht zu eröffnen, daß beide Regierungen Hand in Hand gehen könnten, indem beide darüber einig waren, daß die Königin Isabella am besten thun werde, einen ihrer Vettern, der Söhne des Don Francisco de Paula, nämlich entweder den Don Francisco, Herzog von Cadix, oder den Don Enrique, Herzog von Sevilla, zu wählen. Hinter diesem Einverständniß stand freilich gleich wieder die Differenz, daß Frankreich den harmlosen und ungefährlichen Don Francisco bevorzugte, England den mit den Progressisten in Verbindung stehenden, unruhigen Don Enrique, den auch Lord Aberdeen, in einer seiner letzten Depeschen nach Spanien

vom 22. Juni (Corresp. relating to the marriages pag. 6) als denjenigen Candidaten bezeichnet hatte, der der englischen Regierung als der empfehlenswertheste (most eligible) erscheine, weil er die meiste Aussicht habe dem spanischen Volke annehmbar zu sein. Dabei setzte sich Frankreich hinsichts des Don Francisco über die Bedenken hinweg, die sich aus einem Privatbriefe Bresson's an Guizot vom 12. Juli 1846 (Revue rétrospective pag. 181) ergeben. Bresson hatte der Königin Christine den Herzog von Cadix zum Gemahl ihrer Tochter Isabella vorgeschlagen. Diese Heirath lasse sich rasch und leicht ausführen. „Sa Majesté", sagt er, „en est tombée d'accord, et Elle le verrait s'accomplir sans aucune répugnance, si la Reine sa fille ne témoignait pour ce Prince un éloignement aussi prononcé, et s'il n'était douteux qu'il fût homme*).

Dagegen glaubte England seinerseits diejenigen Zweifel übersehen zu dürfen, zu denen hinsichts des Don Enrique Anlaß war. Bresson in dem angeführten Brief erzählt von der Königin Mutter:

„Pour Don Enrique elle ne s'occupe pas de ses extravagances politiques; elle le sait mauvais, pervers, perdu de moeurs; ses devoirs de mère l'obligent à le repousser."

Aber es war doch nicht die Differenz: ob Don Francisco oder Don Enrique?, welche den schließlichen Ausgang dieser Angelegenheit zwischen England und Frankreich herbeiführte. Vielmehr ist derselbe daraus zu erklären, daß das allgemeine Mißtrauen des französischen Cabinets gegen Palmerston, verbunden mit den Fehlern und Uebereilungen dieses, den auf französischer Seite bereits vorhandenen Anreiz verstärkte dasjenige Spiel zu spielen, das im Memorandum

*) Louis Philipp in dem oft angeführten Brief an seine Tochter sagt: „Il me parait certain, d'après les informations, même très-minutieuses, qui ont été recueillies à Madrid sur Don François d'Assise, qu'il se trouve dans une bonne condition de virilité."

vom 27. Februar im Voraus entworfen, aber bis dahin noch nicht fest beschlossen war.

Lord Palmerston that den ersten verhängnißvollen Zug durch seine Depesche an Bulwer vom 19. Juli 1846 (Correspondence pag. 8), ein Actenstück, von dem wir wegen seiner Wichtigkeit für die Sache ausführliche wörtliche Auszüge geben müssen.

„Zwei Fragen," so beginnt es, „scheinen im gegenwärtigen Augenblick die Aufmerksamkeit derer besonders auf sich zu ziehen, die ein Interesse an den spanischen Dingen nehmen. Die eine ist die Heirath der Königin, die andere der innere politische Zustand des Landes."

„In Bezug auf die erste Frage habe ich den Ihnen von meinem Amtsvorgänger ertheilten Instructionen jetzt nichts hinzuzufügen."

„Die brittische Regierung ist nicht gesonnen, den Ansprüchen irgend eines der Prinzen, die sich gegenwärtig um die Hand der Königin bewerben, thätige Unterstützung zu leihen, und fühlt sich nicht berufen, gegen irgend einen derselben irgend eine Einwendung zu erheben."

„Die Wahl eines Gemahls für die Königin eines unabhängigen Landes ist offenbar eine Angelegenheit, in welche die Regierungen anderer Länder nicht berechtigt sind sich einzumischen; es müßte denn die Wahrscheinlichkeit vorhanden sein, daß die Wahl auf einen Prinzen fiele, der so unmittelbar zu der regierenden Familie irgend eines mächtigen Staats gehörte, daß er voraussichtlich die Politik seines Adoptivlandes mit der seines Geburtslandes in einer dem europäischen Gleichgewicht nachtheiligen und den Interessen anderer Staaten gefährlichen Weise verknüpfen würde. Allein unter denjenigen, die gegenwärtig als Bewerber um die Hand der Königin von Spanien genannt werden, befindet sich keine Persönlichkeit von jener Art; indem diese Bewerber augenblicklich auf drei reducirt sind, nämlich, den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg, und die zwei Söhne des Don Francisco de Paula. Ich übergehe den Grafen Trapani und den Grafen Montemolin, da keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß die Wahl auf einen von beiden falle. Was die

drei oben erwähnten Candidaten betrifft, so hat Ihrer Majestät Regierung nur den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, daß die Wahl auf denjenigen darunter fallen möge, der die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat, das Glück der Königin zu sichern, und die Wohlfahrt der spanischen Nation zu fördern."

Die Depesche geht dann auf den zweiten Punkt, den innern politischen Zustand von Spanien über; sie charakterisirt das Regierungssystem als das der Willkür, der Gewalt und des Scheinconstitutionalismus, ja der zermalmenden Tyrannei (grinding tyranny), und spricht die Hoffnung aus, daß das spanische Ministerium unverzüglich in die Bahnen der Verfassung und der Gesetzlichkeit zurückkehren werde. Sie endet mit folgenden Worten:

„Ihrer Majestät Regierung ist jedoch so durchdrungen von der Unzuträglichkeit einer Einmischung, selbst durch freundschaftliche Rathschläge, in die innern Angelegenheiten unabhängiger Staaten, daß ich mich enthalten muß, Sie zu irgend welchen, den spanischen Ministern über diese Punkte zu machenden Vorstellungen zu instruiren. Aber obgleich Sie natürlich Sorge tragen werden, über diese Fragen bei keiner Gelegenheit andere als die von mir Ihnen dergestalt auseinandergesetzten Ansichten auszusprechen, und obgleich Sie bemüht sein werden diese Ansichten nicht in einer solchen Art oder bei einer solchen Gelegenheit auszusprechen, daß dadurch voraussichtlich Unzufriedenheit erzeugt, vermehrt oder ermuthigt werde, so brauchen Sie dennoch die Thatsache, daß solche Meinungen bei der brittischen Regierung bestehen, nicht vor irgend einer derjenigen Persönlichkeiten zu verhehlen, welche die Macht haben mögen, den vorhandenen Uebelständen Abhülfe zu schaffen."

Es ist unmöglich in dieser Depesche eine Abweichung englischerseits von den Verabredungen von Eu zu entdecken, wie sie die Franzosen darin haben finden wollen, um sich ihres dort gegebenen Wortes zu entledigen. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß sie verschiedene Unvorsichtigkeiten und politische Fehler enthält.

Lord Palmerston verweist zunächst den Gesandten Bulwer auf die letzten von Lord Aberdeen empfangenen Instructionen. Es waren die bereits angeführten vom 25. Juni, worin der Minister dem Gesandten Abschrift eines Briefes vom 22. d. Mts. mittheilt, welchen er an den Herzog von Sotomayor in Erwiderung auf eine Anfrage der spanischen Regierung gerichtet hatte, wie England die Wahl eines nichtbourbonischen Gemahls der Königin Isabella ansehen würde.

In diesem Briefe sagt Lord Aberdeen Folgendes: „England habe stets das Recht Frankreichs geleugnet, der spanischen Königin Vorschriften über die Wahl ihres Gemahls zu machen. Anderseits habe es nicht verkannt, daß in den Augen der spanischen Regierung Gründe bestehen könnten, einem bourbonischen Prinzen den Vorzug zu geben, und deshalb keinen Einwand gegen den Vorschlag erhoben, den Gemahl Isabella's unter der Descendenz Philipp's V. zu suchen, vorausgesetzt, daß eine solche Wahl den Neigungen der Königin und den Interessen der Regierung entspreche."

„We ventured," heißt es weiter, „although without any English Candidate or English preference, to point out the Infant Don Enrique as the Prince who appeared to us to be the most eligible, because the most likely to prove acceptable to the people of Spain *)."

Somit war also durch Lord Palmerston die von seinem Vorgänger gegebene Richtschnur bestätigt, daß England keinen Candidaten, keine Vorliebe für einen solchen habe, aber den Prinzen Don Enrique für den im spanischen Sinn empfehlenswerthesten halte. Zudem wiederholt Lord Palmerston noch ausdrücklich, daß die englische Regierung nicht gesonnen sei, irgend einen der gegenwärtigen Bewerber thätig zu unterstützen, aber auch gegen keinen derselben Einwendungen zu erheben habe.

*) „Obschon wir keinen englischen Candidaten und keine Vorliebe für einen Bewerber hatten, so wagten wir doch den Infanten Don Enrique als den Prinzen zu bezeichnen, der uns der empfehlenswertheste schien, weil er voraussichtlich dem Spanischen Volk am annehmbarsten sein würde."

Erinnern wir uns, wie die Verabredung von Eu dahin ging, daß England keinen nichtbourbonischen Candidaten auf die Hand Isabella's als den seinen aufstelle, anerkenne und unterstütze, so läßt sich in dem fraglichen Schriftstück eine Abweichung von diesem Versprechen nicht erkennen.

Die Depesche bezeichnet allerdings im weitern Verlauf „Diejenigen, welche als Candidaten für die Hand der Königin von Spanien gegenwärtig genannt werden," und führt als solche auf: den Prinzen Leopold und die beiden Söhne des Don Francisco de Paula. Aber durch die Nennung des Coburgers war doch eben nur die notorische Thatsache ausgedrückt, daß man von Spanien aus directe Schritte gethan hatte, die ihn zum spanischen Candidaten machten. Durch die bloße Bezeichnung als Candidat wurde er gewiß nicht zum englischen Candidaten erhoben. Und wenn dann schließlich Lord Palmerston den Wunsch aussprach, daß die Wahl auf denjenigen von den drei genannten Candidaten fallen möge, der dem Interesse der Königin und Spaniens am meisten zusage, wenn er also den Coburger in dieser Beziehung auf gleiche Linie mit den beiden andern Prinzen stellte, so lag auch hierin keine Verletzung des Abkommens von Eu. Denn wie wir oben sahen, hatte sich England in Eu nicht verpflichtet, die Candidatur eines Bourbon positiv zu fördern oder der eines Nicht-Bourbon positiv entgegen zu wirken. Und noch dazu war die Gleichstellung der drei Candidaten eine nur scheinbare, da Palmerston auf Lord Aberdeens Instructionen zurückwies, in denen Don Enrique als der im spanischen Sinn wünschenswertheste Bewerber bezeichnet war.

So wenig aber Palmerston's Depesche gegen das Abkommen von Eu verstieß, so wenig läßt sich leugnen, daß sie in mehr als einer Hinsicht, ungeschickt und unpolitisch war.

Erstens: wozu den Coburger Prinzen als Candidaten nennen, gegen den England ebensowenig Einwendungen zu machen habe, als

gegen die beiden anderen, wenn doch Palmerston selbst auf der einen Seite denselben im Grunde nicht wollte, auf der andern Seite aber wußte, daß der bloße Name, sei es mit Recht oder mit Unrecht, Frankreich beunruhigen würde.

Zweitens aber war der in der Depesche enthaltene heftige Angriff auf die innere Politik der spanischen Regierung in doppelter Hinsicht unklug. Unklug im Allgemeinen, weil Palmerston's Manier, fremden Regierungen über ihre innern Angelegenheiten hofmeisternde Vorlesungen zu halten, überhaupt nur dazu dienen konnte, England und seinen Minister verhaßt zu machen. Unklug im speciellen Fall in Bezug auf die Heirathsfrage. Hören wir Guizot a. a. O. pag. 306: „Ce furent l'attitude et la dépèche de Lord Palmerston à peine rentré au pouvoir, qui surmontèrent le peu de goût de la Reine Christine pour les fils de sa soeur Doña Carlotta (Francisco und Enrique) et déterminèrent sa prompte et franche résolution en faveur des deux mariages bourbons. Soit légèreté, soit routine dans la vieille politique anglaise, Lord Palmerston avait mal jugé de l'état des partis et des esprits en Espagne; les modérés étaient en possession du gouvernement . . . . . . . . . C'était dans cette forte et régulière situation que la Reine Christine, le cabinet et tout le parti modéré en Espagne se voyaient menacés d'être livrés à leurs constants et ardents ennemis, les Progressistes révolutionnaires. Ils ne voulurent pas subir cette perspective et ils se décidèrent enfin nettement pour l'alliance française."

Die Depesche Lord Palmerston's vom 19. Juli beschleunigte einen auf der französischen Seite bereits im Gang befindlichen Prozeß der Loslösung von den Versprechungen von Eu.

Schon am 5. Juli, einige Tage nach dem Eintritt Palmerston's, hatte Guizot an Bresson in Madrid geschrieben (Mémoires VIII, pag. 286): „Don Enrique est dans notre principe, car il est un des descendants de Philippe V. . . . . . . . . Mais

évidemment le duc de Cadix est fort préférable, en soi, et pour nous. Poussez donc décidément à lui et placez le duc de Montpensier à côté de lui."

Diese Andeutung fiel auf den fruchtbarsten Boden. Der rührige Bresson, dem nichts mehr am Herzen lag, als die geheimen Wünsche seines Hofes und Ministeriums zu erfüllen, und ihnen gern einen Schritt vorauseilte, schreibt schon am 12. Juli (Revue rétrospective pag. 180): er habe der Königin Christine eröffnet „que le Roi (Louis Philippe) était disposé à consentir que dans toute combinaison Bourbon M. le duc de Montpensier prît place à côté du mari de la Reine, c'est-à-dire que les deux mariages, si l'un devait faciliter l'autre, se célébrassent ou fussent du moins déclarés simultanément" — und zugleich Don Francisco für die Königin vorgeschlagen. Am folgenden Tage meldet er triumphirend, daß Christine auf seine beiden Vorschläge eingehe (a. a. O. pag. 181).

Irgend welchen Scrupeln, die dieses Verfahren, mit Rücksicht auf die gegen England eingegangenen Verbindlichkeiten, Guizot hätte einflößen können, beugt Bresson gleich mit der Bemerkung vor: „dégagé, affranchi, vous l'êtes mille fois par les procédés des agents anglais."

Als die Nachricht von diesem Vorgehen Bresson's nach Paris gelangte, erschrak Louis Philipp, der sich denn doch klar machte was darin läge. „Plus nous avons de mauvaise foi à craindre," schreibt er an Guizot 25. Juli a. a. O. pag. 185, „plus il importe que les cartes que nous avons en main soient nettes", und er verlangt wiederholt und nachdrücklich von Guizot, daß er Bresson in Bezug auf „la simultanéité et la conclusion définitive des mariages avant la discussion des articles" förmlich desavouire. (Vergl. a. a. O. pag. 182, 184.)

Guizot giebt in seiner Antwort an den König a. a. O. 182 zu, daß Bresson seine Instruction überschritten habe, er sei aber nicht

so weit gegangen, als der König voraussetze. „Il n'a jamais pu entendre ni dire que le mariage de Monseigneur le Prince de Montpensier serait conclu, célébré, ou même définitivement arrêté en même temps que celui de la Reine . . . . Si le mariage de la Reine avec le Duc de Cadix était une fois arrêté, on traiterait alors définitivement du mariage de Monseigneur le Duc de Montpensier avec l'Infante, c'est-à-dire qu'on en annoncerait l'intention réciproque et qu'on en discuterait les conditions et les termes. C'est sur ce terrain, je pense, que nous devons nous tenir."

Nach Guizot also sollte man sich im Stillen über die Heirath Montpensier vorläufig einigen, diese gegenseitige Uebereinstimmung aber erst dann erklären, die Bedingungen erst dann discutiren und die formelle definitive Entscheidung erst dann treffen, wenn die Heirath der Königin mit dem Herzog von Cadix feststände.

Hiermit erklärte sich Louis Philipp unter der Modification einverstanden, daß die Heirath der Königin vorher wirklich *erfolgt* sein müsse. (Brief vom 24. Juli a. a. O. pag. 184.) Also Bresson trieb vorwärts, Louis Philipp hatte anfangs Gewissensbedenken, Guizot suchte ihm darüber hinwegzuhelfen.

In dieser Lage der Dinge traf die Kunde von Lord Palmerston's Depesche vom 19. Juli in Paris ein.

Guizot schreibt darauf sofort an Bresson (Mémoires VIII, pag. 301): „Vous pouvez je pense lier *toujours ces deux noms* (Cadix et Montpensier), *sans engagement formel de simultanéité dans la conclusion définitive* et *en réservant la discussion des articles*" und spricht am folgenden Tage, 25. Juli, (Revue 186) dem König aus, jetzt *sei nicht der rechte Moment, Bresson wegen seines frühern Vergehens zu desavouiren.*

Nachdem Frankreich nun einmal so weit gekommen war, die Gleichzeitigkeit der beiden Heirathen in's Auge zu fassen, und sie

eben nur nicht formell zu versprechen, gehörte dann nicht mehr viel dazu, um zu bewirken, daß man sich zur wirklichen Gleichzeitigkeit der Verlobungen und Vermählungen verstand.

Es war der Eindruck der Palmerston'schen Depesche vom 19. Juli in Madrid, welcher den noch fehlenden kleinen Anstoß hinzubrachte.

Bresson schreibt am 8. August (Guizot VIII, 303), die Königin Mutter Christine habe zu dem Minister Mon in großer Besorgniß gesagt: „engage donc Bresson à s'entendre avec moi pour faire les deux mariages Bourbon le plus tôt possible. Les Anglais et la révolution nous menacent.“ Am folgenden Tage habe sie ihm selbst erklärt, sie sei zu der Combination Cadix entschlossen. „Elle ne nous demande qu'une concession: c'est d'associer le mariage de M. le duc de Montpensier à celui de M. le duc de Cadix, de manière à fortifier, à relever l'un par l'autre, et à contenir les mécontents, les opposants par l'éclat du rang de notre Prince et par la crainte de la France qui vient derrière lui.“

Am 28. fand in Madrid die Erklärung über die beiden Heirathen an den Ministerrath und die Unterzeichnung des Verlobungsactes für Montpensier statt.

Am 1. September beauftragte Guizot den Grafen Jarnac das Geschehene Lord Palmerston anzuzeigen, und unter Berufung auf das Memorandum vom 27. Februar auszusprechen, daß, durch den von der Königin Christine im Mai mit Vorwissen Bulwer's geschehenen Schritt zusammengenommen mit Lord Palmerston's Depesche vom 19. Juli, der in jenem Memorandum vorgesehene Fall einer Chance probable et imminente d'un mariage de la Reine d'Espagne avec le Prince Léopold de Cobourg, wirklich eingetreten, wodurch Frankreich von den Verpflichtungen von Eu befreit sei. Guizot, Mémoires VIII, 316.

Wir halten es nach den von uns zusammengestellten Thatsachen für überflüssig, die Monstrosität dieser Behauptung ausführlich zu beweisen.

Wir wollen nur zwei Punkte hervorheben. Erstens, daß Guizot in Betreff der Vorgänge vom Mai die entscheidende Thatsache in Schatten stellt, daß die erste Nachricht über den Schritt Christinen's ihm durch Lord Aberdeen zukam. Zweitens, daß aus den in der Revue rétrospective veröffentlichten Correspondenzen hervorgeht, wie man auf französischer Seite selbst an eine Gefahr der Coburgischen Heirath nicht ernstlich glaubte. Wir führen einige Stellen an.

Am 12 Juli schreibt Bresson (a. a. O. 181) an Guizot: „il n'y a plus de danger imminent du Cobourg. Mr. Mon continue de m'assurer qu'on n'a reçu encore aucune réponse de la famille.“ Und weiterhin: „Bulwer ne pense pas que près de Palmerston le Cobourg soit très en faveur.“

Am 16. Juli schreibt Louis Philipp an Guizot (a. a. O. 180): „quant aux Cobourgs . . . . . . j'ai lieu de croire, et vous pouvez le mander, (mais très-confidentiellement) à Bresson, que leur intention est de ne rien répondre aux ouvertures que la Reine Christine leur a faites.“

Am 24. Juli, nachdem die Kunde von Palmerston's Depesche vom 19. in Paris eingetroffen, schreibt Guizot an den König (a. a. O. 184): „Je ne serais pas étonné qu'au fond il (Palmerston) ne se souciât pas beaucoup du Cobourg, et se proposât surtout de reprendre en Espagne le patronage du parti progressiste.“

Am 31. Juli berichtet Guizot dem König (a. a. O. 196): „J'ai diné hier avec William Hervey (von der englischen Gesandtschaft in Paris) et soit ses paroles, soit les lettres qu'il m'a montrées me portent vraiment à penser qu'il n'y a dans le cabinet anglais, ni dans Lord Palmerston lui-même point

de projet sérieux pour un Cobourg, qu'au fond ils n'en veulent pas; qu'ils ont fait acte de flatterie envers le Prince Albert et qu'ils se retrancheront volontiers derrière notre résistance."

Am 8. August schreibt der Minister an Louis Philipp (a. a. O. 197): „Je n'ajoute qu'un renseignement qui me vient ce matin de Londres et de très bonne source:

„„Vous pouvez dormir fort tranquille sur le Cobourg. Point de Cobourg possible. Palmerston a eu sur ce point un entretien intime avec la Reine, le Prince Albert et le Roi Léopold à la fois. Il a été décidé par la Reine, que tant qu'il y avait un Prince espagnol possible, elle ne songerait pas au Cobourg, et que s'il n'y avait plus d'Espagnol possible, elle n'y songerait pas davantage, tant que la France s'opposerait à un Cobourg.""

Je suis enclin à croire cela vrai."

Schließlich wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß Lord Aberdeen, der von Guizot wegen seiner Redlichkeit und seiner billigen Gesinnung gegen Frankreich so hoch belobte Lord Aberdeen, dem Guizot unter dem 7. September den ganzen Streitfall mit den nöthigen Actenstücken vorlegte, in einem Brief an den Letzteren vom 14. September, sein Urtheil über die entscheidenden Punkte dahin ausspricht: „I have no reason to believe that the english government have ever adopted any other views (als die seinigen, Aberdeen's). I see nothing in the correspondence you have sent me to justify such a belief." (Revue rétrospective 325) und ib. 327: „I confess, my dear Mr. Guizot, that I am at a loss to perceive an adequate ground for the change which has taken place" (nämlich in der französischen Politik) *).

*) „Ich habe keinen Grund zu glauben, daß die englische Regierung jene anderen Ansichten angenommen. Ich sehe in der von Ihnen mir mitgetheilten Correspondenz, nicht was einen solchen Glauben rechtfertigte" und ebenda

In der That trug das Benehmen Guizot's gegen das englische Ministerium und Louis Philipp's gegen den englischen Hof nach der Erklärung der spanischen Heirathen ganz das Gepräge des bösen Gewissens.

Am 1. September läßt Guizot den englischen Gesandten Lord Normanby zu sich kommen und theilt ihm mit, daß die Heirath der Königin von Spanien mit Don Francisco definitiv beschlossen sei. Er fügt hinzu, daß die Königin zu gleicher Zeit ihre Genehmigung zu der Heirath ihrer Schwester mit dem Herzog von Montpensier geben würde. Zu gleicher Zeit? ruft Normanby. Nicht zu gleicher Zeit, antwortet Guizot, die Heirath wird nicht zu gleicher Zeit stattfinden. Zwei Tage darauf legt ihm der Gesandte seinen Bericht an das englische Ministerium über jene Unterredung vor, um dessen Genauigkeit zu constatiren.

Guizot erhob keinen Einwand gegen die Richtigkeit der ihm in den Mund gelegten oben angeführten Aeußerungen. Am 24. September aber, wo Normanby ihn an jene Aeußerungen erinnerte, stellte er dieselben erst in Abrede, gab jedoch dann zu, daß er etwas der Art gesagt haben könne, aber seine Meinung sei nur gewesen, daß die Heirath der Königin zuerst stattfinden solle, und sie werde auch in der That zuerst getraut werden. Wenn ein ernster, bedeutender Mann wie Guizot seine Zuflucht zu solchen Ausreden nimmt, so muß seine Sache schlimm stehen.

In etwas anderer, aber nicht minder bezeichnender Weise gab sich die Verlegenheit Louis Philipp's gegenüber dem englischen Hofe kund. Man muß sich erinnern, wie er seit Jahren bemüht gewesen war, die Entente cordiale mit England durch einen persönlichen Freundschaftsbund zu den dortigen höchsten Herrschaften zu verstärken. Sei es gestattet, aus der in der Revue rétrospective ab-

---

S. 327 „ich gestehe, mein lieber Herr Guizot, daß ich keinen genügenden Grund für den (in der französischen Politik) eingetretenen Wechsel zu erkennen vermag."

gedruckten Correspondenz der Jahre 1844 bis 1846 einige schlagende Stellen herauszuheben, einer Correspondenz, welche die Redaction pag. 81 mit folgenden Worten einleitet:

„On verra des communications d'abord affectueuses, prendre un ton de dévouement de plus en plus passionné à mesure qu'on approche du moment où le désaccord doit éclater.

C'est pour la première fois au premier jour de l'année où précisément Louis Philippe doit s'exposer au reproche de duplicité de la part de la Reine d'Angleterre qu'il envoie poupée et fusil à ses enfants, et qu'il établit une correspondance avec ces augustes bambins."

Am 15. October 1844, nach dem ersten Besuch in Eu, schließt Louis Philipp einen Brief an die Königin Victoria mit folgenden Worten:

„J'espère que vous me permettrez d'offrir ici de nouveau au Prince Albert l'expression de ma vive amitié, et celle de tous les sentiments, dont le temps que nous venons de passer ensemble m'a pénétré pour lui. J'y ajoute, du fond de mon coeur, les mêmes expressions pour Elle-même; il m'est plus facile d'appeler au sien pour apprécier les sentiments que je lui porte, que d'entreprendre de les exprimer; et je me borne donc à lui répéter que c'est pour la vie, Madame, que je suis etc."

Einen Brief vom 20. October 1844 beendet er wieder mit

„L'expression de cette vive, sincère et bien tendre amitié."

Am 11. Februar 1845 schreibt er an die Königin über eine Stelle ihrer Rede bei der Parlamentseröffnung:

„J'ai cru entendre votre voix, et j'ai senti que votre speech comme le mien n'était pas seulement l'expression de cette saine politique qui nous anime ainsi que nos gouverne-

ments, pour consolider en la proclamant l'heureux accord de nos couronnes, mais que cette expression était aussi celle de l'affection et de l'amitié personnelle des deux souverains et que cela partait du coeur."

In einem Briefe vom 6. October 1845 versteigt er sich sogar bis zum Ausdruck einer „amitié éternelle."

Und an die damals 6jährige Prinzeß Victoria schrieb er am 27. Januar 1846:

„Votre excellente petite lettre m'a fait le plus grand plaisir, et je suis bien aise d'avoir déjà reçu de vous un témoignage de cette précieuse affection que me portent vos augustes parents, et que j'éprouve si vivement pour eux."

Er endet mit der Versicherung „que je vous aime tous bien tendrement et que je prends la liberté de vous embrasser tous et toutes en qualité de votre vieux cousin."

Dieselben Redensarten über die Entente cordiale der Regierung und die persönlichen Gefühle der höchsten Häupter wiederholen sich noch in den a. a. O. abgedruckten Briefen an die Königin vom Januar und Mai 1846.

Da Louis Philipp dem englischen Hofe gegenüber diesen Ton zärtlichster Freundschaft angeschlagen hatte, so mußte er sich in einiger Verlegenheit befinden, als es sich darum handelte der Königin die Nachricht von dem gleichzeitig mit der Verlobung der Königin Isabella erfolgten Verspruch der Infantin mit seinem Sohn Montpensier anzuzeigen, d. h. der Königin anzuzeigen, daß er ein ihr persönlich gegebenes Wort gebrochen habe.

Das Klügste, Muthigste und Ehrenhafteste wäre gewesen, dies der Königin geradezu zu bekennen und die Initiative zu ergreifen, um sich mit ihr offen darüber auseinander zu setzen. An politischen Rechtfertigungsgründen, welche wenigstens in den Augen der Franzosen stichhaltig gewesen wären, hätte es nicht fehlen können. Statt dessen erwählte der König den Ausweg, der ihn nach allen Seiten

im ungünstigsten Lichte erscheinen lassen mußte, sich zu stellen, als sei nichts vorgefallen.

Er veranlaßte seine gute Königin Marie Amélie, das Ereigniß der Königin Victoria in folgendem Briefe mitzutheilen, der in der Rev. rétr. pag. 116 (wahrscheinlich nach dem Brouillon, aber mit verschiedenen Abweichungen und erheblichen Weglassungen gegen das Original) abgedruckt ist.

8. Septembre 1846.

Madame!

Confiante dans cette précieuse*) amitié dont Votre Majesté nous a donné tant de preuves, et dans l'aimable intérêt que vous avez toujours témoigné à tous nos enfants, je m'empresse de vous annoncer la conclusion du mariage**) de notre fils Montpensier avec l'Infante Louise Fernande. Cet événement de famille nous comble de joie, parceque nous espérons***) qu'il assurera le bonheur de notre fils chéri, et que nous retrouverons dans l'Infante une fille de plus†) aussi bonne, aussi aimable que ses aînées, et qui ajoutera à notre bonheur intérieur, le seul vrai dans ce monde, et que vous, Madame, savez si bien apprécier. Je vous demande d'avance votre amitié pour notre nouvelle enfant, sûre qu'elle partagera tous les sentiments de dévouement et d'affection de nous tous pour vous, pour le Prince Albert, et pour votre chère famille††).

Le roi me charge de vous offrir ses tendres et respectueux hommages, ainsi que ses amitiés au Prince Albert.

---

*) In der Rev. rétr. heißt es bonne.

**) Incorrecter Ausdruck, da die Vermählungen erst am 10. October stattfanden.

***) Rev. rétr. j'espère.

†) Rev. rétr. nouvelle fille.

††) Das ganze folgende Alinea fehlt in der Rev. rétr.

Il espère que vous aurez reçu ses lettres, et que les pêches soient arrivées à bon port. Tous mes enfans me chargent aussi de vous offrir leurs hommages, veuillez offrir mes amitiés au Prince Albert; embrassez pour moi vos si chers enfans, et recevez l'expression de la tendre et inaltérable amitié avec laquelle je suis

Madame

de Votre Majesté

la toute dévouée Soeur et Amie

Marie Amélie.

Welchen Eindruck dieser Brief am englischen Hof hervorbrachte, ergiebt ein Brief Stockmar's vom 10. November 1846:

„Wie benimmt sich Louis Philipp persönlich der Königin Victoria gegenüber, er, der bisher seinen Ruhm darein setzte, daß er allein die Anforderungen der Zeit und seines Königthums von 1830 mit den Traditionen altbourbonischen Stolzes und altfranzösisch-ritterlicher Galanterie zu verbinden wisse? Er vergißt gänzlich, daß, sobald er selbst und von freien Stücken in Eu zu der Königin von England über die Heirath seines Sohnes mit der Infantin gesprochen und eine freiwillige Zusage in dieser Beziehung gegeben, er auch eine doppelte Verbindlichkeit übernommen hatte, einmal der Regierung, und sodann der Königin gegenüber. Wollte er sich von diesen Verbindlichkeiten lösen, so mußte er sich, der Regierung gegenüber auf diplomatischem Wege, und gleichzeitig oder besser noch früher sich persönlich als Gentleman einer Dame gegenüber, auf dem Wege königlicher Courtoisie erklären. Und wie kam der König dieser letzten persönlichen Verpflichtung gegen die Königin nach? Seine Gemahlin muß unserer Königin ohne alle Einleitung die Montpensier'sche Vermählung anzeigen, wie ein rein zufälliges, unvorhergesehenes aber höchst glückliches Ereigniß, von dem die

Königin von England nie etwas habe hören oder vermuthen können, von dem sie daher auch ohne Zweifel höchst freudig überrascht sein werde. Und um den Ton völliger Unbefangenheit und Unschuld zu wahren, fragt die französische Königin am Schlusse des Briefes nach der Ankunft von zwei Dutzend Pfirsichen, welche der König zum Geschenk geschickt hatte. Wer nicht wüßte, daß eine solche Composition das Werk übergroßer Befangenheit war, die alles Zartgefühl abstumpfte, der könnte darin beabsichtigten Hohn finden."

Die affectirte Hinweisung auf die Erhöhung des Familienglücks, „des einzig wahren hienieden," durch jene Heirath von so eminent politischer Bedeutung war in demselben Genre, das den Fehler hatte, eine Unschuld zur Schau zu tragen, welche für baare Münze zu nehmen einen unbilligen Grad von Naivetät bei dem andern Theile voraussetzte, und diesen darum nur noch mehr verletzen mußte.

Die von Louis Philipp nach der Verlobung von Montpensier mit der Infantin gewählte Form des Auftretens gegenüber dem englischen Hof war also höchst unglücklich. Abgesehen davon aber fühlten sich die englischen Herrschaften in der Sache schwer beleidigt, von einem Fürsten, den man für einen Freund gehalten, dem man die eigenen Wünsche (Coburgische Candidatur) geopfert hatte, nicht nur wortbrüchig behandelt, sondern auch hintergangen worden zu sein.

Einen sehr gemessenen Ausdruck gab diesen Empfindungen die Antwort der Königin Victoria an die Königin Marie Amélie. Sie lautet (mit einigen Berichtigungen gegen den Abdruck in der Revue rétrospective pag. 116) wie folgt:

Osborne, 10. Septembre 1846.

Madame!

Je viens de recevoir la lettre de Votre Majesté du 8 de ce mois, et je m'empresse de Vous en remercier. Vous vous

souviendrez peut-être de ce qui s'est passé à Eu entre le Roi et moi; Vous connaissez l'importance que j'ai toujours attachée au maintien de notre entente cordiale, et le zèle avec lequel j'y ai travaillé; Vous avez appris sans doute que nous nous sommes refusés à*) arranger le mariage entre la Reine d'Espagne et notre Cousin Léopold (que les deux Reines avaient désiré vivement) dans le**) seul but de ne pas nous éloigner d'une marche qui serait plus agréable à Votre Roi***), quoique nous ne pouvions considérer cette marche comme la meilleure. Vous pourrez donc aisément comprendre que l'annonce soudaine de ce double mariage ne pouvait nous causer que de la surprise et un bien vif regret.

Je vous demande bien pardon de Vous parler de politique dans ce moment, mais j'aime pouvoir me dire que j'ai toujours été sincère envers†) Vous.

En Vous priant de présenter mes hommages au Roi, je suis,

Madame,

de Votre Majesté

la toute dévouée Soeur et Amie

Victoria R.

Dieser kurze Brief zog die lange, zur Mittheilung nach England bestimmte Rechtfertigungsepistel Louis Philipp's an seine Tochter von Belgien nach sich, die man Seite 17 der Revue abgedruckt findet. Der König dreht darin den Spieß um und wirft viel-

*) Rev. rétr. „d'arranger".
**) Rev. rétr. „ce".
***) Rev. rétr. „au Roi".
†) Rev. rétr. „avec".

mehr England Wortbrüchigkeit vor, zu deren Erweis er freilich bloß die unglückliche Depesche Palmerston's vom 19. Juli anzuführen hat.

Diese Art der Vertheidigung mußte in England natürlich nur noch mehr beleidigen. Die Königin Victoria richtete eine längere, sehr entschiedene und schlagende Erwiderung vom 27. September an die Königin der Belgier. Sie sagt darin, die Ausführungen des Königs hätten sie keineswegs überzeugt, das Geschehene stehe im Widerspruch mit dem ihr in Eu vom König gegebenen Wort und von diesem sei Louis Philipp durch nichts entbunden. Denn daß der Hof oder das Ministerium irgendwie seit jenen Verabredungen die Coburgische Candidatur gefördert, müsse sie völlig in Abrede stellen. Eine Aufstellung oder Empfehlung dieser Candidatur in Lord Palmerston's Depesche finden zu wollen, heiße derselben Gewalt anthun. Sie fragt sehr treffend: „Wenn der König Zweifel über unsere Aufrichtigkeit hegte, warum hat er nicht versucht sie aufzuklären, bevor er handelte, wie er es gethan? À quoi bon parler d'entente cordiale, si, en cas de besoin, on ne devait point s'entendre préalablement et cordialement?"

Der ganze Brief ist von so überzeugender, durchschlagender Kraft, daß die republikanischen Herausgeber der Revue rétrospective ihn wahrscheinlich deswegen nicht abgedruckt haben; denn ein Franzose, selbst wenn er Republikaner ist, wird doch nicht gern Actenstücke an's Licht ziehen, welche beweisen, daß die französische Regierung sich gegenüber einer auswärtigen im Unrecht befunden habe.

Zur Bezeichnung der persönlichen Stimmungen am englischen Hofe ziehen wir einige Stellen aus Stockmar's Briefen aus. Am 1. October schreibt er: „Alle sind hier wohl, aber wirklich betrübt." Am 10. November: „Vom ersten Augenblick an war die Königin voll Versöhnung und Vergebung; der Prinz dagegen fühlte den Schlag wie ein Mann es muß, als Unrecht in der Sache, als nationale Beleidigung in der Form und als persönliche Kränkung, denn er konnte sich sagen, er hatte sein Wohlwollen für seinen

Vetter höheren politischen Interessen nachgestellt, und für dieses Opfer schnöden Undank in der höhnendsten Form erhalten. Aber auch der Prinz ist ruhig, und wird sich gewiß nicht hinreißen lassen seinen bittern Gefühlen auf Kosten der wahren und großen Politik des Friedens ein Genüge zu thun. Große Selbstüberwindung wird freilich der Königin und dem Prinzen in dieser Angelegenheit zugemuthet; denn die französische Regierung gesteht nicht nur nicht ein, wortbrüchig gehandelt zu haben, sondern behauptet: „wir sind deswegen in unserm Recht, weil Ihr falsch und wortbrüchig gegen uns war't.“ Man müßte ein Heiliger sein, um bei einem solchen Betragen nicht die Geduld zu verlieren.“

Stockmar's Urtheil über die französische Politik in der spanischen Heirathssache finden wir an verschiedenen Stellen seiner Correspondenz von 1846 niedergelegt. Er hebt erstens hervor, mit welch' unglaublichem Leichtsinn Louis Philipp verfahren sei.

„Wie der König so viel reelle, ihm und seiner Familie so nothwendige vortheilhafte politische Verhältnisse gewaltsam zerreißen und mit Füßen treten mochte, um ungewissen vermeintlichen Vortheilen nachzujagen! — Aber freilich habe ich von Personen, die ihm nahe stehen, gehört, daß er oft, wenn er sich für eine Sache montirt, auf eine unglaublich leichtsinnige Art in's Zeug geht *).“

Stockmar betont zweitens, welchen unendlichen Schaden der König Louis Philipp sich nach außen und innen dadurch zugefügt, daß sein Verfahren in der spanischen Angelegenheit alles Vertrauen zu seinem Charakter zerstört habe **).

---

*) Regnault in seiner Histoire de huit ans III., pag. 190 faßt die große Rede von Thiers über die spanischen Heirathen mit den Worten zusammen: „Aucun intérêt assez grave n'était attaché à ce mariage (Montpensier) pour justifier une rupture avec l'Angleterre, et l'alliance anglaise valait mieux que ce résultat.“

**) Prinz Joinville in seinem berühmten Briefe an den Herzog von Nemours, Rev. rétr. pag. 482. sagt: „la campagne espagnole nous a revêtus d'une déplorable réputation de mauvaise foi.“

Er verbreitet sich drittens darüber, wie durch die Zerstörung der englischen Allianz die ganze äußere Politik Frankreichs verschoben sei, was sich denn in den nächsten Jahren in den Angelegenheiten der Schweiz und Italiens bewahrheitete*).

Endlich verweilt Stockmar wiederholt bei der Betrachtung, wie die Verrückung der auswärtigen Politik Frankreichs, die durch die spanischen Heirathen bewirkte Beschädigung Louis Philipp's und Guizot's an ihrem Charakter, die von der gleichen Ursache hervorgebrachte größere Solidarität Beider, die eben dadurch erzeugte Befangenheit derselben in der Auffassung der innern französischen Dinge für diese letztern von den nachtheiligsten Folgen sein mußten**).

Wir enthalten uns der Anführung längerer Auszüge aus der Correspondenz, weil wir dem Leser von einem 1850 und 1851 geschriebenen Aufsatz Stockmar's einen die spanischen Heirathen betreffenden Abschnitt vorführen wollen. Die im Verlauf mehrerer Jahre bereicherte Kenntniß der Thatsachen und gereifte Betrachtung verleiht demselben größern Werth***).

---

*) Joinville a. a. O. bezeichnet die Situation mit den Worten: „au dehors placés entre une amende honorable à Palmerston au sujet de l'Espagne, ou cause commune avec l'Autriche pour faire le Gensd'arme en Suisse et lutter en Italie contre nos principes et nos alliés naturels."

**) In diesem Sinne wohl sagte Lamartine nach der Februar-Revolution in seiner ersten Unterredung zu dem englischen Gesandten Lord Normanby (s. dessen A Year of Revolution Vol. I., pag. 134):

„To the spanish marriages Louis Philippe owes his downfall. I always said that selfish object would be his ruin; it drove him into a line of politics which the country would not stand." (Den spanischen Heirathen verdankt Louis Philipp seinen Sturz. Ich habe immer vorhergesagt, daß dieses selbstsüchtige Ziel sein Verderben sein würde. Es trieb ihn in eine politische Bahn, die das Land nicht ertragen mochte).

***) Der Aufsatz war bereits in der Berliner Constitutionellen Zeitung Nr. 426 von 1850 und Nr. 18 und 91 von 1851 abgedruckt.

Nur eine Prophezeiung, enthalten in einem Briefe Stockmar's vom 14. December 1847, wollen wir vorwegschicken:

„Seit den spanischen Heirathen hat in Frankreich eine wahre Fatalität geherrscht. Eine solche wird jedesmal erscheinen, wo man in den Hauptsachen inconsequent wird. Aus den innersten Tiefen der Wahrheit rief es Louis Philipp zu: „cela va trop loin, cela va fausser toute la politique de mon règne." Er hatte es errathen, er verlor seine lange behauptete Assiette und wird sie nie wieder gewinnen." Noch nicht drei Monate darauf, am 3. März 1848 landet Louis Philipp in einem englischen Schiff als Flüchtling in England. Eines seiner ersten Geschäfte ist es, der Königin Victoria für den „großmüthigen Beistand" zu danken, welchen sie ihm und allen den Seinigen zu ihrer Flucht geleistet, derselben Königin, gegen die er in der spanischen Heirathssache persönlich so schwer gefehlt hatte.

Nachdem zunächst Louis Philipp und Guizot charakterisirt worden, sagt Stockmar, daß der König und sein Minister in der Ueberzeugung eins geworden, wie die Opposition in und außerhalb der Kammern nicht länger Reform, sondern Revolution und Sturz der Dynastie beabsichtige. Auf dieser Grundansicht habe sich mehr und mehr zwischen König und Minister ein solidarisches Verhältniß entwickelt. Hiervon hätten schon früh Unterrichtete und Urtheilsfähige Verwicklungen, gleich gefährlich für den Staat wie für die Dynastie, gefürchtet. Der Aufsatz fährt dann fort:

„Da schob der König durch die Verheirathung seines Sohnes an die spanische Infantin einen Zwischenact ein, durch den seine bisherige Politik noch mehr verfälscht und seinen Gegnern die schwächste Seite seines persönlichen Charakters auf eine wirklich tolldreiste Weise bloßgestellt wurde. Unwillkürlich wird an meine Leser die Frage herantreten, welche Motive den König zu dem Wagniß dieses Acts verleiten, und welche insbesondere den Minister treiben konnten, sich zur Ausführung desselben mit dem König solidarisch zu verbinden, und dabei den gefährlichsten Theil der Arbeit zu übernehmen?

Ich kann hierauf nicht mit Gewißheit, sondern nur mit einer auf wahrscheinlichen Gründen beruhenden Meinung antworten."

„Ueber die Gründe, welche den König Louis Philipp bei der Betreibung der spanischen Heirathen leiteten, sowie über den Charakter des dabei eingehaltenen Verfahrens, finden sich in den betreffenden diplomatischen Archiven, sowie in mehreren seither erschienenen Druckschriften, zwei entgegengesetzte Auffassungen. Die Freunde der damaligen französischen Regierung vertheidigen diesen Act als einen durchaus nothwendigen, grandiosen Act der höheren französischen Politik, ehrlicher und geschickter Weise vollbracht; ihre Gegner bezeichnen ihn als einen unweisen, verkehrten, schädlichen, nur durch Lüge und Intrigue ausgeführt."

„Dem Unbefangenen, mit der geheimen Geschichte dieser Begebenheit hinlänglich Vertrauten möchte der wahre Zusammenhang in derselben erscheinen wie folgt:

„Es liegt in der Natur der Dinge, daß die in dem ältesten Königshause Europa's traditionell gewordene Tendenz der Familienverherrlichung zu allen Zeiten specifische Gewalt auf alle Glieder dieses Königshauses üben mußte. Auch übten in der That diese Ueberlieferungen, wie auf alle Bourbonen unserer Zeit, so auf den König einen unwiderstehlichen Einfluß. Nun ist das Verhältniß der Bourbonen zu Spanien in diese Traditionen auf das Innigste eingeflochten. Schon vor mehr als 40 Jahren hatte der König auf seinen Wanderungen im Exil versucht, sich selbst eine politische Laufbahn in Spanien zu eröffnen. Daß ihm die Verwirklichung der sich später zeigenden Möglichkeit, seine Enkel auf dem spanischen Thron zu sehen, als das schönste Kleinod erscheinen mochte, das er der eigenen Krone einfügen könne, ist daher keine erzwungene Annahme. Die Hoffnung auf Erfüllung dieser Aussicht konnte noch durch die Erwartung eines ferneren Vortheils genährt und gestärkt werden. Das Ehrgefühl, wie die Eitelkeit und Ruhmsucht des fran-

zösischen Volkes sind durch die Concessionen, mit welchen die ältere Linie der Bourbonen dem Auslande ihre Restauration bezahlen mußte, tiefgehend und bleibend verletzt worden. Diese Verletzung mußte fortan in allen Regenten Frankreichs, insbesondere aber in den quasilegitimen derselben, seien sie nun Bourbons oder Bonapartes, den natürlichen, bleibenden Wunsch entstehen lassen, jener wunden Stelle des Nationalgefühls irgend einen wohlthuenden Balsam auflegen zu können. Da man nun in Frankreich seit lange zusagende Mittel dieser Art aus dem Verhältnisse zum Auslande nimmt, so durfte der König wohl meinen, er könne noch neben der Verfolgung seines Familienvortheils dem französischen Volke jenen Balsam auf dem Blatte reichen, das er zu dem Ende aus dem Buche der Politik Ludwig's XIV. riß. Die Erwartung, daß das heutige, aller dynastischen Sympathien so völlig entleerte Frankreich den Familiengewinn eines Königs zugleich für eine große nationale Erwerbung nehmen werde, mag dem Nüchternen in ihrer ganzen Nichtigkeit erscheinen; der Natur dieses Königs lag sie so nahe, wie der Irrthum dem Egoismus, der menschlichen Natur überhaupt."

„Es ist ein erläuternder Umstand, daß nächst dem Könige, der seinen Plan mit der Kraft eines starken Willens verfolgte, seine ganze Familie, mit einziger Ausnahme des Prinzen Joinville*), die Ausführung dieses Planes mit einer Leidenschaftlichkeit wünschte, welcher gegenüber alle übrigen Seelenkräfte schwiegen."

„Allein so stark und ausdauernd wie in dieser Sache Wunsch und Wille auf der einen Seite waren, so mächtig und wenig nachgebend waren auf der andern Seite die mehrfachen politischen Hindernisse, die der Erfüllung dieses Wunsches entgegenstanden. Meine Absicht erlaubt nur eine summarische Andeutung dieser Schwierigkeiten."

*) „Ces malheureux mariages espagnols!" ruft er in seinem Brief an Nemours, Rev. rétr. pag. 482, aus, „nous n'avons pas encore épuisé le réservoir d'amertume qu'ils contiennent."

„Die Politik in ihrer Anwendung wird vor allen übrigen von zwei Elementen beherrscht: — von der Natur des Gedankens, als der Seele der zu unternehmenden Handlung, und von der Gunst oder Ungunst der Zeit, in welcher jene ihre äußere Gestaltung gewinnen soll. Diese beiden Elemente nun waren dem Unternehmen des Königs durchaus ungünstig. Der Gedanke: im Sinn und zum Vortheile französischer Politik die Königin Spaniens in der Wahl eines Gemahls auf eine bestimmte Familie beschränken zu wollen, war an sich eine wilde Anmaßung, die eine wahrhaft groteske Gestalt annimmt, wenn man bedenkt, daß sie von einem constitutionellen Könige kam, der seinen Thron dem Sturze der legitimen Linie verdankte. Die Zeit aber, in der diese Anmaßung versucht wurde, war schon deswegen die allerungünstigste, weil sich damals in den inneren Zuständen Frankreichs eine Crise bereitete, deren natürlicher Verlauf durch die Veränderung bedroht wurde, welche die spanischen Heirathen in dem bisherigen System der auswärtigen französischen Politik hervorbringen mußten. Denn schon die bloße Einleitung zum Unternehmen des Königs bedingte den Bruch der freundlichen Verhältnisse, die damals zwischen Frankreich und England bestanden. Es war nicht zu verkennen, daß dieser Bruch die bisherige Stellung des französischen Cabinets zu den Cabinetten auch der übrigen Großmächte verändern und daß Veränderungen in der auswärtigen Politik Frankreichs nothwendig auch zu Veränderungen in seiner innern Politik führen würden. Es war insbesondere vorauszusehen und zu befürchten, daß der Bruch mit einem constitutionellen Alliirten den König verführen werde, seine principiell ihm eigenthümliche Politik zu verlassen und sich und seine Regierung dem Einflusse fremdartiger despotischer Cabinette unterzuordnen.“

„Allein vor allen diesen Hindernissen schlossen, in der Hitze der Verfolgung ihrer Wünsche, der König und die Seinigen Auge und Ohr. Selbst die Erwägung und Würdigung der mit den politischen unzertrennbar verbundenen moralischen Gefahren, deren unabweis-

liche Wirkung vorzugsweise die Dynastie treffen mußte, unterblieb. Niemand scheint daran gedacht zu haben, daß zur Durchführung einer angeblich im politischen Interesse Frankreichs an Spanien zu machenden maßlosen Prätension der König rechtmäßige und ehrenhafte Mittel gar nicht haben könne, und daß nichts zu Gebote stehe, als die Lüge und Intrigue der Diplomatie, die im vorliegenden Falle nicht angewendet werden könne, ohne dem Könige und den Seinigen in der Achtung Europa's entschieden zu schaden. Mit anderen Worten: der König war blind geworden durch das Verlangen, seine Familie zu verherrlichen, und durch die Hoffnung, den bloßen Schein und Abglanz dieser Verherrlichung dem Ehrgeize Frankreichs als baaren politischen Gewinn in Rechnung bringen zu können."

„Wende ich mich nun zur Untersuchung der wahrscheinlichen Motive, die den verantwortlichen Minister vermochten, die große, nationale und wahre Politik Frankreichs der kleinen, ehr- und habsüchtigen Familienpolitik des Königs preiszugeben."

„Ich setze dieser Untersuchung mit Bedacht die Behauptung voran, daß Herr Guizot in dieser Angelegenheit dem Könige sowohl als dem Lande gegenüber eine exceptionelle, völlig freie Stellung hatte, d. h. daß er damals der einzige Mann war, der als Minister die Ausführung der königlichen Politik übernehmen konnte, so daß von seiner Zustimmung oder Weigerung die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Versuchs abhing."

„Seit dem Jahre 1830 war der Hauptinhalt des Feldgeschrei's der Opposition ungefähr folgender gewesen:

„„Frankreich hat nichts durch die Juli-Revolution gewonnen, denn die neue Regierung ist nach Innen gerade so illiberal, wie die alte, und nach Außen sind wir schlimmer daran, wie früher; ohne die alten Alliirten und ohne den alten Einfluß in Europa, sehen wir die nordischen Mächte in übelwollender, ja feindseliger Stimmung

uns gegenüber stehen, während wir unsere Allianz mit England diesem täglich durch neue Gefälligkeiten bezahlen müssen.““

„Es muß hier daran erinnert werden, wie von dem Inhalte dieser banal gewordenen Vorwürfe die Freunde des Guizot'schen Ministeriums die Versicherung hernehmen, daß, zur Behauptung gebührenden Einflusses in Spanien, die öffentliche Stimme in Frankreich jeden Minister gezwungen haben würde, entschieden auf die Wahl eines Gemahles für die Königin jenes Landes einzuwirken.“

„Mir gilt diese Versicherung nicht mehr, als ein Entschuldigungsgrund einer Partei im Allgemeinen gelten kann; doch will ich sie zu Gunsten der Guizot'schen Politik als eine begründete zulassen, obgleich das nicht geschehen kann, ohne die Integrität der öffentlichen Meinung in Frankreich schwer zu beschuldigen. Ich gebe demnach zu, daß nächst dem Könige auch die öffentliche Meinung Herrn Guizot zumuthete, das Werkzeug eines maßlos ungerechten Anspruchs an Spanien und seine Königin zu werden. Ob ein constitutioneller Minister einer solchen Zumuthung sich zu fügen hatte, war in erster Instanz wohl Sache seines moralischen und politischen Ehr-, Rechts- und Pflichtgefühls! Daß von diesen Seiten dem Minister kein Widerwille gegen das an ihn gebrachte Ansinnen gekommen war, besagt die zu jener Zeit der Pairskammer gegebene Erklärung: nous ne consentirons jamais qu'à un mariage Bourbon pour la reine d'Espagne. — In dieser Erklärung hatte der Minister dem Gedanken und Ziele seiner Politik hinlänglich Ausdruck gegeben. Er hatte ausgesprochen, daß, wie der König, so auch er dabei nicht die Ungerechtigkeit gegen Spanien und seine Königin, sondern nur den politischen Vortheil für Frankreich beachte. — Der König schätzte den dynastischen Theil dieses Vortheils bereits so vollkommen, daß der Minister es hätte unterlassen mögen, den König darin noch zu überbieten. Trotzdem übernahm er diese Mühe doch zur angenehmen Ueberraschung des Königs, bei dem Eifer für das dynastische Interesse kein unwirksames Empfehlungsmittel war.

Um so lieber gönnte der König es dem Minister, aus den übrigbleibenden Vortheilen den möglichst größten Nutzen für sich und sein Ministerium zu ziehen. Der Minister aber hoffte in der Durchführung der spanischen Heirathen sein Ministerium zu verherrlichen durch einen Act der Macht und Unabhängigkeit in einer Sache von großer politischer Wichtigkeit und, wie er meinte, von dauernder und historischer Bedeutung. Er hielt diesen Act für die beste thatsächliche Antwort, die er Angesichts Europa's auf die jahrelangen Klagen und Vorwürfe der französischen Opposition geben könne, und für den sichersten Beweis, daß gerade er England gegenüber einen freien Willen habe und den Muth, ihn durchzusetzen."

„Ob solche Anschauungen und Absichten den wahren, patriotischen Staatsmann, oder den eiteln, reizbaren und ehrgeizigen Franzosen bezeichnen, wird eine spätere Zeit entscheiden. Ich glaube indessen schon jetzt die Meinung aussprechen zu müssen, daß der von dem Minister in den spanischen Heirathen eingeschlagene Weg, Angesichts der oben angeführten politischen Hindernisse und Gefahren, weder der wahren Politik Frankreichs, noch der Sicherheit der Dynastie, noch der Würde der Nation entsprechend gewesen ist. Persönlicher Ehrgeiz wagte einen großen Einsatz gegen einen geringen Gewinn und fügte den Prätensionen einer herausfordernden eigenmächtigen Politik auch noch die extremste Modalität derselben hinzu. Es ist billig, daß ich mich über diese Beschuldigung näher erkläre."

„Der ministerielle Ausdruck: „un mariage Bourbon" ließ verschiedene Lösungsversuche mit verschiedenen Tragweiten zu, die, je nach diesen, der äußern oder innern Politik Frankreichs mehr oder minder Schaden bringen konnten. Un mariage Bourbon konnte nämlich auf dreierlei Art zu Stande gebracht werden:

1) indem die Königin von Spanien einen Sohn des Königs der Franzosen heirathete, oder

2) indem die Königin irgend einen bourbonischen Prinzen und

die Infantin, ihre Schwester, einen Sohn des Königs der Franzosen heirathete, oder

3) indem die Königin irgend einen Bourbon, die Infantin aber irgend einen Prinzen, nur keinen französischen, heirathete."

„Jeder dieser aufgezählten Lösungsversuche hatte seine eigene, innere Richtung und eine von dieser nothwendig abhängige Folge. Wie groß daher auch an sich der politische Fehler war, daß Herr Guizot Angesichts Europa die Verpflichtung übernahm, auf un mariage Bourbon zu bestehen, so wurde doch augenscheinlich der Fehler dadurch vergrößert, daß er sich statt für den Lösungsversuch Nro. 3 für den Nro. 2 bestimmte."

„Dieser dritte Lösungsversuch war dem Cabinette Sir Robert Peel's annehmbar erschienen und würde auch von dem Lord J. Russell's angenommen worden sein. Sein Gedanke bestand darin, die beiden spanischen Prinzessinnen an die beiden spanischen Infanten zu verheirathen, ohne sich die Bestimmung darüber anzumaßen, welchen von den Prinzen die Königin heirathen solle. Die Annahme dieses Vorschlags würde für Herrn Guizot den doppelten Vortheil gehabt haben, seine hinsichtlich des mariage Bourbon genommene Verpflichtung zu erfüllen, ohne mit England zu brechen."

„Aber wollte und konnte denn der Minister die Politik, zu welcher er sich öffentlich bekannt hatte, durchführen und zugleich den Bruch mit England vermeiden? Unterrichtete sagen, daß er im Anfange diesen Bruch für unmöglich gehalten habe. Wenn man sich erinnert, wie viele Beispiele Herr Guizot davon gegeben, daß seine politischen Auffassungen mehr von persönlichen als sachlichen Verhältnissen hergenommen waren, so wird es nicht unwahrscheinlich, daß er diesen Irrthum begangen habe. Wie wenig Herr Guizot geeignet sei, insbesondere das richtig vorauszusehen, was in England politisch möglich wird, davon hatte er schon im Jahre 1840 wäh-

rend seiner kurzen Gesandtschaft in London hinlänglichen Beweis geliefert."

„Mich dem Schlusse dieses Theils meiner Untersuchung nähernd, muß ich auf die ihr vorangesetzte Behauptung zurückkommen, daß es ganz allein von dem Willen Herrn Guizot's abhängig gewesen, ob die damaligen Zustände der allgemeinen Politik, so wie die der innern Frankreichs durch die spanischen Heirathen verändert, verwirrt und gefährdet werden sollten oder nicht."

„Der Minister hatte auf den ersten Lösungsversuch, den Sohn seines Königs an die Königin von Spanien zu verheirathen, als auf einen für die Ruhe Europa's zu gefährlichen, Verzicht geleistet. Wenn der Minister aus dem Grunde seine Entlassung verlangt hätte, weil er auch den zweiten Lösungsversuch für zu gefährlich oder unausführbar halte, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß kein ihm folgender Minister sich anheischig machen konnte, das auszuführen, was Herr Guizot als unausführbar bezeichnet hatte. Ein neues Ministerium würde nicht einmal den viel bescheideneren dritten Lösungsversuch haben aufnehmen können, sondern würde durch die Macht der Umstände gezwungen gewesen sein, die spanischen Heirathen aus seinem Programm ganz zu streichen und diese Angelegenheit sich selbst zu überlassen."

„Statt solcher Auffassung ambitionirte Herr Guizot die erste Rolle in einer politischen Intrigue, die an Unsittlichkeit und Schmutz*)

---

*) Zur Erklärung diene ein Citat aus Regnault's Hist. de huit ans III, p. 161: „Les journaux anglais prétendirent que la nuit du 26 au 27 (août 1846, ehe die Königin Isabella in die Heirath mit Don Francisco willigte) fut passée dans de scandaleuses orgies entre les deux Reines, l'Ambassadeur français, et quelques affidés; que le consentement au double mariage fut arraché à l'ivresse; enfin que cette soudaine détermination devait être attribuée . . . . . . . . aux hallucinations de la débauche." Wir lassen dahingestellt was daran wahr sei, nur den Einwand, welchen Regnault gegen die Richtigkeit jener Thatsachen erhebt, können wir durchaus nicht zutreffend finden. Er sagt: „l'impartialité nous oblige

Alles übertrifft, was in neuester Zeit auf der diplomatischen Bühne geleistet worden, eine Rolle, die jeden des fernern Umgangs mit dem achtbaren Theile der Gesellschaft unfähig gemacht haben würde, der es gewagt hätte, sie in einem Kreise des Privatlebens zu unternehmen."

---

„Die spanischen Heirathen waren zu Stande gebracht. Sie wurden fortan das leitende Gestirn für die äußere Politik des Königs; sie traten aber auch in einen sehr engen Zusammenhang mit seinen Regierungsmaßregeln nach Innen und mußten so miturſächliche Momente der Katastrophe im Jahre 1848 werden."

„Die Freude der königlichen Familie über den Erfolg in Spanien würde groß gewesen sein, wäre ihr nicht die Sorge darüber beigemischt gewesen, was Europa und namentlich England dazu sagen würden."

„Der König, cholerisch, sehr erregbar, zugleich aber sanguinisch und leicht, war Besorgnissen nicht unzugänglich. Allein er hatte den Muth des Entschlusses, und große Zähigkeit des Vorsatzes in persönlichen Angelegenheiten, und endlich waren die Gewohnheit und Erfahrung eines Geschickes, das ihn unausgesetzt in große Schwierigkeiten hinein und immer wieder herausgeführt hatte, so alt, als er selbst. Er faßte sich daher leicht, suchte Trost bei Dingen und Personen, und nahm ihn, wo und wie er ihn fand. Da er England noch genauer zu kennen glaubte, als er es wirklich kannte, so

---

de rappeler que le double projet était depuis longtemps discuté, que Marie Christine y mettait encore plus d'empressement que Louis Philippe, et que par conséquent elle n'avait pas besoin d'y être excitée par les fumées du vin."

Das Letztere ist ganz richtig, aber es handelte sich eben nicht darum, die Zustimmung Christinen's, sondern darum, die Einwilligung Isabella's zur Heirath mit Don Francisco herbeizuführen, gegen den sie, wie wir sahen, einen ausgesprochenen Widerwillen hegte.

tröstete er sich diesmal hauptsächlich mit dem, was er den praktischen Verstand des englischen Volkes nannte. Er versicherte daher häufig sich selbst und Anderen: „sie werden zanken und es ungern hinnehmen, allein sie sind zu praktisch, um nicht zu wissen, es sei gegen ihr eigenes Interesse, deswegen ernste Händel anzufangen!““

„Doch ganz so harmlos, wie es der König sich wünschte, kam es in England nicht. Für das englische Publikum zerfiel zunächst der Belang der spanischen Heirathen in zwei Theile, den politischen und den moralischen. Der erste lag in seiner praktisch=politischen Bedeutung in so weiter Ferne, daß er dadurch der klaren Erkenntniß und lebhaften Theilnahme der Mehrzahl entrückt war; dagegen lag der zweite so nahe und unverdeckt vor Aller Augen, daß er von Allen gesehen, erkannt und gerichtet wurde. Das Verdict Aller, besonders der Mittelclassen, in dieser Sache fiel gegen den König aus und war streng und schonungslos. Sein Ausspruch fand einen lauten Widerhall in der ganzen englischen Presse und wurde von ihr nach Frankreich getragen, wo er einen tiefen Eindruck hervorbrachte. Die politisch Gleichgültigen, in allen Ländern die Mehrzahl, vernahmen diese Geschichte aus englischem Munde, und wurden auf diese Weise gegen das Benehmen ihrer eigenen Regierung in einer Sache eingenommen, welcher sie, sich selbst überlassen, Aufmerksamkeit und Theilnahme kaum geschenkt haben würden. Alle Gegner der Regierung aber fanden in den Ausfällen der englischen Presse auf den König und seine Politik nur eine willkommene Bestätigung ihrer eigenen Vorwürfe und Anklagen.“

„Der Schaden, der von dieser Seite her dem König zugefügt wurde, war groß. Denn jetzt wurde das Mißtrauen gegen seine Redlichkeit und seinen Charakter, das bisher in engeren Kreisen bestanden hatte, in die weitesten Kreise, in alle Klassen und Länder verbreitet. Der Aufmerksamkeit des Königs entging die Gefahr dieser Eindrücke auf die Menge nicht. Es giebt Augenblicke, in welchen auch der festeste

Vorsatz, sich der Erkenntniß der nahenden Widerwärtigkeiten zu verschließen, von der zwingenden Kraft der Wahrheit besiegt wird. In einem solchen Momente rief der König unwillkürlich aus: „cela va trop loin, cela va fausser toute la politique de mon règne.“ Er hatte einen prophetischen Blick in die Zukunft seiner Politik und seines Schicksals gethan.“

„Ob in derselben Zeit ähnliche Zweifel und Ahnungen die Brust des Ministers bewegten, weiß ich nicht, doch ist mir solches nicht wahrscheinlich. Ich möchte vielmehr annehmen, daß Naturell und scheinbarer persönlicher Vortheil ihn geneigt machten, sich bei solchen Bedenken nicht aufzuhalten. Seiner Natur lag es viel näher, eisern zu beharren in der Beweisführung, daß er „recht gehabt habe“, und aus allen Kräften dahin zu wirken, daß er „recht behalte“. Mochte aber auch der König in der Ueberzeugung wanken, daß er klug gethan habe; in dem Vorsatze, „recht zu behalten“, wankte er so wenig wie sein Minister. Und dieser feste Entschluß Beider, nach außen und im fremden Hause Recht zu behalten, wurde nach meiner innigen Ueberzeugung für Beide das Hemmniß, nach innen und im eigenen Hause recht zu sehen und zu thun. Denn verlangte die weitere Verfolgung der Politik der spanischen Heirathen, daß König und Minister Blick, Geist und Kraft unabläßig auf einen in der Ferne liegenden Gegenstand richteten, so war auch für Beide ein Theil der persönlichen inneren und äußeren Freiheit verloren, deren sie zur richtigen Anschauung und Behandlung der innern, immer kritischer werdenden Zustände in so hohem Grade und mehr denn jemals früher bedurften. Auch machte sich die Rückwirkung solcher Gebundenheit bald an dem König bemerklich. Er, der bisher in allen Staatskrisen bei sich selbst nur wenige Schwierigkeiten gefunden hatte, den Ausweg aus jenen durch einen Ministerwechsel zu suchen, glaubte nun, nur noch mit und durch das Ministerium Guizot bestehen zu können, ohne welches er

jeden ferneren Erfolg nach außen und nach innen für unmöglich hielt."

„Die nächsten Aufgaben, deren Lösung seine ganze Thätigkeit in Anspruch nahm, waren: zu verhindern, daß nicht die Mehrzahl der Großmächte der englischen Auslegung des utrechter Tractats bezüglich der spanischen Heirath beitrete, und dann, nach innen hinlänglich gerüstet zu stehen gegen die Machinationen seiner politischen Gegner, die sie, wie er fürchten mußte, der Entfaltung seiner repressiven Tendenzen entgegensetzen möchten."

„Mit größerer Gemüthsruhe als der König und mit mehr Muth und Hoffnung scheint in jener Zeit der Minister die Zukunft erwartet zu haben."

[Hier geht der Aufsatz auf ein anderes Thema über.]

---

Im April 1847 reiste Stockmar, wie schon gesagt, von England ab. Aus einem nicht lange vorher geschriebenen Briefe theilen wir einen auf die Königin und den Prinzen Gemahl bezüglichen Abschnitt mit. Wenn sich der Leser erinnert, wie Stockmar den Prinzen im Jahr 1839 und noch in den ersten Jahren nach der Vermählung schilderte, so wird es ihn interessiren, das Zeugniß desselben genauen Beobachters über die weitere Entwicklung eines so bedeutenden Fürsten zu vernehmen.

„Der Prinz hat in letzter Zeit sehr zugenommen. Er ist offenbar ein politischer Kopf, vor dessen Scharfblick selbst Vorurtheile, die aus der Erziehung, aus dem Mangel der Erfahrung hervorgehen, nicht lange bestehen können. Legt man ihm triftige Gründe vor, so faßt er auf der Stelle eine vernünftige und billige Ansicht, der Gegenstand sei welcher er wolle. Auch hat der Prinz sehr an Selbständigkeit gewonnen. Seine lebhafte Natur hindert ihn zwar mitunter an vorläufiger, gründlicher Ueberlegung, und er handelt

wohl bisweilen zu rasch, allein er ist doch schon zu einsichtig geworden, um große Fehler begehen zu können. Er wird wohl manchmal anrennen und sich eine Contusion zuziehen. Allein man kann kein erfahrener Soldat werden, ohne in Bataillen gewesen zu sein und Püffe bekommen zu haben. Und kleine Wunden werden, wie er ist, ihm theils Selbstvertrauen geben, theils ihn vorsichtig machen. Daß er in der jetzigen Zeit der Spannung mit Frankreich große politische Fehler machen sollte, ist nicht wahrscheinlich, denn er ist durchaus nicht leidenschaftlich, und sein Blick so scharf und sicher, daß er nicht leicht den rechten Weg verlieren und sich verirren wird."

„Seine geistige Thätigkeit entwickelt sich immer mehr, und er wendet den größern Theil seiner Zeit den Geschäften zu, ohne sich darüber zu beklagen. Das eheliche Verhältniß läßt nichts zu wünschen übrig."

„Auch die Königin entwickelt sich sehr zu ihrem Vortheil. Sie nimmt täglich an Einsicht und Erfahrung zu; die Aufrichtigkeit, Wahrheitsliebe, Rechtlichkeit und Billigkeit, mit der sie Menschen und Dinge beurtheilt, sind wahrhaft erfreulich, — die unbefangene Selbsterkenntniß, mit der sie über sich spricht, ist gradezu liebenswürdig."

„So sehe ich denn, was diese persönlichen Verhältnisse betrifft, mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft. Nicht so in Bezug auf die Politik. Die Constellation, wie sie sich seit 1815 gebildet hatte, trägt seit sieben Monaten einen Antrieb in sich, sich zu verändern. Ich sehe große Umwälzungen voraus*). Was wird werden? Ich will nicht wagen es vorher zu sagen. Auf die Weisheit unserer jetzt regierenden Staatsmänner baue ich wenig; man darf sich auf große Fehler gefaßt machen."

Stockmar nahm den Weg nach Coburg über Berlin. Hier hatte der König durch das Patent vom 3. Februar 1847 wegen

*) An Bunsen schreibt er (8. April): „Ich überzeuge mich immer mehr: wir sind in dem Anfang einer großen politischen Crise. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen."

Berufung des Vereinigten Landtags eine neue Aera eröffnet. Am 11. April war die Versammlung von ihm mit einer seiner merkwürdigen Reden eröffnet worden. Stockmar kam mitten in die Aufregung hinein, die diese zurückließ, und in die Crise, die sich an die Debatte über die Antwortsadresse knüpfte. Aus einem Briefe, den er von Berlin am 17. April über diese Dinge an einen Freund richtet, führen wir nur ein Bruchstück an: „Die Stellung des Prinzen von Preußen halte ich für gefährlich; denn im Grunde ist er doch einer der Minister*). Uebrigens ist er jetzt auf der Lehre als constitutioneller König. Denn eine solche Zukunft und Stellung ist ihm, das mögen Sie mir glauben, durch den Act vom 3. Februar vom jetzigen Könige vermacht."

Die weitere Entwicklung des parlamentarischen Drama in Berlin machte Stockmar, wie nicht anders möglich war, keinen erfreulichen Eindruck. Er konnte dort nur Halbheit auf allen Seiten sehen. Halbheit auf Seiten der Regierung, die eine große berathende Versammlung berief, ohne ihr wirkliche politische Rechte, ohne ihr auch nur die gesicherte Periodicität zuzugestehen. Halbheit auf Seiten der liberalen Opposition, die gegenüber den mangelhaften Gewährungen der Regierung keinen entschiedenen und consequenten Standpunkt zu behaupten wußte. Sie konnte entweder die Forderungen der Gegenwart aus der innern politischen Zweckmäßigkeit heraus unbedingt geltend machen, oder sie konnte sich auf den Rechtsboden der früheren Gesetze aus der Zeit Friedrich Wilhelm's III. stellen, in denen allgemeine Reichsstände mit gewissen Rechten verhießen waren. Daß diese Verheißungen eines absoluten Königs ein sehr schwaches Rechtsfundament bildeten, lag auf der Hand. Gleichwohl schlug die Opposition den zweiten Weg ein. Sie behauptete, der Vereinigte Landtag sei die verheißene Reichsständische Versammlung,

*) Er war Mitglied des Staatsraths und nahm an den Conseilsitzungen Theil, was mit der Stellung des Thronfolgers im constitutionellen Wesen kaum verträglich erscheint.

der jene versprochenen Rechte ohne Weiteres zuständen. Dann führte sie aber wieder dieses Prinzip nicht folgerichtig durch. Sie schloß sich einer Adresse an, die, den wirklichen Besitz jener Rechte in Frage stellend, an die Gnade des Königs appellirte. Und als zum Schluß die Regierung dem Vereinigten Landtag einen Ausschuß zu wählen ansann, der in seiner, des Landtags, Abwesenheit die precären ständischen Rechte üben sollte, einen Ausschuß, dessen Wirksamkeit also vom Standpunkt der Opposition wie eine Verletzung der von ihr behaupteten Reichsständischen Rechte des Vereinigten Landtags erschien, so unterzog sich die Mehrheit den Wahlen (im Juni) unter Protest.

Stockmar schreibt bei diesem Anlaß am 11. Juli 1847 an Bunsen: . . . „In Berlin ist es nun schon wieder still. Was Sie, was andere meiner deutschen Freunde vom Himmel erflehten, hat dieser im reichlichsten Maaße gewährt. Man hat nichts vom Auslande geholt, nichts nachgeahmt, alles ist „rein Deutsch“ gewesen — ich denke nur zu deutsch . . . Meiner Meinung nach fehlte es an klarem, auf wirklicher Ueberzeugung ruhendem und dadurch unerschütterlichem und unerschrockenem Rechtsbewußtsein.“

„Das was vorhanden war, war nur ein Zwitterding vom Bewußtsein rechtlicher und politischer Postulate, daher ich denn auch erwartete, daß zuletzt alle Opposition sich in Verwahrungen verkriechen würde, wie sich dies bei dem letzten entscheidenden Act, bei den Ausschußwahlen bewahrheitet hat. Wesentlich deutsch mußte mir es vorkommen, zuerst ein entschiedenes Recht zu behaupten, dann aber unter Verwahrung nachzugeben. Klar und männlich gesinnte Deputirte konnten nur pure wählen oder pure die Wahlen verweigern. Es wird deutsche Juristen genug geben, welche gewissenhaft der Meinung sein werden, daß rechtlicherweise die Deputirten sich nicht weigern konnten, zu wählen. Aber es giebt doch Fälle in der Politik, die zum passiven Widerstand gegen formell gesetzliche Forderungen berechtigen. Es ist daher auch zu erwarten, daß wenn

Ihre Regierung nicht bald eine zwar nicht über das Menschliche, wohl aber über das Gewohnte und Herkömmliche hinausgehende Weisheit entwickelt, der weitere Verlauf der Dinge, und dies bloß durch das natürliche Gesetz der Schwere, die Stände zum offenen passiven Widerstand bringen werden. Da man aber das Geschehene in der Politik immer betrachten und auch behandeln soll, als sei es noch Zeit sich zu besinnen und zu bessern, so wollen wir, vorzüglich in Erwägung der Individualität des Königs, meinen, es sei besser gewesen, daß der Moment des passiven Widerstands auf später vertagt worden. Da ich noch überdies als Deutscher determinirt bin, dem, was in Berlin vorgegangen nur Gutes und Hoffnungsvolles abzugewinnen, so will ich die Wahlen zu den ständischen Ausschüssen als eine reine Thatsache betrachten, von ihren Motiven und Gründen gänzlich abstrahiren, und nur das Gute daran sehen, daß der König nicht durch Verweigerung der Wahlen auf eine unheilbare Weise vor den Kopf gestoßen wurde. Auch will ich Ihnen zu Liebe noch die Harmonie anerkennen, die zwischen der Unentschiedenheit der Stände und der öffentlichen Meinung existirt. Diese Harmonie ist auch etwas werth, und offenbar ist die öffentliche Meinung ebenso unklar und unentschieden als die Stände selbst. Gewiß hätte sie den Ständen eine unbedingte Wahl als Feigheit und unbedingte Weigerung als revolutionäre Maaßregel ausgelegt."

Gott sei mit Ihnen u. s. w.

St.

## Zweiundzwanzigstes Capitel.

# Die deutschen Angelegenheiten 1848.

---

Stockmar hatte gleich allen schärfer Blickenden im Jahre 1847 für die nächste Zukunft in Europa, insbesondere in Frankreich, Umwälzungen vorhergesehen. Die Februarrevolution traf ihn also nicht unvorbereitet.

Seine Betrachtungen über das System Louis Philipp's und Guizot's, das zu deren Sturz führte, enthält ein auf umfangreiches thatsächliches Material gegründeter Aufsatz in der Constitutionellen Zeitung Nr. 426 von 1850, Nr. 18, 91 von 1851, aus dem wir oben den Abschnitt über die spanischen Heirathen vorweg genommen haben und dessen Rest wir hier folgen lassen.

„Das Unerwartete, Plötzliche, nach überall hin Gefahr Drohende der im Jahre 1848 in Frankreich eingetretenen Katastrophe hatte auf das europäische Publicum eine so erschütternde Wirkung geübt, daß im Allgemeinen die Besonnenheit fehlen mußte, welche das Endurtheil über ein so gewaltiges Ereigniß bis dahin aussetzt, da dessen wesentliche Ursachen erkennbar geworden sind."

„Daß der König gefallen und vertrieben war, reichte für die

Mehrzahl der öffentlichen Stimmen hin, denselben als alleinigen Urheber des Unglücks zu beschuldigen, während doch eine unparteiische, ernste Untersuchung jener ursächlichen Momente mit mehr als Wahrscheinlichkeit ergeben würde, wie gerade dem Könige in seiner Eigenschaft als constitutioneller Regent der kleinere, Anderen ein größerer und Einem der größte Theil der Schuld zufalle. Da nun jede umfangreiche Erschütterung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Frankreich den dermaligen europäischen status quo angreift, und vorzugsweise unser Vaterland in eine tiefgehende, dauernde Mitleidenschaft zieht, so kann jeder in Aufrichtigkeit gebotene Beitrag zur genaueren Kenntniß und Beurtheilung der letzten Katastrophe und ihrer nächsten Ursache auf vorurtheilsfreie Aufnahme und unbefangene Prüfung Anspruch machen."

„Seit ich — vom Jahre 1814 an — die öffentlichen Dinge und Personen in Frankreich, zwar nur von Zeit zu Zeit, aber doch wiederholt, an Ort und Stelle beobachten konnte, war ich der Ueberzeugung geworden, daß die Regierung die Charte weder aufrichtig noch verständig handhabe, vielmehr ein System der Unsittlichkeit, der Bestechung und des Betrugs für erlaubt, ja für zweckdienlich erachte. Das Ereigniß des Jahres 1830 hatte diesem unhaltbaren System ein Ende gemacht, und es kam nun darauf an, mit einem neuen und besseren zu regieren. Thatsachen hatten die Aufgabe für den neuen König und seine Minister klar und bestimmt vorgezeichnet. Sie bestand darin, die Charte in eine für Frankreich geeignete und gangbare Verfassung umzuformen und die so verbesserte ihrem Buchstaben und Geiste nach ehrlich und gewissenhaft walten zu lassen."

„Es ist eine Wahrnehmung, die Viele von denen, die dem neuen Könige näher gestanden, machen konnten, daß er die Doctrin des modernen Constitutionalismus gründlich inne zu haben meinte. Allein spätere Ereignisse bestreiten die Berechtigung dieses Selbstvertrauens und lassen nur zu deutlich erkennen, daß er mehr von den Irrthümern dieser Lehre, als von ihren Wahrheiten gelernt hatte."

„Der Natur des Königs waren feste Ueberzeugungen kein instinctives Bedürfniß, doch bewahrte er in sich während seiner ganzen Regierung einen unerschütterlichen Glauben an die Wahrheit der folgenden Sätze:

1) daß Frankreich nur constitutionell regiert werden könne und daß es daher für ihn eine Nothwendigkeit sei, auf diese Weise zu regieren;
2) daß sein Vorgänger an der Unkenntniß des Zeitgeistes und Charakters der Franzosen wie an Mangel an Geschick, das heutige Frankreich zu leiten, zu Grunde gegangen sei;
3) daß gerade Er diese Kenntniß und Geschicklichkeit in hohem Grade besitze, ja, daß er überhaupt ein tieferes politisches Wissen und eine umfassendere Erfahrung habe, als alle diejenigen Männer, aus welchen er sein Ministerium zusammensetzen könne."

„In den beiden letzten dieser Glaubenssätze lag nach meiner Meinung jener unwiderstehliche Reiz, der den König vom Anfang seiner Regierung an mit dem ersten jener Sätze in Widerspruch brachte, und von der rechten Bahn ab auf eine schiefe Ebene lockte, von welcher er bei hinlänglicher Lebensdauer schon durch die eigene Schwere in die Tiefe gezogen werden mußte, wenn ihm nicht zur rechten Zeit durch pflichtgetreue Minister der verfassungsmäßige Widerstand geleistet wurde. Denn leicht weicht die Erkenntniß der Vernunft dem Drange des Naturells, und der Mensch, den das letztere antreibt, die Mittel zum Zwecke in persönlicher Geschicklichkeit zu suchen, wird, sich selbst unbewußt, die Methode höher achten als das Princip, und ist er ein constitutioneller König und im Besitze persönlicher Dexterität, so wird er beständig versucht sein, sich vor den Schild der ministeriellen Verantwortlichkeit zu stellen, nicht aber hinter demselben zu bleiben, wie es das Gesetz verlangt. In beide Fehler verfiel der neue König, der sich aus dem innersten Geiste seiner oben bezeichneten politischen Ueberzeugungen eine Lehre über den Bereich

seiner königlichen Autorität und Thätigkeit bildete, nach welcher er seine Stellung zu den Ministern nahm und unerschütterlich behauptete. Wie wenig auch die Praxis dieser Lehre mit dem Geiste und dem Buchstaben der reformirten Charte übereinstimmte, so setzte doch, Casimir Périer ausgenommen und vielleicht Molé, keiner der sich folgenden Minister den unconstitutionellen Tendenzen des Königs den allein wirksamen verfassungsmäßigen Widerstand entgegen. Und erfolgte auch hie und da Widerstand von Seiten der Minister, so betraf er weniger die Principe, auf denen die Verfassung errichtet war, als das bei einzelnen Regierungsacten einzuhaltende Verfahren. Der König verlangte die entscheidende Stimme im Cabinet und erlangte sie durch Affabilität, Geduld und Beharrlichkeit. Zu bestimmen, sich bestimmen zu lassen, wurde, jenes dem König, dieses den Ministern zur Gewohnheit, und der wichtigste Factor im constitutionellen Staate, ein Ministerium, das seine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit richtig versteht und gebraucht, fehlte (mit der obigen Ausnahme) während der ganzen Regierungszeit des Königs."

„So beantwortet sich schon hier die Frage, wie es kam, daß, so bald nach dem Sturze der alten, die neue Regierung in den Geist und die Bahn des vorhergegangenen Systems einlenkte und damit sich selbst die Möglichkeit nahm, das gegebene Versprechen zu halten und aus der Charte eine Wahrheit zu machen. Minister, wahrer Staatskunst und Vaterlandsliebe baar, vergaßen, in Verblendung, Muthlosigkeit und Eigensucht, dem Könige gegenüber ihre verfassungsmäßigen Rechte, Pflichten, Stellung und Macht. Sie verwirkten die größere Schuld, wenn die revidirte Charte eine Unwahrheit blieb und als solche in der Stunde der Gefahr weder Staat noch König retten konnte. Denn ohne ihre Schuld würden wir auch an diesem sich verirrenden Könige erlebt haben, daß bei einem wahrhaft constitutionellen Wirken der Minister die Fiction der Unfehlbarkeit des Regenten zur Wahrheit ge-

bracht werden könne, und daß **dessen Irrthümer und Wille allein nicht hinreichen, sich selbst zu verderben und den Staat in dieses Verderben mit hineinzuziehen.** Haben doch in ähnlicher Weise von den englischen Königen aus dem Hause Braunschweig mehrere, namentlich Georg IV., vergeblich alle ersinnliche Mühe aufgewendet, sich und das Königthum zu Grunde zu richten. Wer die Erklärung solcher Rettung wider Willen oder überhaupt der Verschiedenheit der Schicksale der englischen Könige seit 1689 und der französischen seit 1814 sucht, der wird sie am sichersten bei der geschichtlichen Vergleichung der Amtsführungen der englischen und der französischen Ministerien finden."

„Mit der Uebung, einem anscheinenden Erfolge und den Jahren des höheren Alters war des Königs Glaube an die Richtigkeit seiner politischen Ansichten und Regierungsmaximen bis zur blinden Halsstarrigkeit gewachsen. Da führte ihm der Lauf der politischen Ereignisse Herrn Guizot als ersten Minister zu. Nach der Versicherung seiner Freunde ist der Charakter dieses Mannes ein tadelloser. Von seiner bedeutenden geistigen Befähigung, seinem Scharfsinn, seinem gründlichen Wissen, seinem Fleiß, von dem festgegliederten Zusammenhange seiner politischen Anschauungen und Maximen geben seine Schriften, von seinem entschiedenen Rednertalente die französischen Parlamentsverhandlungen Kunde. Wir haben es hier nur mit seiner Tauglichkeit und Berechtigung zum Minister zu thun."

„Ich bin in meinem Leben mehren Staatsmännern begegnet, die ihre Laufbahn ohne gehörige theoretische Kenntniß gleich mit der Praxis angefangen hatten und von einer unmittelbaren lebendigen Anschauung des Realen auf dem Wege der Induction erst später zur Feststellung eines Inbegriffs allgemeiner Grundsätze und specieller Regeln für ihr politisches Handeln geführt worden waren. Ich habe Andere kennen gelernt, die, bei reicher Begabung und den gründlichsten Kenntnissen, lange bevor sie zu höheren Staatsämtern gelangten, sich im Besitz wissenschaftlich begründeter Theorien und

Systeme befanden, nach welchen sie auf das Ueberzeugendste nachzuweisen vermochten, wie vernünftig und zweckmäßig und daher nothwendig es sei, ein gegebenes Staatsleben nach ihren Vorstellungen zu begreifen, zu regeln und zu leiten. Diese waren Männer, denen die Natur eine feste Ueberzeugung zum dringendsten Bedürfnisse gemacht hatte, und die auf ihrem Wege von der Wahrheit ihrer subjectiven Anschauungen so vollkommen durchdrungen worden waren, daß selbst die sinnlichen Beweisführungen der Außenwelt ihnen Zweifel beizubringen nicht vermochten. In diese Kategorie der Staatsmänner gehört notorisch Herr Guizot."

„Der Einzelne, in dessen Hand das Geschick der Vielen liegt, bringt selten allein etwas ungewöhnlich Glückliches oder Unglückliches zu Stande; er kann es nur, wenn er durch das homogene Mitwirken Anderer unterstützt und ergänzt wird. So fanden denn auch des Königs Ueberzeugungen, Ansichten, Vorsätze und blinde Halsstarrigkeit in dem eiteln, unmäßigen Selbstvertrauen und der dünkelvollen Rechthaberei des Ministers ihre vollständige Ergänzung, und diese Ergänzung mußte um so kräftiger und entscheidender wirken, als Herr Guizot in und außerhalb Frankreich des Rufes eines uneigennützigen Staatsmannes genoß."

„Der König und sein Minister waren eins geworden in der Ueberzeugung, daß die Opposition inner- und außerhalb der Kammer nicht länger Reform, sondern Revolution und den Sturz der Dynastie und des Bestehenden beabsichtige. Auf dieser Grundansicht leitete sich mehr und mehr zwischen König und Minister ein solidarisches Verhältniß ein, soweit nämlich der Charakter des Königs ein solches zuließ. Von Beiden wurde von nun an diese Ansicht zur leitenden Maxime erhoben, und der König und sein Minister entschlossen sich, jede inhaltreiche Forderung der Opposition fortan zu verweigern, da die Concessionen nicht einer constitutionellen Gegenpartei, sondern nur einer im

Mantel derselben einhergehenden Umsturzpartei gemacht werden würden. Sie wollten den revolutionären Absichten, die sie Beide in jeder politischen Bewegung und überall erblickten, nicht durch Reform, sondern durch Gewalt steuern. Mit diesem Entschlusse hatten König und Minister den eigentlichen verfassungsmäßigen Weg verlassen, und einen Kampf eingeleitet, der nicht, wie sie meinen mochten, gegen die Bestrebungen einer revolutionären Partei, sondern in Wahrheit gegen die gesetzmäßig bestehende Freiheit der Nation gerichtet war. Und in die Durchführung dieses Kampfes setzte insbesondere der Minister seine Weisheit und seine Ehre, er verließ sich von nun an auf die Armee und die Pariser Fortificationen, und hörte auf, mögliche Unruhen und Aufstände, wie früher, zu fürchten."

„Nach der Natur der Verhältnisse, unter denen der König zur Regierung gelangte, mußte er vom Anfange an eine Menge politischer Widersacher haben, denen es ununterbrochenes Geschäft war, Mißtrauen gegen seine Persönlichkeit zu erregen, zu unterhalten und zu verbreiten. Leider war der Charakter des Königs in sich selber dazu gemacht, das Bestreben seiner Feinde eher zu befördern, als zu entkräften. Sein Unstern wollte, daß er leicht dem Einzelnen, mit dem er in Berührung kam, einen Eindruck von Zweideutigkeit und Unzuverlässigkeit hinterließ. Leichtsinn und blindes Selbstvertrauen von seiner, die zäheste Bosheit und vielfaches Ungeschick von anderen Seiten hatten im Verlauf der Jahre seinen Gegnern einen gefahrvollen Erfolg verschafft, und es darf nicht vergessen werden, daß schon nach den ersten Jahren der Guizot'schen Administration die Unpopularität des Königs, namentlich in den Mittelclassen zu Paris, bedeutend zugenommen hatte. Schon in jener Zeit fürchteten viele der Unterrichteten und Urtheilsfähigen, daß die Richtung, welche Guizot in der inneren wie äußeren Politik genommen, zu Verwickelungen, gleich gefährlich für den Staat wie für die Dynastie, führen werde, woge-

gen von allen königlich und ministeriell Gesinnten der Rücktritt dieses Ministers für gleichbedeutend mit dem Siege der Revolution ausgegeben wurde."

[Hier folgt der bereits oben gegebene Abschnitt über die spanischen Heirathen, welchen wir den Leser des Zusammenhangs wegen sich zu vergegenwärtigen bitten müssen.]

„Wenn ich die damaligen thatsächlichen Zustände und die stürmische Bewegung, die die öffentliche Meinung in Frankreich ergriffen hatte, mit der Unbefangenheit, dem Muth und der Beharrlichkeit vergleiche, mit welchen der Minister die betretene politische Bahn verfolgte, so stoße ich auf ein psychologisches Räthsel. Statt eines Lösungsversuches, will ich die Versicherung hierhersetzen, welche der Minister selbst unmittelbar nach der Katastrophe mehreren seiner Freunde gab. Er versicherte: — „je trüber der politische Horizont in Frankreich geworden, je mehr sich die Schwierigkeiten für ihn selbst gehäuft und je ernsthafter seine Gegner seine Politik angegriffen, desto gewissenhafter und redlicher habe er sich innerhalb des Kreises der constitutionellen Gesetze gehalten und verschanzt." Soweit diese Versicherung sich auf das System und auf die bloße Theorie bezieht, halte ich sie für durchaus begründet."

„Von dem Standpunkte der bloßen constitutionellen Theorie und formalen Berechtigung konnte der Wunsch des Königs, seinen Minister so lange als möglich zu halten, so wenig getadelt werden, als der Entschluß des Ministers, seinen Gegnern erst dann zu weichen, wenn alle Rechtsmittel seiner Doctrin erschöpft sein würden. Er hatte fortwährend parlamentarisch und numerisch eine bedeutende Majorität. Diese Majorität war dem Minister vollkommen ergeben und entschlossen, selbst unter Aufopferung der Meinung und Ueberzeugung einzelner und bedeutender Mitglieder derselben der Regierung jeden Beistand zu leisten, der in ihren Kräften stand. Der

bloßen Lehre nach war daher nichts so natürlich und correct, als daß es die erste Sorge des Königs werden mußte, sich den Minister und durch ihn die Majorität zu erhalten."

„Die Lehre von den constitutionellen Majoritäten ist von der Praxis in dem einzigen Lande in Europa hergenommen, das seit langer Zeit ein wirklich verfassungsmäßiges Leben hat, in welchem, wie im Leben des Einzelnen, die Gesundheit die Regel, vorübergehende krankhafte Aeußerungen die Ausnahme bilden. Warum leistete nun die Befolgung dieser Regel in Frankreich dasjenige nicht, was sie ohne Zweifel in England geleistet haben würde? Nicht in der eingebornen Gebrechlichkeit der Regel, sondern in der unpassenden Anwendung derselben auf durchaus unregelmäßige und kranke Zustände muß ich den Grund erblicken, daß sie in Frankreich den Dienst versagte. Die Bezeichnung dieser unregelmäßigen Zustände im Allgemeinen gehört an diese Stelle."

„Frankreich hatte dem Namen nach eine Constitution und einen unverantwortlichen König, der That nach einen König, der vom Beginn seiner Regierung an gestrebt hatte, diese Fiction der Unverantwortlichkeit zu vernichten und der durch dieses Streben dem Volke gegenüber thatsächlich eine Verantwortlichkeit auf sich genommen hatte, deren Wirkung dieselbe war, gleichviel, ob der König sein Ziel wirklich oder nur scheinbar erreicht hatte; es hatte dem Namen nach verantwortliche Minister, aber nach dem Urtheil der öffentlichen Meinung Minister, die ihre verfassungsmäßigen Prärogativen dem Willen des Königs vollständig überlassen hatten, ein Urtheil, dessen Wirkung dieselbe war, gleichviel, ob die Minister diese Schuld wirklich oder nur scheinbar trugen; es hatte dem Namen nach ein ausreichendes Organ für die Stimme der öffentlichen Meinung, für Wünsche und Beschwerden in einer legal gewählten Kammer, der That nach eine legislative Versammlung, durch Regierungseinfluß und Kunst dergestalt zusammengebracht, daß die Beschlüsse ihrer Majorität wohl der Widerhall des Begehrens der Regierung, nicht aber

der Ausdruck der Bedürfnisse, Wünsche und Beschwerden des Volkes waren."

„Meine Argumentation bedarf kein Weiterführen dieses Registers, das, um vollständig zu sein, sehr lang werden würde, und ich darf vielmehr schon auf das Angeführte hin fragen: Konnte der Minister von der Anwendung der gesundesten constitutionellen Gesetze auf Zustände, wie die soeben beschriebenen, im Allgemeinen oder im einzelnen Fall wirksame Hülfe erwarten?"

„Ich muß diese Frage verneinen, und kann heute noch nicht glauben, daß ein in der constitutionellen Praxis wirklich erfahrener Staatsmann an Herrn Guizot's Platze gehandelt haben würde, wie er. Was die numerische Majorität eines Parlaments, das von der Mehrzahl der Nation für ein Regierungs-, nicht für ein Volksparlament gehalten wird, in Wahrheit ist, was sie kann und wie sie gewöhnlich endet, was daher eine solche Majorität dem Minister bei seinen politischen Vorausberechnungen wirklich gelten darf, das ist an vielen Stellen aller Parlamentsgeschichten zu lesen. Diese weisen zugleich auf das Leserlichste nach, wie in sehr stürmischen und gefahrvollen Zeiten nur diejenigen parlamentarischen Beschlüsse conservative und beruhigende Kraft übten, welche geeignet waren, von den Anhängern der bestehenden Verfassung mit Beifall aufgenommen zu werden, und welche zugleich den Feinden der Ordnung wenigstens das innerliche Geständniß abnöthigten, sie seien der Spruch einer Majorität, die, im Drange der Noth des Vaterlandes verstanden habe, dem eigenen Parteigeiste zu entsagen und patriotische Mäßigung und Billigkeit zu üben."

„Daß die dem Minister übertragene, von ihm zur Ausführung übernommene Politik in ihrem äußeren Theile von allen Verständigen des Landes als eine unheilschwangere getadelt und in ihrem innern Theile als eine die Veränderung der Verfassung beabsichtigende verworfen wurde, ist notorisch. Durfte demnach der Minister mit Fug und Recht seine Majorität in die Kategorie einer solchen

setzen und von ihr solche Beschlüsse erwarten, wie ich sie oben beschrieben habe?

Ich stelle daher der angeführten eigenen Versicherung Herrn Guizot's entgegen, daß ein Minister, der unter gleichen Umständen, wie er, wirklich innerhalb der Grenze des Verfassungsmäßigen zu bleiben gedachte, kein besseres Mittel hierzu hatte, als, des Besitzes der Majorität ungeachtet, sein Amt niederzulegen. Sein Entschluß, unter solchen Verhältnissen zu bleiben, involvirte die unabwendbare Gefahr, in letzter Instanz auf einen Kampf es ankommen zu lassen, der, obgleich auf legalem Felde in legaler Form begonnen, seiner Natur nach auf das Extralegale übergehen mußte. Nun liefert aber die Geschichte aller Kämpfe, welche unpopuläre Regierungen im Vertrauen auf die unbesiegbare Kraft parlamentarischer Majoritäten wagten, dieselben Ergebnisse. Unter begünstigenden Nebenumständen und mittelst einer sehr geschickten Führung konnte die Regierung wohl eine unpopuläre Politik eine Zeitlang vertheidigen, nie aber behaupten. Und auch in diesen Fällen gelang die Vertheidigung nur deswegen, weil sie eine wirklich auf das Erhalten specieller Zustände beschränkte war. Nie aber gelang die Vertheidigung einer Politik, die in den Augen des Volkes ihm feindliche und aggressive Tendenzen hatte, und die in Wahrheit nur den äußern Schein der Defensive annahm, weil der Minister es verstanden hatte, seine Gegner in den Nachtheil des Angriffs zu versetzen. Solche aggressive Tendenzen wurden aber dem Guizot'schen Ministerium damals von Vielen zugetraut. Seine Majorität ging daher der nämlichen Gefahr entgegen, welcher ähnliche Majoritäten unter ähnlichen Verhältnissen erlegen waren. Denn die Geschichte zeigt, daß immer, sobald der Sturm seine Höhe erreicht, die Majoritäten von dem Bewußtsein der Unpopularität und Unrechtmäßigkeit der Sache, für die sie kämpften, ergriffen wurden, daß Einzelne in ihren Ueberzeugungen und Vorsätzen wankten, die bisher feste Geschlossenheit der Glieder verloren

ging und das Ganze in dem Gefühle seiner Ohnmacht zusammenbrach.

Der Inhalt dieser Lehren findet in dem Geschick des Guizot'schen Ministeriums seine abermalige Bestätigung.

Seiner Behauptung nach vertheidigte der Minister in streng constitutioneller Weise nur die bestehende Verfassung und Ordnung, der Behauptung seiner Gegner nach interpretirte er die Verfassung willkürlich, unconstitutionell, und griff daher das an, was zu vertheidigen er vorgab. So erfolgte denn, was unter gleichen Verhältnissen bisher überall erfolgt ist: Eine ungeheure Majorität im Lande, die ihre Gesinnung im Parlamente nicht vertreten fand, trat im Drange eines allgemeinen starken Mitgefühls in eine Coalition, nahm den lebhaftesten Antheil für die parlamentarische Opposition und schloß sich ihr als furchtbarer Alliirter an. Von diesem Augenblicke an war die Katastrophe des Jahres 1848 eingeleitet, und obgleich Minister und Majorität noch glaubten, daß sie dem Strafgericht der öffentlichen Meinung entgehen könnten, so hatte diese doch bereits die Citationen ausgeschrieben, in einer Form sehr erkennbar für Alle, nur nicht für die Blinden*)."

---

Die französische Februarrevolution hatte, abgesehen von ihrer allgemeinen politischen Bedeutung, Stockmar's lebhafte persönliche Theilnahme erregt sowohl wegen des Causalzusammenhangs, in den er sie mit den spanischen Heirathen brachte, als wegen der Lehren, die sie ihm in Betreff des constitutionellen Systems, des Gegenstandes seiner langjährigen Beobachtung und theoretischen Erwägung zu bie-

*) Die Abneigung gegen Guizot behielt Stockmar. Noch am 3. Januar 1852 schreibt er: „Ich mag ihn nicht, ja ich hasse ihn redlich, weil ich ihm einen großen Theil der Schuld gebe, die die Katastrophe in Europa veranlaßt hat. Ich glaube so fest der Mensch glauben kann, daß ohne Guizot's Dünkel, Hoffarth, Leichtsinn und Mangel an Welt- und Menschenkenntniß Louis Philipp auf dem Throne gestorben und sein Enkel König sein würde."

ten schien. Aber die deutsche Bewegung von 1848 griff ihm an's innerste Herz, in dem ein glühender Patriotismus wohnte.

Seit den Jahren 1814 und 1815 standen seine Ansichten über die deutschen Dinge in den Hauptpunkten fest:

1) daß die Quelle des politischen Verfalls Deutschlands, der Schwäche, Ohnmacht und Schmach nach Außen, der Verkommenheit im Innern zu suchen sei in: seiner Getheiltheit, der Vielheit der Souveränetäten von Napoleon's Gnaden, dem Mangel einer einheitlichen Centralgewalt;
2) daß der Dualismus von Preußen und Oestreich nur zum Nachtheil Deutschlands und Preußens, ja Oestreichs selbst bestehen könne — und, als eine Unnatur, auf die Dauer unhaltbar sei;
3) daß Oestreich Deutschland nie regiert, sondern nur für seine undeutschen Zwecke ausgebeutet habe und daß dies nie anders sein werde noch sein könne, weil Oestreichs Schwerpunkt zu sehr außer Deutschland liege, daß unter Oestreichs Obherrschaft das eigenthümliche Leben Deutschlands nie zu seinem Recht kommen könne;
4) daß Preußen durch die Natur der Verhältnisse zur deutschen Centralgewalt berufen sei;
5) daß die kleineren Staaten im Interesse der nationalen Einheit sich bedeutenden Beschränkungen unterwerfen müßten.

Wir ziehen aus einem Briefe Stockmar's vom 20. April 1849 eine längere Stelle aus, welche die geschichtlichen Anschauungen, auf Grund deren jene Ansichten sich gebildet hatten, zu einem großen Theil darlegt.

„Ehe das deutsche Reich starb, war, nach meiner Meinung, die eigenthümliche Politik Oestreichs die Ursache des Verfalls der deutschen Angelegenheiten. Nie regierte Oestreich Deutschland um Deutschlands willen und für deutsche Zwecke, sondern nur als Mittel für die östreichischen Zwecke, für die Zwecke einer Dynastie, die,

was sie nicht an Hausmacht in Deutschland selbst gewinnen konnte, im Osten Europa's durch deutsche Macht und Kraft zu erobern suchte und gewann. Ein so großes Volk läßt sich jedoch nicht für immer auf solche Weise exploitiren. Daher der allmälige Verfall der östreichischen Macht in Deutschland und mit ihr der Zerfall des deutschen Reiches selbst. Mit der Territorialgestaltung in Deutschland, auf welche Napoleon seinen Rheinbund baute, riß er es in Wirklichkeit mehr auseinander, als dies je früher der Fall gewesen war. Indem er Deutschland in drei Stücke, ein östreichisches, ein preußisches und ein Rheinbündlerisches theilte, polonisirte er es förmlich. Nach Napoleon's Sturz trat an die Stelle seiner Politik in Deutschland die Oestreichisch-Metternich'sche. Diese Politik verlangte Deutschland wieder wie früher als ein Mittel zum Zweck zu regieren. Zu dem Ende mußte Oestreich sich eine vollständige Suprematie verschaffen. Der natürliche Gegner dieser Suprematie war Preußen, das nach dem Frieden an deutschen Elementen stärker war als Oestreich. Je mehr es Metternich gelang, das territoriale Gerüste des Rheinbunds aufrecht zu erhalten, desto mehr hatte er Verbündete gegen Preußen und desto leichter wurde es ihm einmal dieselbe Stellung gegen die Rheinbundfürsten einzunehmen, die früher Napoleon gehabt, zweitens den preußischen Einfluß auf das übrige Deutschland zu neutralisiren. Auf diese Weise ging Napoleon's Protectorat des Rheinbunds vollständig auf Metternich über. Und dieser wurde in Bezug auf Deutschland noch mächtiger, als Napoleon es gewesen, durch den Umstand, daß es ihm glückte, zwei Könige von Preußen zu bewegen, sich 33 Jahre lang im Schlepptau östreichischer Politik führen zu lassen. Allerdings verwendete Metternich diese Suprematie nicht wie Napoleon zu äußeren Eroberungskriegen, sondern zu moralischen Kriegen gegen den Einfluß Preußens, gegen die Revolution und ihre Propaganda, gegen Constitutionalismus und Protestantismus, für Jesuitismus und Absolutismus. Allein diese Politik, die so fehlerhaft wie die frühere östreichische war,

mußte ebenfalls wieder die deutschen Angelegenheiten erst verwirren und dann zerrütten. Die demokratische Fluth, die im Frühjahr 1848 uns überschwemmte, ist vorzugsweise das Ergebniß der östreichischen Politik von 1814 bis 1847. Diese Politik, die es sich zur Hauptaufgabe stellte, die deutschen Fürsten zu vermögen, unter scheinbar constitutionellen Formen, in der That absolut zu regieren, brachte, statt des gewünschten Resultats, jene staatliche Auflösung in Sachsen, Würtemberg, Baden und den beiden Hessen hervor, welche jedem Versuch einer Reconstruction Deutschlands als Hauptschwierigkeit entgegensteht."

Stockmar hatte in den 30er Jahren eine große Freude, als seine Gedanken von einem Süddeutschen, Paul Pfizer, in seinem vortrefflichen kleinen Buch: „Ueber die Entwicklung des öffentlichen Rechts in Deutschland durch die Verfassung des Bundes 1835" — klar und entschieden ausgeführt an's Licht traten*).

Von diesen Ueberzeugungen aus war er denn nicht im Zweifel über das zu erstrebende Ziel, als der Märzsturm 1848 in Deutschland losbrach.

Am 18. März schrieb er von Coburg, wohin die Nachrichten der Wiener und Berliner Revolution noch nicht gedrungen sein konnten:

„Eine ungeheuere, mächtige Aufregung hat sich im westlichen und südlichen Deutschland des Volkes bemächtigt. Neun bis zehn Millionen Deutsche haben sich bereits durch Worte und Thaten ausgesprochen, fünf oder sechs größere deutsche Fürsten sich durch Regierungsacte zustimmend angeschlossen. Der Hort, auf den ich seit 1814 in einer nationalen Crise als Führer und Beschützer rechnete, bleibt schweigend, zaudernd, und wie es scheint, halb unentschlossen, halb dem Irrthum zugewandt, zurück, wodurch er die herrliche Stel-

*) Stockmar hatte die Gewohnheit, wenn er ein Buch las, die Stellen, die er billigte, in eigenthümlicher Weise dick zu unterstreichen. In seinem Exemplar von P. Pfizer's Buch zeigt fast jede Seite solche Stellen.

lung, die er gegen das constitutionelle Deutschland hatte, bereits verloren hat. Ob er nun auch spät, vielleicht zu spät, sich entscheiden wird, so muß er sich doch entscheiden. Fällt diese Entscheidung zum Heil für Preußen und Deutschland aus, so kann Anarchie und gräßliches Elend noch zum großen Theil verhindert werden, andernfalls ist ein großer Riß zwischen dem südlichen und nördlichen Deutschland unvermeidlich. Heute noch würde ich eine Constituirung sämmtlicher constitutionellen Staaten Deutschlands in einem Bundesstaat unter dem Vorsitz des Königs von Preußen als Kaiser für möglich halten. In diesem Bundesstaat kann vor der Hand Oestreich gar keine Stelle finden, später vielleicht können die deutschen Provinzen Oestreichs in diesen Bundesstaat eintreten, nicht aber unter einem Kaiser von Oestreich, wie jetzt, sondern unter einem Erzherzog von Oestreich, der allerdings zugleich Monarch des heutigen östreichischen Gesammtstaats sein und bleiben mag."

Die auf Preußen gesetzten Hoffnungen wurden aber schon in den nächsten Tagen für's Erste zu Wasser.

König Friedrich Wilhelm IV. hatte in seinem Patent vom 18. März 1848, eine Stunde vor dem Ausbruch der Revolution, verkündet, daß seine Regierung im Begriff stehe, den deutschen Bundesgenossen Vorschläge zur Regeneration Deutschlands, zur Verwandlung Deutschlands in einen Bundesstaat zu machen. Der Aufruf vom 21. März war in Folge der Berliner Revolution des 18. und 19. einen Schritt weiter gegangen. Er sprach aus, daß der König die Leitung für die Tage der Gefahr übernehme, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe, daß den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit eröffnet werden solle, mit Organen des vereinigten Landtags zu einer gemeinschaftlichen deutschen Versammlung zusammenzutreten, welche über die Wiedergeburt Deutschlands berathen werde. Und an demselben Tage durchritt der König die Straßen Berlins mit der deutschen Fahne.

Heinrich von Arnim, der Urheber dieser Proclamation, klagte

später (in seinem Schriftchen „Frankfurt und Berlin", S. 18), „sie sei von dem übrigen Deutschland mit „Hohn und schnöder Verachtung" aufgenommen worden, Deutschland noch nicht reif für jene Gedanken gewesen." Es ist viel Wahres daran. Deutschland hatte sich noch nicht besonnen, es hatte den dialektischen Proceß noch nicht durchgemacht, der mit der Annahme der Reichsverfassung und mit der Kaiserwahl endete. Auf der andern Seite kann man auch sagen, daß die Proclamation und Demonstration vom 21. zu spät kam. Wären sie vor der Niederlage des preußischen Königthums, vor dem 18/19. März gekommen, sie hätten eine ganz andere Bedeutung gehabt. Man muß anerkennen, daß Preußen die am 21. März verkündeten Gedanken auszuführen sich damals gar nicht in der Verfassung befand. Es war seiner selbst nicht mächtig, und doch wollte es die Anderen führen!

Das übrige Deutschland, seit Jahren gewohnt auf preußischer Seite nur Worte, nicht Thaten, große Ansprüche und schwache Leistungen zu sehen, hatte keinen Anlaß, die Proclamation und den Umritt vom 21. März mit der schwarz=roth=goldenen Fahne anders als kopfschüttelnd und ironisch aufzunehmen.

Am 31. März schreibt denn auch Stockmar wie folgt:

„Der arme König von Preußen hat total abgewirthschaftet. Immer hat er nur dann verwilligt und gehandelt, wenn es nicht nur zu spät war, sondern, wenn es besser gewesen wäre er hätte gar nichts gethan. Sein Unglück wie das Deutschlands war Metternich und der russische Kaiser. Wenn er auf Prinz Albert's Briefe von 1846 hätte hören wollen! Wie einfach, wie leicht war es ihm in der Krakauer Geschichte eine andere Richtung einzuschlagen, und wie sicher, wie herrlich, wie groß würde er nun dastehen, in einer Kraft, hinreichend ganz Deutschland zu tragen! In Deutschland will nun Niemand etwas von ihm wissen. „„Lieber den Kaiser von Oestreich oder den König von Baiern."" So verwechselt man bei uns die Sache mit den Personen."

Inzwischen schien die deutsche Bewegung in Frankfurt Form und Gestalt gewinnen zu wollen. Am 10. März hatte der Bundestag selbst 17 „Männer des allgemeinen Vertrauens" zur Vorbereitung einer Revision der Bundesverfassung berufen. Am 31. ward in Frankfurt das sogenannte Vorparlament zur Berathung über die Aufgabe, Zahl und Wahlart einer geforderten deutschen Nationalversammlung eröffnet, und der Bundestag sanctionirte durch seine Beschlüsse vom 30. März und 7. April den Zusammentritt der Nationalversammlung in Frankfurt, „um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen". Die nächsten Wochen brachten Stockmar die Gelegenheit, den dortigen Schauplatz, dessen Beobachtung ihm so interessant sein mußte, in einer officiellen Stellung zu betreten.

Am 5. April faßte nämlich die Bundesversammlung den Beschluß, daß jedem der zu einer Curie vereinigten Staaten gestattet sein solle sich im Bundestag durch einen besondern Gesandten vertreten zu lassen, unbeschadet jedoch der bis dahin gültigen Normen über das Stimmrecht und die Stimmführung.

Stockmar nahm die Stelle eines Bundestagsgesandten für Coburg an.

Bunsen berichtet in einem Brief an Herrn von Usedom (Bunsen's Leben II, S. 409), er habe dem Prinzen Albert den Rath gegeben dies zu vermitteln, und Stockmar selbst dringend beschworen sich der Sache zu unterziehen. Bunsen war wohl der Meinung, es sei von Werth, die besten Kräfte in Frankfurt zu concentriren. Gleicher Ansicht mag die Coburgische Regierung gewesen sein. Der Coburgische Minister von Stein schrieb an Stockmar am 3. Mai: „Euer Hochwohlgeboren haben auch mir wahrhaftig Freude gemacht durch Uebernahme der Bundestagsgesandtenstelle. Ich habe zwar keinen hohen Begriff von der Wirksamkeit des Bundestags, aber ein recht volles Vertrauen auf Ihren Einfluß und auf Ihre Mitwirkung in und außer der Versammlung." —

Stockmar langte am 12. Mai in Frankfurt an und nahm am 16. seinen Sitz in der Bundestagsversammlung ein. Anstatt jedoch sogleich auf seine Bundestagszeit einen Blick zu werfen, wird es zweckmäßiger sein, vorerst seinen Plan zur Reconstruction Deutschlands in's Auge zu fassen, den er bereits im April formulirt hatte, obgleich er erst im Mai damit hervortrat. Wenn wir dabei länger verweilen, so wird sich dies dadurch rechtfertigen, daß seitdem nur der eine in Betracht kommende Hauptpunkt, das Ausscheiden Oestreichs aus dem deutschen Verband, durch die Ereignisse seine Erledigung gefunden hat, die definitive Gestaltung des Verhältnisses von Preußen zum übrigen Deutschland ein noch ungelöstes Problem bleibt*).

Wir geben Stockmar's Plan in seiner letzten Fassung, wie er in der Beilage 148 der Heidelberger deutschen Zeitung vom 27. Mai als Correspondenz aus Frankfurt vom 24. Mai 1848 abgedruckt steht.

## Stockmar's Plan zur Reconstruction Deutschlands, Mai 1848.

Die Zeit drängt zur Begründung einer Einheit Deutschlands. Die natürlichste Form dieser Einheit wäre der einfache Staat in einer ganz Deutschland umfassenden constitutionellen Monarchie. Der Schöpfung eines solchen einheitlichen Staats treten jedoch Hindernisse in den Weg. Um nach dem Möglichen zu greifen, soll hier ein Weg gezeigt werden, welcher sofort zu einem nicht geringen Grade einheitlichen Staatslebens führt, dabei eine naturgemäße Entwicklung zum völlig einheitlichen Staate offen hält und dieselbe dem Willen der Zukunft überläßt. Es ist dies ein Weg, der, wie kein anderer bis jetzt gezeigter, die bestehenden Verhältnisse schont und doch eine innigere Einheit schafft, als alle seither angegebenen.

Der schwächste Punkt in den bisherigen Vorschlägen zu einer

*) Geschrieben Anfang 1870.

Reichsverfassung war die Bestimmung des Staatsoberhauptes. Eine republikanische Centralgewalt wäre die Einleitung zur Republik; ein Turnus müßte jede Einheit der Regierungsweise und alle Größe und Macht der Nation ausschließen oder doch verkrüppeln. Bliebe hiernach nur noch die Einsetzung eines Kaisers übrig, so wäre derselbe ohne Hausmacht eine sehr schwache Centralgewalt, mit einer bedeutenden Hausmacht könnte möglicher Weise (solches befürchten wenigstens die Aufrichtig-Aengstlichen) der Kaiser der Verfassung gefährlich werden.

In Nachstehendem wird deshalb vorgeschlagen:

> einen Fürsten mit starker Hausmacht zum Kaiser zu erheben, ihm aber das Aufgeben seiner Hausmacht und die Verwandlung derselben in eine Reichsmacht aufzuerlegen.

Nach diesem Vorschlag soll Deutschland ein Reich bilden bestehend aus unmittelbarem Reichsland und aus mittelbarem. Das unmittelbare Reichsland wird, vorbehaltlich seiner Vermehrung, dargestellt durch die früheren Stammlande des Kaisers; die übrigen bisherigen Bundesstaaten bilden die mittelbaren Reichsländer. Im ganzen Reiche übt der Kaiser durch das Reichsministerium und das Reichsparlament die im Verfassungsentwurf der Siebzehner der Bundescentralgewalt zugewiesenen Befugnisse. Was die nach Abzug dieser Befugnisse übrig verbleibenden Theile der Regierungsgewalt anlangt, so werden dieselben

A) im unmittelbaren Reichsland ebenfalls vom Kaiser durch Reichsministerium und Reichsparlament,

B) im mittelbaren Reichsland von den resp. Regierungen und Repräsentativ-Körpern ausgeübt.

1. Diese Einrichtung begründet eine wirkliche Einheit: denn sie schafft Organe, mittelst deren der Wille des gesammten Deutschlands zum Ausdruck und zur praktischen Geltung kommt. Sie gewährt in Wahrheit ein einheitliches Staatsleben, und zwar

A) ein vollständiges dem Ausland gegenüber,

B) im Innern gewährt sie dies wenigstens in allen denjenigen Punkten, in denen ein einheitliches Zusammenwirken unerläßlich ist.

2. Diese Einrichtung trägt auch den auf eine angebliche Stammesverschiedenheit sich stützenden Forderungen eines individuellen Lebens einzelner Staaten soweit als möglich, d. h. bis zu dem Punkte Rechnung, über welchen hinaus man nicht nachgeben kann, wenn man nicht die Einheit aufgeben will.

3. Diese Einrichtung läßt die Entwicklung der Zukunft frei. Hat das individuelle Leben der einzelnen Staaten wirklich eine so große Berechtigung, als Viele behaupten, so wird sich dasselbe erhalten; im Falle des Gegentheils werden die Einzelstaaten ohne Erschütterungen und auf dem Wege einer Fortbildung in dem einheitlichen Staate aufgehen. Welches der Staat sein möge, der bestimmt ist den Kern und Mittelpunkt zur wirklichen deutschen Einheit abzugeben, kann kaum zweifelhaft sein. Preußen scheint hierzu berufen sowohl durch die große Zahl seiner deutschen Bevölkerung, als durch die für den fraglichen Zweck günstige Lage seines weitausgedehnten Gebietes und durch seine geschichtlichen Erinnerungen. Die Abneigung gegen die Person des Königs und gegen das preußische Beamtenthum kann gegen diese Vortheile nicht in Betracht kommen. Bei einer Verwaltung der gegenwärtig preußischen Lande (künftigen unmittelbaren Reichslande) von Frankfurt aus, und durch Reichsministerium und Reichsparlament, würde das specifische Preußenthum binnen kürzester Frist verschwinden und rein deutscher Sinn allenthalben durchbrechen.

Die Möglichkeit der Ausführung dieses Plans hängt nur davon ab, wie ernstlich die Nation die Einheit will. Daß die Regierungen zu Wien, Hannover, München und anderwärts eine wirkliche Einheit, ja selbst nur irgend eine wesentliche Beschränkung ihrer Souverainetät durch eine starke Centralgewalt nicht wollen,

mag wahr sein; allein hierauf kommt gegenwärtig viel weniger an, als auf den Willen der Völker.

Die größte Schwierigkeit erregt augenblicklich Oestreich. Will seine Regierung den Oestreichischen Gesammtstaat aufrecht erhalten, so wird sie zur Unterordnung ihrer deutschen Provinzen unter ein Reichs-Regiment, ja vielleicht selbst zu einem irgend festen Einschluß in Deutschland wenig Neigung haben. Auch die Bevölkerungen selbst werden starke Abneigung gegen eine solche Unterordnung haben, und namentlich möchte es sehr schwer sein, ihnen begreiflich zu machen, daß sie sich nicht Preußen, sondern dem Reich unterordnen. Allein man könnte der deutschen Bevölkerung Oestreichs nachweisen, daß sie als Deutsche verkrüppeln oder untergehen müssen, wenn sie von Deutschland getrennt werden, und auf diesen Nachweis hin kann man ihnen mit gutem Gewissen die Alternative stellen:

> entweder mit den bisherigen Bundeslanden unter einem Erzherzog oder mehreren, als Könige von Böhmen u. s. w. dem Reiche als mittelbares Reichsland beizutreten,
>
> oder aber: außer dem Verbande zu bleiben.

Der letztere Entschluß wäre tief zu beklagen, aber die Trennung würde nur vorübergehend sein. Der wachsende Einfluß der in Oestreich sich gestaltenden deutschen Partei, überhaupt die Macht der Verhältnisse werden die deutschen Provinzen Oestreichs doch zu Deutschland zurückführen. Sollte man daher aller Mühe ungeachtet (denn diese wäre in jeder Weise anzuwenden) dermalen das deutsche Oestreich nicht zum Reiche ziehen können, so wird es für uns sowohl, als für Oestreich besser sein, daß wir 32 Millionen Deutsche uns um den preußischen Kern herum gut organisiren und dem deutschen Oestreich den Zutritt offen halten, als daß wir mit 7 Millionen Deutschen und einer Mehrzahl von Slaven einen schlotterichen, ungenügenden Verband fortführen und dadurch noch ferner zu einem ruhmlosen, elenden Volksleben gezwungen bleiben.

Was die übrigen Regierungen außer der östreichischen anlangt,

so möchte von allen deutschen Regierungen die hannöverische den geringsten Halt im eignen Lande haben, und wenn sonst Deutschland will, so wird sie die vorgeschlagene Einigung nicht aufhalten. Auch Baierns Regierung wird hierzu wohl den Willen, aber nicht die Kraft haben. Denn die durch Napoleon Alt-Baiern geschenkten deutschen Länder sind nie specifisch bairisch geworden. Alt-Baiern allein aber könnte, falls es überhaupt will, auf die Dauer nicht zurückbleiben.

Alles kommt darauf an, ob der deutsche Sinn kräftig genug ist, ein Vaterland in der That und nicht bloß in Worten zu verlangen und deshalb die Versuchungen abzulehnen, welche die separatistischen Tendenzen ihm von vielen Seiten bieten werden. —

Zunächst liegt die Sache in der Hand des verfassunggebenden Reichstags, der um des Vaterlandes willen seine Stellung nicht unabhängig genug und nicht hoch genug nehmen kann. Spricht der Reichstag nach den genügenden Vorbereitungen für den Vorschlag sich aus, so wird wohl sein Beschluß ausgeführt werden und der Weg in eine große Zukunft aufgeschlossen sein. —

Frankfurt, den 24. Mai 1848.

---

Die Grundgedanken Stockmar's waren also diese:

1) das natürliche Ziel Deutschlands schien ihm der Einheitsstaat in der Form der constitutionellen Monarchie,
2) er hielt den Bundesstaat nur für eine vorübergehende, zum Einheitsstaat führende Phase,
3) er stellte sich daher die Aufgabe, für jetzt eine Einrichtung zu erdenken, die sofort ein bedeutendes Maß der Einheitlichkeit herstellte und einen leichten Uebergang zur völligen Einheit anbahnte,
4) das Wesentliche dieser Einrichtung besteht darin, daß Preußen auf seine besondere Existenz verzichtet, seine sämmtlichen Pro-

vinzen zu „unmittelbaren Reichslanden" *) hergiebt, die, ohne ein besonderes preußisches Parlament **), ohne eine besondere preußische Verwaltung, vom preußischen König als nunmehrigem erblichen deutschen Kaiser mittels des deutschen Reichsparlaments und des administrativen Organismus des deutschen Reichs beherrscht würden, während dieselben Factoren der Reichsgewalt über die anderen deutschen Staaten (mittelbare Reichslande) die im Entwurf der 17 Vertrauensmänner der Reichsgewalt zugesprochenen Befugnisse ausüben würden,

5) der Zukunft bliebe es überlassen, ob die mittelbaren Reichslande dem unmittelbaren Reichsland sich einverleibten, der Verhandlung mit Oestreich, ob die deutschen Provinzen als mittelbare Reichslande dem Reich beitreten würden oder nicht.

Zum Verständniß des Plans gehört es sich zu vergegenwärtigen, welche Befugnisse der Entwurf der Siebzehner der Bundescentralgewalt beilegte.

---

*) Die Terminologie von „unmittelbarem" und „mittelbarem" Reichsland war vielleicht nicht ganz glücklich gewählt. Denn unter dem alten deutschen Reiche gab es gar keine Territorien, die in Stockmar's Sinn reichsunmittelbar, d. h. nur der Reichsgewalt unterworfen gewesen wären. In den alten Reichsstädten und reichsritterschaftlichen Territorien bestand doch unter der Reichsgewalt wenigstens ein Analogon der Landeshoheit. Sodann erscheinen im modernen Bundesstaat alle Territorien in gewissen Beziehungen reichsunmittelbar, d. h. der Centralgewalt unmittelbar unterstellt. Das Wort reichsunmittelbar bedeutet aber bei Stockmar: in jeder Beziehung dem Reiche unmittelbar unterworfen.

**) Gervinus in der Deutschen Zeitung vom 3. Juni knüpft an Stockmar's Plan einige Bemerkungen. Es sei ihm, sagt er, nicht alles darin klar, und er fragt, ob es denn also ein Plenum des Reichsparlaments geben solle, wenn die Repräsentanten des mittelbaren Reichsgebietes (die einzelnen Staaten außer der Hausmacht des Kaisers) mitsitzen, und ein engeres Parlament, in dem die Abgeordneten des unmittelbaren Reichslandes allein berathen. Die Worte Stockmar's lassen jedoch eine solche Auslegung in der That nicht zu. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß Stockmar ein besonderes Parlament für besondere preußische Angelegenheiten, eine besondere preußische Administration nicht statuiren wollte.

Es sind die folgenden:

Der Reichsgewalt steht ausschließlich zu

a) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands, das Recht der Verträge und des gesammten diplomatischen Verkehrs,

b) das Recht über Krieg und Frieden,

c) Heerwesen, Marine, Festungswesen,

d) Zoll- und Postwesen, Gesetzgebung und Oberaufsicht über Wasserstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen, Ertheilung von Erfindungspatenten, —

e) die Gesetzgebung im Gebiet des öffentlichen und Privatrechts in soweit solche zur Durchbildung der Einheit Deutschlands erforderlich ist, insbesondere über Heimathsrecht, Staatsbürgerrecht, Münz-, Maaß- und Gewichtssystem; —

f) Gerichtsbarkeit in folgenden Fällen: Klagen gegen den Reichsfiscus; Anklagen gegen Reichs- oder Landesminister; Hoch- und Landesverrath gegen das Reich; Majestätsverbrechen gegen das Reichsoberhaupt; Streitigkeiten zwischen den verschiedenen deutschen Staaten oder Fürsten; Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentschaft in den deutschen Staaten; Klagen von Privaten gegen regierende deutsche Fürsten, wo es an der Zuständigkeit eines Landesgerichts fehlt; Klagen von Privaten gegen deutsche Staaten, zwischen denen eine Verpflichtung zweifelhaft oder bestritten ist; Streitigkeiten zwischen Regierungen und Ständen der Einzelstaaten über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfassung; Entscheidungen in oberster Instanz über Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege.

Diese Befugnisse sollte also der König von Preußen als deutscher Kaiser mit einem Parlament von Vertretern aller deutschen Staaten, mit einem Reichsministerium, in dem natürlich auch Nichtpreußen sitzen könnten, mit einem Beamtenthum, das allen Deutschen offen stände, über das ganze Reich üben. Dieselben Organe der

Reichsgewalt sollten aber zunächst über die preußischen Lande alle übrigen Rechte der Staatsgewalt handhaben. Wenn also der Sachse, der Hannoveraner, der Reuße, der Lippe-Bückeburger 2c. nur in gewissen Beziehungen den Beschlüssen einer Versammlung an der Nicht-Sachsen, Nicht-Hannoveraner u. s. w. betheiligt waren, den Anordnungen von Reichsbeamten unterworfen war, die auch Nicht-Sachsen u. s. w. sein konnten, für andere Beziehungen sein rein sächsisches u. s. w. Parlament, sein rein sächsisches 2c. Beamtenthum behielt, so sollte der Preuße in jeder Beziehung seine Gesetze von einer Reichsversammlung empfangen, in der der Sachse, der Hannoveraner u. s. w. mittagte, Beamte über sich walten sehen, die nicht Preußen zu sein brauchten, auch Sachsen u. s. w. sein konnten.

Offenbar war damit den Preußen eine bedeutende Selbstverläugnung zugemuthet. Das Motiv Stockmar's, dem preußischen Volk diese Opfer anzusinnen, war, daß die neuesten Ereignisse die Kluft zwischen Norden und Süden erweitert hatten und jene Opfer Mittel der Versöhnung für den Süden sein sollten. Für etwas sanguinisch freilich müssen wir die von Stockmar ausgesprochene Ansicht halten, daß wenn Preußen von Frankfurt aus mittels Reichsministerium und Reichsparlament regiert würde, das specifische Preußenthum binnen Kurzem verschwinden werde. Wir müssen vielmehr glauben, daß gerade die Stärke des specifischen Preußenthums den Plan damals unmöglich gemacht und daß dieses durch die Regierung von Frankfurt aus sich nur noch mehr herausgefordert gefühlt haben würde. Fast zwanzig Jahre weiterer Entwicklung und der große Junker Bismarck waren nöthig, um das specifische Preußenthum und zwar mittels der Regierung von Berlin aus nationalen Zwecken einigermaßen dienstbar zu machen.

Abgesehen hiervon und wenn man mit Stockmar der Ansicht ist, die deutsche Entwicklung laufe dem Einheitsstaat zu, so muß man seinen Plan vortrefflich finden.

Denn unter jener Voraussetzung sind zwei Fälle denkbar:

entweder Preußen verschlingt das übrige Deutschland, oder es geht in Deutschland auf. Auch im ersten Fall bleibt Preußen nicht was es war, d. h. es findet keine bloße Borussificirung des übrigen Deutschlands statt, sondern die fremden Elemente, die Preußen in sich aufnimmt, verändern auch zum Theil sein inneres Wesen, nach dem berühmten Dictum von Ludwig Feuerbach: „was der Mensch ißt, das ist er." Aber dieser Prozeß der Unification Deutschlands kann nicht ohne Gewaltsamkeit und ohne Indigestionen abgehen. Anders der von Stockmar gezeigte Weg. Preußen durchdringt sich erst mit deutschen Elementen, sättigt sich mit deutschen Zielen und läßt dann das übrige Deutschland, dem es nun nicht so fremdartig gegenübersteht, in sich hineinwachsen.

Eine Lücke hat der Stockmar'sche Plan. Wenn wir einen Blick auf die uns durch denselben eröffnete Zukunft richten, so verlangen wir Beruhigung wegen der Schattenseiten des Einheitsstaats, wegen der Uebel der Centralisation. Ausgedehnte provinzielle Selbstregierung in den Dingen der Verwaltung würde das Mittel dazu sein.

Zu den Ersten, denen Stockmar seinen Plan mittheilte, gehörte Bunsen in London. Es geschah dies in einem Brief vom 8. Mai, den wir hier folgen lassen, weil er so bezeichnend für die muthwillige Manier des Vortrags ist, die Stockmar in angeregter Stimmung eigen war.

Stockmar an Bunsen.

8. Mai 1848.

Für Sie ganz allein.

„Sich mit mir in den letzten Monaten stetig über die Angelegenheiten des Vaterlandes unterhalten zu haben, würde, mein lieber Freund, noch nicht das unfruchtbarste Geschäft Ihres Lebens gewesen sein. Für diese Unterlassungssünde sollen Sie denn ausgezankt

werden. Denn wenn Ihr*) Euch auch für Löwen haltet, so hätte meinem Freund doch die Maus einfallen sollen, die dem Gefangenen die Stricke lös'te. Und daß Ihr wenigstens gefangen seid, könnt Ihr nicht läugnen. Ich mag mich hier, in Entfernung und Unkenntniß, täuschen, allein ich möchte Thränen über Euch weinen. Wo sind selbst jetzt noch Euere Männer? Wodurch beweist Ihr, daß Ihr die Stimme aus dem Berge vernommen? Wo sind Euere großen fruchtbaren Gedanken, mit denen Ihr die letzte Euerer Missionen erfüllen könnt? Ihr erscheint mir planlos, rathlos, thatlos. Oder verbergt Ihr hinter diesem Anschein alte Klugheit, alte Pfiffe, alte diplomatische Maximen? Dann seid Ihr und wir auf lange Zeit dem Elende aller Art anheimgegeben. Welche Politik Euch und uns retten konnte, habe ich zur rechten Zeit 1844, 1845 und namentlich noch 1846 gepredigt, als Ihr bei Krakau die zweite Jenaische Schlacht mit unbegreiflicher Blindheit annahmt und verlort. Jetzt gilt es nochmals Euch zu retten. Der König muß Kaiser werden, die preußischen Lande unmittelbare Lande des Reichs, die übrigen Lande mittelbare. Zugleich müßten organische Grundbestimmungen dafür sorgen, daß unter gewissen Voraussetzungen aus den mittelbaren Reichslanden unmittelbare werden. Der Dänenkönig hat seine deutschen Lande verwirkt, daher werden sie gleich den unmittelbaren Reichslanden einverleibt. Uns können nur Muth, Kühnheit, Entschlossenheit, Thatkraft helfen. Greift Ihr Preußen gar nicht zu, oder falsch auf die noch vorhandenen und daher fruchtbaren Elemente ein, so wirthschaftet Ihr diese Elemente und Euch selbst in wenigen Wochen total ab. Euere größte politische Gefahr liegt zugleich in Euerem Verhältniß zu Oestreich. Begreift und greift Ihr dies falsch, dann gute Nacht! Den Versuch sich selbst als europäische Großmacht wieder aufzubauen, muß Oestreich machen. Das ist imperativer Schicksalsbefehl. Wer wollte voraussagen, was

*) D. h. Ihr Preußen überhaupt.

aus diesem Versuch resultiren werde! Aber unterdeß! Deutschland kann nicht warten, es muß sich eben so schnell zu helfen und aufzubauen suchen. Wir können nicht auf östreichische Langsamkeit und politische Unfähigkeit warten. Und wie wünschenswerth und zweckmäßig die Vereinigung der östreichischen Deutschen mit uns sein mag, einstweilen sind wir 32 Millionen uns selbst genug, wenn Muth und Entschluß uns nicht fehlen. Wir constituiren uns, lassen den Oestreichern ihren Platz offen, und entscheiden durch diese Handlung den Bauriß des neuen östreichischen Staates. Homogene Elemente, von Enthusiasmus, Entschluß, Muth und Kraft erfüllt, fürchten die Welt nicht, und werden bestehen, was auch England, Rußland oder Frankreich dazu sage. Wehe uns aber, wenn wir, durch eine falsche Ansicht verführt, das unklare, undeutsch fermentirende östreichische Element jetzt in uns aufnehmen wollten!

Morgen gehe ich nach Frankfurt. Schreiben Sie mir sogleich dahin. Offen, ehrlich, ohne Rückhalt. Wenn ich nichts von Ihnen höre, Sie werden auf jeden Fall von mir hören.

Gott sei mit Ihnen. Er erleuchte Euer politisches Gehirn und stärke Eure schwächlichen Nieren. Ihr habt nur noch kurze Zeit Eure Fehler zu machen; bald wird Euch auch dazu die Möglichkeit entzogen sein.

Treu der Ihrige

Stockmar."

Bunsen's Anschauungen waren andere. Er hatte kurz zuvor sein erstes Sendschreiben an das deutsche Parlament vom 7. Mai 1848 veröffentlicht, worin er sich gegen den Einheitsstaat, für den Bundesstaat mit einem lebenslänglichen Wahlkaiser, mit einem fürstlichen Reichsrath neben zwei gesetzgebenden Versammlungen, ausgesprochen hatte. Stockmar's Plan konnte ihm daher nicht gefallen. Dieser hatte, wie es scheint in einem andern Brief, die Ansichten

von Bunsen's erstem Sendschreiben kritisirt. Mit Bezug hierauf schreibt ihm Bunsen am 17. Mai:

„Mein verehrter lieber Freund! .... Ich habe Ihnen gestern nur aus dem Gefühl heraus geantwortet, nicht eigentlich Ihren Brief beantwortet. Heut muß ich nun suchen mich mit Ihnen in kurzen Worten auseinanderzusetzen. Ein Schelm macht's besser als er kann!

Ich kann mich nicht zu Ihrer Ansicht vom Erbkaiserthum bekennen, aus welchem nach und nach ein einförmiges Deutschland statt des vielgegliederten werden würde. Ich meine das Ziel wäre ein Rückschritt. Der Bundesstaat ist über dem Einheitsstaat. Aber ich meine ferner, das Ziel ist jetzt nicht ohne Revolution und alle Gefahren der Anarchie zu erreichen, das Bessere dagegen, bei ruhigem Verständniß, ohne alle Stöße. Was Oestreich betrifft, so glaube ich, kein Opfer ist zu groß ihm zu helfen, daß es die Czechen mindestens befriedigt oder bewältigt.

Kurz die Ansicht meines Schreibens (des Sendschreibens) liegt bei mir tief," u. s. w.

Indessen scheint Stockmar's Plan doch nicht ohne Eindruck an Bunsen vorübergegangen zu sein. In seinem Tagebuch vom Juli und August 1848 (Leben II, S. 446) sagt er, daß Stockmar auf der Ansicht bestehe, die er in seinem „merkwürdigen Brief vom Monat Mai" ausgesprochen, und fährt dann fort: „Die Sicherheit des Aussprechens und Durchführens dieser Ansicht machte mir einen tiefen Eindruck, ohne mich jedoch an meiner eigenen Auffassung durchaus irre zu machen." Und noch mehr zeugt von der spätern Uebereinstimmung mit Stockmar das von Bunsen mit Jenem gemeinsam zu Köln im August vereinbarte Programm, worin a. a. O. S. 467 von der „Verfassung Preußens als der unmittelbaren Reichslande" die Rede ist, wie denn auch Bunsen im September an Camphausen schreibt: „Preußen als Preußen kann gar keine politische Macht oder politische Verfassung haben, sondern nur als

Reichsoberhaupt; man kann Deutschland nicht von Berlin und von der Wilhelmsstraße regieren" a. a. O. S. 479.

Nachdem Stockmar seinen Plan an Bunsen mitgetheilt, brachte er ihn an den König von Preußen selbst. Von Brüssel her war er mit dem geistreichen, feinsinnigen und energischen Heinrich von Arnim befreundet, der dort bis 1846 preußischer Gesandter gewesen war, worauf er bis zur Februarrevolution als Gesandter in Paris fungirt und, nach der Märzrevolution, in Berlin das Ministerium des Auswärtigen übernommen hatte.

Arnim schrieb ihm am 5. Mai: . . . . „Wären Sie nur einmal hier, wenn auch nur auf einen Tag! Aber ich fürchte, Sie sind nicht wohl genug, um zu reisen. Schreiben Sie doch auch einmal an den König aus der Fülle Ihres deutschen und preußischen Herzens. Er will gewiß das Beste des Gesammtvaterlandes, aber der Gedanke geht ihm noch schwer ein, daß Er sich den dringenden Umständen dahin unterordnen muß, daß Er sich obenan stellt. Sie kennen den Herrn und werden ihn verstehen, wenn Sie ihm auch nicht Recht geben können. Ihre Stimme hat Gewicht bei ihm und wir brauchen gewichtige Stimmen zu unserer Unterstützung. Ambition zu zügeln mag schwer sein, aber es giebt noch etwas Schwierigeres: zum Unterlassen, zum Sichenthalten kann man jemand wohl bestimmen, wie aber zum Handeln und zum Entschlusse?"

Dieser Brief Arnim's mag Stockmar in der schon vorhandenen Neigung, sich direct an den König zu wenden, bestärkt haben.

Am 17. Mai 1848 übersendet er demselben eine Skizze seines mehr erwähnten Plans der Reconstituirung Deutschlands mit folgendem Schreiben:

„Allerdurchlauchtigster König und Herr!

Am Abend meines Lebens und bei einem Gesundheitszustande, der eine lange Dauer desselben unwahrscheinlich macht, steht mir das

Bewußtsein zur Seite, nie durch eine meiner Handlungen die Pflichten gegen mein Vaterland verletzt zu haben. —

Diese Pflichten schlossen Liebe für Preußen, treue Anhänglichkeit an dessen Könige ein, und seit mehr als 40 Jahren habe ich beide tief empfunden und geübt. War ich, so lange die bisherige politische Gestaltung des Vaterlandes ihre Geltung hatte, in der ganzen, vollständigen Aeußerung meiner vaterländischen Gesinnung beschränkt, so haben die jüngsten Zeitereignisse diese Beschränkung aufgehoben. Ew. Majestät sind sofort der einzige Hort des Vaterlandes geworden, und dessen Rettung hängt vorzugsweise von der Einsicht, der Kraft, dem Muthe und der Hingebung des preußischen Volks ab. Auf solche Ueberzeugung hin wage ich es das anliegende Blatt Ew. Majestät zu Füßen zu legen, mit der unterthänigsten Bitte, dessen Inhalt Höchstselbst prüfen und weiter prüfen lassen zu wollen. Auf Allerhöchste Erlaubniß hierzu bin ich vorbereitet auf jede mir darüber gestellt werdende Frage Antwort zu geben, auch hoffe ich auf voraussichtliche Einwürfe überlegte Gründe anführen zu können.

In allertiefster Ehrfurcht

Euer Königl. Majestät

allerunterthänigster

Chr. Fr. v. Stockmar."

Auf dieses Schreiben empfing Stockmar vom König zunächst keine Antwort. Wir werden später, bei dem Bericht von seiner Berliner Reise im Juni, sehen, wie sich der König über den deutschen Plan äußerte. Stockmar hatte seinen Brief Arnim zur Beförderung gesandt. Dieser schrieb ihm am 22. Mai: „Ihr durch mich befördertes Schreiben ist mir nicht mitgetheilt worden. Wohl weil es mit meiner Ansicht zu sehr übereinstimmte; man wollte diese durch eine so gewichtige Stimme nicht stärken gegen sich."

Auch mit dem Prinzen Albert von England correspondirte

Stockmar über seinen deutschen Plan, hier fand er aber wenig Beifall.

Der Prinz hatte sich selbst mit Entwürfen zur Herstellung Deutschlands beschäftigt. Er hatte dem König von Preußen einen solchen, datirt vom 28. März, zugesendet, welcher in der Broschüre: „Zum Verständniß der deutschen Frage. Stuttgart 1867," nebst den Bemerkungen des Königs dazu abgedruckt ist. Der Prinz, vom dynastischen Standpunkt ausgehend, hatte sich in Betreff des Reichsoberhauptes für einen Wahlkaiser, auf Lebenslänge oder eine Anzahl von Jahren gewählt, erklärt, und konnte sich noch nicht mit dem Ausscheiden Oestreichs aus Deutschland befreunden, so wenig wie mit dem, was er die Mediatisirung der übrigen deutschen Staaten unter Preußen nannte. So schrieb er denn an Stockmar, er könne nicht verhehlen, daß ihm dessen Plan gar nicht zusage. Er errichte sein Gebäude auf der Prämisse, „daß ein Turnus*) jede Einheit der Regierungsweise und alle Größe und Macht der Nation ausschließen oder doch verkrüppeln müsse." Und deshalb solle Oestreich von Deutschland scheiden, sollten die übrigen Staaten von Preußen mediatisirt werden. Jene Prämisse sei aber erst zu beweisen.

Es zeigte sich eine Kluft zwischen den beiderseitigen politischen Ansichten, welche monatelang unausgeglichen blieb. Es ist aber gleich hervorzuheben, daß der Prinz und zwar schon im nächsten Jahre die Unmöglichkeit der Theilnahme Oestreichs an einem engern deutschen Verband einsah und ein eifriger Verfechter der preußischen Unionsplane von 1849 wurde.

---

Kehren wir zu Stockmar, dem Bundestagsgesandten, zurück.

Von zwei Seiten wurde er in Frankfurt bei dem Vertreter der-

*) Unter Turnus ist hier das Wahlkaiserthum mitbegriffen, überhaupt alles was nicht Erbkaiserthum ist.

jenigen Macht eingeführt, auf die er seine deutschen Hoffnungen baute.

An Herrn von Usedom, den preußischen Gesandten, schrieb Bunsen:

London, 15. Mai 1848*).

Mein theurer Freund!

„Ihre und Stockmar's Ankunft in Frankfurt .... war die Erfüllung zweier seit Monaten unablässig gehegten Wünsche. Stockmar ist einer der ersten Politiker Deutschlands und Europas; Schüler Stein's**), Oberfeldarzt im Krieg, Erzieher des Prinzen Albert***), dann†) Freund und geheimer Rathgeber des Prinzen Leopold, nachher des Königs, und endlich stiller Leiter des großbritannischen Hofes, vertrauter Freund††), wie von Lord Melbourne, so später von Peel .... Gehen Sie zu ihm — Sie werden nach einer Stunde ihn als Freund verlassen. So viel zuerst. Ich liebe ihn zärtlich, und er liebt mich. Ich habe kein Geheimniß vor ihm."

Am 22. Mai schrieb Arnim an Stockmar:

.... „An Usedom darf ich Sie also verweisen. Ich schreibe ihm heute um ihm zu sagen, daß er Ihnen vertrauen kann wie mir selbst. Sie finden einen ächten, deutschen, freisinnigen, klugen und geraden Mann in ihm. Kommen Sie ihm mit Vertrauen entgegen, und mit Ihrem trefflichen Rath zu Hülfe."

Stockmar verdankte es diesen Einführungen, einem Manne rasch

---

*) Das Datum 15. März in Bunsen's Leben II, S. 409, beruht offenbar auf einem Lesefehler.

**) Dies ist ein Irrthum, denn Stockmar war Stein überhaupt nur zweimal begegnet.

***) Wir sahen, daß er nur den bereits erwachsenen Prinzen, das Jahr vor seiner Heirath, als Reise-Mentor nach Italien begleitete.

†) Vielmehr seit 1817, also lange vorher.

††) Er besaß deren aufrichtiges Vertrauen, aber „vertrauter Freund" war er nicht.

näher zu treten, den er nicht nur so fand, wie ihn Arnim beschrieben, sondern den er stets als den „liebenswürdigsten, umgänglichsten, anmuthigsten aller Preußen" rühmte, die er je kennen gelernt. Er blieb mit ihm fortan in freundschaftlichem Verhältniß. Zu seinen genaueren Bekannten unter den Bundestagsmitgliedern gehörte außerdem der kluge und rührige alte Bürgermeister Smidt von Bremen.

Stockmar's Wirksamkeit im Bundestag war gleich Null. Ohnehin war das Hauptgeschäft des Bundestags damals sich selbst zu begraben. Die Neugestaltung der Dinge zu lenken vermochte er nicht. Und an diesem Todtengräbergeschäft hatte nur Stockmar in der sehr untergeordneten Stellung eines Vertreters von Coburg-Gotha, der nicht einmal eine Stimme führte, Theil zu nehmen. Er war auch von diesem Verhältniß wenig erbaut. Am 28. Mai schreibt er:

„Nach seiner Einrichtung und der Art, wie diese gehandhabt wurde, ist der Bundestag von 1815 an bis heute eine elende, verächtliche und verachtete Maschine gewesen. Sämmtliche Regierungen brauchten ihn nur zum Executor einer falschen, unehrlichen, allen Fürsten wie Völkern verderblichen Politik, daher er denn von der Gegenwart als der wahre Repräsentant der Falschheit, der Schlechtigkeit und des Princips der Zerstörung gehalten und behandelt wird. Die Persönlichkeiten, aus denen er jetzt zusammengesetzt ist, sind auch ad hoc keine geeigneten, und die Formen, in denen er sich noch heute bewegen muß, machen jede verständige Thätigkeit, jedes energische, consequente Handeln unmöglich. In einer solchen Versammlung zu sein ist an sich eine Misère."

Und am 29. Mai:

„Ich bin dadurch, daß ich dem Bundestag angehöre, das fünfte Rad am Wagen. Als Privatmann und bloßer Volontair hätte ich vielleicht doch etwas mehr wirken können."

Indeß der Bundestag nahm auf der andern Seite Stockmar doch nicht so sehr in Anspruch, als daß er nicht Zeit gewonnen hätte,

im Anfang Juni eine kurze Reise nach Berlin zu unternehmen. Er hatte folgende Ziele im Auge, für die er rein als Privatmann zu wirken sich vorsetzte. Von seinem Standpunkt aus kam natürlich alles darauf an, daß Frankfurt und Berlin Hand in Hand gingen, daß aber Preußen Frankfurt führte. Statt dessen sprach und handelte die Frankfurter Nationalversammlung, die am 18. Mai zusammengetreten war, als ob es ein Preußen gar nicht gäbe, während die Berliner Nationalversammlung die Frankfurter ignorirte und die preußische Regierung sich zurückhielt. Sodann war aber auch nicht zu verkennen, daß, wenn der König von Preußen die deutschen Dinge in die Hand nehmen sollte, hierfür eine Vorbedingung fehlte. Er mußte zuvörderst Herr im eig'nen Hause sein. Vor allem anderen mußte daher, nach Stockmar's Meinung, der Anarchie in Berlin ein Ende gemacht werden.

Der König, von seiner Ankunft daselbst unterrichtet, schrieb ihm wie folgt:

Sanssouci, 7. Juni 1848.

So sehr ich erfreut worden bin durch die Nachricht Ihres Hierseins, bester Baron Stockmar, so betreten bin ich seit meiner mißglückten Einladung zu Tisch*). Denn Sie sind wie verschwunden. Es drängt mich Ihren schönen Brief aus Frankfurt mündlich zu beantworten. Das Sprechen mit Ihnen ist so lohnend, denn Sie hören nicht bloß zu, wie wir Norddeutsche meist Alle thun, sondern Sie hören was man sagt und was man will, wie es die Engländer so meisterhaft thun. Lassen Sie mich nun schnell wissen, wo Sie sind und kommen Sie bald zu mir. Ich schlage Ihnen Morgen Mittag vor. Wir essen um 2 Uhr und können nach Tisch schwätzen. Bereiten Sie sich auf ernstesten Widerstand von meiner

*) Hier war ein Mißverständniß vorgefallen.

Seite vor. Und doch harmonirt mein Herz und Wille mit dem Ihrigen. Doch unsre Mittel sind verschieden. Ein Wörtchen Antwort!

Friedrich Wilhelm.

Am nächsten Tage (8. Juni) hatte Stockmar eine Unterredung mit dem Könige. Ueber deren Inhalt ist uns nichts Positives bekannt. Natürlich wird vor Allem die deutsche Frage besprochen worden sein und der König wird sich, mit der ihm eignen Beredtsamkeit, über Stockmar's Brief ausgesprochen haben.

Dieser hochbegabte Fürst war der Begeisterung für große Ideale fähig, aber Doctrinarismus und Romantik trübten ihm den Blick in die Wirklichkeit und gestatteten ihm nicht, die in dieser begründeten erstrebenswerthen Ziele zu erkennen. Zudem war ihm ebensowenig Consequenz des Denkens als Willensstärke und Festigkeit verliehen. Er war also zu einem Werk, das eine ungewöhnliche Fürstenkraft forderte, nicht ausgestattet. Er fühlte dies selbst, wie er denn (G. Freytag: L. Mathy, S. 306) zu Beckerath 1849 sagte: „Friedrich der Große wäre Ihr Mann gewesen, ich bin kein großer Regent."

Ueber seine persönliche Stellung zur Frage der Neugestaltung Deutschlands liegen zahlreiche authentische Aussprüche Friedrich Wilhelm's IV., und Zeugnisse von Männern vor, die sein Vertrauen, ja seine Zuneigung besaßen. Sie läßt sich nach der einen Seite kurz durch folgende Züge charakterisiren: Romantische Pietät und Deferenz gegen Oestreich, legitimistische Ueberschätzung der Rechte der deutschen Fürsten, Abneigung gegen das in Frankfurt begonnene Werk wegen seines revolutionären Geruchs und Beigeschmacks*).

*) An die Abgeordneten der Frankfurter Versammlung, welche den König bei dem Kölner Dombaufest, August 1848, begrüßten, richtete Friedrich Wilhelm die vielbesprochenen Worte:

„Vergessen Sie nicht, daß es Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer derselben bin." —

Aber zu gleicher Zeit ergeben jene Aussprüche und Zeugnisse, ergeben die offenkundigen Thatsachen nach der andern Seite, daß der König sich gegen die von Frankfurt her und im Sinn von Frankfurt kommenden Anregungen im nationalen Sinn doch nicht unbedingt ablehnend verhielt, daß sie vielmehr etwas Verlockendes für ihn hatten. Er ließ sich wiederholt bestimmen bis an den Rand des Entschlusses vorzugehen und — kehrte dann um. Die tiefst liegende Schicht seiner Natur empörte sich gegen die von jenen Anregungen hervorgebrachten oberflächlicheren Eindrücke. Diese Inconsequenzen haben denn seinem und Preußens Ansehen am meisten geschadet. Für den Staatsmann, der einem solchen Regenten gegenübersteht, ist es eine sehr schwierige Frage, ob es sittlich gerechtfertigt und politisch rathsam sei, den so beschaffenen Herrscher in ein großes politisches Unternehmen hineinzutreiben, dem dessen innerste Natur widerstrebt. Die Verantwortung ist doppelt schwer in einem Lande wie Preußen, wo die Verhältnisse in solchem Fall dem König nicht eine bloß passive Haltung gestatten, sondern persönliche Initiative von ihm erheischen. Schließlich mußte der entscheidende Punkt sein, ob gegründete Aussicht für das Gelingen des Unterneh-

---

Ein in Ebeling's Buch über Beust I, S. 109 abgedruckter Brief des Königs vom 13. Dezember 1848 (wahrscheinlich an Bunsen) ist eine beredte Umschreibung dessen, was Bunsen selbst a. a. O. 483 kurz so ausdrückt: „der König wollte die Reichskrone, aber von den Fürsten, als die allein ein Recht hätten, sie ihm zu geben; die ihm gebotene (von Frankfurt) sei ein Schimpf und eine Schande für einen Hohenzollern."

Der Kaiserdeputation vom 3. April 1849, die ihn einladet, die in Frankfurt auf ihn gefallene Wahl anzunehmen, antwortet er, er erkenne in dem Beschluß die Stimme der Vertreter des deutschen Volks, dieser Ruf gebe ihm ein Anrecht, das er zu schätzen wisse, aber er vermöge ohne das freie Einverständniß der Regierungen keine Entschließung zu fassen. Radowitz, der Vertraute der deutschen Politik des Königs, bezeichnet als die obersten Grundsätze, von welchen dessen Entschlüsse bestimmt worden, die folgenden: „Keinerlei Zwang gegen die deutschen Regierungen! Keinerlei Verbindung mit den revolutionären Kräften! Keinerlei Steigerung der Gefahren, welche auf der östreichischen Monarchie lasten."

mens vorhanden war. Es bestand keine absolute Pflicht für Preußen im nationalen Sinn jetzt voranzugehen. Und Passivität und Abwarten sind besser als Handeln, wo schon im Handelnden selbst die Bedingungen des Erfolgs nicht gegeben sind. —

Die Staatsmänner, die im nationalen Sinn auf Friedrich Wilhelm IV. einwirkten, sind freilich selbst erst allmählich über die Eigenthümlichkeit des Königs, also über einen Hauptfactor der Berechnung des Erfolgs, aufgeklärt worden. Und sie werden der Meinung gewesen sein, es sei ihre Pflicht, dem Monarchen zu dem zu rathen, was das preußisch-deutsche Interesse ihm zu thun gebiete. Es war klar, daß wenn Preußen der deutschen Bewegung gegenüber sich abwartend verhielt, diese sich entweder zu unheilvollen Consequenzen entwickeln, oder im Sande verlaufen mußte. Der Politiker, der keins von Beiden wünschte, fühlte sich also natürlich zu dem Versuch aufgefordert, ob der König sich bestimmen lasse, die deutsche Sache in die Hand zu nehmen.

Diesen Versuch glaubte denn auch Stockmar machen zu müssen. Seine Eigenthümlichkeit zeigte sich aber darin, daß er, sobald der erste Versuch einmal gescheitert war, völlig skeptisch in Bezug auf den König wurde und einen zweiten selbst nicht mehr wagte, ja dem König zu nahen seitdem mied, auch die während 1848 von Anderen unternommenen Versuche zwar aus der Ferne unterstützte, aber ohne sich über den Erfolg Illusionen zu machen. Es war seine Art über eine Persönlichkeit rasch abzuurtheilen.

Inzwischen war an demselben Tage (8. Juni), an dem Stockmar von dem König gesehen worden war, in Berlin in der Nationalversammlung der Berends'sche Antrag gestellt worden:

> „Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protocoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl ums Vaterland verdient gemacht haben.“

Als die Nachricht hiervon zum König gelangte, richtete er einen zweiten Brief an Stockmar, einen Brief, der insofern historisch

interessant ist, als er beweist, daß die im November 1848 verwirklichten Gedanken bereits, wenn auch in etwas anderer Gestalt, im Juni beim König bestanden. Es ist freilich ein Unterschied zwischen Gedanken und Entschlüssen.

König Friedrich Wilhelm IV. an Stockmar.

Sanssouci, 9. Juni 1848.

Eine gewichtige Frage an einen treuen und ächten, an einen klugen, in den Welthändeln erfahrenen, Preußens Ehre und Macht liebenden Deutschen. Kaum waren Sie gestern fort, theuerster Stockmar, so erfuhr ich die scheußliche Mozion Berendt's, „der Landtag solle die Revoluzion anerkennen und dem Baricadengesindel Dank votiren."

Meine Frage an Sie, bester Baron, ist nun die: „Sollte die Versammlung dem Antrag beytreten, sind Sie für das Abtreten des Ministeriums oder dann für sein Verbleiben und folglich für Auflösung des Landtags oder endlich für eine bloße Vertagung desselben? Letzteres erscheint mir unausführbar und in das constitutionelle System nicht hineinzureihen. Ersteres erscheint mir als Feigheit, ja als Hochverrath an Preußen und Deutschland. Der 2te Fall allein ist für mich denkbar. Er ist vollkommen constitutionell. Er kann aber die Permanenzerklärung der Versammlung nach sich ziehn. Dann erlasse ich die feierliche Erklärung an mein Volk, dem gegebenen Wort treu zu bleiben. Es müßte aber beim Abfall des Landtags (und ohne Zweifel auch der Hauptstadt) die Verfassung anderswo als mit solcher Versammlung zu machen gesucht werden. Ich beschritte den einzig legalen Weg und beriefe den „Vereinigten Landtag" abermals zusammen um seine eigne Reconstruczion auf breiten Basen mit ihm zu berathen, demnächst dem Reconstruirten eine andre als die bisherige Verfassung vorzulegen und künftig mit ihm und mit ihr zu regieren. Berlin umlagere

ich. Ich glaube, daß Berlin das nicht 10—14 Tage aushält. Ich biete das treue, racheschnaubende Landvolk gegen dasselbe auf*).

Antworten Sie mir wenige Worte durch meinen Boten. Gott mit Ihnen!

Friedrich Wilhelm.

Der Bote des Königs, ein Hofrath N. N., fand Stockmar nicht zu Hause und der Brief gelangte erst des Nachts in dessen Hände.

Im Laufe des 9. Juni hatte sich aber Folgendes zugetragen: Die Nationalversammlung war über den Berends'schen Antrag mit der von Zachariä vorgeschlagenen Motivirung, „in Erwägung, daß die Bedeutung der stattgefundenen Revolution und das Verdienst der Kämpfer um dieselbe unbestritten ist und daß die Versammlung nicht ihre Aufgabe darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren“ zur Tagesordnung übergegangen.

Schon während der Verhandlungen hatten sich vor dem Sitzungslocale, der Singakademie, Volkshaufen gebildet, welche Miene machten, gewaltsam in dasselbe einzudringen. Dies geschah zwar nicht, nach dem Bekanntwerden der Abstimmung jedoch machte die Menge ihrem Unwillen über die Nichtannahme des Berends'schen Antrags dadurch Luft, daß sie den Minister Herrn v. Arnim und mehrere Abgeordneten, die gegen jenen Antrag gesprochen hatten, bei ihrem Hinaustreten aus dem Sitzungsgebäude thätlich insultirte.

Am 10. Juni sehr früh fuhr Stockmar zum König nach Charlottenburg. Bei diesem hatte natürlich das Thema des Briefs vom vorhergehenden Tage, der Berends'sche (seitdem beseitigte) Antrag, bereits alles Interesse verloren, während die Vorgänge vor der Sing-

*) Zu Bunsen (Leben II, 453) sagte der König Anfang August: „Berlin ist ein Tollhaus; wenn ich winke eilen die Provinzen herbei, ich halte sie zurück. Aber es liegen 10,000 Mann in Berlin und 23,000 in der Umgegend, alle vom besten Geist beseelt.“

akademie, welche die Freiheit und Sicherheit der Nationalversammlung zu bedrohen schienen, im Vordergrund standen, die Abneigung aber gegen die Nationalversammlung und gegen die von ihr bethätigte Gesinnung den unveränderten Hintergrund bildete. So erklärt sich das folgende Gespräch des Königs mit Stockmar, dessen eigenhändige Aufzeichnung wir folgen lassen.

### Unterredung mit König Friedrich Wilhelm IV., 10. Juni 1848.

König. Sind Sie von dem, was sich gestern Abend in Berlin zugetragen, hinlänglich unterrichtet?

Stockmar. Ja.

König. Rathen Sie die Versammlung aufzulösen, kann ich sie auflösen?

Stockmar. An Ew. Majestät Stelle würde ich die Versammlung nicht auflösen. Hierzu sehe ich für jetzt keinen politischen Grund, wohl aber sehe ich formelle Schwierigkeiten. Das gestrige Ereigniß fällt nicht der Versammlung zur Last, es ist die Folge eines vollständig anarchischen Zustandes in Berlin. Ich kann mir denken, daß spätere mögliche Ereignisse eine Auflösung rathsam, ja nothwendig machen können. Eine constituirende Versammlung zu bestimmtem Zwecke berufen, kann consequenterweise nur dann aufgelöst werden, wenn vorliegende Thatsachen den Beweis geliefert haben, daß die Versammlung ihre Bestimmung nicht erfüllen wollte oder konnte. Die Macht, die die Versammlung berufen, kann in solchem Fall auch die Wiederauflösung derselben vornehmen. In dieser Stunde ist das Erste, das Wichtigste, das Nothwendigste die Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Berlin. Ew. Majestät sind noch kein constitutioneller König, Sie wollen es erst werden. Mögen Sie Sich aber in diesem Augenblick als constitutioneller oder als absoluter König betrachten, so bleibt in beiden Fällen die Herstellung der

öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Berlin Ihre erste Sorge und Pflicht. Ich bin kein Militär und kann daher die Maßregeln nicht angeben, die zur Einnahme und Besetzung Berlins erforderlich sein werden. Ich weiß nicht, ob Ew. Majestät die nöthigen Truppen hier unter den Händen haben.

König. Ich habe hier in Potsdam und in der Umgegend 16 bis 17,000 Mann zuverlässige Truppen.

Stockmar. Ob diese hinreichen, kann ich nicht beurtheilen, dies muß von einem tüchtigen General beantwortet werden. Sagt dieser Ja, so würde ich sogleich eine an das Volk gerichtete Proclamation erlassen und im Sinn derselben Berlin noch heute militärisch besetzen.

König. Ja, wenn meine Minister nicht solche . . . . wären! Aber, mit Ausnahme des einzigen Schwerin, sind sie alle Feiglinge*). Was soll die Proclamation enthalten?

Stockmar. Nur wenige Worte, die ich niederschreiben will, wenn es Ew. Majestät befehlen. Ungefähr folgendes: „Zur Feststellung einer Reichsverfassung habe ich eine constituirende Versammlung berufen. Die gestrigen Ereignisse in Berlin beweisen thatsächlich sowohl meinem Volk als ganz Europa, daß in Berlin Anarchie herrscht, welche die Grundbedingung des Wirkens dieser Versammlung, die Freiheit der Rede und Discussion, die persönliche Sicherheit ihrer Mitglieder vernichtet. Um diesen allverderblichen Zuständen abzuhelfen, habe ich dem General N. N. befohlen Berlin militärisch zu besetzen, damit die constituirende Versammlung ihr begonnenes Werk in Freiheit, Ruhe und Sicherheit fortsetzen könne."

König. Und was dann weiter?

*) Der König war hier gegen seine Minister ungerecht. Hätte er selbst den Entschluß zu einem energischen Einschreiten gegen die Berliner Anarchie gefunden, sie würden ihn nicht verlassen haben. Gerade umgekehrt kam es aber in dieser Zeit vor, daß der König von nothwendigen Maßregeln in jener Richtung, die die Minister beantragten, dringend abmahnte, weil er es für gefährlich hielt, den angeblichen Leuen in Berlin zu reizen.

Stockmar. Vor der Hand nicht mehr. Nur das, was der Lauf der eventuellen Ereignisse bringen wird, kann die Maßregeln bezeichnen, die Ew. Majestät fernerhin zu ergreifen haben werden. An Ew. Majestät ist es, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt herzustellen. Haben Sie dieses bewirkt, so ist es an der Kammer die Berathung der Constitution fortzusetzen. Was nun auch das Benehmen dieser Versammlung dabei, was das endliche Resultat ihres Wirkens sein möge, so lange dieses Ergebniß nicht fertig vorliegt, halte ich es für unvorsichtig und gefährlich, daß die Krone ihrerseits an selbständige, eingreifende Schritte denke. Die Politik der Krone sollte im gegenwärtigen Zeitraum eine abwartende, mehr passive sein und ich an Ew. Majestät Stelle würde dem nächsten Treiben der Kammer mit entschlossener Ruhe, wenn nicht mit Gleichgültigkeit zusehen.

König. Ich bin in einer fürchterlichen Lage. Meine Minister sind . . . ., mit Ausnahme Schwerin's, der Muth hat, und Camphausen's, der mich anständig behandelt*). Für zwei mögliche Fälle habe ich mir vorgenommen zu abdiciren: einmal wenn man mich zu einem Krieg mit Rußland zwingen will, und dann, wenn man mir zumuthet die Constitution anzunehmen, die jetzt in Berlin ausgeheckt wird**).

---

*) Man vergleiche damit die retrospectiven Klagen, die der König im August gegen Bunsen über dasselbe Ministerium führte (Leben II, S. 453): „Die Minister sagten mir jedesmal den Dienst auf, wenn ich nicht nachgab. Arnim hat mich mißhandelt. Er hat Dutzende meiner Briefe nicht beantwortet und dann das Gegentheil von dem gethan, was ich schrieb.“

**) Wenn man erwägt, daß am 10. Juni nur noch der Regierungsentwurf der Verfassung vorlag, daß die Nationalversammlung erst am 15. Juni den Antrag auf Ernennung einer Commission zur Berathung, eventuell Umarbeitung jenes Entwurfs oder Ausarbeitung eines neuen annahm — so gemahnt die letzte Aeußerung des Königs einigermaßen an das berühmte Dictum: „ich kenne die Gründe des Ministeriums nicht, aber ich mißbillige sie.“ Da beim König ein solches Vorurtheil bestand, so konnte ihm natürlich Stockmar's Rath nicht gefallen, der der Annahme einer liberalen preußischen Verfassung nicht präjudicirte.

Soweit Stockmar's Aufzeichnung.

Eine Nachschrift dazu besagt: „Nachdem ich gesehen, daß der König keinen Entschluß fassen würde, machte ich mich fort und verließ Berlin am nächsten Morgen."

Kaum war Stockmar von Berlin abgereist, als sein Freund Arnim von dem Ministerium zurücktrat. Die letzten Berliner Vorgänge, der demokratische Geist der Nationalversammlung, das chaotische Treiben der Hauptstadt scheinen bestimmend auf ihn gewirkt zu haben. Er zog sich zunächst nach Neustadt-Eberswalde zurück und reichte von da seine Entlassung ein. Aus einem Brief vom 13., worin er dies Stockmar meldete, führen wir einige Stellen an, welche insofern merkwürdig sind, als sie zeigen, wie die Berliner Zustände einen so bedeutenden, allerdings phantasiereichen Mann afficirt, ja ihm imponirt hatten. Jetzt, wo wir kühl auf jene Zeit zurückblicken, müssen wir freilich alle erkennen, was man Gneist nicht glauben wollte, als er es in seinem höchst ergötzlichen Buch „Berliner Zustände" aussprach, daß nämlich revolutionäre Kraft in Berlin außerordentlich *wenig* vorhanden war und daß der König also nicht viel gewagt haben würde, wenn er Stockmar's Rath in Bezug auf Berlin befolgt hätte.

### Heinrich v. Arnim an Stockmar.

Neustadt-Eberswalde, 13. Juni 1848.

.... Ich denke mir die Sache jetzt folgendermaßen. Der Rücktritt des Ministeriums wird klar herausstellen, daß mit dem Zustande der Ohnmacht und Anarchie jede Regierung unvereinbar ist; es wird sich also niemand, den der König annehmen *kann*, finden, um ein neues Ministerium zu bilden. Das führt natürlich zur Dictatur und Reaction, das wird jedermann klar werden. Eben deswegen werden aber die Berliner Demokraten diesem Resultate zuvorzukommen suchen, indem sie eine Schilderhebung versuchen und

die Republik proclamiren werden. Das kann für den Augenblick Erfolg haben und selbst einige Zeit dauern. Doch ist wohl an der Unterdrückung der Republik nicht zu zweifeln. Ich rechne dabei, außer den materiellen Mitteln von Potsdam, auch auf die moralischen von Frankfurt. Letztere müssen Frankreich abhalten sich in unsere Angelegenheiten zu mischen. Wer Rußland abhalten soll, weiß ich freilich nicht. . . . . In Berlin wird die Sache mit dem Avénement des Prinzen von Preußen endigen, der versöhnend auftreten und sich dadurch populär machen kann" u. s. w.

Nach Frankfurt zurückgekehrt legte Stockmar (20. Juni) seine von Berlin mitgebrachten Eindrücke in einem Briefe nieder. Es heißt darin:

„So lange Arnim im Ministerium war, hat sich Preußen besser gegen Deutschland betragen als dieses gegen jenes. Die vorzüglich vom Süden und Westen gegen Preußen ausgegangenen Schimpfereien und Hetzereien haben dieses verdrossen und die Opfer, die Regierung und Volk bereits in der schleswig-holsteinschen Sache bringen mußten, den Eifer der Vereinigung mit Deutschland abgekühlt, weshalb denn alle Preußen in den letzten Wochen wieder separatistischer und preußischer geworden sind. . . . . Der König ist gänzlich depopularisirt. Er scheint die jetzige Zeit so wenig zu begreifen wie die vor dem 18. März. In der Periode des Uebergangs von der reinen zur beschränkten Monarchie wird die Persönlichkeit des constitutionellen Monarchen ein Hauptmoment. Wird der König den ihm zugemutheten Sprung machen können, oder wird er in den Graben fallen? . . . . Was in Berlin obenauf schwimmt, ist der französische Radikalismus, der überhaupt in den Eingeweiden Deutschlands wühlt. Die Nationalversammlung erscheint mir unwissend und destructiv. . . . ."

„Wie hoch im Jahre 1848 Belgien mit seiner Verfassung und Regierung in Deutschland, Preußen und Berlin stehen würde, hätte man 1831 schwerlich errathen mögen. Daß die Minister, die Rhein-

länder sind, die belgische Constitution ihrem Verfassungsentwurf zu Grunde legten, begreift sich. Allein sie hätten nicht übersehen sollen, daß jene Verfassung deswegen, weil sie für den belgischen Boden paßt, nicht ebenso auf den preußischen anwendbar ist. Am allerwenigsten hätten sie zugeben sollen, daß man das belgische System durchlöcherte, und die Löcher mit Lappen wieder zustopfte, so daß das Ganze unhaltbar wurde..... Die Prinzessin von Preußen ist tüchtig, klar, entschieden, ergeben und begreift wohl von Allen das Außerordentliche und Eigenthümliche unserer Zeit am besten."

In Frankfurt gingen denn die Dinge nach der Manier von Wolkenkuckuksheim weiter. Die Nationalversammlung durfte sich an Ort und Stelle und gegenüber den Zuständen Südwest-Deutschlands und der kleinen Staaten Mittel-Deutschlands als eine Art von Realität empfinden, aber sie überschätzte bedeutend Kraft und Nachhaltigkeit des revolutionären Drangs in ganz Deutschland, welcher ihren Luftballon mit Gas füllte. Sie unterschätzte ebensosehr die Macht der Einzelregierungen in den Groß- und Mittelstaaten, welche von der Revolution nur vorübergehend betäubt und gelähmt waren. Sie glaubte die Verfassung für Deutschland in aller Gemüthsruhe festsetzen zu können, ohne directe Mitwirkung der Regierungen. Zunächst aber bis zur Vollendung des Verfassungswerks fühlte sie das Bedürfniß an die Stelle des Bundestags, dessen Fortdauer ihr undenkbar war, eine neue gemeinsame deutsche Executivgewalt aus eigner Machtvollkommenheit zu setzen, die ihre Executive sein, und eine provisorische vorbildliche Bürgschaft des künftigen deutschen Reichs vorstellen, zugleich ein Damm gegen die Anarchie, und eine Schranke gegen die möglichen Uebergriffe der Versammlung selbst sein sollte. Sie decretirte die „provisorische Centralgewalt", mit deren Eintritt der Bundestag ein Ende nehmen solle, und am 29. Juni that Heinrich Gagern seinen „„kühnen Griff"" oder, wie Dahlmann sagte, „kühnen Mißgriff", und der Erzherzog Johann wurde zum Reichsverweser gewählt, nachdem der Antrag des Abgeordneten

Braun aus Cöslin, der Krone Preußen die Reichsgewalt zu übertragen, mit Lachen abgewiesen worden war.

Man hatte etwas Absurdes geschaffen: eine machtlose Gewalt, die ihre reelle Kraft nur von den Regierungen der Einzelstaaten borgen konnte, welche ihr widerwillig und durch die Eigenmacht der Versammlung verletzt, gegenüberstanden. Freilich zum offenen Widerspruch hatten die Regierungen nicht den Muth. Kaum war der Erzherzog gewählt, als die Bundesversammlung einhellig beschloß, ein Schreiben an denselben zu richten, in welchem sie ihre Befriedigung über die Wahl, die Versicherung, daß sie schon vor dem Schluß der Berathungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt, ermächtigt war sich für seine Wahl zu erklären, und den Wunsch ausdrückte, daß er diese annehmen möge.

Stockmar schreibt über die Wahl des Erzherzogs am 27. Juni:

„Hätte ich in diesem Augenblick Preußen zu repräsentiren, so würde ich mich mit Anstand fügen; die Nachtheile, welche sich an diese Wahl für Preußen knüpfen können, werden nicht sowohl aus der Persönlichkeit des Gewählten, als aus den Fehlern hervorgehen, die Preußen dieser Persönlichkeit und den nächsten Ereignissen gegenüber begehen kann. Preußen muß dem Particularismus mit seiner Misère und dem Catholicismus muthig und großmüthig gegenübertreten, es muß es darauf wagen, ob man ihm seine natürlichen Rechte geben will. Auch habe ich eine Ahnung, daß gerade die Wahl eines östreichischen Prinzen durch das Specifische, was an ihr ist, Preußen eher Vortheil bringen werde. Sie muß durch ihre Folgen die Unmöglichkeit Oestreich an die Spitze Deutschlands zu stellen, nur in ein um so helleres Licht setzen."

In einem späteren Brief vom 30. Juni ruft Stockmar aus: „Was nun, da wir auf Errichtung eines Definitivums zugehen? Es wird wohl nichts als auch ein ledernes Provisorium werden. Einheit, selbst die bei uns mögliche, wollen die deutschen Narren nicht. Eine

Föderation bringt ein so großes Volk um alle Kraft, Größe, Selbständigkeit und Ehre."

Wir führen aus demselben Brief noch einen kurzen schlagenden Satz über die Grundrechte an, deren Discussion nunmehr bevorstand.

„Der vom Ausschuß vorgelegte Entwurf mischt offenbar Grundrechte und Grundsätze durcheinander."

Ein Brief Stockmar's vom 5. Juli charakterisirt die süddeutschen Zustände und die „deutsche Einigkeit."

„Die badischen Oppositionsmänner, die Erfinder und Verbreiter des deutschen Liberalismus, sind beinahe alle aus der Rotteck'schen Schule. Die Doctrinen dieser sind aber meist aus einer einseitigen, formalen, ungeschichtlichen sowie unphilosophischen Auffassung der ersten französischen Revolution hervorgegangen. Die heutigen Politiker dieses Schlags sind nichts als flache, formelle Radicale. Dazu kommt noch, daß alle die politischen Märtyrer, die die Mainzer Centralcommission in den Jahren 1831 und 1832 schuf, nach Frankreich auswanderten, 16 Jahre in der Schule des dortigen Radicalismus studirten und daß jetzt Viele von ihnen ihren Sitz in der Nationalversammlung von Frankfurt haben. So erklärt sich denn, wie in Deutschland, und zwar von Baden aus, der Republikanismus immer mehr um sich greift."

„Prinz Carl von Baiern hat heute seinen Adjutanten, v. der Mark, hierher geschickt, um folgende tröstliche Aufschlüsse zu geben. In Folge der in Baden stattfindenden, demagogisch-republikanischen Bewegung sei das ganze 8000 Mann starke bairische Armeecorps (in Baden) vollkommen desorganisirt. An Disciplin sei nicht mehr zu denken, der Gemeine parire nicht mehr und jeden Morgen gehe eine nicht unbedeutende Zahl mit Armatur, Sack und Pack über die Schweizer Grenze, um sich unter Hecker's Fahnen zu vereinigen. Dieser fahre fort Leute zu sammeln, zu exerciren, und könne es bereits auf 2500 Mann gebracht haben, worunter jetzt viele gediente

und gut bewaffnete Soldaten. Er (Prinz Carl) wünsche daher, daß man ihm erlauben möchte, das bairische Corps ganz aus Baden herauszuziehen, ehe die dort herrschende politische Epidemie dasselbe völlig aufgelöst habe. Man schlug (im Bundestag) vor, diesem Antrag zu willfahren und die bairischen Truppen durch Würtemberger ersetzen zu lassen. Dagegen erhob der würtembergische Gesandte Einspruch, damit nicht die noch etwas gesünderen Würtemberger gleicher Ansteckung ausgesetzt würden. Diese Altercation ließ ganz die alte Zeit des Reichs aus den Neunziger Jahren wieder auferstehen. Und da sprechen mir Gutgesinnte und Verständige noch immer von der Möglichkeit, daß 38 Staaten im Herzen von Europa, von Feinden umgeben, in einem Verbande fortbestehen können, der nur etwas fester gemacht werden müsse als der bisherige Bund, welcher in Wahrheit gar keiner war! Wenn mir mein zweimonatliches Sitzen in der Bundesversammlung auch gar nichts genutzt hat, so hat es mich doch überzeugt, daß zwischen allen Mitgliedern nichts bestand als Mißtrauen, Haß, Neid, Verkleinerungssucht und Schadenfreude. Helfen wollte keiner dem Andern, aber dazu waren Alle bereit, sich unter einander zu schaden."

Dieser Gedankenreihe schließt sich eine Stelle aus einem Briefe vom 11. Juli natürlich an:

„Seit 40 Jahren ist es mir zum Axiom geworden, daß die deutschen Regierungen entweder im eignen Interesse eine starke Centralgewalt schaffen müssen oder der Anarchie verfallen würden. Die Unmöglichkeit, daß in gewissen Zeiten kleine Souveräne durch eigene Macht den ersten Staatszweck, Schutz des Eigenthums und der Person, würden erfüllen können, wurde durch den langen Friedenszustand den Augen der Menge verborgen. Auch ging gerade aus der Getheiltheit, die uns so schwach machte, den Regierungen ein falscher Glaube an ihre Stärke und Sicherheit ihren Unterthanen gegenüber hervor. Sie meinten, Revolutionen könnten nur in einzelnen Staaten auf einmal entstehen, dann könne der ruhige und unversehrte

Nachbar helfen. Jetzt sehen wir aber, daß keiner dem Andern helfen kann."

Am 12. Juli langte der erwählte Reichsverweser in Frankfurt an. Der Bundestag beschloß den Reichsverweser durch eine Deputation einladen zu lassen in seiner Mitte zu erscheinen, „um die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen, welche der Bundesversammlung zugestanden haben, und nunmehr Namens der deutschen Regierungen auf die provisorische Centralgewalt zu übertragen, beziehungsweise in die Hände Sr. Kaiserlichen Hoheit, als Verweser des deutschen Reiches, zu legen sein werden, mit der von der Bundesversammlung als Organ dieser Regierungen gleichzeitig abzugebenden Zusicherung entgegenzunehmen, daß dieselben der Centralgewalt ihre Mitwirkung zu allen Verfügungen, welche Deutschlands Macht im Innern wie nach Außen begründen und befestigen sollen, freudig bieten werden." —

In diese letzte Bundestagssitzung, aber vor den Act der feierlichen Uebergabe muß eine merkwürdige Kundgebung Stockmar's fallen, von der wir nur nach den uns freundlich mitgetheilten Erinnerungen des Grafen Usedom zu berichten vermögen, der übrigens in jener Sitzung vor der feierlichen Uebergabe selbst nicht zugegen war und sich auf das Zeugniß des verstorbenen Bürgermeisters Smidt beruft.

Stockmar hatte sich im Bundestag fast völlig schweigend verhalten. Nach dem Beschluß der Uebergabe der Gewalt und der Selbstauflösung nahm er, zur äußersten Ueberraschung sämmtlicher Gesandten, mit großer Bestimmtheit das Wort: „es sei jetzt nach Auflösung des Bundestags die Zeit gekommen, wo die Particularregierungen, insbesondere die kleinen, sich als unmöglich und überflüssig erkennen und selbst zu Gunsten eines großen Ganzen aufgeben müßten — dies sei ein letzter patriotischer Act, mit dem allein sie würdig schließen könnten." Wir geben diese Worte, wie sie uns berichtet sind. Wir möchten annehmen, daß Stockmar, der an seinem

Plan vom Mai festhielt, dabei Preußens und seines deutschen Berufs besonders erwähnt habe.

Originell war es gewiß, daß Stockmar sich gerade die letzte Bundestagssitzung zu einem solchen Ausbruch seiner unitarischen Gesinnungen ersah.

Nach der Auflösung des Bundestags und dem Eintritt der Centralgewalt ernannten die deutschen Regierungen Bevollmächtigte bei dieser. Stockmar hatte aber keinen Wunsch, die fernere Vertretung Coburgs zu übernehmen.

Noch in anderer Weise trat die Möglichkeit einer neuen officiellen Thätigkeit an ihn heran. Er wurde sondirt, ob er das Reichsministerium des Aeußern zu übernehmen geneigt sei. Am 5. Juli schreibt er: „Wer im 60. Jahr, mit Gicht in den Eingeweiden, noch den Krankenwärterdienst bei der am ansteckenden Fieber darniederliegenden Germania übernehmen wollte, müßte rein toll sein.“ Seine physische Unfähigkeit viel zu schreiben machte ihn auch unfähig jenes Amt zu übernehmen. Am 11. Juli meldet er in einem Brief, er habe das Ministerium auf das bestimmteste abgelehnt, jedoch sich erboten für den Fall, daß Deutschland vorübergehend eines Agenten zu Verhandlungen über seine nachbarlichen, völkerrechtlichen Verhältnisse mit Belgien bedürfen sollte, sich dieser Aufgabe zu unterziehen.

So wenig aber Stockmar sich im Stande glaubte, das Ministerium des Aeußern zu übernehmen, so erfreulich mußten ihm die Aeußerungen sein, die das Gerücht, er werde sich dazu bewegen lassen, von verschiedenen Seiten hervorrief. Die „Deutsche Zeitung“ brachte am 9. Juli einen Leitartikel (wahrscheinlich von Gervinus selbst), welcher den in Deutschland dem Publikum kaum bekannten Mann eigentlich zuerst den weitern Kreisen vorführte. Er erörtert die Frage, wie der Posten des Reichsministers des Auswärtigen zu besetzen sei. „Wir wissen nur Einen Mann,“ sagt er, „der dieser Stelle gewachsen ist: von Stockmar. Er ist der vertraute und bewährte Rathgeber des Königs Leopold, diese eine Empfehlung mag

uns genügen. Er ist aus bürgerlichem Stande, aus einer ärztlichen Thätigkeit in die politische und diplomatische Stellung herübergetreten und hat den einfachsten und schlichtesten Sinn bewahrt, Kopf und Herz auf dem rechten Fleck behalten; er ist in alle großen europäischen Verhältnisse der Cabinette und Staaten eingeweiht, mit dem englischen Staatswesen aus langer nächsten Kenntnißnahme innig vertraut, mit den englischen Staatsmännern, mit einer Reihe von Fürsten persönlich bekannt, von Allen geachtet, von Vielen zu Rathe gezogen, bei Vielen beliebt; nur bei Louis Philipp und in Rußland war er es nicht, auch das mag ihn uns empfehlen."

Und Bunsen sagte in einem Brief vom 15. Juli (Leben II, S. 426): „Daß mir der Artikel der „Deutschen Zeitung" über Sie aus dem Herzen geschrieben, wissen Sie. Gott gebe, daß Sie in sich den Muth gefühlt ein so großes und hohes Anerbieten anzunehmen! Ich höre von verschiedenen Seiten, daß Sie der entschiedene Candidat für das deutsche Ministerium des Auswärtigen sind. Sie hätten die großen Augen sehen sollen, welche Lord Palmerston machte, als ich ihm heute Morgen die Nachricht als diplomatisches Gespräch mittheilte. „Who is Stockmar?" fragte er. — „Why, who, but Baron Stockmar whom you know very well." — „Baron Stockmar! Well that would be a happy choice indeed! He is one of the best political heads I ever met with" *).

Am 14. Juli hatte der Erzherzog sein erstes Ministerium gebildet. Am 17. prophezeit Stockmar in dem bereits citirten Briefe: „Der erste Act unseres Dramas ist geschlossen, im zweiten wird nun das Zerwürfniß zwischen den Regierungen und der National-

*) „Wer ist Stockmar?" fragte er. „Nun, wer anders als Baron Stockmar, den Sie sehr gut kennen." — „Baron Stockmar! Ja, das würde in der That eine glückliche Wahl sein! Er ist einer der besten politischen Köpfe, die mir je begegnet sind." —

versammlung aufgeführt werden. Dieser Act wird in jeder Weise ein kriegerischer werden."

Stockmar knüpfte daran sehr ernste Besorgnisse. Er befürchtete, daß es der durch den Kampf mit den Regierungen in den Stand der Nothwehr versetzten Nationalversammlung leicht werden würde die Einzelstaaten zu revolutioniren und die Regierungen aus den Angeln zu heben. Die süddeutsche, die Frankfurter Atmosphäre erklärt es, daß Stockmar, wie so viele Andere, die Macht und Widerstandsfähigkeit des Bestehenden unter-, den revolutionären Drang Deutschlands überschätzte.

Zu gleicher Zeit hatte er sich nach solchen Seiten hin, von wo er seit Jahren mit Vertrauen beehrt war, wegen seiner entschieden preußischen Gesinnung zu vertheidigen. In dem mehr erwähnten Brief vom 17. Juli heißt es:

„Die Zeit ist gekommen mich hierüber zu erklären. Ich habe, wie schon früher gesagt, fest an die Gefahr eines Umsturzes der Dinge in Deutschland geglaubt, und es war mir beinahe zur fixen Idee geworden diesen Umsturz durch eine gesunde Politik Preußens zu verhindern."

„Worte après coup haben keinen Werth. Aber ich kann mich auf ein im Jahre 1846 zur Zeit der Krakauer Geschichte geschriebenes Memoire*) berufen, was meine ganze Ansicht ins Licht stellt, und damals an den König von Preußen gelangte. Es legt die Fehler der preußischen Politik offen dar und sagt die Folgen mit einer Sicherheit voraus, die man jetzt prophetisch nennen würde. Ich habe das Débacle vorausgesehen, die nächste Ursache des herannahenden Sturmes in der fehlerhaften Politik der drei nordischen Mächte, vorzüglich Preußens, sowie der Louis Philipp's erkennend. Ich habe seit Jahren Alles, was mir auf meinem untergeordneten Standpunkt möglich war, aufgeboten, um noch zu rechter Zeit Preu-

*) Dasselbe ist leider nicht vorhanden.

ßen die Augen zu öffnen und durch Preußen mein unglückliches Vaterland zu retten. Diese fruchtlosen Versuche setzte ich noch im Sommer 1847, im Herbst desselben Jahres, ja bis in den März 1848 ohne allen Erfolg fort*). Da ich nun natürlicherweise in meiner deutschen Politik nichts wollen konnte, was Preußen hätte schädlich sein können, so nahmen mich alle, die Preußen feindlich sind, für einen eingefleischten Preußenfreund, während ich doch nur preußisch gesinnt bin, weil ich deutsch bin und das Wohl Deutschlands von dem Preußens nicht zu trennen verstehe."

Zu Ende des Juli und bis Mitte August schien sich noch einmal eine Hoffnung aufzuthun, daß Preußen sich der Leitung der deutschen Neugestaltung bemeistern werde. Wir vermögen hier nur die Thatsachen, die „Bunsen's Leben" in den dort mitgetheilten Correspondenzen und Tagebuchblättern auseinander breitet, enger zusammen zu rücken.

Bunsen wurde am 25. Juli nach Berlin berufen, weil sich der Minister mit ihm über mehrere wichtige Punkte der preußischen Politik zu besprechen wünsche. Von verschiedenen Seiten war die Nachricht an ihn gelangt, daß man sowohl in Berlin als in Frankfurt daran denke ihn zum Reichsminister des Auswärtigen zu machen. Ein Artikel der Times brachte, mit der Anzeige der Abreise Bunsen's, bereits die Kunde von seiner wahrscheinlichen Bestimmung und widmete ihm im Voraus einen eventuellen Nachruf. Stockmar hatte sich über Bunsen gegen den Reichsminister Schmerling ausgesprochen, und Jenen dringend auffordern lassen, die Stelle anzunehmen. „Als ich in Cöln ausstieg," schreibt Bunsen, „sah ich Georg" (seinen Sohn). „Er brachte mir eine Botschaft von dem alten Orakel" (Stockmar) „„Nehmen Sie an! Ich habe erklärt, daß ich die Präsidentschaft annehmen will, wenn Sie das Ministerium der auswär-

*) Wir bedauern darüber kein Material zu besitzen.

tigen Angelegenheiten übernehmen wollen.““ „Selten hat mich das Vertrauen eines Freundes so gerührt und ergriffen. Ein ehrenvolles, freudiges Wirken für die Neugestaltung des geliebten Vaterlands stand in Aussicht: der Mann, den ich als einen der ersten Staatsmänner Europa's ehrte und als Freund innig liebte, zeigte mir das höchste Vertrauen, indem er zugleich mir selbst ein höheres Vertrauen zu meinen Kräften in meiner Seele erweckte. Ich sah in seiner Bereitwilligkeit die schönste Gewähr des Gelingens des großen Werkes, und gab mich der Hoffnung, es werden die Verschiedenheiten der Ansicht über einige wesentliche Punkte der künftigen Reichsverfassung sich bei gemeinsamem Besprechen und Wirken bald verlieren, um so eher hin, als er ja Preußen als dem künftigen (nach ihm erblichen) Reichsoberhaupte mehr geben wollte, als ich für möglich, und deshalb räthlich hielt. Meine Stellung zu Preußen konnte also durch eine politische Verbindung mit Stockmar nicht benachtheiligt werden; außerdem verband uns das seelige Band jener Freundschaft, welche aus Achtung und Vertrauen entspringt, und sich dadurch ewig fühlt und unzerstörbar, daß sie sich bewußt ist nichts Persönliches zu wollen, sondern in der Liebe zu Wahrheit, Recht und Freiheit zu wurzeln.“

Unser Material ergiebt über die hier von Bunsen berichteten Aeußerungen und eventuellen Entschlüsse Stockmar's gar nichts. Auf den ersten Blick kann es überraschen, daß Stockmar zu Anfang und Mitte Juli das Ministerium des Aeußeren so entschieden abgelehnt, Ende Juli sich bedingungsweise zur Uebernahme der Präsidentschaft des Ministeriums bereit erklärt habe. Bei näherer Erwägung kann man jedoch nicht verkennen, daß die Verlockung zur Annahme unter den zu Ende des Monats sich darbietenden Bedingungen eine viel stärkere war. Denn erstens, wenn Bunsen Minister des Auswärtigen wurde, so konnte darin, bei dem Verhältniß, in dem er zu seinem Könige stand, eine Gewähr erkannt werden, daß Preußen nunmehr Frankfurt eine active, fruchtbare Mitwirkung leihen wolle.

Zweitens war der Posten des Ministerpräsidenten auch, vermöge der geringeren daran geknüpften Last der Detailarbeit, der für Stockmar angemessenere.

Als aber Bunsen in Berlin ankam, fand sich, daß weder von Frankfurt aus ein Antrag seinetwegen gemacht war, noch in Berlin die Geneigtheit für seine Ernennung bestand. Bunsen erlangte vielmehr die Ueberzeugung, daß man ihm persönlich, als zu deutsch gesinnt, mißtraute, ihn bekehren oder beseitigen wollte.

Er kam in Berlin gerade in die Aufregung des Conflicts mit Frankfurt hinein. Schon die Wahl des Reichsverwesers hatte Preußen verstimmt und nun muthete ihm die improvisirte, in der Luft schwebende Centralgewalt zu, sein Heer ihr unterzuordnen, seine auswärtige Vertretung zu ihren Gunsten aufzugeben. Am 6. August, so verfügte der Reichskriegsminister unter dem 16. Juli, sollten die sämmtlichen preußischen Truppen, wie die der anderen deutschen Staaten, in Parade ausrücken um dem Reichsverweser Johann durch ein dreimaliges Lebehoch zu huldigen und von diesem Tage an die deutschen Farben anlegen. Die Reaction des specifisch preußischen Wesens war äußerst stark. Bunsen empfand sich bald unter dem Druck der Berliner Luft, der preußischen Realitäten und schon am 3. August schreibt er an den Minister Auerswald, daß, da die öffentlichen Blätter von jenem Antrag an ihn sprächen, er, bei dem jetzigen Conflict zwischen Berlin und Frankfurt, nicht daran denken könne sein Schicksal von dem Preußens zu trennen, wenn überhaupt je von einem solchen Antrag an ihn die Rede sein sollte.

In Veranlassung dieses Entschlusses wurden dann zwischen ihm und Stockmar einige Briefe gewechselt, die auszugsweise in dem „Leben Bunsen's" mitgetheilt sind und die Punkte, um die es sich damals zwischen Frankfurt und Berlin handelte, prägnant bezeichnen.

Stockmar befand sich unter der Einwirkung des Frankfurter Dunstkreises. Der dortige Machtwahn, der Glaube Deutschlands Geschicke von dort selbständig und beliebig dictiren zu können, ver-

mochte ihn natürlich nicht zu berauschen, er wußte wohl, daß der wahre Schwerpunkt nicht dort lag, ihm war und blieb es Grundaxiom, daß die natürliche, allein heilbringende Politik in der Verständigung zwischen Frankfurt und Berlin liege, daß die Frankfurter Bestrebungen ohne Preußens actives Eingreifen zu nichts Haltbarem und Gedeihlichem führen könnten, daß Preußen der Führer und Kern des neuen Deutschlands sein müsse. Aber die süddeutsche Atmosphäre spiegelte ihm eine größere revolutionäre Kraft vor, ließ ihm Preußen von der revolutionären Krankheit tiefer ergriffen erscheinen und machte ihn unheilvollere Folgen von einem Conflict mit Frankfurt befürchten, als der Erfolg bewahrheitet hat. Ihm schien deshalb ein Entgegenkommen und Nachgeben Berlins gegen Frankfurt dringender geboten als man es in Preußen empfand.

Bunsen anderseits fühlte auf seinem Standpunkt das lebendige Leben Preußens, in ihn ging etwas von dem preußischen Gefühl über, daß Preußen die deutsche Einheitsbewegung unbeschadet der eignen Existenz an sich ablaufen lassen könne, wie Wasser vom Fels abläuft.

Von Frankfurt war, wie es scheint, der Vorschlag in Berlin gemacht, Preußen solle im Reichsministerium die Stellen des Präsidenten, des Minister des Auswärtigen und des Kriegs nach seiner Wahl besetzen. Dafür erwartete man von ihm, daß es sein Heer der Centralgewalt unterordne, auf seine auswärtige Vertretung zu deren Gunsten verzichte.

Bunsen erschienen diese Erwartungen vom preußischen Standpunkt ganz unerfüllbar. „Nur das Aufstellen Preußens, wie es ist, leibt und lebt, als der Kern für das Heer und die Vertretung, schreibt er an Stockmar, könnte Frankfurt vor dem Abgrund retten und dafür hat weder Herr v. Schmerling .... noch sonst jemand hier (in Berlin) auch nur die ersten Schritte gethan. Ich kann mich nie zu der Weisheit bekennen, welche einen gesunden Organismus auflöst und zerstört um ihn zu verbessern. Ich liebe keine

Medeakuren. Kein Staatsmann, am wenigsten Sie, können erwartet haben, daß Preußen sein einziges, durch und durch als lebendiger Organismus in der Nation dastehendes Heer der Auflösung preisgeben werde, auf die Garantie eines Kriegsministers hin, weil er ein preußischer General ist, oder auf die, eines von Preußen zu besetzenden Präsidiums und Ministeriums des Auswärtigen, welches nach 8 Tagen gestürzt sein kann .... oder endlich einer Mehrheit im Parlament, welche „kühne Griffe" liebt, oder geschehen läßt! Nein! das geht nicht. Ihr Alle dort verlangt, daß Preußen anders gestellt werden solle, als das übrige Deutschland — und doch behandelt ihr es, als stände es auf gleicher Linie mit Hannover und Sachsen, um nicht zu sagen mit Schleiz-Greiz-Lobenstein. Wenn das Verlöbniß fest steht, so behandelt auch den erkorenen Bräutigam anders als die übrigen Freier. Die Braut kann sich der Ehre dessen vertrauen, dem sie eigen sein will; aber sie muß ihre Ehre nicht dadurch sichern wollen, daß sie ihn entmannt. ... Wer Preußen an die Spitze Deutschlands stellen will, der handle jetzt danach, und spreche es aus. Preußen verlangt weniger als Ihr Reichsterroristen (denn das ist Euer Name) ihm geben wollt; allein es will sich nicht mit gebundenen Händen und Füßen in den Zauberkessel werfen lassen, und selbst nicht, wenn Heinrich von Gagern die Medea wäre" *).

Aus den a. a. O. mitgetheilten Bruchstücken der Briefe Stockmar's erhellt nicht in wie weit und in welcher Weise derselbe die Frankfurter Gedanken in Betreff des Heers und der Vertretung verfochten habe. Ohne uns zu tief in das Für und Wider über eine Frage einzulassen, die einer überhaupt zunächst unfruchtbar gebliebenen Entwicklungsphase angehört, möchten wir glauben, daß Preußen, wenn es die ihm gebotenen drei Reichsministerien angenommen hätte, eine solide Handhabe zur Leitung der Frankfurter Dinge besessen haben würde, und daß die Gefahr einer Medeakur unterworfen zu

*) A. a. O. S. 456. 457. 459.

werden nicht groß gewesen wäre. Jedenfalls trifft Stockmar in seinen Entgegnungen den schließlich entscheidenden Punkt, daß es nämlich am Ende weniger darauf ankam, was Frankfurt an Preußen gewähren oder nicht gewähren, als darauf was Preußen mit klarer Entschiedenheit und thatkräftigem Entschluß sich aneignen wollte. In Preußen fehlte aber ebensowohl die Klarheit des Gedankens als der entschiedene Wille. In diesem Sinn antwortet Stockmar:

„Sie sagen, Preußen verlangt weniger als Ihr ihm geben wollt! Ich antworte: wenn Preußen wüßte was und wie viel es wollte, so hätten wir ihm schon längst gegeben was noth thut. Daß es kein einziger deutscher Fürst, keine Regierung aufrichtig mit Preußen meine, kann ich aus Erfahrung bestätigen. Aber Preußen meint es nicht einmal aufrichtig und ehrlich mit sich selbst .... Ihr klagt, daß wir Euch mit Sachsen, Hannover u. s. w. auf gleiche Linie stellen; hattet Ihr Baiern, Sachsen, Hannover gegenüber, je den Muth oder den Willen Euch auf eine höhere zu stellen? Nein! Ihr habt Euch selbst klein gemacht." A. a. O. S. 461.

Bunsen mußte diese Einwendungen im Grunde als richtig anerkennen. Hatte er doch selbst, kurz zuvor, an den Minister von Auerswald geschrieben, Preußen müsse die Stellung der leitenden Macht in Deutschland „ergreifen, nicht unthätig bleiben bei der Bildung der Reichsgewalt und der Besetzung der vom Reich abhängigen Stellen, noch auch abwarten, was man in Frankfurt etwa thue"*). Es handelte sich eben nicht darum, ob Frankfurt Preußen an die Spitze Deutschlands stellen, sondern darum ob Preußen diese Stellung ergreifen wolle. — Und Bunsen selbst verkannte nicht, daß „keine Rettung für Deutschland ohne Preußen, keine für Preußen anders als mit und in Deutschland," sowie, daß die einflußreichen Männer in Frankfurt, (wie auch der Erfolg gezeigt hat),

*) A. a. O. S. 461.

ehrlich in dem Gedanken waren bei der definitiven Gestaltung Deutschlands Preußen die Centralgewalt zu übertragen*).

So waren denn die beiden Freunde eigentlich in den Hauptsachen nicht weit auseinander. Dies zeigte sich auch bei der zwischen denselben verabredeten Zusammenkunft in Cöln (14. August), wohin Bunsen dem Könige zur Dombaufeier und festlichen Zusammenkunft mit dem Erzherzog Reichsverweser folgte.

„Montag früh, erzählt Bunsen, erschienen Arnim und Stockmar, zufällig beide gleichzeitig. Es war eine peinliche Scene. Arnim begann**) gleichsam einen Anklageact oder eine Klage gegen und über mich. Ich suchte ihn zu überzeugen, daß Frankfurt unpraktisch gehandelt und Unbilliges gefordert hätte und daß man Preußen wirklich Garantien bieten müsse. Stockmar schwieg. Endlich begann er zu sprechen: „er begreife, daß man verschiedener Ansicht sein könne über den Weg, welchen man zu gehen habe, in Berlin und in Frankfurt; aber es gebe keine Rettung für Preußen als durch Deutschland und der günstige Augenblick sei wahrscheinlich vorbei. Wir wurden unterbrochen."

Der kurze Bericht ist charakteristisch für Stockmar's Art und Weise: für seine Abneigung gegen das Wortgefecht, das kein praktisches Resultat versprach, seine Objectivität und Billigkeit, aber auch für eine gewisse ihm eigenthümliche Schwarzsichtigkeit.

An demselben Tage richtete der König an die zu seiner Begrüßung gesandte Deputation der Reichsversammlung die berühmten Worte: „Vergessen Sie nicht, daß es Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer derselben bin." A. a. O. S. 465.

Vom nächsten Tage berichtet Bunsen:

„Stockmar kam zu mir als alles vorbei war. Er kündigte mir

---

*) A. a. O. S. 455. 463.

**) Arnim war in der Frage zwischen Berlin und Frankfurt entschieden auf dem Frankfurter Standpunkt. Siehe seinen Brief an Bunsen vom 6. August a. a. O. S. 460.

an, daß er zu König Leopold ohne Verzug reisen müsse und deshalb des Königs Einladung nach Brühl nicht annehmen könne.

Wir besprachen nun ernst, ob wir nicht zu einem praktischen Einverständniß kommen könnten; er sagte mir seine Punkte; ich dictirte dann Georg das Programm in seiner Gegenwart, er genehmigte es mit den Worten:

„Kein Wort mehr, und keins weniger!" So schieden wir. Stockmar reiste den Abend noch nach Brüssel ab."

In dem Programm hieß es:

„Es wird wahrscheinlich sehr bald die Frage an den König treten, ob er sich mit Preußen an die Spitze Deutschlands stellen will oder nicht; und zwar so, daß er darauf mit Ja oder Nein zu antworten hat."

„Der König sollte unbedenklich Ja sagen und hierbei insbesondere drei Punkte ins Auge fassen:

„1. Nur wenn der König sich an die Spitze Deutschlands stellt, kann dadurch das Loos der Fürsten ein ehrenvolles und haltbares werden."

„2. Oestreich selbst wird durch eine solche Entscheidung in seiner Krise eine Stütze finden. Sei es, daß Oestreich sich als ein Gesammtstaat gestalten wird, sei es, daß es die deutschen Erblande mit Böhmen von diesem Gesammtstaat ablösen, und diese in Deutschland aufgehen lassen will, in keinem Fall kann es Deutschland regieren, vielmehr bedarf es der Hülfe und Stütze Deutschlands, um die fremdartigen Einflüsse in seinem Innern zu bewältigen."

„3. Der König kommt durch diese Wendung der Dinge am natürlichsten und glücklichsten aus den Verlegenheiten, welche eine unfähige preußische Constituante ihm verursacht. Die Verfassung Preußens, als der unmittelbaren Reichslande, und die Reichsverfassung bietet gerade diejenigen großartigeren Elemente dar, welche der König für sein Oberhaus wünscht."

„Es ist wünschenswerth, daß schon während der provisorischen

Regierung Anträge Seitens Frankfurt erfolgen, wodurch die Organisation des Heeres und die auswärtige Vertretung als im Auftrage der Centralgewalt in Preußens Hände gelegt werden."

Bunsen erzählt dann weiter a. a. O. S. 468, daß er am folgenden Morgen es durchsetzte dem König Stockmar's und sein Programm vorzutragen und aufs Ernsteste und Eindringlichste zu empfehlen. „Er hatte nichts Stichhaltiges dagegen einzuwenden, als daß man in Frankfurt nicht darauf eingehen werde, und so war es mir klar, daß ich es mit ihm würde durchgesetzt haben, wäre ich sein Ministerpräsident gewesen. Der König steckte das Blatt ein und versprach den Inhalt zu beherzigen, wenn die Zeit kommen sollte." Zur Ergänzung dient, was Bunsen a. a. O. S. 471 an Stockmar schrieb:

„Ich habe die vier Punkte vorgelesen und offen erläutert. Natürlich fand sich mancher Widerspruch. Zuletzt kam aber alles auf den Punkt zurück, „„Anträge von der Nationalversammlung in dem Sinn der Vorschläge wegen Vertretung und Heer während der Regentschaft, müßten von den Fürsten unterstützt kommen, um mit Ehre und gutem Gewissen angenommen werden zu können."" — Ich fragte, ob der König dabei an einer Form hänge? ob collectiv? ob einzeln? Er sagte, daran liege nichts. Aber er könne eine Usurpation, gegen die er protestire, soweit Preußen betheiligt sei, nicht gut heißen, da sie gegen die anderen laufe."

Bunsen hatte in Cöln mit den hervorragenden Männern der Frankfurter Versammlung gesprochen, und die Ueberzeugung gewonnen, daß trotz allen guten Willens derselben die Verständigung mit ihnen doch ihre Schwierigkeiten haben würde.

„Es will Keinem in den Kopf," schreibt er in demselben Brief, „Preußen Heer und Vertretung zu übergeben, was ich offen von ihnen gefordert. Sie sind Alle trunken von ihrem eigenen, persönlichen und collectiven Souveränetätsschwindel. Sie werden also ebenso gewiß jetzt mit dem Kopf an die Wand rennen, in ihrem Schatten-

vertretungssystem, als in ihrem ohnmächtigen Versuch Preußen in seinen Heeresangelegenheiten zu befehlen, statt seine Dienste in Anspruch zu nehmen, als Bevollmächtigten des Reichs."

Jenes von Bunsen und Stockmar entworfene Programm der deutschen Politik blieb natürlich in der Tasche des Königs stecken und die Zeit es zu beherzigen kam nie.

Alles dies machte indeß Bunsen nicht in den Ansichten wankend, die er in Briefen vom 19. August an den König und an Graf Bülow aussprach. A. a. O. S. 473.

„Die Macht der Zeit liegt in dem Streben Deutschlands zur Einheit. Von ihm hängt Leben und Tod ab. Frankfurt ist noch im Rausche, allein seine Führer meinen es mit Euer Majestät und Preußen ehrlich. Sie wollen Preußen an die Spitze Deutschlands stellen, wissen aber selbst noch nicht wie..... Um Gotteswillen keinen Bruch mit Frankfurt. Tausendmal besser doch kommen wir mit den Leuten dort fort."

Stockmar kehrte von seinem Ausflug gen Cöln und Brüssel etwas ingrimmig über die deutschen Dinge nach Frankfurt zurück. Von da schreibt er am 25. August:

„Ich fürchte daß wir durch eine harte Schule gehen müssen und daß diese Prüfungszeit eine sehr lange sein werde. Um die Lehren der Geschichte einsehen und befolgen zu können, um die Aussprüche der wenigen weisen Männer, die gegenwärtig unter uns leben, hören, verstehen und befolgen zu können, dazu fehlt es in ganz Deutschland an der gehörigen politischen Intelligenz und an ächtem vaterländischen Sinn. Die wahren Patrioten wollen Einheit, ohne die Ordnung und Ruhe im Innern nicht möglich, ohne die Selbständigkeit und Kraft nach außen bloße leere Namen bleiben. Ihnen gegenüber stehen die Dynastien, die Büreaukraten und Millionen von Spießbürgern, die nichts können und nichts wollen als Wiederherstellung des Alten, des eben zu Grunde gegangenen, also gerade dessen was seine Unhaltbarkeit in den letzten vier Monaten bewiesen

hat. In dieser chaotischen Verwirrung und Gährung, deren Product niemand vorhersehen kann, erscheint mir nur eins gewiß und gegenständlich erkennbar: nämlich, daß die Majorität des deutschen Volks auf das entschiedenste demokratischer Gesinnung geworden ist, eine Gesinnung, die sich erhalten wird, was auch der endliche Ausgang unserer jetzigen Zustände sein mag." —

In Frankfurt setzte Stockmar das Leben der letzten Monate fort. Der Tag verging ihm meist in politischen Unterredungen. Den Gesinnungsgenossen sowie vielen Politikern von anderer Farbe war es anregend und belehrend ihre Gedanken mit dem erfahrenen, unter Bekannten humoristisch und lebhaft mittheilsamen Mann auszutauschen; manche kamen um ihn auszuhorchen. Die Consequenz und Entschiedenheit, mit der er seine Ansichten über die Constituirung Deutschlands unter Preußen ohne Oestreich predigte, gab ihm eine Art von propagandistischer Wirksamkeit, obschon er die Zuhörer nicht aufsuchte, sondern sich von ihnen suchen ließ. Er verkehrte häufig mit den Parlamentsmitgliedern der Gagern'schen Partei, zuvörderst Heinrich und Max Gagern selbst, den beiden Beseler, Dahlmann, Gervinus, Matthy, Simson, dem befreundeten Coburger Landsmann Briegleb u. A.; unter den Oestreichern verstand er sich gut mit Andrian; mit dem Bürgermeister Smidt dauerten die alten freundschaftlichen Beziehungen fort; Heinrich Arnim kam häufig von Soden herüber, wo er sich seiner Gesundheit wegen aufhielt; zu den jüngeren vertrauten Freunden, die Stockmar in Frankfurt erwarb, gehörte Franz von Roggenbach, den er väterlich liebte und der ihm stets treu zugethan blieb. Unter den Diplomaten hatte er ein näheres Verhältniß zu dem englischen Gesandten bei der Centralgewalt, Lord Cowley, der für deutsches Wesen empfänglich war. Stockmar's Einwirkung mag dazu beigetragen haben, ihn für die Idee einer Neugestaltung Deutschlands unter Preußen zu gewinnen.

Von ganz besonderer Art war der Verkehr, den Stockmar mit dem ehemaligen badischen Minister und Bundestagsgesandten Blit-

tersdorf unterhielt. Daß der frühere energische Vorkämpfer der Metternich'schen Politik und der bundestaglichen Reaction sich mit dem entschieden liberalen Stockmar zusammenfand, war eine eigenthümliche Fügung der Umstände. Stockmar war freilich durchaus nicht engherzig. Er fand in dem Umgang mit Männern von Geist und Verstand einer jeden nicht einfach utopischen politischen Richtung Genuß und Behagen. Für Blittersdorf seinerseits hatte Stockmar die Anziehungskraft, welche für Männer, die in den Geschäften waren, diejenigen stets besitzen, die den maaßgebenden Kreisen irgendwie nahe stehen. Ueberdies befand sich Blittersdorf in einer Phase der politischen Entwicklung, die ihn Stockmar nahe brachte. Blittersdorf hatte die Leidenschaft der großen Politik und die deutsche Einheitsbewegung, der er mehr wuchtige Kraft zutraute als sie nachmals bewährte, hatte ihn in diesem Sinn fortgerissen. Er sah die Möglichkeit einer großen nationalen Neuschöpfung und ging eine Zeitlang als entschiedener Centralist und Unionist in preußenfreundlicher Richtung lebhaft in die Frankfurter Ideen ein. Hier berührten sich denn seine Interessen mit denen Stockmar's. Blittersdorf's unendlicher Thätigkeitstrieb suchte sich Luft zu machen und so entstanden die stark unionistischen ═ Artikel der Ober-Post-Amts-Zeitung, in denen die Omnipotenzansprüche der provisorischen Reichsgewalt und der Nationalversammlung energisch vertreten wurden. Es sind manche Gerüchte über eine Betheiligung Stockmar's an diesen Artikeln in die Oeffentlichkeit gedrungen. So sprach Bunsen in einem Briefe an Stockmar davon, wie dieser in der Ober-Post-Amts-Zeitung mit seiner „Keulenfeder" um sich schlage. So viel ist gewiß, daß Blittersdorf viele dieser Artikel Stockmar vor dem Abdruck mitgetheilt, den Inhalt mit ihm besprochen, sie seiner Kritik unterzogen hat. In Stockmar's Papieren finden sich verschiedene Entwürfe (allerdings aber von Zeitungsartikeln die nicht abgedruckt worden zu sein scheinen) von Blittersdorf's Hand mit Correcturen in Stockmar's Schrift. Ohne weitere thatsächliche Anhalte zu besitzen, glauben wir, daß kein

einziger jener Dreistrich-Artikel, die damals viel Aufsehen machten, der Form nach ganz oder vorzugsweise auf Stockmar zurückzuführen sei und daß, was den Inhalt anbetrifft, auch nur seine vorgängige Kenntnißnahme und Kritik, nicht seine durchgängige Billigung des schließlich zum Druck Gelangten anzunehmen ist. Die Dreistrich-Artikel gingen übrigens fort, lange nachdem Stockmar's Aufenthalt in Frankfurt und demzufolge sein Verkehr mit Blittersdorf aufgehört hatte.

Von Ende August ab trat in Frankfurt die schleswig-holsteinische Frage in den Vordergrund. Am 26. August hatte Preußen mit Dänemark den Waffenstillstand von Malmoe abgeschlossen, welcher weder den hochgespannten nationalen Ansprüchen und Forderungen, noch den Bedingungen der von der Centralgewalt Preußen ertheilten Vollmacht entsprach. Die Nationalversammlung beschloß auf Dahlmann's Antrag die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstands ergriffenen Maßregeln. Das Reichsministerium gab seine Entlassung. Dahlmann versuchte vergeblich ein neues zu bilden, auch Stockmar schlug das Ministerium des Auswärtigen aus. Die Nationalversammlung hatte den ersten Zusammenstoß mit der rauhen Wirklichkeit zu bestehen, in dem sie nicht Sieger sein konnte. Die Majorität durfte den Conflict mit Preußen ohnehin nicht wünschen und wie wollte sie den Kampf mit Dänemark, noch dazu wider die übereinstimmende Feindseligkeit aller auswärtigen Mächte, ohne Preußen fortführen? Worauf konnte sie sich stützen als auf die revolutionäre Demokratie, deren Bund sie verabscheute und die, wie die Agitation in der Umgegend von Frankfurt bewies, nur auf die Gelegenheit zu einem Ausbruch lauerte? So bequemte sich denn die Versammlung zum Rückzug, indem sie am 16. September den Antrag Francke's annahm: die Vollziehung des Waffenstillstandes, soweit solcher noch ausführbar, nicht länger zu hindern und die provisorische Centralgewalt zur Einleitung von Verhandlungen über die nothwendigen Modificationen des Vertrags, sowie über einen definitiven Frieden aufzufordern.

Am 18. brach der Aufstand, der diese Abstimmung zum Vorwand nahm, in Frankfurt los; Auerswald und Lichnowsky fielen einem bethörten und verwilderten Haufen zum Opfer. Am 24. reconstituirte sich das frühere Reichsministerium mit einigen Modificationen.

Ueber diese kritische Zeit lassen wir aus Stockmar's Correspondenz die bemerkenswerthesten Stellen folgen.

9. September 1848.

„Dahlmann, der die Bedingungen des von Preußen geschlossenen Waffenstillstands durchaus verwarf, zwang die Minister, durch den Eindruck seiner leidenschaftlichen Rede auf die Versammlung, zum Rücktritt. Die Sachlage scheint mir folgende. Der Reichsverweser, die Nationalversammlung haben ein Recht auf Ratification des Waffenstillstandes nicht anzusprechen, denn dieses Recht ist in der Preußen ertheilten Vollmacht nicht vorbehalten. Der Nationalversammlung steht also nur zu, den Waffenstillstand zu annulliren, weil Preußen die Bedingungen der ihm ertheilten Vollmacht nicht genau eingehalten habe. Ob die Nationalversammlung annulliren will, wird sich künftigen Montag oder Dienstag entscheiden. Unterdessen werden Preußen, Hannover u. s. w. den Waffenstillstand, soweit es von ihnen abhängt, executiren. Welche Mittel hat nun die Nationalversammlung dies zu verhindern und den Krieg ohne Preußens Theilnahme fortzusetzen? Werden, wenn hierüber ein Bruch zwischen Preußen und Frankfurt entsteht, nicht alle auswärtigen Mächte auf Preußens Seite treten? — und welche Folgen wird dieser Bruch für die innern Zustände Deutschlands haben? . . . .“

„Meine Meinung war, von hier aus nichts gegen den Waffenstillstand zu thun, aber sogleich Friedensverhandlungen, unter der Vermittlung Englands, zu beginnen und zu versuchen ob durch eine definitive Feststellung der Verhältnisse nicht ein Uebereinkommen möglich werde, welches die Herzogthümer und auch Deutschland wenigstens leidlich zufrieden stelle. Ich sage leidlich. Denn wenn auch

Dänemark sich gegen die Herzogthümer bedeutendes Unrecht zu Schulden kommen ließ, so hat man doch von Seiten Deutschlands den Krieg leichtsinniger und auch ungerechter Weise angefangen. Wollte Deutschland den Herzogthümern auf verständige Art beistehen, so mußte es für dieselben vermittelnd und unterhandelnd auftreten, Dänemark und seinen Verbündeten zugleich ankündigend, daß wenn man den Herzogthümern nicht Gerechtigkeit widerfahren lasse, es deren Recht mit dem Schwert zu erzwingen verstehen werde. So aber hat Deutschland diesen Prozeß mit der Execution angefangen."

„Gestern ließ mich der Reichsverweser holen, um mich über die Verlegenheiten der Situation zu consultiren. Meine Meinung ging dahin, so schnell als möglich einen Versuch zur Einleitung der Friedensverhandlungen unter Vermittlung Englands zu machen. Zu dem Ende möge er sein voriges Ministerium wieder berufen und in demselben so wenig Personalveränderungen als möglich vornehmen. Beträchtliche Veränderungen würden wahrscheinlich so viele Schwierigkeiten als die Bildung eines ganz neuen Ministeriums verursachen. Da Fürst Leiningen austreten wolle, so erscheine mir nur eine Aenderung in Bezug auf die Person des Ministers des Auswärtigen nöthig. Heckscher habe in dieser Angelegenheit überhaupt und auch in der Nationalversammlung keinen Erfolg gehabt, und ich schlage daher für dessen Stelle den seit Monaten in London befindlichen Senator Banks vor, der seit fünf Monaten die ganze schleswig-holstein'sche Sache mitgemacht, Personen und Dinge genau kenne, und ein rechtlicher, verständiger Mann sei. Würden daher Leiningen und Heckscher austreten, so könne Beckerath, ein milder redlicher Mann, das Präsidium, und Banks das Auswärtige übernehmen. Auf diese Vorschläge ging der Reichsverweser sogleich ein, sagte, wie er durch Leiningen's Vermittlung diesen Vorschlag auszuführen gedenke, und denselben daher gleich sprechen wolle. Einige Zeit später kam nun Leiningen vom Erzherzog zu mir. Er sprach von Schwierigkeiten, die die Ausführung meines Plans haben würde; es sei ihm

Am 18. brach der Aufstand, der diese Abstimmung · ieder einzu-
nahm, in Frankfurt los; Auerswald und Lichnor jefragt. Mir
bethörten und verwilderten Haufen zum Opfer a Posten aufzu-
tuirte sich das frühere Reichsministerium mit .nit Heckscher allein

Ueber diese kritische Zeit lassen wir o .tum so vorkommen
denz die bemerkenswerthesten Stellen fo Waffenstillstandssache
Cabinet ausgetrieben."
. Gelegenheit den Reichsver-

„Dahlmann, der die Bedi .nliche Beobachtungen über ihn
nen Waffenstillstands durchau .nesen ausspricht.
den Eindruck seiner leidensch
Rücktritt. Die Sachlag 16. September.
die Nationalversamml daß er als Staatsmann seiner jetzigen Posi-
fenstillstandes nich er scheint mir vielmehr selbst das Gefühl zu
ßen ertheilten sich hier in einer falschen Stellung und sei nicht
lung steht als übernommene Aufgabe genügend zu lösen. Jenes
ßen die mir hauptsächlich aus dem Zweifel hervorgegangen,
eingehalt über eine Hauptfrage haben mag, nämlich ob Oest-
wird F im Stande sein werde, unter den gleichen Bedingungen
werd übrigen deutschen Staaten, in den neuen deutschen Bund
vo Dazu kommt noch, daß, seit er hier ist, niemand ihm
r Herzlichkeit und das Vertrauen entgegenbringt, die der Bereit-
willigkeit, mit der er hierher gekommen, gebühren. Auch muß er
hier eine völlig ungewohnte Lebensart führen, die ihm und noch mehr
der Baronin Brandhof unerträglich zu werden anfängt. Daß er auf
Kosten Oestreichs persönliche Pläne verfolge, glaube ich durchaus
nicht*). Wie die Dinge jetzt stehen, dürfte leicht in ihm der Ent-
schluß zum Rücktritt erwachen**). Und dies um so eher, wenn eine

*) Manche hatten ihn damals im Verdacht auf Oestreichs Zerfall für eigne Zwecke zu speculiren.

**) Diesen hervorzurufen war nach Stockmar's Ansicht die damals für Preußen angezeigte Politik.

..erseits zu einer zweckmäßigen Ordnung der deutschen
..und andererseits zu einer befriedigenden Feststellung
..Oestreichs zu Deutschland eröffnet werden könnte,
..sache für den Herrn sind."

..e Reorganisation bleibt gegenwärtig die
..ich aus dem deutschen Reich aus-
..Die slavischen Elemente gewinnen mehr und
..cht, und die Nothwendigkeit des Ausscheidens von
.. mir deshalb immer augenscheinlicher zu werden. Ich
..ich voraus, daß Preußen sich unverzüglich an die Spitze
..iesigen Angelegenheiten stelle und gemeinschaftliche Sache mit der Nationalversammlung mache. Dies wird um so nothwendiger als bereits die Regierung gefunden ist, die in Ermangelung Preußens das Ruder ergreifen will. Baiern hat der Centralgewalt erklärt, daß es in Allem den für die Einheit Deutschlands nöthigen Beschlüssen deferiren werde. Es speculirt offenbar darauf, daß Preußen mit der Nationalversammlung breche."

Abends 8 Uhr.

„Die Nationalversammlung hat in der Waffenstillstandssache das Amendement Francke's angenommen, eine Hinterthüre, durch die man den Verlegenheiten zu entschlüpfen hofft. Die größte Schwierigkeit des Tages wird nun die schnelle Bildung eines Ministeriums sein. Der Erzherzog scheint rathlos. Blittersdorf hat ihm die Bildung eines vorzugsweise preußischen Ministeriums vorgeschlagen, in der Art, daß der Reichsverweser Beauftragte nach Berlin schickte, sich förmlich mit der dortigen Regierung verständigte, und sich von ihr geradezu Minister erbäte. Dieser Vorschlag scheint jedoch der östreichischen Natur des Erzherzogs zu bestimmt und zu stark zu sein. Er meinte, er habe nichts gegen eine Verständigung mit Preußen, wolle auch das seinige dazu versuchen, doch habe er keine Lust sich ganz und gar mit Leib und Seele Preußen zu verschreiben."

nicht gewiß, daß das alte Ministerium geneigt wäre wieder einzutreten; er habe seine Collegen hierüber noch nicht befragt. Mir schien er zu glauben, Heckscher habe keine Lust seinen Posten aufzugeben, und es sei für ihn (Leiningen), ehrenrührig mit Heckscher allein auszutreten, weil es auf diese Weise dem Publikum so vorkommen möchte als hätten sie beide allein etwas in der Waffenstillstandssache verschuldet und würden deswegen aus dem Cabinet ausgetrieben."

Die Ministerkrisis schaffte Stockmar Gelegenheit den Reichsverweser mehrmals zu sehen und persönliche Beobachtungen über ihn anzustellen, die er in mehreren Briefen ausspricht.

16. September.

„Ich glaube nicht, daß er als Staatsmann seiner jetzigen Position gewachsen sei. Er scheint mir vielmehr selbst das Gefühl zu haben, er befinde sich hier in einer falschen Stellung und sei nicht im Stande die übernommene Aufgabe genügend zu lösen. Jenes Gefühl scheint mir hauptsächlich aus dem Zweifel hervorgegangen, den der alte Herr über eine Hauptfrage haben mag, nämlich ob Oestreich wirklich im Stande sein werde, unter den gleichen Bedingungen wie die übrigen deutschen Staaten, in den neuen deutschen Bund einzutreten. Dazu kommt noch, daß, seit er hier ist, niemand ihm die Herzlichkeit und das Vertrauen entgegenbringt, die der Bereitwilligkeit, mit der er hierher gekommen, gebühren. Auch muß er hier eine völlig ungewohnte Lebensart führen, die ihm und noch mehr der Baronin Brandhof unerträglich zu werden anfängt. Daß er auf Kosten Oestreichs persönliche Pläne verfolge, glaube ich durchaus nicht*). Wie die Dinge jetzt stehen, dürfte leicht in ihm der Entschluß zum Rücktritt erwachen**). Und dies um so eher, wenn eine

*) Manche hatten ihn damals im Verdacht auf Oestreichs Zerfall für eigne Zwecke zu speculiren.

**) Diesen hervorzurufen war nach Stockmar's Ansicht die damals für Preußen angezeigte Politik.

Aussicht einerseits zu einer zweckmäßigen Ordnung der deutschen Angelegenheiten und andererseits zu einer befriedigenden Feststellung des Verhältnisses Oestreichs zu Deutschland eröffnet werden könnte, da beide Punkte Ehrensache für den Herrn sind."

„Für unsere innere Reorganisation bleibt gegenwärtig die Hauptfrage: Muß Oestreich aus dem deutschen Reich ausscheiden oder nicht? Die slavischen Elemente gewinnen mehr und mehr das Uebergewicht, und die Nothwendigkeit des Ausscheidens von Oestreich scheint mir deshalb immer augenscheinlicher zu werden. Ich setze natürlich voraus, daß Preußen sich unverzüglich an die Spitze der hiesigen Angelegenheiten stelle und gemeinschaftliche Sache mit der Nationalversammlung mache. Dies wird um so nothwendiger als bereits die Regierung gefunden ist, die in Ermangelung Preußens das Ruder ergreifen will. Baiern hat der Centralgewalt erklärt, daß es in Allem den für die Einheit Deutschlands nöthigen Beschlüssen deferiren werde. Es speculirt offenbar darauf, daß Preußen mit der Nationalversammlung breche."

Abends 8 Uhr.

„Die Nationalversammlung hat in der Waffenstillstandssache das Amendement Francke's angenommen, eine Hinterthüre, durch die man den Verlegenheiten zu entschlüpfen hofft. Die größte Schwierigkeit des Tages wird nun die schnelle Bildung eines Ministeriums sein. Der Erzherzog scheint rathlos. Blittersdorf hat ihm die Bildung eines vorzugsweise preußischen Ministeriums vorgeschlagen, in der Art, daß der Reichsverweser Beauftragte nach Berlin schickte, sich förmlich mit der dortigen Regierung verständigte, und sich von ihr geradezu Minister erbäte. Dieser Vorschlag scheint jedoch der östreichischen Natur des Erzherzogs zu bestimmt und zu stark zu sein. Er meinte, er habe nichts gegen eine Verständigung mit Preußen, wolle auch das seinige dazu versuchen, doch habe er keine Lust sich ganz und gar mit Leib und Seele Preußen zu verschreiben."

In einem andern Brief Stockmar's wird die Art und Weise des Erzherzogs gegenüber seinen Ministern so bezeichnet: „er hält sich passiv, hört die Minister und geht mit der Farbe nicht heraus.“ Unwillkürlich fällt einem dabei ein, was Gustav Freytag in dem „Leben Matthy's“ erzählt, daß der Reichsverweser im Conseil, gedrängt seine Meinung auszusprechen, sich damit half zu sagen: „I hob' goar kaine Mainung.“

Stockmar hatte beabsichtigt in diesen Tagen nach Coburg abzureisen. Der Aufstand vom 18. hielt ihn zurück.

Die Tage des 17. und 18. brachten ihn dem Kriegsminister General von Peucker näher, dessen Klarheit und Entschiedenheit er nachmals sehr lobte. In dem armen General Auerswald ging auch ihm ein näherer und geschätzter Bekannter verloren. Ein an Stockmar gerichtetes Schreiben desselben, bezüglich auf den Anmarsch der gegen den Aufstand herbeigerufenen Truppen, das zufällig nicht abgesendet worden war, fand sich in der Brusttasche des Ermordeten und wurde dem Adressaten später ausgehändigt. —

Die Septemberereignisse brachten natürlich in Frankfurt eine Reaction im conservativen Sinn hervor. Ungefähr gleichzeitig war in Berlin das Ministerium Auerswald zurück und das Ministerium Pfuel eingetreten. „An dem Mangel an That, schreibt Bunsen a. a. O. S. 474, ging das Ministerium Auerswald unter*). Pfuel trat vor als Mann der That (21. September). War er der Mann der That? Ich war geneigt ihm Thatkraft zuzutrauen von seinen früheren Jahren her. Aber ich konnte nicht vergessen, daß der selige P. mir gesagt, ein trefflicher Menschenkenner: er sei ein dämonischer Mensch ohne Halt und Verlaß.“

Auch Stockmar hatte in Frankfurt die Bekanntschaft Pfuel's, wenigstens oberflächlich, gemacht, und den Eindruck gewonnen, daß ihm deutsche Gesinnung und vielleicht Thatkraft beiwohne. Es schien

*) Das Ministerium hatte sich bei seinem Antritt selbst als das „der That“ angekündigt.

ihm deshalb der Augenblick gekommen, wo zu hoffen sei, daß die Regierung in Berlin die Zügel wieder in die Hand nehme und wo noch einmal der Versuch einer Verständigung zwischen Frankfurt und Berlin unternommen werden müsse. Er versicherte sich hierüber der Zustimmung des Reichsministeriums und reiste, nach kurzem Aufenthalt in Coburg, Ende Septembers, nach Berlin.

Das unter dem Vorsitz von General Pfuel gebildete Ministerium, worin Eichmann, Bonin, Graf Dönhoff, Kisker und Ladenberg saßen, hatte die Erwartung erregt, daß es eine Politik des Widerstands gegen die preußische Nationalversammlung einleiten werde. Wrangel war zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt. Er hatte einen Armeebefehl erlassen, worin er sagte: „Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen.“ Und nach seinem Einzug in Berlin hatte er im Lustgarten die berühmte Rede gehalten, welche sehr deutliche Drohungen enthielt: „Ich werde die Truppen auch hierher führen, wenn es Zeit ist. Jetzt noch nicht, aber sie werden kommen. Ich soll die Ordnung, wo sie gestört wird, wieder herstellen. Die Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr. Wie traurig sehe ich Berlin wieder. In den Straßen wächst Gras, die Häuser sind verödet u. s. w. Das muß anders werden. Die Anarchie muß aufhören und sie wird aufhören.“ Allein der erste wichtige Act des Ministeriums entsprach den Erwartungen nicht, welche das Vorangegangene erregt hatte. Das Ministerium Auerswald war zurückgetreten, weil es die von der Nationalversammlung auf den sogenannten Stein'schen Antrag gefaßten Beschlüsse nicht ausführen wollte, welche den Offizieren des Heers reactionäre Bestrebungen untersagten, Annäherung an die Bürger und aufrichtige Hingebung an den constitutionellen Rechtszustand geboten, und denjenigen, die dies mit ihrer Ueberzeugung nicht vereinbaren könnten, den Austritt aus der Armee zur Ehrenpflicht machten.

Zur allgemeinen Ueberraschung führte aber das Ministerium Pfuel jene Beschlüsse durch einen Erlaß aus, an dem selbst die Opposition nichts zu tadeln fand.

Dies war die Lage bei Stockmar's Ankunft in Berlin und wir lassen nun einen Brief, den er später aus Coburg am 6. October schrieb, das Weitere berichten:

„Gestern kam ich von Berlin zurück, wohin ich auf Wunsch des Reichsministeriums gegangen war. Man hielt den Augenblick nach den Ereignissen in Frankfurt für günstig, um einen Versuch zu machen, Annäherung zwischen dort und Berlin, Uebereinstimmung in Ansicht und Handlung herbeizuführen. Man hätte denken sollen, Wrangel's Armeebefehl sei als Echo der Stimme des neuen Ministeriums, der Dynastie zu betrachten. Dagegen fand ich bei meiner Ankunft den Erlaß des Kriegsministers vor, eine halbe Maßregel aus Furcht vor einer ganzen hervorgegangen. Im Publikum war der Eindruck, daß man zwar den Vorsatz gefaßt gehabt, kräftig aufzutreten, aber, als der Augenblick des Handelns gekommen, es dem König wie den Ministern an Muth dazu gefehlt. Ich sah bald, daß meine Mission keinen besondern Erfolg haben werde."

„Der alte Pfuel mag ursprünglich unternehmend und geistreich gewesen sein. Allein jetzt ist er zu alt, zerstreut, und der ungeheuern Aufgabe keineswegs gewachsen. — Dönhoff scheint mild, gemäßigt, den zeitgemäßen Ideen nicht abgeneigt, daher auch nicht unfreundlich gegen Frankfurt. Eichmann ist verständig, ein anerkannt guter Geschäftsmann. Ich hielt mich in meinen Verhandlungen durchaus an diese drei; das Resultat war in wenig Worten folgendes:"

„„Preußen, sagte man mir, verkennt nicht, daß in Frankfurt, in der Nationalversammlung und Centralgewalt eine moralische Kraft lebt, die verdient unterstützt zu werden, da sie sowohl für das gesammte Deutschland, als für die Einzelstaaten, also auch für Preußen, wohlthätig und erhaltend wirken kann. Preußen ist schon im eigenen Interesse bereit der Centralgewalt seine Kräfte zur Verfügung

zu stellen, nur muß dies auf eine Art geschehen, daß dadurch die Selbständigkeit des preußischen Staats nicht preisgegeben werde. Deswegen können wir auf den Wunsch des Reichsministeriums unsere selbständige Vertretung im Ausland aufzugeben und uns durch einen Reichsminister vertreten zu lassen, so lange nicht eingehen, als die Centralgewalt eine blos provisorische ist. Wir können auf jenen Wunsch erst dann entschieden antworten, wenn Deutschland definitiv constituirt ist und wir daher wissen, welche Stellung Preußen im deutschen Bunde erhalten werde.""

„Ich mußte mir selbst bekennen, daß niemand, der sich auf den preußischen Standpunkt stellt, gegen obige Ansicht etwas Verständiges und Billiges vorbringen könne, und daß weder ein jetziger noch auch ein späterer preußischer Minister im Stande sein werde Frankfurt gegenüber eine weniger preußische Ansicht aufzustellen. Ich hielt daher eine längere Anwesenheit in Berlin für überflüssig und reiste schon nach 4 Tagen, ohne dem Könige oder einem Mitgliede der königlichen Familie aufzuwarten, hierher zurück. Wahrscheinlich, daß der König mir dies übel nimmt, allein ich hatte aus zuverlässiger Quelle vernommen, daß er noch immer die alten politischen Gedanken bewahre, die er mir früher über die Regeneration Deutschlands mitgetheilt hatte und welche ich für ganz unausführbar halte, so daß eine Unterredung mit Sr. Majestät schwerlich ein Resultat gehabt haben würde."

Varnhagen schreibt in seinem Tagebuch unter dem 2. October: „Der Baron v. Stockmar war hier, der englisch-coburgische Intrigant." Varnhagen hatte, so viel wir wissen, nie Beziehungen zu Stockmar oder zu irgend Jemand, der diesen näher kannte. So sind die obigen Epitheta ein rechter Beleg wie Varnhagen das, was er aus trüben, sehr abgeleiteten Quellen schöpfte, leichtsinnig wiederholte und verarbeitete.

Im November setzte sich Stockmar wieder, über Frankfurt, wo er einige Tage verweilte*), nach England in Bewegung.

Im October war er vom Reichsministerium aus beschickt worden, er möge eine officielle Mission Seitens des Reichs in der zu London unter englischer Vermittlung verhandelten schleswig-holsteinischen Angelegenheit übernehmen**). Seine Antwort ging dahin, daß theils seine persönlichen Verhältnisse in England, theils und hauptsächlich sein Gesundheitszustand, der ihm nicht gestatte auf eine fortgesetzte angestrengte Thätigkeit mit Bestimmtheit zu rechnen, ihm jede andere als eine officiöse Wirksamkeit untersagten. In dieser Weise sei er jedoch nach Kräften bereit seinen Beistand zu gewähren. Ein solches officiöses Eingreifen in die Verhandlungen der officiellen Persönlichkeiten, und noch dazu im Namen der schattenhaften provisorischen Centralgewalt, war denn freilich an sich sehr precär, und je verwickelter und ohne Krieg eigentlich unlösbarer die schleswig-holsteinische Frage war, je weniger konnte sie Stockmar Lust erwecken, sich ohne Aussicht auf ein erfreuliches Resultat, für ein Flickwerk in einer noch dazu schiefen Stellung abzuarbeiten. Schon am 15. December schreibt er: „indem ich mich mit Dänen, Holsteinern und mit Bunsen in die Betrachtung der dänisch-deutschen Händel vertiefte, wurde mir nur eines klar, daß ich an dieser Angelegenheit keinen activen Theil nehmen darf. Ich würde so wenig die Demüthigun-

*) In die Zeit dieses Aufenthalts in Frankfurt fällt, was Bunsen (Leben II, S. 485) erzählt, um das falsche Spiel, was Baiern und Würtemberg damals spielten, zu belegen: „Stockmar war durch Herrn v. Hügel (den früheren Gesandten in London) ein eigenhändiger Brief des Königs (von Würtemberg) an ihn im October (muß heißen November) in Frankfurt gezeigt worden, worin er, der König, seine Bereitwilligkeit aussprach, zu der Hegemonie Preußens seine Zustimmung zu geben; allerdings seien ihm von Oestreich und dem Reichsverweser schöne Anerbietungen gemacht, insbesondere auch in Beziehung auf die Oberfeldherrnstelle. Stockmar begnügte sich Hügel zu sagen: Der König sei jetzt auf dem rechten Wege, er solle nur danach handeln."

**) Schon im September berichtete die Deutsche Zeitung vorgreifend, Stockmar werde die Leitung der Verhandlungen in London übernehmen.

gen ertragen, die in diesem Geschäfte Engländer, Franzosen, Dänen und Schweden, wie Russen, den Deutschen, zur verdienten Strafe, anthun werden, als die Fanfaronnaden der Dänen.“ Und am

21. December.

„Ich hatte vielfache Gelegenheit den schleswig-holsteinischen Handel theils mit den dänischen Abgeordneten, theils mit dem Holsteiner Graf Ranzau zu besprechen. Selbst nach reiflicher Ueberlegung weiß ich keinen annehmbaren Vorschlag zu machen. Die Dänen sind schwach in einem Punkte, in einigen andern stark. Schwach erscheinen sie mir in dem Geständniß: „„Wir Dänen brauchen die Herzogthümer zu unserer Existenz““, wogegen die Herzogthümer behaupten: „„Wir sind uns allein genug, und können recht gut ohne Dänemark bestehen.““ Mir fällt dabei das ein, was der holländische Falck in der belgischen Sache als Maxime geltend zu machen pflegte, daß Holland ein Recht auf einen Theil Belgiens habe, weil es mehr steuerbares Object (de matière imposable) brauche. Stark sind dagegen die Dänen durch die auswärtigen Mächte, welche aus verschiedenen, ihren respectiven Interessen angehörigen Rücksichten Dänemark gegen Deutschland vertreten. Geneigt bin ich, eine Friedensbasis in den Zuständen zu finden, die vor dem „Offenen Briefe“ *) und dem Kriege bestanden. Man hebe den Nexus zwischen Schleswig und Holstein auf, gebe dem Ersten eine soviel als möglich selbständige Administration mit gehörigen Garantien gegen Danisirungsgelüste und setze die Successionsordnung fest. Ranzau behauptet dagegen, die Aufhebung des Nexus zwischen Holstein und Schleswig sei unmöglich, denn in diese Aufhebung würden die Herzogthümer selbst nie willigen. Die Dänen wollen die Aufhebung des Nexus und bieten Schleswig dafür eine Selbständigkeit, die, näher besehen, eine nur scheinbare sein würde. So stehen sich die For-

*) Der „Offene Brief“ Christian's VIII. von Dänemark vom 8. Juli 1846 über die Succession in Schleswig-Holstein.

derungen schroff gegenüber. Das Verlangen Deutschlands, Schleswig dem deutschen Bund einzuverleiben, halte ich, ohne Krieg zu verursachen, für undurchführbar. Welcher Vorschlag daher auch zur Pacification gemacht werden könne, so wird keiner gemacht werden, auf den Dänemark geneigt sein wird einzugehen, ohne daß Deutschland denselben für einen Verrath an seiner Ehre und seinem Interesse nehmen werde."

„Neuerdings wird Bunsen auf Ansuchen der Centralgewalt und mit Zustimmung seiner Regierung die Friedensverhandlungen versuchen. Ich hatte den Hamburger Senator Banks vorgeschlagen, der jedoch weder Lust noch Muth hat. Bunsen ist leider den Dänen persona ingrata. Ich bedaure, daß er sich in Schleswig zum Deputirten wählen und eine Staatsschrift zu Gunsten der Herzogthümer unter seinem Namen drucken ließ. Damit stempelte er sich zum Parteigänger, während er, als Minister und Unterhändler, der Oeffentlichkeit gegenüber hätte neutral bleiben sollen."

Stockmar's Refrain war übrigens immer, daß man den deutsch-dänischen Handel wenigstens für jetzt aus der Welt schaffen müsse, weil er die Entwicklung der deutschen Frage störe. „Die ganze Angelegenheit, schreibt er, ist ein wahrer Fund für Rußland, ein Faden, an welchem es die junge demokratische Politik Deutschlands, wie einen Vogel, gefangen halten und sich abflattern lassen kann."

Die deutsche Frage und ihre erste Vorfrage, das Verhältniß Oestreichs zu Deutschland, blieb der beständige Gegenstand seines Nachdenkens und seiner Sorge.

Am 26. October hatte Heinrich v. Gagern in der Frankfurter Nationalversammlung den Gedanken ausgesprochen, daß Oestreich jetzt an dem deutschen Bundesstaat nicht theilnehmen könne, aber mit diesem in einem unauflöslichen Bunde bleiben müsse. Dieser, allerdings in seiner Formulirung

> „Oestreich bleibt, in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nicht-deutschen Ländern und Provinzen,

mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde"

mangelhaft zur Geltung gebrachte Gedanke entsprach ganz Stockmar's lange gehegten Ansichten, die er sich nun angeregt fand in einem langen an Heinrich v. Gagern gerichteten Brief auszuführen. Derselbe verbreitet sich zugleich über die Auffassung der englischen Staatsmänner von den Zuständen Deutschlands und des Continents überhaupt.

Ehe wir ihn folgen lassen, müssen wir den Leser an die im November eingetretenen, die Sachlage gegen früher wesentlich modificirenden Ereignisse erinnern.

Zu Anfang November hatte die östreichische Regierung in Wien über die Revolution gesiegt. Der östreichische Reichstag war vertagt und nach Kremsier berufen.

Am 22. November hatte Fürst Felix Schwarzenberg ein neues Ministerium gebildet und vor dem Reichstag von Kremsier eine Erklärung abgegeben, welche ein Eingehen auf die Ideen von Gagern und Stockmar anzukündigen schien: „erst wenn das verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen."

Und in Preußen war am 2. November das Ministerium der Restauration, Brandenburg-Manteuffel, eingetreten und die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt, worauf Anfangs December deren Auflösung und die Octroyirung einer Verfassung folgte.

Die entscheidenden Regierungen hatten also an Stärke gewonnen, Oestreich schien der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands unter Preußen nicht abgeneigt, der revolutionäre Druck auf beide Regierungen in ihren eigenen Ländern war gemindert und anderseits war durch die conservativere Wendung, die die Dinge in Frankfurt seit den Septemberereignissen genommen, ein gut Theil der

revolutionären Luft entwichen, die den Ballon der Nationalversammlung gebläht und emporgetragen hatte, die Nationalversammlung hatte an Kraft verloren. Im Ganzen also standen die Aspecten für die bundesstaatliche Einigung unter Preußen günstiger, **wenn** in Berlin der Wille vorhanden war sich der Leitung in Frankfurt zu bemeistern, aber nur **wenn** dies der Fall war.

### Stockmar's Brief an Heinrich v. Gagern.

London, den 3. December 1848.

Eine gewisse Entfernung von den Dingen fördert gewöhnlich deren gegenständliche Auffassung und Beurtheilung. So erkenne ich denn, seit ich hier bin, noch deutlicher, als früher in der Heimath, die Unmöglichkeit, Oestreich in den neu zu schließenden deutschen Bund aufzunehmen.

Das politische Gesammtinteresse Europas, die speciellen Bedürfnisse Oestreichs und Deutschlands verlangen unverkennbar, daß das bisherige Oestreich sich so viel möglich als ein selbständiges Ganze forterhalte. Hierzu wie zu seiner zeitgemäßen Umgestaltung sind ihm seine rein deutschen wie seine gemischt deutschen Provinzen als belebende, bildende und verbindende Elemente unentbehrlich. Wie könnte daher Oestreich dieselben Provinzen noch dazu verwenden, daß sie zugleich einen Theil des deutschen Bundesstaats ausmachten? Eine solche doppelte Verwendung wäre nur dann denkbar, wenn Deutschland den zu seinem Bunde gehörigen östreichischen Provinzen gleiche Rechte mit den übrigen Mitgliedern einräumen, dieselben aber von Erfüllung aller gleichen Bundespflichten, welche ihnen das Verhältniß zum östreichischen Staat unmöglich machen würde, lossprechen wollte.

Wie nun in der Ausführung der politischen Aufgabe, die uns geworden, jeder Tag sein Pensum hat, von dessen gehöriger Erledigung der endliche Erfolg abhängig ist, so erscheint mir das Pen-

sum des gegenwärtigen zu sein, in der Mehrzahl der Nationalversammlung die Erkenntniß zur Ueberzeugung zu bringen, eine natur- und zeitgemäße Politik verlange:

A) daß Deutschland sich mit Ausschluß der östreichisch-deutschen Provinzen reconstruire,

B) daß Oestreich sich für sich als solches zeitgemäß und selbständig herstelle,

C) daß ein Bündniß zwischen beiden erfunden und errichtet werde, welches alle die gegenseitigen verwandtschaftlichen, moralischen und materiellen Bedürfnisse befriedigt und sichert, welche Deutschland und Oestreich von jeher mit einander gehabt, noch haben und für lange haben werden.

Es ist höchst beklagenswerth, daß die bis jetzt gemachten Versuche, diesem Gedanken Annahme und Verbreitung zu verschaffen, so geringen Erfolg hatten. Denn die ihm entgegengesetzte Ansicht, einen Theil des östreichischen Gesammtstaates wieder wie früher dem deutschen Bunde einfügen zu wollen, kann in unserer Zeit kaum ein anderes Ergebniß haben, als Deutschland wie Oestreich vom wahren Wege der rechten Erkenntniß und Rettung abzuführen, beide eine unschätzbare Zeit verlieren und ihre beiderseitigen Kräfte am Unausführbaren nutzlos verschwenden zu lassen. Wogegen es leicht ist, überzeugend darzuthun, daß wenn Deutschland und Oestreich ihre respective Regeneration auf die oben bezeichnete Weise unternehmen, sie sich dadurch von Anfang an in eine Lage zu einander bringen, in welcher nicht nur keines das Andere irrt, sondern in welcher gegenseitig das Werk und der Erfolg des einen das Werk und den Erfolg des Andern verbürgt und fördert. Warum aber diese politische Ansicht bisher so wenig Anerkennung und aufrichtige Theilnahme gefunden, läßt sich theilweise aus der politischen Unfähigkeit, theilweise aus der selbstischen unpatriotischen Gesinnung erklären, welche der Mehrzahl unserer Landsleute mit Recht zum Vorwurf gemacht werden kann.

Wir haben es in dieser Hinsicht mit vielen aufrichtigen politischen Gegnern und mit noch mehr nicht aufrichtigen zu thun. Denn wir werden von allen denjenigen, welche aus rein persönlichen und verwerflichen Absichten für gut finden, die verschiedenen Elemente des Katholicismus, des dynastischen Interesse, der Büreaukratie und des deutschen Philisterthums auszubeuten, unter verschiedenen heuchlerischen Vorwänden angefeindet werden. Sodann muß die Wahl eines östreichischen Prinzen zum Reichsverweser und der zufällige Umstand, daß der thätigste und einflußreichste Mann des Reichsministerii auch ein Oestreicher ist*), ebenfalls als ein Hemmniß der erfolgreichen Betreibung unsers politischen Gedankens betrachtet werden. Wir erlangten auf diese Weise statt eines rein deutschen ein östreichisches Reichsministerium, welches sämmtliche Fehler der alten östreichischen Politik mit auf die Welt brachte. So finden wir denn die Erbsünden des Abwartens und Aufschiebens, der Eifersucht, Falschheit, Unklarheit und übel berathener Selbstsucht auch in Schmerling's bisheriger Geschäftsführung wieder, welcher überhaupt bisher nur zwei für Deutschland und Oestreich gleich verderbliche Absichten mit Erfolg betrieben zu haben scheint, nämlich jedes innige Einverständniß zwischen Frankfurt und Preußen zu verhindern und das möglichst zweckmäßige Verhältniß des künftigen Oestreichs zu dem künftigen Deutschland im Dunkel zu erhalten.

Wohl möchten die wahren Freunde des Vaterlands der Vereinigung so vieler und mächtiger Feinde gegenüber an seiner Rettung verzweifeln. Denn wir können nicht verkennen, der Mittel, die wir jenen Widersachern zur Förderung und Erreichung unserer Politik entgegenzusetzen haben, sind nur wenige und die Aussicht auf ihre erfolgreiche Anwendung trübt sich im Hinblick auf die zu überwindenden Schwierigkeiten. Allein in unserm Falle handelt es sich einzig und allein um die aufopferndste Erfüllung unserer Pflichten gegen

*) Schmerling.

ein unglückliches Vaterland und daher um die muthigste Anwendung der Kräfte, die wir haben, nicht um eine selbstische oder kluge Berechnung ihrer Unzulänglichkeit.

Erlauben Sie mir daher, die Punkte, auf die es mir in der gegenwärtigen Phase unserer Politik hauptsächlich anzukommen scheint, aufzuführen und deren Berücksichtigung Ihrer persönlichen Theilnahme zu empfehlen.

Nach meiner Meinung sollte jetzt vor Allem eine geschlossene Schaar der bedeutendsten Abgeordneten zu Frankfurt mit der offenen Erklärung auftreten:

> sie seien zu der festen Ueberzeugung gelangt, deren Verwirklichung sie als unverrückbares politisches Ziel verfolgen würden:
>
> > daß Oestreich nicht länger als ein Theil des bis jetzt in der Idee bestehenden Bundesstaates behandelt werden dürfe, weshalb es zu ihrer Aufgabe geworden, in der Nationalversammlung dahin zu wirken, daß die möglichst zweckmäßige politische Stellung zwischen Deutschland und Oestreich klar gemacht und festgestellt werde.

Für das nächst Nöthige halte ich die gleichzeitige Bildung eines neuen Ministerii, welches die in der obigen Erklärung vorgezeichnete Aufgabe als Hauptpunkt in seinem Programm aufstellt. Dieses Ministerium muß eine rein deutsche Gesinnung haben: es soll Oestreich die Gesinnung einer aufgeklärten wahren Freundschaft, Preußen dagegen die der brüderlichen Neigung und Treue tragen. Ihr Eintritt in dies Ministerium, sei es als Präsident des Conseils, sei es als Minister des Innern oder als beides zugleich wird Deutschland die Bürgschaft geben, daß dieses neue Ministerium den bezeichneten Charakter haben und bethätigen werde.

Als nothwendige Folge der vorangestellten Maßregeln und als Mittel zur Erreichung des Hauptzweckes erscheint die sofortige Absendung einer Gesandtschaft von einsichtsvollen, unterrichteten, erfahrenen

und deutsch gesinnten Männern nach Oestreich zur Mithülfe an der Lösung der Aufgabe:

> die möglichst innige Verbindung Oestreichs mit Deutschland auf einer anderen Grundlage als der des Eintritts der deutschen Provinzen Oestreichs in den deutschen Bundesstaat zu suchen.

Die folgenden Bemerkungen mögen dem Voranstehenden als erläuternde Zusätze dienen.

Gleich im Anfange unserer jetzigen politischen Krise war ich der Meinung, daß ein regenerirtes Oestreich nicht mehr wie früher ein Theil des deutschen Bundes sein könne, mithin für das eigentliche Deutschland alles darauf ankomme, daß das bevorstehende National-parlament Preußen die rechte Stellung im neuen Bunde anzuweisen verstehe.

Selbst nachdem ich sieben Monate lang erlebt, daß Deutschland und Preußen sich wie feindliche Brüder betragen, daß preußische Staatsmänner sich gegen Frankfurt wie einfältige kokette Weiber benommen und ein Schmerling'sches Ministerium dieses Benehmen im Sinne altöstreichischer Politik erwidert hat, bin ich noch derselben Meinung. Heute noch scheint mir Alles davon abzuhängen, daß Frankfurt Preußen eine Stellung zu bieten wisse, welche, nach vernünftigen Gründen, weder von der Majorität der öffentlichen Stimme in Preußen, noch der jener Minorität im übrigen Deutschland, welche nothwendig aus allen einsichtsvollen und wahren Patrioten bestehen muß, verworfen werden könne. Denn wenn wir auch zugeben müssen, daß die überwiegende öffentliche Stimme im übrigen Deutschland fortwährend Preußen höchst abgeneigt sei, so wird diese Majorität doch in dem Augenblick wenig vermögen, in welchem dem ganzen Volke auf eine augenscheinliche Weise die Möglichkeit und Wahl geboten ist, entweder das Vaterland auf eine von der Natur der Dinge selbst vorgeschriebene Weise zum Vortheile Aller gerettet zu sehen, oder es zur bloßen Befriedigung eines unnatürlichen fluchwür-

digen Bruderhasses dem gänzlichen Untergang noch näher zu bringen. Ist ja doch die eigentliche Wahrheit in Sachen des Widerwillens der übrigen Deutschen gegen die Preußen, und dieser gegen jene nur die, daß bei einer Einigung beider jeder Theil der Nothwendigkeit nur im eigenen Bedürfnisse gehorcht und beide daher gleiche Opfer zu bringen haben. Aus diesen Gründen fahre ich fort zu hoffen, eine Einigung Frankfurts mit Preußen werde eine Thatsache in's Leben rufen können, an deren Kraft und Gewicht jede aus bösem Gelüste gegen sie versuchte Widersetzlichkeit scheitern werde, sie komme nun von Fürsten, Regierungen oder einzelnen Theilen des Volkes selbst. Ob in dem gegenwärtigen Augenblicke der gute Wille und das nöthige Geschick zu einer solchen Einigung in Frankfurt sowohl, als in Berlin vorhanden, können Sie mit mehr Bestimmtheit beantworten als ich. Müßten Sie diese Frage verneinen, vorzüglich weil Preußen abermals geneigt wäre, sich selbst und Deutschland untreu zu werden, dann sehe ich die letzte Hülfe nur noch in dem entschlossenen Handeln des Frankfurter Parlaments. Dieses gehe dann ohne allen Zeitverlust und weitere Verhandlungen mit Preußen in eigener Machtvollkommenheit vor und decretire, unbekümmert wie es gegenwärtig in Berlin und Wien stehe, die Stellung Preußens im neuen deutschen Bunde, wie es dieselbe zum Wohl des Ganzen für zweckmäßig halten mag*).

Unter welchen Voraussetzungen nach meiner Meinung eine Gesandtschaft nach Oestreich zu senden, welches der ungefähre Inhalt der derselben zu ertheilenden Instruction sein dürfte, ersehen Sie aus der Anlage, überschrieben:

---

*) Welche Wirkung er sich von solchem Decretiren verspricht, sagt Stockmar nicht. Die Dinge haben in der That den von ihm vorgezeichneten Verlauf genommen. Die Nationalversammlung hat decretirt und Preußen hat sich entzogen. Daß die Decretirung gleichwohl, als der schließliche Ausdruck der nach einjähriger Berathung herausgearbeiteten Ueberzeugung der hervorragendsten politischen Männer, nicht ohne Frucht und Wirkung war, wird heutzutage niemand verkennen.

„Bemerkungen zu dem Entwurfe einer Instruction für den Herrn Reichscommissair nach Oestreich, datirt den 12. November 1848.“

Dieser Gegenstand wurde bei meiner letzten Anwesenheit zu Frankfurt *) mit dem Herrn Fürsten von Leiningen in der Wahrscheinlichkeit verhandelt, daß derselbe diese Gesandtschaft übernehmen werde. Ich bitte, die beiliegenden sich hierauf beziehenden Papiere nach genommener Einsicht dem Herrn Fürsten in meinem Namen wieder zustellen lassen zu wollen **).

Die eigentliche Absicht meines Hierherkommens verlangt, daß ich mich noch über die Meinungen der hiesigen Politiker in Bezug auf die gegenwärtigen Zustände Deutschlands und des Continents mittheile. Es ist seit lange meine Meinung gewesen, daß der Einfluß, den ein frei und selbständig gewordenes Deutschland auf die Weltereignisse zu erlangen Bedürfniß und Recht habe, nur mit und durch England zu erreichen sei. Einen anderen Stützpunkt als England giebt es für die jetzt einzuleitende wahre Politik des neuen Deutschlands nach meinem Dafürhalten nicht und jeden Versuch, einen anderen zu suchen, sehe ich als ein Unternehmen an, die ganze deutsche Politik in ihrem Grundelemente zu verfälschen. Aus eigener Beobachtung und Erfahrung kann ich versichern, daß in den englischen Cabinetten traditionell der Wunsch bestand, ihr eigenes politisches System in der Voraussetzung auf Deutschland stützen zu können, daß ein durch vermehrte Einigung erstarktes Deutschland zur Erhaltung des Weltfriedens ein besserer Bundesgenosse sein müsse, als irgend eine andere Macht, die England im Westen oder Norden finden könne. Bisher scheiterte die Verwirklichung dieses Wunsches an der Altersschwäche und Verkehrtheit der östreichischen, an der Un-

*) Im November.

**) Von dem Inhalt dieser Papiere wird am Schluß des Briefes die Rede sein.

selbständigkeit und Veränderlichkeit der preußischen Politik, wie an der gänzlichen politischen Nullität des übrigen Deutschlands.

In diesem Augenblicke scheint das Augenmerk der englischen Staatsmänner auf die aus dem Umstande drohende Gefahr gerichtet, daß es jedem Chef der französischen Regierung schwer werden möchte, sich ohne Krieg in seiner Stelle zu erhalten, weshalb sie weiter befürchten, daß Süddeutschland in seinem jetzigen aufgelösten Zustande in die Abhängigkeit von Frankreich gebracht und so Deutschlands ganze Macht auf lange Zeit hin gebrochen werden könne.

An die Erwägung dieser Gefahr knüpfen sie weiter die Möglichkeit, daß russische Pläne die Politik noch weiter verwickeln und in Europa Zustände vermöglichen könnte, die zu einer französisch-russischen Dictatur führen möchten.

Vom Anfange unserer deutschen und östreichischen Wirren an scheint das gegenwärtige englische Cabinet die Einverleibung Oestreichs in den neuen deutschen Bund für ein Hirngespinnst gehalten zu haben. Man ist auch hier der Ueberzeugung, daß Oestreich seine deutschen Provinzen aus dem Gesammtstaat nicht ausscheiden könne, ohne den Sturz der Dynastie und Monarchie vorzubereiten, und man kann sich diese Ausscheidung nicht denken ohne die größte Schwächung des Zusammenhangs des östreichischen Staats, durch welche dieser in einen so unsichern und schwankenden innern Zustand gerathen müsse, daß der Weltfriede von der Gnade einer russisch-französischen Politik abhängen werde.

Wenn nun hier noch vor einigen Monaten ein völliger Unglaube an den Erfolg der politischen Bestrebungen in Deutschland und Oestreich Statt hatte, so scheint der seit Kurzem von mehreren Seiten her angeregte Plan, nach welchem es Ein Oestreich und Ein Deutschland geben würde, welche beide eng mit einander verbunden wären, die Meinung der englischen Staatsleute doch so weit geändert zu haben, daß sie unaufgefordert aussprachen, ein solcher Plan sei wenigstens ein ausführbarer. Die Lords J. Russell und Palmerston

sind beide der Meinung, daß auf diese Weise eine zweckmäßige Regeneration Oestreichs vermöglicht und durch die engere Verbindung Preußens mit dem übrigen Deutschland eine Gestaltung gewonnen werde, welche, ein Verhältniß zu Oestreich bedingend, zu einem politischen Systeme führe, das die Gefahren eines übermächtigen Reiches sowohl, als die einer unhaltbaren Bundesmasse vermeide und somit ein wahres den Frieden Europas sicherndes Gleichgewicht herstelle. Auch scheint diese politische Combination den Beifall der englischen Staatsmänner noch deswegen zu genießen, weil sie befürchten, eine zu enge Vereinigung des bisherigen Oestreichs mit dem bisherigen Deutschland möge dem übrigen Europa Gefahren bereiten und könne sogar einmal den Versuch eines gegen England gerichteten Continentalsystems erneuern. Sodann mag dieser Plan den Beifall der Engländer noch weiter haben, weil er eine Lösung der italienischen Wirren ganz im englischen Sinne zuläßt. Die auf dem Continent so häufig ausgesprochene Meinung, daß die englische Politik darauf ausgehe, Oestreich oder Italien zu schwächen, halte ich für durchaus unbegründet. Irre ich nicht, so bezweckt diese Politik nichts, als Italien stark gegen Frankreich zu machen und diesem allen Vorwand zu nehmen, in die politische Entwickelung jenes einzugreifen.

Man kann über das, was jetzt in Italien geschehen sollte, verschiedener Meinung sein. Welcher man aber auch sei, so möchte ich glauben, daß, sobald Oestreich die Basis annimmt, die Lombardei in irgend einer ihm genehmen Form vollständig von der Monarchie zu trennen, das englische Cabinet gern auf jede zum Ziele führende Modalität eingehen werde. Dies erklärt auch, warum Ihre am 26. October geäußerten Gedanken, die in Bezug auf die Beseitigung der italienischen Händel den ganzen Einfluß der Reichsversammlung in Aussicht stellten, den hiesigen Ministern so zusagten, daß sie sich wohl fragten: was kann von englischer Seite zu deren Ausführung geschehen? und fanden, ein vollkommenes Einverständniß Frankfurts mit Berlin sei zugleich im unmittelbaren Interesse Englands.

Es ist zu vermuthen, daß sich das englische Cabinet in den geschilderten politischen Auffassungen der deutschen und italienischen Zustände neuerdings noch befestigt habe. Hierzu mögen besonders die Berichte Lord Cowley's beigetragen haben, dem, seit der energischen Unterdrückung des Aufstandes im September, das Reichsministerium und die Mehrheit der Nationalversammlung das conservative Element in Deutschland geworden sind. Diese Ansicht scheinen die Lords Russell und Clarendon noch entschiedener angenommen zu haben als Lord Palmerston, welchen vielleicht die Furcht vor deutschen Eroberungsgelüsten oder einem großen deutschen Zollsystem zurückhaltender macht. Aber auch andere meiner hiesigen Freunde bestätigen mir, daß die Meinung an Stärke und Verbreitung gewinne, Deutschland und seine Monarchien würden, zum Vortheile Frankreichs und vielleicht auch Rußlands, in republikanischen Wühlereien untergehen, wenn nicht zwischen Frankfurt und Preußen die innigste Vereinigung hergestellt werde.

Wenn überhaupt ein enges politisches Verhältniß zwischen Deutschland und England nur auf der Grundlage des Bestehens jener innigen Verbindung Frankfurts mit Preußen möglich sein wird, so wird auch eine erfolgreiche Betreibung der Beilegung der Zerwürfnisse mit Italien und Dänemark nur auf derselben Grundlage unternommen werden können und es wird auch in dieser Hinsicht nöthig, die Politik Berlins und Frankfurts in vollkommenen Einklang zu bringen. Leider ist bisher, wenigstens hinsichtlich Italiens, das Entgegengesetzte der Fall gewesen. Denn Sie werden sich erinnern, wie Preußen auf den Antrieb Frankreichs den Gedanken ergriffen hatte, als europäische Macht die Initiative zu einem europäischen Congresse auf Grund der Verträge von 1815 zu nehmen. Die Ausführung unterblieb schließlich, weil der Gedanke nirgends Anklang fand und besonders weil Rußland sich von jedem Antheil an solchen Conferenzen aufs Bestimmteste lossagte. Dagegen erklärte zu jener Zeit die Centralgewalt dem Lord Cowley und auch

hier, wie sie an den Verhandlungen über Italien als partie cointeressée Theil zu nehmen wünsche und setzte sich durch diese Erklärung in formellen Widerspruch mit Preußen. Obgleich ich nun glaube, daß der englisch-französische Plan, die Abtretung der Lombardei an Sardinien zu verlangen, fortbestehe, so wäre es doch möglich, daß das englische Cabinet Vorschlägen, die ihm von einem einigen Preußen und Frankfurt vorgelegt werden würden, gern Gehör liehe. Nehmen wir z. B. an, ein eng vereinigtes Deutschland würde den hiesigen Ministern sagen:

„Wir schlagen Euch vor:

A) Trennung der Lombardei von Oestreich,

B) den Mincio als Grenze,

C) die Lombardei verständigt sich mit Oestreich über die Bildung zu einem selbständigen Staate unter einem östreichischen Prinzen, welcher Staat (Königreich oder Großherzogthum) als selbständiges Glied in den italienischen Zollverein oder Bund eintritt, weshalb

D) Sardinien diesem neuen Staate den freien Zugang zu Genua gewährleisten und Oestreich demselben einen möglichst freien Verkehr mit Venedig und dem gesammten Kaiserstaat gestatten muß."

Gewiß würde England in der Besorgniß, daß im Weigerungsfall Deutschland sich ganz auf Oestreichs Seite schlagen möchte, solche Vorschläge nicht von sich weisen. Höchstens würde man hier dahin streben, für Sardinien Parma, für Toscana Modena zu erlangen. Einer Einigung des englischen Cabinets mit Deutschland und Oestreich in der italienischen Frage gegenüber würde auch Frankreich nicht Widerstand leisten und Deutschland hätte dann bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal die ihm gebührende Stellung eingenommen, ein Umstand, der auf die öffentliche Stimmung in Deutschland selbst vom günstigsten Einfluß sein müßte.

Wenn nach dem Gesagten die Einigung zwischen Berlin und

Frankfurt als Bedingung einer deutsch-englischen Politik, als Voraussetzung einer zweckmäßigen Lösung der italienischen Frage, erscheint, so ist sie dies in noch höherem Grade für die dänische Angelegenheit.

Den mir an den König von Belgien anvertrauten Brief habe ich sogleich nach meiner Ankunft abgegeben und bin mit wahrer Hochachtung und freundschaftlicher Ergebenheit ꝛc.

gez. Stockmar.

Die in dem Brief in Bezug genommenen „Bemerkungen zu dem Entwurf einer Instruction für den Herrn Reichscommissar nach Oestreich“ sind in Stockmar's Papieren nicht zu finden. Im November beschäftigte sich Stockmar, wie gesagt, mit dem Gedanken einer Reichsmission nach Oestreich zu dem Zweck um dessen Bundesverhältniß zu Deutschland zu regeln. Welche Punkte er dabei im Auge hatte ergiebt sich aus einem von ihm damals dictirten Blatt, überschrieben

Punkte für Leiningen's und Briegleb's*) projectirte Mission.

1. Schutz- und Trutz-Allianz, Angriffskriege ausgenommen
2. Wechselseitige Verbürgung des Territorialbestandes
3. Auslieferung der Verbrecher
4. Gegenseitiger Succurs bei Ruhestörungen
5. Justiz-Cartell betreffend den Vollzug aller gerichtlichen Urtheile
6. Fortdauer des Bundesmilitär-Cartells
7. Freizügigkeit
8. Fortdauer des Bundesbeschlusses gegen den Nachdruck
9. Fortdauer der Postconvention
10. Handels- und Zoll-Tractat

*) Es war der Gedanke, daß Briegleb, als ein gewiegter Jurist und Geschäftsmann, dem Fürsten Leiningen beigegeben werden sollte.

11. Schifffahrtstractat
12. Sicherung der dem deutschen Volk eingeräumten Grundrechte
13. Convention über die Heimathlosen
14. Coincidirung der Eisenbahnen
15. Convention über Truppendurchmärsche und Verpflegung bei gemeinsamen Kriegen
16. Etwaige Fortdauer der bisherigen Gemeinschaftlichkeit des Garnisonsrechtes in einigen Reichsfestungen
17. Versuch einer gleichmäßigen Gesetzgebung über Privilegien und diesfälliger Reciprocität
18. Verabredung jährlicher Conferenzen zur Entwicklung des bestehenden Bündnisses.

In Frankfurt hatte man sich bis dahin über Stockmar's Stillschweigen beklagt. Nun aber schrieb ihm Max v. Gagern in seines Bruders Namen.

18. December 1848.

„Allerdings haben Sie durch Ihren großen und vortrefflichen Brief an meinen Bruder alles wieder gut gemacht und ich muß Ihnen in seinem Namen vorläufig den freundlichsten Dank aussprechen, bis er selbst eine freie Stunde dazu findet. Er hofft, daß Sie den Inhalt jenes politischen Briefes in seinen nächsten Handlungen als Minister wieder erkennen werden. Er wird in einer Stunde seinen Antrag an die Nationalversammlung stellen zu Verhandlungen mit Oestreich auf den Grund des Nichteintritts in den Bundesstaat ermächtigt zu werden..... Donnerstag bei der Discussion darüber wird mein Bruder seinen ganzen Plan aussprechen. Damit wird er vorwärts gehen oder sogleich fallen."

Ueber den praktischen Erfolg dieses Vorgehens machte freilich Max v. Gagern selbst sich keine übertriebene Hoffnungen. Er fährt fort:

„Es scheint, daß die Ereignisse drängen, und deswegen muß

eine Entscheidung bald erfolgen. Will Deutschland keine eigentliche Centralregierung, so ist es besser heute als morgen zurückzukehren zu dem Flickwerk, das dann sich noch vielleicht möglich zeigt. Die Majoritäten in der Versammlung sind sehr unsicher, wie die Stimmung in der Bevölkerung. Seit Wien und Berlin wieder auf eigenen Füßen stehen, sind wir hier sehr im Werth gesunken. Die Rathlosigkeit macht nun die Menschen noch verwirrt und feige; es ist also schwer Ihnen sichere Hoffnungen zu geben."

Als Stockmar's Brief vom 3. December in Heinrich Gagern's Hände gelangte, war also das schon vorbereitet, was jener als unmittelbar nothwendig darstellte. Am 15. December trat Schmerling aus dem Reichsministerium aus, Heinrich Gagern bildete dasselbe neu mit dem am 18. verkündeten Programm: daß Deutschland sich als Bundesstaat unter Preußen als erblichem Oberhaupt constituire, Oestreich sich daran nicht betheilige, die beiderseitigen Beziehungen zunächst auf Grund des vorhandenen unauflöslichen Bundes geregelt, die weitere Ausbildung des Unionsverhältnisses zwischen Oestreich und Deutschland der Zukunft vorbehalten werde.

Ein etwas später unter Stockmar's Augen und mit seiner Billigung geschriebener in der Deutschen Zeitung vom 17. Januar 1849 abgedruckter Artikel schildert das Verhalten der öffentlichen Meinung und der Presse Englands in Bezug auf die deutsche Einheitsbewegung.

## England und die deutsche Einheit.

Die Engländer sind bekanntlich eine „Krämernation", sie sind Freunde gesetzlicher Freiheit, sie sind praktische, nüchterne Politiker, aber sie haben nicht nur ein starkes, stolzes Gefühl ihrer eigenen Nationalgröße, sondern auch ein Herz für die männliche Freiheit und politische Größe fremder Völker.

Kann man hiernach von dem englischen Volke verlangen, daß

es für die deutschen Zustände überhaupt, und die deutschen Einheitsbestrebungen insbesondere begeistert sei?

Die Krämernation liebt als solche Ruhe und Frieden; der Freund gesetzlicher Freiheit haßt und verachtet nichts mehr als anarchische Zustände; jeder nüchterne Politiker mußte doch gewiß den Kopf schütteln, als er die Bestrebungen mancher deutschen Kammern sah. Können wir verlangen, daß all dies unser politisches Stammeln und Lallen England große Achtung einflöße? Können wir von seiner öffentlichen Meinung im Ganzen und Großen verlangen, daß sie alle Schwierigkeiten, mit denen wir in unserer Entwicklung zu kämpfen haben, gehörig kenne und in Anschlag bringe?

Und nun die deutsche Einheit. Der Engländer sah diese Bewegung auf eine mindestens sehr unregelmäßige Weise beginnen. Das Vorparlament, der Fünfziger-Ausschuß, der Reichsverweser selbst wollte ihm nicht in den Kopf, er mußte fürchten, daß aus solchem, in seinen Augen revolutionären Anfang kein gutes Ende hervorgehe. Daneben gänzliche Rathlosigkeit der Regierungen, Anfeindung der verschiedenen Stämme untereinander. Aus der Nationalversammlung sah John Bull lange nichts Greifbares hervorgehen, er sah sie in der dänischen Sache in's Kriegshorn stoßen, dann wieder nach der andern Seite schwanken; er sah neuerdings frisch ausbrechenden Stammeshader, gänzliche Desorganisation der Parteien, Sonderbündelei der Regierungen, einen Theil der Versammlung für Preußen, und Preußen nicht geneigt, mit diesem zu gehen. Ich möchte den ehrlichen verständigen Deutschen sehen, dem nicht unter diesen Umständen von Zeit zu Zeit einmal alle Hoffnung auf die Einheit geschwunden. Soll da etwa der nüchterne John Bull ein Zutrauen zu der deutschen Einheit fassen, soll er daran glauben, sich dafür begeistern? —

Zu viel Begeisterung freilich dürfte man auch unter anderen Verhältnissen für jetzt von ihm nicht verlangen und erwarten. John Bull ist, wie Sie wissen, ein starker dicker Mann, der sich nichts Geringes einbildet. Nun hört er, daß die 38 deutschen Michel, die

meist so dünn und klein, daß er sie bequem in die Tasche stecken kann, damit umgehen, zusammen einen starken, dicken Michel zu bilden. Das fährt ihm natürlich in die Nase, er braucht einige Zeit sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß diese Kleinen sich aufthun wollen. So sind aber alle starken, dicken, etwas hochmüthigen Leute von jeher gewesen.

Endlich aber darf man der „Krämernation“ doch auch nicht verdenken, wenn sie, bei der Gefahr, die ihr von einer protektionistischen deutschen Einheit drohen könnte, dieser letzteren gegenüber, so lange sie noch ungeboren, sich etwas frostig und zurückhaltend bezeigt.

Die öffentliche Meinung Englands ist also nicht begeistert für die deutsche Einheit. England hat seine Zweifel, ob Germania diesmal wirklich guter Hoffnung sei. Es betrachtet aber doch mit einigem Mißbehagen die Möglichkeit, daß ein starker Mann geboren werde, der in Europa ein Wort mitzusprechen haben möchte, und seine Grenzen dem englischen Gewerbfleiß verschließen könnte. Und das Alles kann man England gerechterweise nicht verdenken, man muß es natürlich finden.

Unrecht aber, meiner Ueberzeugung nach, thut man der öffentlichen Meinung Eglands, wenn man glaubt, daß sie geradezu feindselig oder leidenschaftlich erbittert gegen die deutsche Einheitssache sei. Man hat seine Zweifel, seine Besorgnisse, nicht aber entschiedenen Widerwillen und Abneigung.

Man könnte sich in dieser Hinsicht in Deutschland leicht durch die Stimmung der englischen Blätter, besonders der Times und des Morning Chronicle irre führen lassen. Es ist eine Vorstellung, die man oft bei uns antrifft, die Times zumal repräsentire die wahre öffentliche Meinung Englands und der Chronicle sei das Organ Palmerston's. Das Wahre ist, daß beide Zeitungen sehr verschiedenartigen Einflüssen zugänglich sind. Sie sind die willigen Dienerinnen der öffentlichen Meinung und außerdem noch von Diesem

und Jenem. In der innern Politik errathen sie mit schlauem Instinct, woher der Wind wehen wird, oder sie warten klüglich ab, bis er anfängt zu wehen; mitunter verrechnen sie sich auch, und dann wird frisch umgesattelt. In der auswärtigen Politik sind sie die Freundinnen von Diesem und Jenem. Denn im Allgemeinen bekümmert sich das englische Volk nicht sehr viel darum. In diesem Augenblick nun wird die äußere Politik beider Zeitungen, abgesehen von gelegentlichen continentalen Lufthauchen, von den torystischen Gegnern Palmerston's eingeblasen, und es ist oft erbaulich, wie an einem und demselben Tage beide Blätter das Eingeblasene so einträchtiglich wieder in die Welt hinausblasen. Aus dem Gesagten erhellt und wird sogleich noch mehr erhellen, warum man Deutschland gegenüber einen so boshaften, höhnischen und unverschämten Ton angeschlagen hat. Es ist ja kein sehr tiefes Geheimniß, wer die Verfasser der Leitartikel über das Auswärtige in jenen Blättern sind. Doch genüge es zu sagen: sie sind in ihrem eigenen Land nicht wichtig und nicht geachtet genug, als daß wir Deutsche uns durch sie die Galle sollten erregen lassen.

Die englischen Blätter also dürfen uns über die öffentliche Meinung nicht irre machen. Sie ist uns, wiederhole ich, im Ganzen nicht feindselig. Ja ein großer Theil der gebildeten Klasse ist uns sogar entschieden freundlich gesinnt.

Hier hat die eigene Anschauung, die Bekanntschaft mit Deutschland und seinen Bewohnern, seiner Literatur und Kunst ein Gefühl der Verwandtschaftlichkeit, der gemüthlichen Theilnahme für uns hervorgerufen. Wie sehr aber selbst die große öffentliche Meinung fähig ist uns auch politisch anzuerkennen, wo wir es verdienen, das hat die Art und Weise gezeigt, wie der vereinigte Landtag Preußens in England gewürdigt wurde. Der Beifall, die aufrichtige Sympathie, waren allgemein und einstimmig. Zeigen wir erst einmal der Welt die Einigkeit, von der wir so viel gesprochen, zeigen wir überhaupt Kraft und Besonnenheit, gründen wir eine männliche gesetzliche Frei-

heit, bauen wir eine starke Einheit, und das englische Volk wird das erste sein, uns mit freudigem Zuruf zu begrüßen.

---

Am Schluß des Jahres hatte Stockmar wiederholt seine in dessen Lauf befolgte deutsche Politik gegen die ihm Seitens einiger seiner hohen Gönner gemachten Vorwürfe zu vertheidigen.

An den einen derselben schreibt er am 8. December:

„Da wir seit 1848 im Februar in unseren politischen Ansichten abweichen, so nehme ich Verketzerungen von Ihrer Seite als gegeben an, selbst wenn Sie sich in Acht nehmen sich ganz offen gegen mich auszusprechen. Die Wahrheit ist: wir nehmen gegenwärtig zwei verschiedene Standpunkte in der Politik ein. Den Ihrigen glaube ich genau bezeichnen zu können: es ist ein rein dynastischer, in dem die Mittel zur Abhülfe unserer politischen Uebelstände nicht zu finden sind. Der meinige könnte Ihnen ohne besondere Erklärung von meiner Seite kaum recht deutlich sein, die nur mündlich durch Rede und Gegenrede zu geben ist."

Ausführlicher spricht er sich in einem Brief an einen andern hohen Herrn aus. Wir theilen die Stelle ganz mit, weil sie eine übersichtliche Zusammenfassung der politischen Ansichten und Wirksamkeit Stockmar's im Jahr 1848 gewährt.

„Was man Ihnen über meine jüngste politische Thätigkeit seit Februar 1848 gesagt haben mag, kann ich natürlich nicht wissen. Ich muß jedoch annehmen, daß Sie viel Ungegründetes darüber gehört, denn ich habe in neuester Zeit zahlreiche Beweise gehabt, daß eine Menge Politiker zum Behufe ihrer eigenen Absichten einen höchst willkürlichen Gebrauch von meinem Namen machten. So wurde ich in englischen, russischen, östreichischen, preußischen, deutschen Berichten citirt, gerade wie jeder Berichterstatter es für gut fand. Man berichtete Dinge, die ich Dem oder Jenem gesagt, oder die ich gethan haben sollte und die ich in der That entweder gar nicht gesagt und

gethan hatte, oder doch in ganz anderer Weise. Das alles ist in gegenwärtigen Zeiten natürlich, erklärlich und deswegen habe ich kein Recht mich darüber zu beklagen. Dagegen kann ich mit Wahrheit versichern, daß meine Worte und Handlungen während dieser Periode vollkommen mit folgenden Maximen übereinstimmen:

1. Aufrechthaltung der constitutionellen Monarchie als besten Ankers gegen Anarchie. —

2. Consolidation Deutschlands unter preußischer Hegemonie, nach dem Grundsatze, daß wenn dem größten Staate nicht auf legale Weise der Rang, der ihm gebührt, eingeräumt wird, man ihn dadurch veranlaßt, sich jenen durch die Natur der Dinge gegebenen Rang, auf dem factischen Wege zu verschaffen, d. h. durch nicht erlaubte Mittel zum Nachtheil des Ganzen. —

3. Consolidation Oestreichs als Separatstaat, der mit Deutschland durch enge Allianz zu vereinigen ist. —

4. Die Reconstruction Deutschlands wird theilweise bedingt von einem schleunigen und billigen Frieden mit Dänemark. —

5. Deutschlands Wohlfahrt und Unabhängigkeit verlangen, daß die Händel mit Italien auf eine für dieses annehmbare und billige Weise geschlichtet werden.

Der Unparteiische wird in dem Voranstehenden schwerlich etwas Republikanisches oder gar Revolutionäres finden. Allein es ist doch etwas darinnen, weswegen ich erklärlicherweise vielfach verketzert oder verleumdet wurde. Ich wollte ja Preußen obenan stellen; das konnte ich nicht wollen ohne Preußen über die übrigen Fürsten zu stellen, ergo war ich antimonarchisch, ergo republikanisch, ergo revolutionär. Ich aber sage: daß ich Preußen obenanstelle, fließt aus der Beschränktheit meines politischen Verstandes. Ich sehe keinen andern Ausweg. Sollte sich jemand finden, der mir eine bessere, ausführbare Möglichkeit zeigt, unsere demokratische Sündfluth wieder einzudämmen, so stehe ich sogleich von Preußen ab und setze mit gleicher Bereitwilligkeit den Fürsten von Liechtenstein an die Spitze. Denn

daß man 38 äußerst demokratische constitutionelle Monarchien durch einen Präsidenten oder ein Directorium zusammenhalten könne, hieran glaube ich nicht, und deswegen bestehe ich auf einer monarchischen Spitze. Ein demokratischer Fürstenbund, eine Fürstenrepublik ist mir Unsinn und Elend, wie unser zu Grabe getragener Bund hinlänglich bewiesen hat. Ein Bund, in welchem sich Riesen, starke Männer, und schwache kleine Kinder zu gleichen Rechten und Pflichten vereinigen, wird in unseren Tagen als Utopie erkannt."

---

## Dreiundzwanzigstes Capitel.

# Italiänische und deutsche Dinge 1848 bis 1849.

---

In dem vorstehenden Briefe, sowie in dem Schreiben an H. Gagern vom 3. December wird die östreichisch-italiänische Frage flüchtig erwähnt. Wir wollen über dieselbe, ehe wir von dem Jahre 1848 scheiden, aus den Briefen Stockmar's noch einige Auszüge zusammenstellen, die theils wegen der Thatsachen, theils wegen der Ansichten, die sie enthalten, Aufmerksamkeit verdienen.

Wir erinnern zuvörderst daran, daß die Bedrängniß der östreichischen Regierung durch Revolution, Aufstand und Feindesgewalt im Mai 1848 ihren Höhepunkt erreichte, daß auch in Italien die Fortschritte Sardiniens im Mai culminirten. Die Folge war die Mission des Herrn v. Hummelauer nach London, der auf dem Wege dahin Frankfurt berührte und Stockmar aufsuchte.

Hummelauer, Rath im Auswärtigen Ministerium zu Wien, war seit Jahren mit Stockmar genau bekannt, der den erfahrenen und unterrichteten Mann sehr schätzte. Ein Hauptgegenstand ihres mündlichen und schriftlichen Verkehrs pflegten bis dahin die Angelegenheiten der katholischen Kirche in England und Irland und die Be-

ziehungen der englischen Regierung zum heiligen Stuhl zu sein. Hummelauer war ein eifriger und einflußreicher Katholik und Stockmar fand bei Solchen leicht Vertrauen, weil er, obschon dem Namen nach Protestant, doch von den Satzungen jeder positiven Religion frei, die Ansprüche der Katholiken unparteiisch und vom rein politischen Standpunkt zu würdigen wußte. Aber jetzt standen die rein staatlichen Interessen im Vordergrunde und um diese drehte sich in Frankfurt die Unterhaltung der Freunde.

Stockmar schreibt am 21. Mai 1848:

„Die innern Zustände in Oestreich scheinen trostlos. Hummelauer, der hier durch nach London eilte, sagte mir, daß man in Wien im eigentlichsten Sinne rath- und thatlos sei. Nirgends zeige sich eine einzige Capacität. Die meiste Schuld an den jüngsten Fehlern mißt er den Erzherzögen bei. Die Unfähigkeit Ficquelmont's sei über allen Begriff gewesen. Von Wessenberg hofft er Besseres. Das Feuer, das die östreichische Regierung am meisten brennt, ist der Kriegszustand mit Sardinien und die drohende Einmischung der Franzosen in die italiänischen Angelegenheiten. Diesen Uebeln zu begegnen soll er die englische Mediation anrufen, um einen Frieden zwischen Oestreich und Italien auf die annehmlichsten Bedingungen für das letztere zu Stande zu bringen. Zu dem Ende giebt ihm seine Vollmacht den größten Spielraum. Gelingt dieser Versuch nicht, so will Oestreich, nach Hummelauer's Aussage, folgende Politik einhalten. Es will durch die stärksten militärischen Stellungen an der Tyroler Grenze und am Isonzo, um Triest mit Istrien decken zu können, eine Defensive behaupten, und ganz Italien freigeben; selbst Frankreich soll von Oestreich aus dann gestattet werden, auf die italiänischen Staaten, Rom und Neapel, einen Einfluß zu üben, welchen es nur wolle. Sogar Verlegenheiten, die Frankreich Deutschland am Rhein bereiten würde, sollen nicht hinreichend sein, Oestreich

aus dieser nur auf eigene Vertheidigung berechneten Haltung herauszulocken. Indem es glaubt ein Reich neu gründen zu müssen, was zum erstenmal seinen alten Namen verherrliche, will es Ungarn zum Kern des neuen Staates machen und nöthigenfalls die Residenz dorthin verlegen. Da Ungarn die Dynastie behalten will, so hofft man auf diese Weise unter ihr die übrigen Lande gruppiren und ihnen den nöthigen Verband geben zu können. Hummelauer sieht eine Vereinigung der deutschen Provinzen Oestreichs mit Deutschland für unmöglich an, erzählt jedoch von einer in denselben bestehenden republikanischen Partei, welche die Dynastie los zu werden wünsche und in der vollständigen Losreißung von Oestreich das Mittel hierzu ersehe. . . . Aus Allem, was mir Hummelauer sagte, ging hervor, daß die östreichischen Minister auf russische Allianz und Beistand zählen, daß sie gar keine aufrichtige Sympathie für Deutschland haben, ja selbst die Geneigtheit Englands sich durch commerzielle und finanzielle Hindernisse zu verschaffen wünschen, die aus ihrer neuen Politik für Deutschland hervorgehen sollen."

Es ist bekannt, daß Hummelauer in London zuerst am 23. Mai die englische Vermittlung auf der Basis anrief, daß Lombardo-Venetien eine selbständige nationale Verwaltung mit einem italiänischen Ministerium in Wien und einem Erzherzog als Vicekönig erhalten solle. Da Palmerston diese Vermittlungsbasis ungenügend fand, so modificirte Hummelauer am 24. Mai seinen Vorschlag dahin, daß 1) die Lombardei aufgegeben und ihrer eigenen Selbstbestimmung überlassen werden und 2) das nach dem früheren Vorschlag für Lombardo-Venetien proponirte Verhältniß für Venetien allein Platz finden solle. Das englische Cabinet erklärte indeß auch auf dieser Basis nicht vermitteln zu können und verlangte, der Vorschlag vom 24. Mai möge dahin erweitert werden, daß noch ein Theil des Venetianischen, über den die Betheiligten sich zu einigen hätten, zu der Lombardei geschlagen werde. Hierüber und in Folge des Widerstands, den die östreichische Militärpartei der Politik der Nachgiebigkeit entgegensetzte,

zerschlug sich die englische Mediation. Im Juli entschieden die Waffen für Oestreich. Am 9. August wurde der Waffenstillstand mit Sardinien geschlossen.

Stockmar war und blieb gleichwohl der Meinung, daß Oestreich den Status quo ante in Italien auf die Länge nicht zu behaupten vermöge und daß es daher in seinem eigenen Interesse sei, das nicht zu Behauptende jetzt aufzugeben, wo es noch verhältnißmäßig günstige Bedingungen zu erlangen hoffen dürfe.

Er schreibt am 9. September:

„Daß Oestreich nach Wiedereroberung der Lombardei ein vollständiges Recht habe, seinen bisherigen Territorialbesitz in Italien zu behaupten, kann Niemand läugnen. . . . Ob es aber eine gute, nachhaltige Politik sein werde, den Status quo ante festhalten zu wollen, ist eine andere Frage. Die Verträge, das formelle Recht können hier nicht entscheiden. Selbst vor dem Ausbruch des italiänischen Kriegs brauchte Oestreich zur Aufrechthaltung seiner Suprematie in Italien eine stehende Armee von 40,000 Mann. Welche Armee wird es nun unter erschwerten Umständen brauchen? Wird es sich nicht Jahr aus Jahr ein an moralischen und materiellen Mitteln zur Wahrung seiner Stellung in Italien erschöpfen müssen? Werden die italiänischen Provinzen einen wahren Zuwachs an Macht und Einfluß gewähren?"

Und am 7. December:

„Ich muß glauben, Oestreich werde in Zukunft gesünder, kräftiger und ruhiger in der europäischen Gesellschaft bestehen, wenn es die Lombardei aus seinem staatlichen Verband scheiden läßt und in ein Verhältniß zu sich setzt, welches auf den natürlichen gegenseitigen Bedürfnissen Deutschlands und Italiens ruht. Es lassen sich in

dieser Hinsicht verschiedene Modalitäten denken. Oestreich hat es jetzt in seiner Hand die Modalität zu erlangen, die ihm als Staat die vortheilhafteste dünkt."

Oesterreich war aber, begreiflich genug, von der Politik der Selbsterkenntniß und Resignation weit entfernt. Seit seinen Siegen dachte es nur an Wiederherstellung der früheren Zustände in Italien. Nur widerstrebend hatte es nach dem Waffenstillstand die englisch-französische Vermittlung angenommen, dann aber unter verschiedenen Vorwänden den Eintritt in die Verhandlungen hinausgezögert bis endlich im Februar Graf Colloredo in London erschien um die Vergeblichkeit einer Vermittlung darzustellen, im März Sardinien den Waffenstillstand kündigte und am 23. desselben Monats die Schlacht von Novara die öftreichische Herrschaft in Italien für die nächsten 10 Jahre wiederherstellte.

Ueber den Fortgang der italiänisch-östreichischen Verwicklungen im Jahr 1849 enthält ein Brief Stockmar's vom 19. Februar 1849 weitere interessante Thatsachen und Betrachtungen.

„Gestern Abend hörten wir, daß Graf Colloredo von Ollmütz mit dem Auftrage hierher komme, den Wunsch auszusprechen, Palmerston möge auf die Ausführung der englisch-französischen Mediation verzichten. Ist dem so, so ist dies wohl ein deutliches Zeichen, daß sich die östreichische Politik durchaus auf die im Frühjahr 1847 mit Rußland geschlossene Convention stützt. Es ist kein Zweifel, daß diese Convention abgeschlossen wurde, als alle von Petersburg und Wien in Berlin angewandten Mittel den König von Preußen nicht abhielten, den ersten vereinigten Landtag zu berufen. Die vorausgegangenen Ereignisse in Galizien, die gemeinsame Vernichtung der Republik Krakau hatte bereits zu jener Zeit Oestreich so abhängig von Rußland gemacht, daß Hummelauer mir 1846 sagte: „Gott sei Dank, daß Rußland uns jetzt mehr als früher influencirt; denn ohne Rußland gäbe es jetzt schon keinen östreichischen Staat mehr."

„Leider habe ich bis jetzt nicht erfahren können, was jene Convention enthält. Hier weiß man es auch nicht. Daß sie jedoch wirklich existirt weiß ich aus guter Quelle. Unter solchen Umständen ist zu erwarten, daß Oestreichs Politik in Italien und Deutschland eine russische Färbung tragen werde. . . . Als Deutscher beklage ich die östreichische Herrschaft in Italien deswegen, weil sie die italiänischen Provinzen schwerlich behaupten kann, ohne die Präponderanz der ersten Macht in ganz Italien auszuüben. Dies kann aber nicht geschehen ohne ein Verhältniß fortwährender Rivalität mit Frankreich, welche dem östreichischen Cabinet eine unausgesetzte politische Rücksichtnahme gegen Frankreich aufdrängt, die wiederum einem aufrichtigen treuen Bundesverhältniß zu Deutschland irrend und verführend im Wege sein wird. Was haben wir von einem Oestreich zu erwarten, welches, nachdem es sich Italien und Ungarn mit Gewalt unterworfen hat, zur dauernden Behauptung dieser Länder rechts mit Rußland, links mit Frankreich schön thun muß?"

„Die Idee eines größeren Königreichs im Norden von Italien hat Oestreich mehr genützt als eine Hülfsarmee von 50,000 Mann. Niemand wird bezweifeln, daß es im Frühjahr 1848 der jungen französischen Republik schwer gewesen wäre das Schwert für die Italiener zu ziehen, aber ebensowenig ist zu läugnen, daß der Gedanke nicht selbst zur Schöpfung einer ihnen verhaßten politischen Macht beitragen zu wollen, sehr viel dazu mitwirkte die Franzosen von einer Intervention in Italien abzuhalten. Auch war es jene Idee des norditaliänischen Königreichs, die hauptsächlich die extreme von der gemäßigten Partei in Italien trennte, und so dort eine Uneinigkeit und Schwäche erzeugte, die den Oestreichern äußerst willkommen und nützlich war. Jetzt, wo selbst Palmerston nicht mehr daran denkt sie zu einem Verzicht auf den kleinsten Theil ihrer italiänischen Besitzungen zu bereden, scheint Frankreich fortwährend geneigt, sich der Einmischung zu enthalten, so daß Oestreich mehr und mehr in dem Glauben bestärkt wird, diese Friedfertigkeit rühre nur von der gänzlichen

Ohnmacht der Republik her. Doch möchte ich warnen sich nicht zu sehr auf diesen Glauben zu verlassen. Daß Frankreich jetzt keinen Krieg will, begreife ich vollkommen, nicht aber, daß es keinen Krieg machen könnte, wenn es wollte. Und der Wille kann ihm über Nacht kommen. Welcher Politiker, der die Natur der Franzosen kennt und die aus ihrer jetzigen Regierungsform hervorgehenden Gefahren richtig beurtheilt, möchte es wagen zu versichern, daß Europa für die nächsten 6 Monate durchaus keine Gefahr von Frankreich drohe?"

Der Verlauf der Dinge in Italien war eine Niederlage für Lord Palmerston, der die Bewegungspartei in ganz Italien und insbesondere die Bestrebungen zur Herstellung eines norditaliänischen Königreichs durch die ihm zu Gebote stehenden Mittel: Worte, Argumente und Einfluß eifrigst unterstützt und sich dadurch zur Bête noire der continentalen Regierungen gemacht hatte, denen er schon durch seine Politik in Betreff der spanischen Heirathen, Krakaus und des Schweizer Sonderbunds unliebsam genug war.

Die continentalen Politiker freuten sich denn herzlich des Mißerfolgs, den er gehabt. Aus diesem Anlaß spricht sich Stockmar in zwei Briefen vom Februar und März über die Politik Palmerston's mit der ihm eigenen Gerechtigkeit aus.

1. Februar 1849.

„Palmerston's Collegen waren in den letzten Wochen mehr als früher besorgt geworden. Man hatte wohl die Absicht und den Wunsch ihn los zu werden, aber nicht den Muth der Ausführung. Wie es auch in abstracto mit der Rechtfertigung seiner Politik aussehen mag, in concreto hat er auf jeden Fall Unrecht, denn seine Voraussetzungen sind nicht eingetroffen und er hat daher Mangel an Erfolg in allen Ecken. Ich habe mir in neuester Zeit viele Mühe gegeben, die Politik des Mannes seit Februar 1848 in ihren Haupt-

zügen zu begreifen und glaube in den folgenden Sätzen einiges Licht darüber verbreiten zu können."

„A. Grundmaxime, in welcher er von allen seinen Collegen aufrichtig unterstützt wird, ist: Englands politischen Einfluß nach außen niemals zur Unterdrückung der Regierten durch die Regierer zu verwenden."

„B. Er sah die Crise in Italien kommen, hoffte durch Zureden von den Regierungen zeitige, mäßige Concessionen, von den Völkern Mäßigung und dankbare Annahme des Gebotenen zu erlangen. Daher die Mission Lord Minto's nach Italien im Herbst 1847."

„C. Minto erlangte weder das Eine noch das Andere. Da er mit der Volkspartei Zusammenhang hatte, so war er von Anfang an den Regierungen verdächtig, sie (vorzüglich Oestreich), betrachteten ihn als ihren größten Feind. Auf der anderen Seite konnte er die liberalen Führer weder zur Mäßigung vermögen, noch sonst leiten, sondern nur ihre Hoffnung auf einen Beistand Englands steigern, welchen das englische Cabinet weder geben wollte noch konnte."

„D. Von dem Augenblick an, wo das öftreichische Regiment in Italien und das der neapolitanischen Regierung in Sicilien gefallen war, hielt Palmerston das Wiederauferstehen beider für unmöglich und führte seine englische Politik, als wenn nunmehr kein Mensch das Entstehen eines großen Königreichs im Norden von Italien und die Trennung Siciliens von Neapel hindern könne."

„E. In diesem Glauben wurde Palmerston nicht nur durch seine eigenen diplomatischen Agenten in Italien, sondern auch durch die gänzliche Muthlosigkeit des öftreichischen und mehrerer italiänischer Cabinette bestärkt."

„F. Vom Februar bis Ende Juni war die Hauptfurcht aller Staatsmänner, die mit Italien zu thun hatten, die vor einer französischen Intervention. Man darf nicht übersehen, daß Palmerston wirklich der Meinung war, er könne auf Frankreich nur dadurch erfolgreich wirken, daß er sich in seiner auswärtigen Politik als Freund

der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit erweise. Ob die Franzosen es je mit der Intervention ernstlich meinten, ist allerdings eine andere Frage. Allein die Wahrheit verlangt anzuerkennen, wie das Glas in Frankreich damals so voll war, daß der geringste Stoß es hätte überfließen machen. Und Palmerston hat nicht nur diesen Stoß sorgfältig vermieden, sondern alles gethan, wodurch er einer Intervention zu entgehen glauben durfte."

„G. Palmerston mag allerdings geglaubt und gewünscht haben, durch seine Politik gegen Frankreich und Italien Louis Philipp, Guizot und Metternich die empfindlichste Lection zu geben. Jetzt freilich, après coup, sieht es aus, als wenn er einen großen Fehler begangen, daß er im Mai, wo Oestreich Hummelauer hierher schickte und froh gewesen wäre die Linie der Etsch zu behalten, auf dessen Vorschläge einzugehen versagte" *).

„Seit 8 Tagen finden sich Zeichen ein, daß auf Zureden oder Drohungen seiner Collegen Palmerston versprochen hat to become a good boy (sich artig zu betragen). Lady Palmerston sagte gestern: „es ist scharmant, es behält Jeder was er hat." Auch willigt Palmerston endlich in die Versetzung seiner unliebsamsten Agenten. Der spanische Bulwer geht nach Amerika, Lyons nach der Schweiz und der sehr milde Wyse dafür nach Griechenland. Es ist daher zu hoffen, daß wir von nun an in eine Politik einlenken, die Englands würdiger und der Welt nützlicher sei."

Derselbe Brief geht dann von Italien in natürlicher Gedankenverbindung auf Rußland und Oestreich über.

„Nunmehr wird sich die russische Politik wieder aus der Coulisse auf die Bühne begeben und in allen und jeden europäischen Staatsactionen mitspielen wollen. Man muß sagen, die Russen haben ihren ersten Act vom Februar bis heute vortrefflich gespielt. Doch

*) Gewiß war dies ein Fehler Seitens Palmerston's, obschon es andererseits sehr fraglich ist, ob Sardinien von seinen bisherigen Erfolgen berauscht damals die östreichischen Vorschläge angenommen haben würde.

war er auch, Dank der deutschen Dummheit, verhältnißmäßig leicht. Der zweite wird schwerer sein. Wenn mir Hummelauer schon im Jahre 1846 sagte: „„Ohne Rußland hätte Oestreich bereits zu existiren aufgehört,““ wie wird es damit jetzt, drei Jahre später, stehen?“

„Sie haben gutes Zutrauen zu Oestreichs Resurrection. „Die Armee!“ Ja wenn sie nur ohne Steuern erhalten werden könnte und wenn diese Steuern nicht von Parlamenten votirt werden sollten! Die Unterjochung von Italien und Ungarn ist möglich, aber läßt sie sich als dauernder Zustand denken? Die Hauptsache bleibt für die Regierungen immer regierbare Völker zu haben. Wie es bei den Ungarn ausfallen werde, will ich nicht vorhersagen, daß jedoch Radetzky die Italiener zu guten Oestreichern machen werde, ist mir unwahrscheinlich. Die Unterwerfung und Behauptung Italiens, die Verwandlung Ungarns in eine Provinz erheischen absolut, daß Oestreich sich solidarisch mit Rußland verbünde. Wie diese Allianz mit Oestreichs Ansprüchen an Deutschland in Einklang zu bringen sei, ist mehr als ich zu begreifen vermag.“

Ueber Palmerston's Politik verbreitet sich noch ein zweiter Brief vom 7. März.

„Sein Steckenpferd ist: Constitution überall! und, um hierzu zu gelangen, Unterstützung der Demokratie, wo diese auftritt und ihren Antheil an der Regierung verlangt! In dieser seiner Vorliebe haben ihn die neuesten Ereignisse bestärkt. Er sagte mir neulich: „„Republik ist eine schlechte Regierungsform, constitutionelle Monarchie ist besser, doch kömmt auch bei ihr viel darauf an, wer regiert. Wird ehrlich regiert, so bewährt sich diese Form, wie z. B. in England und Belgien, wo allein die gesetzliche Ordnung sich erhielt, während sie in allen anderen Staaten zerfiel.““

„An jene erste Maxime reih't er eine andere. Sie heißt: „„Sociale Umwälzungen werden nur dann möglich, wenn das politische Gebäude vollkommen baufällig geworden ist.““ Die Urheber der socialen Revolutionen sind nach ihm diejenigen Regierungen,

welche sich weigern das schadhaft gewordene Haus zur rechten Zeit auszubessern. Er behauptet, in diesem Sinne habe er in den letzten Jahren viele Regierungen dringend ersucht zeitgemäße Concessionen zu machen, um den politischen Umsturz und die daraus nothwendig folgende sociale Revolution zu vermeiden."

„Wenn ich nun auch der Meinung bin, unser Mann werde grundsätzlich derselbe bleiben, so hege ich doch zu gleicher Zeit die Hoffnung sein praktischer Sinn werde ihn vermögen, von nun an in der Anwendung seiner Theorie mit mehr Vorsicht und Mäßigung, vielleicht auch Billigkeit, zu verfahren. An ihm wird recht wahr, daß, wer keinen Erfolg hat, für Gegner und Feinde nicht zu sorgen braucht. In- und Ausland klagt ihn an und verdammt ihn, in Dingen, wo er wirkliche Schuld, und in Dingen, wo er gar keine hat."

„Ich klage ihn in Bezug auf seine Praxis desselben Fehlers an, den auch Pitt gemacht hat und der seinen Hauptsitz in mangelhafter Kenntniß des continentalen Europa's hat. Weil gewisse Dinge in England möglich, ausführbar und wünschenswerth sind, sollen sie es nach ihm auch in Italien u. s. w. sein. Nun ist aber der Lombarde, der Sizilianer u. s. w. vieles, nur kein Engländer; daher die Fehlgriffe und Enttäuschungen."

„Gegen Belgien und seinen König ist Palmerston sehr wohl gestimmt, denn in dem Gelingen des dortigen Experiments, in dem Erfolg des Königs Leopold sieht er den augenscheinlichsten Beweis für die Richtigkeit seiner eigenen politischen Grundsätze. Es ist seine Ueberzeugung, daß wenn die ministeriellen Verhältnisse in Belgien im Februar 1848 gewesen wären, was sie im Jahre 1846 waren *), Belgien unaufhaltsam in den Strudel der französischen Revolution gezogen und, zeitweilig wenigstens, in eine Republik verwandelt worden sein würde. Er stellt daher das Benehmen des Königs zum

*) Im Jahre 1847 war nämlich an die Stelle des katholischen Ministeriums von de Theux die liberale Verwaltung von Rogier getreten.

Muster auf, und sagt in Bezug auf viele der jetzigen Regenten: „„so gut wie dieser zur rechten Zeit die Tendenz der öffentlichen Stimme seines Landes verstehen und sich danach richten konnte, so gut könnt Ihr es auch. In Folge seiner Einsicht- und Gesinnung änderte der König sein Ministerium schon im Jahre 1847, und rettete auf diese Weise nicht nur Belgien, sondern die Möglichkeit des Friedens, der für England, Frankreich gegenüber, andernfalls schwerlich zu erhalten gewesen sein würde, da England der Garant der Selbständigkeit Belgiens ist und diese Selbständigkeit so sehr in Englands Interesse liegt, daß es selbst in unsern friedliebenden Zeiten, bei Bedrohung derselben, den Krieg nicht hätte vermeiden können.““

„Derselben Meinung ist auch Lord John Russell, der in einem Memorandum ausdrücklich sagt: wir werden den Frieden auf jeden Fall zu erhalten suchen, ausgenommen wenn Frankreich Belgien angreift. Ein solcher Entschluß, von einem schwachen Whigministerium ausgesprochen, in einer Zeit, wo das Parlament bis zur Ehrlosigkeit friedliebend ist, bleibt bemerkenswerth.“

Wir kehren nun zu den deutschen Angelegenheiten zurück.

Bunsen, im August 1848 auf seinen Posten in London zurückgekehrt, hatte nicht abgelassen in dem Briefwechsel mit seinem König diesen für seine deutschen Pläne zu bearbeiten. Der König, seiner Gewohnheit nach, ging einen Schritt vor, um dann wieder, unter anderen Einwirkungen einen Schritt zurück zu thun. Im December 1848 hatte er Bunsen nach Berlin berufen und es war diesem gelungen, die Circularnote vom 23. Januar 1849 durchzusetzen, wodurch Preußen die deutschen Regierungen zu einer Verständigung mit Frankfurt aufforderte, was einem Eingehen auf den Gagern'schen Plan gleich kam. Bunsen's Freude über den Erfolg konnte keine ungemischte sein, denn wenn man seinen merkwürdigen Bericht (Leben II, S. 490) über die Unterredung mit dem König liest, in der dieser seine Zustimmung zur Circularnote gab, so bekommt man den Eindruck, daß Friedrich Wilhelm entweder über

die Consequenzen jenes Schrittes nicht klar war oder sich vorbehielt keine Consequenzen daraus zu ziehen.

Bunsen ging zunächst nach Frankfurt um sich mit dem Reichsministerium über die schleswig-holstein'sche Sache und die fernere Behandlung der deutschen Angelegenheit zu benehmen.

Wenige Tage, nachdem er Frankfurt verlassen, schrieb

Heinrich Gagern an Stockmar.

14. Februar 1849.

„.... Ihr Brief war mir ungemein lehrreich .... Bunsen sprach mir auch seine Ansicht aus, die schon lange die meinige ist, daß ich Ihnen das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anbieten möge; vielleicht, daß Sie es jetzt nicht zurückwiesen.... Ich erkläre nun auf das Bestimmteste, daß ich jeden Augenblick bereit bin es in Ihre Hände abzugeben, wenn Sie es unter dem Reichsverweser noch zu verwalten sich entschließen können und in der Person des Reichsverwesers und Ihrem Verhältniß zu ihm kein Hinderniß sehen...."

„Die politische Lage hier läßt sich in folgenden Sätzen zusammen fassen:

„Wir hoffen, jedoch nicht ohne Besorgniß, daß der König von Preußen auf der neu eingeschlagenen Bahn verharren werde."

„Die preußischen Stände werden überwiegend deutsch sein. Der Prinz von Preußen ist entschieden und fest für uns. Ich fahre fort von Oestreich zu verlangen, über sein künftiges Verhältniß zu Deutschland zu unterhandeln."

„Wir hoffen es hier durchzusetzen, auch gegen den Widerspruch Oestreichs und der 4 Könige den Bundesstaat zum Abschluß zu bringen, im Wesentlichen nach den bekannten Verfassungssätzen, ohne Oestreich, mit 1, 2, 3 oder 4 der anderen Könige. Wer einstweilen draußen bleiben will, mag es auf seine Gefahr thun."

„In den nächsten Wochen wird mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs begonnen werden. Die Bevollmächtigten der kleineren Staaten haben sich mit dem preußischen (Camphausen), zu einer gemeinschaftlichen Exposition ihrer Desiderien über das Verfassungswerk geeinigt. Camphausen ist von der besten Gesinnung und Entschiedenheit, hat aber noch keine volle Zuversicht auf den Erfolg. Bunsen ist mit den besten Dispositionen von hier abgereist."

„Kommen Sie zu meiner Unterstützung, ich bedarf derselben und seien Sie von meiner hohen Verehrung überzeugt.

H. Gagern."

Am 11. Februar war indeß Bunsen nach Berlin zurückgelangt. Er berichtet a. a. O. S. 496, daß er dem König sofort seine Gedanken über die weitere Verfolgung der durch die Circularnote vom 23. Januar eingeschlagenen Bahn schriftlich mitgetheilt. „Der König," erzählt er, „antwortete mir umgehend .... er werde nichts von dem allen thun, — der Weg, den man eingeschlagen, sei ein Unrecht gegen Oestreich, — er wolle mit dem Fortführen einer so abscheulichen Politik nichts zu thun haben, sondern überlasse sie dem Ministerium!! — aber, komme die persönliche Frage, dann werde er als Hohenzoller antworten, um als ehrlicher Mann und Fürst zu leben und zu sterben. — Ich erfuhr alsbald den Commentar von den Ministern; bald nach der Abreise (Bunsen's) war der König gänzlich umgeschlagen; ein geheimer Briefwechsel mit Olmütz ward durch — — fortgeführt. ... Ich bewältigte den Schmerz .... ich schied (vom König) mit Thränen, schweigend, schweren Herzens."

Und doch war das Nein! des Königs auf die ihm von den Deutschgesinnten angerathene Politik auch wieder kein entschiedenes Nein! vielmehr dauerte das Schwanken zwischen ja und nein noch viele Monate hindurch fort.

Am 27. März wurde in Frankfurt die Reichsverfassung in zweiter Lesung, wenn auch mehrfach gegen die erste verschlechtert, doch in

der Hauptsache im Sinne der preußisch-deutschen Bundespartei angenommen, am 28. Friedrich Wilhelm IV. zum erblichen Kaiser gewählt.

Am 3. April 1849 empfing der König in feierlicher Audienz im Schlosse zu Berlin die Kaiserdeputation, welche ihn einlud „die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfassung annehmen zu wollen.“ Wie es scheint war der König noch den Abend zuvor bereit gewesen die ihm angetragene Krone, unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung der deutschen Fürsten und Staaten, anzunehmen, aber in der Nacht wieder umgesprungen. So lautete denn am 3. April seine Antwort dahin: er erkenne an, daß der Beschluß der Nationalversammlung ihm ein „Anrecht“ gebe, aber er könne keine definitive Entschließung fassen, ohne das freie Einverständniß der gekrönten Häupter, Fürsten und freien Städte Deutschlands, denen es jetzt obliege in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die beschlossene Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen fromme.

Hiermit war denn alles ins Ungewisse gestellt. Der König begab sich der Vortheile, die die Annahme der Krone auf Grund der Reichsverfassung, vorbehaltlich der Zustimmung der deutschen Staaten, geboten hätte. Diese Vortheile würden darin bestanden haben, daß er, im Einklang mit der populären Strömung, an die Spitze Deutschlands getreten wäre und durch die Reichsverfassung eine legitime Handhabe zur Einwirkung auf ganz Deutschland, auch auf die deutschen Königreiche gehabt hätte, eine Einwirkung, die damals mindestens auf Sachsen und Würtemberg nicht ohne Erfolg geblieben sein würde. Aber freilich man hatte in Berlin doctrinäre Bedenken gegen den demokratischen Inhalt der Frankfurter Verfassung. Geben wir einmal zu, sie seien praktisch durchschlagend gewesen, so hatte Preußen noch einen anderen Weg vor sich. Es wußte ja doch, welche deutsche Länder und Regierungen dem Bundesstaat unter seiner Hegemonie geneigt und es wußte, daß die Abgeordneten jener Länder zur Nationalversammlung der Majorität nach desselben Sinnes waren.

Es konnte mit diesen Elementen im Sommer 1849 unter viel günstigeren Bedingungen, unter dem frischen Eindruck seiner Siege in Baden und Sachsen, ehe noch Oestreich Ungarns Herr geworden war, diejenige Union, ja eine noch umfassendere in Scene setzen, die es im April 1850 in Erfurt unter ungünstigeren Umständen zu constituiren einen lahmen Versuch machte.

Statt dessen capriccirte man sich in Berlin darauf, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden könne. Man wollte Modificationen der Reichsverfassung von der Frankfurter Versammlung erlangen, welche im Gegentheil darauf beharrte, daß die Annahme der Reichsoberhauptswürde die unbedingte Annahme der Verfassung voraussetze, und obschon 28 deutsche Regierungen (alle mit Ausnahme der königlichen) am 14. April erklärten, daß sie die Reichsverfassung unbedingt annähmen und der Uebertragung der Kaiserkrone an den König von Preußen ihre Zustimmung gäben, so lehnte doch das Berliner Cabinet am 28. April die auf Grund der Frankfurter Verfassung dargebotene Kaiserwürde ab.

Am 14. Mai erfolgte die Abberufung der preußischen Reichstagsabgeordneten. Aber bereits am 15. verkündete ein Manifest des Königs: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. . . . Die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung ist hiebei zu Grunde gelegt. . . . Einem Reichstag aus allen Staaten, die sich dem Bundesstaat anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden. . . . Nur der Wahnsinn oder die Lüge kann solchen Thatsachen gegenüber die Behauptung wagen, daß ich die Sache der deutschen Einheit aufgegeben."

Am 28. Mai 1849 kam das Bündniß zwischen Preußen, Hannover und Sachsen, das sogenannte Dreikönigsbündniß, über Gründung einer bundesstaatlichen Union unter Preußen zu Stande. Preußen hatte also ein sich ihm darbietendes Werkzeug zerbrochen um sich

mühsam ein anderes anzufertigen. Wir werden, wenn wir Stockmar im Jahre 1850 zum Erfurter Reichstag begleiten, sehen, wie es mit der Ausführung des Dreikönigsbundes zögerte bis nur noch ein König im Bunde war und wie es sein eigenes Werk schließlich muthlos aufgab.

Schon am 31. Mai schreibt Stockmar:

„Die Proclamation des Königs von Preußen hatte für kurze Zeit in Preußen und einigen Theilen von Deutschland beruhigend gewirkt. Um diesem Eindruck Dauer zu verleihen, hätte das verheißene Project der Reichsverfassung den nächsten Tag erscheinen müssen. Selbst wenn Preußen ohne Baiern vorgehen müßte, ist nicht zu zögern. Was kann denn Baiern mit Oestreich für Deutschland thun?"

Stockmar verließ England Anfang Juli und brachte einige Zeit in Brüssel zu, in häufigem Verkehr mit dem König Leopold. Von dem erneuerten Eindruck der Persönlichkeit und Wirksamkeit des Herrn, den der alte Diener mit sich nahm, zeugt ein nach der Ankunft in Coburg geschriebener Brief, worin es heißt:

„Wie es auch in Frankreich zunächst sich gestalten möge, so fürchte ich für Belgien nicht, vorzüglich wenn Gott dem Könige Leben und Gesundheit und den Sinn erhält, in dem er seine königliche Aufgabe faßt, behandelt und zum Segen seines Volkes, zum Beispiel für alle Uebrigen gelöst hat. Er allein in ganz Europa hat bisher zur Rehabilitirung der monarchischen Verfassung das Seinige geleistet und gerade so viel er für das Königthum geleistet, gerade so viel haben alle übrigen seiner Collegen zum Verfall desselben beigetragen."

Nach einem Aufenthalt von einigen Monaten in Coburg kehrte Stockmar im November 1849 nach England zurück, ein Wechsel in Bezug auf die Möglichkeit einer Umschau in der Politik, den er in einem gleichzeitigen Brief bildlich ausdrückt, indem er Coburg mit

dem „Loch eines alten Ofens“ vergleicht, London eine „Hohe Warte“ nennt, von der man ganz Europa überschauen könne. Wir theilen nachstehend einige seiner Beobachtungen von der „Hohen Warte“ im Monat December mit.

Ueber die englische Politik und das Verhältniß Englands zu Frankreich schreibt er:

„Die englische Politik nach außen scheint mir fortwährend die alte, häufig an Unkunde der wirklichen Zustände auf dem Continent leidend, dann von der Hand in den Mund lebend, nicht sowohl ein Prinzip niederlegend und festhaltend, als die einzelnen Schwierigkeiten des Tages nach Convenienz und bloßer expediency (Nützlichkeitsrücksicht) behandelnd. Dabei zeigt sich eine Verschiedenheit der Richtung zwischen den englischen Diplomaten auf dem Continent, die an den alten politischen Traditionen und Maximen festhalten, und der modernen Politik des Ministers des Auswärtigen (Palmerston).“

„Die jetzige politische Freundschaft zwischen England und Frankreich ist im Innern hohl. Frankreich hält immer nur im Nothfall, gezwungen und daher mit innerlichem Widerstreben an England, wohl wissend, daß der englischen Politik unveränderlich ein Grundsatz innewohne, nämlich der, daß England im Frieden und durch freundnachbarliche Behandlung Frankreich leichter und sicherer im Zaum halte, als im Kriege durch die Gewalt der Waffen. Daß Rußland und Oestreich das Einvernehmen zwischen Frankreich und England, soweit sie nur können, zu stören suchen, ist natürlich. Daher geben die französischen Diplomaten häufig den russischen und östreichischen den Trost: „Seid nur unbesorgt, nous avons bien une politique à nous.“

Gern wird man Stockmar's Mittheilungen über die Auffassung der deutschen Dinge vernehmen, welche in Petersburg bei dem Kaiser Nicolaus bestand.

„Der Kaiser äußerte gegen einen Diplomaten, die Dinge in Preußen würden im nächsten Frühjahr voraussichtlich noch in einem

eben so schlimmen Zustand als vor zwei Jahren sein. Sein Schwager in Berlin sei ein Phantast, mit dem er keine Geduld habe. Dagegen habe der Kaiser von Oestreich, trotz seiner Jugend und Unerfahrenheit, Talent zum Regieren gezeigt. Allein wie wolle er sein aus so verschiedenartigen, unter sich durch keine Sympathie verbundenen Völkern zusammengesetztes Reich lenken? Die Germanisirung desselben, die man jetzt im Begriff sei zu versuchen, stelle sich als eben so schwer ausführbar dar, als die Lieblingsidee des Königs von Preußen: „Deutsche Einheit", deren Verfolgung er (Nicolaus) für ein sinnloses Unternehmen halte, das bis jetzt nur den Erfolg gehabt habe, heftige Eifersucht und beinahe ernstliche Verwicklungen zwischen Oestreich und Preußen hervorzurufen. Der Zustand Deutschlands mache ihn sehr besorgt. Er zwinge ihn nicht nur für mögliche Fälle eine große Militärmacht in Bereitschaft zu halten, sondern auch seine Grenzen fast hermetisch zu verschließen, um die deutschen Socialisten und Revolutionäre von Rußland abzuhalten. Sein Verhältniß zum Ausland bleibe im Allgemeinen dasselbe wie das Jahr zuvor. Sein Bestreben sei für alle Eventualitäten gerüstet dazustehen und er werde bereit sein, denen, die seinen Beistand brauchten und verlangten, zu Hülfe zu kommen."

„Einige Wochen später hatte der französische Abgesandte, General Lamoricière, vor seiner Rückreise nach Paris, eine Audienz bei dem russischen Kaiser, in welcher dieser sich wieder über den Zustand Deutschlands verbreitete. Der König von Preußen, sagte er, habe viel dazu gethan, den in Deutschland allgemein verbreiteten Geist der Unzufriedenheit zu erhalten, und zwar in der Absicht die kleineren deutschen Staaten zu lähmen und weiterhin ihre Unabhängigkeit zu zerstören. Er (Nicolaus) werde ruhig zusehen, er habe keine Lust sich in die deutschen Dinge zu mischen — er würde dadurch nur Deutschland gegen sich einigen — auch keinen Wunsch Oestreich gegen Preußen zu unterstützen, ausgenommen sofern es sich um Aufrechthaltung der Territorialbestimmungen des Wiener Congresses handeln würde."

„Ueber die Frage der „deutschen Einheit" stimmten der Kaiser und der General bestens überein. Der letztere hat keine besondere Sympathien für Rußland, aber sein Haß gegen Preußen ist unbegrenzt, er wird alles mögliche thun, um Preußens deutsche Pläne zu unterminiren und er wird sich freuen, daß Rußland sich hier mit Frankreich in einem gemeinsamen Interesse begegnen. Trotz der friedlichen Versicherungen des Kaisers scheint der General einen Krieg als Product des Conflicts der politischen Ansichten und Gefühle in Europa zu erwarten, ja zu wünschen, weil ein solcher, seiner Meinung nach, das beste Mittel sein würde Frankreich von seinen inneren Schwierigkeiten zu befreien."

Was die deutschen Angelegenheiten betrifft, so erlebte Stockmar im Laufe des Jahres 1849 die Freude, daß Prinz Albert sich in den Hauptpunkten: Ausscheiden Oestreichs aus dem engeren deutschen Verband, Constituirung des übrigen Deutschlands als Bundesstaat unter Preußens erblicher Hegemonie — zu seinen Ansichten bekehrte. Sonderbarerweise fügte es sich nun sogar, daß es Stockmar Ende 1849 zufiel den Prinzen gegen Vorwürfe, als sei er feindselig gegen Oestreich gesinnt, als habe er sich zum Werkzeug Preußens gemacht zu vertheidigen, wie er Ende 1848 ähnliche Vorwürfe gegen sich selbst abzuwehren gehabt hatte.

„Der Prinz, schreibt er, hält aus innigster Ueberzeugung an dem Grundsatz fest, den Sie selbst als einzigen Compaß im Sturm der Zeit aufstellen, nämlich:

„Daß in allen völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Verhandlungen, welche die heutige europäische Politik irgendwo und irgendwie nöthig macht, nicht einseitiges Interesse, Willkür oder Gewalt entscheiden dürfen, sondern ein von den bestehenden Verträgen ausgehendes neues Uebereinkommen angestrebt werden muß, dessen Basis eine vernünftige Erkenntniß des Bedürfnisses und des Rechts der gegenwärtigen Generation zu bilden hat."

„Der Prinz wünscht in Bezug auf die Wiederherstellung und

Neuordnung der deutschen Verhältnisse, daß es sich **möglich** erweise, dieselben auf eine für alle Betheiligten gesetzliche und vertragsmäßige Weise zu ordnen."

„Er erkennt vollkommen klar: daß in einem wirklichen Bundesstaat eine volle Souveränetät der Einzelstaaten nicht bestehen könne. Allein er legt auf diesen Umstand deswegen kein entscheidendes Gewicht, weil auch im früheren Staatenbunde die volle und wahre Souveränetät bloß für Oestreich und Preußen, für alle Uebrigen aber nur eine Scheinsouveränetät bestanden habe. Er zweifelt überhaupt, daß gegenwärtig irgend eine innere Organisation Deutschlands erdacht werden könne, die eine volle Souveränetät der Einzelstaaten zulasse."

„Um so weniger sieht er Gefahr oder Verlust darin, daß man auf Dinge verzichte, die nur scheinbaren Bestand und Nutzen hatten und die unter allen Umständen, auch in ihrem bloßen Scheinleben, nicht gerettet werden können, und glaubt, daß diejenigen Fürsten, die freiwillig dem engeren Bunde mit Preußen beigetreten sind, keine wahren Opfer bringen, sondern dadurch nur die Möglichkeit erlangen, das zu erhalten, was noch lebensfähig und erhaltbar ist. Zugleich sieht der Prinz in der Form des engeren Bundes ein praktisches Mittel, die Angelegenheiten eines Theils von Deutschland auf vertragsmäßigem Wege zu ordnen und einen Ausgangspunkt von hier aus zur Ordnung, auf dem nämlichen Wege, dessen zu gelangen, was der weitere Bund verlangen mag."

„Der Prinz hält es sogar für möglich, daß nach Ordnung des engeren Bundes und Errichtung eines zweckmäßigen weiteren Bundes später die Auflösung des engeren Bundes und Herstellung eines einzigen Föderativstaats angebahnt werde."

„Man mag nun über den Werth dieser politischen Vorstellungen des Prinzen denken wie man will, so haben sie doch das Verdienst der Klarheit und Anwendbarkeit und weisen wenigstens den Weg zu einem Versuch, das Geschick Deutschlands auf vertragsmäßigem Wege

zu ordnen. Dagegen kann er den Gegnern dieser Vorstellungen mit Recht vorwerfen, daß sie bis jetzt nur negirt, nicht einen einzigen praktischen Vorschlag gemacht und, absichtlich oder unabsichtlich, alles so verwirrt haben, daß am Ende Entscheidung durch rohe Gewalt auch in die Reihe der Möglichkeiten tritt."

„Ich komme nun zu der Version:

daß der Prinz in den deutschen Angelegenheiten sich zum Instrument Preußens gemacht habe."

„In Bezug auf diesen Vorwurf möchte ich Folgendes erwidern."

„Wer in einer zwischen großen politischen Mächten schwebenden Streitfrage es wagt eine eigene bestimmte Meinung zu äußern, nimmt nicht nur in den Augen seiner Gegner, sondern in denen des ganzen Publikums Partei."

„Es fragt sich demnach: Sollte der Prinz in diesen Angelegenheiten eine eigene Meinung haben, sollte er sie aussprechen? — Ich glaube, daß der Prinz, geistig organisirt wie er ist, weder vermeiden kann seine eigene Ansicht festzustellen, noch auch sie auszusprechen. Ich gehe weiter und meine, seine hiesige politische Stellung mache es ihm zur Pflicht, solche Ansichten den englischen Ministern gegenüber kund zu geben. Und mehr hat der Prinz nicht gethan, als daß er dem Lord John Russell ausgesprochen, welches nach seiner Meinung der legale und friedliche Weg sein möchte, über engeren und weiteren Bund oder, im Verlauf der Versuche, über einen Bund überhaupt zu verhandeln."

Preußen als solches konnte dem Prinzen in seiner englischen Stellung nichts abverlangen und hat ihm nichts abverlangt, so wie umgekehrt der Prinz für Preußen nichts thun konnte und nichts gethan hat."

„Als Beispiel aus wie leichtem Stoff dergleichen Gerüchte von Parteilichkeit zusammengewebt werden, will ich hier erzählen, was mir Ende October in Frankfurt in Betreff des Königs Leopold begegnete. Ich wurde dort von einer hohen Person und sehr ernsthaft befragt:

„warum der König in den deutschen Angelegenheiten so durchaus östreichisch und so preußenfeindlich sei? Es existire, sagte man, in Brüssel und in London eine Clique, die, beseelt vom Haß gegen Preußen, nichts unversucht lasse, dessen Interessen zu schaden. Man fürchte, daß die Autorität des Oheims die Nichte und den Neffen ebenfalls parteiisch gegen Preußen stimmen möchte. Dies würde man um so mehr beklagen, als eine gesunde Politik ein gutes Vernehmen zwischen Preußen und Belgien verlange, und vorauszusehen sei, daß im Augenblick wirklicher Gefahr Oestreich weder geneigt noch im Stande sein werde, Belgien zu unterstützen. —"

---

Vierundzwanzigstes Capitel.

## Aus dem Jahr 1850.

---

Die ganze Stellung Belgiens, die Frage seiner Lebensfähigkeit blieb für Stockmar natürlich ein Lieblingsgegenstand der Betrachtung. Er kommt in einem Brief vom 27. Januar 1850 darauf zurück.

„Hier (in England) ist die Unabhängigkeit Belgiens ein solches politisches Axiom geworden, daß unter allen Parteien darüber die vollkommenste Uebereinstimmung besteht. Ich brauche daher kaum zu versichern, daß in unserm Kreise eine Aeußerung im abweichenden Sinn nie vorgekommen ist. Der Vorschlag Antwerpen England zu überlassen (um es für Frankreichs Pläne gegen Belgien zu gewinnen) kann auch nur von Leuten kommen, die sich mit einem bloßen Einfall begnügen, ohne zu überlegen wie gänzlich unausführbar er sein würde. Es möchte Frankreich schwer fallen sich zur Abfindung Englands durch Antwerpen zu entschließen, daß es aber einen einzigen Engländer geben sollte, der sich der Täuschung einer solchen Abfindung hingäbe, bezweifle ich."

„Was ich seit lange geglaubt, glaube ich jetzt fester als je,

nämlich daß Belgien als selbständiger Staat nur durch die Fehler der eigenen Regierung und Volksvertretung wieder untergehen könne. Nun haben aber König und Regierung, wie Volksvertretung, seit 1848 thatsächlich und vor ganz Europa bewiesen, die Einen, daß sie regieren können, die Andern, daß sie tüchtig sind dem von einer wahren Repräsentativverfassung ihnen eingeräumten Antheil an der Regierung gehörig vorzustehen."

„Wäre ich belgischer Minister in einem Augenblick europäischer Crise, so würde das Prinzip meiner Führung dahin gehen:

„1. Die vertragsmäßige Neutralität Belgiens im vollen Sinne des Worts aufrecht zu erhalten

„2. Mir Europa gegenüber die Interpretation dieser Neutralität zu arrogiren.

„3. Um diesen Act belgischer Autonomie gehörig vollbringen zu können, würde ich die größtmögliche materielle Streitkraft auf die Beine bringen, in der festen Zuversicht, daß es keiner europäischen Macht unter solchen Umständen einfallen werde, die Neutralität eines Staates anzutasten, der nach eigener Wahl 100,000 Mann entweder dem einen oder dem andern streitenden Heere zuführen kann." —

Der unsichere Zustand Frankreichs ließ zu dieser Zeit manchen Wunsch aufsteigen, daß die alte heilige Allianz der Nordmächte noch bestehen möchte. Mit Bezug hierauf schreibt Stockmar in demselben Brief:

„Alle solidarischen Allianzen zwischen großen Mächten, für mehr als ein spezielles, klar definirtes Objekt, erscheinen mir gefährlich. Sie führen in der Regel zu großen politischen Fehlern und zur ungerechten Dictatur. So lange es eine große Sache gab, ein deutliches Objekt, die Bekämpfung Napoleon's, erschien mir jene Solidarität gut. Von dem Augenblick aber, wo ihr specifischer, greifbarer Gegenstand verschwunden und sie gegen ein Allgemeines, Unsichtbares, gegen einen geistigen Dämon, den Jeder auf andere Weise sieht, fühlt und begreift, gerichtet sein sollte, bin ich bedenklich über

ihren Werth geworden. Angeblicherweise soll nun ihr Gegenstand der Schutz der Staaten gegen die Desorganisation sein, die ihnen Demokratismus, Republikanismus, Sozialismus u. s. w. bringen kann. Ich aber suche den Schutz, den die Staaten bedürfen, vorzugsweise in der Anwendung geistiger Mittel. Die Geister, die man angeblich bezwingen will, kann man nach meiner Ansicht nur dadurch bezwingen, daß man den Rechtssinn der Majorität eines Volks durch zeitgemäße Institutionen versöhnt und auf diese Weise stärkt und mehrt. Aber gerade die Solidarität jener Allianz macht die Anwendung solcher geistigen Mittel unmöglich. Wie sollen sich drei Regierungen, deren Völker jedes einen andern Culturzustand hat, über ein und dasselbe diesen Culturzuständen entsprechende Prinzip vereinigen können? — Die Natur der Dinge erlaubt so etwas nicht. Gerade das Produkt also, dessen die Staaten absolut bedürfen, kann die Solidarität so wenig hervorbringen als ein Maulthier Junge. Diese Solidarität kann nichts als die materiellen Kräfte vereinigen um durch physische Gewalt geistige Dämonen niederzuhalten. Sie kann daher eben nur bewirken, daß die Alliirten Zeit verlieren, sich von der wahren Heilung der Uebel durch die rechten Mittel abhalten lassen und durch kurz dauernde scheinbare Erfolge sich selbst und die Welt betrügen."

Eine unmittelbare Gefahr der Bildung einer neuen heiligen Allianz bestand freilich zu Anfang 1850 nicht, vielmehr war man in Preußen wieder einmal dem Rubicon näher und näher gerückt, jenseits dessen die Lösung der deutschen Frage und der Conflict mit Oestreich lag.

Es ist im Allgemeinen bekannt, daß Louis Napoleon die Zwietracht zwischen Preußen und Oestreich zu schüren im eigenen Interesse fand und daß zu dem Ende Persigny in Berlin erschien, dessen Eröffnungen daselbst jedoch keine den französischen Absichten günstige Aufnahme fanden.

Ein Brief Stockmar's vom 13. Februar giebt einen Beitrag zur Geschichte dieser Mission:

„Die Großherzogin Stephanie (von Baden)*), sagte im Januar zu einem meiner Freunde folgendes: „„Die Abdication der Hohenzollern und die Annexion ihrer Lande an Preußen**) habe ich bewirkt. Ich habe meinen Verwandten***) gesagt: Die kleinen deutschen Staaten, namentlich Baden, sind verfault; thut was Ihr wollt, Ihr könnt Euch nicht erhalten; Preußen allein ist lebensfähig, und wer sich noch betten will so gut er es kann, muß mit Preußen zusammen halten. Meint Frankreich es friedlich und freundlich mit Deutschland zu halten, so kann dies nur auf der Basis einer Allianz mit Preußen geschehen, denn alles übrige kann keinen Halt abgeben. Dies habe ich zu seiner Zeit meinem Cousin, dem Präsidenten geschrieben. Ich habe die Mission Persigny's angeregt, um zu erfahren, was denn Preußen seinerseits für den Präsidenten thun könne. Sie begreifen, daß der Präsident, um Frankreich einer solchen Allianz geneigt zu machen, es in seiner Macht haben muß, ihm ein Geschenk zu bieten, wenn es auch wenig wäre. Könnte man ihm z. B. nicht wenigstens Landau überlassen?““ †).

„Mein Freund antwortete:

„„Es wird Euer Hoheit nicht verborgen sein, daß Persigny in Berlin fiasco gemacht. Auch kann ich nicht umhin zu sagen, daß Sie Ihre Pläne auf eine Politik bauen, deren Zeit vollständig untergegangen ist. Ich will nicht erwähnen, wie die Erneuerung jener Politik schon durch die Persönlichkeit des Königs von Preußen unmöglich sein würde, sondern nur daran erinnern, daß wenn Preußen

---

*) Bekanntlich Tochter des Vicomte de Beauharnais, Schwagers der nachmaligen Kaiserin Josephine, also Cousine der nachmaligen Königin Hortense, der Mutter Louis Napoleon's, 1806 mit dem Großherzog Carl von Baden vermählt.

**) Die Fürsten von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen hatten ihre Lande am 7. December 1849 an Preußen abgetreten.

***) Die Tochter Stephanie's Josephine ist an den damals regierenden Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen vermählt.

†) Mit dem Vorstehenden sind die Mittheilungen in Bunsen's Leben III, S. 116 bis 119 zu vergleichen.

sich einfallen lassen wollte, ein einziges deutsches Dorf an Frankreich abzutreten, es von ganz Deutschland verabscheut werden würde.""

---

Endlich im Februar 1850 wurde der Reichstag zur Vereinbarung der Verfassung des engeren Bundes mit den dem Dreikönigsbündniß beigetretenen Regierungen auf den März nach Erfurt berufen.

Welche Aussichten hatte das neue Unternehmen? Hören wir dessen Leiter, Radowitz.

Er sagt in seinen gesammelten Schriften Band II, S. 123 ff., 181 ff.: „Die vorbereitenden Arbeiten waren Mitte Juni 1849 beendigt, vor Ende Juni war die Pfalz und Baden unterworfen, die Reste der Nationalversammlung in Stuttgart aufgelöst, die Gothaner Versammlung, als Vertreterin einer für diesen Gang sehr einflußreichen Partei, hatte sich ausgesprochen. Gesetzt nun, die preußische Regierung hätte in jener Zeit den Entschluß gefaßt, .... einen Präclusivtermin für die Abgabe der Erklärungen der deutschen Regierungen .... auf den 15. Juli anzusetzen, das Parlament auf den 1. August einzurufen, dort die unverzügliche Annahme der Verfassung .... durchzusetzen, die Verfassung sofort zu verkünden und ins Leben treten zu lassen." Er meint, die Beitrittserklärungen der kleineren Staaten wären nicht ausgeblieben. Hannover und Sachsen würden damals, so bald nach dem Abschluß des Maibündnisses und nach der Dresdener Mairevolution, die Beschickung des Parlaments nicht geweigert haben. Die Unterwerfung Ungarns und Italiens sei erst später, im Lauf des August und Septembers, erfolgt. Es sei also zweifelhaft, ob Oestreich sich damals dem preußischen Beginnen mit Gewalt würde widersetzt haben. Bei allseitiger Erwägung müsse man zu dem Schluß gelangen, daß der angedeutete Weg durch alle Hindernisse hindurch mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Ziel geführt haben würde. Und in dem Cabinet sei kein Zweifel gewesen, „daß Preußen über die Kräfte zu unfehlbarem Sieg verfüge."

Die naheliegende Frage, warum dieser Weg zum unfehlbaren Siege nicht betreten worden, beantwortet Radowitz dahin, die Krone habe ihn nicht betreten *wollen*, weil sie sich „durch eine höhere Pflicht gebunden hielt, in ihrem Streben zur Einigung der Nation nicht die Revolution zum Bundesgenossen zu berufen."

Die preußische Regierung sah sich also, sagt er, „gebunden, den *kurzen und sicheren* Weg zu ihrem eigenen Ziele nicht zu betreten."

Radowitz stellt eine längere Erörterung darüber an, ob der Satz richtig sei: „wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen." Man kann ihm einräumen, daß nicht jedes Mittel zum Zweck gerechtfertigt sei, man mag den Gewissensbedenken des Königs ihr volles Gewicht zugestehen. Was folgt daraus? Bleibt es nicht umgekehrt wahr, daß *wer die Mittel nicht* **will** *oder nicht* **hat**, *vernünftigerweise auf die Verfolgung des Zwecks verzichtet.* Oder mußte die preußische Regierung, weil sie den „*kurzen und sicheren Weg*" nicht gehen *wollte* oder *durfte*, nun einen weitläuftigen, unsichern, ja aussichtslosen Weg einschlagen? Das hat sie aber gethan. Sie hat die günstige Gelegenheit vorübergehen lassen. Sie hat gewartet bis Oestreich seine Herrschaft in Ungarn und Italien wieder hergestellt, bis Baiern und Würtemberg ihre Ablehnung erklärt hatten, bis Hannover und Sachsen abgefallen waren, Vorboten des Abfalls an einigen kleineren Höfen sich zeigten, sie hat das Parlament statt auf den 1. August 1849 auf den 20. März 1850 berufen. Die Schwierigkeiten und Gefahren des Unternehmens waren also gewachsen. Die Eventualität eines Krieges mit Oestreich war näher gerückt. Allerdings trugen Radowitzen's Pläne den Gewissensbedenken des Königs scheinbar Rechnung. Kein Zwang gegen die Regierungen! Keine Verbindung mit den revolutionären Kräften! Keine Steigerung der Gefahren Oestreichs! Aber mußte nicht der König mit seinem feinen Instinct bald durchfühlen, daß dies zum Theil nur Schein war, daß das Unternehmen im Grunde seinen innersten Neigungen, Tendenzen und Ueberzeugungen zuwiderlief?

Wie viel Regierungen hielten denn aus wirklich freiem Willen zur Union? Mußte nicht der Erfolg des Unternehmens im letzten Resultat dem Liberalismus zugutekommen, das heißt in den Augen des Königs der Demokratie, der Revolution? Und vertrug sich die Verdrängung Oestreichs aus seinem Primat in Deutschland, eventuell ein Krieg gegen jenes mit der angeerbten Pietät und Deferenz? War nicht also das ganze Unternehmen ein verschleiert revolutionäres? Ein hochconservatives war es gewiß nicht. Durfte man hoffen, unter solchen Umständen den König zu einer entschiedenen Unionspolitik zu bestimmen und dabei festzuhalten? War nicht ein Olmütz vorherzusehen?

Die Leiter der preußisch-deutschen Politik in Berlin hätten die Unionspolitik fallen lassen und selbst zurücktreten müssen, sobald es sich gezeigt hatte, daß das Maibündniß nicht schon im Sommer 1849 rasch und entschieden durchzuführen war. Kein Besonnener unternimmt einen schwierigen, nicht unbedingt gebotenen Versuch, wenn er sich bewußt ist, daß der Hauptfactor in der Berechnung seiner Mittel (hier der König) ihm nicht sicher ist.

Freilich lag die innere Ohnmacht der preußischen Unionspolitik für den Beobachter zu Anfang 1850 noch nicht so zu Tage, wie heute für den Rückblickenden. Dazu kam, daß der Mensch hofft, was er wünscht, und so hatte denn die Berufung des Erfurter Parlaments bei den Anhängern der Einigung Deutschlands unter Preußen manche Erwartung erregt. Jedenfalls empfanden sie es als Pflicht, das Ihrige zu thun, um nach besten Kräften zum Gelingen des von den Regierungen begonnenen Werks beizutragen. Die Bevölkerung Coburgs betheiligte sich mit großem Eifer an der Wahl zum Abgeordnetenhause. Aus 84 Wahlmännern erschienen 82, und von diesen erhielt ihr Mitbürger Stockmar 74 Stimmen.

Am 1. April langte er aus England in Erfurt an. Nach dem, was er von den maßgebenden Persönlichkeiten gesehen und erfahren, konnte er nicht zu den Sanguinikern gehören.

Den Hauptlenker der Unionssache, Radowitz, kannte er nicht persönlich. Bunsen hatte ihm zwar seit Jahren immer wiederholt:

„Radowitz ist ein edler und ehrlicher Mann, vertrauen Sie ihm." Allein die ganze bisherige Rolle Radowitz's hatte bei Stockmar die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Er warnte vor ihm, als vor einem Manne, der in allen seinen politischen Unternehmungen eine „unglückliche Hand" gehabt. Auch was man über Radowitz's soziales Auftreten vernommen, über seine zur Schau getragene Vielseitigkeit, über seine Schwäche, durch rasch bei dem Einen aufgeraffte Kenntnisse, den Andern imponiren zu wollen, machte Stockmar, nach seiner Art ex ungue leonem zu beurtheilen, bedenklich. Wer den bloßen Schein cultivirte, war bei ihm nicht empfohlen, und für den ernsten Staatsmann hielt er solche Künste zu klein. Wie Radowitz in dem Streben, sich mit leicht aufgelesenem Wissen in der Gesellschaft belehrend ein Ansehen zu geben, zuweilen Schiffbruch litt, pflegte Stockmar mit vielem Behagen durch eine weniger bekannte kleine Geschichte zu illustriren, die sich in der Frankfurter Zeit ereignet hat. Ein Bekannter Stockmar's, Herr von S., der in der Nähe Frankfurt's wohnte, wollte sich zu einer Abendgesellschaft bei seiner Tante, Frau von G., begeben, wo er auch Radowitz zu finden erwartete. Beim Einsteigen in den Wagen bemerkt er in nicht großer Entfernung einen hellen Feuerschein. Er läßt den Kutscher dorthin lenken und findet eine brennende, schon zum größeren Theil herabgebrannte Scheune. Nachdem er sich von diesem Thatbestand überzeugt, fährt er zu seiner Tante. Er trifft sie allein im Salon. Sie erläutert, Herr von Radowitz habe die ganze Gesellschaft auf den Boden geführt, um ihr das schöne Nordlicht zu zeigen und erklären. Indem hört man schon die Gesellschaft die Treppe wieder herabkommen, voran Radowitz, laut docirend über Erdmagnetismus, Elektricität u. s. w. Radowitz tritt ein und geht sofort auf Herrn von S. mit der Frage zu: Haben Sie das schöne Nordlicht gesehen? — Darauf von S.: „Ja wohl, ich bin selbst dort gewesen; es wird aber gleich vorbei sein."

Radowitz: Wie so? — S.: „Ich komme eben daher. Es ist eine brennende Scheuer." — Radowitz war still und hatte nach 10 Minuten seinen Hut genommen um sachte zu verschwinden.

Stockmar fand diese Anekdote zugleich symbolisch bezeichnend für das Wesen Radowitzen's, dem er nicht zutraute, die Wirklichkeit richtig zu erfassen und beobachten, der vielmehr, seiner Meinung nach, auch in der Politik leicht eine brennende Scheuer mit einem Nordlicht verwechselte.

Da Stockmar mit solchen Voreindrücken Radowitz in Erfurt begegnete, so war es natürlich, daß der Versuch, eine Annäherung zwischen ihnen herbeizuführen, mißlang, den ein gemeinsamer Bekannter unternahm.

Schon der erste Brief Stockmar's aus Erfurt, der uns vorliegt (vom 6. April), zeugt von der Hoffnungslosigkeit, dem Mißtrauen, die dort in der deutschen Partei vorherrschten.

„Der allgemeine Eindruck ist, daß nichts geschehen werde, daß man hier bald wieder auseinandergehen müsse. Man glaubt, daß sämmtliche verbündete Regierungen, Preußen nicht ausgenommen, dahin trachten, aus dem Maibündniß herauszukommen. Man spricht von einem geheimen Einverständniß Preußens mit Oestreich im Sinn des Eingehens auf die Münchener Vorschläge" *).

Radowitz (a. a. O. S. 254) klagt bitter über das „tiefe Mißtrauen gegen die Regierungen, nicht blos gegen die offenbar übelwilligen, sondern auch gegen die preußische."

Aber wer konnte wohl an den ernsten und energischen Willen zur Durchführung des Begonnenen bei der preußischen Regierung glauben, wenn man deren Staatsmänner durchweg die sicheren und geeigneten Mittel zum Zweck nicht wollen, die unzweckmäßigen Wege einschlagen, ihrem Werk selbst Schwierigkeiten bereiten, sich an Händen und Füßen selbst binden sah? Radowitz betheuert (a. a. O.

*) Das von Baiern, Würtemberg und Sachsen aufgestellte Project einer deutschen Bundesverfassung vom 27. Februar 1850.

S. 122) „vor dem Angesicht dessen, der in's Verborgene schaut, daß die preußische Regierung das Ziel, die deutsche Nation zu bundesstaatlicher Einigung zu führen, ganz und aufrichtig wollte.“ Wir dürfen es also, um zunächst von ihm selbst zu reden, nicht bezweifeln. Die Rücksicht auf den König legte ihm allerlei unnatürliche Fesseln an — das war das Geheimniß, wir sind davon überzeugt. Aber mußte er sich zum Leiter einer Politik machen, die der König nur halb widerstrebend sich angeeignet hatte?

Gleich bei der ersten wichtigen Frage, wie sich das Parlament zu dem ihm vorgelegten Verfassungsentwurf stellen solle, ergab sich aus der inneren Halbheit der Unionspolitik eine gradezu absurde Situation. Da man mit der Ausführung des Dreikönigsbündnisses so lange gezögert hatte, so war, um mit Radowitz (a. a. O. S. 253) zu reden, „durch den schnell fortrollenden Strom der politischen Geschichte manches hervorgetreten, was auf den Verfassungsentwurf vom 28. Mai 1849 zurückwirkte. Die Hauptstelle hierin nahm der inzwischen erfolgte Abschluß der preußischen Landesverfassung ein: man durfte nicht zulassen, daß diese, wo sie von der Unionsverfassung abwich, nochmaliger Abänderung unterworfen werde, die außerdem sogar eine entschiedene Verschlimmerung gewesen wäre; es betraf dies insbesondere den Abschnitt der Grundrechte, bei welchen die Gefahr allgemeiner Sätze ohnehin am nächsten entgegentritt.“

Deshalb wurde das Parlament von Radowitz bedeutet, Annahme der Verfassung en bloc würde das Zustandekommen des Bundesstaats vielleicht ernstlich gefährden, er widerrathe sie dringend *): man wünsche Modificationen angenommen zu sehen, diese vermöge er jedoch nicht zu präcisiren, es bleibe der Versammlung überlassen sie vorzuschlagen. Ein Verfahren, wie es wohl noch nie dagewesen und nie wiederkommen wird, ganz geeignet den Schein zu erwecken, als wolle man das Parlament zum Besten haben!

*) Einen „drohenden Rath“ nannte es der Berichterstatter des Volkshauses, Camphausen.

Dieses befand sich in einem üblen Dilemma: nahm es die Verfassung einfach an, so war ihm das Scheitern des ganzen Werks vorhergesagt; ließ es die Verfassung fahren, um neue Vorschläge zu machen, so gab es einen vorhandenen formellen festen Rechtsanspruch preis, um ein ganz unsicheres Resultat; denn ob die Abänderungsvorschläge von den Regierungen angenommen würden und dann das Inslebentreten der Union gesichert sei, konnte man nicht bestimmt vorher wissen. Die Majorität entschied sich für den etwas künstlichen Ausweg:

> Annahme der Verfassung en bloc — gleichzeitiges eventuelles Anbieten bestimmter Abänderungen an die unirten Fürsten.

Nun glaubte man, die Regierungen gefangen zu haben, man hielt mit der einen Hand die unveränderte Verfassung fest und reichte mit der anderen den Regierungen Modificationsvorschläge hin, gegen deren Annahme man den ursprünglichen Entwurf loslassen wollte. Allein was Herr von Manteuffel sogleich vorhergesagt hatte, traf doch ein: „Die großen Fische durchbrachen das Netz.“

Stockmar war abweichender Meinung von der Majorität gewesen. Er gebrauchte das Bild, wenn man zwei Gräben vor sich habe, so sei es nicht weise, gleich mit über den zweiten zu setzen, ehe man wisse, ob es nöthig sei. Er hielt es für tactisch falsch, wenn das Parlament mehr thue, als die Verfassung anzunehmen. Und auf die Beobachtung solcher methodischer Regeln legte er, von England her, großen Werth. Die Versammlung dütfe die Nachgiebigkeit auch nicht so weit treiben, sich solche Zumuthungen der Regierungen einfach gefallen zu lassen. Die Annahme der eigenen Propositionen zu widerrathen, ohne andere zu machen, heiße mit dem Parlament spielen. Es sei abzuwarten, was die Regierungen bei Annahme der Verfassung en bloc thun würden. Verwirklichten sie die Drohung, daß durch Annahme ihrer eigenen Vorlagen das Werk

scheitern werde, so sei dies ein so unerhörtes Verfahren *), daß man die Verantwortlichkeit ruhig den Regierungen überlassen könne, die dadurch nur zur Evidenz beweisen würden, daß es ihnen mit der ganzen Sache nicht Ernst gewesen. Sei es ihnen aber Ernst damit, so werde sich dann das Weitere finden, nach dem englischen Sprüchwort: where there is a will, there is a way — „wo der Wille vorhanden ist, finden sich die Mittel."

Diese Ansichten trug Stockmar am 10. April mehreren der ihm von Frankfurt her näher bekannten Männer, H. Gagern, Präsident Simson u. A. vor. Gagern erwiderte ihm: man wisse aber schon vorher, daß die Regierungen Abänderungen wollten, daß man also den zweiten Graben zu überspringen haben werde. Preußen könne einer Abänderung seiner mühsam errungenen Verfassung sich nicht aussetzen **): es müsse deshalb eine Abänderung der Unionsverfassung in den abweichenden Punkten angeboten werden. Dieses Anerbieten könne gemacht werden, ohne die vorgängige Annahme der Verfassung aufzuheben.

Simson entgegnete Stockmar, die einfache Annahme der Regierungsvorlagen sei darum unthunlich, weil die Durchführung des Bundesstaats auf Preußen und hier, wie die Dinge dermalen ständen, auf dem Willen des Königs beruhe. Ohne dessen aufrichtige Mitwirkung könne die Sache nicht durchgeführt werden. Diese Mitwirkung aber sei nur zu erlangen, wenn dem König die Nöthigung erspart werde, die eben erst zu Stande gekommene preußische Verfassung wieder abzuändern. Die Aenderungen, um die es sich

*) Der ruhige gemessene Camphausen konnte im Volkshause am 13. April die Bemerkung nicht unterdrücken, daß er in dem drohenden Rath Radowitzen's jede Begründung vermißt habe. Die Stellung des Verwaltungsraths zur Versammlung sei nicht eine solche, die ein derartiges Verfahren rechtfertige. —

**) Allein Art. 118 dieser Verfassung selbst sah solche Abänderungen ausdrücklich vorher, und überließ deren Anordnung auf Grund der Unionsverfassung dem König, dem Landtag nur das Recht vorbehaltend zu prüfen, ob die vom König angeordneten Abänderungen mit der Unionsverfassung übereinstimmten.

handele, seien allerdings unwesentlich. Aber in Berlin halte man sie für höchst wichtig, und diese Ansicht könne man nicht ändern, man müsse sie also schonen.

Camphausen, der dazu kam, rief, als ihm Stockmar's Ansicht mitgetheilt wurde, lebhaft aus: „ach, das wäre mir ja lieb; ich habe das gleich im Anfang gesagt, aber ich stand ganz allein, von allen Freunden verlassen. In der Ueberzeugung, daß meine ursprüngliche Meinung keine Mehrheit gewinne, habe ich den von mir gestellten Antrag im Sinne der Majorität modificirt."

Auf solche Conferenzen mit den hervorragenden Männern der sogenannten Gothaner beschränkte sich, neben der Erfüllung der unmittelbaren Pflichten des Abgeordneten, Stockmar's Wirksamkeit in Erfurt. Für das parlamentarische Parteileben war er seiner ganzen Natur und seinen Antecedentien nach nicht geeignet. Er hatte zu viel selbständige staatsmännische Ueberzeugung und zu wenig Geduld, um sich in eine Parteidisciplin zu fügen und Fractionssitzungen auszuhalten. Er war an dem früheren deutschen parlamentarischen Treiben nicht betheiligt gewesen, und schon aus diesem Grunde nicht geeignet, ein Führer zu sein. Andererseits hatte er sein Leben durch den Regionen zu nahe gestanden, wo entscheidende Entschlüsse gefaßt werden, um der eigenen Betheiligung an dem mühsamen parlamentarischen Voraus- und Hinterdreinreden viel Geschmack abgewinnen zu können. Stockmar hat in Erfurt nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen. Das Reden um des Redens willen ohne Rücksicht auf einen praktischen Erfolg war gar nicht seine Sache. Er konnte aber nicht erwarten in der Frage, die ihm die wichtigste war, die der Behandlung der Verfassung, mit seiner Meinung im Hause durchzudringen, alle übrigen Gegenstände der Verhandlung hatten für ihn nur ein untergeordnetes Interesse.

Ueberdies war Stockmar des öffentlichen Redens ungewohnt, wohl auch von der Natur nicht besonders dazu ausgestattet. Lebhaft, schlagend, einschneidend war seine Rede im Gespräch, aber sie

ging direct aufs Ziel los, verschmähte alle oratorischen Bogenlinien, überhüpfte in der Darlegung gern die Mittelglieder und bewegte sich in Anakoluthien.

Ehe noch die Verfassung zur Verhandlung gekommen war, erschollen in Erfurt, von der conservativen Seite sorgsam verbreitet und vergrößert, Gerüchte über die feindselige Haltung der auswärtigen Mächte gegen den preußischen Unionsversuch.

„Man sagt mir," schreibt Stockmar am 6. April nach London, „Preußen sei sehr durch das Bewußtsein seiner gänzlichen Isolirtheit in Europa eingeschüchtert. Dieses Gefühl sei gesteigert durch die Antwort, die Preußen auf eine Anfrage von dem englischen Cabinet erhalten. Die Anfrage habe die Drohungen Rußlands gegen Preußen betroffen, und die Erwiderung sei eher im russischen Sinne ausgefallen. Dies glaube ich nun so lange nicht, bis Sie es mir bestätigen."

Die Antwort, die Stockmar empfing, lautete dahin, daß das Gerücht unbegründet sei. Die einzige Meinungsäußerung von dort über die deutsche Sache sei im Juli 1849 in einer Depesche nach Berlin ergangen, worin der preußische Plan von England durchaus gebilligt werde. Lord Palmerston habe auch bekanntlich keine Vorliebe für Oestreich oder russisch-östreichischen Anticonstitutionalismus. Dem englischen Ministerium sei es allerdings längst klar, daß Preußen, da es gegen die offene Feindseligkeit Rußlands und Oestreichs, die versteckte Feindseligkeit Frankreichs, und die Eifersucht der größeren deutschen Staaten anzukämpfen habe, ohne von der Begeisterung der Nation getragen zu sein, geringe Aussicht auf Erfolg habe. Aber Feindseligkeit bestehe auf Seiten des englischen Ministeriums gegen Preußen in Bezug auf die deutsche Sache durchaus nicht, sondern nur Unglauben. Dieser werde sich wenden, wenn Thatsachen sprächen. Dagegen sei das englische Ministerium und Publikum in der schleswig-holstein'schen Sache allerdings Preußen feindselig. In

dieser sei Deutschland jetzt offenbar der Schwächere. Daher sei man dort geneigt sich auf die Seite des Stärkeren zu schlagen, um zu einem Frieden zu gelangen.

Vergleicht man diesen Bericht mit dem was Radowitz (a. a. O., S. 220) über die Stellung sagt, welche England zu der deutschen Frage eingenommen, so wird man theils in dieser Darlegung eine Ergänzung jenes Berichts, theils in letzterem eine Berichtigung der Auffassung Radowitzen's finden.

Radowitz hebt mit Recht hervor, wie die Masse des englischen Publikums der deutschen Sache abhold war: aus der dunklen Idee, daß die deutsche Einigung dem englischen Handel Schaden bringen könne, aus Abneigung gegen den romantischen, phantastischen, unpraktischen Anstrich den für den Ausländer die ihm schwer verständliche deutsche Bewegung haben mochte, bei den Tories aus traditioneller Sympathie für Wien und Petersburg, wo sie fälschlich ihre eigene politische Farbe wiederzufinden glaubten. Wir möchten hinzusetzen, daß die unbestimmte Ungunst gegen das Neue, gegen Emporkömmlinge mit im Spiele war. Aber Radowitz hat Unrecht zu sagen, daß die englische Regierung „sich in der großen Crise gegen Preußens deutschen Beruf erhoben habe." Die englische Regierung hat sich theoretisch günstig ausgesprochen, praktisch neutral verhalten. Das Letztere macht ihr freilich Radowitz zum Vorwurf. „Sie hätte sich entschieden auf Preußens Seite stellen müssen." Aber wie konnte man von England verlangen, sich entschieden auf Preußens Seite zu stellen, wenn diesem selbst die Entschiedenheit in seiner deutschen Politik fehlte? Freilich, sagt Radowitz (a. a. O., S. 222): „Tadelte der englische Staatsmann an dem Gange Preußens manches als schwankend und unverlässig, so mußte er die Ursache davon eben in dessen völliger Isolirung sehen und das Heilmittel da suchen, wo es wirklich lag." Dies kommt also darauf hinaus, daß Preußen sagte: „wenn du mir nur beiständest, so hätte ich Muth" und England erwiderte: „wenn du nur Muth

hättest, so würde ich dir beistehen." Wer sollte nun anfangen? Der Dichter sagt:

„Und wenn ihr euch nur selbst vertraut
Vertrauen euch die andern Seelen."

Unter den trüben Aussichten auf eine Verwicklung mit den auswärtigen Mächten näherte sich das Erfurter Parlament seinem Ende. Am 27. April, zwei Tage vor dem wirklichen Schluß, schreibt Stockmar:

„Die beiden Parlamentshäuser werden in 3 bis 4 Tagen ihre Arbeiten beendigt haben. Die Frage: „werden wir blos vertagt, und zwar auf bestimmte oder unbestimmte Zeit, oder aufgelöst?" beschäftigt gegenwärtig die Abgeordneten. Aus parlamentarischen Gründen und im Interesse der Regierungen selbst, halte ich dafür, daß eine Vertagung auf bestimmte Zeit, die dann nach Maßgabe der Umstände wiederholt werden könnte, das zweckmäßigste sein dürfte. Allein, nach dem zu urtheilen, was ich hier von dem Benehmen der preußischen Minister abgenommen, habe ich keine Hoffnung, daß man das Zweckmäßige ergreifen werde. Ich habe von diesen Ministern nur kurze, nichtssagende, ungeschickte oder dunkle orakelmäßige Reden gehört, gehalten wie Ermahnungen eines Schulmeisters an Knaben. Was ich in dieser Weise gehört, konnte mir weder in deren Regierungsweisheit, noch parlamentarische Kenntniß, noch Geschick überhaupt Zutrauen einflößen, am allerwenigsten Zutrauen zu deren Festigkeit, Charakterkraft und deutscher Gesinnung. Daß solche Minister in Bezug auf die von ihnen allein herstammenden Vorlagen vom Parlament erlangten, was sie bis heut wirklich erlangt haben, das ist nicht ihrer Geschicklichkeit, sondern allein dem geneigten Willen, der Mäßigung der Häuser, ja einer Nachgiebigkeit zuzuschreiben, welche wohl aus der allgemeinen Abspannung, die in Deutschland herrscht, und aus der politischen Kurzsichtigkeit der Majoritäten der Häuser herzuleiten ist."

Am 29. April wurde das Parlament nicht vertagt, sondern

geschlossen. Am 1. Mai trat Stockmar den Weg nach Coburg über Gotha an. Von da schreibt er am 2. Mai:

„Gestern war man voll eines Fürstencongresses, der am 15. d. Mts. hier abgehalten werden sollte. Der Gedanke war vom Herzog (von Coburg) angeregt, der den König von Preußen eingeladen und sogleich dessen freundliche und bereitwillige Zusage erhalten hatte. Der Zweck der Sache sollte die Erlangung einer schnellen Uebereinkunft der Fürsten bezüglich der Erfurter Revisionsvorschläge sein. Zu dem Ende sollte von den mitzubringenden Ministern in voraufgehender Versammlung eine Vorlage formulirt werden, von welcher diese mit Wahrscheinlichkeit annehmen könnten, daß sie ohne Weiteres die Zustimmung der sämmtlichen regierenden Herren erlangen würde. Auf diesem Wege hoffte man, ein fait accompli zu schaffen, welches für die Verhandlungen mit Oestreich über den weiteren Bund als eine Basis dienen könnte."

„So standen die Sachen bis gestern Abend. Heute erfuhr ich, daß der Fürstencongreß zu Gotha in den Brunnen gefallen. Der soeben von Berlin zurückgekommene Minister von Seebach hatte einen eigenhändigen Brief des Königs von Preußen überbracht. Der König drückt darin sein aufrichtiges Bedauern aus, daß es ihm in Folge einer drohenden Note von Oestreich unmöglich sei, nach Gotha zu kommen. Er ladet dagegen die sämmtlichen Fürsten auf den 8. d. Mts. nach Berlin ein, um durch eine Besprechung mit ihnen in den Stand gesetzt zu werden, den Inhalt jener Note auf Grund der Gesinnung und endlichen Bestimmung seiner Alliirten beantworten zu können. Er schließt mit der Hoffnung, daß die späteren eigentlichen Verhandlungen über die Union selbst doch noch in Gotha stattfinden könnten."

„Ich kann mich in diese Politik Oestreichs Deutschland und Preußen gegenüber nicht finden. Den Gründen, die Oestreich uns gegenüber von Verletzung vertragsmäßiger Rechte hernehmen kann, sind von uns'rer Seite ebenso viele und noch stärkere entgegenzustellen. Will nun Oestreich die eigene Auslegung seiner Vertrags-

rechte mit Gewalt der Waffen durchsetzen und findet es hierzu von Seiten der Cabinette theils Beistand, theils passive Duldung, so tritt für mich Europa genau in denselben politischen Zustand, in welchem es sich zur Zeit der Theilung Polens befand. Denn wir haben auf der einen Seite die Anwendung brutaler Gewalt zur Durchführung egoistischer, russisch-östreichischer Prätensionen, auf der anderen dieselbe politische Beschränktheit und Kurzsichtigkeit, dieselbe Ohnmacht und Verzagtheit, die das himmelschreiendste Unrecht, den folgenreichsten politischen Unsinn bloß deswegen zuläßt, weil theils die innere Zerrissenheit und hergebrachter Knechtssinn, theils politische Dummheit und Schlechtigkeit für den Augenblick die Oberhand gewonnen haben. Was will Oestreich? Will es ein Volk von so vielen Millionen Deutschen zwingen, ihm diejenige moralische Dienstbarkeit zu leisten, welche es zur Regierung des östreichischen Staats als Element unumgänglich nöthig zu haben glaubt? Glückt dies Oestreich, so ist die nothwendige Folge, daß die Deutschen auf eine ihrer eigenen Natur entsprechende Entwickelung Verzicht zu leisten haben und sich als politische Leibeigene von Oestreich betrachten müssen. Geht Oestreich wirklich factisch in dieser Richtung vor, so hat an dieser Politik Rußland wohl noch einen größeren Antheil als Oestreich selbst. Wie dem auch sei, so glaube ich bis heute noch nicht, daß Rußland eine solche Politik mit dem Schwert durchführen wolle, und bleibe, wie früher, bis auf Weiteres der Meinung, daß es auf die Zerrissenheit, die Schwäche und den Knechtssinn Deutschlands rechnend, den Sieg durch bloße Kriegs d r o h u n g, auf diplomatischem Felde zu gewinnen hofft."

„Unter dem Uebrigen, was ich hörte, war das Bedeutendste, daß der baierische Minister v. d. Pfordten fortfahre, dem preußischen Cabinet zu insinuiren, wie Baiern kein anderes Mittel zur Selbsterhaltung habe, als größer zu werden; er schlägt daher vor, Baden zu theilen, so daß Oestreich den badischen Seekreis, Würtemberg den mittleren Theil, die sogenannte Carlsruher Pflege, Baiern das Uebrige

erhielte und dadurch die Contiguität mit der Pfalz gewönne. Ich kann mir denken, daß das baierische Project für einen ultra-preußischen kurzsichtigen Staatsmann etwas Verführerisches habe, zumal er hoffen dürfte, daß Preußen sich dann durch die angrenzenden kleinen Fürstenthümer entschädigen könnte."

„Noch ein Wort über Schleswig-Holstein. Dieses unterwirft sich entweder den Gewalthandlungen Frankreichs, Englands und Rußlands, oder es wirft seine eigene Streitkraft in die Wagschaale. Obschon mir das Herz blutet, so habe ich doch für Preußen keinen anderen Rath zu geben, als daß es sich jeder ferneren bewaffneten Einmischung in diese Händel enthalte. Allein in dem Sinn, welcher die obengenannten drei Mächte beseelt, können diese die beabsichtigte brutale Dictatur gegen Schleswig-Holstein schwerlich vollziehen, ohne zugleich dadurch die besten Rechte und Interessen Preußens, als selbständigen Staates, wenn auch nur indirecter Weise, zu verletzen. Da nun nach den großen ehernen Gesetzen, denen alles hienieden unterthan, auch die verruchteste Politik ihre Grenze hat, so rathe ich dem Berliner Cabinet auf das Dringendste, ohne Zeitverlust einen tüchtigen, muthigen Mann nach London zu senden, um Palmerston in wenigen, aber unzweideutigen Worten zu erklären:

> „daß Preußen in dem Fall einen allgemeinen Krieg nicht scheuen könne, in welchem jene drei genannten Mächte in den über Schleswig-Holstein zu verhängenden Henkerspruch auch die Ehre und das Leben des Preußischen Staats mit hineinziehen wollten."

Sollten die preußischen Minister Muth und Entschlossenheit genug besitzen, um eine solche Botschaft zu senden, so bin ich im voraus gewiß, daß der Abgesandte wenigstens bei der Königin und dem Prinzen diejenige Aufnahme finden werde, die der von allen Edelgesinnten für seinen Vertreter erwarten darf, der, obgleich auf

allen Seiten von Uebermuth bedroht und bedrängt, sich nicht verhindern läßt seine Ehre und sein Recht zu behaupten."

Man war indeß in Berlin von einer solchen männlichen Entschiedenheit weit entfernt. Am 14. Mai schreibt Stockmar:

„Es ist unglaublich, aber ich kann nicht daran zweifeln, man will in Berlin, um dem Krieg zu entgehen, an die Großmächte, an einen europäischen Congreß appelliren, also das Ausland zum Richter in den deutschen Fragen machen*). Man hat wirklich Schritte in diesem Sinn gethan."

Stockmar war aber durchaus der Meinung, daß Preußen es auf einen Krieg ankommen lassen dürfe.

Am 14. Mai schreibt er:

„Die Anforderungen, die Oestreich an Preußen macht, die Drohungen, die es sich gestattet, erfolgen auf Eingebung Rußlands. Oestreich sucht, indem es in den deutschen Angelegenheiten den Willen Rußlands vollführt, sich der Verpflichtungen zu entledigen, welche ihm durch die von letzterer Macht gewährte Hülfeleistung (in Ungarn) auferlegt worden sind. Aber die östreichischen Drohungen sind leer. Oestreich ist ganz gewiß nicht in der Lage, mit eigenen Kräften einen Krieg gegen Preußen zu führen, es müßte sich vielmehr durchaus auf die russische Hülfe stützen. Rußland verspricht Hülfe, weil es gewiß zu sein glaubt, daß Drohungen ausreichen; daß es aber die Hülfe eintretenden Falls leistet, ist nichts weniger als ausgemacht."

„Preußen darf endlich nicht bedenklich sein, nöthigenfalls einen Krieg anzunehmen, für welchen der Gegner weder einen gerechten Grund, noch ein vernünftiges Ziel hat. Preußen kann nicht nachgeben, ohne für Deutschland und für die Gesundheit Europas die

---

*) Radowitz selbst (a. a. O., S. 249) giebt die Bestätigung. „Für diejenigen, welche einen solchen Preis (Krieg) auch für die Ehre Preußens und das Heil Deutschlands zu hoch fanden, blieb immer noch als unfehlbares Mittel den Krieg zu vermeiden, daß die Entscheidung durch einen europäischen Congreß gefordert wurde."

nachtheiligsten Zustände schaffen zu lassen. Denn Rußland ist im Begriff, indem es die Reorganisation Deutschlands hindert, sich in dieselbe Uebermacht einzusetzen, in welcher es im vorigen Jahrhundert Polen zertrümmert hat, und die Hereinführung Rußlands in die deutschen Angelegenheiten ist der Anfang zu einem Versuch, Deutschland das Schicksal Polens zu bereiten."

Es wird dem Leser in Erinnerung sein, wie der Berliner Fürstencongreß verlief, daß er zur Einsetzung einer provisorischen Unionsregierung führte, daß die Union dann Schritt für Schritt ihrer Auflösung entgegenging, bis Preußen am 15. November ausdrücklich erklärte, die Unionsverfassung fallen zu lassen und am 29. November in Olmütz sich allen Forderungen Oestreichs in Bezug auf die deutsche Frage, Kurhessen und Schleswig-Holstein, unterwarf.

Inzwischen hatte Stockmar in Coburg Muße, sich die Erfahrungen der letzten Jahre über die deutschen Dinge zurechtzulegen.

Am 29. Juni schreibt er:

„Das, was in Deutschland 1848 zusammenstürzte, läßt sich auf Grund der Ordnung, wie sie 1814 und 1815 von der bloßen Diplomatie errichtet wurde, nicht wieder aufbauen. Die Fortdauer oder Wiederherstellung der Souveränetät der Einzelstaaten von 1814, die nur nach innen eine wirkliche, nach außen aber ein Schein war, die jederzeit einen Protector (entweder Frankreich oder Oestreich) hatte und haben mußte, halte ich für unmöglich. Ebenso einen Dualismus von Preußen und Oestreich. Er würde vor allen Dingen die Vernichtung des constitutionellen Systems erfordern. Die despotische Beherrschung des übrigen Deutschlands müßte der Grundsatz der dualistischen Allianz sein. Eine bloße und lose völkerrechtliche Verbindung großer und kleiner Staaten, die zu gleicher Zeit vollständig unabhängig sein wollen, halte ich für Unsinn."

„Welche Wege haben wir in Deutschland zur Ausgleichung der verschiedenen Interessen und Ansprüche, zur Herstellung eines natio-

nalen Verbands? Man sagt mir: den der friedlichen Verhandlung*). Durch wen soll diese Verhandlung geführt werden? Durch einige 30 deutsche und alle europäische Diplomaten. Allein unsere Diplomatie, wie sie ist, ist durchaus unwahr und unehrlich, sie kann nur lügen und betrügen und Lug und Trug schafft nichts, was wirklich nützt und Dauer hat. Am Ende bleibt nichts übrig als Krieg, den gerade die, welche behaupten, nur Frieden zu wollen, unsere Fürsten und deren Minister, in ihrer Kurzsichtigkeit und Böswilligkeit am meisten befördert haben werden."

Während des Aufenthalts Stockmar's in Coburg ereigneten sich mehrere Todesfälle, die, obschon in verschiedener Weise, bei ihm tieferen Antheil erregten. Am 2. Juli starb Sir Robert Peel, dann erst Louis Philipp (26. August 1850) und bald darauf seine Tochter Louise, die Königin der Belgier (11. October 1850).

Wir haben schon früher erwähnt, wie Stockmar mit Peel bekannt, dann bis zu einem gewissen Grad vertraut geworden war. Der förmliche, mißtrauische, zurückhaltende englische Staatsmann konnte der geradezu dringenden, frischen Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit des Coburgers, sowie seinem, wenn das Eis erst gebrochen war, sprudelnden Humor nicht widerstehen. Peel thaute denn in diesem Verkehr auf. Man tauschte die Ansichten über das Gegenwärtige, die Erinnerungen über Vergangenes aus. Mitunter aber fand Peel Stockmar's Manier zu ungebunden. „Eines Tags, erzählte dieser selbst, brachte ich ihn auf einen wichtigen politischen Vorgang zu reden, an dem er selbst betheiligt war. Er war im Zuge, mir merkwürdige Geständnisse zu machen, es fehlte nur noch das letzte Wort des Geheimnisses, da zauderte er. Ich, um ihm zu helfen, rief aus: well, don't gulp it down! (nun, schlucken Sie's nicht herunter). Das störte ihn, er machte ein curioses Gesicht und brach ab."

---

*) Dies bezieht sich auf den damals noch immer umher spukenden Gedanken, die deutschen Angelegenheiten durch einen europäischen Congreß zu ordnen.

Peel's Tod ergriff Stockmar so, daß er, etwas für ihn sehr Ungewöhnliches, einen Artikel über Peel mit seinem Namen in der Deutschen Zeitung vom 16. Juli 1850 veröffentlichte. Wir glauben, der Leser wird uns danken, wenn wir jenem hier einen Platz einräumen.

### Stockmar über Peel.

„Unter die Vergünstigungen, die mir auf meinem Lebenswege geworden sind, rechne ich die im Sommer 1819 gemachte Bekanntschaft Sir Robert Peel's, aus welcher der Lauf der Zeit ein ununterbrochenes, aufrichtig freundschaftliches Verhältniß werden ließ. Es würde ein unzeitiger Versuch sein, das staatsmännische Bild des Hingeschiedenen zeichnen zu wollen; der Parteigeist würde selbst die gelungenste Aehnlichkeit nicht anerkennen wollen. Doch schon jetzt dazu beizutragen, daß die Grundzüge seiner Persönlichkeit von denen angedeutet und verbürgt werden, die ihn lange und genauer gekannt und in Augenblicken beobachten konnten, in welchen die Natur stärker ist als angewöhnter Vorsatz, das halte ich für nützlich und für eine Pflicht der hohen Achtung, in der ich den Lebenden hielt, mit der ich fortan des Verstorbenen gedenken muß."

„Wenn man bei uns unter dem Worte Genie eine angeborene, höchste, und deswegen selbständige geistige Schöpferkraft versteht, so wird dieses Wort, auf Peel angewandt, das Ganze der Kräfte, aus welchen die Natur den Bau des Mannes zusammengefügt hatte, nicht richtig bezeichnen. Seine eigenthümlichste und bedeutendste Fähigkeit schien mir vielmehr in einem schnellen und sicheren Verständniß aller Verhältnisse der Menschen überhaupt, insbesondere aber ihrer Geschäftsverhältnisse, zu bestehen. In dem Acte seines Verstehens traten die aufgefaßten Einzelheiten, wie von selbst, jede an ihre rechte Stelle und ließen in kürzester Zeit einen so richtigen Zusammenhang entstehen, daß das Ganze, dessen Theile, in größter Deutlichkeit überblickt werden konnten. Diesem Talente hatten von Jugend auf eine

unermüdliche Lernbegierde, ein rastloser Fleiß, eine starke Arbeitskraft und ein glückliches Gedächtniß zur Seite gestanden. Das, was Peel zu seiner Zeit auf englischen Schulen und Universitäten erlernen konnte, hatte er eifrigst erstrebt, tüchtig erlernt. In seiner fortschreitenden Entwickelung führten ihn sein lebhaftes Verlangen nach Wissen und Bildung, seine Liebhaberei für Gegenstände der Kunst über das enge Geleise hinaus, welches sein Volk durchschnittlich in jenen Dingen einhält. Daß er mit der ganzen englischen Literatur mehr oder minder bekannt war, bedarf keiner Versicherung. Aber auch von der modernen Literatur des Auslandes, insbesondere Frankreichs, hatte er Kenntniß genommen. Doch nicht Gelehrsamkeit, sondern politische Thätigkeit war sein Ziel, und seines praktischen Geschickes sich bewußt, mußte er vorzugsweise nach dem Wissen streben, das er in seiner Stellung am nützlichsten und zweckmäßigsten verwenden konnte."

„Gleichzeitig mit seinem Eintritt in öffentliche Aemter, warf er sich mit fortdauernder, nie ermattender Anstrengung auf das Studium der Volkswirthschaft, der Finanzen und der inneren Administration des Landes. Vielleicht, daß die Vorliebe und der Fleiß, mit welchem er jenen Zweig staatsmännischen Wissens bis an sein Ende betrieb, sich an der Leichtigkeit und Sicherheit erholten, mit denen er die verwickeltsten Gegenstände jener Fächer entwirrte und ins Klare stellte. Er erlangte in diesem Zweige des Wissens hohe Vollkommenheit, und England hat allerdings an ihm den Meister in so wichtigen Dingen pro tempore verloren."

„Von Allen, die mit ihm in dem jetzigen Hause der Gemeinen saßen, hat wohl keiner die Geschichte dieses Hauses, seinen Organismus, die Erscheinungen und die Bedeutung seines eigenthümlichen Lebens so gut gekannt, wie er. Auch war seine Autorität daselbst unbestritten; denn selbst in seinen Gegnern lebte die Ueberzeugung, er besitze sie von Rechtswegen. Wenn nun, was kein Engländer in Abrede stellen mag, der einflußreichste Mann im Hause der Gemeinen im Staate der erste Mann nach dem Könige ist, so war Peel die

letzten fünfzehn Jahre hindurch dieser erste Mann, er mochte nun Minister sein, oder auf den Bänken der Opposition sitzen." —

„Peel's ganze Denk- und Sinnesart ruhte auf einer sittlichen Grundlage, die ich in seinem öffentlichen, wie in seinem Privatleben auch nicht ein einzigesmal erschüttert gesehen habe. Aus diesem Grunde kam jene nimmer versiegende Quelle der Billigkeit, Redlichkeit, Milde, Mäßigkeit und Schonung, die Peel gegen alle Menschen und in allen Dingen bewies. Diesem Grunde war eine sein ganzes Wesen durchdringende Vaterlandsliebe entwachsen, die nur ein Ziel kannte — das wahre Wohl Englands, — nur einen Ruhm, eine Belohnung für den Einzelnen — etwas zu diesem Wohle beigetragen zu haben. Eine solche Vaterlandsliebe läßt nur einen Ehrgeiz zu, und so war denn auch der Ehrgeiz dieses Mannes so rein als sein Herz. Diesem Ehrgeize jedes Opfer zu bringen, das die Geschicke des Vaterlandes dem Einzelnen abverlangen mögen, hielt er für seine heiligste Pflicht, und er hat diese Opfer gebracht, wie schwer sie ihm auch fallen mochten. Worin ihre eigentliche Schwere bestanden habe, werden vielleicht später diejenigen zu sagen sich berufen fühlen, die das Geheimniß der hierauf Bezug habenden politischen Verhältnisse, die Persönlichkeiten der handelnden Menschen näher gekannt haben, und die nicht geneigt sind, imponderable Opfer auf der Wage des gemeinen Vortheils zu wägen. Hat er dennoch Gegner gefunden, die seine Gesinnung verdächtigen konnten, so geschah dies aus Unwissenheit oder boshafter Absicht." —

„Ein Mann, dessen Gesinnung gegen das eigene Vaterland auf so festem Grunde stand, konnte nicht unredlich, nicht ungerecht gegen das Ausland sein. Mit demselben richtigen Verstande, mit derselben Billigkeit und Mäßigung, mit denen er die innere Politik beurtheilte und betrieb, behandelte Peel auch alle auswärtigen Verhältnisse. Der von ihm oft ausgesprochene Wunsch, die Wohlfahrt aller Völker gefördert zu sehen, war durchaus aufrichtig. Frankreich und Italien hat er aus eigener Anschauung kennen gelernt und die politische Ge-

schichte des ersteren mit großem Fleiße erforscht. Für Deutschland hegte er Wohlwollen, ja Vorliebe, namentlich für Preußen. —

„In seinem Privatleben stellte Peel wahre Muster auf. Seiner Familie war er der liebendste, treueste, gewissenhafteste Gatte, Vater und Bruder, seinen Freunden unwandelbar und nachsichtig, seinen Mitbürgern unausgesetzt nach Kräften hülfebereit."

„Von den sterblichen Partieen seines Charakters werden seine Gegner Manches zu erzählen wissen. Das, was Alle, die näheren Umgang mit ihm hatten, bemerkt haben wollten, konnte sich auch meiner Wahrnehmung nicht entziehen. Ich meine jene ihm eigene übergroße Vorsicht, Behutsamkeit, bisweilen Verschlossenheit, die er in wichtigen, wie minder wichtigen Dingen nicht nur gegen entferntere Bekannte, sondern auch gegen die näheren übte. War er in mündlichen Verhandlungen nur zu häufig wortkarg und ängstlich vorsichtig, so war er es natürlich in seinen schriftlichen Aeußerungen nur noch mehr. Nie verließ ihn die Befürchtung, eine von ihm ausgesprochene Meinung, ein gefälltes Urtheil von unrechtem Munde, am unrechten Ort wiederholt und mißbraucht zu hören. Seine Freunde wollten nicht selten über diese Eigenheit verzweifeln, seinen Gegnern gab sie scheinbare Gründe für Verdacht und Beschuldigung. Es war ja so wahrscheinlich, daß hinter solcher Zurückhaltung ein unlauterer Beweggrund stehen mochte, oder daß sie Beschränktheit und Schwäche des Gedankens, der Gesinnung, oder Mangel an Unternehmungsgeist und Muth verdecken sollte. Auch mir wollte diese Eigenheit oft als ihm selbst und der Sache schädlich erscheinen, und ich habe ihr gegenüber mich gelegentlich verstimmen lassen und sie von Grund des Herzens weggewünscht. Allein bloß unangenehme Eindrücke hielten gegen überlegende Vergleichung der äußeren Erscheinung des Mannes mit seinen Handlungen nicht aus. Ich überzeugte mich bald, daß dieser mir anstößige Zug nichts als eine angeborene Eigenthümlichkeit sei, und daß Peel auf dem Felde seiner Thätigkeit, auf welchem die Folgen leichtsinniger Offenheit und Hingebung sich täglich in allen Ge-

stalten erblicken ließen, nicht wohl die Mahnung finden und den Vorsatz fassen könne, in diesem Punkte seine natürliche Neigung zu überwinden."

„Man hat mir gesagt, oder ich habe es gelesen, daß Peel der gelungenste Abdruck staatsmännischer Mittelmäßigkeit sei. Indem ich diese Schätzung meines seligen Freundes als eine vollgültige annehme, bitte ich den Himmel, er möge allen Ministern in und außerhalb Europa von ihrer Superlativität und zu Peel's Mittelmäßigkeit verhelfen. Und dies bitte ich zum Heile aller Völker, in der festen Ueberzeugung, daß 99 Hunderttheile aller höheren Staatsgeschäfte zweckmäßig und erfolgreich nur von solchen Ministern geführt werden können, welche Peel's Mittelmäßigkeit besitzen, wobei ich zugleich einräumen kann, daß das übrige Hunderttheil jener Geschäfte durch die Kraft und Kühnheit eines wirklich genialen Ministers zu besonders glücklichem oder auch zu besonders unglücklichem Ausgange gebracht werden könne." —

„Um indessen eine kleine Probe zu geben, wie es in Bezug auf staatsmännische Grundsätze, Klarheit der Ansicht und Voraussicht, Stärke des Bewußtseins und der Entschlossenheit, mit jener Peel'schen Mittelmäßigkeit bestellt war, füge ich zum Schluß eine Stelle an, aus einem seiner Briefe. Der Brief ist in den Märztagen des Jahres 1848 geschrieben, die Stelle lautet:

„„Ihre Fragen sind zu allgemein gehalten, die Verhältnisse der Staaten des Continents, namentlich Deutschlands, sind zu verwickelt, als daß ein englischer Staatsmann sie kategorisch zu beantworten vermöchte. Ich nehme an, daß Sie unter dem casus foederis zwischen England und Deutschland nichts anderes verstehen, als einen kriegerischen Angriff gegen beide Länder von Außen her, und nicht Revolutionsversuche, die im Innern der verbündeten Völker gemacht werden könnten, gegen welche letztere sich jede Regierung selbst schützen muß und kann, wenn sie wirklich den Namen einer Regierung verdient. Daß ich immer ein warmer Anhänger einer Allianz mit

Deutschland gewesen bin, ist Ihnen bekannt. Einstweilen empfehle ich den Continentalmächten als erste Verhaltungsmaßregel, sich nur auf der Defensive zu halten. Denn wer wollte schon jetzt voraussehen, welche Richtung, welche Entwickelung die auf dem Continente aufgetretenen Elemente nehmen werden? Wie fürchterlich der Sturm des Augenblicks den Jüngeren unter uns auch scheinen möge, ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir ihn überstehen werden, weil ich glaube, daß die Zeit für uns, das heißt für die Sache der constitutionellen Freiheit unter der Aegide der Monarchie, sei. Deswegen ist es jetzt hier (in England) an uns, mit dem besten Beispiel voranzugehen und Europa die Beweise zu liefern, daß die monarchische Verfassung die stärkste Schutzwehr der wahren, möglichen Freiheit ist. Seien wir daher gerüstet und fest entschlossen, jedem Angriff, er komme woher er wolle, auf's kräftigste und muthigste zu widerstehen; aber seien wir eben so fest entschlossen, einen Angriff nicht selbst beginnen zu wollen. Unterdrücken wir jedes Gelüste nach Kreuzzügen gegen Principien und Elemente, die, beim rechten Lichte besehen, doch nur die der Anarchie und des Wahnsinns sind. Legen wir gegen die Propaganda und deren ansteckende Kraft alle Furcht ab, die nur schwächt und für die Krankheit selbst empfänglicher macht. Der Schwindel kann nicht dauern; sein unzertrennlicher Gefährte, die Unordnung, mit ihren Leiden und Schmerzen, wird das Volk bald wieder nüchtern machen. Entwickeln die Ursachen, aus denen diese neue Revolution hervorgegangen, wirklich Kräfte, die von einer antisocialen, zerstörenden Natur sind, so können sie, den höheren Gesetzen der Natur nach, keine Dauer haben. Mit solchen Feinden würde ich nie transigiren, aber ich würde in der sicheren Ueberzeugung, daß ihre Gefährlichkeit nicht lange dauern kann, ihre Macht nie höher schätzen und behandeln, als sie es verdient. Antisociale Träume haben nie lange angehalten. In unserer Zeit müssen sie noch kürzer sein — denn der Zahl nach haben zu Viele ein zwingendes Interesse, die Grundsätze aufrecht zu erhalten, die eine menschliche Gesellschaft über-

haupt möglich machen. Einen Sieg communistischer Theorien über die Institutionen des Eigenthums halte ich für rein unmöglich. Sollte es sich indessen gegen mein Erwarten zeigen, daß ein oder das andere Volk doch nach communistischen Grundsätzen regiert sein will, so ist das Einzige, was wir thun können: — es ihm nicht zu beneiden. Preußen kann in diesem Augenblicke viel thun, es kann den Nationalgeist aufrecht erhalten und stärken. Es soll Muth haben und vor Allem die Wirkung freier, ehrlich ausgeführter Institutionen nicht fürchten. Das deutsche Volk ist von Natur loyal."" —

---

Diesen Nachruf mag die warme persönliche Theilnahme an dem Verlust des Mannes in einer Beziehung unvollständig gemacht haben. Er zeigt nämlich in der Charakteristik Peel's nicht die Quelle auf, aus der in dessen staatsmännischem Leben die großen Wandlungen entsprangen, die seinen Gegnern ein so bequemes Feld des Angriffes boten. Der einstige Führer der Conservativen war es, der die früher von ihm heftig bekämpfte Katholikenemancipation ausführte, der einstige Vorfechter der Protectionisten, der die Abschaffung der Kornzölle durchsetzte. Solche Contraste deuten auf einen Mangel des Charakters oder der Einsicht. Stockmar hat sie nach Peel's Tode gesprächsweise wiederholt daraus erklärt, daß Peel als Staatsmann zwar scharf- aber kurzsichtig, ein „Myops" gewesen sei, dessen Auge von Natur zuerst das Nächste und Einzelne erfaßte und der nur langsam zu einem Ueberblick der Dinge in ihren großen Umrissen gelangte.

Mit herzlicher Trauer erfüllte Stockmar, einige Monate nach Peel's Abscheiden, der Hintritt der Königin Louise von Belgien.

Schon im Juli war Stockmar wegen deren Gesundheit sehr besorgt gewesen. Am 9. September schreibt er:

„Die letzten Nachrichten haben meine Befürchtungen vermehrt. . . . . Von der Zeit an, in welcher die Königin in den Lebenskreis eintrat, in welchem auch ich seit so langen Jahren eine Stelle habe,

verehre ich aus Ueberzeugung in ihr ein Muster ihres Geschlechts. Wir sagen und glauben, daß der Mensch edel und gut sein könne. Von ihr wissen wir gewiß, daß sie edel und gut sei. An ihr können wir täglich eine Wahrhaftigkeit der Gesinnung, eine Treue der Pflichterfüllung sehen, die den möglichen, wenn auch nur selten wirklichen Adel des menschlichen Herzens zur Gewißheit macht.

In Persönlichkeiten, wie die Königin, liegt mir die Hauptbürgschaft für die Vollkommenheit des Wesens, das die menschliche Natur geschaffen hat."

Wir dürfen hinzusetzen, daß Stockmar die höchste Meinung nicht nur von dem Charakter der Königin Louise, sondern auch von deren Einsicht und Urtheil hatte. Oft sprach er es aus, daß, wenn dem König Leopold vorzeitig etwas zustoßen sollte, man der Königin mit voller Zuversicht die Regentschaft übertragen könne.

In dem eben angeführten Brief widmet er zugleich dem König Louis Philipp einen kleinen Nachruf.

„Louis Philipp hat nun auch ausgestritten. Der Zeit nach ist mir sein Ende nicht unerwartet gekommen. Es war bereits seit November 1849 ein Marasmus eingetreten, den die Aerzte nicht verkennen konnten. Ich hatte berechnet, daß er den Spätherbst nicht überleben würde. Mehr Glauben des Königs an die unvergängliche Kraft der Sittlichkeit, weniger Zuversicht auf die eigene Geschicklichkeit und die menschliche überhaupt, die doch nichts ist als eitles Werk des so leicht irrenden Verstandes, und der Inhalt der letzten Jahre würde geschichtlich ein anderer geworden sein!"

Zu Ende Octobers trat Stockmar wieder die Reise nach England an. Von dort schreibt er am 2. December, also zu der Zeit, wo sich eben der preußisch-östreichische Conflict in Olmütz in einem Sinne entschieden hatte, den er gewiß lebhaft beklagte, aus seinem Gerechtigkeitssinn heraus zur Entschuldigung Preußens, folgendes:

„Von allen Seiten äußert sich die Schadenfreude, daß Preußen

sich in eine Stellung hinein manövrirt habe, aus welcher es nicht heraus könne, ohne den größten Gefahren zu begegnen. Daß sich Preußen wirklich in einer solchen gefährlichen Lage befinde, ist auch meine Meinung; — aber daß Preußen diese jetzige Stellung ganz allein seinen eigenen politischen Fehlern verdanke, kann ich nicht unterschreiben. Gewiß haben der König und alle seine Ministerien seit 1848 unbegreifliche Fehler gemacht, indeß Eines bleibt mir wahr, daß zu keiner Zeit weder der König noch seine Minister, wie man ihnen vorwirft, die Absicht gehabt haben, sich mit den losgelassenen revolutionären und demokratischen Elementen zu verbünden, um daraus Gewinn für sich zu ziehen und Oestreich zu beschädigen. Im Gegentheil, der König hatte dawider eine unüberwindliche Scheu, die ganz besonders dazu beigetragen hat, ihn in die schlechte Position zu bringen, in der er jetzt fest sitzt. Mehr aber noch als alles, was der König und seine Diener verschuldet haben, hat ihm Schwarzenberg's feindselige, brutale, drohende Politik geschadet und der gefährlichste Schritt, den Preußen bis jetzt gethan, die Mobilmachung*), ist die unmittelbare Folge der verkehrten Politik Schwarzenberg's."

„Einer meiner Freunde in Paris läßt mich wissen, der Kaiser Nicolaus habe durch Kisseleff der französischen Regierung folgendes erklären lassen."

„„Er werde eventuell mit den Waffen in der Hand darauf dringen, daß Preußen seinerseits den Friedenstractat erfülle, den es am 2. Juli mit Dänemark abgeschlossen. Dagegen werde er in einem möglichen Krieg zwischen Oestreich und Preußen streng neutral bleiben, so lange keine dritte Macht sich einmische und dadurch den rein deutschen Krieg zu einem europäischen mache. Da ihm indessen Oestreich in den

*) Preußen hatte Anfang November, vor der Conferenz von Olmütz, sein Heer mobil gemacht.

deutschen Angelegenheiten gegen Preußen zu weit zu gehen scheine, so werde er sofort Schwarzenberg die Weisung zugehen lassen, in seinen Verhandlungen mit Berlin conciliantter aufzutreten.""

„Diese Mittheilung beweist zweierlei: 1) daß in diesem Augenblick alles auf Rußland ankommt; 2) daß Schwarzenberg gegen Preußen viel zu weit gegangen ist."

„Immer wieder muß ich hören, das beste Mittel, die deutschen Wirren zu schlichten, sei ein europäischer Congreß. Aber wer sollte auf solchem Congreß das Recht Deutschlands vertreten? Es ist vorauszusehen, daß von diesem gar nicht die Rede sein und Deutschlands Wohlfahrt abermals der bloßen europäischen Convenienz, d. h. dem Interesse fremder Mächte geopfert werden würde."

Inzwischen war jedoch die Entscheidung in Olmütz (29. November) gefallen. Die Kreuzzeitungspartei triumphirte über die Niederlage, über die „Buße und Umkehr."

Man kann sich denken, welch einen schweren Stand ein Deutscher, ein Preußenfreund, zu dieser Zeit in England hatte. Von allen Seiten Verachtung und Hohn über das „ehrgeizige" Preußen. Je mehr Details man über dessen Rückzug erfuhr, desto mehr steigerten sich diese Empfindungen. „Wie mag sich Palmerston die Hände gerieben haben, schreibt Stockmar, als ihm berichtet ward, Preußen habe im November von dem Herzog von Braunschweig *verlangt*, daß er den Bundesexecutionstruppen den Durchzug nach Holstein verweigere, gleichzeitig aber ihm keine Zusicherung geben wollen, ihn gegen die möglichen Folgen in Schutz zu nehmen."

Der Schluß des Jahres 1850 mußte einen deutschen Patrioten mit Trauer erfüllen.

---

Fünfundzwanzigstes Capitel.

## Aus den Jahren 1851 und 1852.

---

Den Winter 1851 verbrachte Stockmar gewohnter Weise in England.

Seine Betrachtungen über die europäische Politik aus dieser Zeit wendeten sich, je mehr er die Hand Rußlands in den deutschen und schleswig-holsteinischen Dingen durchgefühlt hatte, desto mehr der Rolle zu, welche Rußland seit einigen Jahren zu spielen begonnen hatte.

„Wie ich jung war," schreibt er, „beherrschte Napoleon den Continent. Jetzt sieht es aus, als ob der russische Kaiser an die Stelle Napoleon's getreten sei und als ob er, für einige Jahre wenigstens, in anderer Absicht und mit anderen Mitteln dem Festlande das Gesetz dictiren werde."

„Er glaubt die despotische Regierung im eigenen Lande gefährdet, wenn Oestreich, Preußen und Deutschland beschränkt-monarchische Regierungen haben. Dazu behauptet er, die sogenannten Constitutionen seien nur auf Lüge und Corruption gebaut, er habe eine Mission, dieses irrthümliche, unheilvolle System zu bekämpfen

und er dürfe hierzu die jetzt so äußerst glückliche politische Constellation nicht ungenützt vorübergehen lassen."

„Für das Princip der Willkür ist der Kaiser bereit in die Schranken zu treten."

„Allerdings ist er 1851 sehr viel schwächer, als Napoleon 1810 war, und es läßt sich nicht verkennen, daß Rußland für den Continent überhaupt nur furchtbar sei, wenn es Alliirte auf seinen beiden Flanken hat. Allein Rußland hat in der That in diesem Augenblick mehr als einen gewaltigen Alliirten. Ich zähle diese Bundesgenossen flüchtig auf:

1. Die durch Socialismus, Communismus, extremen Demokratismus geschreckten Freunde der bürgerlichen Ordnung, auch die Conservativen in England

2. Oestreich, wenigstens so lange es in seiner jetzigen politischen Phase steht

3. Der König von Preußen und alle seine Ultras

4. Die deutschen Regierungen und Dynastien mit sehr wenigen Ausnahmen

5. Der Umstand, daß in Frankreich alle sogenannten Freunde der Ordnung Krieg für das Verderblichste halten was ihnen widerfahren könnte, indem sie offen bekennen, die Franzosen würden dem combinirten Europa erliegen, und dieses würde, um für die Zukunft Ruhe zu haben, große Stücke von Frankreich abreißen."

„Was jedoch Rußland besonders zu Gute kommt, ist der Umstand, daß es zur Durchführung seiner Dictatur nach außen, nicht, wie Napoleon, gezwungen ist unaufhörlich große kriegerische Kräfte zu verbrauchen, sondern daß es diese Kräfte ungeschmälert erhalten kann und im Hinweis darauf, durch bloße diplomatische Action und Drohung mehr durchsetzt als durch gewonnene Schlachten. Das ist ein Machtverhältniß, wie es kaum je dagewesen."

„Fragt sich, wie lange wird Rußland diese Rolle behaupten, welchen Erfolg wird es schließlich davon tragen?"

„Dem Kaiser, so glaube ich, wird es für seine Person gehen, wie jedem Menschen, der von einer fixen Idee beherrscht ist. Er wird sich schwerlich selbst principiell ein Ziel stecken, über das er aus politischer Klugheit nicht hinausgehen will. Er wird vielmehr geneigt sein, so weit vorzugehen, als die Gegner zurückweichen. Er läßt sich in die Bekämpfung von Kräften ein, über die ein dauernder Sieg nach Naturgesetzen unmöglich ist. Mir erscheint seine Politik als eine durchaus fanatische und demnach möchte ich ihr anhaltenden Erfolg nicht versprechen."

Diese letzten Gedanken werden in einem anderen Brief näher ausgeführt.

„Alles staatliche Leben besteht aus zwei Factoren, die unter sich in ununterbrochenem Wechsel und Widerspiel begriffen sind, dem Factor der Ordnung und Stabilität und dem der Beweglichkeit zur fortschreitenden, nothwendigen Umgestaltung. So kann ich denn von einem System nichts erwarten, welches nur den einen Factor anerkennt, den andern aber für einen unnatürlichen, schädlichen hält, den zu vernichten ein Staatsprincip sein müsse. Mir scheint dieses System auf einem blinden Irrthum zu beruhen, der, den Naturgesetzen zuwider, das Unmögliche erstrebt. Es ruft gerade das hervor, was es zu bekämpfen und zu vernichten sich vorsetzt. Es wird daher nie den Sieg davon tragen, denn Rußland kann den Factor der Bewegung nicht bezwingen, es kann ihn nur zur Verzweiflung und dahin treiben, sich, statt vernünftig, unvernünftig zu gebahren."

„Ich sehe das System nur für ein Product des autocratischen Instincts an, der in seiner Einseitigkeit die gänzliche Nichtigkeit und Schädlichkeit jenes übersehen mag. Was der Kaiser fühlt und denkt ist wohl das Folgende:

„„Ohne daß ich in meiner auswärtigen Politik den starren Repräsentanten des Conservatismus mache, kann ich den Autocratismus in Rußland selbst nicht lange mehr aufrecht erhalten. Um jenes zu können, muß ich mir die conservativen Elemente aller Länder, auf

die ich Einfluß üben will, verbünden. Diese werden sich aber nur dann mit mir alliiren, wenn die Producte der Demokratie, des Socialismus, Communismus u. s. w. den Conservativen noch weit unerträglicher werden, als die einer russischen Regierungsweise. Das Wuchern der anarchischen Elemente in den anderen Staaten fördert also meinen Einfluß auf dieselben.""

„Nicolaus, wie ich ihn kenne, ist durch und durch Russe. Zugegeben, daß er als solcher durchaus Recht habe, Europa gegenüber behält er wahrscheinlich doch Unrecht."

„Er kann aber inzwischen durch sein System die politische Gährung in allen den Ländern, die Rußland in der politischen Civilisation überlegen sind, in einer Weise fortdauern machen, die jene Länder noch lange an der Erreichung einer tüchtigen staatlichen Reorganisation zu hindern vermag."

„Mir ist die Revolution mit ihren Kindern gewiß ebenso verhaßt als dem Nicolaus, aber ich würde die Gefahr durch andere Mittel zu beschwören suchen. Nach meiner Meinung vermögen nur vernünftige, auf die Natur der Völker berechnete gesetzliche Institutionen, die von Allen treu gehalten werden müssen, weil sie für Alle sind, dem Geiste des Umsturzes wirklichen Abbruch zu thun, indem sie die wahrhaft conservativen Elemente in einem Volke durch Vereinigung stärken und zu treuen Verbündeten verständiger und ehrlicher Regierungen machen. Alle Bestrebungen aber, die Völker aus Macht und Kraft einer Persönlichkeit allein und durch bloß mechanische Institutionen regieren zu wollen, werden sich nichtig erweisen."—

Damals (Februar 1851) befürchtete Stockmar, daß die zu jener Zeit schwebende Frage des Gesammteintritts von Oestreich in den deutschen Bund, unter dem russischen Einfluß in dem für Deutschland bedrohlichen, bejahenden Sinn werde entschieden werden.

Die Entscheidung fiel nun zwar im Lauf der nächsten Monate entgegengesetzt aus, allein auch dies geschah unter dem vorwaltenden Einfluß Rußlands. Wir finden in Stockmar's Papieren einige No-

tizen über den Gang dieser Angelegenheit, welche wohl nicht allgemein bekannte Thatsachen enthalten und die wir deshalb hier abdrucken lassen.

„Ueber den Eintritt seiner gesammten Provinzen in den deutschen Bund hat Oestreich zuerst mit Rußland verhandelt."

„Der Kaiser Nicolaus erklärte sich anfangs heftig dagegen. Der Empfang des Fürsten Schwarzenberg in Warschau, Ende Juni 1850, wo er erschien, um die östreichischen Beschwerden gegen Preußen vorzulegen, war deshalb ein kühler."

„Indeß gelang es Oestreich allmälig, jenen Plan Rußland schmackhafter zu machen. Es lag auf der Hand, daß er das Mittel bot, die deutsche Entwickelung nieder zu halten, und Preußen völlig lahm zu legen."

„Eine russische Depesche vom 13. Mai 1850 äußerte zwar einige Zweifel, die Rußland an der Rechtfertigung des östreichischen Gesammteintritts vor Europa aus dem Artikel 6*) der Wiener Schlußacte hege, stellte aber ein bedingtes Eingehen auf den östreichischen Plan in Aussicht."

„Nachdem darauf Oestreich Anfangs Juni durch eine vertrauliche Depesche gewisse von Rußland verlangte Zusagen gegeben, namentlich sich verpflichtet, keine ungebührliche Abhängigkeit der deut-

---

*) Art. VI der Wiener Schlußacte:

„Der Bund ist nach seiner ursprünglichen Bestimmung auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur statthaben, wenn die Gesammtheit der Bundesglieder solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstand der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Pflichten derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit, bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiet haftender Souveränetätsrechte kann, ohne solche Zustimmung, nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen."

In diesem Artikel ist also eine Aenderung des Territorialbestands des Bundes als *möglich* vorausgesetzt und an kein *anderes* Erforderniß als an die Zustimmung der Gesammtheit der Bundesglieder geknüpft.

schen Einzelstaaten von der Centralgewalt anzustreben, so versprach Rußland durch eine merkwürdige Depesche vom 24. Juni sich dem östreichischen Project nicht zu widersetzen."

„Inzwischen hatten Frankreich und England dieses mit Besorgniß betrachtet, sich jedoch abwartend verhalten."

„Frankreich regte zuerst im Juli eine Verständigung mit England an. Beide Regierungen fürchteten die Wirkungen einer Ausführung des östreichischen Plans auf die großen Machtverhältnisse in Europa."

„Beide hielten überdies an ihrer traditionellen Auffassung der Wiener Verträge fest, wonach eine Aenderung des Territorialbestands des deutschen Bundes nicht ohne ihre Einwilligung, als der Mitunterzeichner der Congreßacte, zulässig sein würde."

„Das nächste Ergebniß der Verständigung zwischen Frankreich und England waren parallel gehende Versuche Rußland für den Widerstand gegen den östreichischen Plan zu gewinnen."

„Rußland suchte die Westmächte zu täuschen. Zu einer Zeit, wo das geheime Einverständniß mit Oestreich längst vollendet war, im August, erklärte das Petersburger Cabinet, es betrachte jene Frage noch als eine durchaus offene, es habe sich noch nicht darüber entschieden. Der Rechtsfrage, hinsichts des Erfordernisses der Zustimmung aller Unterzeichner der Wiener Congreßacte wich man aus. Vom politischen Standpunkt suchte man Frankreich und England durch die Vorstellungen zu beschwichtigen, die Verwirklichung des östreichischen Gedankens sei problematisch, jedenfalls noch im weiten Felde, und, wenn sie eintrete, für das Gleichgewicht Europa's gar nicht so gefährlich, für keine der anderen Großmächte, höchstens für Rußland selbst, bedrohlich, der Sache der Ruhe und Ordnung förderlich."

„Erst im Dezember erklärte Rußland den Westmächten auf einmal, es habe Oestreich bereits seine Zustimmung zu dessen Plan ausgesprochen und werde sich diesem nicht widersetzen, wenn alle deutsche Staaten ihn genehmigten. Es sei dies eine innere deutsche Ange-

legenheit, die die deutschen Staaten ohne Befragung der Unterzeichner der Wiener Verträge unter sich ordnen könnten. Diese Verträge ließen eine Ausdehnung des Bundesgebiets zu."

„Inzwischen hatten die preußisch-östreichischen Zerwürfnisse es Frankreich und England nicht angemessen erscheinen lassen, in Wien selbst eine entschiedene Sprache zu führen."

„Nach Beendigung dieser Wirren richtete England Depeschen vom 3. Dezember nach Wien und Berlin, worin es erklärte, es enthalte sich für jetzt eines definitiven Urtheils, müsse aber erwarten, daß Oestreich und Preußen, ehe etwas Endgültiges geschehe, ihm vollständige Aufklärungen über Natur und Zweck, sowie die Motive der beabsichtigten Aenderungen im deutschen Bunde geben würden."

„Fürst Schwarzenberg erwiderte darauf, England sei allerdings berechtigt, ehe etwas Abschließendes geschehe, solche Aufklärungen über Wesen und Bedeutung der beabsichtigten Aenderungen zu erwarten. Die verhießenen Aufklärungen blieben indeß aus."

„Mittlerweile sah Fürst Schwarzenberg sich zu dem Versuch bewogen, die von Frankreich ausgesprochenen lebhaften Besorgnisse, durch eine Depesche an Herrn Hübner vom 12. Januar 1851 zu zerstreuen. Er beruft sich darin zur Rechtfertigung des Eintritts von Gesammtöstreich auf Art. 6 der Schlußacte. Er hebt hervor, diese Gebietserweiterung des Bundes würde dessen defensiven, dessen wesentlich conservativen Charakter nicht verändern."

„Die französische Regierung war damit nicht zufrieden gestellt. Ihre Erwiderung vom 31. Januar behauptet, daß sich der östreichische Plan mit den Bestimmungen der Wiener Verträge über das Gebiet des Bundes im Widerspruch befinde, gegen welche der ohnehin zweideutige Artikel 6 der Schlußacte nicht mit Fug angeführt werden könne. Frankreich verlange die strenge Ausführung eines europäischen Tractats, es würde die Rechtmäßigkeit des aus jener Neuerung sich ergebenden Zustands der Dinge nicht anerkennen."

„England seinerseits, nachdem es längere Zeit auf die von Wien

versprochenen Aufklärungen vergeblich gewartet, wandte sich mit neuen Mittheilungen an das östreichische Cabinet und es ging nun Wochen hindurch der Schriftwechsel über die Rechtsfrage, die Auslegung der Wiener Verträge und der Schlußacte zwischen den Westmächten und den beiden deutschen Großmächten hin und her, ohne ein für die ersteren befriedigendes Ergebniß zu liefern."

„Scheinbar ebenso erfolglos blieben im Frühjahr 1851 die Bemühungen der Westmächte in Petersburg, ja als im April Hr. Mercier dort in vertraulicher Sendung anlangte und erklärte: „Frankreich könne sich den östreichischen Gesammteintritt nicht gefallen lassen, beharre man darauf, so könne dies den Frieden gefährden," so affectirte man russischerseits nicht daran zu glauben, daß Frankreich ernstlich einen casus belli setze. In aller Stille ertheilte man jedoch Oestreich den Rath, seinen Plan, für jetzt wenigstens, nicht weiter zu urgiren."

Der Anfang des Jahres 1851 gab Stockmar in England, außer zur Umschau in den europäischen Dingen, auch Gelegenheit, eine englische Ministerkrisis zu beobachten. Sie veranlaßte ihn zu Betrachtungen über die englischen Zustände, die wir dem Leser nicht vorenthalten dürfen. Vorweg jedoch wollen wir an die bezüglichen Thatsachen erinnern.

Das von Lord John Russell geleitete Whigministerium stand seit 1850 auf schwachen Füßen. Am 13. Februar 1851 erlangte es gegen einen protectionistischen Antrag Disraeli's in dem ziemlich voll besetzten Unterhaus eine Majorität von nur 11 und am 20. d. Mts. wurde es gelegentlich eines Antrags des Mr. Locke King über Ausdehnung des Wahlrechts geschlagen.

Am 22. resignirte Lord John Russell. Vergeblich versuchte Lord Stanley und dann Lord John Russell in Verbindung mit Lord Aberdeen und Sir James Graham, den Peeliten, ein Ministerium zu bilden. Endlich ertheilte der von der Königin befragte Herzog

von Wellington Ihrer Majestät den Rath, das Whigministerium wieder einzusetzen.

„Die eigentlichen Ursachen der Resignation Russells," schreibt Stockmar, „waren wohl einmal die unartige Gesinnung des Hauses der Gemeinen, indem eine Partei sich vorgenommen, den Premier zu behandeln wie einen Bedienten, den man los sein will, und dann das Selbstgefühl des Lords, solche Behandlung nicht zu dulden."

„Stanley, ein leichtsinniger Aristokrat, dem Unheilstiften Unterhaltung und Spaß gewährt, ließ den Angriff zu, ohne an die Verpflichtung zu denken, ein Ministerium aufzustellen."

„Das allgemeine Geschrei war nach dem Versuch ein Coalitionsministerium zu bilden. Mein erster Eindruck war, daß dieser Versuch fehlschlagen und daß man, nach 8 bis 10 Tagen einer schädlichen und unheimlichen Stockung aller Geschäfte, genöthigt sein werde, wieder zu Russell zu greifen."

„Gleich bei der ersten Zusammenkunft zwischen Whigs und Peeliten glaubte ich zu bemerken, daß es den Whigs am wenigsten Ernst mit einer Coalition sei und sie daher ihre Bedingungen so stellen würden, daß die Sache zu Boden fallen müsse. Aberdeen und Graham hatten auch keine rechte Lust. Ich, der ich den Teufel nach Whigs und Tories und ihren resp. lumpigen Parteiinteressen und Gefühlen frage, will seit Jahren die Wiederherstellung zweier großen Parteien und hoffte in dieser Crise die Möglichkeit zu finden, wieder zur Bildung einer conservativen Partei zu gelangen, die ein Ministerium stellen kann. An den Erfolg einer Coalition (zwischen Whigs und Peeliten) nicht glaubend, wünschte ich, daß der Versuch die Peeliten dahin führen werde, sich den Protectionisten anzuschließen. Allein Aberdeen und Graham benahmen sich in meinen Augen wie Leute, die nicht wissen, was sie wollen, und indem sie in manchen Dingen die Whigs, in anderen die Protectionisten vor die Köpfe stießen, verdarben sie sich die Möglichkeit, sich den Einen

oder den Andern zu verbünden. Wir sind also genau genommen auf dem alten Fleck, d. h. im Dreck." —

„Fragt man nach der Ursache, aus der die Stimmung des Hauses gegen Russell hervorgegangen, die ihn zur Abdankung vermochte, so muß man eingestehen, daß diese nur in der „päbstlichen Aggression" zu finden *). Seit vielen Jahren sind die Hauptstütze eines Whigministeriums im Parlament die katholischen Irländer. Diese sind nun sämmtlich toll und so bigott, daß der Pabst jetzt eine geschlossene Phalanx im Hause hat, und es ist vollkommen wahr, daß, nach langen Jahrhunderten, der Pabst wieder einen englischen Premier zum Rücktritt gebracht. Daß er nun die Engländer wieder katholisch machen werde, glaube ich nicht, aber vielleicht kann er es lange in seiner Gewalt haben, sie im heißen Wasser der innern Zwietracht und Schwäche zu erhalten. Jetzt hat sich die politische Reaction mit der religiösen auf dem ganzen Continent verbündet. Siegt die politische Reaction für eine Zeit, so siegt auch die religiöse für ebenso lange. Der Pabst sollte jedoch in seiner Rechnung das ewige Gesetz des Wechsels nicht vergessen. Denn tritt wieder eine kräftige liberale Action ein, so könnte er als weltlicher Fürst doch wohl ins Gedränge kommen. Sieht England erst in Rom einen bestimmten Feind für seine innere Ruhe, so kann sich die

*) Die sogenannte „päbstliche Aggression" erfolgte im September 1850 durch ein Breve des Pabstes, welches eine Reihe von katholischen Bisthümern in England schuf, und den Cardinal Wiseman zum Erzbischof von Westminster ernannte. Der Eindruck dieses Schritts war außerordentlich; er erweckte den alten Ruf: „no popery"! Am 7. Februar 1851 legte Russell eine Bill „wegen der geistlichen Titel" vor, welche die Annahme bischöflicher Titel allen nicht zur Staatskirche gehörigen Geistlichen untersagte und alle Vermächtnisse und Schenkungen an solche Personen für null und nichtig erklärte. Der Vorschlag stieß nach allen Seiten an. Den eifrigen Protestanten that er nicht genug, dem liberalen Anhang des Ministeriums, ja selbst vielen Peeliten ging er zu weit, den irischen Katholiken, welche das Ministerium unterstützten, war er natürlich ein Gräuel. Die Titelbill ist übrigens, nachdem sie ein todter Buchstabe geblieben, im Jahre 1870 ganz ruhig wieder abgeschafft worden.

englische Politik zu Schritten genöthigt finden, die dem Pabst sehr unangenehm sein möchten."

„Ein Mangel macht sich gegenwärtig in England fühlbar, der an tüchtigen Staatsmännern. Dadurch wird der Schaden, an dem wir seit der Reformbill leiden, immer größer, der nämlich, daß das Haus der Gemeinen immer omnipotenter wird und immer mehr in die Competenz der Executive übergreift. Diesem Uebel Einhalt zu thun, dazu gehört eine Reihe tüchtiger Premierminister. Es wird die Grenze zwischen Republik und constitutioneller Monarchie von niemand gehörig ins Auge gefaßt und daher auch nicht gehörig vertheidigt. Diese Vertheidigung aber ist die erste Pflicht des Ministers. Sie muß jeden Augenblick eintreten, in welchem die Volksvertretung wissentlich oder unwissentlich die Formen der Verfassung benutzt, um deren Wesen zu gefährden und das Land, der Menge unbemerkt, in eine andere Staatsform hinüber zu führen. Bei solchen Versuchen muß der Minister dem Hause der Gemeinen den ernstesten Kampf liefern. Er muß öffentlich den Grundsatz bekennen: „„Ihr habt eine Verfassung, die die Majorität des Volks erhalten wissen will, und ich werde nicht zugeben, daß eine Minorität die vom Haus der Gemeinen seit länger schon angestrebte Omnipotenz dazu benutze, die Majorität des Volks zu betrügen und um ihr gutes Recht zu bringen.""

„Ich bin überzeugt, daß England die Republik nicht will und daß die constitutionelle Monarchie jetzt populärer ist wie früher. Allein es ist mit einem Parlamente, wie mit einem Regimente; dieses *ist* nichts und *kann* nichts, ohne einen tüchtigen Obersten. Wie der Minister, so auch das Parlament.

Unser Haus der Gemeinen ist nicht so, wie es sein sollte, weil die Minister keine tüchtigen Führer sind. Diese englische Sucht, die ganze Staatsweisheit nur in die Kunst zu legen, das Parlament zufrieden zu stellen und demselben durch clever speeches (Reden voll Talent) ein X für ein U zu machen, ekelt mich an."

„Daß übrigens die Königin sehr populär ist, hat mir die Ruhe bewiesen, die in ganz England während der Ministercrise geherrscht hat. Vielfach hat man mir in dieser Zeit gesagt: „„wir sind ruhig, weil wir die Ueberzeugung haben, daß die Königin ehrlich ist, keiner Partei angehört und daher auch auf keine Parteiintrigue eingehen wird."" Wie ganz anders lautet dies, als was man im Frühjahr 1839 hörte!"

Der Rückblick auf die letzten 10 Jahre bot für Stockmar hinsichts der politischen Stellung der höchsten Personen und der persönlichen Verhältnisse am englischen Hofe so viel Erfreuliches, daß er in einem Briefe einige Monate später ausruft: „Dort ist seit 1840 alles sehr gut gegangen, beinahe zu gut, um nicht an den Ring des Polykrates erinnert zu werden."

Das Frühjahr 1851 sah Stockmar wieder in Deutschland, wo er bis in den Spätherbst verweilte. In seinen Ansichten über die deutschen Angelegenheiten hatten sich seit 1849 und 1850 zwei Punkte allmälig befestigt:

1. Daß für das erste auf die Einigung von ganz Deutschland zu verzichten, vielmehr zunächst nur die Einigung Norddeutschlands unter Preußen zu erstreben sei

2. Daß auch diese sich nicht im Wege friedlicher Verständigung vollziehen werde.

„Unsere inneren Verhältnisse, schreibt er am 25. September, können nie auf dem Wege der friedlichen, vernünftigen Verhandlung und Transaction geordnet werden. Gewalt wird am Ende den Knoten zerhauen. Die Einwohner der kleinen Staaten haben sich aus der Anhänglichkeit an ihre Dynastien heraus und in das klare Bewußtsein der Erbärmlichkeit ihrer staatlichen Existenz hinein gelebt. Mit der Schmach und dem Hohn, die unserem Volke vom Ausland und von den eigenen Herrschern seit Jahren zu Theil werden, muß das Volk mehr und mehr verkümmern und verwildern, und durch diese Zustände kann die allgemeine Noth recht hoch steigen.

Dann kann es kommen, wie es schon so oft kam, die Noth erzeugt den Mann und die That."

Im Spätherbst reiste Stockmar wieder nach England. Kaum einen Monat hatte er daselbst verbracht, als der französische Staatsstreich vom 2. December ein ganz neues Element in die politische Constellation hineinwarf.

Für Stockmar persönlich konnte das Vorgehen Louis Napoleon's in gewisser Beziehung nichts Ueberraschendes haben. In den vierziger Jahren, zu einer Zeit, wo noch Niemand an der Festigkeit des Throns der jüngeren Bourbons zweifelte, war Stockmar bei einem Diner des Prinzen Nachbar gewesen. Er war sehr erstaunt von diesem, im Gespräch über die Zustände Frankreichs, zu vernehmen: „Louis Philipp kann sich nicht halten." Er fragte: „und was dann?" „Dann komme ich an die Reihe," antwortete der Prinz ganz zuversichtlich.

Hier war also ein starker Glaube an den eigenen Stern vorhanden, und es ist ja menschlich, dem Stern, wenn er nicht rasch genug wirkt, etwas nachzuhelfen.

Den ersten Eindruck des Staatsstreichs in England legt ein Brief Stockmar's vom 5. December dar.

„Der Eindruck hier ist, daß Napoleon den Coup d'état nicht nöthig gehabt und daß er wieder gewählt worden wäre, wenn er sein Ministerium, das wenigstens aus achtbaren Leuten bestand, beibehalten und den Gang der Dinge ruhig abgewartet hätte. Den plötzlichen Impuls, der ihn zum Staatsstreich trieb, sucht man in der Furcht, in die ihn die Candidatur des Prinzen von Joinville zur Präsidentschaft versetzte. Man glaubt, daß Rußland und Oestreich den Schritt des Präsidenten billigen werden und denkt an die Möglichkeit eines Krieges, da er seine Armee beschäftigen und zufrieden stellen müsse. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß Frankreich sich auf die Seite der absoluten Mächte gegen England stellen

möchte. Mit diesen Ansichten stimmen auch Briefe, die ich aus Brüssel erhalten habe."

„Ich frage dagegen, was sollte das Object einer solchen Allianz, eines solchen Krieges gegen England sein? Die Demüthigung Englands oder gar die Schmälerung seiner Macht und Wohlfahrt? Wäre es darauf abgesehen, so würde ein solcher Versuch, im guten Ernst unternommen, der ganzen europäischen Politik eine Wendung geben, die in ihren Folgen gerade das Gegentheil von dem bewirken würde, was die Urheber des Kriegs bezweckten. Die Möglichkeit, daß einige verbrannte Gehirne sich mit dem Gedanken eines Kreuzzugs gegen England und seine Constitution tragen, läugne ich nicht ab. Aber kein Mensch in seinen Sinnen wird übersehen, was es hieße, England zur Verzweiflung zu treiben. Canning verglich es vordem mit Aeolus, der die Winde in seinen Schläuchen gefesselt hält. In dem Gleichniß liegt eine große Wahrheit. Das Oeffnen des Schlauches wäre gewiß für England selbst sehr gefährlich, allein, angegriffen, wird es unbekümmert um die Folgen, den Sturm entfesseln."

„Nur unter einer Bedingung übrigens kann Louis Napoleon die unsichere Freundschaft der absoluten Mächte erhalten. Sie ist, daß er innerhalb der jetzigen Territorialgrenzen Frankreichs despotisch regiere. Will er über diese Grenzen hinaus, so sind sie sämmtlich seine Feinde. Die despotische Regierung wird aber innerhalb Frankreichs auf die Dauer nur ertragen, wenn die auswärtige Politik Louis Napoleon's einen greifbaren Vortheil, also Territorialgewinn abwirft. Also kann er sich auf die Dauer die Freundschaft der absoluten Mächte nicht bewahren. Bloß deswegen russisch regiert zu werden, damit der Kaiser Nicolaus desto leichter und sicherer bei sich herrsche, das lassen sich die Franzosen nicht gefallen."

Im Dezember 1851 waren natürlich alle Politiker mit der Frage beschäftigt, ob aus dem Staatsstreich eine haltbare Ordnung

der Dinge erwachsen werde. Stockmar war der Ansicht, daß aus jenem Unternehmen nichts hervorgehen werde, als eine neue Catastrophe.

Mit den Elementen, auf denen der Erfolg des Staatsstreichs beruhte, lasse sich nur eine Regierung des Teufels selbst begründen. Er glaube nicht an die Möglichkeit der dauernden Herrschaft dieser schwarzen Majestät.

Für die Wahrscheinlichkeit eines schließlichen Mißerfolgs Louis Napoleon's sah er folgende Gründe:

1. Dessen Befangenheit in den Idées Napoléoniennes des Oheims, welche nur zu Anachronismen führen könne

2. Daß die Furcht vor den Rothen, welche Napoleon's Stärke ausmache, allmälig als übertrieben erkannt werden müsse

3. Die Schwierigkeit, die hochgespannten Erwartungen der Armee und der Massen zu befriedigen

4. Das voraussichtliche Wiedererwachen des Strebens nach Volksfreiheiten und constitutioneller Regierung.

Die folgenden zwei Decennien haben allerdings gezeigt, daß Louis Napoleon eine größere Unbefangenheit des Blicks besitzt, sich den Umständen weit mehr zu accommodiren versteht, als die Meisten zu Ende 1851 anzunehmen geneigt waren. Sie haben auch bewiesen, daß er die Erhaltung des von ihm Gegründeten nicht ausschließlich in den Elementen sucht, auf denen der Erfolg des 2. Dezember beruhte, daß er vielmehr die Basis seiner Macht zu erweitern strebt, daß er nicht an der Sallustischen Maxime einseitig festhält imperium iisdem artibus retinere quibus initio partum est. Indeß, das Experiment ist noch nicht zu Ende. Es wird sich fragen, ob das zweite Kaiserreich Biegsamkeit und Bildsamkeit genug besitzt, um der Nemesis seiner Antecedentien zu entgehen*).

Mit der anfänglichen Freundlichkeit der Höfe von Petersburg

*) Geschrieben Anfang 1870.

und Wien für Louis Napoleon verknüpften damals Manche den Gedanken an die Möglichkeit, daß mittelst einer Zutheilung von Belgien an Frankreich, Sardinien an Oestreich und Hannover an Preußen die Grundlage für ein neues System und für eine feste Allianz der absoluten Mächte mit Frankreich geschaffen werden könne.

„Dieses Geschwätz verlache ich, schreibt Stockmar. Was Belgien betrifft, so könnten Rußland und Oestreich Jenes nicht zugeben, selbst wenn Preußen im Stande wäre, zu übersehen, daß Belgien sein sicherstes Bollwerk gegen die Habsucht der Franzosen ist. Das gefährlichste Geschenk, das Oestreich annehmen könnte, würde Sardinien sein, es würde ihm damit gehen wie, sans comparaison, dem Hercules mit dem Nessushemde."

„Ich sehe also die Möglichkeit nicht ein, daß man Belgien und Sardinien offen angreife. Was ich fürchte ist, daß man einen heimlichen, versteckten Krieg gegen diese beiden Staaten zu führen für eine gute Politik halten möge. In der Feindseligkeit gegen den Constitutionalismus auf dem Continent stimmen Rußland, Preußen, Oestreich und Louis Napoleon überein. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Letztere schon jetzt in Petersburg Versuche macht sich mit den absoluten Regierungen zu verständigen. Oestreich wird daher Sardinien und Frankreich Belgien so viel als möglich tribuliren und die Anderen werden conniviren."

Eine Nachschrift besagt: „Soeben erfahre ich, daß der östreichische Bundestagsgesandte Graf Thun geäußert hat „„unser gegenwärtiges politisches System bleibt gefährdet, so lange eine Constitution in Sardinien besteht."" Azeglio, der Sohn, ist angekommen, um dem englischen Cabinet mitzutheilen, daß seine Regierung von Wien bedeutet worden sei, wie Oestreich darauf bestehen müsse, daß Sardinien seine inneren Institutionen mit denen der übrigen italiänischen Staaten ins Niveau setze, auf deutsch: seine Constitution abschaffe."

Der Umsturz in Frankreich regte zu jener Zeit, wie so oft, die

Menschen an, sich in Speculationen über neue Möglichkeiten der Umwälzung zu ergehen. Dazu kam, daß die sogenannten alten Parteien in jenem Lande, namentlich die Orleanisten, die Fähigkeit und die Aussichten Louis Napoleons bedeutend unterschätzten. Man beschäftigte sich daher schon wieder mit Combinationen wegen eines neuen Umschwungs der Dinge zu Gunsten der Bourbons und, im Hinblick darauf, mit der Aussöhnung, der sogenannten Fusion zwischen dem älteren und dem jüngeren Zweige.

Stockmar schreibt über diese Fragen am 18. December: „Daß der Coup d'état für sich allein die Hoffnungen der Bourbons vermehrt habe, kann ich nicht einsehen. Ist einmal der jetzige Paroxismus (die Furcht vor der rothen Republik) in Frankreich vorüber, erwacht erst wieder das Bedürfniß constitutioneller Freiheit, zeigt sich Louis Napoleon unfähig es zu befriedigen, dann kann eine Chance für die Bourbons und folgeweise für die Fusion eintreten. Für jetzt kann ich den Orléans nur rathen, stumm und still zu sein wie Felsen. Wenige Engländer werden sich über die Aussichten freuen, die sich für jene eröffnen können. Sie sind den Whigs verhaßt, die ihnen mißtrauen und die ganze Familie für feindlich gesinnt gegen England halten. Man erinnert sich sehr lebhaft des Joinville'schen Pamphlets aus den vierziger Jahren über eine Invasion Englands und traut gerade Joinville, dem Fähigsten, am wenigsten. So rächen sich die Unüberlegtheiten übermüthiger Jugend an dem gereiften Mann in seinem Unglück."

Am Schluß des Jahres führte noch der französische Staatsstreich in weiterer Folge zu der merkwürdigen Episode der Entlassung Lord Palmerston's.

Zwischen Palmerston und dem Prinzen Gemahl bestand seit längerer Zeit ein gewisser Antagonismus. Dem Prinzen konnte die unruhige, einmischungs- und demonstrationssüchtige Politik nicht zusagen, in die der Minister seit 1848 mehr und mehr hineingerathen

war, die die continentalen Regierungen verstimmte, England schadete und Niemand nützte. Der Prinz machte überhaupt die Aufsicht und Controle der Krone über die auswärtige Politik geltend. Dies war wiederum dem eigenwilligen Lord ärgerlich, und die Mittel und Kunstgriffe, die er anwandte, um jener Controle zu entgehen, verbesserten das Verhältniß nicht. Anderseits war Palmerston seit der griechischen Pacificoangelegenheit von 1850, seit seinen Sympathieäußerungen für Kossuth und die überwundenen Träger der Revolutionen auf dem Continent seinen eigenen Collegen lästig geworden.

Schon im November schrieb Stockmar: „Ich halte den Mann schon seit längerer Zeit für partiell wahnsinnig.“

Am 22. December sagt er in einem Brief: „Seit ich wieder hier bin, also seit ungefähr zwei Monaten, beging er Thorheiten, die mich in dem früheren Verdacht, daß er nicht mehr richtig im Kopfe sei, immer mehr bestärkten. Groß war die Versuchung für den Prinzen einzuspringen, um ihn zu stürzen. Ich habe ihm beharrlich und mit Erfolg abgerathen. Ich rieth ihm, den reinen Zuschauer zu machen, da ich gewiß sei, daß, wenn Palmerston noch einen Stoß brauche, seine Collegen selbst ihm diesen geben würden.“

Die Thatsachen der Catastrophe vom December 1851 liegen uns noch so nah, daß wir uns kurz fassen dürfen.

Schon im August 1850 hatte die Königin an den Premierminister Lord. J. Russell ein Memorandum gerichtet, worin sie bestimmte Forderungen in Beziehung auf Lord Palmerston's Amtsführung stellte, Forderungen, aus denen sich indirect ergiebt, worüber die Königin sich bis dahin zu beklagen gehabt hatte. Das Memorandum besagt:

„Die Königin verlangt: erstens, daß Lord Palmerston immer bestimmt ausspreche, was er in einem gegebenen Fall zu thun vorschlägt, damit die Königin ebenso bestimmt weiß, wozu sie ihre königliche Sanction ertheilt. Zweitens, daß, wenn sie einmal eine Maßregel genehmigt hat, diese nicht von dem Minister willkürlich

geändert oder modificirt werde. In einem solchen Verfahren müßte sie einen Mangel der der Krone schuldigen Aufrichtigkeit erblicken und es würde ihrer Ansicht nach der gerechten Ahndung durch Ausübung ihres verfassungsmäßigen Rechts, den Minister zu entlassen, unterliegen. Sie erwartet fortlaufend von dem in Kenntniß erhalten zu werden, was zwischen ihm und den fremden Gesandten verhandelt wird, ehe auf diesen Verkehr basirte wichtige Entschließungen gefaßt werden, die eingehenden Depeschen zu guter Zeit zu erhalten, und die Entwürfe, die ihr zur Genehmigung unterbreitet werden, zeitig genug zugesandt zu bekommen, um sich mit dem Inhalt bekannt machen zu können, ehe sie abgehen müssen. Die Königin hält es für das Beste, daß Lord John Russell diesen Brief dem Lord Palmerston zeige."

Palmerston hatte darauf dem Premier geschrieben, er habe Abschrift davon genommen und werde nicht ermangeln, sich nach den darin enthaltenen Weisungen zu richten.

Sein Verfahren nach dem Staatsstreich zeigte indeß ebensosehr erstens, wie nöthig der Brief der Königin gewesen war, als zweitens, wie wenig ihn der Minister wirklich zu Herzen genommen.

Gleich nach dem Staatsstreich besprachen die Königin und der Prinz die von England diesem Ereigniß gegenüber einzuhaltende Politik. Es wurde festgestellt, daß es eine Politik der Enthaltung, der Neutralität sein müsse. Die Königin schrieb in diesem Sinn an Lord John Russell, der sich brieflich ganz einverstanden erklärte. Er trug den Brief der Königin dem Cabinet vor, welches die darin vorgezeichnete Linie annahm. Eine von der Königin genehmigte Depesche in dem gleichen Sinne wurde an den Botschafter in Paris, Lord Normanby, unter dem 5. December erlassen. Sie besagte: „that nothing should be done by H. M's Ambassador at Paris which could wear the appearance of an interference of any kind in the internal affairs of France" („daß der Botschafter in

Paris alles zu vermeiden habe, was den Anschein einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs haben könnte"). Gleichzeitig hatte aber der französische Botschafter in London, Graf Walewski, seiner Regierung von einer mit Lord Palmerston gehabten Unterredung berichtet, worin dieser seine „vollständige Billigung" des Staatsstreichs und seine „Ueberzeugung" ausgesprochen hatte, „daß der Präsident nicht anders habe handeln können." Lord Normanby, dem der französische auswärtige Minister diese Thatsache mittheilte, befand sich zwischen den verschiedenen Aeußerungen seines Chefs im Gedränge. Er fragte zu Hause an, woran er sich zu halten habe. Dies führte dazu, daß der Premier, Lord J. Russell, schriftlich Aufklärung von Palmerston erforderte. Gleich darauf erhielt der erstere ein Schreiben der Königin, worin sie dasselbe Begehren aussprach. Lord Palmerston ließ vier Tage auf seine Antwort warten, die natürlich nicht befriedigend sein konnte, und benutzte die Zwischenzeit, ohne Befragung der Königin oder des Cabinets, eine Depesche an Lord Normanby zu richten, in der er die in seinem Gespräch mit Walewski geäußerten Ansichten vertheidigte und deren Verträglichkeit mit den Instructionen vom 6. December behauptete.

Hier waren also jene allgemeinen Weisungen der Königin mehrfach verletzt, es war wiederholt in einer wichtigen Angelegenheit gegen einen auf Anregung der Königin gefaßten Cabinetsbeschluß gehandelt und unter Umständen, welche dem Verfahren einen besondern Anstrich von Rücksichtslosigkeit und Insubordination gaben.

Der Königin und dem Prinzen schien die Zeit gekommen, die in dem Memorandum von 1850 ausgesprochene Drohung zu verwirklichen. Es wurde mit Lord John wegen der Entlassung Palmerston's verhandelt. Er zeigte, nach einer Niederschrift Stockmar's, wenig Lust, suchte auszuweichen. Es bedurfte einiger Festigkeit, um ihn, unter Hinweisung auf seinen früheren Brief an die Königin, worin er die von Ihrer Majestät vorgeschlagene Politik gegenüber

dem Staatsstreich ausdrücklich gebilligt hatte, zum Handeln zu bringen.

Lord Palmerston wurde entlassen und durch Lord Granville ersetzt.

Heute, nachdem die Leidenschaften und Vorurtheile geschwunden sind, die damals den Blick trübten, liegt der Umstand klar vor Augen, daß Lord Palmerston nicht sowohl wegen der von ihm geäußerten Billigung des Staatsstreichs an sich als wegen eigenmächtiger und rücksichtsloser Ignorirung des verfassungsmäßigen Aufsichts- und Mitwirkungsrechts der Krone in der auswärtigen Politik entlassen worden war. Und so diente dieser Vorfall dazu, die Rechte der Krone in dieser Beziehung außer Zweifel zu stellen. In anerkannten Werken über die englische Verfassung sehen wir jetzt das Memorandum der Königin von 1850 als die richtige Auslegung der geschäftlichen Beziehungen des Souveräns zum Minister abgedruckt. Vergl. Todd, Parliament. Gov. II. p. 213.

Wir dürfen indeß nicht verschweigen, daß Stockmar einige Jahre darauf der Politik Palmerston's gegenüber dem Coup d'état sachlich vollkommene Gerechtigkeit widerfahren ließ. Im October 1854, also nach dem Beginn des Krimkriegs, schreibt er:

„Palmerston's Maxime war es seit lange, daß ein Bündniß zwischen Frankreich und England das ganze übrige Europa im Zaum zu halten vermöge. Aus dieser seiner Maxime, aus seinem leidenschaftlichen Hasse gegen die Orléans erkläre ich mir sein Wagestück, den Staatsstreich Louis Napoleon's gleich nach dem Gelingen, seinen Pflichten als Minister zuwider, öffentlich zu billigen und wie er ferner, dem allgemeinen Verdammungsurtheil über den Coup d'état zum Trotz, sogleich den Versuch machte, das politische Einverständniß mit dem Napoleoniden anzuknüpfen. Um gerecht zu sein, muß ich zugeben, daß er damals schärfer in die Zukunft gesehen hat, als wir Alle, die durch die Gläser des Unwillens gegen den Coup d'état sahen. Denn der russische Wahnsinn bedingte eine

politische Nothwendigkeit, die der französisch-englischen Allianz*), und Palmerston mag mit Recht sagen, er habe diese Nothwendigkeit früher erkannt als wir. Er hat uns wirklich überflügelt."

Nimmt man dieses Urtheil über das Sachliche der Palmerston'schen Politik im December 1851 für richtig, so wird man dabei doch anerkennen müssen, daß damit die Form, in die Palmerston jene Politik einkleidete, nicht nothwendig gegeben war. Es läßt sich nicht läugnen, daß er ein politisches Einverständniß mit Frankreich hätte anbahnen können, ohne gegen Walewski den Staatsstreich zu billigen, ohne die Depesche vom 16. December zu schreiben und mit Verletzung der gebotenen Rücksichten gegen die Königin und das Cabinet abzusenden.

Seine fernerliegenden politischen Ziele hätte er ebensogut verfolgen können, wenn er in Bezug auf den Staatsstreich dem gefaßten Cabinetsbeschluß gemäß Frankreich gegenüber auf der Rede geblieben wäre: „über den Staatsstreich habe ich mich gar nicht zu äußern, er ist eine innere französische Angelegenheit."

Im December 1851 machte Palmerston's Entlassung in England begreiflich das größte Aufsehen. Weit verbreitete sich die Ansicht, Lord Palmerston sei als Opfer festländischen Einflusses gefallen, weil er der Träger der liberalen Ideen gewesen. War er doch den Regierungen des Festlandes durch die Begünstigung, die er in den letzten Jahren den revolutionären Elementen hatte angedeihen lassen, notorisch verhaßt. Anderseits lag die Betheiligung des Hofes an dem Sturz des Ministers zu Tage, und es war folglich die weitere Vermuthung nahe gerückt, es sei Prinz Albert, „der foreigner (Fremde), der Coburger, erzogen in den legitimistischen, reactionären Anschauungen der kleinen deutschen Höfe," das Hauptwerkzeug jener continentalen Intriguen gewesen. Diese Auffassungen entsprachen der natürlichen Neigung des fernerstehenden Publicums, die Erklä-

*) Man muß sich erinnern, daß im December 1851 die Verhandlungen über die heiligen Stätten bereits einen heftigen Charakter angenommen hatten.

rung der Ereignisse nie in den einfachsten, sich zunächst darbietenden Ursachen, sondern in etwas dahinter Liegendem, womöglich in irgend welchen Ränken und Umtrieben zu suchen. Jene Auslegungen wurden von einem Theil der Presse, namentlich der radicalen, genährt und von Palmerston selbst wahrscheinlich, wenigstens indirect, befördert.

Niemand besser als dieser selbst konnte den Antheil würdigen, den der Prinz an seinem Sturz genommen, und da der Lord nicht verzeihenden Gemüths war, so bereitete er, sagt man, in der Zeit der Ruhe, die ihm nun vergönnt war, ein Werkzeug der directen Rache. Man erzählte sich (nach einer in Stockmar's Papieren befindlichen Niederschrift), daß unter seinen Augen in Broadlands, seinem Landsitz, von einem Mr. Ph. eine Brochüre geschrieben wurde, welche unter dem Titel: Palmerston — what has he done? die obenerwähnte Version über seine Entlassung aufstellte, seine Billigung des Staatsstreichs läugnete und über geheime Correspondenzen des Prinzen mit den absoluten Höfen im freiheitsfeindlichen Sinn Andeutungen machte. Mr. Ph. empfing 100 Pfd. Strl. Das Pamphlet wurde gedruckt. Bei näherer Ueberlegung aber fand Lord Palmerston, oder fanden seine Freunde, daß die Veröffentlichung ihm mehr schaden als nützen würde. Er unterdrückte es daher, wobei er angab, dies geschehe auf Anrathen Lord Lansdownes, der seitdem erklärt hat, er habe nie davon gewußt. So erzählte man.

Wir werden sehen, welche Rolle dieses Pamphlet noch nach Jahren (anno 1854) spielte, als die Angriffe gegen den Prinzen Gemahl ihren Höhepunkt erreichten.

Der Fall Palmerston's im December 1851 war aber nur eine der vielen kleinen indirecten Nebenwirkungen, die ein großer politischer Stoß, wie der Staatsstreich, nach allen Seiten hervorbringen muß. Zu Anfang 1852 zitterte noch die durch diesen erzeugte Erschütterung vielfach nach, waren die Besorgnisse vor einer aggressiven Politik Louis Napoleon's noch sehr rege. Der Gedanke, daß eine solche zu-

nächst Belgien bedrohen würde, lag nahe. Es galt bei Zeiten die Dispositionen der Großmächte zu erforschen.

Schon am 3. Januar meldet Stockmar: „Brunnow (der russische Gesandte in London) ist befragt worden, was der Entschluß des russischen Cabinets sein werde, im Fall Belgien von Frankreich aus gefährdet würde. Er antwortete: „ich habe heute an Nesselrode geschrieben, wie ich die Verantwortlichkeit übernommen, dem englischen Cabinet zu sagen, daß, was auch früher der Kaiser (Nicolaus) über Belgien und den König Leopold gedacht und gesagt haben möge, ich (Brunnow) gewiß sei, er werde im Fall einer Gefahr für Belgien cause commune mit England machen.““

„Zu gleicher Zeit hat man englischerseits Frankreich vertraulich darauf aufmerksam gemacht, daß die Unabhängigkeit Belgiens für England ein vitales politisches Interesse und daß England durch Tractat verpflichtet sei, dieses Interesse zu vertheidigen.“

Auch von Seiten Preußens und Oestreichs wurden im Lauf der nächsten Monate günstige Zusagen erlangt. Die Mächte sahen in Belgien das Bollwerk des dermaligen Territorialzustandes. Das drohende Gewitter verzog sich.

Beruhigt konnte Stockmar im Mai nach dem Continente zurückgehen. Seine körperlichen Leiden machten dieses Jahr für ihn zu einem sehr traurigen. Im November setzte er sich jedoch wieder nach England in Bewegung.

Im December konnte er die Bildung des Coalitions-Ministeriums „aller Talente“ (Aberdeen, Russell, Palmerston) in der Nähe erleben. Sein Interesse und zum Theil seine Thätigkeit waren aber zu dieser Zeit ganz besonders von der Anbahnung der Vermählung des Herzogs von Brabant, jetzigen Königs der Belgier, mit der Erzherzogin Marie von Oestreich, in Anspruch genommen. Es war ihm eine große Freude, als diese Verbindung im folgenden Jahre (August 1853) zu Stande kam. Denn offenbar war sie ganz dem Interesse des Belgischen Staats und Königshauses entsprechend. Ihr Abschluß

fiel indeß in eine Epoche, wo die orientalische Verwicklung und die darin von Oestreich gespielte Rolle, ziemlich unfreundliche Gefühle gegen dieses in England erregt hatte, die sich im weiteren Verlauf noch steigerten. Nun folgerte die scharfsinnige radicale Presse Englands, der König Leopold sei durch die östreichische Heirath ins Lager des Despotismus übergegangen und verwerthete jene Vermählung in dem gleichen Sinn als Indicium zum Beweis der ähnlichen, gegen den Neffen des Königs, Prinzen Albert, erhobenen Anklagen.

---

## Sechsundzwanzigstes Capitel.

### Orientalische Verwicklung. Prinz-Albert's-Frage. 1852 bis 1856.

---

Während des Jahres 1852 hatte sich die orientalische Verwicklung geschürzt, deren Hauptthatsachen wir für bekannt annehmen.

Von Anfang an war Stockmar der Meinung, daß der Kaiser von Rußland zu jeder Zeit den Tod des „kranken Mannes“ im Auge hatte, daß aber Nicolaus, von Natur nicht kriegerisch, mehr bedacht, seine Armee zu haben als zu verbrauchen, darauf speculirte, ohne Krieg, im Wege des Imponirens einen Theil der Erbschaft zu gewinnen und über den Rest so zu verfügen, wie es seiner russischen Politik convenirte.

Auch als der Hader sich erhitzt, die Frage der heiligen Stätten der des russischen Protectorats über die türkischen Unterthanen griechischen Glaubens gewichen, Mentschikoff in Constantinopel unverrichteter Sache drohend abgezogen war, sah daher Stockmar das Mittel zur Ableitung des Gewitters noch immer in der Mediation der vier Mächte.

Selbst nachdem Rußland sein Ultimatum an die Türkei gestellt

und eventuell mit dem Einrücken in die Fürstenthümer gedroht, nachdem als Gegenzug die Flotten der Westmächte in die Besika-Bay beordert waren, hielt er an der Hoffnung fest, die Crise werde sich durch Unterhandlung beseitigen lassen — „es sei denn, setzt er hinzu, (Brief vom 16. Juni 1853) daß ein untoward event, wie Navarino, die Rechnung verfälscht*).“

In der That schien es auch, obschon die Russen (3. Juli 1853) den Pruth überschritten, als ob die vermittelnde Thätigkeit der vier Mächte den Sieg behalten würde. Die sogenannte Wiener Note vom 31. Juli wurde am 3. August von Rußland angenommen. Die Türkei verlangte unter der Inspiration von Lord Stratford zwar Abänderungen zur Entfernung der Zweideutigkeiten jenes Actenstücks. Indeß würde es den vier Mächten wohl nicht unmöglich gewesen sein, die Pforte zur Annahme der ursprünglichen Fassung zu bewegen, hätte nicht Rußland durch die Note explicative vom 7. September die Verwerfung der türkischen Amendements unter ausdrücklicher Wiederholung seiner unzulässigen Ansprüche auf das Protectorat über die griechischen Religionsgenossen in der Türkei motivirt.

Am 26. September erfolgte die Kriegserklärung der Pforte. Auch jetzt war es einem vereinten Auftreten der vier Mächte noch möglich, den Krieg abzuwenden. Einer solchen Uebereinstimmung gegenüber hätte Nicolaus nicht Stand gehalten. Hat er doch im August 1854 auf die östreichische Sommation die Fürstenthümer aus „strategischen Rücksichten“ geräumt. Die Frage war nur: ließ sich ein entschiedenes Auftreten der vier Mächte im Verein für die Entfernung der nächsten Anlässe des Streites, für eine Herstellung des status quo ante und eines zeitweiligen friedlichen Zustandes bewerkstelligen?

Der nächste praktische Grund der Beschwerde für die Türkei und für Europa lag in der Besetzung der Donaufürstenthümer. Daß

*) Dies blieb freilich nicht aus. Die Analogie zwischen Navarino, 20. Oct. 1827, und Sinope, 30. Nov. 1853, ist augenfällig.

Rußland diese auf gemeinsames Andrängen der vier Mächte noch Ende 1853 oder Anfang 1854 geräumt haben würde, wird sich nicht in Abrede stellen lassen, wenn man die Wirkung der alleinigen östreichischen Sommation vom Juni 1854 erwägt. Dann blieb nur noch der Streitpunkt der russischen Protectoratsansprüche übrig. Diese hätte Rußland nur stillschweigend fallen zu lassen brauchen, so war die Wiederherstellung des Friedens für jetzt ermöglicht.

Aber ließ sich, muß man immer wieder fragen, in den letzten Monaten des Jahres 1853 eine Verständigung der vier Mächte zum gleichmäßigen festen Vorgehen auf solcher Basis erreichen?

Einerseits kann der Umstand daran Zweifel erregen, daß, nach einer in Stockmar's Papieren vorfindlichen Notiz vom 19. October, Oestreich damals noch sehr in Rußlands Banden war. Es hatte sich bereit erklärt, eine Of- und Defensivallianz mit Rußland einzugehen, falls Preußen sich anschlösse. Preußen indeß hatte sich geweigert. Auf der anderen Seite kann man sich doch gewisser Rückschlüsse aus den Thatsachen des östreichisch-preußischen Vertrags vom 20. April 1854 und der damit im Zusammenhang stehenden östreichischen Sommation vom Juni und russischen Räumung vom August nicht entziehen. Waren am 20. April, nachdem die englisch-französische Kriegserklärung an Rußland erfolgt war, Oestreich und Preußen so weit gekommen, daß sie die Erzwingung der Räumung der Fürstenthümer durch Oestreich in Aussicht nahmen, und Preußen dabei Oestreich den Rücken zu decken versprach, so ist es auch nicht undenkbar, daß die Westmächte Oestreich und Preußen zu einem gemeinsamen Vorschreiten mit ihnen in dem gleichen Sinn schon früher (Ende 1853) vermocht hätten, wenn sie ihnen damit die bestimmte Hoffnung eröffneten, durch Androhung des Krieges auf jener beschränkten Basis die Erhaltung des Friedens zu sichern.

Freilich die Vorbedingung für die Ausführbarkeit einer solchen politischen Combination wäre gewesen, daß ein einmüthiges eng-

lisches Cabinet sie energisch ergriffen hätte, denn England allein konnte Frankreich im Zaum halten, das jede Gelegenheit benutzte, die Bewegung der Westmächte nach dem Krieg hin zu beschleunigen. Das englische Cabinet war aber nicht einmüthig, weder in den Fragen der inneren noch in denen der auswärtigen Politik. Der Reformer Russell saß darin neben dem Antireformer Palmerston, der von Vertrauen zu Rußland und Oestreich beseelte Friedensmann Aberdeen, die friedensliebenden Peeliten neben demselben Palmerston, der, Rußland sowie Oestreich wenig geneigt, im beständigen geheimen Einvernehmen mit Frankreich zum Kriege trieb, in dem Gedanken einer Ausbeutung der französischen Allianz für den englischen Zweck der Erhaltung des osmanischen Reichs schwelgte.

Das Ende war denn, daß die an sich stärkeren, von der Gunst der Umstände geförderten Elemente allmälig obsiegten, d. h. daß man dem Krieg entgegentrieb („drifted into war") wie ein steuerloses Schiff. Der aus dem festeren Stoff geformte Palmerston, im wohlberechneten Zusammenspiel mit Frankreich, begünstigt von der mehr und mehr erwachenden Kriegslust der Nation, zog die Uebrigen nach sich.

England hatte an sich die Wahl zwischen zwei Wegen einer consequenten Politik, zwischen einer Politik des Friedens, die diesen weiter zu fristen, eine fernere Vertagung der orientalischen Crisis zu gewinnen suchte und einer großartigen Kriegspolitik, die Rußland eine ernstliche, dauernde Schwächung bereitete. Zu beiden Wegen bedurfte es des Concerts der vier Mächte, für beide war es geboten, sich nicht in eine besondere Allianz mit Frankreich verwickeln, von jenem Concert abdrängen zu lassen. Nun war aber für die erstgenannte Politik das Einverständniß der Mächte vielleicht zu bewirken, für die zweite, wie die Dinge in Wien und Berlin standen, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht.

Das englische Cabinet unter Lord Aberdeen verfolgte weder die eine noch die andere Linie mit Consequenz. Die Majorität des-

selben hatte den ernstlichen Wunsch, den Frieden zu wahren, aber man ergriff nicht die rechten Mittel, das Concert européen in dem Sinn eines drohenden gemeinsamen Vorgehens gegen Rußland zur Erhaltung des Friedens zu organisiren. Man ließ sich durch Frankreich und dessen Partner Lord Palmerston mehr und mehr auf die Bahnen des Krieges ablenken, und als man beim Krieg angelangt war, hatte man keinen andern Alliirten als Frankreich, mit dem allein großartige, dauerhafte Erfolge nicht zu erlangen waren, ohne unverhältnißmäßige, ja unsinnige Opfer, die am wenigsten von diesem Bundesgenossen erwartet werden konnten.

Das Resultat war denn ein Krieg, geführt unter den ungünstigsten Bedingungen, mit künstlichen Hindernissen aller Art gegen einen Gegner, den man gar nicht recht fassen und erreichen konnte, ein fruchtloser Kampf in der Ostsee, enorme Opfer an Geld und Menschen in der Krim, und schließlich war die Integrität des türkischen Reichs nicht gesichert, Rußland nur auf eine Reihe von Jahren zum Innehalten gezwungen und Frankreich zur vorwiegenden Macht in Europa erhoben.

Vergebens war alles Anstreben des Prinzen Gemahls gegen den Zug der Dinge. Seine Politik war einfach folgende: Er hätte am liebsten den Krieg durch ein Zusammenwirken der vier Mächte abgewendet gesehen. Die Gefahr des ausschließlichen Bundes mit Frankreich, das Precäre dieser Allianz war ihm völlig klar. Er hatte auf der einen Seite gegen die übertriebene Vertrauensseligkeit Aberdeen's zu kämpfen, der bei Rußland immer die besten Absichten voraussetzte, jedem Wort des Kaisers Nicolaus zu glauben geneigt war, und deshalb nicht entschieden genug zur Erhaltung des Friedens gegen Rußland auftrat. Aberdeen pflegte zu sagen, sogar wenn Rußland nicht ehrlich sei, so müsse man doch selbst seine Feinde so behandeln, als seien sie ehrliche Leute. Der Prinz entgegnete ihm, das sei in gewissem Sinne richtig, aber man brauche nicht zu glauben, daß sie ehrlich seien und nicht nach diesem Glauben zu verfahren. Auf der

andern Seite war seine Aufgabe, Palmerston zu überwachen, der stets neue Fäden im Interesse der französischen Allianz anspann. Im October brachte er einen Vorschlag, Louis Napoleon eine englische Prinzeß zu vermählen. Im November arbeitete er für den Gedanken, die Donaufürstenthümer an Oestreich zu geben, um Sardinien für Frankreich und Norditalien für Sardinien zu gewinnen. Es machte ihm ein besonderes Vergnügen, solche von Frankreich kommende Wünsche zu unterstützen, die dem Hofe unschmackhaft sein mochten; er konnte sich auf diese Art für das rächen, was er um Louis Napoleon's Willen im December 1851 erlitten hatte. Alle diese Umstände steigerten natürlich die Spannung in seinem Verhältniß zum Prinzen Gemahl.

Sonderbarerweise traten wieder in diesem December des Jahres 1853, wie in dem von 1851, Vorfälle ein, die frischen Anlaß gaben jenes zu verbittern.

Lord John Russell hatte eine neue Reformbill ausgearbeitet, die er in der nächsten Parlamentssession vorbringen wollte. Lord Palmerston war der Wahlreform abhold und erklärte sich gegen die Maßregel. Er hatte damals den Gedanken, das Ministerium zu sprengen, um ein neues an der Spitze der Protectionisten zu bilden. Er glaubte Lord Lansdowne werde ihm folgen, wenn er unter der Firma des Widerstrebens gegen Lord John's Reformplan austräte; und er resignirte wirklich in der zweiten Hälfte des Decembers aus diesem ostensiblen Grunde. Er fand sich aber getäuscht. Lord Lansdowne folgte ihm nicht, das Cabinet löste sich nicht auf und bald reuete Palmerston der von ihm gethane Schritt. Er sagte nun, ehe noch seine Entlassung officiell angenommen war, er wolle seine Einwendungen gegen die Reformbill Russell's, Lord Lansdowne zu Liebe, fahren lassen. Und seine Collegen nahmen ihn binnen noch nicht einer Woche wieder auf, die meisten derselben wohl in dem Gefühl, daß er in der damaligen Lage der unentbehrliche Mann sei, der das Vertrauen des Landes besitze. Bei seinem Austritt hatten ihn die

Oppositionsblätter gelobt, jetzt beim Wiedereintritt mußten ihn die ministeriellen loben, um die Versöhnung zu rechtfertigen.

In der Zwischenzeit aber hatte Palmerston's Rücktritt im Publicum und der Presse einen heftigen Sturm erregt. Das Ereigniß von Sinope hatte England wüthend antirussisch gemacht. Der Engländer aber ist, wie andere Menschen, um so leichtgläubiger, je mehr leidenschaftlich erregt. Nun schrie die Presse: „Verrath! Hofintrigue! Prinz Albert und der König der Belgier sind Palmerston's Feinde, sind russisch gesinnt! Palmerston ist gefallen, weil er energische Maßregeln gegen Rußland vorgeschlagen hat, weil er gegen den Einfluß des Prinzen nicht durchdringen konnte! Baron Stockmar, der arge Russenfreund, steckt immerfort mit dem Prinzen zusammen (Baron Stockmar in assiduous attendance upon the Prince)!"

Die wahren Gründe von Palmerston's Rücktritt wollte Niemand glauben. Noch heute verficht Kinglake in seiner Geschichte des Krimkriegs Cap. 19 die Meinung, es habe sich in jener ministeriellen Crisis um einen von Frankreich ausgegangenen Vorschlag über das Vorgehen der Westmächte gegen die russische Flotte im Schwarzen Meer gehandelt*), dessen schließliche Annahme Palmerston durch seinen zeitweiligen Austritt habe erzwingen wollen und erzwungen habe.

Stockmar lebte seit dem Juli 1853 in Deutschland. Er verließ Coburg den ganzen Winter über nicht, und kehrte erst Ende October 1854 nach England zurück. Aber die radicale Presse wußte es ganz genau, daß er im December 1853 am englischen Hof russische Ränke schmiedete. Aus der englischen Presse gingen diese Fabeln auch in die deutsche über. Die Zuversicht der Zeitungsschreiber, über Dinge und Personen zu reden, die ihnen ganz fern liegen, von denen sie gar nichts wissen, ihr unerschütterlicher Glaube an die eigene Unfehlbarkeit zeigte sich hier recht komisch. Stockmar war durch

*) Vergl. Bunsen's Leben. III. 317.

seinen langen Aufenthalt in England gegen Angriffe der Presse sehr unempfindlich geworden. Ihm wäre es nie in den Sinn gekommen, davon Notiz zu nehmen. Aber ein Verwandter fand sich aus eigenem Antrieb bewogen, dem Gerede über die von Stockmar auf dem englischen Schauplatz in den orientalischen Wirren gespielte Rolle entgegenzutreten. Er sandte an eine deutsche Zeitung einen kurzen Artikel, der sich darauf beschränkte, die Thatsache zu constatiren, daß der angeblich für russische Interessen am englischen Hof so thätige Mann Coburg seit einem halben Jahr nicht verlassen hatte.

Nun waren jene Mythen auch in die Berliner National=Zeitung gedrungen, deren Londoner Berichterstatter damals, dem Vernehmen nach, der als Flüchtling in England lebende Herr B. war. Die National=Zeitung druckte, gleich anderen, jene Berichtigung ab, aber nicht lange darauf ließ sich wieder der Londoner Correspondent derselben hören: er wisse das besser (in den Flüchtlingskreisen waren natürlich die zuverlässigsten Hofnachrichten zu holen), Stockmar befinde sich allerdings in der Nähe des Hofes, halte sich aber den Tag über verborgen.

Nach dem Wiedereintritt Palmerston's ruhten kurze Zeit die Angriffe der Presse gegen den Prinzen. Aber schon im Januar nahmen die protectionistischen Blätter das Thema wieder auf. Unter deren Artikeln zeichnete sich ein einem hochstehenden Tory=Lord zugeschriebener des Morning Herald aus. Auch die Radicalen blieben nicht zurück. Am 11. Januar 1854 verkündete die Daily News, Mr. Roebuck werde beim demnächstigen Zusammentreten des Parlaments von den Ministern kategorisch Erklärungen fordern über die so weit verbreiteten und so allgemein geglaubten Gerüchte in Betreff der ungebührlichen Einmischung des Prinzen Gemahls in die Regierungsgeschäfte. Das Angriffsfeld war somit erweitert. Von einem zu Gunsten Rußlands und des continentalen Absolutismus geübten Einfluß war früher nur die Rede gewesen, und jetzt lautete die

Anklage auf unbefugte verfassungswidrige Einmischung in die Regierungsangelegenheiten überhaupt (undue, irresponsible, unconstitutional interference).

Natürlich kam bei dieser Gelegenheit alles an die Oberfläche, was man seit Jahren an dem Prinzen auszusetzen gefunden hatte.

Untersuchen wir die Elemente etwas näher, aus denen jene Angriffe erwuchsen.

Es läßt sich nicht leugnen, der Prinz war einem Theil der Nation nicht sympathisch.

Vor allen Dingen war er ein Fremder (a foreigner), ein Deutscher, was ohnehin dem Insulaner mit seinen intoleranten Instinkten schwer zu vergessen und verzeihen erscheint. Denn die Intoleranz dieses insularen Instinkts erhebt die gewohnten Formen und Aeußerlichkeiten des Lebens zum Rang von Glaubensartikeln, von denen sich nur der höher und feiner Gebildete, wenigstens theoretisch, frei zu machen weiß.

Der Prinz hatte also von vornherein ein Vorurtheil gegen sich.

Daß er sich nicht ganz orthodox englisch kleidete, nicht ganz orthodox englisch zu Pferde saß, den shake hands nicht ganz orthodox englisch vollzog u. s. w. u. s. w., das blieb selbst für Solche, die dem Prinzen näher gekommen waren, die ihn kannten und verehrten, nicht leicht zu überwinden. Von Solchen hörte man wohl: er ist vortrefflich, gescheut, tüchtig (excellent, clever, able), aber sehen Sie den Schnitt seines Rocks an! (but look at the cut of his coat!) Oder: sehen Sie nur, wie er Einem die Hand schüttelt! (look at the way in which he shakes hands!).

Den feiner Fühlenden oder schärfer Blickenden blieb der tiefere Gegensatz nicht verborgen, in dem die echt deutsche Natur des Prinzen zu einem gewissen beschränkten, engen, britischen Conservatismus stand. Das Wesen des Deutschen ist: Geistesfreiheit, d. h. beständiges Streben nach der Wahrheit. Dieses Streben aber hat etwas Anti-Conservatives. Es beruhigt sich nicht bei dem Bestehenden, weil

es besteht, es mißt und wägt dasselbe immer wieder nach einem höheren Maß und Gewicht, es übt eine fortwährende Kritik an dem Vorhandenen. So war denn der Prinz seiner Natur nach dem Fortschritt politisch, social, wissenschaftlich und religiös zugeneigt, und seine Bestrebungen für die Verbesserung des höheren und niederen Unterrichts sowie für die Lage der arbeitenden Classen, seine aufgeklärt protestantische Richtung, seine furchtlose Verweisung auf die Wissenschaft, auf die Naturgesetze, deren Erkenntniß den Menschen zu leiten habe, konnte den trägen Anhängern des Alten nicht behagen, denen das Denken mit Recht als das eigentlich revolutionäre Element in der Menschheit verhaßt ist. Auf der andern Seite konnte er aber ebensowenig dem rohen Radicalismus gefallen, da er beständig auf Bildung, Sittlichkeit und Religion als die Bedingungen jedes wahren Fortschritts hinwies *).

Der conservativen Menschenclasse in England sind die sogenannten german notions an sich äußerst unheimlich, aber wenn sie mit einem gewissen philosophischen Anstrich auftreten, dann heißen sie german metaphysics, und dann erscheinen sie geradezu unerträglich, geradezu furchtbar. Deutsche Philosophie gilt bei einem Theil der Engländer (Dank der geschmacklosen, ungenießbaren Schreibweise

*) In diesem Sinn sagt ein Artikel des in Edinburgh erscheinenden Scotsman vom 28. Februar 1854: „Der Prinz ist ein Anhänger der geistigen und sittlichen Reform. Als solcher muß er allen denen zuwider sein, welche den nationalen Fortschritt durch Insurrection, Krieg und neue politische Combinationen, ohne Rücksicht darauf zu fördern hoffen, ob die Wahlberechtigten und die Gesetzgeber Einsicht, Bildung, religiöse und sittliche Grundsätze besitzen. Als intellectuell-moralischer Reformer muß er anderseits allen denen verhaßt sein, welche, im Bewußtsein ihrer eigenen kümmerlichen Fähigkeiten und Bildung, für ihre sociale Stellung zittern, sobald die unteren und Mittelclassen gebildet und civilisirt sein würden. Als ein Vertheidiger der Anwendung der Wissenschaft, um den Weg zur Förderung der materiellen Wohlfahrt zu zeigen, mag er vielleicht denen nicht minder gefährlich erscheinen, welche die Wissenschaft und deren Anwendung als revolutionär fürchten und es vorziehen würden, die Herrschaft der Gewohnheit, der Autorität und veralteter Meinungen, als der sichersten Schutzwehre der Nationalwohlfahrt, zu verewigen."

unserer berühmtesten Philosophen) für unergründlich unklar, der bloße Name macht Kopfweh, und für etwas höchst gefährliches — sie saugt einem Mann das Mark aus den Knochen. Nun liebte der Prinz in seinen öffentlichen Reden von gewissen allgemeinen, allerdings sehr klaren und gegründeten, aber wegen der knappen und gedrängten Form vielleicht nicht Jedermann gleich verständlichen Betrachtungen auszugehen. Dies machte ihn für manche Kreise zum bedenklichen Metaphysiker.

Mit vielem Behagen erzählte er selbst öfter, wie sich das tiefe Grauen vor der deutschen Metaphysik einst in einer Sitzung der Commission zur Ausschmückung des Parlamentshauses kund gegeben, deren Vorsitz er führte. Als methodischer Kopf hatte er damit begonnen, zu sagen, daß, um die Auswahl der einzelnen Gegenstände künstlerischer Darstellungen für das Parlamentsgebäude treffen zu können, man vorerst diese in gewisse allgemeine „Kategorien" bringen müsse. Er meinte, man solle sich über die Classen der darzustellenden Gegenstände einigen, als z. B. Vorwürfe aus der englischen politischen Geschichte, aus der des Heeres, der Seemacht, Verherrlichung des Handels, der Industrie Englands und dergleichen, und dann bestimmte Aufgaben innerhalb der einzelnen Classen wählen.

Da fragte ein Mitglied der Commission, der Dichter und Aesthetiker Gally Knight, angsterfüllt, weil er den Prinzen von Kategorien reden hörte: Does really Y. R. H. mean that we are to become metaphysicians?" (Sind Ew. königl. Hoheit wirklich der Meinung, daß wir uns in die Metaphysik versteigen sollen?)

Zu diesen an die Nationalität des Prinzen sich knüpfenden Vorurtheilen kamen persönliche und individuelle Eigenschaften desselben, welche dazu beitrugen, ihn in gewissen Kreisen wenig beliebt zu machen.

Die Zurückhaltung (reserve) des Prinzen war in der höhern Gesellschaft eine stehende Beschwerde; ihm fehlte die free and easy manner, die ungenirte, etwas burschikose Manier, welche jetzt Mode ist.

Und dann bequemte sich der Prinz nicht den Sitten oder Unsitten eines Theils der vornehmen Welt, der sogenannten flotten Leute (fast people) an. Der Einfluß seiner Sittenstrenge (that damned morality, um mit einem englischen Staatsmann zu reden) wurde von Manchen unangenehm empfunden. „Er ist nicht lasterhaft (wicked) genug gewesen," sagt ein Brief an die Times vom Januar 1854. „Wir haben endlich einen sittenreinen Hof. Die Principien sind aufrecht erhalten worden und die Leute ohne Principien fühlen das, und können es nicht vergeben. Sie sprechen von Pruderie, — das bedeutet in ihrem Wörterbuch Widerstand gegen die Sittenlosigkeit. Sie nennen ihn philiströs (slow), d. h. er wettet nicht, spielt nicht, spricht keine Schmutzereien und unterhält keine Tänzerin."

Bestand nach dem Gesagten in manchen Schichten eine gewisse Unbeliebtheit des Prinzen, so erklärt sich, wie aus den Thatsachen seiner Abstammung von einem der kleinen deutschen Fürstenhäuser, der bekannten russisch-absolutistischen Gesinnung der meisten derselben, aus den von Palmerston's Freunden verbreiteten Gerüchten über die Gründe von dessen Entlassung und Rücktritt im December 1851 und 1853, unter der gegen Rußland aufgeregten Stimmung der Zeit, die Beschuldigungen sich erzeugten, die wir oben erwähnten.

Sie wurden von verschiedenen Seiten gepflegt, gefördert und ausgebildet, wo aus persönlichen und Partei-Interessen und -Gefühlen eine besondere an specielle Vorgänge sich knüpfende Feindseligkeit gegen den Prinzen sich entwickelt hatte.

Wir nennen zuerst die Hochtories und Protectionisten.

Sie grollten dem Prinzen von wegen seiner Freundschaft mit dem verstorbenen Peel und der Unterstützung, die er Aberdeen lieh. Man hoffte diesen zu stürzen, die Coalition zu zertrümmern, und unter Palmerston's Führung das Ministerium zu erstürmen. Als des Letzteren Wiedereintritt im December 1853 diese Aussicht vereitelte, war die Mißstimmung groß. Nun ward das Spiel gespielt,

den Hof anzugreifen, um ihm und dem Publicum verständlich zu machen, daß ein längeres Halten Aberdeen's die Krone um ihre Popularität bringe.

Auch die Ausstellung von 1851, die der Prinz unter Peel's Beirath gegen alle Schwierigkeiten und Anfechtungen sieg- und erfolgreich durchgeführt, hatte bei den Hochtories und Protectionisten viel üble Laune gegen den Urheber zurückgelassen. Den Protectionisten war jenes cosmopolitische Unternehmen, das den Wettstreit der verschiedenen Nationalindustrien proclamirte und illustrirte, von Hause aus anstößig gewesen. Die conservativen Stock-Engländer jeder Art befürchteten davon den Einbruch aller continentalen Gräuel, des Unglaubens, der Unsitte, der Revolution, ja sogar, als Folge der Berührung so vieler verschiedener Nationalitäten, neuer unerhörter Krankheiten *). Und nun hatte noch ganz neuerdings der Lord Mayor von London vorgeschlagen, dem Prinzen, als dem Schöpfer der Ausstellung, eine Statue zu errichten, und dadurch den alten Grimm der Gegner neu aufgereizt.

Ein anderes Element der Feindseligkeit gegen den Prinzen hatte seine Wurzel in der Armee. Es ist jetzt aus verschiedenen Veröffentlichungen bekannt, wie der alte Herzog von Wellington im Jahr 1850 in den Prinzen drang, die Stelle des Oberbefehlshabers der Armee (Commander in Chief) zu übernehmen und wie der Prinz, aus überlegter klarer Einsicht in die Natur seiner Stellung und Pflichten, selbstverläugnend jenen lockenden Vorschlag zurückwies. „Der Gemahl einer Königin," antwortete er dem Herzog **), „muß seine eigene individuelle Existenz ganz in die der Gemahlin aufgehen lassen. Er ist das natürliche Haupt ihrer Familie, hat ihre Hofhaltung zu überwachen, ihre Privatangelegenheiten zu verwalten, ist ihr einziger vertraulicher politischer Rathgeber, ihr einziger Gehülfe in ihrem Verkehr mit dem Ministerium und er ist außerdem der Gemahl der

*) Vergleiche Bunsen's Leben. III. 103.

**) Speeches and addresses of the Prince consort. p. 59 sq.

Königin, der Vormund der königlichen Kinder, der Privatsecretär der Souveränin und ihr permanenter Minister." Mit der Erfüllung dieser Pflichten, die kein Anderer als er erfüllen könne, würde seiner Meinung nach die Stellung des Commander in Chief, die er nicht als eine Sinecure auffassen würde, nicht verträglich gewesen sein. Der Prinz hatte also bereits damals im Stillen den glänzendsten Beweis gegeben, daß er über die für die meisten Prinzen unüberwindliche Versuchung, sich in die laufende Armeeverwaltung zu mischen, erhaben war, wenn er auch, wie es seine Pflicht und der ausdrückliche Wunsch des Herzogs war, dem allgemeinen Zustand des Militärwesens diejenige Aufmerksamkeit schenkte, die die Königin selbst, wäre sie nicht eine Frau gewesen, als Souverän ihm hätte zuwenden müssen.

Nach dem Tode des Herzogs wurde Lord Hardinge zum Commander in Chief ernannt, der Busenfreund Peel's, der Kriegsgenosse Wellington's, der frühere Generalgouverneur von Ostindien. Er gewann bald das Vertrauen des Prinzen, mit dem er über die allgemeinen Fragen des Armeewesens, welche in den Kreis des verfassungsmäßigen Ein- und Aufsichtsrechts der Krone gehören, eingehend und fortgesetzt verkehrte, so daß der Prinz in dieser Beziehung ganz naturgemäß eine ausgedehntere Mitwirkung erlangte, als er gegenüber der überwältigenden Autorität des Herzogs von Wellington gehabt hatte. Es hieß nun, Hardinge sei des Prinzen Werkzeug. Seine Ernennung war, als die eines Peeliten, ohnehin den Hochtories nicht genehm, die Lord Fitzroy Somerset, den nachherigen Lord Raglan, gewünscht hatten. Hardinge's Anstellung wurde dem Einfluß des Prinzen zugeschrieben und aus ihr, sowie aus der Intimität des neuen Oberbefehlshabers mit dem Prinzen, bildete sich daher ein neuer Beschwerdepunkt gegen diesen auf Seiten der Hochtories und aller, die mit Lord Fitzroy Somerset durch persönliche oder Familienbande verknüpft waren.

Ein besonderer Vorgang hatte diese Stimmung, die ein Theil

der älteren Officiere mit der Energie nährte, welche dem militärischen Grumbler (grognard) eigen ist, zu höherer Gluth angefacht. Der Adjutant General Sir George Brown (der später in der Krim fiel) hatte in Folge eines Wortwechsels mit Lord Hardinge über die zulässige Schwere der Tornister sein Amt niedergelegt. Dies wurde das Signal zu neuen Angriffen der toryistischen und radicalen Presse gegen den Prinzen, der, wie sich nachträglich herausstellte, mit der ganzen Sache gar nichts zu thun gehabt hatte. „Brown," hieß es, „ein ächter Engländer von unabhängiger Gesinnung, ist dem coburgischen Einfluß, geübt durch des Prinzen Creatur Hardinge, erlegen." Und nun erschien als eine neue Specialität in den Anklagen gegen den Prinzen: unconstitutional interference with the Army.

Die Anklage inconstitutionellen Gebahrens ist in England eine um so furchtbarere, je unbestimmter sie ist. England hat (zu seinem Glück) nicht eine geschriebene Verfassung, seine Verfassung beruht auf einer Mehrheit von Gesetzen und Herkommen, aber „inconstitutionell" nennt man nicht nur, was einem bestimmten Gesetz oder bestimmten Herkommen widerspricht, sondern was „dem Geist der Constitution" entgegen ist. Lord Brougham (on the British Constitution, p. 130) sagt: „Wir reden ganz correct davon, daß ein vorgeschlagenes Gesetz inconstitutionell sei, wenn es gegen den Genius und Geist unserer freien Regierungsform verstößt." Das Inconstitutionelle ist also etwas sehr Vages. Was man indeß in dem vorliegenden Fall meinte, war, daß die Theilnahme des Prinzen, als eines unverantwortlichen Rathgebers der Krone, an den Staatsgeschäften, seine Kenntnißnahme davon, sein Verhandeln darüber mit den Ministern, seine Gegenwart bei deren Audienzen verfassungswidrig sei, indem nach der Verfassung der Souverän durchaus nur durch die verantwortlichen Minister berathen werden und regieren dürfe.

In dem Vorwurf der inconstitutionellen Einmischung in die

Geschäfte bekundete sich eine wunderliche Gedankenlosigkeit des englischen Publicums.

Vor allen Dingen kam der Vorwurf doch sehr spät, denn die Praxis, die man anklagte, bestand mehr oder weniger seit 14 Jahren, ohne Widerspruch der Nation, die mit dem königlichen Regiment in dieser Periode vielmehr sehr zufrieden gewesen war. Das große Publicum hatte also nichts von dem gemerkt, worüber es jetzt klagte, und es hatte nichts gemerkt, weil es nie über das nachgedacht hatte, was in der Natur der Dinge, in der Stellung des Prinzen lag.

Die Gesetze wußten nichts von dem Gemahl der regierenden Königin, Blackstone und die anderen Ausleger der Verfassung schwiegen über denselben. Freilich, er war nothwendig, und er war da. Aber die Nation mochte sich nicht die Mühe geben, sich klar zu machen, was seine Stellung bedeute. Den principiellen Erörterungen abhold, wie der Engländer ist, so lange er nicht mit der Nase auf eine praktische Schwierigkeit stößt, war man durchaus abgeneigt, die Lage des Prinzen ins Auge zu fassen und aus bewußter Ueberlegung zu ordnen. Sie ordnete sich also durch das natürliche Gewicht und den Druck der Verhältnisse.

Die Königin gewann nach ihrer Vermählung steigend Vertrauen in die politische Einsicht und den politischen Charakter des Prinzen. Lord Melbourne erkannte mehr und mehr das, was in ihm, zum Theil noch unentwickelt, lag. Doch war, so lange Melbourne Minister blieb (bis Ende 1841), die Theilnahme des Prinzen an den Geschäften eine nur beschränkte und halb geduldete, als Vergünstigung zugestandene. Das damalige Verhältniß wird durch einige Stellen in den Early Years, p. 319 und 321 deutlich genug gezeichnet. „Die ersten paar Jahre war der Prinz nur selten und auf besondere Einladung bei den Unterredungen der Königin mit ihren Ministern gegenwärtig. Obgleich er, sagt die Königin, sich viel Mühe gab, sich von allem zu unterrichten und obgleich Lord Melbourne sich angelegentlich dahin aussprach, daß die Königin dem Prinzen

alles auf die öffentlichen Angelegenheiten Bezügliche sagen und zeigen möge, so nahm er zu dieser Zeit nicht viel Antheil an den Geschäften ........ Von Anfang an hatte die Königin auf den Rath Lord Melbourne's dem Prinzen alle Depeschen über die auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt." Im August 1840 schreibt dieser an seinen Vater: „Victoria erlaubt mir viel Antheil an den auswärtigen Angelegenheiten zu nehmen und ich glaube, ich habe bereits manches Gute gestiftet. Ich bringe meine Ansichten immer zu Papier und theile sie dann Lord Melbourne mit. Er antwortet mir selten, aber ich habe oft die Befriedigung gehabt, ihn ganz im Einklang mit den von mir geäußerten Meinungen handeln zu sehen." —

Bei dem Rücktritt Melbourne's hatte sich der Prinz bereits in solcher Weise geltend gemacht, daß der Minister am 30. August 1841 an die Königin schrieb: „Lord Melbourne hat die höchste Meinung von dem Urtheil, der Selbstbeherrschung (temper) und der Discretion Sr. königl. Hoheit gewonnen, und es muß ihm großen Trost und Beruhigung gewähren, Ew. Majestät in einer Lage zu wissen, wo Sie den unschätzbaren Vortheil solchen Raths und Beistands genießen. Lord Melbourne ist überzeugt, daß Ew. Majestät nichts Besseres thun können, als Ihre Zuflucht dazu zu nehmen, wo Sie dessen bedürfen, und Sich mit Vertrauen darauf zu verlassen."

Mit dem Eintritt Peel's begann eine andere Epoche. Die Neuheit der ganzen Verhältnisse, die erst allmähliche Entwickelung des Prinzen selbst, die bisherige Rolle Lord Melbourne's als eines väterlichen Mentors der Königin hatten dazu beigetragen, daß in den ersten zwei Jahren Prinz Albert's Stellung zu den Geschäften eine precäre blieb. Peel hatte ein ganz anderes, nicht so nahes Verhältniß zur Königin. Seine Auffassung von der Bedeutung und den Rechten des Königthums war auch eine viel ernstere. Daß dieses eine, in den Gränzen der parlamentarischen Regierung, selbständige Macht und Wirksamkeit übe, lag ihm am Herzen, nicht, daß der Minister neben

einem Automaten von Souverän allgewaltig sei. Endlich hatte der Prinz durch die Art, wie er den Ministerwechsel anbahnte und leitete, von vornherein die Achtung und das Vertrauen Peel's gewonnen. Dieser war also von Anfang an geneigter, der Stellung des Prinzen ihr Recht widerfahren zu lassen.

Als Stockmar im September 1841 wieder nach England kam, hatte er, wie eine seiner Niederschriften erzählt, lange Verhandlungen mit Peel über die Wiederherstellung der constitutionellen Autorität der Königin und über die Lage des Prinzen. „Meine Maxime war," schreibt er: „„Der Prinz ist der nothwendige Privatsecretär der Königin."" Diese Doctrin unterschrieben damals der verstorbene Lord Grey, Abercromby und Lord John Russell und Peel räumte dem Prinzen jene Stellung, wenigstens de facto ein. Ich aber predigte der Königin von jener Zeit an, daß die erste günstige Gelegenheit ergriffen werden müsse, dem Prinzen dieselbe Stellung auch de lege zu vindiciren und überhaupt durch eine Bill die Stellung, den Rang, die Rechte und Pflichten eines Prinzen-Gemahls zu definiren und dadurch eine in der Constitution befindliche Lücke auszufüllen. Ich hatte dabei aber auch das Motiv, der Königin die Ausführung ihres im December 1841 geäußerten Wunsches, dem Prinzen den Königstitel zu verleihen, unnöthig zu machen. Ich war der Meinung, daß der Prinz durch Ertheilung eines leeren Königtitels in eine ganz falsche Lage gegen die Nation und gegen seine eigenen Kinder gebracht werden würde."

Peel fand, wie Stockmar berichtet, nicht nur den Königstitel, sondern überhaupt die gesetzliche Regelung der Stellung des Prinzen mit Rücksicht auf die im Parlament zu erwartenden Schwierigkeiten bedenklich. Der Wunsch der Königin in Betreff des Titels war nicht geheim geblieben und schon lauerten die Gegner schadenfroh auf den Ausgang. Es wurde Peel mitgetheilt, daß Lady Palmerston gesagt habe: „Läßt er sich auf den Wunsch der Königin ein, so ist er (Peel) verloren: er wird im Parlament geschlagen; leistet

er der Königin Widerstand, so kommt es zum Bruch zwischen Ihrer Majestät und ihm." —

Allein Peel war zu klug, die Königin zu gemäßigt, um es zu dem einen oder dem andern kommen zu lassen. Das Resultat war denn, daß nichts geschah, um die Stellung des Prinzen gesetzlich zu regeln, daß aber factisch dieser unter Peel's Regiment, als der Cabinetssecretär und vertraute Berather der Königin, an allen Geschäften, die das Königthum berühren, Antheil nahm und nunmehr bei allen Audienzen der Minister gegenwärtig war. Sein wirklicher Einfluß wurde in dieser Zeit um so größer, je inniger ihn allmählich Vertrauen und freundschaftliche Hochachtung mit Peel verbanden.

Nachdem der Prinz seine Stellung so unter Peel genommen hatte, war dieselbe für immer befestigt und er hatte also unter wechselnden Ministerien seit 12 Jahren den wichtigsten und segensreichsten Antheil an der Regierung Englands gehabt. So ruhig und gemessen war dabei seine Haltung, so sehr war es ihm gelungen, allen öffentlichen Anstoß zu vermeiden, so sehr war von allen Seiten anerkannt, wie die Krone nie correcter im Geist der Constitution verfahren, so sehr war das Ansehen und die Popularität der Königin gestiegen, daß — — kein Mensch Anlaß fand, sich um die politische Wirksamkeit des Prinzen zu bekümmern. Wer dem Prinzen bei einer öffentlichen Gelegenheit ein Compliment machen wollte, der lobte seine weise Enthaltung von den politischen Angelegenheiten (wise abstinence from interference in political matters). Nachdem nun seit dem December 1851 bei verschiedenen Anlässen zur Sprache gekommen war, daß der Prinz sich seit mehr als einem Decennium mit allen politischen Angelegenheiten, so weit sie in den verfassungsmäßigen Bereich der Krone gehören, fleißig befaßt hatte, so wunderte sich das Publicum nicht etwa, wie es gesollt hätte, über des Prinzen Bescheidenheit und Tact, womit er sich effaçirt hatte, und über seine eigene Gedankenlosigkeit, sondern es fand sich getäuscht, verrathen, und schenkte nun allen absurden Fabeln von den Intri-

guen des Prinzen, von seiner geheimen Correspondenz mit fremden Höfen Glauben. Denn allerdings war alles dies im Grunde wahrscheinlicher, als daß 30 Millionen Menschen zwölf Jahre lang nicht entdeckt hatten, wie der Prinz in dieser Zeit den erheblichsten Antheil an ihrer Regierung gehabt. —

Aber nicht nur, daß die Anklagen inconstitutioneller Einmischung in die Regierungsangelegenheiten, einer zwölfjährigen Praxis gegenüber, von der Dumpfheit und Unüberlegtheit des Publicums Zeugniß ablegten, sie beruhten auch auf einer irrigen und ganz unverständigen Auslegung der Verfassung.

Man beschwerte sich über die verfassungswidrige Betheiligung des Prinzen, als eines nicht verantwortlichen Individuums, an den Staatsgeschäften.

Allein der Prinz war Mitglied des Privy Council (Geheim-Raths) und seine Betheiligung mithin nicht inconstitutionell. Er unterlag der Verantwortung gegen Gesetz und Parlament, so gut wie jeder Privy Councillor, war also nicht unverantwortlich. Ganz abgesehen davon aber, war das Grundaxiom, von dem man ausging, daß die Königin nur von ihren verantwortlichen Ministern berathen werden dürfe, weder dem Herkommen, noch der Verfassung, noch der Vernunft gemäß. Dem Herkommen nicht gemäß — denn verschiedene Könige hatten, wie wir sahen, mit Gutheißung der Minister und des Parlaments, Privatsecretäre gehabt. Der Verfassung nicht gemäß — denn die Verfassung macht den Souverän nicht zu einem Automat, das nur durch die Einblasungen gewisser privilegirter Personen (der Minister) in Bewegung gesetzt werden darf, sondern sie erkennt den Souverän als einen Menschen an, der sich seiner Augen und Ohren bedienen darf, wie andere Menschen, um seine Einsicht in die Dinge zu erweitern, dem der Verkehr mit anderen Personen, seien sie verantwortlich oder unverantwortlich, so wenig untersagt ist wie anderen Menschen. Sie fordert nur, daß der Souverän alle Regierungsacte durch die Minister vornehme, welche dafür verantwortlich sein müssen. Der

Vernunft endlich war jene Maxime nicht gemäß, weil sie etwas Unmögliches forderte und in dem besondern Fall, wo das Verhältniß von Ehegatten in Betracht kam, zu ganz abgeschmackten Consequenzen führte. Wer hätte denn die Königin hindern wollen, ihren Gemahl vertraulich über Staatsangelegenheiten zu befragen, und sich von seinem Rath beeinflussen zu lassen?

Die Einsicht in diese Wahrheiten drang zwar allmählich, während des Januar 1854, im größern Publicum durch, aber doch nur allmählich.

Auch das alte Palmerston'sche Pamphlet war wieder auf's Tapet gebracht worden. Es wurde insinuirt, Lord Palmerston habe die urkundlichen Beweise der inconstitutionellen Intriguen des Prinzen und seiner geheimen Correspondenz mit fremden Höfen in Händen gehabt, und Abschriften davon 1851 einem Baronet übergeben, der daraus eine Broschüre gemacht. Diese habe der Prinz aufgekauft und mit Palmerston schnell Frieden geschlossen, um den Folgen der Veröffentlichung zu entgehen. Sechs Exemplare seien noch vorhanden, und der Prinz möge sich nur in Acht nehmen. Dies nöthigte denn Palmerston in der Morning Post erklären zu lassen, er habe das Pamphlet nicht schreiben lassen, nie Documente der Schuld des Prinzen jemandem übergeben, weil keine solchen vorhanden gewesen, er sei es gewesen, der die Veröffentlichung der Schrift verhindert habe. Des Tags darauf druckte die Times das Pamphlet vollständig ab und es erwies sich als ein elendes Machwerk, das nicht eine einzige Urkunde enthielt.

Inzwischen war die Leichtgläubigkeit der Londoner so weit gegangen, daß Tausende auf das Gerücht hin, der Prinz sei unter Anklage gestellt, den Tower umlagerten, um den Einzug Jenes in das Staatsgefängniß zu sehen. Da sie vergeblich warten mußten, so beruhigte man sie mit der fernern Erfindung, der Prinz komme nicht ins Gefängniß, weil die Königin erklärt habe, sie würde mit ihm gehen.

Der Unsinn hatte seinen Höhepunkt erreicht. Gegen Ende des Monats trat die Reaction ein. Nun regnete es Artikel und Pamphlets, die die Angriffe gegen den Prinzen in ihrer Unhaltbarkeit und Unbegründetheit aufzeigten. Am 26. Januar erklärte auch Lord Palmerston in seinem Organ, der Morning Post, daß der Prinz in keiner ursächlichen Beziehung zu seinem Austritt und Wiedereintritt im December gestanden habe. Der Prinz hatte das befriedigende Bewußtsein, daß er eine Feuerprobe bestanden. Was er seit 14 Jahren gesagt und gethan, war von der aufgeregten Nation durchgesprochen worden und nicht ein erheblicher Vorwurf war auf ihm haften geblieben. Er freute sich nun darauf, daß eine gründliche Discussion im Parlament das Uebel noch völlig auscuriren werde.

Das Parlament ward am 31. Januar 1854 eröffnet und gleich in der ersten Sitzung gingen, Seitens des Ministeriums, im Oberhaus die Lords Aberdeen und Hardinge, im Unterhaus Lord John Russell in ausführliche, geschichtliche und staatsrechtlich=politische Erörterungen über die Stellung des Prinzen Gemahls ein.

Ihr wesentlicher Inhalt ist bereits in den oben von uns angegebenen Thatsachen und Betrachtungen zu finden. Wir heben nur drei Punkte hervor, welche von der ministeriellen Seite nachdrücklich betont wurden:

1. daß, welchen Rath der Prinz auch der Königin gegeben haben möge, die Minister eben doch für jede Regierungshandlung derselben verantwortlich seien und, wenn sie die Verantwortlichkeit nicht übernehmen wollten, hätten zurücktreten müssen; —
2. daß aber kein Ministerwechsel anders als in Folge einer ungünstigen Abstimmung im Parlament erfolgt sei, und
3. daß die streng constitutionelle Handlungsweise der Königin allgemein anerkannt, daß folglich nicht einzusehen sei, wie der Prinz einen inconstitutionellen Einfluß gehabt haben könne.

Von besonderem Gewicht waren die Aussprüche des Lord Campbell (des Präsidenten, Lord Chief Justice, der Queens Bench) im Oberhaus. Er sagte: seiner Meinung nach stelle man das Recht des Prince Consort, die Königin zu berathen, auf ein falsches Fundament, wenn man sich auf seine Eigenschaft als Privy Councillor berufe. Nicht als solcher, sondern als Alterego, als Gemahl der Königin von England, sei er dazu befugt und verpflichtet. „Es sei wünschenswerth, daß die regierende Königin den Beistand ihres Gemahls habe, und er wolle nur noch sagen, daß ihm alle jene Beschuldigungen gegen Se. königl. Hoheit höchst grundlos und verläumderisch erschienen. Der beste Beweis davon sei, daß, wenn er Ihro Majestät Rath gegeben habe, es sehr heilsamer Rath gewesen sein müsse, denn er (Lord Campbell) stehe nicht an zu behaupten, daß die Königin der constitutionellste Souverän sei, der je in England regiert habe."

Die Opposition, durch den Mund von Lord Derby im Oberhaus und Mr. Walpole im Unterhaus, erkannte die vom Ministerium vorgebrachten Thatsachen und Grundsätze in Betreff der Stellung des Prinzen und der Art, wie er sie geltend gemacht, vollkommen an. Sie that es um so entschiedener, je mehr sie sich durch die Haltung der Torypresse dem Verdacht preisgegeben sah, daß sie die Verbreitung jener Gerüchte, die zu der ganzen Debatte Anlaß gegeben, begünstigt habe. Lord Derby sprach besonders scharf gegen die Leichtgläubigkeit (gullibility) des Publicums und schob die Schuld der Verbreitung „jener absurden Angriffe" gegen den Prinzen der radicalen Presse zu. Und als darauf Lord Harrowby die Mitschuld der conservativen Presse, ja der conservativen Partei, insofern sie sich dabei passiv verhalten, entschieden behauptete, so sagte Lord Malmesbury in großer Erregung, er habe in seinem Leben keine beleidigendere Rede gehört (he never heard a more offensive speech in his life). Erfreulich mußte dem Prinzen sein, was Mr. Walpole, der frühere Minister des Inneren vom Toryministerium Derby im Unter-

haus äußerte. Nachdem er seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Erklärungen Lord John Russell's ausgesprochen, fuhr er fort: „Ich will nicht in den Verdacht der Schmeichelei gegen den Prinzen kommen, aber noch weniger will ich, aus Furcht, das auszusprechen, was ich für Wahrheit halte, ein Jota von dem hohen und gerechten Lob abziehen, welches der edle Lord (Russell) dem Gemahl der Königin ertheilt hat, der durch seine Intelligenz, Fähigkeit und Haltung, seit er in diesem Lande ist, die höchste Verehrung und Achtung aller Unterthanen Ihrer Majestät verdient."

Im Ganzen genommen konnte der Prinz überhaupt mit dem Resultat und Gesammteindruck der Verhandlungen vom 31. Januar sehr zufrieden sein. Die Befugnisse seiner Stellung und die Art, wie er sie geübt, waren parlamentarisch, ohne Widerspruch von irgend einer Seite, anerkannt und in einer für ihn sehr rühmlichen Weise anerkannt worden, und man konnte Lord John Russell's Schlußworten in seiner Rede beistimmen: „Ich glaube, daß wenn das Volk, das zuletzt immer gerecht ist, nachgedacht hat, diese Verläumdungen, niedrig wie sie sind, und diese Irrthümer, schwer wie sie gewesen, schließlich zur Folge haben werden, die Anhänglichkeit an die Königin zu stärken und dem Thron eine festere Grundlage zu geben."

Stockmar war mit dem Schlußergebniß nicht ganz zufrieden. Er blieb bei seinem alten Satz stehen, daß man dem Prinzen eine durch ausdrückliches Gesetz definirte Stellung geben müsse. In einer Niederschrift vom 16. Februar 1854 sagt er:

„Als der Lärm losging, verfocht ich den Ministern gegenüber meine alte Doctrin. Zu dem Ende schrieb ich die geheime Geschichte des in dieser Angelegenheit früher Verhandelten und ich ersehe aus den Parlamentsdebatten, daß Lord Aberdeen meine Aufschlüsse in vielen Dingen und Lord John Russell in noch mehreren benutzt habe. Allein ganz so derb, so bestimmt, wie ich es verlangt hatte und wie sie es ohne Schaden gekonnt hätten, sind die Minister doch nicht auf-

getreten. Der Einzige, der ohne Scheu den nackten Grundsatz, daß der Mann nothwendig der Alterego der Frau sei, ausgesprochen hat, war der Oberrichter Lord Campbell. Allein er entwickelte ihn nicht und führte ihn nicht vollständig durch. Man wird also schließlich sagen müssen: die Sache hat noch nicht den rechten Abschluß gefunden und, damit sie diesen finde, wird es vielleicht eines neuen Anstoßes bedürfen."

Daß die Presse, die bis dahin den Prinzen angefeindet hatte, nun einfach reuig ihren Irrthum bekennen würde, das freilich war nicht zu erwarten. Die halbradicale Daily News äußerte sich ärgerlich und unzufrieden über die Parlamentsdebatten. Der toryistische Morning Herald, nachdem er sechs Wochen lang den Prinzen verläumdet, sagte jetzt, da derselbe verfassungsmäßig der Discussion entrückt sei, so hätte man die Sache gar nicht vor das Parlament bringen dürfen. Der ultraradicale Morning Advertiser half sich ungenirt damit, daß er im parlamentarischen Sitzungsbericht vom 31. Januar die auf den Prinzen bezüglichen Stellen ganz wegließ.

Wir kehren zu der orientalischen Verwicklung zurück, in der die Prinz-Albert's-Frage eine Episode bildet.

Auf das „untoward event" von Sinope (30. November) war das Einlaufen der westmächtlichen Flotten ins Schwarze Meer (3. Januar), der Allianzvertrag zwischen England, Frankreich und der Türkei (12. März) und die englische Kriegserklärung an Rußland (27. März 1854) gefolgt.

Stockmar's Wunsch war, wie wir sahen, dahin gegangen, daß der Krieg durch ein vereintes festes Auftreten der vier Mächte gegen Rußland vermieden werden möchte. Da sich dies aber nicht als erreichbar gezeigt hatte, so erschien ihm nun das erstrebenswerthe Ziel, daß Oestreich und Preußen sich mit den Westmächten zu activem Vorgehen verbündeten, um die Präponderanz Rußlands zu vernichten, und in der Verfolgung dieses Zwecks sich England näher anschlössen, um es in seinem mäßigenden Einfluß zu stärken, Frankreich von Aus-

schreitungen abzuhalten, überhaupt die Ausartung des Kriegs, d. h. die Ablenkung von jenem Ziel zu verhüten.

Die Ausführung dieser Ansichten enthält ein allerdings sieben Monate später geschriebener, aber auf die Situation von Ende März 1854 völlig anwendbarer Brief Stockmar's.

7. November.

„Daß es ein Glück für Europa sein würde, wenn Rußland siegreich aus diesem Kampf hervorginge, glaube ich nicht. Wir haben erlebt, was es war, einen französischen Götzen anbeten zu müssen. Trotz dieser Erfahrung hat Europa, welches den Götzendienst ebenso liebt als Asien, sich nicht eher zufrieden gegeben, als bis es sich einen neuen Götzen angeschafft, diesmal einen russischen."

„Ich hasse allen Götzendienst und wünsche ihn abgeschafft, weil ihn schon die zehn Gebote verbieten."

„Also auch ich wünsche Rußland geschwächt zu sehen, aber auf meine Weise. Die Phrase, Rußland habe bereits sein prestige Europa gegenüber verloren, ist für mich eitel. Das Gedächtniß der einzelnen Menschen ist schon schwach genug, daß der Völker noch schwächer. Wenn auch jetzt Einzelne der Meinung geworden sind, Rußland sei zu Land und zu Wasser doch nicht so mächtig, als es Europa vorgespiegelt, so ist das eine Meinung, die nach einigen Jahren schon wieder vollkommen vergessen ist und Diplomatie und Cabinette handeln dann von Neuem unter denselben Verblendungen wie von 1828 bis 1853."

„Nach meiner Meinung besteht die Schuld Rußlands gegen Europa darin, daß es, in Ueberschätzung seiner Kräfte und Rechte, solche Forderungen an das ganze übrige Europa stellte, als ob der russische Kaiser auf dieses nicht die geringste Rücksicht zu nehmen hätte. Diese Usurpation ist so groß als irgend eine, die Napoleon je versuchte. Ihr will ich widerstanden wissen und das Resultat, welches ich vom gegenwärtigen Krieg erwünsche, ist, daß in dessen Lauf Nikolaus sowohl als sein ganzes Volk durch Thatsachen über-

zeugt werden, Rußland habe sich übernommen, es könne allein Europa das Gesetz nicht dictiren und müsse daher in Zukunft die Grundsätze des Völkerrechts so gut respectiren, wie jeder andere Staat."

„Um diese Ueberzeugung im russischen Volk dauerhaft hervorzurufen, dazu gehört nach meiner Meinung das Zusammenwirken Oestreichs und Preußens mit den Westmächten und deswegen gefällt mir die jetzige Politik der deutschen Mächte so wenig."

„Diese Politik gewährt bis jetzt Rußland direct Schutz und leiht ihm indirect Kräfte, die es selbst nicht hat. Sie erhält also Rußland in der Selbsttäuschung und hindert es an der Erkenntniß der Macht, die es wirklich hat, wenn es ganz allein steht, was unter den gegenwärtigen Umständen nur dem Namen nach der Fall ist. Die deutschen Mächte werden in kürzester Zeit und auf die sicherste Weise das erreichen, was Allen noththut, wenn sie mit den Westmächten dahin cooperiren, daß Rußlands Usurpation zurückgewiesen, dabei aber auch jede Forderung an Rußland beseitigt werde, die als unmäßig und ungerecht einem dauerhaften Frieden widerstreiten würde."

Um für diese Ansichten in Preußen Propaganda zu machen, theilte Stockmar die nachfolgende Denkschrift, über deren Verfasser wir nur Vermuthungen haben, einem höhern preußischen Militär mit.

März, 1854.

## Memorandum.

Die Stellung Oestreichs und Preußens zur orientalischen Frage ist natürlich von der entscheidendsten Wichtigkeit für den Gang der Ereignisse, welche sich aus dieser Frage entwickeln werden.

Dasjenige Stadium derselben, in welchem eine friedliche Lösung noch denkbar war, ist vorüber. Der Kaiser hat sich selbst die Möglichkeit, nachzugeben, abgeschnitten und ist entschlossen zum Kriege. Unter solchen Umständen kann jeder Vorschlag zu weiteren Negotiationen von den Seemächten nur angesehen werden als darauf berechnet, sie des außerordentlich wichtigen Vortheils zu berauben, den ihnen der Anfang der Feindseligkeiten vor dem Aufgehen des Eises in der Ostsee gewährt. Solche Negotiationen werden darum von Rußland gewünscht, während sie von den verbündeten Mächten, als ihrem Interesse entgegen, nicht geduldet werden können. Die Hauptsache ist, den nun unvermeidlichen Krieg so schnell als möglich zu beendigen; dies kann nur geschehen, wenn Europa fest zusammensteht. Ein solches Zusammenhalten giebt zugleich die beste Garantie dafür, daß die Frage, um derentwillen der Krieg geführt wird, nicht in andere ausarte, die ihr ursprünglich fremd sind. Ob das türkische Reich als solches erhalten werden könne, oder nicht, ist **nicht** die Frage, und es würde nutzlos sein, dies jetzt im Voraus entscheiden zu wollen. Aber gewiß ist, daß wenn Europa jetzt gegen Rußland zusammenhält, die Lösung den Interessen Europas entsprechen müsse, während sie die Realisirung der Absichten Rußlands unmöglich macht. — Es heißt hingegen: „ein Krieg gegen Rußland ist thöricht, denn es ist nicht zu erobern.“

Rußland ist allerdings nicht zu erobern, wie Napoleon 1812 sich einbildete, darum aber nicht unüberwindlich, wie man dort und in Deutschland sagt. Denn die Lebensbedingungen eines Staates beruhen nicht in einer unzerstörten Armee und in Behauptung eines weit ausgedehnten Territoriums, sondern in der Möglichkeit, materiell zu existiren, und in seiner politischen Integrität und Machtstellung. Beide können bei Rußland in die höchste Gefahr gebracht werden, es könnte sogar durch den Verlust seiner westlichen Grenzländer auf einen rein slavisch-asiatischen Staat zurückgeführt werden, der im europäischen Rathe weiter keine bedeutende Rolle mehr spielen würde.

Wenn dieses die allgemeine Lage der Dinge ist, welches ist die Stellung, die Oestreich und Preußen ihr gegenüber jetzt nehmen?

Oestreich ist in der Türkei in erster Hand interessirt; ebenso sehr liegt es in seinem Interesse, sich von Rußland loszumachen, an das die Furcht vor der Revolution es gebunden hat. Es fürchtet Rußland, es fürchtet die Revolution; was die letztere betrifft, so könnte es kein kräftigeres Schutzmittel erlangen, als das, welches die Allianz mit dem liberalen Westen an sich bietet, dessen Trennung von der Sache der Revolution es sich durch diese Allianz sichert. Dies wird auch vom Revolutionscomite Mazzini-Kossuth zc. deutlich empfunden. — Oestreich traut Preußen nicht; hält sich ohne Preußen nicht für stark genug; fühlt aber deutlich den Zug seiner eigenen Politik.

Preußen — ein unglückliches Land!

Der König steht unter russischer Botmäßigkeit, theils aus Furcht vor Rußland, theils aus vernunftwidriger Sentimentalität für seinen Kaiser, den Repräsentanten der heiligen Allianz. Er glaubt große und würdige Independenz gezeigt zu haben, wenn er eine russische Allianz ausschlug, deren Zweck nur sein konnte, Preußen in einen Kampf mit dem Westen zu führen, zu Gunsten einer Politik Rußlands, von der Preußen mit den drei anderen Mächten zusammen zu Protocoll erklärt hatte, daß es eine für es

selbst und für Europa nachtheilige und gefährliche sei! Der König verweigert endlich alle Mitwirkung mit dem Westen.

Die Hofpartei ist theils aus Gewohnheit, theils aus Interesse Rußland servil ergeben, betet den Kaiser an als Schutzherrn der Reaction, sieht in seiner Schwächung ihren eigenen Untergang, bestürmt den König mit Insinuationen gegen Frankreich und England, Einschüchterung mit russischer Rache und Heuchelei über Christenpflicht im Orient.

Die antirussische patriotische Partei will zwar Krieg gegen Rußland, den der Westen und Oestreich führen sollen, will aber, daß Preußen selbst an keiner Gefahr Antheil nehme; Preußen soll von der Gelegenheit des Krieges profitiren, um unter der Firma eines geträumten Schiedsrichteramtes (vermöge dessen es im entscheidenden Moment in der europäischen Wagschale den Ausschlag geben will) sich den Lohn zu holen, den es verdient zu haben glauben wird.

Diese Politik ist eine heillose, und es verräth sicherlich nicht viel Scharfsinn, daß man sie noch dazu jetzt schon aussprach. Es ist dies die Politik des Jahres 1805, die das Unglück von 1806 nach sich zog. Preußen wird in Folge derselben natürlich von allen Parteien gehaßt werden, und da seine unredlichen Absichten schon proclamirt sind, so muß in allen Staaten das Gefühl rege werden, daß es gut sein wird, der Erreichung derselben zuvorzukommen. Kommt es dann zu einem Frieden, zu dessen Erlangung Preußen nichts beigetragen, sondern der es nur Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat, und sollte es dann Ansprüche erheben, so würde es erstaunt sein über die Art, wie solche empfangen werden dürften.

Daß jeder Patriot die Consolidirung, vielleicht Vergrößerung Preußens wünscht, ist erklärlich; aber physische Vermehrung ist gewöhnlich und sollte sein — der Erfolg moralischer Stärke und Anstrengung, und man sollte denken, daß der Krieg mit Rußland viele Chancen bieten würde, das Gewünschte auf eine Weise zu erlangen, in der Europa seine eignen Interessen und die der Civilisation ge-

wahrt sieht. Die Politik dagegen, Europa sich jetzt hinderlich zu zeigen, um später im Trüben fischen zu können, muß gerade das Entgegengesetzte bewirken.

Daß Preußen sich nicht blind vom Westen als Werkzeug benutzen lassen will, ist ganz in der Ordnung, es ist aber ganz allein die Schuld seiner Regierung, wenn es nicht von Oestreich und dem Westen die Garantien und Verträge erlangt, die ihm eine Allianz möglich machen, die nothwendig zu seinem legitimen Vortheil dienen muß. —

---

Der militärische Freund sandte darauf an Stockmar folgende Bemerkungen.

### Bemerkungen des militärischen Freundes zu dem Memorandum.

Der Streit zwischen Rußland und England, der seit langer Zeit nahte, ist bis vor Kurzem doch noch in England für sehr fern erachtet worden. Man hatte sich alle Mühe gegeben, den Kampf hinauszuschieben, und glaubte, daß es gelungen sei, weshalb man es nicht für nothwendig erachtete, in Zeiten die Verbündeten zu erwerben und zu fesseln, deren man zu diesem Kampfe bedarf, wenn man sein Ziel erreichen will. Sie kennen die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu gut, um nicht zuzugeben, daß England uns darin nicht weniger wie Rußland und Oestreich mißhandelte und zur Zeit von Olmütz uns völlig verläugnete. Ich bin weit entfernt, Sympathien von dort in Anspruch zu nehmen; man hat eben den eigenen Interessen schlecht gedient, indem man die unserigen vernachlässigte oder verletzte, und es ist daher eben so natürlich, wenn Preußen vor Allem seine eigenen Interessen befragt.

England und Frankreich haben mit Rußland Krieg, ohne über die Mittel verfügen zu können, das letztere in kurzer Zeit dergestalt niederzuwerfen, daß es zum Frieden gezwungen wird. Gesetzt, es

gelänge, die russische Flotte im Schwarzen Meere und in der Ostsee zu vernichten, was immer noch eine schwierige Operation bleiben wird, weil die Küsten, wohin die Flotte sich flüchtet, seewärts gut gesichert sind, und die Vervollkommnung, welche die Artillerie seit 30 Jahren erfahren hat, wohl befestigten Landbatterien Uebergewicht über die Schiffsartillerie mehr sichert als je; — gesetzt aber auch, dies gelänge, so wird dadurch Rußland immer noch nicht zum Frieden gezwungen. Die Flotte ist für England eine Lebensbedingung; für Rußland wenig mehr als ein Luxus. Dort muß die Landmacht niedergeworfen werden, wozu viel Zeit gehört. — Wird die englisch-französische Allianz aber auf die Länge ausdauern? und wo liegt für Frankreich die Entschädigung für die Opfer, die der im Lande unpopuläre Krieg erheischt? — Die Koketterie, die, nach Ihrer Mittheilung vom Anfang dieses Monats, erst mit der Antwort des Kaiser Nikolaus an den Kaiser Napoleon ihr Ende erreicht hätte, kann alle Tage von Neuem anknüpfen, und wenn der „gute Freund" in weitere Verlegenheiten gerathen sollte, so wird er sich auch herbeilassen, mit dem „frère" zu buhlen.

Es ist sehr natürlich, daß England wünscht über diejenigen zu verfügen, welche allein vermögen, Rußlands Landmacht in Rußland zu zwingen. Preußen ist aber weniger als Oestreich bei der Frage interessirt, und es ist daher in der Ordnung, daß es ihr auch nur die Opfer bringen will, die der Zweck der Selbsterhaltung erheischt. Doch selbst mit seiner und Oestreichs Mitwirkung ist es wenig wahrscheinlich, daß bereits im Laufe dieses Jahres die Entscheidung herbeigeführt werden könnte, weil die zurückzulegenden Distanzen zu groß sind, um auf die Eroberung von Petersburg und Moskau zu hoffen; — ohne dies aber kein bald zu erzwingender Friede. Frankreich bleibt inzwischen frisch. Die 30,000 M., die statt der angekündigten 45,000 M. nach dem Orient abgehen, sind durch eine so bedeutende Anzahl von Recruten ersetzt worden, daß im Laufe des Sommers (ohne die Truppen in Algier, Italien 2c.) in Frankreich

nahe bei 400,000 M. zur Disposition stehen werden. Welche Garantien kann England dagegen bieten, daß wir, im Kriege mit Rußland, nicht nach Jahr und Tag auch im Westen, also an der Düna und am Rhein, Front machen müßten, nachdem wir im ersten Feldzuge uns aventurirt, ohne Aussicht darin schon das Ziel erreichen zu können. — Die Vorsicht ist für uns eine streng gebotene Pflicht bei der Wahl der Offensive, weil unsere ganze Organisation stärker für die Vertheidigung als für den Angriff ist, und der vorliegende Fall giebt um so weniger Veranlassung dies außer Acht zu lassen, als wir im glücklichsten Falle bei dem Kriege gegen Rußland nichts gewinnen können. Gesetzt, es gelänge, Moskau zu erobern, Rußland zum Frieden zu zwingen, und es, wie das Memorandum sich etwas sanguinisch ausdrückt, durch den Verlust seiner westlichen Grenzländer auf einen slavisch-asiatischen Staat zurückzuführen. Was soll mit diesen Westländern gemacht werden? Lockend kann dieser Besitz für uns nie sein, indem er unsere ohnehin schon gestreckte Lage noch weiter ausdehnt. — Oder gälte es etwa das, nicht erst seit der Theilung, sondern schon seit zwei Jahrhunderten todte Polen wieder zu beleben, damit es nach kurzer Dauer von Neuem in Rußland aufgehe?

Wenn der noch frische Kitt der englisch-französischen Allianz sich nicht im Feuer erhärten, sondern, wie mehr als wahrscheinlich, sich nach einiger Zeit lösen sollte, so werden wir uns auch am Rhein und an der Weichsel schlagen müssen, wenn wir auch noch eine Zeit lang dem Kampfe ruhig zugeschaut hätten. Wir werden dann aber stärker sein, weil wir einen Kriegsruf haben, den das Volk versteht, „den Kampf um unsere Existenz." — Rußland ist ferner bei weitem schwächer in der Offensive, als in der Defensive, und um so mehr, wenn es in der Türkei engagirt bleibt. Wir haben daher viel stärkere Chancen den Kampf glücklich durchzuführen. Ich wenigstens zweifle eben so wenig daran, daß dies gelingen werde, als daß es an Gelegenheit zum Gewinne nicht fehlen würde, wenn es gelänge. Wie

das Memorandum, verdamme ich die Politik, die gewinnen wollte ohne zu arbeiten, d. h. zu schlagen; eine Politik, die namentlich Preußen allemal ins Elend gebracht, wenn sie versucht worden. Ich hoffe daher auch, daß wir nicht einen Augenblick säumen werden, den Kampf anzunehmen, wenn er geboten wird; noch kann ich aber nicht entdecken, daß der Augenblick gekommen sei.

Wenn die Politik des Memorandums die von England sein sollte, so scheint sie die Lage der Dinge nicht sehr ernst zu wägen, oder wenig energisch zu sein. Die Frage besteht doch eigentlich darin: die Russen daran zu verhindern, daß sie in den Besitz von Constantinopel und den Dardanellen gelangen, die griechischen Matrosen für ihre Flotte benutzen, und dann beliebig den Weg über Aegypten nach Indien beherrschen. Die Erhaltung der Türkei kann nicht in der Absicht liegen, indem die Emancipation der Christen in derselben jedenfalls als ein Nagel zu ihrem Sarge angesehen werden muß. Die Rechtsfrage ist dabei wohl Nebensache, und ohne das Interesse, welches England und Frankreich haben, sich der russischen Nachbarschaft im Mittelmeer zu erwehren und die Folgen derselben fern zu halten, würde man sich nicht mehr für den Sultan in Constantinopel, als für den Chan in Chiva interessiren. Fragen, wie die vorliegende, und unter solchen Umständen, sind aber nie in kurzer Zeit entschieden worden, und wenn John Bull noch im Bewußtsein seiner vollen Kraft ist, so macht er sich auf ein Vierteljahrhundert von Kämpfen gefaßt und giebt sich in Zeiten Mühe, diejenigen Bundesgenossen zu fesseln und zu vereinen, deren Gedeihen ihm unter allen Umständen nützlich und nie von Nachtheil werden kann. Preußen ist ein solcher und auch Oestreich. Die Aufgabe würde aber die sein, beide ehrlich mit einander gehen zu machen, was nur geschehen kann, wenn Oestreich freiwillig — wenn auch unter anderen Formen — den Einfluß an Preußen einräumt, den dies im Jahr 1849 in Anspruch nahm, und welchen zu erstreben die Aufgabe seiner Existenz ist. — Gelingt es England, dies zu vermitteln, so wird es

in Europa die Bundesgenossen gewonnen haben, die im eigenen Interesse helfen müssen, Rußland vom Bosporus und Frankreich von der Schelde fern zu halten. Declamationen reichen dazu aber nicht aus und am wenigsten können Drohungen zum Ziele führen.

Für England bietet im Uebrigen der Krieg, nächst der Aussicht, die Absichten des Gegners nicht zur Ausführung kommen zu lassen, noch die, die eigene Herrschaft auf dem Meere zu befestigen. In dem gegenwärtigen Seekriege schlagen alle Verluste bei gleichen Antheilen zu seinem überwiegenden Vortheil aus. Wenn in einem Seegefecht im Schwarzen Meer auf beiden Seiten zwei, also zwei russische, ein französisches und ein englisches Schiff untergehen, so sieht England für den Verlust des einen seinigen drei seiner Rivalen untergehen. Nach recht vielen solcher Verluste würde in dieser Beziehung eine Schwenkung, die etwa Frankreich machen wollte, England vielleicht selbst nicht unwillkommen sein, weil sie ihm die Gelegenheit böte, nun mit dem andern Nebenbuhler fertig zu werden, der dadurch nur 'um so mehr gestachelt werden kann, sich auf unsere Kosten zu entschädigen. Wenn sich daher für England nach allen Seiten hin Compensationen bieten, vermag es den möglichen Schwenkungen mit einiger Ruhe entgegen zu sehen, während sie für uns äußerst gefährlich sind, so daß daraus ganz natürlich folgt, daß wir noch weniger Lust zum Kriege haben, wie Lord Aberdeen und vielleicht auch der Kaiser Napoleon.

---

Auf diese den preußischen Standpunkt vertretenden Bemerkungen antwortete Stockmar wie folgt.

### Stockmar's Antwort.

Mein verehrter lieber Freund hat mir unter dem 29. v. M. einen Brief geschrieben, der einmal wegen seines Inhaltes und zweitens hinsichts der Mäßigung seines Ausdrucks aufrichtig gelobt werden muß.

Er sagt: das bewußte Memorandum hat den preußischen

Standpunkt nicht unbefangen gewürdigt. Gewiß nicht! denn es war vom englischen aus geschrieben, und, da wir aus unserm Leibe nicht heraus können, so kann weder der Preuße noch der Engländer auf völlige Unbefangenheit Anspruch machen. Ich hatte das Memorandum auch nicht wegen seiner Unbefangenheit geschickt, sondern als einen wahren Ausdruck der damaligen Stimmung der dortigen politischen Faiseurs und der öffentlichen Meinung, deren Kenntniß in Preußen ich von großer Wichtigkeit halte.

Mein Freund sagt, daß man dort gegen Wunsch und Erwarten vom Krieg überrascht worden sei und deshalb versäumt habe, die nöthigen Verbündeten zu rechter Zeit zu erwerben. Diese Behauptung halte ich für vollkommen begründet. Er sagt weiter, daß Preußen von England nicht weniger, wie von Rußland und Oestreich, mißhandelt und zur Zeit von Olmütz vollständig verläugnet worden ist. Auch dies gebe ich, aber nur bedingungsweise, zu, denn England ließ sich zur Vernachlässigung und Mißhandlung, und zwar durch einen Palmerston, nur deswegen verleiten, weil Ihr Euch von Oestreich und Rußland mißhandeln lassen und dem letztern noch dafür die Füße geküßt hattet. Euer Benehmen in der hessischen Geschichte, die Schmach bei Bronzell, erschien als ein Act der Selbstverachtung, und so hielt man es nicht nur nicht der Mühe werth, sondern sogar gefährlich, sich um Euch zu bemühen. Man wollte Euch nicht länger für eine Großmacht halten, weil Ihr den Beweis geliefert, daß Ihr selbst nicht daran glaubtet, es zu sein, sondern Rußland und Oestreich folgtet, wie der Bediente seinem Herrn.

A propos Großmacht! Ihr müßt Euch doch endlich entschließen, ob Ihr es seid und sein wollt oder nicht. Viele lassen Euch nicht dafür gelten, und daß Ihr die Wirklichkeit besitzt, glaube ich auch nicht. Aber Ihr habt den Anspruch, und zwar, wie ich meine, einen begründeten, sogar nothwendigen, und Eure Aufgabe ist, diesen Anspruch durchzuführen, und die Wirklichkeit zu erreichen, was Ihr nicht anders könnt als durch einen glücklichen Krieg. Daß Ihr

1814 in der Durchführung Eurer Ansprüche stecken bliebt, hatte zwei Gründe: einmal, daß Ihr Euch, obschon durch kriegerische Leistungen in erster Linie stehend, doch durch die bloß diplomatische Thätigkeit Oestreichs schon seit Ende 1812 des vollen verdienten Lohns für jene Leistungen berauben ließet; zweitens, daß Ihr selbst durch die übertriebene Bescheidenheit und Selbstverläugnung des Königs gezwungen wurdet, Euer Licht unter den Scheffel zu stellen und auf begründeten Forderungen nicht zu bestehen, mit denen Ihr schließlich durchgedrungen sein würdet. Daher endlich einmal fort mit allen Neutralitätsversuchen und zur ernsten Beschäftigung nur damit, wie der Krieg, der Euch nöthig ist, unter den günstigsten Auspicien für seinen Ausgang unternommen und geführt werden könne! Alles Uebrige ist vom Uebel, denn es wird Euch nur eine ruhmlose, gedrückte Existenz fristen, vielleicht aber auch zum jammervollen Ruin führen.

Mein Freund sagt, England und Frankreich haben mit Rußland Krieg, ohne über die Mittel verfügen zu können, das letztere in kurzer Zeit zum Frieden zu zwingen. Ich gebe dies im Allgemeinen auch zu, und im Speciellen das, was über den Fortschritt in der Befestigungskunst der Küsten gegen Schiffsartillerie gesagt ist. Doch darüber denke ich verschieden, daß, um Rußland zum Frieden geneigt zu machen, die Eroberung von Moskau und Petersburg nöthig sein soll. Es ist für mich eine Maxime, der ich vertraue, daß Rußland, wegen seiner Armuth an Geld und Menschen und seiner geographischen Lage, stark und unüberwindlich nur in Bezug auf die Vertheidigung seiner Grenzen genannt werden kann. Seine Erschöpfung und deren Bewußtsein nach kaum einjähriger Kriegführung habe ich Ende des Jahres 1812 mit eigenen Augen gesehen, und seitdem hat die Entwickelung der physischen und moralischen Kräfte Rußlands mit der des Westens sicher nicht gleichen Schritt gehalten.

Wenn wir uns über die Mittel des Kampfs mit Rußland

besprechen, ist zuerst die Verständigung darüber nöthig, was das Object des Kampfes, was der durch die Bedürfnisse der europäischen Civilisation gebotene Zweck sei. Dieser Zweck ist, die Präponderanz Rußlands zu brechen, die es seit 30 Jahren in stetem Fortschreiten geübt hat, ohne die moralischen oder auch nur materiellen Mittel zu besitzen, solche Ansprüche durchführen zu können. Erlangt wurde dieses Uebergewicht durch die verkehrte Regierungsweise der französischen Dynastie seit 1814, die Altersschwäche und Verkommenheit Oestreichs, die gänzliche moralische Schwäche und Unselbständigkeit Preußens. Daß zur Erreichung jenes Zwecks auf altrussischem Boden gewonnene Schlachten unumgänglich nöthig, davon kann ich mich nicht überzeugen. Wenn Napoleon nach der Schlacht von Smolensk sich begnügt hätte, Polen wieder herzustellen und sich mit der Vertheidigung des neu errichteten Königreichs zu beschäftigen, so zweifle ich, daß die letzten Capitel seines Lebens ihren jetzigen Inhalt gehabt haben würden. Denn welche Zweifel mein Freund auch über die Wiederbelebung Polens zu hegen scheint, der Gedanke, ein Polen wieder herzustellen und Finnland an Schweden zurückzugeben, wird sich immer wieder aufdrängen, so lange dort nicht alles Leben erstorben ist. Vor 20 Jahren schon hat selbst ein Metternich in seiner Noth gegen Rußland sich mit diesem Gedanken als dem hülfreichsten beschäftigt.

Es käme nur darauf an, daß Oestreich und Preußen sich fest vornähmen, wirklich einmal eine verständige und ehrliche Politik zu verfolgen, und die auf bloßer Anmaßung beruhende Präponderanz Rußlands würde an diesem Vorsatz zerschellen, vorausgesetzt, daß England ein treuer Alliirter dieser beiden Mächte ist. Denn auch ich traue diesem Kaiser der Franzosen nicht über den Weg. Seine Politik wird eine dynastische sein, und kann Halt nur in der Möglichkeit haben, die Grenzen Frankreichs zu erweitern. Er kann sie aber nur erweitern gegen Belgien, Deutschland und Sardinien hin.

Ich kann um so mehr ein aufrichtiges Wort mit Euch reden, als die Behauptung, daß ich ein besserer Preuße als die meisten von Euch sei, durchaus wahr ist. Daß ich es freiwillig bin, daß ich für meine treue Ergebenheit oft nur Unfreundlichkeit und Geringschätzung geerntet, nimmt meiner Gesinnung gewiß nichts an Werth. Daß Norddeutschland und England zusammenstehen und sich gegenseitig ergänzend helfen sollen, ist ein politischer Gedanke, für den ich seit 40 Jahren auch die kleinste meiner Gelegenheiten nicht unbenutzt gelassen habe und für den ich im Jahre 1846 meinen seligen Freund Peel vollkommen gewonnen hatte. Wohl weiß ich, wie leicht es ist, die Engländer in Irrthum über die Deutschen und diese über jene zu versetzen, wie leicht es namentlich ist, die englische Politik anzuschwärzen und zu verläumden. Zufall hatte mir seit 38 Jahren eine Stellung gegeben, in der mir die Einsicht in die Geheimnisse dieser Politik sich aufdringen mußte. Ich sah, wie in allen menschlichen Dingen, daran Weizen und Spreu durcheinander. Alles Korn hat auch eine Schale. Und doch muß ich aus Ueberzeugung versichern, daß der politische Kern in England tüchtiger ist als irgendwo. Vor einiger Zeit fiel mir bei, den politischen Egoismus der Engländer schriftlich zu zeichnen, und ich setze diese Zeichnung bei, weil ich sie für eine richtige halten darf.

„Ich behaupte durchaus nicht, die auswärtige Politik Englands sei ein Muster von Uneigennützigkeit. Nationen bestehen aus Individuen, müssen beurtheilt werden wie diese, und wir dürfen daher von Nationen nicht mehr Uneigennützigkeit erwarten, als von Einzelnen. Die Politik Englands, wie die jedes andern Volks, ist egoistisch, aber dieser Egoismus Englands ist auf alle Fälle ein gesunder und berechtigter. Denn während er kein Hehl daraus macht, daß Englands Wohl sein erstes und letztes Ziel ist, bleibt er zugleich einsichtig, billig und anständig genug, sich frei zu halten von blinder Habgier, von blindem Neid und jener Selbsttäuschung, in welcher Nationen so oft glauben, daß sie ihre Größe und Wohlfahrt nicht mehr för-

dern und sicherstellen können, als indem sie andere Staaten schwächen und niederhalten."

Das Vorangegangene wird einleuchtend machen, wie sehr mir Alles das beklagenswerth sein muß, was Englands Verständniß der preußischen Verhältnisse, und umgekehrt, trübt und verwirrt, das wünschenswerthe Einverständniß hindert oder gar zur Entfremdung führt.

Ich habe in einer frühern Epoche selbst erlebt, wie durch politische Fehler und durch Verhetzungen in den Continentalmächten eine nicht geringere Gehässigkeit, als jetzt, gegen England entstanden war. Als die Ereignisse jenen Mächten die Augen öffneten, sie zur Besinnung brachten, hatten sie dann nichts Eifrigeres zu thun, als die Versöhnung mit England und die Hülfe zu suchen, die England dem Continent zu gewähren immer vorzugsweise befähigt und geneigt sein wird. Ich zweifle nicht, daß auch jetzt die Dinge diesen Verlauf nehmen werden.

An Alle, die zu wirken, einen Einfluß zu üben berufen sind, ergeht im jetzigen Augenblick die Mahnung, sich die volle Objectivität der Anschauung zu wahren, jeder subjectiven, sentimentalen Richtung, jeder Empfindlichkeit und Reizbarkeit Widerstand zu leisten, die die Verhältnisse nur noch mehr stören können. Jetzt gilt es für die überzeugungstreuen Anhänger der politischen Allianz zwischen Norddeutschland und England Verständniß und Einverständniß zu retten und zu bessern, zu fördern und zu stärken. Möchte auch mein verehrter Freund in dieser Richtung aus allen Kräften zu wirken den ihm zu Gebot stehenden Einfluß benutzen."

---

Der bekannte weitere Verlauf des orientalischen Krieges konnte Stockmar's Wünschen nicht entsprechen. Die von ihm postulirte Coalition Preußens und Oestreichs mit den Westmächten traf nicht ein, und so waren denn die Folgen des Krieges im Ganzen für

Europa wenig erfreulich: Rußland zwar in seinem Ansehen etwas gesunken, aber nicht in seiner Macht dauernd und erheblich geschwächt, durch Rachegefühl in die Versuchung einer zersetzenden, intriganten, machiavellistischen Politik gebracht — England in seinem Prestige geschmälert, durch die die Moslems ergreifende Aufregung, die zum indischen Aufstand beiträgt, in Asien bedroht — Frankreichs Machtentwicklung bedeutend angeregt, und seine Präponderanz geschaffen — Oestreich mit Rußland verfeindet — der italienische Krieg von 1859 angebahnt und erleichtert.

---

Siebenundzwanzigstes Capitel.

## Die Jahre 1856 bis 1863.

Im Jahre 1856 machte Stockmar seinen letzten Besuch am englischen Hof. Im Frühjahr 1857 kehrte er nach Deutschland zurück, das er seitdem nicht mehr verließ. Gebeugt von den Beschwerden des Alters, den thatsächlichen politischen Vorgängen fern gerückt, folgte er diesen von nun an mit geringerer Lebhaftigkeit, und seine Betrachtungen darüber mußten sich mehr und mehr auf Allgemeinheiten beschränken.

Wir theilen aus seinen Niederschriften von dieser Lebensepoche nur einige Bruchstücke mit, die den Jahren 1856 bis 1858 angehören und sich auf Gegenstände beziehen, mit denen er sich während seines frühern thätigen Lebens praktisch eingreifend, didaktisch und contemplativ so viel und gern beschäftigt hatte: die constitutionelle Monarchie und die Stellung des Monarchen darin, in besondrem Hinblick auf Belgien und England.

## I.

Im Jahre 1856 feierte der König Leopold sein 25jähriges Regierungsjubiläum unter dem aufrichtigen Enthusiasmus des Volks.

„Ich erinnere mich nicht, schreibt Stockmar in Bezug darauf, am 28. September 1856, von einem caeteris paribus ähnlichen Triumphe gehört oder gesehen zu haben. Der Lohn war mühsam und sauer erworben, rechtmäßig und gewissenhaft verdient. Der Theil der Früchte des Verdienstes, die dem Triumphator nicht bereits selbst zu Theil geworden, werden in der Zukunft seinem Lande und seiner Familie unfehlbar zuwachsen. Die stärkste unerschütterlichste Stütze des Menschen ist das Bewußtsein, die Pflichten seiner Bestimmung, seiner speciellen Stellung gewissenhaft erfüllt zu haben. Dieses Bewußtsein hat der König, er wird es sich bewahren, und wir bitten Gott, daß er ihn lange, lange noch erhalten wolle."

Die gegensätzliche Ideenverbindung führt dann Stockmar auf die Betrachtung, wie die übrigen Herrscher Europas regieren sollten und meistens *nicht* regieren.

„„Die Einbildung, die Wünsche, der Wille der Regierer vermögen, als *unabhängige* Kräfte gedacht und geübt, nichts, auch gar nichts über den geordneten Ablauf der menschlichen Verhältnisse.

„Dieser Ablauf erfolgt nach großen, ewigen, ehernen Gesetzen. Ihnen sich zu fügen, vermag der arme Mensch freilich nur so weit, als er sie *erkennen* kann. Es ist ihm jedoch eine *approximative* Erkenntniß vergönnt. Vor allen muß *der* sich ihnen fügen, der zum Herrscheramt berufen ist. Seine Pflicht ist daher harmonisch *mit* dem höchsten Gesetz und *für* dasselbe zu wirken, so daß er dem geschickten treuen Werkmeister gleiche, der große Elementarkräfte auf einzelne beabsichtigte Verrichtungen zu leiten und anzuwenden und dafür zu sorgen hat, daß die wirkende Kraft im rechten Maße an

die rechte Stelle gelange, wie dies die Natur der moralischen oder materiellen Dinge erfordert, die er entweder ins Leben zu fördern oder weiter zu entwickeln oder nur zu erhalten hat. Von dieser Anschauung scheinen die meisten der heutigen Herrscher in Europa nichts zu wissen, denn sie befolgen ein anderes, ihr gerade entgegengesetztes Princip. Nicht dienend, leitend, unterstützend stehen sie den menschlichen Dingen vor, sondern meisternd setzen sie der unwandelbaren, allmächtigen, moralischen Ordnung, die das Weltall zusammenhält, ihre persönlichen Vorstellungen, Neigungen, Launen, Leidenschaften entgegen. In dieser Verblendung spielen sie und erschöpfen sich wie Kinder; sie bauen in der Zuversicht des allein selig machenden Glaubens jenen unwiderstehlichen Kräften Dämme von Sand entgegen, die die bloße Wucht der gestemmten Fluth durchbrechen muß, und sie thut dies zum offenbaren, wenn auch vorübergehenden „Nachtheil menschlicher Cultur, Sitte und Wohlfahrt. Daher nehme ich mir die Freiheit, den meisten unserer heutigen Herrscher den Titel Regenten, Staatsmänner abzusprechen und sie Krisenmacher zu nennen."

„Der einzige Erfolg, den ihre Bestrebungen bisher gehabt haben und auch künftig haben werden, ist, daß sie ihrer selbst spotten, ohne es zu ahnen. Freilich, der da droben weiß besser als wir hier unten, wozu diese Krisenmacher im Großen und Ganzen nöthig sind."

## II.

Daß der König Leopold nicht zu den Krisenmachern, vielmehr zu den Krisenbeschwörern gehörte, das hatte er, bald nachdem die Festfreude seines Jubiläums verrauscht war, zu beweisen Gelegenheit.

Seit dem 30. März 1855 war in Belgien ein katholisches Ministerium (Dedecker, Vilain XIIII, A. Nothomb) am Ruder. Dasselbe legte den Kammern ein Gesetz über die Organisation des Stiftungswesens und der Wohlthätigkeitspflege, das sogenannte Wohl=

thätigkeitsgesetz, vor, welches 1857 in der Deputirtenversammlung sowie im Lande einen heftigen Sturm hervorrief. Das Gesetz erklärte Stiftungen, Schenkungen und Vermächtnisse zu wohlthätigen Zwecken im Princip für frei. Die liberale Opposition wollte dem Staat die Genehmigung derselben vorbehalten und wies auf die Gefahr hin, durch das Gesetz den Geldmitteln und dem Einfluß des ohnehin im bedenklichen Zunehmen begriffenen Mönchswesens und der Geistlichkeit neue Verstärkungen zuzuführen. Das Gesetz wurde von seinen zahlreichen Gegnern im Lande nur la loi des couvents genannt. Die Discussion in der Deputirtenkammer dauerte in großer Heftigkeit vom 21. April bis 30. Mai. Die Tribünen wurden tumultuarisch und mußten dreimal in wenigen Tagen geräumt werden. Als die Katholiken in mehreren entscheidenden Abstimmungen die Majorität behalten, gab es Unruhen in Brüssel, katholische Deputirte wurden bei ihrem Austritt aus dem Sitzungshause insultirt, in Pend rovinzen fanden arge Excesse gegen geistliche Schulen und Klöster statt, die militärisches Einschreiten und das Aufbieten der Bürgergarde erforderlich machten. Der König war von diesen Vorgängen tief ergriffen, gedemüthigt, empört; er sah den guten Ruf Belgiens und seiner Institutionen vernichtet.

„Ich steige zu Pferd," rief er im Conseil, „wenn es sein muß, um die Volksvertretung zu schützen, ich lasse die Majorität nicht beschimpfen; das ist der Tod der parlamentarischen Regierung; die parlamentarische Regierung ist zu Ende, die Constitution ist verletzt. Ich habe meinen Eid 26 Jahre lang gehalten; man hat mich jetzt dessen entbunden."

Doch handelte der König nicht aus dieser Erregung heraus. Am 30. Mai wurden, um eine Frist zur Beruhigung der Gemüther zu gewinnen, vorerst die beiden Häuser auf unbestimmte Zeit vertagt, am 13. Juni die Session von 1856 bis 1857 geschlossen. Ein Bericht des Ministeriums motivirte diesen Beschluß. Gleichzeitig mit

demselben ward ein bemerkenswerther Brief des Königs an den Minister des Innern veröffentlicht.

Je ne porterai point de jugement sur le projet," sagte Leopold; „je n'aurais jamais consenti à donner place, dans notre législation, à une loi qui aurait pu avoir les funestes effets qu'on redoute; mais, sans me livrer à l'examen de la loi en elle même, je tiens compte, comme vous, d'une impression qui s'est produite à cette occasion chez une partie considérable de la population. Il y a dans les pays qui s'occupent eux mêmes de leurs affaires de ces émotions rapides, contagieuses, se propageant avec une intensité qui se constate plus facilement qu'elle ne s'explique, et avec lesquelles il est plus sage de transiger que de raisonner. Les libres institutions de la Belgique ont été pratiquées pendant 26 ans avec une admirable régularité. Que faut-il pour qu'elles continuent à fonctionner dans l'avenir, avec le même ordre, le même succès? Je n'hésite pas à le dire, il faut, chez les partis, de la modération et de la réserve. Je crois que nous devons nous abstenir d'agiter toute question qui peut allumer la guerre dans les esprits. Je suis convaincu que la Belgique peut vivre heureuse et respectée en suivant les voies de la modération, mais je suis également convaincu, et je le dis à tout le monde, que toute mesure qui peut être interprétée comme tendant à fixer la suprématie d'une opinion sur l'autre, qu'une telle mesure est un danger."

Der König räth dann schließlich der Kammermajorität auf die Fortsetzung der Discussion des Gesetzentwurfs zu verzichten.

Mit diesem Brief des Königs an sein Volk war die größte Heftigkeit der Krise überwunden, wenn auch die Aufregung zunächst fortdauerte. Die im Herbst darauf folgenden Wahlen zu den Gemeinderäthen gaben den Liberalen die entschiedene Majorität. Das

Cabinet sah darin eine politische Manifestation, nahm seine Entlassung und wurde durch ein liberales Ministerium ersetzt.

Wir lassen nun Auszüge aus mehreren, zum Theil französisch geschriebenen Briefen Stockmar's über die Gesammtheit jener Vorgänge folgen, welche demselben um so mehr ans Herz gingen, je mehr er gewissermaßen persönlich an dem, was er den „Succeß des belgischen Experiments“ nannte, betheiligt war.

14. Juni 1857.

„Das Wenige, was ich in meinem hinfälligen Zustand noch an Theilnahme aufzubringen vermag, wende ich der Betrachtung der gegenwärtigen Erscheinungen in Belgien zu. Sie konnten mich bis jetzt wenigstens nicht alarmiren. Ich komme immer wieder zu dem Glauben zurück, daß die constitutionelle Form des Staatslebens eine größere, zähere Kraft als andere Formen besitze, und daß, wenn in jener Form auch, häufiger als in den übrigen, nicht vorherzusehende Gesundheitsstörungen ziemlich heftig auftreten, der wirkliche Staatsheilkünstler in der größern Vitalität der Organisation, mit der er es zu thun hat, eine natürliche kräftigere Unterstützung findet, mit Hülfe deren er die kranken Symptome calmiren und das Gleichgewicht zwischen den kämpfenden Kräften wieder herzustellen vermag. Daß nun die Ueberwachung und Leitung der Behandlung der Krise einem so tüchtigen, erfahrenen und bewährten Praktiker, wie der König, anvertraut ist, stärkt meine Hoffnung und Zuversicht ganz besonders.“

„Wenn nur die gehörige Zeit gewonnen werden kann, wenn nur der König nicht Ruhe und Geduld verliert, und jene Klarheit des Blicks, die, als Ziel das Wohl des Ganzen im Auge behaltend, keiner Partei den Zügel schließen läßt!“

„Meiner Meinung nach sind beide im Irrthum und in einer Leidenschaftlichkeit, die sie bereit macht, die Henne zu schlachten, um mit dem Ei das Gelüst ihres fanatischen Wahns zu befriedigen. Es

hat weder Sinn noch Verstand, es entspricht weder der Ehrlichkeit noch der gewöhnlichsten Vorsorge für eigenes Wohl und Vortheil, wenn die Katholiken darauf bestehen, um des fraglichen Gesetzes willen, ein so schönes und gutes Gebäude zu erschüttern, wie das des belgischen Staates. Sie beweisen dadurch nur, daß sie im innersten Kern um nichts besser sind, als die Demokraten. Das Wesen der Demokratie ist leidenschaftliches Ringen nach ungetheilter Macht. In einseitigem, daher sich selbst schadendem Eifer, ja in blinder Wuth verfolgen die Demokraten jede Gelegenheit, das Ganze der Macht an sich allein zu reißen. Gerade so verfahren bei jeder günstigen Zeit die Katholiken. Sie hassen die verfassungsmäßigen Einrichtungen, denen sie doch seit 1814 allein den Aufschwung ihrer Confession, ihr größeres Ansehen, Wirksamkeit und Einfluß verdanken. Es ist genau die Geschichte der Henne mit dem Ei. Entweder bedenken sie nie oder suchen im Sturme fanatischer Erregung zu vergessen, welches die Zustände der katholischen Hierarchie waren und wieder sein würden, sei es unter dem absoluten Despotismus eines Einzelnen oder unter dem einer Pöbelherrschaft."

„Dadurch, daß die Liberalen an den Straßenpöbel sich gewendet und die öffentliche Ruhe unterbrochen haben, ist die belgische Verfassung noch nicht gestorben. Sie wird erst dann sterben, wenn eine Partei allein Uebermacht und Herrschaft an sich gerissen hat. Damit dies nicht geschehe, hat der König beide Theile zu zügeln und er ist vor Gott, Europa und Belgien befugt, ja verpflichtet, dies zu thun."

„Sie wissen, welchen Werth ich auf das Gelingen dessen lege, was ich das belgische Experiment nenne. Der große Experimentator, von dem dieses Gelingen abhängt, ist der König selbst. Jetzt ist eigentlich der wichtigste Moment seiner Regierungszeit da, und jetzt muß er zeigen, daß alle die Recht haben, die seiner Weisheit Gerechtigkeit und Redlichkeit vertrauen."

„Der König hat mir mehrfach gesagt:

„„Bei uns hat allein die katholische Partei einen Halt, die liberale ist wie ein Band von Sand.““

„Aus eigener Anschauung halte ich diesen Ausspruch als an sich genommen für wahr und treffend. Sobald er jedoch aufs wirkliche Staatsleben angewandt wird, wird die allgemeine Wahrheit, die er enthält, eine nur relative und daher bedingte. Denn in der Praxis wird die Doctrin, die das Wesen der katholischen Partei macht, derselben nur so lange den Halt gewähren, auf den die Executive sich mit Vertrauen stützen kann, als jener eine intelligente und energische Minorität gegenübersteht, die durch ihre Opposition jene Doctrin beschränkt und eben durch die Beschränkung den Katholiken Consistenz und Halt giebt. Und nur diese ihr durch äußern Druck aufgezwungene Beschränkung hat die katholische Partei zu dem gemacht, was sie bisher im politischen Gemeinwesen war und was der König an ihr lobt. Nur dieser äußere Druck hat sie zu berechnender Klugheit, zu anscheinender politischer Mäßigung und Ehrlichkeit angehalten. Unter der Maske belgischer Vaterlandsliebe hat sie in der Revolution gegen Holland gekämpft und bisher die Verfassung gelegentlich gegen Demokratie und Anarchie vertheidigen helfen. Doch zweifle ich nicht, daß sie sich in ihrer wahren Natur zeigen würde, sobald es ihr gelingt, durch die formellen Mittel, die sie allein in der Verfassung finden kann, die Kraft der Controle der liberalen Partei zum bloßen Namen zu machen. Von Stunde an würde der König die Katholiken ebenso unregierbar finden, als dies gewöhnlich die Liberalen sind. Denn keine Executive auf dieser Erde kann mit dem Lebensprincipe der katholischen Kirche und dem Naturtriebe dieses Principes einen aufrichtigen, ehrlichen Bund schließen. Dieser Naturtrieb verlangt Alleinbesitz der Macht, und sobald es ihm gelungen, vollkommen frei zu werden, verfolgt er jenen blindlings auf Tod und Leben, selbst wenn er die Möglichkeit ahnt, er könne zeitweilig sein Spiel verlieren. Meine feste Ueberzeugung ist daher:

„Daß das belgische Experiment erst dann als ver-

ungl[illegible] anzusehen ist, wenn die politische Macht in den Händen der Katholiken, die Kraft der Liberalen auf Nichts zurückgebracht ist.“

2.

21. Juin 1857.

„Vous me demandez mon avis sur la conduite du gouvernement dans la dernière partie de cette crise.“

„J'approuve la clôture.“

„Quant au rapport des Ministres, ce ne sont pas seulement les libéraux mais encore tous les hommes impartiaux qui y trouveront le propre aveu du cabinet qu'il a été poussé à proposer cette loi, non pas par quelque urgente nécessité de l'état, mais par les impatiences du parti catholique.“

„Le Rapport dit:

„„Il y a d'autant moins à hésister etc. que l'intérêt des pauvres n'aura pas à souffrir de la mesure etc.*). D'une part, l'art. 84 de la loi communale, interprété par le premier corps judiciaire, laisse au gouvernement toute latitude pour autoriser les fondations charitables etc. D'autre part, la législation en vigueur donne au gouvernement la liberté d'action nécessaire pour subordonner l'autorisation de ces fondations à des garanties etc.““

„C'est avouer de la manière la plus naïve que ce n'est pas par un besoin pressant et évident du pays, mais par les exigences des cléricaux qu'a été déterminée la présentation

*) Nämlich vom Schluß der Session und der daraus folgenden Vertagung des Gesetzes.

de cette loi, que je déplore à tous les égards. Le Ministère a fait preuve de peu de sagacité en ne pas prévoyant la possibilité d'une crise que lui-même dit être sans exemple dans les annales de la paisible Belgique. Un calcul fort simple aurait dû démontrer aux Ministres que, si la loi rencontrait des difficultés sérieuses, il ne leur resterait qu'une alternative, ou d'abandonner la loi ou bien d'être placés dans la nécessité de provoquer par une dissolution la manifestation du véritable sentiment de la majorité du pays. Il n'y a pas d'autre solution, et il y avait témérité de la part des Catholiques à exposer le pays et le Roi et à s'exposer eux-mêmes à de pareilles chances. Les professions de bonne foi du Cabinet fussent-elles sincères, pourtant la misère publique n'était pas d'une telle gravité qu'il fallût faire courir au pays le risque de se convaincre par une douloureuse expérience que la recherche du mieux est l'ennemie du bien.“

„La lettre du Roi est, comme vous le dites, un acte un peu irrégulier. Mais un Roi, qui, à juste titre, peut se nommer le principal fondateur d'une constitution, occupe pendant toute sa vie une position exceptionelle. L'histoire de l'Angleterre sous Guillaume III. fournit les preuves de cette assertion. Le Roi Léopold, mutatis mutandis, est pour la Belgique ce que Guillaume était pour l'Angleterre. Voilà pourquoi, dans des crises où il y va du salut public et tant que la constitution belge n'a pas encore pris l'aplomb et la consistance que ne lui donneront que le temps et l'habitude de la marche, le Roi peut et doit même, pour le fond comme pour la forme, exercer l'autorité royale d'une manière qui ne conviendrait plus à une époque postérieure dont-elle choquerait le sentiment et le jugement.“

„Puisque la lettre du Roi est publiée, inutile de demander, si elle aurait pu être mieux faite. Au surplus, la com-

plication actuelle, j'en ai la ferme confiance, parviendra à une heureuse issue, si le Roi reste fidèle à la maxime que lui-même dans sa lettre il exprime ainsi:

> „que toute mesure qui peut être interprétée comme tendant à fixer la suprématie d'une opinion sur l'autre, qu'une telle mesure est un danger,"

et que dans toutes les phases de la crise il ne prend pour guide que l'esprit de cette maxime. Mais je n'ignore pas que le Roi a pour le parti catholique une prédilection plus absolue et contre l'avènement des libéraux une répugnance plus forte que je ne ressens moi-même. C'est pourquoi je vous prie avec instance de faire tout votre possible pour le maintenir dans la voie de la maxime professée par sa lettre."

„Quant aux évènemens qui ont amené la crise, je crois qu'il y a eu des fautes des deux côtés. Les Catholiques ont péché en essayant, par pure outrecuidance, d'établir la suprématie du principe de leur église sur l'état, les libéraux en perdant, dans la défense de l'état, cette modération, qui fait l'essence de la vie constitutionelle. Cependant c'est le parti catholique qui est le plus coupable, car il a été provocateur, aggressif, il a mérité les justes défiances de tous les patriotes et le parti libéral ne peut donc être accusé que d'une chose: d'avoir, dans l'excitation et la passion de la lutte, exagéré le danger et commis un excès dans la défense légitime."

„Pour bien apprécier la crise il faudrait savoir, si réellement le parti catholique médite le renversement des institutions et espère à cet effet tirer profit d'une situation anarchique qu'il aurait intérêt à provoquer. Je n'ai jusqu'à présent aucune raison de supposer à ce parti de pareilles intentions. Mais si effectivement il ne les a pas, alors je dirai qu'il n'y a pas d'exemple, dans l'histoire, d'un Souverain aussi complétement le maître, que votre Roi, de modérer les deux

partis et de mener la lutte à bonne fin. Car l'un et l'autre parti est dans l'impuissance, à moins que le Roi ne vienne s'allier à lui, de remporter la victoire au détriment de l'état. Le Roi ne doit donc jamais oublier tout ce qu'il y a de puissance dans son rôle d'arbitre, maintenir sa position élevée au-dessus des partis et ne pas accorder au parti catholique plus de confiance qu'il n'en mérite."

„A cette fin, il s'agit pour le Roi de savoir avant tout si la Chambre actuelle est la fidèle expression des sentimens du pays. Si elle ne l'est pas, il aura l'avantage de pouvoir menacer les Catholiques, pour le cas où ils adresseraient de nouvelles provocations à l'opinion publique, d'une dissolution, comme d'un mal par eux voulu et mérité. Le Roi devra alors se préparer à subir résolument et à supporter courageusement, le cas écheant, toutes les conséquences, quelles qu'elles soient, de la dissolution. A sa place, je ne craindrais nullement l'agitation qu'elle pourrait soulever. La rentrée des libéraux serait ce qui pourrait en résulter de pis et ce n'est pas là ce qui me donnerait des inquiétudes; car il est à présumer que les libéraux, ramenés au pouvoir, se conduiraient avec une circonspection particulière et, en général, les libéraux sont, par leurs principes et leurs aspirations, moins que les Catholiques, portés à se placer en dehors et audessus de l'état et à désirer le renversement des institutions."

Th. Juste in seinem Leben Leopolds, Bd. II. S. 180, berichtet, daß der König über die sich an das Wohlthätigkeitsgesetz knüpfenden Fragen und Vorgänge gleichzeitig Guizot und Thiers um ihr Gutachten bat. Ueber den hierauf von Thiers eingegangenen Brief schreibt Stockmar Folgendes:

2. Juli 1857.

— „Ich habe den Brief mit großer Genugthuung gelesen. Sobald der Verfasser nicht als handelnder Staatsmann, sondern als Kritiker auftritt, sieht und beurtheilt er die politischen Ereignisse meistens mit gesundem und praktischem Menschenverstand ..... Es ist doch nicht ohne Bedeutung, daß zwei Männer, wie Thiers und ich, in Natur, Erziehung, Lebensgang und Erfahrung so verschieden, denselben Gegenstand mit ganz gleichen Augen ansehen. Dieselben Gedanken, die ich in deutschen Worten ausgesprochen, finde ich französisch in den folgenden Sätzen von Thiers wieder:

„„Ceux qui auraient voulu un combat à outrance sont des insensés ......

... Sans doute il ne faut pas céder à l'émeute, mais dans tous les pays libres, il y a des agitations populaires, dont il faut tenir compte, comme en médecine on tient compte de tous les symptômes, sans avoir l'orgueilleuse prétention d'en négliger aucun. Quand le sentiment public est excité à un haut degré, qu'il ait tort ou raison, il faut savoir s'arrêter.““

„„Il faut ajouter que cette excitation des esprits n'était pas sans quelque fondement. Le clergé catholique se conduit follement dans toute l'Europe et il s'attirera de cruels revers. Il veut absolument redevenir propriétaire.““

„„Les élections immédiates auraient peut-être amené une victoire décidée des uns sur les autres et c'eût été plus fâcheux encore.““

„„Le secret pour réussir (en Belgique) consistera à empêcher les entreprises violentes des uns contre les autres. Le temps est pour les libéraux.““

„„Quant aux catholiques, s'ils veulent trop entreprendre, ils amèneront une victoire immédiate et violente des Libéraux.““

„„Quant à la Royauté, son art à elle doit être de ne pas se laisser compromettre dans la querelle, d'être modératrice, jamais partie dans le débat, de s'attacher surtout à n'être jamais classée dans l'un des deux partis.““

## III.

Gegen das Ende seines Lebens war Stockmar von den englischen Zuständen weniger erbaut als früher.

„Seit die Reformbill," schreibt er 26. Juli 1858, plötzlich eine größere Masse demokratischen Stoffs in das Haus der Gemeinen einströmen ließ, als mit der bisherigen Regierungspraxis verträglich war, entstand eine demokratische Partei, deren Ziel die Omnipotenz des Hauses der Gemeinen ist. Von ihr wird die Vernichtung der Theorie und Praxis der englischen Verfassung vor 1830 beabsichtigt und erstrebt. So oft seit der Reform die Whigs am Ruder waren, alliirten sie sich mit dieser Partei, regierten mit ihrer Hülfe und lebten durch ihre Gunst. Waren in kurzen Zwischenräumen die sogenannten Tories an der Regierung, so folgten sie in der Praxis ihren Vorgängern, was auch ihr theoretisches Glaubensbekenntniß sein mochte. Mit der alleinigen Ausnahme Peel's darf ich behaupten, daß sämmtliche Minister, die ich seit 1830 gekannt habe, absichtlich und unabsichtlich an der Zerstörung der Verfassung vor 1830 gearbeitet haben. Diese Omnipotenzpartei hat gegenwärtig die meisten und lautesten Organe. Ihre Stimme übertönt alle übrigen in den Zeitungen, Meetings, im Haus der Gemeinen. Vor 30 Jahren sprachen mir meine Freunde so lange von einem self adjusting principle of the Constitution*) vor, bis ich selbst daran glaubte. In der That will es mir erscheinen, als ob seit 10 bis 15 Jahren eine öffentliche Meinung zu erwachsen beginne, die, wenn sie es erst

*) Wonach die Constitution eingetretene Störungen ihres Gangs allmählich selbst wieder beseitige.

zu Blut, Fleisch und Stimme gebracht hat, für Englands Wohl und Fortbestand ein Hoffnungsanker werden könnte. Die Praxis der demokratischen Omnipotenzler hat doch Viele der Verständigen, Wohlmeinenden und Erfahrenen sehr stutzig gemacht. Ihre Zahl ist gar nicht klein, durch die Persönlichkeiten, aus denen sie zusammengesetzt ist, äußerst respectabel und gewichtig. Allein da sie mehr aus Zuschauern als aus thätigen Politikern besteht, hat sie keinen politischen Leib, keine Stimme. Sie müßte als große politische Partei unter der Fahne gesammelt werden: „„the omnipotence of the House of Commons, is revolution itself and death to the true old english Constitution*).““ Nur eine solche politische Partei würde es der Regierung möglich machen, im wahren Sinn der Verfassung durch das Gleichgewicht zwischen den drei Estates (Factoren, nämlich der Königin und den zwei Häusern) und nicht bloß nach Gutdünken des Einen zu handeln. Ich verzweifle nicht, aber unmuthig und bange kann es Einem werden, wenn man betrachtet, welchen Ministern und welchem absurd usurpatorischen Hause der Gemeinen Englands Schicksal gegenwärtig in die Hände gelegt ist. Es wird nicht untergehen, aber es hat bereits an seiner frühern Weltstellung bedeutend verloren und dieser Verlust kann in nächster Zeit noch größer werden.“

*) Die Allmacht des Hauses der Gemeinen ist die Revolution selbst und der Tod der wahren alten englischen Verfassung.

Achtundzwanzigstes Capitel.

# Anhang.

---

Wir lassen nachstehend zwei politische Aufsätze Stockmar's aus den Jahren 1848 und 1849 folgen, die damals beide in der Deutschen Zeitung erschienen, den einen: „Ueber die Bildung einer ersten Kammer," den andern: „Ueber die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung."

## 1. Die erste Kammer in der constitutionellen Monarchie.

(Deutsche Zeitung vom 4. Juli 1848. Nr. 185. Beilage.)

In der constituirenden Versammlung zu Berlin erhebt sich jetzt eine Frage, die, wie vorauszusehen, sich auch später in der Nationalversammlung zu Frankfurt wiederholen wird. Sie erhebt sich jetzt überall, wo es sich um die legislative Feststellung der Volksvertretung handelt. Es ist die Frage, soll die Volksvertretung in Einer oder in zwei Kammern gehandhabt werden?

Eigentlich ist dieser Streitpunkt theoretisch und praktisch schon längst erledigt. Es ist gewiß, soll der Staat nicht in steter Gefahr

schweben, sich demagogisch zu überstürzen, so muß nothwendig in der politischen Entwickelung dem rührigen, rücksichtslos vordringenden Elemente ein stabiles, an den gegebenen Zuständen zäher festhaltendes Gegengewicht die Spitze bieten. Dies ist der Grund, warum man der sogenannten zweiten Kammer eine erste gegenübergestellt hat. Dies ist die innere Nothwendigkeit dieser ersten Kammer und deshalb ist und bleibt diese ein ewig unvergängliches, wesentliches Moment alles gesunden Staatslebens. Trotzdem dürfen wir uns nicht darüber täuschen, die Abneigung gegen diese erste Kammer ist jetzt allgemein; jeder neue Verfassungsentwurf macht den Versuch, sie möglichst zu umgehen oder ganz und gar zu stürzen. Der Grund ist klar. Unsere ersten Kammern, größtentheils aus der Nachahmung des englischen Oberhauses hervorgegangen, sind durch und durch aristokratisch, sie gehen ihrem Grundstock nach aus Erblichkeit hervor und diese Erblichkeit ist auf den höchsten Vermögenscensus gegründet. Das lag für ene Zeiten, in denen sich das parlamentarische Leben Englands entwickelte, durchaus in der Natur der Sache. Damals waren noch die Vorrechte des Besitzes und der Geburtsaristokratie durchweg unangetastet und wirkliche Unterschiede der gesellschaftlichen Bildung und Stellung. Wie aber jetzt? Jetzt sind inzwischen alle gesellschaftlichen und rechtlichen Zustände von Grund aus verändert. Jetzt verletzt diese Exclusivität der ersten Kammer das überall wache, demokratische Volksgefühl und, was noch mehr ist, jetzt steht eine auf diese Weise gebildete Kammer nicht mehr mit dem Bewußtsein des ganzen Volkes in Einklang, jetzt wird sie leicht zur einseitigen Verfechterin einseitiger aristokratischer Sonderinteressen, jetzt kann daher eine auf diese Weise gebildete erste Kammer sogar in vielen Fällen geradezu volksfeindlich und für den organischen Fortschritt der Staatsentwickelung höchst nachtheilig hemmend wirken.

Erfahrungen über Erfahrungen des neueren parlamentarischen Lebens bestätigen dies. Aber das Alles spricht nicht gegen das Princip der ersten Kammer, sondern ist nur die Folge davon, daß die

Art ihrer Zusammensetzung, trotz der überall veränderten Grundlagen, die alte historisch überkommene geblieben ist, und deshalb mit dem Geiste der Gegenwart im schreiendsten Widerspruch steht. Es ist wahr, es sind die mannichfachsten Versuche, namentlich in Frankreich, gemacht worden, eine solche neue, unserer Zeit gemäße Umgestaltung zu erreichen. Aber sie alle müssen scheitern, so lange sie nicht den Forderungen der Gegenwart, die von keinerlei zufälligen Vorrechten etwas wissen will, und dem Begriffe der ersten Kammer, dem demagogischen Elemente ein solides Gegengewicht zu bieten, in gleicher Weise Rechnung tragen. Alles kommt darauf an, daß die erste Kammer keine ausschließliche aristokratische Kasteninstitution bleibe. Sie muß ebenso volksthümlich sein, wie die zweite, aber sie muß zugleich im Gegensatz zu jener conservative Elemente enthalten und damit eine größere Bürgschaft der Stabilität, Ruhe und Mäßigung in Aussicht stellen.

Dies scheint mir in folgender Weise erreichbar:

Also einerseits soll die erste Kammer ebenso volksthümlich sein wie die zweite. Dies ist nur möglich, wenn sie mit jener ihre Herkunft theilt und ebenso unmittelbar durch Wahl aus dem Volke hervorgeht, wie jene. Nicht die Geburt, sondern die Wahl macht zum Mitglied der ersten Kammer. Und diese Wahl ist nicht auf Lebenslang, sondern ebenso wie bei der zweiten Kammer nur auf eine gewisse Zeit. Wer für die zweite Kammer wählt, wählt auch für die erste. Nur so ist diese dem Volke nicht fremd, nur so faßt es zu ihr Vertrauen und sieht auch in ihr den Ausdruck und die Vertretung seines Willens. Jeder Schimmer von Vorrecht, von Aristokratie und Exclusivität muß in ihr getilgt sein. Daraus erwächst sogleich eine weitere Forderung, die freilich von aller bisherigen parlamentarischen Praxis abweicht. Es darf nicht mehr einer verhältnißmäßig kleinen Anzahl von Volksvertretern freistehen, die Beschlüsse einer ungleich größern Anzahl zu verwerfen, sondern beide Kammern müssen, wie sie den Einen gemeinsamen Ursprung der Volkswahl theilen, so auch

numerisch gleich sein. Nur so liegt in dem Verwerfen von Beschlüssen der zweiten Kammer durch die erste nichts Gehässiges und Verletzendes, nichts Kastenartiges, das als willkürliches und deshalb unberechtigtes Hemmniß des erstrebten Fortschritts erscheinen könnte.

Jedoch andererseits darf der Unterschied zwischen der ersten und zweiten Kammer schlechterdings nicht nivellirt werden. Ihrer mehr conservativen Natur gemäß muß die erste Kammer auf ein conservatives Wahlgesetz gegründet sein. Das conservative Element im Staat ist und bleibt der materielle Besitz und neben ihm die Männer der Intelligenz, insoweit bereits alle beide, sowohl jene Besitzenden, wie jene geistigen Capacitäten, durch die reifere Erfahrung eines höhern und ruhigern Lebensalters alles leidige Experimentiren hastig drängender Jugend überwunden und einen festen Abschluß ihrer politischen Ansicht und Gesinnung erlangt haben. Der Unterschied in der Zusammensetzung der ersten und zweiten Kammer besteht also hauptsächlich in Zweierlei: Um in die erste Kammer wählbar zu sein, ist erstlich ein höheres Alter erforderlich. Für die zweite Kammer möchte das Alter von 25, vielleicht 30, für die erste Kammer das Alter von 40, vielleicht 45 Jahren das Minimum sein. Und zweitens ist für solche, die als Vertreter des materiellen Besitzes auftreten, ein gewisser, wenn auch mäßiger Vermögenscensus, für solche, die ohne Rücksicht auf ihre eigenen materiellen Vermögensverhältnisse gewählt werden, bereits erprobte Reife und Tüchtigkeit ihrer geistigen Leistung unerläßliche Bedingung. Erprobt ist die Tüchtigkeit dieser Capacitäten, wenn es ihnen gelungen ist, im Staatsdienst, in höheren, geistlichen, militärischen, richterlichen, administrativen Aemtern, auf Universitäten, Akademien oder durch parlamentarische Thätigkeit in der zweiten Kammer allgemein anerkannte Geltung zu gewinnen. Es wäre einseitig, nur das eine oder das andere Moment, entweder nur den Besitz oder nur die geistige Capacität hervorzuheben. Stellen wir die geistige Intelligenz hin, isolirt ohne die Beimischung des materiellen Besitzes, so entbehren wir den wesentlichsten Hebel und

Träger des Volkswohles und gefährden geradezu die materielle Wohlfahrt, ohne die keinerlei Entwickelung möglich ist. Stellen wir aber umgekehrt nur den materiellen Besitz hin, ohne daß er überall gehoben und getragen wird von der besonnenen, auf die Erwägung des Ganzen gerichteten Intelligenz, so haben wir wieder eine rein kastenartige Gestalt, wir haben dann nur die Aristokratie der Geburt mit der Aristokratie des Geldes vertauscht. Beide Elemente müssen also in der ersten Kammer vorhanden sein. Es hängt von dem Ergebniß der jedesmaligen Wahlen ab, wie viel Vertreter des Besitzes, wie viel Vertreter der Intelligenz jedesmal Platz nehmen.

Niemand wird diesem Entwurf absprechen können, daß er jedem Einzelnen in Betreff der Wählbarkeit die höchste Freiheit gewährt, die im Zweikammersystem überhaupt möglich ist. Es ist hier keine Spur von künstlicher Ständesonderung; für die Vertreter des Besitzes ist, wie gesagt, ein verhältnißmäßig geringer Census zu setzen und damit es auch nicht einmal den Anschein gewinne, als solle dem Alter ein allzugroßes Vorrecht eingeräumt werden, so muß beiden Kammern, der ersten sowohl wie der zweiten, das Recht zustehen, in einzelnen Fällen, wenn es die Wähler verlangen, die Abgeordneten von dem festgesetzten Alterscensus zu dispensiren.

Jedenfalls aber wird das erreicht, daß alles Privilegirte, alles Exclusive der ersten Kammer ein für alle Mal aufhört. Wir befolgen dann auch hierin die Lehre Englands, dieses ewigen Musters für constitutionelle Einrichtungen, daß die Mitglieder der ersten Kammer nicht mehr so streng geschieden sind von denen der zweiten. Die meisten, die später in die erste Kammer eintreten, hätten bereits in der zweiten die Anfänge ihrer parlamentarischen Laufbahn durchgemacht, sie hätten dort das Leben des Volkes und seine Bedürfnisse kennen gelernt. So wird dann das Volk von selbst aufhören, die erste Kammer als seinen gebornen Feind zu betrachten; es wird willig lernen, sie als ein wesentliches, unentbehrliches Glied des Staatsorganismus anzuerkennen.

## 2. Ueber den Verfassungseid des Heeres.

(Deutsche Zeitung Nr. 262. 22. September 1849.)

Nach Zeitungsnachrichten soll Graf Arnim-Boitzenburg die Vereidigung des preußischen Heeres auf die Verfassung zur Sprache gebracht haben. Er soll erklärt haben, daß die am 22. März v. J. auf Rath des damaligen Ministeriums, dem er vorsaß, gegebene Verheißung ein politischer Fehler gewesen sei. Wenn dem so ist, so hat das Benehmen des Herrn Grafen einen wahrhaft sittlichen und staatsmännischen Werth, wofür ihm Ehre und Dank gebührt.

Bei einem 34jährigen Aufenthalt in England und einer ganz eigenthümlichen Stellung daselbst habe ich, der Unterzeichnete, nicht nur häufige Veranlassungen gehabt, diesen Gegenstand aufmerksam zu untersuchen, sondern ich bin auch über dessen wesentliche Bedeutung durch mannigfache wichtige Thatsachen auf praktische Weise belehrt worden. So wurde es schon vor vielen Jahren meine Ueberzeugung, daß die auf dem Continent sich immer mehr verbreitende Hoffnung, in der Vereidigung des stehenden Heeres auf die Verfassung eines Landes für diese eine weitere Garantie zu finden, auf einem politischen Cardinalirrthum unserer Zeit beruhe. Wohl werde ich mir an dieser Stelle bewußt, wie seit lange her viele meiner Bekannten und Freunde mir eingeworfen, daß in deutschen Angelegenheiten meine Ansichten deswegen nur mit prüfender Vorsicht zu nehmen seien, weil mein politisches Wissen nur auf englischem Boden erlangt worden. Ich acceptire diesen Ein- oder Vorwurf im ganzen Umfang der in ihm enthaltenen Wahrheit gern, in der Zuversicht, daß richtige Vorstellungen und Begriffe, aus der englischen Verfassung genommen, sich in ihren Grundlagen überall als tüchtig und zweckmäßig und in bedingter Anwendung als erfolgreich bewähren werden und müssen.

Der Bereich meiner Absicht schließt jede Beweisführung über

die Nothwendigkeit stehender Heere aus. Einsichtige werden die Behauptung nicht bestreiten, daß gegenwärtig keiner der größeren europäischen Staaten eines stehenden Heeres entbehren könne. Betrachten wir die Vereidung eines stehenden Heeres auf die Verfassung zuerst in ihren unbestreitbaren Nachtheilen und nächstdem in ihrem vermeintlichen Vortheil, so ergeben sich folgende unläugbare Wahrheiten. Kein stehendes Heer kann ohne zweckmäßige Disciplin gedacht werden, noch in Wirklichkeit bestehen. Denken wir uns die Disciplin eines Heeres auf den billigsten, humansten Grundsätzen errichtet, immer bleibt blinder Gehorsam ihr erstes Erforderniß, ihr wesentlicher Bestandtheil. Psychologische Gründe verbürgen, daß dieser Gehorsam in allen einem Heere Angehörigen geschwächt, in vielen derselben unmöglich gemacht werden muß, sobald der Einzelne durch einen Schwur Freiheit erlangt zu haben oder verpflichtet zu sein glaubt, zwischen dem ihm von außen kommenden Gebot und dem eigenen innern Willen oder Verständniß und Gewissen wählen zu können oder zu müssen. Ich bin daher der festen Ueberzeugung, daß die Vereidigung des Heeres auf Staatsgesetze sich immer nur als gesetzliche Verführung und Beirrung des Verstandes und Gewissens der Einzelnen darstellen werde, und daß neben ihr nirgends in unserer Zeit eine vernünftige und zweckmäßige Disciplin der Heere bestehen könne. Richte ich nun den Blick auf das Verhältniß des stehenden Heeres zur constitutionellen Monarchie, so glaube ich zu erkennen, daß für diese die mangelnde Disciplin der Armee noch gefährlicher sein muß, als für die absolute Monarchie. Eine gleiche Erkenntniß hat wohl bewirkt, daß die bewährteste verfassungsmäßige Monarchie in ihrer seit 160 Jahren ununterbrochen fortschreitenden Entwickelung das Schwert in der Hand der Executive, also in der alleinigen Hand des Königs gelassen hat. Dieser ist Generalissimus der See- und Landmacht, er errichtet Flotte und Heer, organisirt dieselben und giebt ihnen die nöthigen Gesetze. Daß der König von den seiner Sphäre überlassenen Werkzeugen nur den rechten Gebrauch mache, dafür ist

anderweitig gesorgt; damit er aber den rechten Gebrauch davon machen könne, hat man ihm allein anvertraut, sie einzurichten und zu befehligen. Eine Gesetzgebung aber, die Möglichkeiten schaffte, die Herrschaft über jene Mittel und Werkzeuge zu schwächen, und dadurch die Brauchbarkeit dieser letzteren zu vernichten, verstößt von vornherein gegen das organische Verhältniß der verfassungsmäßigen Gewalten zu einander und stört die ganze Ordnung der constitutionellen Einrichtungen. Wollte z. B. England sein Heer auf die englische Constitution vereidigen lassen, so würde durch diesen Act allein das Gleichgewicht der bestehenden Gewalten aufgehoben, die bisherige Stellung, Bedeutung und Function der Krone den gesetzgebenden Körpern gegenüber gänzlich verändert, und der erstern das Vermögen entzogen werden, die Dienste und Pflichten zu leisten, zu welchen sie nach Geist und Wort der Verfassung verbunden ist, und von deren sichern Erfüllung das Wohl und der Bestand des Ganzen unzertrennlich abhängt.

Ich wiederhole daher, daß eine Vereidigung des stehenden Heers auf die Verfassung die unentbehrliche Disciplin des Heeres gefährdet, und zugleich derjenigen zweckmäßigen Theilung der Gewalten widerspricht, ohne welche eine geordnete und sichere Bewegung in der constitutionellen Maschine unmöglich ist. Wenn ich oben, von den Vortheilen der Vereidigung des Heeres sprechend, dieselben als nur vermeintliche bezeichnet habe, so geschah dies in dem guten Glauben, daß es wirkliche nicht gebe. Nur der mag sich von dieser Maßregel einen sichern Erfolg versprechen, der ein sehr in Breite und Tiefe gehendes Mittel anzuwenden wünscht, eine bestehende Staatsordnung in ihren Grundvesten zu erschüttern und den Zusammensturz derselben zu beschleunigen. Denn leicht können die wahren Ergebnisse der Vereidigung eines stehenden Heeres auf die Verfassung als eine Gewährschaft gegen dieselbe, nicht für dieselbe, erkannt werden.

Wünschen meine Landsleute Garantie gegen den Mißbrauch der stehenden Heere in Bezug auf ungerechte Kriege nach außen und

Regierungswillkür nach innen, so werden sie wohlthun, sich einstweilen wenigstens mit denen zu begnügen, die England bisher für hinreichend gehalten hat. Sie bestehen in der Kraft der Prärogative des Parlaments und der Verantwortlichkeit derjenigen Magistratspersonen, denen die Executive zum Schutz des Friedens im Innern des Landes eine Militärmacht beigiebt und unterordnet.

12. September 1849.

**Christian Friedrich v. Stockmar.**

